

ED 718-25-1

Band 25: Materialien zur Ostermarschbewegung
Sept. 1965 - Sept. 1968

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 7842/90	Best. ED 718
Rep. Braun	Kat.

/25

apo press

informationsdienst für die außerparlamentarische opposition

EXTRAUSGABE



**HEUTE !
IN GRIECHENLAND !
MORGEN
BEI UNS ?
Militärdiktatur**

Herausgeber: Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Presse- und Informationsstelle, örtlicher Ausschuß München;

Verantwortlich: Helmut Maringer, beide München 13, Arcisstr. 48/1, Tel. 52 53 03 oder 52 63 59. Der Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt. Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck oder sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung. Inlandspreis DM 2,- incl. Porto monatlich.

Spenden erbelen auf das Postscheckkonto der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, München 2220 60, Kennwort: Informationsstelle. Eigendruck im Selbstverlag.

Am 29. September dieses Jahres wollen die am 21. April 1967 an die Macht gekommenen Militärs in Griechenland ihre Herrschaft durch eine von ihnen ausgearbeitete Verfassung verewigen. Wie bekannt, gehört es zu den Spielregeln solchen Vorgehens, durch sogenannte Volksabstimmungen dem Ganzen den Mantel der Legalität umzuhängen. Die griechischen Widerstandsorganisationen in München veranstalten zusammen mit deutschen Organisationen am 14.9.68 im Frenziskanerkeller eine Protestversammlung, in deren Verlauf der Vertreter der Gesamtgriechischen Antidiktatorischen Front, A. Ambatielos, über die geplante Verfassung der Notstandsfaschisten in Griechenland referieren wird. Als Extraausgabe veröffentlichten wir einen Auszug aus dieser Rede.

Die Redaktion der "apo press" solidarisiert sich mit dem demokratischen Widerstandskampf des griechischen Volkes und fordert Leser und Freunde auf, im Geist der internationalen Solidarität zur griechischen Bevölkerung zu stehen.

(Auszüge aus der Rede von A. Ambatielos,
Representant der PATRIOTISCHEN ANTIDIKTATORISCHEN FRONT)

Liebe Freunde,

ich freue mich, bei Euch zu sein. Eure Versammlung erinnert mich an Griechenland vor dem Militärputsch, als das Volk lange Zeit auf der Straße für Freiheit und Demokratie kämpfte.

Ich überbringe Euch den herzlichen kämpferischen Gruß der PATRIOTISCHEN ANTIDIKTATORISCHEN FRONT (PAM) und unseres demokratischen Volkes, das in den letzten zwei Jahrzehnten ständig gegen Faschismus und für die nationale Unabhängigkeit und Demokratie kämpft.

Jedesmal, wenn es galt, die wirtschaftliche und politisch Abhängigkeit des Landes zugunsten der Gewinne der einheimischen Oligarchie und des Imperialismus zu sichern, haben die führenden reaktionären Regierungen interveniert und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes verhindert.

So geschah es auch am 21. April 1967. Eine Handvoll Offiziere, Werkzeuge der einheimischen und ausländischen Militärdienste, der NATO und des Pentagons zerstörten die Freiheit des griechischen Volkes zugunsten der einheimischen und internationalen Oligarchie und errichteten eine terroristische faschistische Militärdiktatur.

Die Konzentrationslager und Verbannungsorte, die schon früher während der faschistischen Metaxas-Diktatur, während der Besetzung durch die Hitler-Truppen und später während des Bürgerkrieges von den reaktionären Kräften des Landes dazu benutzt wurden, unliebsame Gegner zu foltern und zu erniedrigen, werden wieder als Verbannungsort verwendet.

In diesen Orten wird auf die grausamste Art und Weise gefoltert, die politischen Gefangenen leben unter entwürdigenden Lebensbedingungen; es gibt unter den Gefangenen auch Mütter mit kleinen Kindern. Das KZ von Dionysos, wo Kinder gefoltert werden, ist international bekannt.

Die faschistische Junta hat es in 16 Monaten Verwaltung erreicht, daß die Wirtschaft sich in einem Chaos befindet. Sie hat heute das ganze Volk gegen sich.

Ich habe mehr als ein Jahr nach dem Militärputsch in Griechenland unter den kämpfenden griechischen Freunden gelebt und weiß aus eigener Erfahrung, was langsam überall bekannt wird: daß sich nämlich die Gegensätze zwischen dem Volk und dem griechischen Regime ständig verschärfen.

Diese Gegensätze, die das Verhältnis des Volkes zum faschistischen Regime kennzeichnen, führten von Anfang an zur Organisierung des Widerstandes gegen die Diktatur. Durch die Pseudoverfassung, die das Militärregime dem Volk aufzwingen will, versucht sie zugleich die internationale öffentliche Meinung zu irritieren und ihrem eigenen verbrecherischen Regime den Mantel der Legalität zu geben.

Ferner analysiert der Representant der PAM, A. Ambatielos, die von der faschistischen Junta vorgelegte Verfassung.
(Siehe die nächsten Seiten!)

DIE PSEUDOVERFASSUNG DER JUNTA

Am 10. Juli 1968 gab die griechische Offiziersjunta den von ihr erarbeiteten Verfassungsentwurf bekannt, der zur Volksabstimmung am 29. September 1968 vorgelegt werden soll.

Geht man davon aus, daß dieselben Offiziere am 21. April 1967 durch einen Putsch in Griechenland an die Macht kamen, seitdem jegliche demokratische Einrichtung ausgeschaltet haben, so scheint ihr jetziger demokratischer Eifer zumindest verdächtig. Wenn man aber einerseits die außen- und innenpolitischen Hintergründe, andererseits den Verfassungsentwurf selbst untersucht, dann offenbaren sich die tatsächlichen Motive und Bestrebungen der griechischen Diktatoren.

Außenpolitische Hintergründe

Außenpolitisch befindet sich die Junta in einer sich immer strenger werdenden Isolierung, und die Konsequenzen machen sich in der griechischen Zahlungsbilanz immer mehr bemerkbar. Während also z.B. der ausländische Tourismus einen starken Rückgang aufweist, bemühen sich die USA, das militärische Regime in Griechenland durch eine Zivilregierung aus Rechtsradikalen und rechtserrichteten Politikern der Zentrumsunion zu ersetzen. In diesem Zusammenhang ist die diplomatische und politische Tätigkeit des State-Departments in Athen, Rom, Paris und London zu verstehen.

Interessant sind auch die bisher geheimegehaltenen, weder von der griechischen (verständlicherweise) noch von der europäischen Presse (nur einzelne englische Ausnahmen) berichteten Spannungen und Streitigkeiten innerhalb der Junta 1). Diese junta-internen Streitigkeiten, die vom "harten Kern" um den Colonel Ladas mit wahrhaft explosiven Mitteln ausgefochten wurden, gipfelten gerade in der Verfassungsfrage. Während also die offizielle Junta entschlossen zeigte, sich eine Pseudo-Verfassung zu geben, verlangte der "harte Kern", vom Verfassungsentwurf abzugehen und der "nationalen Revolution" mindestens eine zehnjährige Lebenszeit zu gewähren. Nach verschiedenen Zwischenfällen 2) wurde der jetzige Verfassungskompromiß geschlossen, aus dem hervorgeht, daß vorläufig der "harte Kern" die Oberhand behielt. Nur aus diesen politischen Hintergründen ist der Verfassungsentwurf der Junta zu sehen, und nur so können seine Einzelheiten interpretiert werden.

Die Grundrechte

Die demokratischen Grundrechte werden so stark eingeschränkt, daß sich die entsprechenden Artikel der Verfassung eher Verbote ähneln. Im einzelnen verbietet:

- Artikel 19,5 den politischen Streik,
- Artikel 14,4 die Pressefreiheit jede Publikation, die sich gegen das politische und gesellschaftliche System richtet,
- Artikel 56 das Wahlrecht für alle Bürger, deren Ansichten für das Regime gefährlich werden.

Die Kindererziehung wird unter Staatsaufsicht gestellt, und nach Artikel 17 muß die Entwicklung des "nationalen Bewußtseins" gefördert werden. In den Hochschulen nach Artikel 17,4 muß ein Staatskommissar eingesetzt werden. Schließlich bewirkt Artikel 24 die Annullierung sämtlicher Grundrechte für Griechen, deren Ansichten und Haltung nicht juntakonform sind.

Es wird also gerade durch die Grundrechte ein "capitus denuntius" geschaffen, d.h. eine offizielle Klassifizierung mit Verfassungserang der Griechen in Bürger 1. und 2. Klasse. Die ersten dürfen die Grundfreiheiten genießen, die zweiten sind unerwünscht, und sie dürfen nicht einmal ihr Unbehagen durch Wahlen zum Ausdruck bringen.

Die Staatsreform

Artikel 2 erklärt die Beibehaltung der bisherigen Staatsform, d.h., Griechenland soll eine "parlamentarische" Monarchie bleiben. Geht man jedoch den Kompetenzen der einzelnen Verfassungsorgane nach, so kann die proklamierte parlamentarische Monarchie nur als Leerformel erscheinen, die nur dazu dienen könnte, die tatsächlichen Machtverhältnisse zu verschleiern. Gegenüber der Verfassung von 1952 muß man eine umwälzende Verstärkung der Exekutive im Vergleich zur Legislative feststellen, die zu einer Annullierung des Prinzips der Gewaltenteilung führt und die Legislative zu einer dekorativen Rolle verurteilt.

Das Parlament - auch zahlenmäßig auf die Hälfte reduziert - fungiert wie ein straf- und kadermäßig zusammengestelltes Gremium, dessen Mitglieder von zahlreichen Bestimmungen streng an ihrer Tätigkeit eingeeignet und fest den "nationalen Idealen" verpflichtet wurden. Im einzelnen gelten für die "Volksvertreter", daß sie

- nach Artikel 61 mindestens Hochschulreife erlangt haben müssen, niemals eine fremde Staatsbürgerschaft erworben haben dürfen (speziell für den Fall Prof. Papandreou zugeschnitten), den griechischen Streitkräften gedient haben müssen, niemals Mitglied einer linksgerichteten Partei oder Organisation gewesen sein dürfen;
- nach Artikel 64,2 nicht in eine andere Partei übergehen dürfen;
- nach Artikel 88,2 keine Ministerien übernehmen dürfen;
- nach Artikel 72,3 nur namentlich abstimmen dürfen.

Dem Parlament wird verboten (Art. 77,3), Untersuchungsausschüsse über außenpolitische und Verteidigungsfragen zu bilden. Das ist "Aufgabe der Regierung", die keiner Kontrolle unterworfen ist. Die Gesetzesvorlage wird von speziellen Ausschüssen beraten und verabschiedet. Nur in Ausnahmefällen tritt das Plenum zusammen. Übrigens kann der König auf Vorschlag des "Nationalen Rates" nach Art. 46 das Parlament jederzeit auflösen.

Neben dem Parlament sind auch die Parteien zu einer völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die parteipolitische Alternative ist ex definitione ausgeschlossen, und nur solche Parteien dürfen zugelassen werden, die gemäß Art. 88 "nationale" Ideale verfolgen.

Parteien, "die sich gegen die Staatsform der parlamentarischen Monarchie oder gegen das herrschende gesellschaftliche System öffentlich oder auch verschleiert bekennen", werden als illegal erklärt, und deren Mandate im Parlament müssen bis zur nächsten Wahl frei bleiben.

Judikative

Einer Forderung des "harten Kerns" der Junta nach absoluter Überwachung der politischen Tätigkeit wurde durch die Neuschaffung des Verfassungsgerichtshofes Rechnung getragen. Damit wird ein Politikum novum nicht nur für Griechenland, sondern auch in seiner Verfahrenstechnik, für alle Länder einzigartig. Das Verfassungsgericht, Garant der Verfassung und oberstes Organ der Judikative, wird im Gegensatz zu früheren Verfassungsentwürfen nicht vom Parlament gewählt, sondern nach Art. 98 von der Junta-Regierung bestellt und von niemanden bestätigt. Dieses Gericht nimmt jedoch außerordentliche Kompetenzen wahr, die sogar soweit reichen, gewählte Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung aus ihren Ämtern zu entfernen oder Parteien zuzulassen oder zu verbieten.

Im Bereich der unabhängigen richterlichen Gewalt sollte auch erwähnt werden, daß gemäß Art. 112,1 für außerordentliche Gerichte gesorgt sei und Art. 116 die Möglichkeit gibt, für alle gefährlichen politischen Prozesse die Öffentlichkeit auszuschließen.

Die Rolle des Königs

Die königlichen Rechte, verglichen mit der Verfassung von 1962, werden beschnitten. Konstantin hat bisher geschwiegen über seine Absichten. Aus Berichten der gut informierten Times und des Daily Telegraph u. a. geht hervor, daß Konstantin seine Rückkehr nach Griechenland mit einer dazu von Athen gesandten Kommission verhandelt. Die Streitobjekte sind jedoch nicht die tatsächlichen Kompetenzbeschränkungen (Oberkommandogewalt u.a.), sondern lediglich solche Bestimmungen, die für den König diskriminierend wirken, z.B. die nach Art. 31,3 Übernahme der Thronfolgeerziehung durch die Regierung und nach Art. 128, die von der Regierung erfolgte Einstellung der Hofbediensteten.

Vierte Gewalt

Die bisherigen königlichen Rechte im Bereich der Oberkommando-Gewalt über die Streitkräfte werden nicht zugunsten einer Demokratisierung beschränkt, sondern zugunsten einer Verselbständigung der Streitkräfte, die als eine quasi Vierte Gewalt (Art. 131,4) und als Staat im Staate frei von jeglicher parlamentarischen Kontrolle die Verteidigung des Systems nach "innen und außen" (Art.129) übernommen haben.

Die Übergangsbestimmung

Ein juristisch politisches Unikum stellt auch die Übergangsbestimmung des Art. 136 dar, die wörtlich "alle Erlasse der Junta seit der Machtübernahme", auch diejenigen, die verfassungswidrig sind, für geltend erklärt. So auch den Art. 23. Dieser Artikel ist der Ausdruck des Niederschlags der Verflechtung der Interessen von großmonopolistischen Unternehmen und der Junta. Er erhebt die bisherige Gesetzgebung zur Unterstützung des ausländischen Kapitals in Griechenland zur Verfassungsvorschrift und läßt solche Änderungen zu, die den in Griechenland investierten ausländischen Kapital verstärkten Unterstützungsschutz gewähren. Auch in der Zukunft dürfen die Obristen nach Art. 136,4 Erlasse geben, die nicht der nachträglichen Kontrolle des Parlaments unterstehen würden. Um auch die letzten Illusionen über ihre tatsächlichen Absichten in bezug auf diesen von Sunday Telegraph "Demokratie in Zwangsjacke" bezeichneten Verfassungsentwurf zu nehmen, hat Papadopoulos in seiner nach der Verfassungs-Bekanntgabe erfolgten Pressekonferenz betont, auch diese Verfassung kann nur dann in Kraft treten, wenn der "Kranke" (Griechenland) sich von seiner früheren Krankheit erholt hat, d.h. dann, wenn es der Junta genehm erscheint.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Sehr geehrter Leser unserer Extra-Ausgabe!

Wir freuen uns, mit Ihnen in Kontakt zu kommen und hoffen, das sie Ihnen gefällt. Erlauben Sie uns, zu versuchen, "apo press" vorzustellen.

Die Tatsache, daß selbst engagierte Menschen bei der Fülle von Veranstaltungen und Aktionen nicht mehr den Überblick behalten können und die Einsicht, daß es notwendig sei, ein von der bürgerlichen Presse unabhängiges Informationsblatt zu haben, hat uns veranlaßt einen Versuch zu machen.

Seit 10. Juni 1968 erscheint wöchentlich "apo press". Aus einem Embryo ist ein Baby geworden. Und was für eins! Ein Informationsdienst mit:

- * aktuellen Informationen
- * wichtigem Diskussionsmaterial
- * Berichten von fast allen Veranstaltungen und Aktionen
- * Hinweisen auf wichtige Literatur, Adressen usw.
- * einem Veranstaltungskalender
- * und vielen (z.T. witzigen) Tippfehlern

Sie sehen also, man muß "apo press" haben, um über die Außerparlamentarische Opposition in München informiert zu sein.

Kampf der Manipulation - für kritische Information!
"apo press" - aus der APG, für die APD also auch für SIE.

FORDERN SIE EIN PROBEEXEMPLAR AN. ABONNIEREN SIE "apo press"!

=====
An die Redaktion
"apo press"

Tel. 52 53 03 od. 52 63 59

8000 München 13
Arcisstraße 48/I

.....Ich bitte um Zusendung eines Probeexemplares von "apo press"
(Kostenlos!)

Ich bestelle ab.....1968Exemplar(e) "apo press". Der Dienst ist nur zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische (oder sonstige) Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,- im Monat. (incl. Porto) Überweisung der Abo-Gebühren auf Anforderung.

NAME:

ANSCHRIFT:

UNTERSCHRIFT:

=====

kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch



Geschäftsführer: Rudi Schindler, 605 Offenbach/Main 4, Merianstr. 13, Postfach 648

Regionaler Ausschuß
Hessen / Rheinland

Telefon (06 11) 88 63 51/52

Postsparkonto
Frankfurt/Main 576 48

Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 740 294

20. Sept. 1968

25. 9. 68

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Wir sind in einer außerordentlichen schwierigen Lage!

Die Auseinandersetzungen um die Verabschiedung der Notstandsgesetze haben unsere organisatorischen und finanziellen Kräfte überbeansprucht. Heute stehen wir vor einem Schuldenberg von ca. 15.000.-- DM.

Wir durften bisher von Zeit zu Zeit mit Ihren freiwilligen Beiträgen für den Regionalen Ausschuß rechnen, und wir müssen wieder einmal an Ihre Spendenbereitschaft appellieren, damit wir den verbliebenen Schuldenberg abtragen können und das Startkapital für unsere zukünftige Arbeit zusammenbekommen. Wenn jeder von Ihnen DM 5.-- bis DM 10.-- (je nach Ihren Möglichkeiten) überweist, sind wir aus dem Schlimmsten heraus.

Da die regionale Geschäftsstelle Hessen/Rheinland der Kampagne nur aufrecht erhalten werden kann, wenn uns schnell ein großer Geldbetrag zufließt, bitten wir Sie alle um eine großzügige Unterstützung. -- Danke!

Zur Zeit bereitet der Regionalausschuß eine offene Tagung vor, die in der zweiten Oktoberhälfte stattfinden soll und bei welcher die politische Zielsetzung, Strategie und ein Aktionsplan für die weitere Kampagne festgelegt wird. Wir werden Sie rechtzeitig zu dieser Tagung einladen.

Beigefügt finden Sie die Erklärung zur Situation in der CSSR, die der Arbeitsausschuß der Kampagne für Demokratie und Abrüstung am 21. August abgegeben hat. Weitere Beiträge und Informationen zu diesem Thema finden Sie in der September-Ausgabe unserer Zeitschrift "Außerparlamentarische Opposition - Information für Demokratie und Abrüstung". Wenn Sie diese APO-Ausgabe (Stückpreis DM 1.--) haben möchten, dann schicken Sie uns den Betrag bitte in Briefmarken zu oder vermerken Sie es bei Überweisungen durch Bank oder Postscheck auf dem für uns bestimmten Empfängerabschnitt.

Mit freundlichen Grüßen

gez: Rudi Schindler
Geschäftsführer

gez: Sigi Wenzel
Kassierer

Kuratorium: Wolfgang Abendroth, Frank Allouf, Ernst Bloch, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, John Collins, Herbert Fallert, Oskar K. Fleckheim, Christian Geissler, Haimut Gollwitzer, Werner G. Hoyerbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Mäler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petrasen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogt, Ernst Friedrich Wolf.

DM Pf f. KtoNr. **576 48**

Für Vermerke des Absenders

Absender:

Eingez. auf
KtoNr. **576 48** PSchA Ffm

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf DM PF
(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

..... Deutsche Mark

für Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner
„Regionaler Ausschuß
Hessen/Rheinland“

Konto Nr.
576 48

in **605 Offenbach 4** Postscheckamt
Frankfurt am Main

Einlieferungsschein
— Bitte sorgfältig aufbewahren —

..... Deutsche Mark PF
(in Ziffern)

für Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner
„Regionaler Ausschuß
Hessen/Rheinland“

in **605 Offenbach 4**

Eingangs-Nr.

Postvermerk

Postvermerk

2. 67/65 432
210 x 105, Kl. III f (Erl.-Nr., Namensz. d. Annahmest., Tag v. Monat)

5 1/14 vkr
PostSchO Anl. 2

(Erl.-Nr., Annahmest.)

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Güterschiffempfänger

DM PF
für Konto
Nr. **576 48**

PSchA **Frankfurt am Main**
Absenderangabe (mit Postleitzahl)

betrifft

(Reduzierung, Kassenzeichen, Buchungsnummer)

Kampagne für Demokratie
und Abrüstung - Ostermarsch
- Zentraler Ausschuß -

Erklärung des Arbeitsausschusses der Kampagne für Demokratie und
Abrüstung zur Situation in der CSSR (vom 21. August 1968).

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung hatte vor der Intervention der Warschauer Paktstaaten in der CSSR in einer Erklärung an sowjetische Organisationen dazu aufgefordert, die zwischen der CSSR und anderen Staaten des Warschauer Pakts bestehenden Probleme ohne jede Anwendung politischer oder militärischer Pression zu lösen.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung verurteilt den nun erfolgten Einmarsch von Truppen der UdSSR, der DDR und der Volksrepubliken Polen, Ungarn und Bulgarien in die CSSR; sie fordert den Rückzug dieser Interventionstruppen.

Die militärische Intervention der Warschauer Paktstaaten steht in absolutem Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zu dem Recht sozialistischer Staaten auf den eigenen Weg zum Sozialismus; sie ist unvereinbar auch mit dem wohlverstandenen Interesse des sowjetischen Volkes und des internationalen Sozialismus.

Diese Intervention stärkt objektiv jene politischen Kräfte im Westen, die den Antikommunismus und die Rüstungspolitik forcieren und die Demokratie im eigenen Lande abbauen. Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung wendet sich zugleich gegen die Rüstungs- und Notstandspolitiker im eigenen Lande, die nun Anteilnahme am Schicksal der Demokratie in der CSSR heucheln. Wer seit Jahren den Kalten Krieg anheizt, osteuropäische Staaten durch eine Politik militärischer Stärke in den eigenen Machtbereich hinüberzuziehen hofft und den Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk gutheißt, kann nicht glaubwürdig gegen die Intervention in der CSSR protestieren.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung sieht durch die jüngsten Vorgänge ihre politische Forderung bestätigt: Die Militärsysteme NATO und Warschauer Pakt müssen aufgelöst werden! Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung ruft dazu auf, sich der gesamt-europäischen Opposition gegen den Militarismus, für Abrüstung und demokratische Emanzipation anzuschließen.

Institut für
... Archiv

Drucksache

INTERNATIONALES
JAHR DER
MENSCHENRECHTE
1968



Kampagne für Demokratie
und Abrüstung – Ostermarsch
Regionaler Ausschuß
Hessen/Rheinland

605 Offenbach 4
Postfach 648

Waltraut & Horst
Maurer

6 Ffm-Schwanheim

Am Ruhestein 43

ED 708-25-3

kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch

Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Merianstraße 13, Postfach 648, Telefon: (0611) 886051/52

6. September 1968

13.9.68

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die Auseinandersetzungen um die Verabschiedung der Notstandesgesetze haben unsere organisatorischen und finanziellen Kräfte außerordentlich beansprucht. Heute stehen wir vor einer finanziellen Katastrophe, und wir müssen wieder einmal an Ihre Spendenbereitschaft appellieren, damit wir den verbliebenen Schuldenberg abtragen können und das Startkapital für unsere zukünftige Arbeit zusammenbekommen. Da die zentrale Geschäftsstelle der Kampagne nur aufrecht erhalten werden kann, wenn uns schnell ein großer Geldbetrag zufließt, bitten wir Sie alle um großzügige Unterstützung. --- Danke!

Daß wir bereits daran gegangen sind, die weitere Tätigkeit der Kampagne mit konkreter politischer Zielsetzung intensiv und mit geeignetem organisatorischen Konzept in Gang zu bringen, zeigen die beigefügten Entwürfe für "Leitlinien zur weiteren Arbeit der Kampagne" und zur "Bundestagswahl 1969". Diese Konzepte werden z.Zt. in den Ausschüssen der Kampagne diskutiert, und wir würden uns freuen, wenn auch Sie Vorschläge zur Diskussion beitragen könnten.

Weiterhin weisen wir Sie auf die beigefügte Erklärung zur Situation in der CSSR hin, die der Arbeitsausschuß der Kampagne für Demokratie und Abrüstung am 21. August 1968 abgegeben hat. Weitere Beiträge und Informationen zu diesem Thema finden Sie in der September-Ausgabe unserer Zeitschrift "Außerparlamentarische Opposition - Informationen für Demokratie und Abrüstung". Die ebenfalls beigefügte Bestellliste zeigt Ihnen weitere Schriften und Materialien an, die Sie von der Geschäftsstelle der Kampagne beziehen können.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Dr. Andreas Buro
Sprecher

gez.: Klaus Vack
Geschäftsführer



ED 711-15-10

Kampagne für Demokratie
und Abrüstung * Ostermarsch
- Zentraler Ausschuß *

Erklärung des Arbeitsausschusses der Kampagne für Demokratie und
Abrüstung zur Situation in der CSSR (vom 21. August 1968).

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung hatte vor der Intervention der Warschauer Paktstaaten in der CSSR in einer Erklärung an sowjetische Organisationen dazu aufgefordert, die zwischen der CSSR und anderen Staaten des Warschauer Pakts bestehenden Probleme ohne jede Anwendung politischer oder militärischer Pression zu lösen.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung verurteilt den nun erfolgten Einmarsch von Truppen der UdSSR, der DDR und der Volksrepubliken Polen, Ungarn und Bulgarien in die CSSR; sie fordert den Rückzug dieser Interventionstruppen.

Die militärische Intervention der Warschauer Paktstaaten steht in absolutem Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zu dem Recht sozialistischer Staaten auf den eigenen Weg zum Sozialismus; sie ist unvereinbar auch mit dem wohlverstandenen Interesse des sowjetischen Volkes und des internationalen Sozialismus.

Diese Intervention stärkt objektiv jene politischen Kräfte im Westen, die den Antikommunismus und die Rüstungspolitik forcieren und die Demokratie im eigenen Lande abbauen. Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung wendet sich zugleich gegen die Rüstungs- und Notstandspolitiker im eigenen Lande, die nun Anteilnahme am Schicksal der Demokratie in der CSSR heucheln. Wer seit Jahren den Kalten Krieg anheizt, osteuropäische Staaten durch eine Politik militärischer Stärke in den eigenen Machtbereich hinüberzuziehen hofft und den Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk gutheißt, kann nicht glaubwürdig gegen die Intervention in der CSSR protestieren.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung sieht durch die jüngsten Vorgänge ihre politische Forderung bestätigt: Die Militärsysteme NATO und Warschauer Pakt müssen aufgelöst werden! Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung ruft dazu auf, sich der gesamt-europäischen Opposition gegen den Militarismus, für Abrüstung und demokratische Emanzipation anzuschließen.

ED 71E-25-11

Kampagne für Demokratie
und Abrüstung - Ostermarsch
- Zentraler Ausschuß -

Vorlage für die ZA-Sitzung am 14./15. September 1968

Betr.: Bundestagswahlen 1969

Die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik wird ab Ende 1968 im Zeichen der Bundestagswahlen 1969 stehen. Nach dem Willen der in der Bundesrepublik herrschenden politischen Kräfte soll diese Wahl dazu dienen, der bisherigen Innen- und Außenpolitik den Anschein der Legitimation durch die Bevölkerung zu verschaffen, um dann ungehemmter noch als bisher diese Politik voranzutreiben und inhaltlich zu verschärfen. Es ist zu erwarten, daß nach den Bundestagswahlen 1969 die herrschenden politischen Kräfte sich bei der Verfolgung ihrer Ambitionen noch bestehender Widerstände und bisher noch geübter Rücksichtnahmen entledigen wollen; als Voraussetzung hierfür soll die Wahl die bestehenden Machtverhältnisse bestätigen und zugleich verschleiern. Die in der Bundesrepublik herrschende Politik zielt darauf ab, die vorgeblich in Wahlen und im Parlament zum Ausdruck kommende Volkssouveränität der Sache nach weiter abzubauen, zugleich aber diese Entwicklung zum autoritären Staat durch die Aufrechterhaltung formaldemokratischer Fassaden zu verhüllen. Angesichts dessen kommt es den Herrschenden vor allem darauf an, die wirklichen politischen Probleme aus dem Wahlkampf herauszuhalten und jede öffentliche Aufklärung über die tatsächliche Rolle des Parlaments heute und über die Entleerung demokratischer Institutionen zu vermeiden.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung hält es für die wichtigste Aufgabe der außerparlamentarischen Opposition, in den kommenden Monaten diesen großangelegten Akt der Manipulation, als der sich Wahlkampf und Wahl 1969 nach den Absichten der Herrschenden darstellen sollen, anzugreifen und in seinem wahren Inhalt bewußt zu machen. Dabei hält die Kampagne auch gegenüber den Bundestagswahlen 1969 an ihrer Funktionsbestimmung fest: Die Kampagne ist eine außerparlamentarische oppositionelle Sammelbewegung ohne jede parteipolitische Festlegung. Soweit Mitarbeiter der Kampagne außerdem in Parteien tätig werden, können sie hierbei nicht für die Kampagne sprechen. Ungeachtet individueller Stellungnahmen für oder gegen diese oder jene Partei besteht in der Kampagne insgesamt Einigkeit über ein politisches Sachkonzept und über die Notwendigkeit, davon ausgehend den Wahlkampf 1969 als Chance der Politisierung zu nutzen.

In der Kampagne sind unterschiedliche Meinungen über die Strategie der Opposition gegenüber den politischen Parteien vertreten. Einig ist sich die Kampagne jedoch darin, daß die außerparlamentarische Opposition zu den Bundestagswahlen 1969 mit folgender Zielsetzung geschlossen auftreten sollte:

- * Gegen die Absichten der Herrschenden sind die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik und die Verschleierungsfunktion offenzulegen, die unter diesen Umständen Wahl und Parlamentspraktiken erhalten.
- * Gegen die Absicht der Herrschenden muß der Wahlkampf soweit wie möglich politisiert werden, um vor allem folgende Probleme zur öffentlichen Debatte zu stellen:
Soll der (vom Parlament vor allem mit der Annahme der Notstandsgesetze bestätigte) Prozess gesellschaftlicher Formierung zugunsten der industriell-militärischen Machtelite weitergehen, - oder sollen diesem Prozess Alternativen der Demokratisierung

auf allen gesellschaftlichen Ebenen, insbesondere Alternativen mit dem Inhalt demokratischer Kontrolle der politischen Ökonomie entgegengestellt werden?

Soll die von der industriell-militärischen Machtelite betriebene expansive Außenpolitik, die auf Rüstungssteigerung, Beteiligung an atomaren Waffensystemen und Vormachtstellung der Bundesrepublik in Westeuropa mit dem Ziel der "Rückgewinnung Osteuropas" abzielt, weiter betrieben werden, - oder soll durch Rüstungsstopp und Rüstungsabbau sowie durch Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze eine neue Sicherheitspolitik in Europa eingeleitet werden, die das Ende der Militärblocke und die Verhinderung jeder imperialistischen Politik zum Ziele hat?

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung sieht folgende Aktionsmöglichkeiten, um in diesem Sinne in den Wahlkampf einzugreifen:

- * In Wähler- und Mitgliederversammlungen der Parteien kann die Aufstellung der Kandidaten für die Wahl zur Debatte über die politischen Anschauungen der Kandidaten gemacht werden; gegen Abgeordnete, die sich mit der Annahme der Notstandsgesetze zur Selbstentmachtung des Parlaments bekannt haben, muß eine Abwahlkampagne geführt werden.
- * In offenen Wählerversammlungen (insbesondere Jungwählerversammlungen) müssen die aufgestellten Kandidaten der Parteien zur Offenlegung ihrer politischen Absichten veranlasst werden.
- * Wahlveranstaltungen der einzelnen Parteien können durch das Auftreten der außerparlamentarischen Opposition zur Debatte über das politische System der Bundesrepublik und zur Auseinandersetzung über die wirklichen politischen Probleme umfunktioniert werden.
- * Die außerparlamentarische Opposition kann mit Flugblättern, Plakaten, Informationsständen, Demonstrationen und anderen Aktionsformen laufend zu den Wahlveranstaltungen der Bundestagsparteien Stellung beziehen und die Politisierung des Wahlkampfes erzwingen.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung ist sich darüber im klaren, daß durch solche Aktionen zu den Bundestagswahlen 1969 die politischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik nicht umgestürzt werden können. Die Aktionen zur Bundestagswahl sind aber ein notwendiger Schritt, um die Politisierung unter den Mitbürgern voranzutreiben und jenes Widerstandspotential zu stärken und zu erweitern, das immer mehr zum Träger demokratischer Alternativen wird.

In dieser Situation, in der sich Parlamentarier und Parteiführungen gegen ihren eigenen Anspruch zum Instrument und Akklamationsorgan der Entdemokratisierung haben machen lassen, liegt es bei der außerparlamentarischen Opposition, das Prinzip der Volkssouveränität gegen seine Scheinvertreter neu bewußt zu machen und zu praktizieren.



DM Pf f. KtoNr. **62 55**
 Absender:



Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf
 KtoNr. **62 55** PSchA Ffm

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf DM Pf (Markbetrag in Buchstaben wiederholen)
 Deutsche Mark

für Kampagne für Abrüstung
 -Ostermarsch
 der Atomwaffengegner-
 Zentraler Ausschuß
 in 605 Offenbach 4

Konto Nr.
62 55

Postcheckamt
Frankfurt am Main

Einlieferungsschein

— Bitte sorgfältig aufbewahren —

Deutsche Mark Pf
 (in Ziffern)

für

Kampagne für Abrüstung
 -Ostermarsch
 der Atomwaffengegner-
 Zentraler Ausschuß

in 605 Offenbach 4

Eingangs-Nr.

Postvermerk

Postvermerk

2 6776 5432
 210 x 105, Kl. III 1 (Einkl.-Nr., Namensz. d. Annahmestelle, Tag u. Monat)

S 7/14 vkr
 PostSchO Anl. 2

(Einkl.-Nr., Annahmestelle)

Das Postcheckamt sendet diesen Abschnitt dem Guthaberrückempfänger

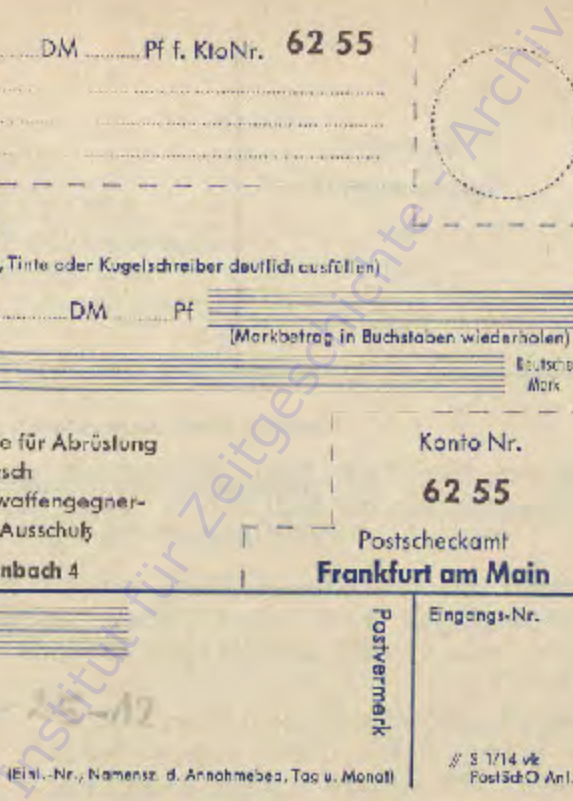
DM Pf
 für Konto
 Nr. **62 55**

PSchA Frankfurt am Main
 Absenderangabe (mit Postleitzahl)

betrifft

Rechnung, Kostenzeile, Buchungsnummer

20 7 14 - 25 - 12



An die
Kampagne für Demokratie
und Abrüstung - Ostermarsch
- Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle gegen Rechnung, bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt,
folgende Schriften bzw. sonstige Materialien:

- Zeitschrift "Außerparlamentarische Opposition"
Heft September 1968, u.a. mit Informationen und
Dokumenten zur CSSR, Stück DM 1.-- DM -----
- Zeitschrift "Außerparlamentarische Opposition"
Doppelheft Juli/August 1968, u.a. mit Informa-
tionen zum Nigeria-Krieg, Stück DM 2.-- DM -----
- Offener Brief, Betrifft: Notstandsgesetze, Stück
DM 0,50, ab 5 Stück DM 0,20 je Stück DM -----
- Paperback-Buch von Jürgen Seifert "Der Notstands-
ausschuß", Stück DM 10.-- DM -----
- Karikaturenbuch von Arno Ploog "Notstand unser .."
Stück DM 3.-- (Sonderpreis!) DM -----
- Karikaturen-Postkarten zu den Notstandsgesetzen
Satz 6 Karten, DM 1.-- DM -----
- Bausteine über Rüstung und Wirtschaft, Stück
DM 2,80 DM -----
- Paperback-Buch von Fritz Vilmar "Rüstung und Ab-
rüstung im Spätkapitalismus", Stück DM 12.80 DM -----
- Baustein über den Krieg in Vietnam, Stück DM 2.80DM -----
- Paperback-Buch von Günter Anders "Visit beautiful
Vietnam - ABC der Aggressionen heute", Stück
DM 12.-- DM -----
- Buch von Ernst Niekisch "Die Legende von der
Weimarer Republik", Stück DM 20.-- DM -----
- Paperback-Buch von Arno Klönne und Bernd Jansen
"Imperium Springer - Macht und Manipulation"
Stück DM 9.60 DM -----
- Karikaturen-Heftchen von Arno Ploog mit Abzeichen
"Sei böse zu Dir: nimm BILD", Stück DM 2.-- DM -----
- Karikaturen-Heftchen von Arno Ploog mit Abzeichen
"Zwingt NPD raus - mehr Demokratie rein", Stück
DM 2.-- DM -----

- Taschenbuch von J. W. Klefisch "Schluß mit Deutsch-
land?", Stück DM 3.-- DM -----
- Taschenbuch von Dr. Bodo Manstein "Atomare Gefahr
und Bevölkerungsschutz", Stück DM 5.80 DM -----
- Buch von Hans Henle "Der neue Nahe Osten", Stück
DM 22.80 DM -----
- Broschüre "Der 2. Juni 1967", Dokumente zu den
Ereignissen anlässlich des Schah-Besuchs in Berlin
Stück DM 3.50 DM -----
- Plakat von Arno Ploog "Terroristenspiel" (4-Farb-
druck, sehr schön, frech und preiswert!) Stück
DM 5.-- DM -----
- Plakette: Gegen Notstandsgesetze, DM 1.-- DM -----
- Plakette der Internationalen Konföderation für
Abrüstung und Frieden, DM 1.-- DM -----
- Plakette: Ich bin eine kleine radikale Minderheit
DM 1.-- DM -----
- Plakette: Stop the war in Vietnam, DM 1.-- DM -----
- Plakette: Stop US-Aggression in Vietnam, DM 1.-- DM -----
- Plakette: Frieden für Vietnam, DM 1.-- DM -----
- Plakette: BILD macht dumm, DM 1.-- DM -----
- Plaketten der Kampagne mit Emblem groß/ mittel/
klein, je DM 1.-- DM -----
- Autokleber: Schluß mit dem Krieg in Vietnam, DM 1.-- DM -----
- Autokleber: BILD macht dumm, DM 1.-- DM -----
- Autokleber der Kampagne mit Emblem, DM 1.-- DM -----
- Skatspiel, auf der Rückseite mit Kampagne-Emblem,
DM 4.50 DM -----

Name: -----

Anschrift: -----

Unterschrift

13.9.68
BO 746-25-14

Kampagne für Demokratie
und Abrüstung - Ostermarsch
- Zentraler Ausschuß -

Vorlage für die ZA-Sitzung am 14./15. September 1968

Betr.: Leitlinien zur weiteren Arbeit der Kampagne für
Demokratie und Abrüstung

1. Zur Problematik der außerparlamentarischen Arbeit

Die Erfahrungen aus der außerparlamentarischen Arbeit der vergangenen Jahre haben die Erkenntnis bestätigt, daß eine rasche Umkehrung der Machtverhältnisse zugunsten progressiver Kräfte in der Bundesrepublik unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu erreichen ist. Dies nicht nur wegen der materiellen Machtverteilung, sondern auch wegen des politischen Bewußtseins des größten Teiles der Bevölkerung. Dieser empfindet keine Notwendigkeit zur Änderung des Systems und tritt selbst progressiven Änderungsvorschlägen, die im Rahmen des Systems liegen, mit Zurückhaltung entgegen. So mußten in der Vergangenheit auch alle solche Versuche scheitern, die auf direkte und spontane Gewinnung der Massen zur Änderung der Verhältnisse abzielten. Dem entspricht, daß es bislang nicht gelang, eine oppositionelle Massenbewegung zu schaffen. Die demokratische Opposition muß hieraus die Folgerung ziehen, daß es im gegenwärtigen Stand der Entwicklung vordringlich ist, die Voraussetzungen für die Bildung einer Massenbewegung weiter auszubauen. Es muß also die Basis der außerparlamentarischen Opposition in Arbeitsformen und Aktionen, die die Abwehrkräfte des Systems unterlaufen und nur auf partielle, kalkulierte Konfrontation zielen, verbreitert, nicht aber bereits jetzt die eigene schmale Massenbasis zu einer direkten Konfrontation mit den systemerhaltenden Kräften mobilisiert werden.

Hierbei gilt es zwei Voraussetzungen zu berücksichtigen:

- * Die Ausweitung der eigenen Basis darf nicht zu einer Trennung von den Problemen der Masse der Bevölkerung und damit zu einer Isolierung der außerparlamentarischen Opposition führen. Die Verbindung zu den progressiven Kräften in gesellschaftlichen und politischen Organisationen dürfen nicht aufgegeben werden.
- * Die Ausweitung der eigenen Basis muß auf spezifische politische Ziele gerichtete Kampagnen zur Grundlage haben, da nur in der praktischen Auseinandersetzung politisches Engagement zu erreichen ist.

Wird diese allgemeine Feststellung über die Voraussetzungen außerparlamentarischer oppositioneller Arbeit unter den gegebenen Verhältnissen in der Bundesrepublik akzeptiert, so ist eine grundsätzliche Änderung wichtiger Aktionsformen der Kampagne notwendig. Alle jene Aktionen, die durch ihren Charakter, wenn auch meist unausgesprochen sich auf spontane Massenbeteiligung und dadurch auf direkte Änderung der Verhältnisse richteten, müssen durch schärfer gezielte Aktionen mit genauer kalkuliertem Effekt ergänzt oder auch ersetzt werden. Hierzu gehören auch die Ostermärsche als jährlich wiederkehrende Veranstaltungen, an deren Stelle nun Aktionen treten müssen, die sich mehr noch an aktuellen Gegebenheiten orientieren.

2. Verbreiterung der Basis außerparlamentarischer Opposition

Ausweitung der Basis erfordert Analyse der Gesellschaft, Festlegung von Zielgruppen, Entwicklung spezifischer Arbeitsmethodik und Festlegung der für die Opposition geeignetsten politischen Stoßrichtungen. Alle diese Bereiche der Arbeit stehen in Wechselwirkung untereinander, alle müssen ständig aufs neue durchdacht und die in ihnen eingenommenen Positionen fortgesetzt, überprüft und korrigiert werden.

2.1 Eine konkrete Analyse der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer spezifischen Form in der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Tendenzen, ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Grenzen muß zeigen, wo die tatsächlichen Schwächen und Stärken des Systems liegen. Sie muß Innen- und Außenpolitik umfassen und deren Zusammenhang mit der internationalen Politik aufweisen. Ansatzpunkte der Analyse müssen die Widersprüche und die dadurch bewirkten Hemmungen für eine fortschrittliche Entwicklung der Gesellschaft sein, ferner die gesamtgesellschaftlichen Risiken der herrschenden Außen- und Innenpolitik.

2.2 Die Politisierung durch Vermittlung von Einsichten in die konkreten politischen Verhältnisse und die Möglichkeit ihrer Veränderung muß sich auf Zielgruppen konzentrieren. Für ihre Auswahl können folgende Kriterien dienen:

- * Wo ist die größte Oppositionsbereitschaft vorhanden?
- * Wo ist der Widerspruch zwischen den herrschenden Verhältnissen und den nach dem Stande der Produktivkräfte möglichen am größten, so daß auch die mögliche Einsicht in den Widerspruch am größten ist?

* Wo sind die nachhaltigsten Wirkungen auf die gesamte Gesellschaft zu erwarten?

Für eine genaue Bestimmung der Zielgruppen ist eine eingehende Untersuchung erforderlich. Sie kann hier nicht geleistet werden. Trotzdem soll auf vier Gruppen hingewiesen werden, die mit großer Wahrscheinlichkeit als Zielgruppen zu benennen wären.

Zunächst gehören die Mitarbeiter und Unterstützer der Kampagne und der außerparlamentarischen Opposition selbst hierzu. Sie haben entsprechend dem früheren Schwergewicht der Kampagne-Aktionen mit Zielrichtung auf spontane Massenbewegung häufig außerparlamentarische Opposition vorrangig unter dem Gesichtspunkt organisatorischer Wirksamkeit praktizieren müssen. Sie müssen sich nun zusätzlich darauf einstellen, in viel stärkerem Maße als bisher die politische Begründung außerparlamentarischer Opposition in den Vordergrund ihrer Tätigkeit zu rücken. Die so einsetzende weitere Politisierung von Mitarbeitern und Unterstützern der Kampagne kann wegen ihrer grundsätzlichen Bereitschaft und Aufgeschlossenheit schnell zur Bildung der für die Ausweitung der Arbeit notwendigen Kader führen.

Zweitens sind die Lernenden vom Schüler bis zum Studenten, vom Lehrling und Jungarbeiter bis zum Fachschüler, vom Mitglied eines Jugendverbandes bis zum Mitglied kirchlicher Jugendgemeinschaften als Zielgruppen anzusehen. Sie sind noch wenig durch Interessen und Abhängigkeitsverhältnisse festgelegt und daher weitgehend bereit, sachliche Kritik zu prüfen und aufzugreifen.

Als dritte Zielgruppe ist auf Belegschaften von Betrieben und Teile derselben hinzuweisen, auf die die oben genannten Kriterien zutreffen. Hier ist sorgfältige Untersuchung der Voraussetzungen in besonderem Maße erforderlich, da keineswegs angenommen werden kann, daß Belegschaften von Industriebetrieben generell zu dieser Zielgruppe gehören.

Schließlich sind als vierte Gruppe diejenigen Personen und Kreise zu nennen, die in politischen und gesellschaftlichen Organisationen, wie z.B. Gewerkschaften und Parteien progressive Forderungen aufgegriffen, unterstützt und verbreitet haben.

Sie konnten hierdurch wesentlich dazu beitragen, daß in diesen Organisationen Ansätze von Opposition entstanden sind. Die aufgestellten drei Kriterien dürften auf diese Zielgruppe auch bei nüchterner Einschätzung ihres begrenzten Spielraumes zutreffen.

- 2.3 Revolution ist unter unseren Verhältnissen nicht als einmaliger Akt, sondern als langwieriger Prozess vorstellbar. Von dieser Grundannahme ausgehend ist nach jenen Institutionen der Gesellschaft zu fragen, in denen Impulse zur Veränderung zunächst Aussicht haben. Für ihre Auswahl können ebenfalls die unter 2.2 genannten Kriterien herangezogen werden.
- 2.4 Arbeitsmethodik zur Durchsetzung oppositioneller, realdemokratischer Zielsetzungen unter den Bedingungen eines hochentwickelten Industriestaates ist bisher nur in Ansätzen vorhanden. Bisherige Arbeitsmethoden klammerten sich vielfach an überkommene Formen, deren Zweckmäßigkeit im Hinblick auf die Erreichung konkreter Ziele nicht ausreichend überprüft wurde. Dies gerade jedoch ist notwendig. Dazu muß vielmehr als bisher methodisch experimentell gearbeitet werden, wobei von besonderem Interesse die Taktik des Einsatzes kleiner Gruppen und einzelner Personen sein dürfte, die bislang unterentwickelt geblieben ist, obwohl oppositioneller politischer Kampf vorrangig des selbständigen Einsatzes des einzelnen bedarf.
- 2.5 Politisierung, Veränderung von Institutionen, Entwicklung von Methoden können nicht allein an abstrakter Theorie, an der Eigenproblematik der Institutionen oder durch methodische Experimente ohne konkreten Anlaß erreicht werden. Sie können sich erst an der ^{realen} politischen Problematik entwickeln. Dies muß durch ständige Analyse der politischen Situation erarbeitet werden, so daß aus der Vielfalt möglicher Stoßrichtungen dann diejenigen ausgewählt werden können, die zur Erreichung der unter 2.2 und 2.4 genannten Ziele am zweckmäßigsten erscheinen. Bleibt dabei das taktische Ziel der Erweiterung der Basis der außerparlamentarischen Opposition maßgebend, so wird die Kampagne flexibel ihre nächsten politischen Schritte auswählen und die Bereiche der Auseinandersetzung mit ihren politischen Gegnern vorteilhaft selbst bestimmen können.

3. Arbeitsaufgaben für die Kampagne

3.1 Sollen die oben angeführten Ziele erreicht werden, so bedarf es der Kommunikation und der Zusammenarbeit innerhalb der außerparlamentarischen Opposition. Gegenseitige Abstimmung der vielfältigen Gruppen untereinander muß die Kontinuität außerparlamentarischer Opposition sichern. Hierbei kann die Kampagne als Plattform dienen. Da sie nicht ideologisch festgelegt ist, kann sie Treffpunkt der verschiedenen Ideen und Ort für die Abstimmung gemeinsamer Aktionen mit klar umrissenen Zielsetzungen sein.

Organisatorische Schritte

- a. Abhaltung zentraler, regionaler und örtlicher Konferenzen mit anderen Gruppierungen der außerparlamentarischen Opposition zu Meinungsaustausch und zur Besprechung gemeinsamer Aktionsmöglichkeiten.
 - b. Unterrichtung über die APO-Veranstaltungen und Entwicklung durch örtliche APO-Informationendienste, besonders in Großstädten. Die Dienste werden herausgegeben von den örtlichen Ausschüssen der Kampagne in Zusammenarbeit mit den jeweiligen örtlichen APO-Gruppen.
 - c. Versendung des zentralen Materials der Kampagne an alle interessierten Gruppen der außerparlamentarischen Opposition.
 - d. Unterstützung politischer Clubs oder Bildung eigener Clubs zur Intensivierung der politischen Diskussion am Ort.
- 3.2 Konkrete Analyse der kapitalistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik muß von den wichtigsten Standorten aus vorgebracht werden. Die Auseinandersetzung hiermit soll nicht der Festlegung auf eine bestimmte Interpretation dienen oder auf Indoktrination zielen, sondern durch die Darlegung der unterschiedlichen Gesichtspunkte und erklärenden Theorien die Beschäftigung des einzelnen mit diesen Fragen anregen. Die Auseinandersetzung um eine zutreffende Analyse muß ständig fortgeführt werden, nicht nur um die Entwicklung zu verfolgen, sondern auch um kritischem Denken über unsere Gesellschaft immer neue Impulse zu geben.

Organisatorische Schritte

- e. Ausarbeitung von Analysen aus unterschiedlicher oppositioneller Sicht. Veröffentlichung der Analysen und der darauf folgenden Diskussion. Herausarbeitung der offenen Fragen innerhalb der Opposition.
- f. Einberufung regionaler und folgend zentraler Seminare zur Diskussion der Analysen und ihrer Konsequenzen für die Tätigkeit der Kampagne und der gesamten außerparlamentarischen Opposition.

3.3 Sollen die unter 2.2 genannten Zielgruppen effektiv politisiert werden, so ist es erforderlich, eine ständige Kommunikation mit ihnen herzustellen.

Organisatorische Schritte

- g. Aufnahme von Vertretern der Zielgruppen und ihrer Organisationen in die Ausschüsse der Kampagne. Wo eine offizielle Vertretung nicht möglich ist, sollte eine Vertretung durch einflußreiche Personen aus den Zielgruppen angestrebt werden.
- h. Der ZA muß Mitglieder kooptieren, die besondere Fähigkeiten für die Verwirklichung der gesetzten Ziele mitbringen. Der Arbeitsausschuß des ZA sollte zur besseren Bewältigung seiner vielfältigen Aufgaben auf 9 bis 10 Mitglieder erweitert werden. Er sollte Referenten für bestimmte Aufgabengebiete bestellen.
- i. Die Schlüsselpersonen der Zielgruppen am Ort müssen ermittelt und ständig mit dem Material der Kampagne versorgt werden. (Politische Stellungnahmen, politische Sachunterrichtung, wie Baustedte und Artikeldienst, APO-Informationsdienste, Analysen der Gesellschaft in der Bundesrepublik, Analysen über die Institutionen, mit denen sie vorwiegend verbunden sind, Aktionsaufforderungen).

3.4 Einwirkung auf einzelne Institutionen erfordert die Untersuchung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs der Institutionen, der Institutionen selbst, der nach den gegenwärtigen Gegebenheiten anzustrebenden Veränderungen und der Methoden zu deren Durchsetzung.

Organisatorische Schritte

- j. Schaffung von Arbeitskreisen für die Untersuchung z.B. von Erziehungsinstitutionen und Betrieben unter Einbeziehung von Vertretern aus diesen Institutionen und Betrieben zur Erarbeitung von Forderungen, Vorschlägen und Argumentationen, bzw. zur Unterstützung und Vermittlung bereits bestehender Bemühungen.
- k. Publizierung von Forderungen für strukturelle Veränderungen innerhalb dieser Bereiche.
- l. Direkte Unterstützung der Zielgruppen bei ihrem Kampf um die Veränderung der Institutionen und Betriebe, in denen sie arbeiten. Z.B. im Bereich des Erziehungswesens durch Herausgabe von Gegen-Lehrmaterial oder kritischen Untersuchungen über das offizielle Lehrmaterial.

3.5 Für die Weiterentwicklung der Arbeitsmethodik der außerparlamentarischen Opposition können folgende organisatorische Schritte eingeleitet werden:

- m. Ausführung von Modellaktionen und -kampagnen durch örtliche Ausschüsse. Hiermit sollen experimentelle Arbeitsweisen eingeführt und Modelle für die Durchsetzung bestimmter Ziele geschaffen werden. Das gleiche Thema sollte jeweils von 2 bis 3 örtlichen Ausschüssen gleichzeitig bearbeitet werden. Die gewonnenen Erfahrungen sollten publiziert und regional und zentral diskutiert werden. Als Themen kämen beispielsweise in Frage: Vietnam; "Springer"; Anerkennung von DDR und Oder-Neiße-Grenze; demokratische Kontrolle im Betrieb - Mitbestimmung; Engagement von Christen für Demokratie und Friedenssicherung; Rüstung und Hunger. Später Ergänzung durch Themen, die auf die Zielgruppen ausgerichtet sind.
- n. Die Ostermärsche, bisheriger Höhepunkt der jährlichen Arbeit entfallen. Stattdessen läßt die Kampagne gegebenenfalls gemeinsam mit Verbänden des Auslandes für Ostern 1969 zu einem europäischen Treffen in die Bundesrepublik ein. Dies könnte die gemeinsamen progressiven Interessen gerade der europäischen Jugend zum Ausdruck bringen, sich nicht nur auf politische Auseinandersetzung beschränken, sondern auch gesellschaftskritische, kulturelle Ansätze mit

einbeziehen. Die politischen und organisatorischen Vorbereitungen für ein solches europäisches Treffen müßten sofort aufgenommen werden. - Die Bezeichnung "Ostermarsch" im Namen der Kampagne wird gestrichen.

o. Herausgabe eines Handbuches für Arbeitsmethodik. Der Inhalt sollte aus theoretischen Überlegungen und einer Zusammenstellung von Erfahrungen aus der örtlichen und regionalen Arbeit bestehen.

p. Örtliche und regionale Referenten- und Diskutantenschulung. Einrichtung von Referentenvermittlungsstellen bei den Ausschüssen der Kampagne. Sie sollen nicht nur auf Anfragen Referenten vermitteln, sondern von sich aus aktiv versuchen, im Bereich der Zielgruppen oder anderen interessanten Kreise Referenten zu vermitteln und Diskutanten zu Veranstaltungen zu senden. - Zentral werden zu einzelnen Themen Referentenlisten zusammengestellt und veröffentlicht.

q. Weitere Herausgabe von Bausteinen zur Sachunterrichtung und Politisierung. Als Themen kämen u.a. in Frage:

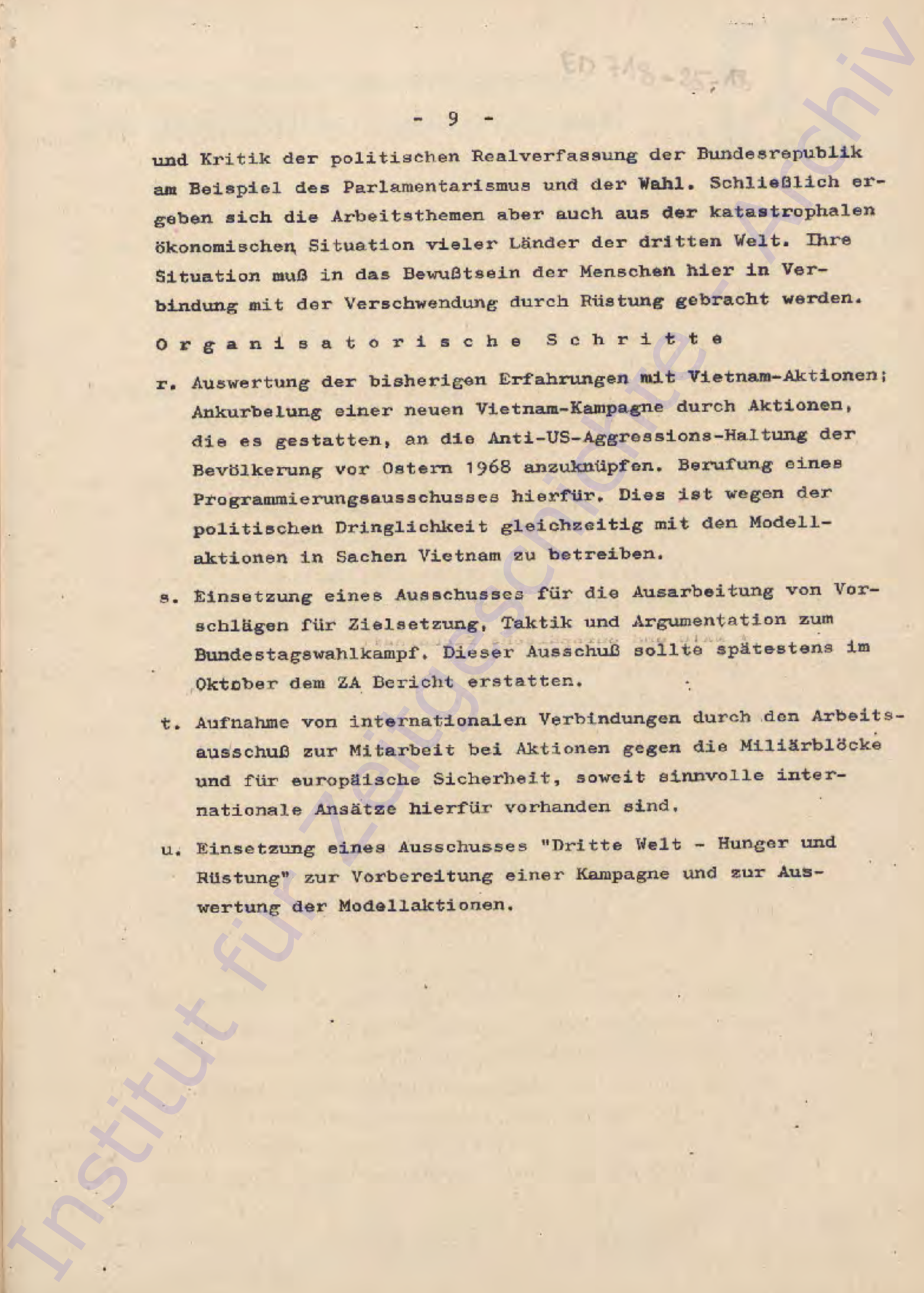
- * NATO und europäische Sicherheit
- * Situation der Erziehungsinstitutionen in der Bundesrepublik
- * Faschismus und Neofaschismus
- * Politische Realverfassung der Bundesrepublik, Grundgesetz, demokratische Alternativen
- * Abrüstung, Rüstungskontrolle und militärische Strategien
- * Zur politischen und ökonomischen Situation in der dritten Welt
- * Zur Problematik der Mitbestimmung und demokratischen Kontrolle der Wirtschaft auf allen Ebenen

3.6 Die aktuellen politischen Arbeitsthemen der Kampagne folgen aus der Notwendigkeit zur Wiederaufnahme der Kampagne gegen die US-Aggression in Vietnam, aus der Notwendigkeit, die Auflösung der Militärblöcke zu einem Thema der öffentlichen politischen Debatte zu machen (gerade nach den Ereignissen in der CSSR) und aus dem voraussichtlich die nächsten 12 Monate beherrschenden Bundestagswahlkampf. Seine Einzelthemen für die außerparlamentarische Opposition können sein: Sperrvertrag, Auflösung der Militärblöcke und europäisches Sicherheitssystem, Anerkennung von DDR und Oder-Neiße-Grenze, "Springer", demokratische Kontrolle der Wirtschaft, Änderung des Bildungswesens

und Kritik der politischen Realverfassung der Bundesrepublik am Beispiel des Parlamentarismus und der Wahl. Schließlich ergeben sich die Arbeitsthemen aber auch aus der katastrophalen ökonomischen Situation vieler Länder der dritten Welt. Ihre Situation muß in das Bewußtsein der Menschen hier in Verbindung mit der Verschwendung durch Rüstung gebracht werden.

O r g a n i s a t o r i s c h e S c h r i t t e

- r. Auswertung der bisherigen Erfahrungen mit Vietnam-Aktionen; Ankurbelung einer neuen Vietnam-Kampagne durch Aktionen, die es gestatten, an die Anti-US-Aggressions-Haltung der Bevölkerung vor Ostern 1968 anzuknüpfen. Berufung eines Programmierungsausschusses hierfür. Dies ist wegen der politischen Dringlichkeit gleichzeitig mit den Modellaktionen in Sachen Vietnam zu betreiben.
- s. Einsetzung eines Ausschusses für die Ausarbeitung von Vorschlägen für Zielsetzung, Taktik und Argumentation zum Bundestagswahlkampf. Dieser Ausschuß sollte spätestens im Oktober dem ZA Bericht erstatten.
- t. Aufnahme von internationalen Verbindungen durch den Arbeitsausschuß zur Mitarbeit bei Aktionen gegen die Militärblöcke und für europäische Sicherheit, soweit sinnvolle internationale Ansätze hierfür vorhanden sind.
- u. Einsetzung eines Ausschusses "Dritte Welt - Hunger und Rüstung" zur Vorbereitung einer Kampagne und zur Auswertung der Modellaktionen.



kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch



Geschäftsführer: Rudi Schindler, 605 Offenbach/Main 4, Merianstr. 13, Postfach 648

Regionaler Ausschuß
Hessen / Rheinland

Telefon (06 11) 88 60 51/52

Postcheckkonto
Frankfurt/Main 57648

Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 740294

im Juli 1968

22. 7. 68

Sehr geehrte Damen und Herren!
Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Freunde!

Wir müssen jetzt trotz Ferien- und Reisezeit noch einmal dringendst bitten: Spendet! Helft den finanziellen "Notstand" der Kampagne zu überwinden.

Wir sind nach der Kampagne gegen die Notstandsgesetze hoch verschuldet, nämlich mit DM 17.893,12. Dieser Schuldenberg lähmt jede zukünftige Arbeit.

Durch die schnelle Aufeinanderfolge der Aktionen von vor Ostern bis zur dritten Lesung der Notstandsgesetze hatten wir keine Pausen, um von unseren Schulden herunterzukommen. Im Gegenteil, sie wurden immer mehr, und wir konnten dies nicht bremsen, wenn wir nicht gleichzeitig die Aktivität der außerparlamentarischen Bewegung hätten bremsen wollen.

Wenn jeder nach seinen Möglichkeiten einen Geläbetrag überweisen würde, müßte es möglich sein, die Kampagne für Demokratie und Abrüstung wieder einigermaßen schuldenfrei und damit flott zu machen.

Wir wissen, daß es nicht erfreulich ist, "Bettelbriefe" zu bekommen, aber da die Kampagne ihre Arbeit im wesentlichen aus Spenden finanziert, sind wir auf dieses Verfahren angewiesen.

Danke schön und freundliche Grüße

gez: Rudi Schindler
Geschäftsführer

gez: Sigi Wenzel
Kassierer

Kuratortum: Wolfgang Abendroth, Frank Alloun, Ernst Block, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, I. John Collins, Herbert Feller, Oertig K. Fleckhelm, Christian Geisler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Heverbeck, Gustav Hackmann, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Mafier, Bodo Manstein, Martin Nimmiller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Haiga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch

Regionaler Ausschuß Hessen/Rheinland, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Telefon: (0611) 88 60 51/52

Offenbach, den 1. Juni 1968

Sehr verehrte Damen und Herren,
Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde!

18. 6. 68

Durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze haben sich die herrschenden Kreise die gesetzlichen Mittel geschaffen, um, wann immer ihre Herrschaft gefährdet erscheint, mit legalem Anschein die Demokratie beseitigen zu können. Die Form der Verabschiedung, in der die Meinung eines großen Teils der Bevölkerung frech mißachtet wurde, hat die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie in diesem Staate schwer erschüttert. Die junge Generation, der Demokratisierung der Gesellschaft Mitbestimmung ihrer Zukunft bedeutet, und die lohnabhängige Bevölkerung, deren Rechte jetzt besonders bedroht sind, hat der Kampf gegen die NS-Gesetze in starkem Maße politisiert. Der Kampf um die Verabschiedung der Gesetze ist abgeschlossen. Nicht abgeschlossen ist jedoch die Auseinandersetzung um die Inhalte der NS-Gesetze. Der Kampf gegen die autoritäre Herrschaft einer kleinen Gruppe über die Masse der Bevölkerung wird nun anhand konkreter Fragen des alltäglichen Lebens weiter geführt werden müssen. Die Kampagne wird hierzu in Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen der außerparlamentarischen Opposition konkrete Arbeits- und Aktionspläne ausarbeiten müssen.

Wir wissen, daß die Entscheidung des DGB-Bundesvorstandes, keine Kampfmaßnahmen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu unternehmen, in der Arbeiterschaft teilweise Unsicherheit und Resignation und teilweise auch große Verärgerung gebracht hat. Deshalb war es von großer Bedeutung, daß die Außerparlamentarische Opposition und damit im ersten Glied auch die Kampagne für Demokratie und Abrüstung die zentrale Information und Koordination für die örtlichen und regionalen Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Ausschüsse etc. übernommen hatte.

Das alles hat natürlich eine Menge Geld gekostet, und Geld brauchen wir auch für unseren weiteren Kampf. Allein von unseren jüngsten Aktionen haben wir jetzt ein Defizit von rd. 14000,- DM. Wir müssen deshalb in dieser ersten Stunde der Notstandsgesetze auch den finanziellen Notstand verkünden und dringlich um Spenden für unseren Aktionsfonds bitten.

Wir ersparen uns und Ihnen weitere Worte. Untenstehend finden Sie eine Zahlkarte. Außerdem haben wir ein Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach, Nr. 740 294.

Mit freundlichen Grüßen

Rudi Schindler

Geschäftsführer
(Rudi Schindler)

Sigi Wenzel

(Sigi Wenzel)
Kassierer

Aufgabestempel



DM Pfg. für Konto Nr. **576 48**
Absender: _____

Zum Aufkleben
der Freimärke
durch den
Absender
(Gebührenätze
umsortig)

Raum für Vermerke des Absenders
Spende „Notstand“
Eingez.
auf Konto-Nr. **576 48** PSchA
Fm.

Zahlkarte

DM Pfg.
für Konto
Nr. **576 48**

auf _____ DM Pfg., wörtlich _____
D-Mark Pfg.
wie oben

Einlieferungsschein
— sorgfältig aufbewahren —
D-Mark Pfg.
(in Ziffern)

PSchA Fm.
Eingezahl am _____
Absender
Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebäudetell., Stockwerk):

für
**Kampagne für Demokratie
und Abrüstung
RA Hessen / Rheinland**
Konto - Nr.
576 48
Postscheckamt
Fm.

für
**Kampagne für Demokratie
und Abrüstung
RA Hessen / Rheinland**
in **605 Offenbach**

Betrifft:
Spende „Notstand“

Postvermerk
Nr. _____
Eingetragen durch: _____
am _____
Eingangsnr.

Postvermerk
Einlieferungsnummer
Postanname

Lastschriftzettel Bl. 026

Konto 6 Frankfurt

Nr. 2137 35

20 DM PF

für Kampagne für
Abstinenz / Ostermarsch
Offenbach

Ab 168



Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt nach Auftragsgeber

(Für Postmarken des AL-Tageloses)

Diese bei Einzahlung an das Postscheckamt jedem Lastschriftzettel hier einzeln nach Nutzen umschlagen

kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch

Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Merianstraße 13, Postfach 648, Telefon: (0611) 68 60 51/52

ED 347-35-01
31. Mai 1968

Betr.: Jahresabonnement 1968 für die AUSSERPARLAMENTARISCHE
OPPOSITION - INFORMATIONEN FÜR DEMOKRATIE UND ABRÜSTUNG

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die finanzielle Situation der Kampagne für Demokratie und Abrüstung ist zur Zeit außerordentlich angespannt, was mit unseren Aktivitäten und Aktionen gegen die Notstandsgesetze zusammenhängt. Wir müssen in dieser ernstesten Stunde der Notstandsgesetze auch den finanziellen Notstand der Kampagne feststellen.

In dieser Situation möchten wir Sie noch einmal an die Jahresabonnementsgebühren für die Zeitschrift AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION erinnern. Nach unseren Unterlagen haben Sie die Abonnementgebühr für 1968 von DM 10.--, die jeweils zum Jahresanfang zu zahlen ist, noch nicht überwiesen. Bitte erledigen Sie dies jetzt doch sofort; machen Sie von der beigelegten Zahlkarte Gebrauch oder überweisen Sie auf unser Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigniederlassung Offenbach, Nr. 740 633.

10.- Peko 21/26 lin 10. 6.

Sollte ein Irrtum unsererseits vorliegen und die Abonnementgebühr bereits bezahlt sein, dann bitten wir um eine kurze Information. Wir möchten Ihnen gleichzeitig mitteilen, daß es nicht möglich ist, das Abonnement einfach durch Nichtzahlung der Abonnementgebühren einzustellen. Sollten Sie an der Zeitschrift nicht mehr interessiert sein, so muß dieses zum Jahresende gekündigt werden und bis dahin muß selbstverständlich die Abonnementgebühr bezahlt werden, zumal Sie bereits die Ausgaben bis einschließlich Mai 1968 erhalten haben.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Vack
- Geschäftsführer -



Verantwortlich: Kampagne für Demokratie und Abrüstung - Ostermarsch, Zentraler Ausschuß
(Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach am Main 4, Merianstraße 13, Postfach 648)
Postcheckkonto: Ffm. 6255, Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach am Main, Konto Nr. 740 633

kampagne für demokratie und abrüstung – ostermarsch

Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Merianstraße 13, Postfach 648, Telefon: (0611) 88 60 51/52

29.5.68

Sehr verehrte Damen und Herren,
Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde!

Wenngleich sich die Fraktionen der Großen Koalition bisher über alle Kritik der Opposition gegen die Notstandsgesetze hinweggesetzt haben, können wir doch feststellen, daß mit dem Sternmarsch auf Bonn und mit den Aktionen und Streiks in diesen Tagen die Opposition stärker und breiter geworden ist. In vielen Betrieben, an den Universitäten und in den Schulen wird es in den nächsten Tagen doch eine verstärkte Aktivität und vielfältige Kampfmaßnahmen geben.

Wir wissen, daß die Entscheidung des DGB-Bundesvorstandes, keine Kampfmaßnahmen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu unternehmen, in der Arbeiterschaft teilweise Unsicherheit und Resignation und teilweise auch große Verärgerung gebracht hat. Deshalb ist es von großer Bedeutung, daß die Außerparlamentarische Opposition und damit im ersten Glied auch die Kampagne für Demokratie und Abrüstung die zentrale Information und Koordination für die örtlichen und regionalen Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Ausschüsse etc. übernommen hat.

Das alles kostet natürlich eine Menge Geld. Allein vom Sternmarsch haben wir noch ein Defizit von über 40 000,- DM. Hinzu kommen die Unkosten für Flugblätter, Aufklärungsbroschüren, Zeitungsanzeigen und Plakate, die wir jetzt nach dem Sternmarsch eingesetzt haben.

Wir müssen deshalb in dieser ersten Stunde der Notstandsgesetze auch den finanziellen Notstand verkünden und dringlich um Spenden für unseren Aktionsfonds bitten.

Wir ersparen uns und Ihnen weitere Worte. Untenstehend finden Sie eine Zahlkarte. Außerdem haben wir ein Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach, Nr. 740 633.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Büro
(Dr. Andreas Büro)
Sprecher

Klaus Vack
(Klaus Vack)
Geschäftsführer

Aufgabestempel



DM Pfg. für Konto Nr. **62 55**

Absender:

Zur Aufkleben der Freimarkte durch den Absender (Gebührensätze unsertig)

Zahlkarte

DM Pfg. für Konto Nr. **62 55**

Nr. **62 55** PSchA Ffm.

Eingezahlt am

Absender
Name, Wohnort, Straße, Haus-Nr., Gebädeteil, Stockwerk):

in **605 Offenbach 4**

für **Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch Zentraler Ausschuß**

Konto-Nr. **62 55**

Postcheckamt **Ffm.**

D-Mark | Pfg. wie oben

Raum für Vermerke des Absenders
Spende „Notstand“

Eingez. auf Konto-Nr. **62 55** PSchA Ffm.

Einlieferungsschein
– sorgfältig aufbewahren –

..... D-Mark Pfg.
(in Ziffern)

für **Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch Zentraler Ausschuß**

in **605 Offenbach 4**

Betrifft: **Spende „Notstand“**

Nr. eingetragen durch: Eingangsnr.

Postvermerk

Postvermerk

Einlieferungsnummer

Postnummer

Offb., den 22.5.68

Liebe Freunde, Kolleginnen und Kollegen!

24.5.68

Die zweite Lesung des Notstandsverfassungsgesetzes ist über die Bühne des Bundestages gegangen, dessen Mehrheit sich als gefügiges Instrument der großen Koalition erwies. Selbst der minimale Rest von Oppositionsneigung in der SPD-Fraktion ist unter der Koalitionsdisziplin zusammengebrochen. Die namentliche Abstimmung wurde verhindert, damit die Wähler die Haltung der einzelnen Abgeordneten nicht kontrollieren können. Die viel berufene Gewissensbindung der Abgeordneten ist zur Bindungslosigkeit gegenüber den Wählern und ihrem Willen und zum Disziplinierungselement der Koalitions-Exekutive geworden.

Die grundlegenden gesellschaftlichen Konflikte werden geleugnet und durch eine autoritäre Gemeinsamkeitsideologie ersetzt. Gegen soziale und politische Kräfte, die diesen Rahmen verlassen, stellt die Notstandsverfassung die Legalitätsgrundlage zur Vernichtung bereit. Es besteht die Gefahr, daß die Gewerkschaften in diesen Rahmen eingepaßt werden, wenn die erforderlichen Kampfmaßnahmen ausbleiben.

Darauf müssen unsere Aktionen, muß all unser Handeln gerichtet sein. Teilweise ist die Reaktion der Kollegen auf das Verhalten der Gewerkschaftsführung, daß sie ihre Mitgliedsbücher zurückgeben wollen. Wir halten das für falsch und für eine unbedachte Reaktion. Die Unzufriedenheit über das Verhalten und die Situation in den Gewerkschaften darf nicht zum Rückzug führen, sie muß politisch umgesetzt werden und dazu gehört aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften, an der Basis und in den Betrieben sowie die offene Kritik an der offiziellen gewerkschaftlichen Notstandspolitik.

Trotz der Haltung des DGB-Bundesvorstandes wird es Streikaktionen auch in Betrieben geben. Wir müssen jetzt selbst das Notwendige tun, die Diskussion noch mehr in die Betriebe hineinzutragen, mit den Kollegen sprechen, die Frühstückspausen (und darüber hinaus) zur Diskussion nutzen. Diese Aufklärung des Bewußtseins kann nur zustande kommen, wenn wir die Auseinandersetzung über die Notstandsgesetze mit der Entscheidung über situationsgerechte Kampfmaßnahmen verknüpfen und das sind auch Arbeitsniederlegungen. Wir können uns dem verwüsteten allgemeinen Bewußtsein nicht anpassen, sondern müssen den Ausblick auf eine neue, solidarisch kämpfende Bewegung eröffnen. Dann wird die gegenwärtige Auseinandersetzung über den Tag hinaus Kräfte freisetzen.

Beteiligt Euch an den Aktionen gegen die Notstandsgesetze die in den nächsten Tagen stattfinden. Darüber hinaus muß aber der Widerstand gegen die Notstandsgesetze nach der dritten Lesung weiter organisiert und verstärkt werden.

Freitag: Demonstration der Gewerkschaftsjugend Frankfurt vom
24.5.68 Dominikanerplatz zum Gewerkschaftshaus
Treffpunkt: 17 Uhr 30 Dominikanerplatz

Streik an der Universität Frankfurt

Montag: 15 Uhr Kundgebung auf dem Römerberg. Auf dieser Kundgebung
27.5.68 sprechen Betriebsratemitglieder und Vertrauensleute der
Frankfurter Betriebe.

Spendet für den Aktionsfond! Zahlkarte liegt bei.

Mit freundlichen Grüßen gez: Rudi Schindler - Geschäftsführer

Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch



Geschäftsführer Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Buchrainweg 151, Postfach 618

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon (06 11) 85 60 51/52

Postcheckkonto
Frankfurt (M) 62 85

Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 740 632

Betr.: **Sternmarsch auf Bonn gegen Notstandsgesetze**

Liebe Mitbürger!

Seit 10 Jahren hat der Protest der außerparlamentarischen Opposition, der Gewerkschaften, Professoren, Kirchenvertreter und Studenten die Annahme von Notstandsgesetzen verhindert. Aber jetzt droht größte Gefahr. Die Regierung der Großen Koalition will die Notstandsgesetze noch im Mai/Juni im Bundestag durchdrücken.

Die Annahme der von der Bundesregierung jetzt vorgeschlagenen Notstandsverfassung und die Praktizierung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze würde die totale Militarisierung des öffentlichen Lebens bedeuten und die Beseitigung der Demokratie in der Bundesrepublik durch den legalen Staatsstreich ermöglichen. Diese Gesetze verhindern nicht den Spannungsfall, sie schützen nicht vor seinen Folgen, sie führen ihn herbei! Die Notstandsgesetze sind unvereinbar mit einer glaubwürdigen Entspannungspolitik. Mit ihnen werden Voraussetzungen geschaffen, die einen Staatsstreich wie in Griechenland ermöglichen. Diese Gesetze werden jeden einzelnen Bürger direkt betreffen. Notstand, wie man ihn sich in Bonn vorstellt, bedeutet: Männer und Frauen können für Rüstungsarbeit dienstverpflichtet, Arbeitsplatz und Wohnort von den Behörden vorgeschrieben werden, Autos können beschlagnahmt werden. Streiks können zerschlagen und die Gewerkschaften lahmgelegt werden. Die Bundeswehr kann in innenpolitischen Auseinandersetzungen gegen die eigenen Landsleute eingesetzt werden.

Notstandsgesetze sind überflüssig. Für Katastrophenschutz reichen die bestehenden Gesetze aus. Kommt Krieg, ist es sowieso zu spät. Gegen die Kriegsgefahr hilft nur Friedenspolitik: Verzicht auf Atomwaffen, Auflösung der Militärblöcke, Anerkennung der Grenzen in Europa und der DDR, Abrüstung. Das ist der Weg, der in Europa zu einer dauerhaften Friedensordnung führt. Durch Notstandsgesetze entstehen die Gefahren, vor denen diese uns angeblich schützen sollen.

Gegen den massiven Versuch, bis Juni dieses Jahres die Notstandsgesetze durchzusetzen, kann nur noch massiver Druck wirksam werden. Deshalb findet am Sonnabend, 11. Mai 1988, ein Sternmarsch auf Bonn statt, den das Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE angekündigt hat.

Wir rufen alle auf:

- * Macht mit beim Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze am 11. Mai!
- * Spendet für den Agitations- und Organisationsfonds!
- * Treibt Bonn den Notstand aus!

Es muß den Abgeordneten aller Parteien klargemacht werden: Notstandsgesetz-Befürworter stoßen auf Ablehnung, sie disqualifizieren sich für eine zukünftige Wahl.

Mit freundlichen Grüßen

Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch
– Zentraler Ausschuß –

gez. Dr. Andreas Buro
– Sprecher –

gez. Klaus Vack
– Geschäftsführer –

Kuratorium:

Wolfgang Abendroth, Frank Allert, Ernst Bloch, Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Fallert, Cesar K. Fischheim, Christian Gollmer, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppeburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maier, Edo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Peterson, Bertrand Russell, L. Reizick, Robert Scholl, Martin Schröter, Heiga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

An alle Bürger!



Absender und verantwortlich: Klaus Vack, 6050 Offenbach 4, Postfach 648

Druck: Waltherdruck Ffm.

Ich bitte um Informationen über den Sternmarsch auf Bonn und über die Notstandsgesetze

Rückantwort an Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Postfach 648

Alter

Beruf

Adresse

Name



Das Postbedienstete sendet diesen Abschnitt dem Empfänger

DM Pfg. für Konto Nr. **576 48**
 Absender: **576 48 - 25 - 26**

Zum Aufkleben
 der Freimarke
 durch den
 Absender
 (Gebührensätze
 uneinseitig)

Zahlkarte

3. 5. 68

DM Pfg.
 für Konto
 Nr. **576 48**

auf DM Pfg. wörtlich

PSchA Ffm.
 Eingezahlt am

für **Kampagne für Demokratie
 und Abrüstung**
RA Hessen / Rheinland
 Konto - Nr. **576 48**

Absender
 (Name, Wohnort, Straße, Post-
 Nr., Gebäudeteil, Stadtviertel):

in **605 Offenbach** Postscheckamt **Ffm.**

Betrifft:

postvermerk Nr. eingetragen durch: Eingangsnr.

am

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez.
 auf Konto-Nr. **576 48** PSchA

576 48 Ffm.

Einlieferungsschein

— sorgfältig aufbewahren —

D-
 Mark Pfg.
 (in Ziffern)

für **Kampagne für Demokratie
 und Abrüstung**
RA Hessen / Rheinland

in **605 Offenbach**

postvermerk
 Einlieferungsnummer

Postannahme



ED 748-25-27

Hiermit bestelle ich bei der
Kampagne für Demokratie und Abrüstung

----- Exemplar(e) Arno Klönne / Bernd Jansen
„Imperium Springer“ zum Subskriptionspreis von DM 7,60
je Exemplar (Bestellungen nach dem 20. 5. 1968 können nur
zum Preis von DM 9,60 ausgeliefert werden.)

----- Exemplar(e) Günther Anders „Visit beautiful Vietnam –
ABC der Aggressionen heute“ zum Preise von DM 12,00
(broschiert), DM 15,00 (Leinen)

Name:

Wohnort:

Straße:

.....
(Unterschrift)

Neu zum Thema Demokratie und Pressekonzentration:

**Arno Klönne
Bernd Jansen**

IMPERIUM SPRINGER MACHT UND MANIPULATION

mit Beiträgen von Günther Anders - Friedhelm Baukloh - Karl D.
Bredthauer - Richard Burckhardt - Klaus Ehrler - Werner Hof-
mann - Jürgen Holtkamp - Jörg Huffschildt - Bernd Jansen -
Heinz Kulas - Arno Klönne - Reimar Lenz - Ulrich Sander - Peter
Sörgel - Eckart Spoo - Conrad Taler

Herausgegeben von der Kampagne für Demokratie und Abrü-
stung, ca. 200 Seiten, broschiert, mit zweifarbigen Schutzum-
schlag. Vorabbestellungs-Sonder(Subskriptions-)preis bis zum
20. Mai 1968 DM 7,80, späterer Buchhandelspreis DM 9,60.
Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Auslieferung Ende Mai

**Bestellungen sind zu richten an: Kampagne für Demokratie und
Abrüstung, 605 Offenbach/Main 4, Postfach 648**

Absender:

Porto
-20

**Kampagne für Demokratie
und Abrüstung**

605 Offenbach/Main 4

Postfach 648



Günther Anders

VISIT BEAUTIFUL VIETNAM ABC DER AGRESSIONEN HEUTE

Günther Anders, Mitglied des Russel-Tribunals über den Vietnam-Krieg, gibt in 169 Glossen Einzelbilder des abscheulichen Krieges, beleuchtet die Zusammenhänge zwischen amerikanischen Wirtschaftsinteressen und der Aggression in Vietnam und rechnet mit den völkerrechtswidrigen Methoden und der Mentalität dieses Krieges ab.

Günther Anders wurde 1967 mit dem Preis des Verbandes Deutscher Kritiker ausgezeichnet.

Ca. 250 Seiten - in Ganzleinen mit zweifarbigen Schutzumschlag, DM 15,-, broschiert, mit zweifarbigen Schutzumschlag, DM 12,-
Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Auslieferung ab Mitte Mai

**Bestellungen sind zu richten an: Kampagne für Demokratie und
Abrüstung, 605 Offenbach/Main 4, Postfach 648**

An die Kampagne für Demokratie und Abrüstung - Ostermarsch -
Regionaler Ausschuß Hessen/Rheinland - 605 Offenbach-4, Postf. 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:-

- Flugblatt "Wer jetzt nicht aufpaßt", 4 Seiten DIN A 4, zweifarbiger Druck, kurzer Text und große Schrift, mit den Adressen in allen großen Städten, herausgegeben vom Sekretariat NOTSTAND DER DEMOKRATIE, 100 Stück 3.-- DM -----
- Kleine Klebezettel "Treibt Bonn den Notstand aus" 10,5 x 7,5 cm, 100 Stück DM 1.-- DM -----
- Autokleber "Sternfahrt nach Bonn gegen Notstandsgesetze, 11. Mai 1968", 26 x 10 cm, Stück DM 1.-- DM -----
- Plakette mit Anstecknadel "Marsch auf Bonn gegen Notstandsgesetze, 11. Mai 1968"; Stück DM 1.-- DM -----
- Plakat speziell für den Ostermarsch, Format DIN A 1; Stück DM -,70 DM -----
- Plakat speziell für den Ostermarsch, Format DIN A 2; Stück DM -,30 DM -----
- Plakat speziell für den Ostermarsch, Format DIN A 3; Stück DM -,30 DM -----
- Abzeichen "Gegen Notstandsgesetze"; Stück DM 1.-- DM -----
- Abzeichen "BILD macht dumm" Stück DM 1.-- DM -----
- Abzeichen "Bildung macht frei - BILD macht dumm"; Stück DM 1.-- DM -----
- Autoplakette rund "BILD macht dumm"; Stück DM 1.-- DM -----
- je 6 Stück Notstands-Slogans, DIN A 2; Satz DM 2.-- DM -----
- Karikaturenbuch von Arno Plöog "Notstand unser ..." Stück DM 3.-- DM -----
- Paperback-Buch mit den Referaten des Kongresses NOTSTAND DER DEMOKRATIE, Stück DM 6.50 DM -----
- Notstands-Report, Stück DM 5.-- DM -----
- Broschüre "Der totale Notstandsstaat", Sonderpreis DM 2.20 DM -----
- Wandzeitung über die Notstandsgesetze, DIN A 1 Querformat, Stück -,60 DM -----
- Karikaturen-Postkarten zur Notstandsgesetzgebung Satz 6 Karten DM 1.-- DM -----
- Notstandsflugblatt "Vergflichtungsbescheid", 100 Stück DM 3.-- DM -----
- Flugblatt "Notstand droht durch Notstandsgesetze" 100 Stück 3.-- DM -----

-----	Abzeichen "Ich bin eine kleine radikale minderheit" Stück DM 1.--	DM
-----	Plakat "Terroristenspiel", DIN A 1, Stück DM 5.--	DM
-----	Karikaturenheft von Arno Ploog "Sei böse zu Dir: nimm BILD", Stück DM 1.--	DM
-----	Karikaturenheft von Arno Ploog "Zwingt NPD raus, mehr Demokratie rein", Stück DM 1.--	DM
-----	Informationen über die Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Stück DM -.50	DM
-----	Mini-Flugblatt "Besser Springer jetzt enteignen!" 100 Stück DM 2.--	DM
-----	Zeitungs-"extrablatt" über Springer, 5 Stück DM 1.--	DM
-----	Plakat "Vietnam - Helft Ihnen!", DIN A 2, Stück -.40	DM
-----	Plakat "Vietnam - Helft Ihnen!", DIN A 1, Stück -.70	DM
-----	Vietnam-Slogan-Plakate, Satz 8 Plakate, DM 3.--	DM
-----	IZA-Sonderdruck über Vietnam, Stück DM 1.--	DM
-----	Abzeichen "Stop the war in Vietnam", Stück DM 1.--	DM
-----	Abzeichen "Stop US-Aggression in Vietnam", Stück 1.--	DM
-----	Abzeichen "Frieden für Vietnam", Stück DM 1.--	DM
-----	Autokleber "Schluß mit dem Krieg in Vietnam" Stück DM 1.--	DM
-----	Vietnam-Flugblatt zur Verteilung vor US-Kasernen und in US-Wohnsiedlungen, 100 Stück DM 2.--	DM
-----	Kleine Klebezettel "Vorsicht! Grundrechte in Gefahr!" Bogen DIN A 5 enthält 8 Klebezettel, 5 Bogen DM 1.--	DM
-----	Plakat DIN A 2 Hochformat, schwarzes DM-Emblem auf gelbem Grund, Stück DM -.40	DM
-----	Plakat DIN A 1 Hochformat, mit rundem DM-Emblem Stück DM-.70	DM
-----	Abzeichen groß/ mittel / klein, je Stück DM 1.--	DM
-----	Abzeichen "Make love not war", Stück DM 1.--	DM
-----	Autokleber, DM-Emblem, Stück DM 1.--	DM
-----	Skatspiel mit DM-Emblem, Stück DM 4.50	DM
-----	Buch "Schluß mit Deutschland?" von J.W. Klefisch Sonderpreis DM 3.--	DM
-----	Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz" von Dr. Bodo Manstein, Stück DM 5.80	DM
-----	Buch "Der nahe Neue Osten" von Hans Henle, 392 S. Leinen, DM 22.80	DM
-----	Broschüre "Der 2. Juni 1967" - Dokumente zu den Er- eignissen anlässlich des Schein-Besuches, Stück DM 3.50	DM
-----	Flugblatt "Bekanntmachung" zum Schüler-u. Studentenpro- test, 100 Stück DM 3.--	DM
-----	Plakat "Bekanntmachung", DIN A 2, Stück DM 0,20	DM

Name: _____
 Anschrift: _____

 (Unterschrift)

Kampagne für Demokratie
und Abrüstung - Ostermarsch
Regionalausschuß Hessen/Rheinland

605 Offenbach 4, 25. 4. 1968
Buchrainweg 161 : Postfach 648
Telefon 886051, Postscheck
Ffm. 57 648, Girokonto Bank
für. Gemeinwirtschaft Offenbach
Nr. 740 294

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die Aktionen während der diesjährigen Ostertage haben deutlich gezeigt, daß die außerparlamentarische Opposition stärker geworden ist. Gleichzeitig befindet sich die Opposition in einer gefährlichen Situation. Es ist die derzeitige Taktik der Bundesregierung, mit Unterstützung der Springerpresse die außerparlamentarische Opposition von der Bevölkerung zu isolieren und sie in diesem Zustand zur Machtprobe mit dem Staatsapparat zu provozieren. So soll der außerparlamentarischen Opposition in doppelter Hinsicht eine Niederlage bereitet werden: Isolierung und Zerschlagung. In dieser kritischen Situation müssen wir unsere Aktionen so gestalten, daß die Absicht des Gegners, uns von der Bevölkerung zu trennen, vereitelt wird. Wir müssen Aktionsformen wählen, die uns die Sympathie der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmer, bringen.

Der zum Innenminister erkorene Notstandsexperte der CDU, Ernst Benda, hat die 2. Lesung der Notstandsentwürfe der Bundesregierung für 14. Mai angekündigt. Bonn will die Notstandsgesetze um jeden Preis vor der Sommerpause unter Dach und Fach bringen. Die Koalitionsparteien wollen die Gesetze so rechtzeitig vor den Bundestagswahlen verabschieden, daß der Ärger der Wähler bis dahin verfliegen ist und die Wählerstimmen den Notstandsparteien wieder zufließen.

Man hofft darauf, daß die Opposition gegen die Notstandsgesetze sich schon beruhigen werde, wenn diese verabschiedet sind. Man will die kritische demokratische Öffentlichkeit, die sich in den letzten Jahren insbesondere im Widerstand gegen die Notstandspläne gebildet hat, überfahren.

Eine Chance, diese Absichten zu durchkreuzen und die Verabschiedung der Notstandsentwürfe zu verhindern, gibt es nur, wenn jetzt deutlich gemacht wird, daß in der Notstandsopposition eine ernst zu nehmende Kraft steckt, deren Widerstand nicht zu brechen ist, die vielmehr in der Lage ist, aus der Zustimmung von Bundestagsabgeordneten zu den Notstandsplänen Konsequenzen zu ziehen. Verbale Gegnerschaft, rhetorische Stellungnahmen und bürokratische Handlungen genügen nicht, sie verbergen nur den Ernst der Lage. Nur massiver, konzentrierter Druck kann auf den Gang der Dinge Einfluß nehmen.

Der Sternmarsch auf Bonn am Samstag, 11. Mai muß zeigen, daß die außerparlamentarische Bewegung organisatorisch und politisch zu gemeinsamem massenhaften Vorgehen in der Lage ist, und bisher politisch uninteressierte Menschen zu selbstbewußtem politischen Handeln mobilisieren kann. Die Konzentration aller Kräfte auf diese konkrete Aktion und dieses konkrete politische Ziel kann die politische und organisatorische Stärke der Antinotstandsbewegung vervielfachen.

Um den Sternmarsch auf Bonn zur größten Demonstration gegen die Notstandsgesetze zu machen, muß sich jeder für den Sternmarsch einsetzen und versuchen, weitere Freunde und Bekannte für diese Aktion zu gewinnen. Von folgenden Orten aus Hessen/Rheinland fahren Busse nach Bonn:

- Frankfurt: Anmeldung Fritz Freyeisen, Frankfurt, Gerhart Hauptmann Ring 40, Tel. 77 82 73
Busabfahrt: 7.30 Uhr - 8.00 Uhr Römerberg, Teilnehmergebühr DM 7.--
- Wiesbaden: Anmeldung Alfons Lex, Wiesbaden, Adlerstr. 20 und ab 18 Uhr im Club Voltaire Wiesbaden
- Hanau: Anmeldung Andreas Zechmeister, 645 Hanau, Lortzingstr. 6
- Mainz: Anmeldung Willi Müller, 65 Mainz, Germanikusstr. 6, Tel. 24201
Busabfahrt: 9 Uhr, Mainz, Münsterplatz
- Darmstadt: Anmeldung Heinz Günter Lang, 61 Darmstadt, Landskronstr. 29
- Offenbach: Anmeldung Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Örtlicher Ausschuß, Offenbach, Postfach 648, Merianstr. 67
Tel. 886051
Busabfahrt: 8 Uhr vom Offenbacher Gewerkschaftshaus (Herrnstraße Ecke Berliner Str.) Teilnehmergebühr DM 7.--
- Gießen: Anmeldung H. D. Weidemann, 63 Gießen, Tropauerstr. 34
- Marburg: Anmeldung Allgemeiner Studentenausschuß, Marburg, Erlenring 5
Busabfahrt: 8 Uhr, Marburg, Mensaparkplatz
- Kassel: Anmeldung Bernd Schlüter, Kassel, Kölnische Str. 123
Tel. 18153, 73615, 35585
Busabfahrt: 8 Uhr, Kassel, Bahnhofsvorplatz
- Kreis Groß Gerau:
Anmeldung Rainer Haag, 6082 Mörfelden, Forsthausstr. 45
- Koblenz: Anmeldung Rudolf Tilchner, Neuwied, Langendorferstr. 66
Tel. 02631 - 25358
Schiffabfahrt: 10. Uhr, Anlegeplatz Neuwied
- Siegerland: Anmeldung Max Kalteich, 591 Kreuztal, Kaiserstr. 77
- Dieburg: Anmeldung Helga Heinicke, 611 Dieburg, Frankfurter Str. 77
- Kreis Gelnhausen:
Anmeldung Irmgard Wörner, Wächtersbach, Schwarzgasse 13
- Pkw-Fahrer: Gemeinsamer Treffpunkt, 7.30 Uhr, Frankfurt, Rebstock

Wir bitten um sofortige Anmeldung. Hierzu können Sie die beige-fügte Postkarte verwenden. Schicken Sie Ihre Anmeldung bitte an die Adresse, die für Ihre Teilnahme zuständig ist, also wenn Sie z.B. von Darmstadt aus mitfahren wollen, an die vorstehend genannte Darmstädter Adresse. Die Teilnehmergebühr ist in der Regel DM 7.--, sie ist am Bus vor der Abfahrt zu zahlen.

Wir bitten all jene Freunde, die sich nicht am Sternmarsch beteiligen können, diesen durch eine großzügige Spende zu unterstützen. Wir haben uns sowieso von den Ausgaben für den Ostermarsch finanziell noch nicht erholt. Allen Spendern zur Vereinfachung legen wir eine Zahlkarte bei.

Mit freundlichen Grüßen

H. G. Lang

Rudi Schindler

Inge Druschel

Sigi Wenzel



**Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner**

RA Hessen/Rheinland
605 Offenbach 4, Postfach 648, Merianstraße 67

Teilnehmerkarte

Ostermarsch 1968

Nachname _____ Vorname _____

Anschrift _____

M-Essenbon für 1 Mittagessen, 15. April 1968

M-Essenbon für 1 Frühstück, 15. April 1968

OM-Essenbon für 1 Abendessen, 14. April 1968

OM-Essenbon für 1 Mittagessen, 14. April 1968

OM-Essenbon für 1 Frühstück, 14. April 1968
für 1 Abendessen, 13. April 1968

OM-Essenbon für 1 Nachmittags-
kaffee, 13. April 1968

Ostermarsch '68 in Hessen

Ostersamstag, den 13. April

9.00 Uhr: Eröffnung und Aktionsbesprechung im Zelt auf dem Römerberg
Informationszentrum auf dem Römerberg von 8.30 Uhr bis 17.30 Uhr.

Flohmarkt von 10.00 bis 14.00 Uhr Hinter der Katharinenkirche.

Von 10.00 bis 14.00 Uhr Informationsstände an folgenden Plätzen:

1. Konstablerwache, 2. Opernplatz, 3. Hauptbahnhof, 4. Zoo, 5. Am Uhrtürmchen (Bornheim),
6. Am Lokalbahnhof (Sachsenhausen), 7. Leipziger Straße / Ecke Kurfürstenstraße (Bockenheim),
8. Dahlbergplatz / Ecke Königsteiner Straße (Ffm.-Höchst), 9. Radiostraße / Ecke Lorecher Straße (Rödelheim), 10. Galluswarte.

Ganztägiger Kindergarten beim Informationszentrum Römerberg.

5 Minuten

Verkehrsruhe für Vietnam

von 12.00 – 12.05 Uhr an zentralen Punkten der Frankfurter Innenstadt.

Von 15.00 – 17.00 Uhr **Aggression & Beat** Veranstaltung im Zelt auf dem Römerberg.

Chanson - Jazz - Unruhe - Protestsong - Soul - Aufschrei - Texte - Widerstand

Internationale Revue – Kongreßhalle – Frankfurt – 20.00 Uhr

es wirken mit:

Hanns Dieter Hüsch, Hanns Ernst Jäger, Hilmar Thate, Vera Oelschlegel +
Wolfgang Bayer, Claude Vinci, Dieter Süverkrüp, Soul Caravan, Gerhard
Zwerenz, Albert Mangelsdorf-Quintett.

Karten in Frankfurt an den bekannten Vorverkaufsstellen & im Club Voltaire sowie in
Offenbach in der Geschäftsstelle der Kampagne. Eintritt: DM drei, fünf, sechs und acht.

Osteronntag, den 14. April

Marschbeginn um 10.00 Uhr in Hanau auf dem Marktplatz – Dörnigheim – Hochstadt (Mittags-
pause im Bürgerhaus) – Bischofsheim – mit der Fähre über den Main nach Rumpenheim
– Offenbach – **Abendveranstaltung in der Stadthalle: Jazz – Beat – Tanz**

Ostermontag, den 15. April

1. Marschsäule: Beginn 10.00 Uhr Wilhelmplatz in Offenbach – Frankfurter Straße – Offen-
bacher Landstraße – Wendelsplatz – Flößerbrücke – Friedberger Anlage – Berger Straße
– Saalburgallee – Ostpark (Mittagspause) – Saalburgallee – Würzburger Straße – Sand-
weg – Uhrtürmchen – Zeil – Konstablerwache – Fahrgasse – Berliner Straße – Neue
Kräme – Römerberg

2. Marschsäule: Beginn 10.00 Uhr auf dem Höchster Marktplatz – Bolongarstraße – Zuck-
schwertstraße – Alt Sossenheim – Westerbachstraße – Rödelheimer Landstraße – Schloß-
straße – Kurfürstenplatz (Mittagspause) – Kurfürstenstraße – Bockenheimer Landstraße –
Opernplatz – Große Bockenheimer Straße – Roßmarkt – Theaterplatz – Bethmannstraße
– Römerberg

Großkundgebung

Ostermontag, 15 Uhr Römerberg, Frankfurt

Es sprechen u. a.: Prof. Dr. Werner Hofmann, Marburg
Rechtsanwalt Horst Mahler, Berlin
Gewerkschaftssekretär Willi Brune, Frankfurt
Prof. Johannes Harder, Wuppertal

Außerparlamentarische Opposition

ist das Gebot der Stunde. Die Demokratie in unserem Lande geht vor die
Hunde, wenn man sie der Bundesregierung, den Parteiobrigkeiten, dem
Verfassungsschutz und den Springer-Zeitungen überläßt. Die außerparla-
mentarische demokratische Opposition hat eine konstruktive politische
Alternative. Die muß sie in die Öffentlichkeit bringen. Die beste nächste
Gelegenheit dazu: der Ostermarsch '68.



Kampagne für Demokratie und Abrüstung - Ostermarsch

Regionalauschuß Hessen/Rheinland, 605 Offenbach 4,
Postfach 648, Telefon 88 50 51

Herausgeber, Verleger und verantwortlich: Rudi Schindler; Druck: Graws-Druck, Offenbach



Warnung vor dem Ostermarsch!



Vor dem Ostermarsch warnen:

Franz Josef Strauß
Die Bundesregierung
Die Springerpresse
Der Bundesverband der deutschen Industrie

Der Ostermarsch demonstriert:

GEGEN den US-Krieg in Vietnam, gegen den Rüstungsstaat, gegen Notstandsgesetze, gegen den Springer-Konzern, gegen Atomwaffen, gegen soziale Demontage, gegen reaktionäre Bildungspolitik, gegen Rüstungskonzerne, gegen Neofaschismus;
FÜR sozialen Fortschritt, für Ausbau realer Demokratie, für Abrüstung, für Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, für Frieden in Vietnam, für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, für internationale Kooperation.



Wolfgang Neuss und Joan Baez beim Ostermarsch in Frankfurt

Für den Ostermarsch treten ein:

Max Born, Ernst Bloch, Wolfgang Abendroth, Martin Niemöller, Heinz Brandt, Gerhard Zwerenz, Heinz-Joachim Heydorn, Jürgen Habermas, Helmut Gollwitzer, Erich Kästner, Harry Pross, Heinz Kloppenburg, Robert Jungk, Martin Walser, Rudolf Rolfs, Franz Josef Degenhardt, Dieter Süverkrüp, Ernst-Friedrich Wolf, Rolf Hochhuth, Walter Jens und viele andere.

Erklärung zum Abschluß der Ostermärsche 1968



Die Osterdemonstrationen dieses Jahres gehen zu Ende. Wir rufen auf zu neuen Aktionen. Wir können nicht Ruhe geben, solange wir bedroht sind durch die geplanten Notstandsgesetze der Bundesregierung. Wir können nicht Ruhe geben, solange in Vietnam das Leben eines Volkes und der Frieden der Welt auf dem Spiel stehen. Wir können nicht Ruhe geben, solange Europa in feindliche Militärblöcke gespalten ist, die Nichtanerkennung der europäischen Grenzen Spannungen und Kriegsgefahr heraufbeschwört und ein tragfähiges europäisches Sicherheitssystem verhindert wird. Wir können nicht Ruhe geben, solange Politiker wie Strauß und Schröder den Abschluß des Atomwaffensperrvertrages zu sabotieren suchen.

Wenn die Politiker versagen, müssen die Bürger für sich selbst eintreten. Die außerparlamentarische Opposition muß in der Öffentlichkeit zur Debatte stellen, was jene verschweigen und in Geheimvereinbarungen unter sich selbst auszumachen versuchen.

Nach den Absprachen zwischen CDU/CSU und SPD sollen die Notstandsgesetze noch vor den Sommerferien des Bundestages durchgedrückt werden. Um dies zu verhindern, rufen wir auf, am Sternmarsch aller Notstandsgegner nach Bonn, am Sonnabend, 11. Mai 1968, teilzunehmen. Wir rufen auf, an der Kampagne gegen die Notstandsgesetze in allen Teilen der Bundesrepublik intensiv mitzuarbeiten. Wir rufen auf, am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften in ihrem Protest gegen die Notstandsgesetze zu unterstützen. Am 1. Mai muß die Ablehnung der Notstandsgesetze zur eindrucksvollen Aussage werden. Durch diese Aktionen muß den Abgeordneten aller Parteien klar werden, daß Notstandsbeifürworter bei einem großen Teil der Bevölkerung auf erbitterte Ablehnung stoßen, daß sie sich für eine zukünftige Wahl disqualifizieren.

Die Opposition in der ganzen Welt gegen den US-Krieg in Vietnam hat gezeigt, daß viele Menschen bereit sind, für Frieden und Demokratisierung, gegen Krieg und Unterdrückung zu kämpfen. Das gibt uns Mut, auch die Lösung der Probleme Europas verstärkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu bringen. Wir treten dafür ein, daß in Europa an die Stelle von NATO und Warschauer Pakt ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem tritt. 1969 ist die NATO kündbar. Bis dahin sind große Anstrengungen erforderlich, um aufzuzeigen, daß das gefährliche Nebeneinander der Militärblöcke, das nur den etablierten Interessen nützlich ist, aufgelöst werden kann in ein System europäischer Sicherheit, das allen beteiligten Staaten eine friedliche und fortschrittliche Zukunft sichert.

Die außerparlamentarische Opposition kann ihre gemeinsamen Ziele nur erreichen durch Zusammenarbeit aller Personen und Gruppen und Organisationen. Dem Abbau der Demokratie durch Notstandsgesetze und der Entwicklung des Neofaschismus muß die gemeinsame Aktion aller Demokraten entgegengesetzt werden. Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung wird deshalb weiterhin und verstärkt ihre politischen und organisatorischen Möglichkeiten in den Dienst der Kooperation der außerparlamentarischen Opposition stellen.

Für diese Ziele der außerparlamentarischen Opposition

- **Verhinderung der Notstandsgesetze,**
- **Beendigung des Krieges in Vietnam,**
- **Schaffung eines gesicherten Friedenszustandes in Europa**

rufen wir Sie alle auf, rufen wir alle einzelnen in der außerparlamentarischen Opposition, rufen wir die Bürger dieses Staates zu größtem persönlichen Einsatz.

Auf Wiedersehen bei den Mai-Kundgebungen der Gewerkschaften.

Auf Wiedersehen in Bonn am 11. Mai.

**Kampagne für Demokratie
und Abrüstung — Ostermarsch
— Zentraler Ausschuß —**



ED 712-24-2



An alle Bürger!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Absender und verantwortlich: Klaus Vack, 6050 Offenbach 4, Postfach 648

Druck: Waltherdruck Ffm.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Absender:



ED 718-25-35

**Kampagne für Demokratie
und Abrüstung**

**605 Offenbach/Main 4
Postfach 648**



Günther Anders

VISIT BEAUTIFUL VIETNAM - ABC DER AGGRESSIONEN HEUTE

Günther Anders, Mitglied des Russel-Tribunals über den Vietnam-Krieg, gibt in 169 Glossen Einzelbilder des abscheulichen Krieges, beleuchtet die Zusammenhänge zwischen amerikanischen Wirtschaftsinteressen und der Aggression in Vietnam und rechnet mit den völkerrechtswidrigen Methoden und der Mentalität dieses Krieges ab.

Günther Anders wurde 1967 mit dem Preis des Verbandes Deutscher Kritiker ausgezeichnet.

Ca. 250 Seiten • in Ganzleinen mit zweifarbigem Schutzumschlag, DM 15,—, broschiert, mit zweifarbigem Schutzumschlag, DM 12,—
Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Auslieferung ab Mitte Mai

Bestellungen sind zu richten an: Kampagne für Demokratie und Abrüstung, 605 Offenbach/Main 4, Postfach 648, Telefon 88 60 51

Hiermit bestelle ich bei der
Kampagne für Demokratie und Abrüstung

..... Exemplar(e) Arno Klönne / Bernd Jansen „Imperium Springer“
zum Preise von DM 8,70 je Exemplar

..... Exemplar(e) Günther Anders „Visit beautiful Vietnam — ABC
der Aggressionen heute“ zum Preise von DM 12,00 (broschiert),
DM 15,00 (Leinen)

Name:

Wohnort:

Straße:

.....
(Unterschrift)

Neu zum Thema Demokratie und Pressekonzentration

Arno Klönne

Bernd Jansen

IMPERIUM SPRINGER MACHT UND MANIPULATION

mit Beiträgen von Günther Anders · Friedhelm Baukloh · Karl D.
Bredthauer · Richard Burckhardt · Klaus Ehrler · Werner Hofmann ·
Jürgen Holtkamp · Jörg Huffschmidt · Bernd Jansen · Heinz Kulas ·
Arno Klönne · Reimar Lenz · Ulrich Sander · Peter Sörgel · Eckart
Spoo · Conrad Taler

Herausgegeben von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung
ca. 200 Seiten, broschiert, mit zweifarbigen Schutzumschlag, Vorabbe-
stellungs-Sonder(Subskriptions-)preis bis zum 15. Mai 1968 DM 7,60,
späterer Buchhandelspreis DM 9,60.

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Auslieferung ab Mitte Mai

**Bestellungen sind zu richten an: Kampagne für Demokratie und Ab-
rüstung, 605 Offenbach/Main 4, Postfach 648, Telefon 88 60 51**

Liebe Ostermarschierer, Genossinnen und Genossen!

Auf dem ersten Flugblatt des SDS und beim Teach-in erfahren Sie die allgemeinen Grundlagen für die heutige Demonstration. Wir wollen uns hier darauf beschränken taktisch-organisatorische Leitsätze zu geben, die der jeweiligen Lage entsprechend angewendet werden können.

Sinn der Demonstration ist, die Auslieferung der Springer-Zeitung zu verhindern. Da die Polizei wahrscheinlich alle Mittel gegen uns einsetzen wird, müssen wir um die Auslieferung zu verhindern unbedingt solid vish handeln und unsere revolutionäre Disziplin unter Beweis stellen.

Daraus folgt:

- 1.. Wir werden zu unserer Forderung die Auslieferung der Springer-Zeitung zu verhindern stehen und uns auch nicht durch massierten ~~Einkauf~~ Einsatz der Polizeikräfte einschüchtern lassen. Wir werden uns nicht auf aggressive oder zersplitterte Auseinandersetzungen mit der Polizei einlassen. Wir werden unsere Entschlossenheit diszipliniert demonstrieren.
2. Wir wenden keine Gewalt gegen Personen an. Wir werden streng darauf achten, daß innerhalb unserer Reihen keine ~~irrxixix~~ Gewalt angewendet wird. Störer werden von uns zur Vernunft gebracht. Wir werden verhindern, daß Steine geworfen werden, weil wir grundsätzlich Gewalt gegen Menschen ablehnen. Wasserwerfer und Polizeifahrzeuge sind durch Steinwürfe nicht auszuschalten.
3. Wenn ein Sit-in nicht mehr möglich ist, muß unbedingt darauf geachtet werden, daß die Demonstranten in festen ~~reihen~~ Ketten beisammen bleiben. Geordneter Rückzug gegen massiven Knüppelinsatz ist keine Schande.
4. Von einer gewählten Delegation kontrollierte Auslieferungswagen der FAZ, Neuen Presse und der Nachtausgabe sind unter allen Umständen durchzulassen.

Wichtig!!!! - WEITERGEBEN + WEITERGEBEN - WEITERGEBEN + WEITER

Verantwortlich: Gunther Fischer, Manfred Fischer, 6 Frankfurt, Eminor Weg 309

Der Unterbezirksvorstand der Frankfurter SPD hat auf einer außerordentlichen Sitzung am Ostermontag folgende Erklärung beschlossen:

Der Unterbezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt am Main, erklärt seine Bestürzung über das Attentat auf Rudi Dutschke. Die Tat, auch wenn sie nur das Werk eines politischen Einzelgängers und Kriminellen sein sollte, ist nur auf dem Hintergrund der systematisch betriebenen Hetze gegenüber den politisch engagierten Studenten zu verstehen. Es ist daher verständlich, wenn sich viele Studenten in ihrer ersten Erregung über den Mordanschlag gegen den Springerkonzern wandten, dessen Tageszeitungen durch tendenziöse Berichterstattung zur Abstempelung der Studenten zu einer staatsfeindlichen Minderheit wesentlich beigetragen haben.

Nach Ansicht des Unterbezirksvorstandes kommt es jetzt darauf an, bei der Bevölkerung Verständnis für die Lage der Studenten und ihre Probleme zu wecken. Die politischen Parteien müssen sich jetzt entschieden für die Beseitigung von Presse- und Meinungsmonopolen einsetzen und dadurch das Vertrauen zur Funktionsfähigkeit der demokratischen Einrichtungen stärken.

Der Unterbezirksvorstand wird sich innerhalb der SPD für die schnelle Realisierung der Forderungen des Nürnberger Parteitages und der Vorschläge der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Pressekonzentration einsetzen.

Der Unterbezirksvorstand unterstützt die Erklärung von Bundesjustizminister Heinemann, nach der Gewalt mal Gewalt kein Recht schafft. Er appelliert daher an die Teilnehmer der für heute geplanten Demonstration, auf jede Gewaltanwendung zu verzichten und von jeder Sachbeschädigung abzusehen. Die Frankfurter Polizei, die in der Vergangenheit bewiesen hat, dass sie das Grundrecht auf Demonstration schützt, wird aufgerufen, sich in Fortsetzung dieser Tradition auf den erforderlichen Schutz von Personen und Gebäuden zu beschränken.

Frankfurt/Main, den 15. April 1968

gez. Fred Zander
Stellv. Vorsitzender

Erklärung zum Abschluß der Ostermärsche 1968



Die Osterdemonstrationen dieses Jahres gehen zu Ende. Wir rufen auf zu neuen Aktionen. Wir können nicht Ruhe geben, solange wir bedroht sind durch die geplanten Notstandsgesetze der Bundesregierung. Wir können nicht Ruhe geben, solange in Vietnam das Leben eines Volkes und der Frieden der Welt auf dem Spiel stehen. Wir können nicht Ruhe geben, solange Europa in feindliche Militärblöcke gespalten ist, die Nichtanerkennung der europäischen Grenzen Spannungen und Kriegsgefahr heraufbeschwört und ein tragfähiges europäisches Sicherheitssystem verhindert wird. Wir können nicht Ruhe geben, solange Politiker wie Strauß und Schröder den Abschluß des Atomwaffensperrvertrages zu sabotieren suchen.

Wenn die Politiker versagen, müssen die Bürger für sich selbst eintreten. Die außerparlamentarische Opposition muß in der Öffentlichkeit zur Debatte stellen, was jene verschweigen und in Geheimvereinbarungen unter sich selbst auszumachen versuchen.

Nach den Absprachen zwischen CDU/CSU und SPD sollen die Notstandsgesetze noch vor den Sommerferien des Bundestages durchgedrückt werden. Um dies zu verhindern, rufen wir auf, am Sternmarsch aller Notstandsgegner nach Bonn, am Sonnabend, 11. Mai 1968, teilzunehmen. Wir rufen auf, an der Kampagne gegen die Notstandsgesetze in allen Teilen der Bundesrepublik intensiv mitzuarbeiten. Wir rufen auf, am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften in ihrem Protest gegen die Notstandsgesetze zu unterstützen. Am 1. Mai muß die Ablehnung der Notstandsgesetze zur eindrucksvollen Aussage werden. Durch diese Aktionen muß den Abgeordneten aller Parteien klar werden, daß Notstandsbefürworter bei einem großen Teil der Bevölkerung auf erbitterte Ablehnung stoßen, daß sie sich für eine zukünftige Wahl disqualifizieren.

Die Opposition in der ganzen Welt gegen den US-Krieg in Vietnam hat gezeigt, daß viele Menschen bereit sind, für Frieden und Demokratisierung, gegen Krieg und Unterdrückung zu kämpfen. Das gibt uns Mut, auch die Lösung der Probleme Europas verstärkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu bringen. Wir treten dafür ein, daß in Europa an die Stelle von NATO und Warschauer Pakt ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem tritt. 1969 ist die NATO kündbar. Bis dahin sind große Anstrengungen erforderlich, um aufzuzeigen, daß das gefährliche Nebeneinander der Militärblöcke, das nur den etablierten Interessen nützlich ist, aufgelöst werden kann in ein System europäischer Sicherheit, das allen beteiligten Staaten eine friedliche und fortschrittliche Zukunft sichert.

Die außerparlamentarische Opposition kann ihre gemeinsamen Ziele nur erreichen durch Zusammenarbeit aller Personen und Gruppen und Organisationen. Dem Abbau der Demokratie durch Notstandsgesetze und der Entwicklung des Neofaschismus muß die gemeinsame Aktion aller Demokraten entgegengesetzt werden. Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung wird deshalb weiterhin und verstärkt ihre politischen und organisatorischen Möglichkeiten in den Dienst der Kooperation der außerparlamentarischen Opposition stellen.

Für diese Ziele der außerparlamentarischen Opposition

- **Verhinderung der Notstandsgesetze,**
- **Beendigung des Krieges in Vietnam,**
- **Schaffung eines gesicherten Friedenszustandes in Europa**

rufen wir Sie alle auf, rufen wir alle einzelnen in der außerparlamentarischen Opposition, rufen wir die Bürger dieses Staates zu größtem persönlichem Einsatz.

Auf Wiedersehen bei den Mai-Kundgebungen der Gewerkschaften.

Auf Wiedersehen in Bonn am 11. Mai.

**Kampagne für Demokratie
und Abrüstung — Ostermarsch
— Zentraler Ausschuß —**

Ist das Ausländergesetz ein Notstandsgesetz?

Seit einiger Zeit werden ausländischen Arbeitern Stempel mit folgendem Inhalt in die Pässe gedrückt:

„Die Aufenthaltslaubnis wird ungültig bei Aufgabe der Tätigkeit bei der Firma . . .“

Damit wird diesen Kollegen verboten, den Arbeitsplatz zu wechseln!

Ohne Ausweichmöglichkeit an andere Arbeitsplätze müssen sie sich in den Betrieben alles gefallen lassen — Lohnkürzungen, schlechte Behandlung, Schikanen. Sollten sie dennoch für ihre Interessen eintreten, könnten sie entlassen und aus der Bundesrepublik abgeschoben werden.

Dies alles ist möglich auf Grund des 1965 verschärften Ausländergesetzes!

Mit solchen Bestimmungen wird an unsren ausländischen Kollegen heute schon praktiziert, was durch die Notstandsgesetze allen Arbeitenden in Deutschland bevorsteht.

Wann dieser Apparat erst auf vollen Touren läuft, drohen allen:

- Streikverbot
- Dienstverpflichtungen
- Werkselbstschutz
- Arbeitslager

Wir müssen den Anfängen wehren!

Als Massenorganisation der arbeitenden Bevölkerung müssen die Gewerkschaften jetzt endlich Massenaktionen gegen diese Gesetze organisieren.

Deshalb haben wir — junge Gewerkschafter, spanische Arbeiter und Studenten — in Frankfurt Ende Februar ein „Aktionskomitee gegen Ausländergesetze und Notstandsgesetze“ gebildet.

2.000 ausländische und deutsche Arbeiter und Studenten haben inzwischen unsere Forderung nach gewerkschaftlichen Aktionen gegen Ausländergesetz und Notstandsgesetze unterschrieben. Der DGB-Kreis Frankfurt hat eine Änderung des Ausländergesetzes verlangt.

**Die Stempel müssen weg!
Kein Verbot des Arbeitsplatzwechsels!
Weg mit den Notstandsgesetzen!**

Wir rufen auf zu einer Informations- und Protestveranstaltung gegen Ausländergesetz und Notstandsgesetze

Sonntag, den 21. April um 10,30 Uhr im Volksbildungsheim
Oderweg 1 (Eschenheimer Tor)

Der 21. April 1967 war der Tag des Staatsstreichs in Griechenland. —
Das bedeutete:
Vernichtung aller demokratischen Rechte der griechischen Arbeiter,
Streikrecht, Versammlungsrecht, Koalitionsrecht
Tausende von gewerkschaftlich und politisch aktiven Arbeitern und Intellektuellen in
KZ's und auf Sträflingsinseln,
Folterungen und Hinrichtungen!

Dieser Staatsstreich wurde mit Hilfe der griechischen Notstandsgesetze und geheimer NATO-Pläne durchgeführt.
Die Bundesregierung unterstützt die Notstandsregierung in Griechenland trotz wiederholter Proteste der Öffentlichkeit weiterhin mit Waffenlieferungen. Protestiert gegen die Unterstützung des faschistischen Regimes in Griechenland durch die Bundesregierung.

**Keinen Pfennig und keine Waffen für die Notstandsregierung in Griechenland!
Kein Griechenland Nr. 2 in Deutschland!**

Aktionskomitee gegen Ausländergesetz und Notstandsgesetze

ED 718-25-40

DIE KRITIK 1

Unabhängige Jugendzeitschrift



Kritik – Interview

mit

Prof. Iring Fetscher

Theorie der Praxis

Bonnie und Clyde

Zum ersten Hauptstück des kleinen Katechismus

Provokationen – wozu

„Aktion führt Reaktion herbei“

Parteien in der Kanzler-Demokratie

Marsch der Vernunft

Happening, Protest, Revolution

ED 708-25-41

Zertrümmerte Fensterscheiben, "Zweikämpfe mit der Polizei" (so in einer Falschmeldung der "Offenbach Post"), Knüppel und Krüken auf den Kopf, Theologiestudent verliert fast das Augenlicht durch Schläge, Berliner "Treibjagd" auf bärige "Kommunistenschweine" das sind die äußeren Merkmale jener Unruhe, die jetzt von Deutschlands Jugend ausgelöst wurde.

Jahrelang der Stolz der Nation, da unpolitisch, autoritätsgläubig, manipulationsfähig durch Werbung und Showgeschäft, läßt sich ein großer Teil dieser Jugend nicht mehr willenlos vor den Karren der Mächtigen spannen.

Lehrlinge und Schüler, junge Arbeiter und Studenten verhalten sich immer weniger wie Teens und Twens, die einzig auf fröhlichen Konsum - seien es nun Alkoholika, Kleider oder Sex - aus sind, sondern

Provos, die ihre Unzufriedenheit mit der Gesellschaft nicht in politischen Begriffen artikulieren können, sondern aus ihrer höchst subjektiven Erfahrung heraus sich von der mißratenen Gesellschaft abwenden. Sie wollen diese im Grunde ebensowenig behelligen, wie sie selbst von der Gesellschaft in Ruhe gelassen zu werden wünschen. Ihre Demonstrationsform, das Happening ist daher primär Spielerei, Jux, Freude daran, bornierte Kleinbürger zu ärgern. Sie haben kaum Interesse an der Veränderung der Verhältnisse; und dennoch haben ihre Happenings eine gesellschaftliche Funktion.

Sie bringen Unruhe in das starre System der Bundesrepublik, mobilisieren Gegenaktionen von Polizei und Stadtverwaltungen

den Parteien oder Bürokratie, und seien es nur die Fahrpreiserhöhungen der Straßenbahn oder Kürzung der Milchsubventionen. Hier, in dieser Form, hat Protest einen konkreten Angriffspunkt, den er kritisiert. Wenn auch oft in gleicher Form geführt, so unterscheidet er sich inhaltlich doch deutlich vom Happening der "Ganmler". Proteste dieser Art sind durchaus systemkonform, sind also durch das Grundgesetz legitimiert. Sie wenden sich nie direkt gegen das System der bestehenden Gesellschaft selbst. In ihnen wird, spontan oder organisiert, gegen einzelne Maßnahmen oder Unterlassungen von Staat oder Verwaltung demonstriert mit der Absicht der Veränderung eben dieser problematischen Punkte.

Daß dabei auch einmal Fensterscheiben zerbrechen oder Wasserwerfer eingesetzt werden ist durchaus nicht revolutionärer faschistisch undemokratisch, ja barbarisch wird die Sache erst, wenn Polizeibeamte von ihren Vorgesetzten aufgefordert werden, blindlings von ihren Schlagstöcken Gebrauch zu machen (so SPD-Innenminister Neubauer in Berlin oder der Polizeipräsident von Bremen), oder wenn Kriminalbeamte in Zivil mit entschärfter Pistole in der Hand auf ihre Art "Ordnung" zu schaffen suchen.

Dann erst, durch das radikale Niederknüppeln demokratischer Demonstrationen kann der Protest mögliches revolutionäres Bewußtsein bei den Demonstranten schaffen: Wenn unser, dem Grundgesetz nach liberaler Staat seine autoritäre Kehrseite zeigt, wenn CDU, "Bild" und NPD von "Terror" reden und "harte Gegenmaßnahmen" fordern, (zum Beispiel "Bild": "Stoppt den roten Terror") anstatt über die problematischen Fragen zu diskutieren oder sich zu länger fälligen Reformen bereitzuerklären, dann mag die Notwendigkeit, diesen Staat im Ganzen - nicht mehr bloß strittige Einzelprobleme in ihm - reformieren zu müssen, erkannt werden.

Niemand fordert dies bis jetzt direkt, auch nicht der SDS, der die objektive Unmöglichkeit für eine Revolution in der BRD klar erkennt. Ja, dieser ist in seiner Argumentation demokratischer als Politiker vom Schlage eines Neubauer (SPD), Jäger (CSU) oder Barzel (CDU), die offen zu Gewaltmaßnahmen gegen Demonstranten aufrufen, der SDS jedoch nie gegen "Menschen", sondern nur gegen "Institutionen" demonstriert. Auch predigt der SDS nie "Gewalt", beruft sich allenfalls auf das Recht der "Gewalt", freilich nicht mit Schlagstöcken oder Pistolen. Daher ist auch Rudi Dutschke, gegenwärtig des deutschen Spießers beliebtester Buhmann, niemals ein "Rädelsführer", wie es in Polizeiberichten immer wieder heißt.

Die wirklichen "Rädelsführer" sind vielmehr jene autoritären Polizeipräsidenten, Innenminister und Politiker, die legitime demokratische Demonstrationen mit Hilfe der Staatsgewalt niederknüppeln lassen. Sie, nicht die Demonstranten, legen den Grundstein für die mögliche Transformation des Protests in eine Revolution, die sich bei uns freilich bestenfalls in Resolutionen oder Diskussionen manifestieren könnte. Denn die BRD ist nicht Bolivien und Rudi Dutschke nicht Che GUEVARA.

P. P.



Foto: NBA

reagieren spontan und aggressiv auf Fahrpreiserhöhungen, verzögerte Studien- und Schulreformen, den Vietnamkrieg und die journalistischen Machenschaften des Hauses Springer dessen Chef im Übrigen mit Vorliebe Bücher religiösen Inhalts liest: Wohl zur Wiederherstellung seines "Seelenheils" nach morgendlicher Lektüre von "Bild". Doch verfahren wir nicht wie jene Pressezeugnisse, werfen wir nicht alle Protestaktionen in einen Topf. Stellen wir uns daher die Frage: Gibt es nicht doch Unterschiede des Protests, nicht nur in der Form, sondern auch inhaltlich?

Mit Happenings im Stile eines Fritz Teufel und seiner Kommune haben die jüngsten Demonstrationen in deutschen Großstädten nichts mehr zu tun. Das Happening nämlich ist zuallererst unpolitisch. Es ist die Demonstrationsform der sogenannten Ganmler und

und bilden durch ihre bloße Existenz die Antithese zur spätkapitalistischen, hochspezialisierten Gesellschaft. Sie stellen so deren zentrale Maxime, Arbeit sei der höchste Lebensinhalt, permanent in Frage. Darum ist die Wut gegen die Ganmler gerade bei den Menschen, die dieser Maxime am härtesten ausgesetzt sind, sehr verbreitet; nur richtet sich diese Wut eben gegen den falschen Adressaten, sieht nicht den Urheber, nämlich das Zwangssystem der spätkapitalistischen Arbeitswelt selbst. Ist also das Happening nur indirekt gegen das bestehende Gesellschaftssystem gerichtet, vermittelt durch die Reaktion seiner Institutionen nämlich, so wenden sich Teilnehmer eines Protestmarsches schon direkt gegen Einrichtungen der Gesellschaft selbst, wie die gegenwärtige Form von Schule und Universität oder Maßnahmen der herrschen-

Der Funktionswandel des Parlamentes wird begleitet von einem Funktionswandel politischer Parteien; beides sind Momente der Veränderung innerhalb der parlamentarischen Demokratie: Funktionswandel des Parlamentes und Strukturwandel der Parteien beeinflussen sich gegenseitig.

Die Partei als Vertreter bestimmter Interessengruppen gehört der Vergangenheit an. Die Gewaltenteilung als Ergebnis der bürgerlichen Revolution, die einzelnen "Parteien" als Träger dieser Gewalten sind heute von der Entwicklung der Parteien und der parlamentarischen Demokratie überholt.

In dem bürgerlich-monarchistischen Parlament des ersten deutschen Reichstages 1871 wurden fest umrissene Interessengruppen von etwa 15 Parteien vertreten. Von lokal gebundenen Parteien abgesehen, kann man diese wie folgt einteilen: 1. liberale, 2. konservative, 3. christliche, 4. sozialistische Parteien. Selbstverständlich müßte man hier differenzieren - so waren zum Beispiel gerade in den christlichen Parteien verschiedene soziale Schichten vertreten -, aber hierauf, wie auch auf die Entwicklung der Parteien bis zur Gegenwart kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.

Zu Beginn der Weimarer Republik war die Situation ähnlich der im Reichstag der Kaiserzeit. Die NSDAP später war, unter der besonderen Berücksichtigung der historischen Bedingungen in Deutschland, ein Sammelbecken für verschiedene soziale Schichten, natürlich mit dem Schwerpunkt bei dem abgesunkenen Mittelstand. Parteien heute geben vor, alle Schichten der Gesellschaft zu vertreten; dies wird unterstrichen durch die Tendenz zum Zweiparteiensystem und zeigt sich besonders deutlich in den gleichlautenden Wahlkampfslogans. Zweifelsohne, Schwerpunkte gibt es bei den einzelnen Parteien, aber Politik wird heute gemacht in Hinblick auf die potentiellen Wähler aus allen Schichten. Die Folge: Wir haben heute nicht nur zwei verschiedene Volksparteien, die Entwicklung geht weiter: beide Parteien gleichen sich ständig an.

Sprechen wir früher (1) davon, daß das Parlament erhebliche Funktionsverluste (Legislative, Kontrolle) hinnehmen mußte, so ist neben den dort erörterten Gründen (Machtfülle des Kanzlers, Regierungspartei gleich Mehrheitspartei im Parlament) der Wandel zur Volkspartei eine weitere entscheidende Voraussetzung für diese Entwicklung, denn "als sozialer Rechtsstaat und Demokratie ist der Staat der Gegenwart Parteienstaat" (2), das heißt, er wird vorzüglich von den Parteien getragen; unter diesen Bedingungen ist Demokratie abhängig von dem Aufbau der Partei, von der innerparteilichen Demokratie, von der Stellung des Abgeordneten. Grundgesetz Artikel 38. 1 bestimmt die Funktion des Abgeordneten: "Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen." In der Praxis allerdings ist der Abgeordnete abhängig von seiner Fraktion, beziehungsweise seiner Partei.

Diese Abhängigkeit beginnt schon bei der Wahl, denn "das Wahlsystem in der BRD ist lediglich eine personalisierte Parteienwahl." (3) Die Stellung eines fraktionslosen Abgeordneten ist unbedeutend; alle Entscheidungen werden in den Ausschüssen oder Fraktionen vorbereitet, das Parlament schließlich gibt im Nachhinein seine Zustimmung. Entscheidende Funktionen aber in der Fraktion und in den Ausschüssen werden dem Abgeordneten von der Fraktionsführung zugewiesen; diese ist eng mit der Parteiführung verbunden. Die Parteiführung erhielt ihre Bedeutung schon zu Beginn der BRD: Die Parteien in Westdeutschland wurden "nach 1945 unter starker Dominanz der Parteiführung eingerichtet. . . , so daß ein Gegengewicht gegenüber den Partei- und Fraktionsführungen in Gestalt bewährter, selbstbewußter Parlamentarier nicht bestand." (4)

Ist es in der Theorie schon sehr fragwürdig, daß Abgeordnete Vertreter des ganzen Vol-



Tanzschule Graßmuck-Ewald

Beginn neuer Kurse:

APRIL 1968

Anmeldungen schon jetzt erbeten!

Frankfurter Straße 77

ruf 81 37 35



Jeden Sonntag 16.00 Uhr Tanz-Tee

kes sind - dies erinnert fatal an einen obskuren Volkswillen einer unbestimmbaren Volksgemeinschaft -, so wird in der Praxis seine Gewissensfreiheit unpolitischen Sachverstand und verselbständigten Parteiinteressen untergeordnet.

Der faktische Fraktionszwang - allein schon gegeben durch die starke politische Fraktionsführung, die "Homogenität der Fraktionen" (Claessens), Spekulationen auf den nächsten Wahlkampf und das Primat der Ausschussarbeit zeigen, daß die Plenarsitzungen des Parlamentes nicht mehr als Forum politischer Entscheidungen aufgrund einer offenen politischen Willensbildung gelten kann:

TÄTIGKEIT DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES (6)

ED 718-2.5-42

	Wahlperiode			
	1.	2.	3.	4.
Plenarsitzungen	282	227	168	197
Sitzungen von Ausschüssen und Unterausschüssen	5474	4389	2493	2971
Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen	1774	1777	675	688

Tatsächlich ist offene politische Willensbildung der Abgeordneten im Parlament untergeordnet der Fraktion und den verselbständigten politischen Institutionen. Verdeutlicht wird dieser Sachverhalt durch Tabelle 1: Fraktions- und Ausschusssitzungen werden wesentlich mehr abgehalten als Plenarsitzungen. Die Über-

ordnung der Ausschüsse über das Parlament wird noch weiter hervorgehoben: Ausschüsse tagen gleichzeitig neben dem Plenum.

Eine weitere wichtige Folge ergibt die Verlagerung der Parlamentsarbeit in die Ausschüsse: Die parlamentarische Willensbildung ist dem Blickfeld der Öffentlichkeit entzogen, sieht man von gelegentlichen Hearings ab. Strukturell spiegeln die Ausschüsse die Kräfteverhältnisse im Bundestag wider; Ministerialbeamte nehmen an den Sitzungen teil. Die eigentliche Arbeit der Ausschüsse liegt bei der Detaillierung von Gesetzesentwürfen. Hierzu ist

Sachwissen, das von Experten getragen wird, notwendig. Aber "die Exekutive im Bundeskanzleramt und in den Ministerialbürokratien (verfügt) über ein weit aus größeres Potential an Experten und Expertenwissen als das Parlament oder die Parlamentarier, selbst wenn den Bundestagsausschüssen Assistenten

zur Seite stehen. Eine solche fachliche odewieilleicht auch nur informatorische Überlegenheit kann leicht in politische Dominanz umgesetzt werden." (5) Fassen wir zusammen: Die Macht des Bundeskanzlers ist durch die Personalunion Kanzler - Vorsitzender der Regierungspartei und infolge der Ministerialbürokratie und des Bundeskanzleramtes zu groß; die Gewaltenteilung:

Parlament als Legislative, Regierung als Executive ist aufgehoben, das Parlament hat seine Kontrollrechte weitgehend eingebüßt; der Abgeordnete ist seiner Fraktion und institutionellen Sachzwängen untergeordnet; die Parteien in ihrem Charakter als Volksparteien sind politisch unbeweglich. Gerade die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre in der BRD hat gezeigt; die Demokratie ist in bloße institutionellen Formen erstarrt. Eine politische Alternative innerhalb der bestehenden Institutionen - sieht man von dem linken SPD-Flügel, gerade in Hessen-Süd, und dem linken Flügel der FDP ab - gibt es nicht. Politische Arbeit und Willensbildung im Parlament sind auf rein formale Diskussionen und Akklamationen beschränkt.

Eine politische Alternative könnte eine außerparlamentarische Opposition, die sich in den letzten Jahren zu bilden scheint, abgeben. Eine Zusammenarbeit zwischen dieser "Neuen Linken" und den demokratischen linken Flügeln der SPD und FDP könnte die fatale Entwicklung der bundesdeutschen Demokratie aufhalten und ins Positive wenden.

Die dringlichste Aufgabe dieser demokratischen Koalition ist zunächst die Verhinderung der Notstandsgesetze; hier hat sie sich bisher am deutlichsten bewährt. Durch die außerparlamentarische Opposition ist das Problem der Notstandsgesetzgebung erst einem größeren Teil der Bevölkerung bewußt geworden; zusammen mit dem Druck dieser bewußten Notstandsgegner ist es dann einigen Parlamentariern gelungen, eine Verabschiedung dieser Ermächtigungsgesetze bis jetzt zu verhindern. Dieser Erfolg läßt hoffen; aber er fordert auch zum weiteren Kampf gegen die Notstandsgesetze auf.

Nach zur parlamentarischen Arbeit: Die Stellung des einzelnen Abgeordneten muß gestärkt werden, nur so kann das Parlament wieder zum Gegengewicht gegen die Regierung werden. Dies kann geschehen durch Unabhängigkeit des Abgeordneten im Wahlkampf, durch innerparteiliche Demokratie und, da wir nun einmal Volksparteien haben, durch Fraktionen in der Fraktion. Weiterhin, die Ausschüsse müssen öffentlich tagen; dem Parlament muß ein ähnlicher Apparat von Sachverständigen zur Seite gestellt werden wie der Regierung.

Nahezu zwanzig Jahre nach Gründung der BRD ist es an der Zeit, über die tatsächliche Form unserer parlamentarischen Demokratie nachzudenken, Entwicklungen und Fehlentwicklungen zu analysieren und Konsequenzen zu ziehen. Dies muß bald geschehen, bevor völlig versteinerte Formen der Demokratie Veränderungen unmöglich machen.

- wk -

Anmerkungen Seite 14

Wenn es um Schuhe geht hat TACK viele Freunde

Das ist auch kein Wunder. Denn TACK-Verkäuferinnen bemühen sich freundlich um ihre Kunden. Sie sollten auch Ihre Schuhe bei TACK kaufen.

familienschuhhaus

Tack

Offenbach/Main, Marktplatz 10

OFFENBACH-MAIN · MITTELSEESTRASSE 57 ·
BILDER
G. Behr
UND
K. Trefz
GLASEREI
TELEFON 81333

Marsch der Vernunft

Die Ziele sind einsichtig; es ist ein Marsch der Vernunft. Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung wird Ostern 1968 demonstrieren:

Für Demokratie - gegen Notstandsgesetze

Für Sicherheit in Europa - für Abrüstung in allen Ländern

Für sozialen Fortschritt - gegen den Rüstungsstaat

Gegen den Krieg der USA in Vietnam - gegen Völkermord.



Allerdings, werden diese Forderungen der Kampagne für Demokratie und Abrüstung durch den Ostermarsch adäquat ausgedrückt?

Von England ausgehend, wo die Campaign for Nuclear Disarmament mit dem jährlichen Aldermaston - Marsch gegen den Atomtod protestierte, kam 1960 der erste Ostermarsch nach Deutschland. Zunächst nur auf Nord-Deutschland beschränkt, wanderte man 1961 schon in fast allen Teilen der Bundesrepublik. Große Organisationen wie die Verbände der Kriegsdienstverweigerer, aber auch die Naturfreunde - Jugend und die Falken unterstützen die Kampagne für Abrüstung. Gerade die zwei letztgenannten Organisationen waren es wohl, die den Ostermarsch zu einer Art verspäteter Pfadfinder- und Jugendbewegung werden ließen. Noch vor zwei Jahren wanderte man unter dem Zeichen des Ostermarsches innerhalb von drei Tagen von Galnshausen nach Frankfurt; begleitet z. T. auch von Protestsongs, hinter politisch-engagierten Transparenten, aber man schmetterte auch Fahrtenlieder zur Gitarre. Der Marsch der Vernunft erhielt einen mystischen, unpolitischen Charakter; man präsentierte der grünen Au und menschenleeren Wäldern seine redliche Überzeugung.



Heute ist der Ostermarsch im Umbruch begriffen, ideologisch und organisatorisch. Der ursprüngliche Ostermarsch der Atomwaffengegner wurde politisch konkretisiert, politische Alternativen wurden aufgestellt. Auf der letzten Aktionskonferenz in Essen (Januar 1968) wurden, wie schon in den letzten zwei Jahren, der Kampf gegen die Notstandsgesetze und die Forderung nach Frieden in Vietnam in den Ostermarschaufzug aufgenommen; weiterhin: aus der Kampagne für Abrüstung wurde die Kampagne für Demokratie und Abrüstung.

1967 erfuhr auch die Organisationsform des Marsches eine einschneidende Veränderung: Das Schwergewicht wurde auf die Städte gelegt. Nach den ersten Jahren, die bestenfalls noch der eigenen Konsolidierung dienten, war es endlich an der Zeit, neue Mittel und Wege zu finden, um weitere Bevölkerungskreise anzusprechen. Am Oster-samstag wurde in Hanau ein Aktionstag veranstaltet: Informationsstände, von Haus-zu-Haus-Aktionen, Straßensammlungen. Allerdings, auf größere Wanderungen hatte man immer noch nicht verzichtet. Die Voraussetzungen, jedoch, für eine Neugestaltung

Besser geht's
mit Coca-Cola

Mach mal
Pause..
mit Coke



COCA-COLA und COKE sind Warenzeichen für das allbekannteste kohlensäurehaltige Erfrischungsgetränk der Coca-Cola Gesellschaft.

Peter Herdt & Söhne
OFFENBACH AM MAIN, Im Eschig 10, Telefon 821 89



JANS & HEINSDORF GMBH
FABRIK FÜR MOBELBESCHLÄGE

Wir bieten jungen Menschen in angenehmen Räumen mit modernen Maschinen Gelegenheit unter Anleitung geschulten Personals eine gute, sachgemäße Ausbildung.

Wir stellen ein:

Werkzeugmacherlehrlinge

für Stanz-, Schnitt- und Formenbau

Schleiferanlernlinge

sowie

weibl. kfm. Lehrlinge

(Industrie-Kaufmann)

Informieren Sie sich bitte über nähere Einzelheiten durch einen persönlichen Besuch oder reichen Sie Ihre Bewerbung mit Lebenslauf schriftlich ein.

Jans & Heinsdorf

Offenbach/M., Bettinastraße 35, Tel. 8 60 51

lung des Ostermarsches waren damit gegeben, auch wenn diese 1968 noch nicht vollständig vollzogen wird.

Es geht tatsächlich nicht mehr darum, Schlagworte durch die Gegend zu tragen und sich selbst seiner aufrechten Haltung zu versichern; durch intensive Agitation für Demokratie und Frieden muß die Bevölkerung politisiert werden. Notstandsgesetze und der verbrecherische Krieg in Vietnam können uns nicht mehr still und leise marschieren lassen: Es gibt eine Verbindung zwischen Vietnam und Deutschlands: allerdings nicht in dem Sinn, daß in Saigon Berlin verteidigt wird; vielmehr die, daß wir Deutsche, als Freunde und - nach dem Faschismus - als Schüler der Amerikaner, verpflichtet sind, in Berlin und in ganz Deutschland für die Freiheit in Saigon, in Vietnam einzutreten; wir müssen eintreten für die Freiheit von Angst und Tod, für das Recht zu leben; für die Freiheit von Unterdrückung und Imperialismus; für das Recht auf Selbstbestimmung. Seit Jahren, und heute Tag für Tag, hören wir von der Eskalation des Krieges. Dieser Eskalation des Krieges muß eine Eskalation unserer Friedensbemühungen folgen. Dies muß beim Ostermarsch berücksichtigt werden: Es darf nicht der Spaziergang einer Minderheit werden, sondern eine Massendemonstration in den Großstädten; es darf nicht zwischen den



Städten gewandert werden, alle Kraft muß bei Großveranstaltungen der Diskussion und der Bewußtmachung des Problems dienen. Der diesjährige Ostermarsch gibt hierfür Ansatzpunkte: Ostersonntag: Aktionstag in Frankfurt: zehn Informationsstände, permanente Diskussion, Straßen- und Haussammlungen, nachmittags eine Beatveranstaltung, abends die Ostermarschrevue, in den Außenbezirken Revuen mit Folk- und Protestsongs; am Sonntag wieder Wandern: Hanau - Dörnigheim - Bischofsheim - Bürgel - Offenbach, in Offenbach eine Großveranstaltung

mit Tanz; Montag: Offenbach - Ffm. Ostpark - Römer und Höchst - Römer, dort um 15,00 Uhr die Abschlußkundgebung. Das Überflüssige Wandern sollte nicht von der Teilnahme an den anderen Veranstaltungen und den Diskussionen abhalten. Die Ziele der Kampagne für Demokratie und Abriegelung müssen wir uns alle zu eigen machen; für diese Ziele müssen wir auch eintreten; dafür sollten wir die "Straßen und Plätze zu unserem legitimen Massenmedium" machen, aber nicht um zu marschieren, sondern um aufzuklären und zu diskutieren.

ED 418-25-43

Gerhardt Dekorationsstoffe Brücken Vorhänge Umrandungen Teppiche Tapeten u. Orient-Teppiche Linoleum
Frankfurter Str. 30

TANZ SCHULE WEISS
Neue Kurse in Offenbach/M. nach den Osterferien
Fordern Sie bitte Prospekt an
Frankfurt/M. Gr. Bockenheimer Str. 43 Ruf 285607

deko - shop
offenbach/main - waldstr. 11
immer aktuell + neu
große Plakate + Fotos, schwarz/weiß + farbig, pop art, Bardot, Politiker
15 verschiedene originelle Motive,
für die Raumdekoration.

AUCH FÜR DIE JUGEND DIE MODISCHE KOPFBЕКLEIDUNG

HUTHAUS
GASSENMEYER
OFFENBACH · AM MARKT

Wenn es sich um Geld dreht
Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 1, Kaiserstraße 92, Tel. 811968

Zur Oktober Revolution

KRITIK:

Nach Marx war Rußland am wenigsten bereit für eine sozialistische Revolution; Proletariat gab es nur in den wenigen Industriezentren. Wie konnte nun doch gerade in Rußland eine weltumwälzende Epoche beginnen?

Prof. Fetscher:

Die Gründe für den Ausbruch einer proletarischen Revolution in Rußland sind mannigfaltig. Einmal erwiesen sich die in der Februar-Revolution zur Macht gelangten bürgerlichen Politiker als unfähig, die drängenden Probleme der Innen- und Außenpolitik zu lösen. Sie waren weder imstande, den Landhunger der Bauern durch eine radikale Agrarreform zu befriedigen, noch den über die ökonomischen und militärischen Kräfte des Landes hinausgehenden Krieg zu beenden. Beide Probleme hat Lenin durch seine Annahme des Brestlitowsker Friedensvertrages und durch die Übernahme des keineswegs sozialistischen Agrarprogramms der ländlichen Partei der Sozialrevolutionäre getan. Der Grund für dieses paradoxe Ereignis lag weiter darin, daß Rußland zugleich selbst eine anspruchsvolle Weltmachtpolitik betrieb und doch ein technisch rückständiges, ökonomisch schwaches, von fremdem Kapital abhängiges Land war. Auch wenn man nicht die marxistische Imperialismustheorie akzeptiert, kann man doch erkennen, daß die Widersprüche der internationalen wirtschaftlichen und politischen Lage sich hier in Rußland (ähnlich nur noch in Österreich-Ungarn) besonders zuspitzen.

KRITIK:

Welche Rolle spielten die Bauern — ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug etwa 75% — bei der Revolution von 1917; ihr Ziel war doch Verteilung des Großgrundbesitzes — was zum Aufkommen bäuerlicher Kleinrentner führte — und nicht die Kollektivwirtschaft?

Prof. Fetscher:

Die Bauern wurden für die Revolution dadurch gewonnen, daß ihnen der lang gehegte Wunsch nach Übereignung des Grund und Bodens erfüllt wurde. Lenin war sich durchaus darüber im Klaren, daß er auf diese Weise eine breite Schicht von Kleinrentnern schuf, hoffte jedoch, in absehbarer Zeit mit Unterstützung der proletarischen Revolution in westlichen Industriestaaten ein Übergewicht des sozialistischen Sektors der Wirtschaft erzielen und allmählich auch die Bauern von der Fortschrittlichkeit einer genossenschaftlichen Landwirtschaft überzeugen zu können. Die Entwicklung lief bekanntlich insofern anders, als diese Revolution in den Industrienationen ausblieb und die Kollektivierung im wesentlichen nicht auf freiwilliger Basis, sondern unter hartem bürokratischen Druck zustande kam.

KRITIK:

Die sowjetische Geschichte war, am deutlichsten unter Stalin, recht blutig. Bei uns wird das sozialistische System als Diktatur bezeichnet. Wie kam es zu dieser Entwicklung; kann man westlich-demokratische Kategorien auf die UdSSR anwenden?

Prof. Fetscher:

Der diktatorische Charakter des sowjetischen Regimes erklärt sich aus der Absicht der Parteiführung gleichzeitig eine rasche Industrialisierung des Landes voranzutreiben und das Profitmotiv als Hauptfaktor der ursprünglichen Akkumulation auszuschalten. Damit aber gab es — abgesehen von der Bürokratie des Partei- und Staatsapparates und der begeisterten kommunistischen Jugend — keine soziale Klasse, deren unmittelbares Interesse befriedigt werden konnte. Die Mehrheit zunächst der städtischen Bevölkerung der Sowjetunion hatte die ungeheuren Kosten der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation zu tragen, das heißt, sie mußte Jahrzehnte lang auf die

merkliche Hebung ihres Lebensstandards zugunsten der Investitionsrate verzichten. Unter diesen Umständen waren wirklich freie Wahlen und eine Pluralität von Parteien kaum denkbar. Nachdem aber einmal die Freiheit der politischen Willensbildung auch zwischen den sozialistischen Parteien und innerhalb der KPdSU ausgeschaltet worden war, schwanden auch die Korrekturen für eine gewissenlose und gewaltsame Ausübung der staatlichen Macht dahin. Nur eine politische Führungsschicht von größerer moralischer Integrität hätte der Versuchung standgehalten, die in dieser privilegierten Machtposition lag.

Mit der Entfaltung der industriellen Produktion in der Sowjetunion und der Entstehung eines gebildeten Industrieproletariats, dessen Interessen mit denen des weiteren industriellen Fortschritts identisch sind, bestehen heute jedoch keine objektiven Gründe mehr, das autoritäre Herrschaftssystem aufrecht zu erhalten, das sich in den letzten 30 Jahren entwickelt hat und seit 1956 nur partiell modifiziert wurde.



Fahrschule Erich Nungesser

Offenbach, Schloßstr. 21 Tel. 84889
Dietzenbach, Hügelstr. 24

Tanz-Schule Schlosser

Neue Kurse
APRIL



Offenbach am Main

Kaiserstraße 42

Telefon 882504

ANZEIGE

Der Bezirksvorstand der DEUTSCHEN FRIEDENS UNION (DFU) Offenbach/Main erklärt:

Die demokratischen Kräfte müssen sich auf eine ernste Zuspitzung der Lage vorbereiten. Schon in den nächsten Tagen wollen die Koalitionsparteien im Innen- und im Rechtsausschuß des Bundestages letzte Hand an die Notstandsentwürfe legen. Kiesinger und andere Sprecher der CDU fordern die Verabschiedung noch in diesem Sommer. Wehner erklärt, die SPD-Fraktion habe sich mit ihrer Klausurtagung am Anfang der vergangenen Woche in Stand gesetzt, "nun im Zusammenwirken mit dem Koalitionspartner CDU/CSU in die Ausschlußberatungen einzutreten, damit noch im Frühjahr die 2. Lesung im Plenum stattfinden kann". Die Führung der SPD ist entschlossen, jetzt die Notstandsgesetze gegen den Widerstand und die Bedenken nicht unerheblicher Teile auch der eigenen Fraktion durchzuziehen.

Viele Notstandsgegner knüpfen an die "einschneidenden" Abänderungswünsche der SPD-Fraktion Hoffnungen.

Wir warnen vor Illusionen. Schon einmal war die Rede, den Notstandswntwürfen der CDU würden die Giftzähne gezogen. Es zeigte sich jedoch, daß die Vorlage der Großen Koalition trotz Einführung gewisser, parlamentarischer Formen die gleichen gefährlichen Grundmerkmale besitzt wie alle vorhergehenden.

Es geht weiterhin um Dienstverpflichtungen und die Aufhebung des Streikrechts, um den Einsatz der Bundeswehr im Innern, um Vorbereitung auf Krieg und um die Disziplinierung zum Durchhalten.

Auch die Korrekturen, die die SPD-Fraktion jetzt vorschlägt, lassen diese Absichten unberührt. Wehner bestätigt das: die SPD sei nach wie vor daran interessiert, die Notstandsverfassung "auf Grundlages des Regierungsentwurfs" zu verabschieden.

Es ist höchste Gefahr im Verzuge. Wir warnen die sozialdemokratischen Abgeordneten, die demokratischen Verbesserungen der Gesetze wollen, weil sie sich nicht nachsagen lassen wollen, Staatsverneiner zu sein. Es wird Zeit, daß sie sich zum NEIN entschließen, um diesen Staat vor Schaden zu bewahren. Auch eine Verankerung des Widerstandsrechts und des Streikrechts in der Verfassung wäre kein wirkungsvolles Gegengewicht gegen den diktatorischen Charakter der Notstandsgesetze. Schon übt Bundeswehr "Fuchsjagden" auf Zivilisten, üben Bundesgrenzschutz- und Werksschutzeinheiten Notstand gegen Streikende. Eine Exekutive, die sich in Zukunft auch noch auf einen parlamentarisch verbrämten Notstandsapparat stützen könnte, wäre immer am Zuge, bevor die Bevölkerung ihr Widerstandsrecht wirksam in Anspruch nehmen könnte.

Es ist deutlich geworden, daß diese Gesetze für die Demokratie unerträglich sind. Klar geworden ist auch, daß es den Notständlern gegenüber keiner Argumente mehr bedarf. Auf Gründe hören sie nicht - sonst würden sie nicht die 2. Lesung vorbereiten.

Die Manöver, die gegenwärtig stattfinden, um die Notstandsgegner zu verwirren, beweisen, was ihre Verfechter allein beeindruckt: der öffentliche Protest. Also gilt es, ihn zu verstärken.

Jetzt geht es darum, daß sich noch mehr Stimmen erheben, in Betrieben, an den Universitäten, in allen Berufen, in Sälen, auf Straßen und Plätzen, bei Kundgebungen der Gewerkschaften und der Kuratorien "Notstand der Demokratie", durch Unterschriften und Petitionen, in Diskussionen mit Abgeordneten.

Es gilt, in allen erdenklichen Formen zu demonstrieren.

DIE 2. LESUNG DER NOTSTANDSGESETZE DARF NICHT STATTFINDEN.

Rudi Claus
Bezirksgeschäftsführer

Provokationen wozu?

ED 718-25-47

"Die Revolte der Studenten hat binnen kurzer Zeit die Hochschulmisere ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Zwanzig Jahre akademischer Reformdiskussion brachten das nicht fertig. Wer also die radikalere Methoden direkter Aktionen kritisiert, sollte daran denken, daß ohne ihren Druck die 'langsam anhebende Entzopfung der deutschen Universitäten' (Augstein) kaum begonnen hätte."

Die treibende Kraft zur Veränderung der Hochschulen ist zweifelsohne der SDS. Die geplanten und von ihm durchgeführten direkten Aktionen zur Demokratisierung (1) der Universitäten, bedeuten eine Fortführung der Kritik mit anderen Mitteln, um Veränderungen zu erzwingen. Diese Provokation ist kein Selbstzweck sondern sie soll zur Bewußtmachung gesellschaftlicher Verhältnisse führen und damit Reformen ermöglichen. Direkte Aktionen sind eine Demonstration des studentischen Willens, und zugleich als eine Provokation an die übrige Gesellschaft zu verstehen. Habermas äußert sich dazu so: "Die demonstrative Gewalt, auf die die studentische Opposition eingeschränkt ist... ist definiert durch das Ziel der Aufklärung. Demonstrative Gewalt ist die Gewalt, mit der wir uns Aufmerksamkeit für Argumente erzwingen, wo sie stattfinden sollte." Das bedeutet, Provokation tritt an die Stelle von reiner Argumentation, wenn diese nicht mehr ausreicht. Die politisierte Studentenschaft verschafft sich in dieser Situation dadurch Gehör, daß sie die



etablierten Spielregeln bewußt mißachtet. "Dutschke und Krahl fordern daher eine 'antinstitutionelle Politik' der Revolte und Provokation, die soweit gehen kann, daß die Diskussion (die zur Bewußtmachung dienen soll) gar nicht erst gesucht wird, weil ihre integrative Funktion in der Bewertung über alles geht. Antinstitutionell bedeutet Kampf gegen Institutionen

und Träger der Manipulation, wodurch der Kampf - zumindest potentiell - direkt systemgefährdend ist."

Provokation und die Bedeutsamkeit des Ziels sollten deswegen in vernünftiger Weise harmonisieren, denn ein Zuviel an Provokation wird eine Eskalation von Maßnahmen und Gegenmaßnahmen bewirken und nur zur Verfestigung der jeweiligen Standpunkte anstatt zu einer Annäherung beider führen.

Provokation sollte einmal als Druckmittel für Reformen und zum anderen zur Verdeutlichung des Sachverhaltes (Bewußtmachung) dienen. Sie sollte nur dann angewendet werden, wenn Diskussionen erzwungen oder wenn gegen konkrete Gewaltmaßnahmen protestiert werden soll. "Es ist kindischer Radikalismus (so Lefèvre) zu denken eine bewußte und entschlossene Minderheit könne die Auseinandersetzung an der Universität ohne die Unterstützung eines relevanten Teils der Studentenschaft führen", besonders wenn es zu systematischen Provokationen kommt, die bei vielen Studenten und auch in der Gewerkschaft nur unnötige Abwehrreaktionen hervorrufen und zugleich auf Unverständnis stoßen.

Die Provokation ist zu einem festen Bestandteil studentischen Handelns und Denkens geworden. Dadurch ist die Misere der Hochschulpolitik ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt worden, und hat die Gesellschaft Zugeständnisse machen lassen, die sonst nicht möglich gewesen wären.

(1) Demokratisierung ist Legitimation und Kontrolle aller politischen Macht und Herrschaft.

das fachgeschäft
für musikinstrumente
aller arten
moderne orchester - elektronik
service und reparatur

musik-renz inh. m. büttner
offenbach am main
bieberer straße 28

Wir beraten sie in allen Ihren Bücherwünschen -
Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare Buch -
Wir bemühen uns, vergriffene Titel antiquarisch zu beschaffen -

HERBERT WEBER,
Buchhandlung

Frankfurt/M., Tausenstr. 12. Tel.: 23 49 90
Offenbach/M., Waldstr. 36. Tel.: 88 59 67

--- IHRE BUCHHANDLUNG ---

Sinalco

«fruchtfein»
das zischt und
erfrischt



Kennen Sie dieses wertvolle Buch?



Das Sparkassenbuch sehr empfehlenswert für jedermann

- Ob Sie ein besseres Leben anstreben, oder größere Pläne verwirklichen wollen: ein Sparkassenbuch gibt Sicherheit und macht unabhängig.
- Eine Vielzahl von Sparverfahren der Sparkassen gestattet es jedem, nach eigenen Plänen zu sparen.

Nutzen auch Sie alle Vorteile des Kontensparens! Schenken Sie der Sparkasse Ihr Vertrauen!

**STÄDTISCHE SPARKASSE
OFFENBACH AM MAIN**

... überall in Ihrer Nähe



WIRTSCHAFTS
ZEITUNG

alco
Kaufhaus
Kaufhaus
Kaufhaus

Institut für Zeitungs- und
Anzeigenforschung

ED 718-25-48

kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch

Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Merianstraße 13, Postfach 648, Telefon: (0611) 886051/52

8. April 1968

Betr.: Jahresabonnement 1968 für die AUSSERPARLAMENTARISCHE
OPPOSITION

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

In diesen Tagen haben Sie die März-Ausgabe der Zeitschrift "Außerparlamentarische Opposition - Informationen für Demokratie und Abrüstung" erhalten. Damit wurden für 1968 die ersten drei Exemplare dieser Zeitschrift an Sie geliefert.

Nach unseren Unterlagen haben Sie die Jahresabonnementgebühr von DM 10.--, die jeweils zum Jahresanfang zu zahlen ist, noch nicht überwiesen. Wir möchten Sie auf diese Tatsache aufmerksam machen und gleichzeitig um sofortige Bezahlung der Gebühren bitten. Sollten die Abonnementsgebühren schon bezahlt sein und uns dies entgangen sein, so bitten wir um eine kurze Benachrichtigung, wenn der Betrag auf welches Konto eingezahlt wurde.

Wir legen Ihnen eine Zahlkarte bei und verweisen auch auf unser Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigniederlassung Offenbach, Nr. 740 633.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Vack
- Geschäftsführer -





DM Pf f. KtoNr. **62 55**
Absender:

ED 217-25-43



Für Vormerke des Absenders

Eingez. auf
KtoNr. **62 55** PSchA Ffm

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinta oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf DM Pf
(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

..... Deutsche Mark

für Kampagne für Abrüstung
-Ostermarsch
der Atomwaffengegner-
Zentraler Ausschuß

Konto Nr.
62 55

in **605 Offenbach 4**

Postcheckamt
Frankfurt am Main

Einlieferungsschein

— Bitte sorgfältig aufbewahren —

..... Deutsche Mark Pf
(in Ziffern)

für

Kampagne für Abrüstung
-Ostermarsch
der Atomwaffengegner-
Zentraler Ausschuß

in **605 Offenbach 4**

Eingang-Nr.

.....



Das Postcheckamt sendet diesen Abschnitt einem Güterverkehrsamt

DM Pf
für Konto
Nr. **62 55**

PSchA Frankfurt am Main
Absenderangabe (mit Postleitzahl)

betrifft

① 2. 57 / 63 432
210 x 105, Kl. 114 (Einf.-Nr., Namensz. d. Annahmest., Tag u. Monat)

§ 1/14 vk
PostSchO Anl. 2

(Einf.-Nr., Annahmest.)

Postvermerk

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 746-25.50



kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch

Geschäftsführer: Rudi Schindler, 605 Offenbach/Main 4, Merianstr. 13, Postfach 648

Regionaler Ausschuß
Hessen / Rheinland
Telefon (06 11) 88 60 51/52
Postscheckkonto
Frankfurt/Main 57648
7 4 68
Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 740294

Liebe Freunde!

Wir danken Ihnen für die Anmeldung zum Ostermarsch '68. Mit diesem Schreiben möchten wir Ihnen noch die wichtigsten Hinweise zum OM '68 geben. Bitte lesen Sie das Schreiben aufmerksam durch, um Mißverständnisse zu vermeiden.

TEILNEHMERGEBÜHR

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20.--. Damit müssen wir nicht nur die Verpflegungs- und Übernachtungskosten decken, sondern vor allen Dingen auch die Werbung für den Ostermarsch und für unsere politischen Ziele bezahlen. Auch wer nicht den ganzen Marsch mitmachen kann, sollte deshalb - wenn irgend möglich - die volle Teilnehmergebühr in Höhe von DM 20.-- zahlen. Wir wissen, daß es auch Leute gibt, die beim besten Willen nicht in der Lage sind, die vorgesehene Teilnehmergebühr aufzubringen. Sie sollten deshalb keinesfalls zu Hause bleiben; bitte schreiben Sie uns einen kurzen Brief oder informieren Sie uns bei Beginn des Marsches, wir werden dann sicherlich eine annehmbare Regelung finden.

Im Übrigen bitten wir Sie, die Teilnehmergebühr, falls sie noch nicht bezahlt ist, auf unser Postscheckkonto Ffm Nr. 576 48 mit dem deutlichen Vermerk "Teilnehmergebühr" einzuzahlen. Gegen den Zahlkartenabschnitt bekommen Sie dann beim Ostermarsch die Teilnehmerkarte ausgehändigt.

Es ist möglich, die Teilnehmergebühr auch beim Marsch selbst zu zahlen, aus Erfahrung ist es jedoch ein recht schwieriges Geschäft, wenn bei der Mittagsrast von vielen Teilnehmern die Gebühr bezahlt wird und Teilnehmerkarten ausgegeben werden sollen. Deshalb nochmals die Bitte: Überweisen Sie sofort.

VERPFLEGUNG

Für diese nicht ganz unwichtige Sache sorgen - wie auch in den vergangenen Jahren - die Städtischen Küchenbetriebe, Frankfurt. Die Verpflegung beginnt mit Kaffee & Kreppel am Ostersamstag, für den weiteren Verlauf sind pro Tag Frühstück, Mittagessen und Abendessen vorgesehen. Dazu stehen hygienisch saubere Pappbecher und -schüssel zur Verfügung. EBbestecke müssen die Teilnehmer selbst mitbringen.

Kuratorium: Wolfgang Abendroth, Frank Alloun, Ernst Bloch, Hewig Born, Mergherita v. Brantano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Fallert, Oestp K. Flechtheim, Christian Gotscher, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Meler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Schull, Martin Schröter, Helge Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

ERSTE HILFE

Während des Marsches wird ständig ein Sanitätsdienst des Arbeiter-Samariter-Bundes dabei sein.

MARSCHLEITUNG

Wenn irgendwelche Fragen und Schwierigkeiten auftreten, klären Sie diese bitte mit den Ordnern oder in besondere schwierigen Fällen mit der Marschleitung. Die Marschleitung wird sich Ihnen vor Beginn des Marsches vorstellen.

ANREISE

Für die Anreise nach Frankfurt (wo der Aktionstag um 9 Uhr auf dem Römerberg beginnt) sorgt jeder selbst.

Für Ostersonntag fahren um 9.00 Uhr Busse

ab Frankfurt, Gewerkschaftshaus, Wilh.-Leuschner-Str.

ab Offenbach, Anne-Frank-Schule u.
Wilhelmsplatz

nach Hanau.

GEPÄCK

Das Gepäck wird mit einem LKW zum Übernachtungsort transportiert. Es sollte daher in einem Rucksack oder Koffer gut verpackt werden. Sehr wichtig ist, daß die Gepäckstücke mit einem stabilen Anhänger - auf dem Name und Anschrift steht - versehen sind.

Der Verlauf des Ostermarsches ist aus dem beiliegenden Flugblatt ersichtlich.

Zum Ostermarsch '68 wünschen wir Ihnen eine gute Anreise.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Rudi Schindler
- Geschäftsführer -

ED 746-25-81



kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch

Geschäftsführer: Rudi Schindler, 605 Offenbach/Main 4, Merlanstr. 13, Postfach 648

Regionaler Ausschuss
Hessen / Rheinland

Telefon (069 11) 86 60 51/52

Postcheckkonto
Frankfurt/Main 57648

Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 740294

Liebe Freunde,

nun stehen wir kurz vor dem Ostermarsch, vor einer Aktion, die für die Entwicklung der ausserparlamentarischen Opposition und aller weiteren demokratischen Kräfte von grosser Bedeutung sein wird. Der Ostermarsch '68 wird in diesem Jahr nicht der Abschluss einer Aktions- und Veranstaltungswelle sein, sondern ein Höhepunkt, der bereits die neuen Aktionen einleitet.

Auf einer Besprechung, zu der das Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE die Gruppen der Notstandsgegner eingeladen hatte, wurde beschlossen, den grossen Sternmarsch auf Bonn gegen die Notstandsgesetze am 11. Mai 1968 zu veranstalten. Der Sternmarsch soll so intensiv propagiert und vorbereitet werden, dass sich an diesem Tag mindestens 30 000 Notstandsgegner in Bonn versammeln. Nähere Informationen über diese grosse Aktion geben wir Ihnen nach Ostern.

Zu den Aktionen während des Ostermarsches '68 hat unser letztes Rundschreiben bereits die wesentlichsten Einzelheiten bekannt gemacht. Beigefügt geben wir Ihnen heute mehrere Exemplare unseres Flugblattes "Warnung vor dem Ostermarsch!", mit der Bitte, gerade dieses Flugblatt weiterzugeben und die Aktionen des Ostermarsches zu propagieren.

Von besonderer Bedeutung im Rahmen des Ostermarsches werden der Aktionstag am Ostersamstag, 13. April 1968 in Frankfurt und die Grosskundgebung am Ostermontag, 15. April 1968, 15 Uhr auf dem Römerberg sein.

Den Aktionstag wollen wir unter das Motto stellen: GEGEN DEN KRIEG DER USA IN VIETNAM. In dieses politische Konzept ist auch die Aktion "FÜNF MINUTEN VERKEHRSRUHE FÜR VIETNAM" am Ostersamstag, 12 Uhr, eingeordnet. Damit gerade diese Aktionen in einer Weise verlaufen, die unsere Zielsetzungen und Forderungen nicht beeinträchtigen sondern fördern und weiterbringen halten wir diese Aktionsbesprechung für notwendig. Sie findet statt am Mittwoch, den 10.4.68, 20 Uhr in Frankfurt, "Gildestuben", Bleichstrasse 38c (Eschenheimer Turm). Wir wären sehr dankbar, wenn möglichst viele Mitarbeiter und Teilnehmer dieser Aktion bei dieser Aktionsbesprechung anwesend wären, damit die Diskussion um die endgültige organisatorische Planung auf möglichst breiter Basis stattfinden könnte.

Kuratorium: Wolfgang Abendroth, Frank Alloun, Ernst Bloch, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, I. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Fleckstein, Christian Geissler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Schnell, Martin Schröter, Helge Tempel-Stoll, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

Ausserdem haben wir vor, bereits in der Woche vor Ostern mit Flugblättern und verschiedenen Aktionen in Frankfurt für den Ostermarsch '68 und für den "Aktionstag gegen den Krieg der USA in Vietnam" Werbung und Aufklärungsarbeit zu betreiben. Wir haben ab Montag, 8. April 1968 im Club Voltaire, Frankfurt, Kleine Hochstrasse 5, Tel. 29 24 08 täglich von 17 - 20 Uhr ein Informationszentrum errichtet, in welchem Informationen, Flugblätter, Plakate und andere Aufklärungs- und Agitationsmaterialien abgeholt werden können.

Natürlich dürfen durch den Aktionstag die grosse internationale Ostermarschrevue am Ostersamstag in der Frankfurter Kongresshalle und die Ostermarsch-Demonstrationen am Ostersonntag von Hanau nach Offenbach und am Ostermontag von Offenbach und von Ffm. - Höchst zum Römerberg nicht zu kurz kommen. Natürlich müssen wir die Abschlusskundgebung auf dem Römerberg zu einer wirklichen Grosskundgebung machen, d.h. von nah und fern sollten unsere Anhänger, auch wenn Sie am Aktionstag und am Ostermarsch selbst nicht teilnehmen können, mit PKW-s und Bussen nach Frankfurt kommen, um die Kundgebung auf dem Römerberg zu einer Massenkundgebung zu machen.

Alle Teilnehmer am Ostermarsch bitten wir noch einmal um Anmeldung und Überweisung der Teilnehmergebühr von DM 20,--. Wir brauchen dieses Geld, um die Organisations- und Agitationskosten für den Ostermarsch und für die Aktionen vor Ostern zu finanzieren. Alle, die nicht teilnehmen können, weil sie aus welchen Gründen auch immer verhindert sind, werden um eine besonders groszügige Spende für den Ostermarsch gebeten.

Wir bitten alle Gruppen und jeden einzelnen, die der Zielsetzung für den Ostermarsch '68 zustimmen, in der Kürze der Zeit noch möglichst intensiv für diese Aktionen und Demonstrationen zu wirken.

Offenbach, den 4.4.1968

Mit freundlichen Grüessen

H.G. Lang

R. Schindler

I. Druschel

S. Wenzel

K. Vack

Warnung vor dem Ostermarsch!



Vor dem Ostermarsch warnen:

Franz Josef Strauß
Die Bundesregierung
Die Springerpresse
Der Bundesverband der deutschen Industrie

Der Ostermarsch demonstriert:

GEGEN den US-Krieg in Vietnam, gegen den Rüstungsstaat, gegen Notstandsgesetze, gegen den Springer-Konzern, gegen Atomwaffen, gegen soziale Demontage, gegen reaktionäre Bildungspolitik, gegen Rüstungskonzerne, gegen Neofaschismus;
FÜR sozialen Fortschritt, für Ausbau realer Demokratie, für Abrüstung, für Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, für Frieden in Vietnam, für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, für internationale Kooperation.



Wolfgang Neuss und Joan Baez beim Ostermarsch in Frankfurt

Für den Ostermarsch treten ein:

Max Born, Ernst Bloch, Wolfgang Abendroth, Martin Niemöller, Heinz Brandt, Gerhard Zwerenz, Heinz-Joachim Heydorn, Jürgen Habermas, Helmut Gollwitzer, Erich Kästner, Harry Pross, Heinz Kloppenburg, Robert Jungk, Martin Walser, Rudolf Rolfs, Franz Josef Degenhardt, Dieter Süverkrüp, Ernst-Friedrich Wolf, Rolf Hochhuth, Walter Jens und viele andere.

Ostermarsch '68 - Protest gegen den Völkermord in Vietnam Ostermarsch '68

ED 748-25-53

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
Liebe Freunde,

wir fordern alle Freunde der außerparlamentarischen Opposition auf, sich am Ostermarsch '68 zu beteiligen.

Es hängt viel davon ab, ob wir diesen Marsch zu einer machtvollen Demonstration gegen den Völkermord in Vietnam und gegen die Notstandsgesetze, deren 2. Lesung kurz bevorsteht, gestalten können.

Wir verzichten in diesem Jahre auf eine eigene Demonstration in Köln, da wir der Ansicht sind, daß alle Kräfte auf die zentrale Demonstration im Ruhrgebiet konzentriert werden müssen. Der Ostermarsch '68 wird ohne Zweifel die bisher größte Aktion der außerparlamentarischen Opposition.

Das erfordert jedoch das Engagement jedes einzelnen von Ihnen. Jeder Empfänger dieser Mitteilung sollte sich am Marsch beteiligen, wenn nicht alle drei Tage, auf jeden Fall aber am Ostermontag. Jeder von Ihnen sollte noch mindestens einen weiteren Teilnehmer hinzugewinnen. Wir bitten Sie dringend, dies zu Ihrer Zielvorstellung für Ostern zu machen.

Bitte melden Sie sich umgehend zur Busfahrt am Ostermontag an (das ist unbedingt erforderlich!!!). Die Fahrtkosten betragen DM 8,-- bzw. DM 5,-- für Schüler, Studenten und Rentner. Ist Ihre finanzielle Situation diesen Preis nicht zu, sollte das auf keinen Fall ein Hindernisgrund sein.

----- bitte wenden! -----
bitte abtrennen - u m g e h e n d a b s e n d e n - !

An die
Kampagne für Demokratie und Abrüstung Köln, den -----
c/o Jürgen Leimer

5 Köln-Vingst
Hömarstr. 46

- A N M E L D U N G -

Busfahrt-Ostermontag: Ich melde zur Busfahrt am Ostermontag Personen an. Den Fahrtkostenbeitrag von DM 8,--/DM 5,-- bezahle ich im Bus./Ich bin nicht in der Lage, den Fahrpreis in voller Höhe aufzubringen. Grund: -----

Kartenbestellung: Für die Abschlußkundgebung und internationale Revue in der Westfalenhalle bestelle ich folgende Karten:
Stek zu DM 1,--; Stek zu DM 3,--; Stek zu DM 6,--
Stek zu DM 6,--; Stek zu DM 7,50; Stek zu DM 10,--

Name: ----- Telefon: -----

Ort: ----- Alter: -----

Straße: ----- Beruf: -----

bitte wenden!

Ostermarsch '68 - Gegen Notstands und Rüstungspolitik - Ostermarsch '68

Wir hoffen, daß wir das durch Spenden wieder ausgleichen können, so daß wir in Sonderfällen auf einen Teil des Fahrpreises verzichten.

Auf der Abschlußkundgebung und der internationalen Revue in der Westfalenhalle (Fassungsvermögen: 20.000 Personen) wirken mit:
Tom Paxton (USA) - Gisela May (DDR) - Dieter Süverkrüp - Franz-Josef Degenhardt - Claude Vinci (Paris) - Franciscos Voutsinos (Griechenland) - Hanns-Ernst Jäger - Hanns-Dieter Hüsch - Fasia Jansen - Hannes Stütz - Albert-Mangelsdorff-Quintett - Rolf Hochhuth - Gerhard Zwerenz - Dr. Arno Klönn.

Sollten Sie Ostermontag nicht am Marsch teilnehmen können, bitten wir Sie durch eine einmalige zweckgebundene Spende in Höhe von DM 5,- zur Finanzierung dieses Marsches beizutragen. Bitte überweisen Sie die Spende auf eines der unten angegebenen Konten.

Zusammenbindungen für die ersten zwei Marschtage:

Karsamstag: E771 Köln ab 7.59 Uhr - Duisburg an 8.53 Uhr
Ostersonntag: D 313 Köln ab 9.24 Uhr - Essen-Altenessen an 10.18 Uhr.
Treffpunkt auf dem Breslauer Platz hinter dem Hauptbahnhof
Samstag um 7.30 Uhr und Sonntag um 8.50 Uhr.

Wir bitten alle Autofahrer, die noch Plätze zur Verfügung haben, zum Treffpunkt zu kommen. Üben Sie bitte Solidarität! Das gleiche gilt für Ostermontag. Kommen Sie bitte um 10.30 Uhr zum Hans-Böckler-Platz, damit Sie eventuell noch jemand mitnehmen können. Sollten die Busse jedoch nicht voll besetzt sein, bitten wir Sie mit dem Bus zu fahren, damit wir einen günstigen Fahrpreis halten können.

Mit freundlichen Gruß - Kampagne für Demokratie und Abrüstung

Ich bin leider Ostern verhindert. Zur Finanzierung des Marsches habe ich heute DM _____ auf das Sonderkonto Jürgen Laimer beim Postscheckamt Köln Nr. 130141 / bei der Sparkasse der Stadt Köln Kto.-Nr. 2262129 überwiesen.

Quartierbestellung

Ich benötige Karsamstag in Essen

Ostersonntag in Bochum

für _____ Personen Quartier. Bitte veranlassen Sie das notwendige.

Bemerkungen Fragen etc: -

ED 718-25-54

kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch

Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Merionstraße 13, Postfach 648, Telefon: (0611) 886051/52

28. März 1968

F 2.4. 68

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir schicken Ihnen einen Notruf.

Die Vorbereitung der Ostermärsche kostet mehr Geld denn je und unser zentrales Spendenaufkommen ist in diesem Jahr spürbar gesunken.

Mit tausenden Veranstaltungen, Kundgebungen und anderen Aktionen haben wir in den vergangenen Monaten für die Ostermärsche geworben und vor allem natürlich die Zielsetzung der Kampagne vorgestellt. Mehrere Millionen Flugblätter und andere Schriften wurden verteilt. Gegen den Krieg der USA in Vietnam fanden, von der Kampagne veranstaltet oder initiiert und von anderen Verbänden mitveranstaltet, über 30 Demonstrationen statt, mit Beteiligungen von über 1000 bis 8000 Menschen je Demonstration.

Doch wir dürfen auch nach dem Ostermarsch '68 nicht Ruhe geben. Sofort müssen wir uns auf den großen Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze vorbereiten, der in Bonn von der gesamten außerparlamentarischen Opposition aus Anlaß der zweiten Bundestagslesung der Notstandsgesetze veranstaltet wird.

Wir brauchen auch für die zentrale Kasse der Kampagne wieder einmal Ihre Spende, - möglichst noch vor Ostern.

Wir sagen verbindlich Danke schön und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Vack
- Geschäftsführer -

PS: Beigefügt finden Sie eine Bestelliste über Werbe- und Aufklärungsmaterial, das Sie von uns beziehen können.



ED 304-2555

An die Kampagne für Demokratie und Abrüstung - Ostermarsch
- Zentraler Ausschuß - 605 Offenbach 4, Postfach 648

B e s t e l l u n g

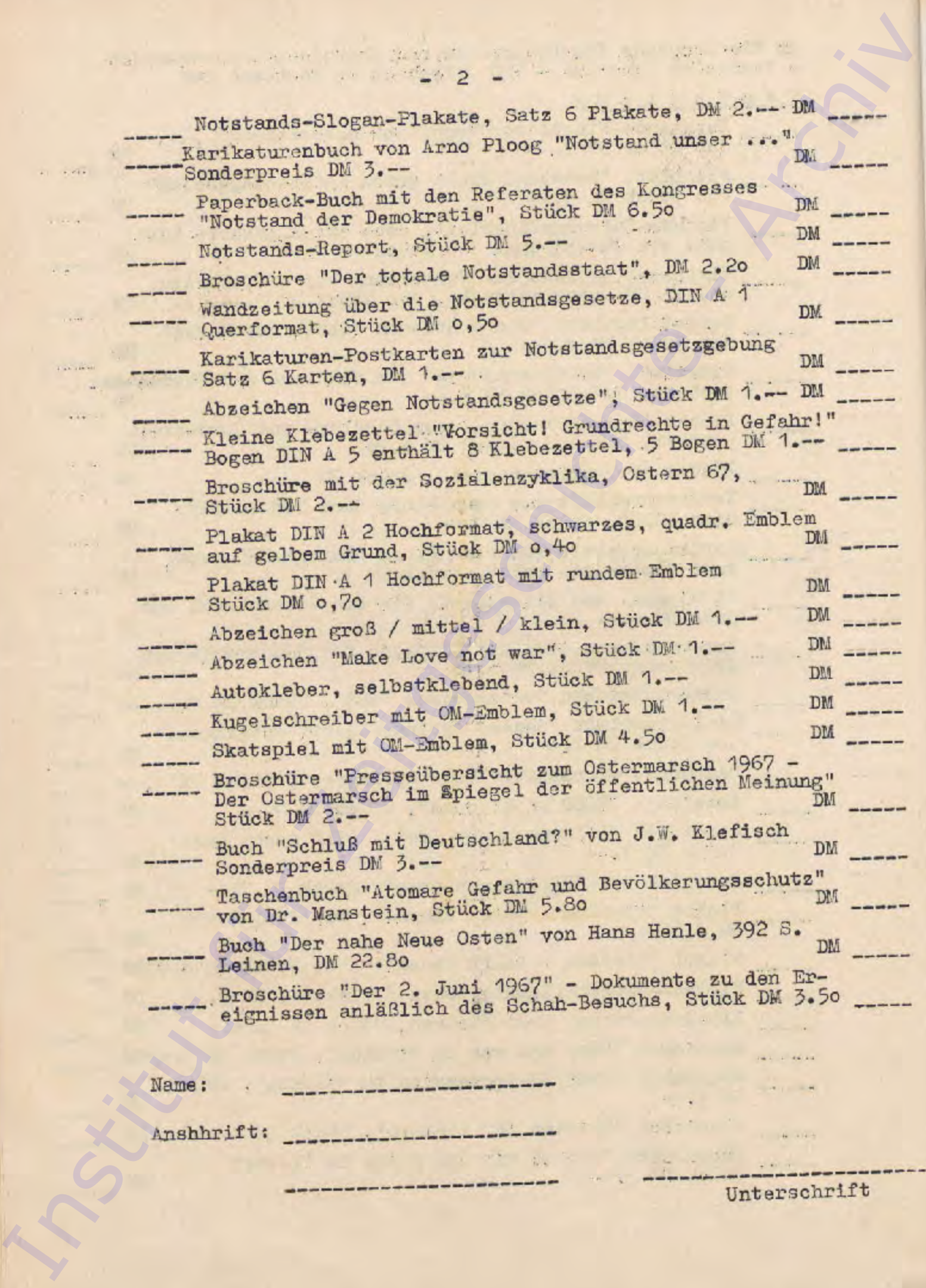
-----	Notstands-Flugblatt "Verpflichtungsbescheid"	DM	-----
-----	100 Stück DM 3.--		
-----	Flugblatt "Notstand droht durch Notstandsgesetze"	DM	-----
-----	100 Stück DM 3.--		
-----	Vietnam-Zeitungsflugblatt, neue aktualisierte Ausgabe mit OM-Werbung, 100 Stück DM 3.--	DM	-----
-----	Vietnam-Flugblatt zur Verteilung vor US-Kasernen und in US-Wohnsiedlungen, 100 Stück DM 2.--	DM	-----
-----	Sozialflugblatt "Die Gentlemen bitten zur Kasse"	DM	-----
-----	100 Stück DM 3.--		
-----	Flugblatt "Bekanntmachung" zum Schüler- und Studentenprotest, 100 Stück DM 3.--	DM	-----
-----	Plakat "Bekanntmachung" zum Schüler- und Studentenprotest, DIN A 2, Stück DM 0,20	DM	-----
-----	Plakat "Terroristenspiel", Stück DM 5.--	DM	-----
-----	Karikaturenheft von Arno Ploog "Sei böse zu Dir: nimm BILD", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Karikaturenheft von Arno Ploog "Zwingt NPD raus, mehr Demokratie rein", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	15 Slogan- und Bildplakate für den Ostermarsch '68	DM	-----
-----	Satz DM 4.--		
-----	Informationen über die Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Stück DM 0,50	DM	-----
-----	Sonderabzeichen "Ostermarsch 1968", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Mini-Flugblatt "Besser Springer jetzt enteignen!"	DM	-----
-----	100 Stück DM 2.--		
-----	Zeitungs-"extrablatt" über Springer, 5 Stück DM 1.--		
-----	Abzeichen "BILD macht dumm", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Abzeichen "Bildung macht frei - BILD macht dumm"	DM	-----
-----	Stück DM 1.--		
-----	Autoplakette "BILD macht dumm", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Plakat "Vietnam - Helft Ihnen!", DIN A 2, Stück	DM	-----
-----	DM 0,40		
-----	Plakat "Vietnam - Helft Ihnen!" A 1, Stück DM 0,70	DM	-----
-----	Vietnam-Slogan-Plakate, Satz 8 Plakate, DM 3.--	DM	-----
-----	IZA-Sonderdruck über Vietnam, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Abzeichen "Stop the war in Vietnam", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Abzeichen "Stop US-Aggression in Vietnam", Stück	DM	-----
-----	DM 1.--		
-----	Abzeichen "Frieden für Vietnam", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Autokleber "Schluß mit dem Krieg in Vietnam"	DM	-----
-----	Stück DM 1.--		

- Notstands-Slogan-Flakate, Satz 6 Plakate, DM 2.-- DM -----
- Karikaturenbuch von Arno Ploog "Notstand unser ...". DM -----
- Sonderpreis DM 3.-- DM -----
- Paperback-Buch mit den Referaten des Kongresses "Notstand der Demokratie", Stück DM 6.50 DM -----
- Notstands-Report, Stück DM 5.-- DM -----
- Broschüre "Der totale Notstandsstaat", DM 2.20 DM -----
- Wandzeitung über die Notstandsgesetze, DIN A 1 Querformat, Stück DM 0,50 DM -----
- Karikaturen-Postkarten zur Notstandsgesetzgebung Satz 6 Karten, DM 1.-- DM -----
- Abzeichen "Gegen Notstandsgesetze", Stück DM 1.-- DM -----
- Kleine Klebezettel "Vorsicht! Grundrechte in Gefahr!" Bogen DIN A 5 enthält 8 Klebezettel, 5 Bogen DM 1.-- DM -----
- Broschüre mit der Sozialenzyklika, Ostern 67, Stück DM 2.-- DM -----
- Plakat DIN A 2 Hochformat, schwarzes, quadr. Emblem auf gelbem Grund, Stück DM 0,40 DM -----
- Plakat DIN A 1 Hochformat mit rundem Emblem Stück DM 0,70 DM -----
- Abzeichen groß / mittel / klein, Stück DM 1.-- DM -----
- Abzeichen "Make Love not war", Stück DM 1.-- DM -----
- Autokleber, selbstklebend, Stück DM 1.-- DM -----
- Kugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.-- DM -----
- Skatspiel mit OM-Emblem, Stück DM 4.50 DM -----
- Broschüre "Presseübersicht zum Ostermarsch 1967 - Der Ostermarsch im Spiegel der öffentlichen Meinung" Stück DM 2.-- DM -----
- Buch "Schluß mit Deutschland?" von J.W. Klefisch Sonderpreis DM 3.-- DM -----
- Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz" von Dr. Manstein, Stück DM 5.80 DM -----
- Buch "Der nahe Neue Osten" von Hans Henle, 392 S. Leinen, DM 22.80 DM -----
- Broschüre "Der 2. Juni 1967" - Dokumente zu den Ereignissen anlässlich des Schah-Besuchs, Stück DM 3.50 DM -----

Name: -----

Anshrift: -----

Unterschrift





DM Pf f. KtoNr. **62 55**

Absender: **20948-25-51**



Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf
KtoNr. **62 55** PSchA Ffm

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf.....DM.....Pf.....
(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

für **Kampagne für Abrüstung
-Ostermarsch
der Atomwaffengegner-
Zentraler Ausschuß
605 Offenbach 4**

Konto Nr.
62 55

Postscheckamt
Frankfurt am Main

Einlieferungsschein

— Bitte sorgfältig aufbewahren —

Deutsche
Mark Pf
(in Ziffern)

für

**Kampagne für Abrüstung
-Ostermarsch
der Atomwaffengegner-
Zentraler Ausschuß**

in

605 Offenbach 4

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Guldschloßpostkasten

DM Pf
für Konto
Nr. **62 55**

PSchA **Frankfurt am Main**
Absenderangabe (mit Postleitzahl)

betrifft

Postvermerk

Eingangs-Nr.

Postvermerk



Für Mitteilungen an den Empfänger

Bedienen Sie sich der Vorteile
eines eigenen Postscheckkontos!

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld
für
postdienstliche
Zwecke

Einlieferungsschein
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte:
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

bis	10 DM	30 PF
»	50 »	40 »
»	100 »	50 »
»	500 »	60 »
»	1000 »	80 »
Über 1000 »			
(unbeschränkt)		1 DM



Auch in der Absenderangabe:
**VERGISS MEIN NICHT:
DIE POSTLEITZAHL**

**Hamburg Bremen Stuttgart
Nürnberg München Frankfurt
Dortmund Hannover Berlin**

sind die Städte, in denen am Ostermontag, 15. April 1968 große Ostermarsch-Kundgebungen stattfinden, und in mehr als 500 Städten und Gemeinden wird die Kampagne für Demokratie und Abrüstung in den nächsten Wochen und während der Ostertage Demonstrationen, Kundgebungen, Diskussionen, Informationsstände, kulturelle Veranstaltungen usw. durchführen. Informationen für die einzelnen Regionen erhalten Sie von:

Kampagne für Demokratie und Abrüstung — Ostermarsch
Regionalausschuß Nord, Uve Merz, 2 Hamburg 33, Ivensweg 17;
Regionalausschuß Bremen, Dettel Dahlke, 28 Bremen 2,
Wilhelm-Wolters-Straße 50a;
Regionalausschuß Niedersachsen, Frieder Schöbel,
33 Braunschweig, Wichernstraße 45;
Regionalausschuß Ostwestfalen/Lippe, Aribert Schmidt,
4806 Werther, Kampstraße 5;
Regionalausschuß Nordrhein-Westfalen, 46 Dortmund,
Humboldtstraße 12
Regionalausschuß Hessen/Rheinland, 605 Offenbach 4,
Postfach 648;
Regionalausschuß Baden/Pfalz/Saar, Dr. Hannelis Schulte,
6904 Ziegelhausen, Sitzbuchweg 14;
Regionalausschuß Württemberg/Bodensee, Alfred Riedel,
7 Stuttgart-W, Werderstraße 65;
Regionalausschuß Bayern-Nord, Horst Klaus, 85 Nürnberg,
Passauer Straße 62;
Regionalausschuß Bayern-Süd, 89 Augsburg, Milchberg 9;
Regionalausschuß Berlin, Klaus-Dieter Heiser, 1 Berlin 41,
Perelsplatz 10.

Kampagne für Demokratie und Abrüstung — Ostermarsch, Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Postdruck, PSA Frankfurt 6265, Giro Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach, Konto Nr. 740 853; Herausgeber, Verleger und verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach; Druck: Grawo-Druck, Offenbach.



Die Gentlemen bitten zur Kasse



**Die Regierung sagt: Es geht wieder aufwärts!
Aber was geht aufwärts?**

Aufwärts geht es mit den Gewinnen der Unternehmer. Allein die Dividenden der Aktienbesitzer stiegen 1967 trotz Krise auf über 3 Milliarden Mark. Das ist mehr als 1965. Und 1965 war schon ein „gutes Jahr“ für die Wirtschaft.

Abwärts ging es dabei mit den Sozialleistungen. Der DGB stellte fest, daß das Jahr 1967 die geringsten Lohn- und Gehaltserhöhungen seit 1948 gebracht habe. Vielfach wurden die Löhne sogar gedrückt. Fast alle Haushalte haben weniger Geld als vor der Krise.

Aufwärts ging es mit der Arbeitslosigkeit. Nach wie vor drohen Kurzarbeit, Entlassungen und Stilllegungen von Betrieben.

Aufwärts geht es mit den Steuern. Wir müssen jetzt 10 Prozent Mehrwertsteuer zahlen. Ab 1. Juni 1968 werden es 11 Prozent sein. Darum werden Mieten, Verkehrstarife, Gas, Wasser, Strom und vieles andere teurer. Dabei zahlten die großen Kapitalgesellschaften 1967 626,5 Millionen DM weniger Körperschaftssteuer als im Vorjahr. Aber den Lohnsteuerpflichtigen wurden 501,7 Millionen mehr abgezogen.

Aufwärts soll es auch weiter mit der sozialen Ungleichheit gehen. Der Jahreswirtschaftsbericht 1968 der Bundesregierung sieht vor,

- Anstieg des Einkommens aus unselbständiger Arbeit um 3,3 Prozent (was durch die Preissteigerungen fast wieder aufgezehrt wird),
- Anstieg des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 12,5 Prozent.

Das nennt die Große Koalition „Soziale Symmetrie“: Die Arbeitnehmer zahlen, die Unternehmer stecken Supergewinne in die Tasche. Und warum das alles? Wozu höhere Steuern?

Bonn braucht unser Geld, weil der Rüstungshaushalt wächst und wächst. 1968 betragen allein die direkten Rüstungskosten 18,7 Milliarden DM. 1969 sollen sie bereits auf 20,1 Milliarden und 1971 sogar auf 22 Milliarden DM steigen. Dies, obwohl die Bundesrepublik von niemand bedroht ist.

Zudem will diese Regierung, genau wie ihre Vorgängerinnen, Notstandsgesetze verabschieden, die sich vor allem gegen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, gegen das Streik- und Versammlungsrecht richten. Die Notstandsgesetze ermöglichen Dienstverpflichtungen unter Unternehmerkommando und den Aufbau bewaffneter Werkselfschutztruppen. Diese demokratiefeindlichen Gesetze werden neue Milliardenbeträge kosten.



1 Starfighter kostet 6 Millionen



1 Leopard-Panzer kostet 1,2 Millionen



1 Rakete kostet 4 Millionen



1 Raketen-Zerstörer kostet 1 Milliarde



das sind 2 moderne Schulen



das sind 10 Klassenzimmer



das sind 30 Einfamilien-Häuser



das ist 1 Trabantenstadt für rund 30 000 Einwohner

ED 719-25-97

MACHT MIT BEIM OSTERMARSCH '68

Ostersamstag: 9.00 Uhr Eröffnungskundgebung auf dem
Römerberg
Informationsstände an 10 bis 20 Stellen
der Stadt

Kleine Revue-Veranstaltungen

Haus- & Straßensammlungen für Vietnam

Abends:

OSTERMARSCH-REVUE mit

Dieter Süverkrüp, Hanns Dieter Hüsch, Al-
bert Mangelsdorff, Tom Paxton, Hanns Ernst
Jäger, Vera Oelschlegel, Soul Caravan,
Hilmar Thate und weiteren.

Ostersonntag: Ostermarsch von Hanau nach Offenbach,
Beginn 10.00 Uhr
Abends in Offenbach:
Podlumsdiskussion über die weitere Strategie
der Außerparlamentarischen Opposition

Ostermontag: Ostermarsch von Offenbach nach Frankfurt
Ostermarsch von Höchst nach Frankfurt

Nachmittag, 15.00 Uhr

Abschlußkundgebung auf dem Römerberg

Verantwortlich und Informationen: Kampagne für Demokratie
und Abrüstung – Ostermarsch, Regionalausschuß Hessen/
Rheinland, 605 Offenbach 4, Postfach 648

50744-25 59



kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch

DM 20.- OM-Anmeldung
+ 4.- Material
Polko 21
21/022
7.4.

Geschäftsführer: Rudi Schindler, 605 Offenbach/Main 4, Merianstr. 13, Postfach 648

Regionaler Ausschuss
Hessen / Rheinland
Telefon (08 11) 88 60 51/52
Postscheckkonto
Frankfurt/Main 57648
Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 740294

28.3.68

wichtig - noch 12 tage bis osteren - wichtig - vorletztes rundschreiben

Liebe Freunde,

wie schon bemerkt, noch 12 Tage bis Ostern!
Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung hat in letzter Zeit ihre
Aktivitäten erheblich verstärkt. Es haben vor Ostern zahlreiche
Kundgebungen und Demonstrationen stattgefunden.
Durch die verschärfte Situation in der Bundesrepublik ist die
ausserparlamentarische Opposition weiter gewachsen. Es gilt jetzt,
dieses Anwachsen sichtbar zu machen. Der Ostermarsch muss die
grösste Demonstration der ausserparlamentarischen Opposition
werden. Deshalb: beteiligen Sie sich an den Aktionen der Kampagne
zu Ostern '68, machen Sie mit beim Ostermarsch!

Das genaue Programm für den Ostermarsch in Hessen finden Sie auf
dem beigefügten Flugblatt.

AKTIONSTAG IN FRANKFURT

Besonders hinweisen möchten wir noch einmal auf den Aktionstag in
Frankfurt am Ostersonntag.
Um 9 Uhr findet eine Eröffnungsbesprechung auf dem Römerberg in
Frankfurt statt. Hier wird auch ein Informationszentrum errichtet.
Von 10 - 14 Uhr werden an folgenden Plätzen Frankfurts Informations-
stände aufgebaut:
1. Konstablerwache, 2. Opernplatz, 3. Hauptbahnhof, 4. Zoo, 5. Am
Uhrtürmchen (Bornheim), 6. Am Lokalbahnhof (Sachsenhausen),
7. Leipzigerstr./Ecke Kurfürstenstr. (Bockenheim), 8. Dahlberg-
platz/ Ecke Königsteiner Str. (Ffm.-Höchst), 9. Radilostrasse/
Ecke Lorschstrasse (Rödelheim), 10. Galluswarte.
Bei den Informationsständen werden Flugblätter verteilt, es finden
kleinere Revuen, Publikumsbefragungen, DIA-Vorführungen usw. statt.
Wir brauchen bei diesen Ständen recht viele Helfer, übriges
natürlich auch für den ganzen Aktionstag.

Kuratorium: Wolfgang Abendroth, Frank Alloua, Ernst Bloch, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Fallert, Oastp K.
Flechthelm, Christian Galseler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Erich
Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller,
Katherina Peterson, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich
Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

VERKEHRSRUHE FÜR VIETNAM

Wie Sie wissen, soll am Ostersonntag in den Großstädten der Bundesrepublik eine Verkehrsruhe von 5 Minuten für Vietnam stattfinden. Von 12 - 12o5 Uhr. In Briefen an die SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneten hat die Kampagne für Demokratie und Abrüstung diese Parlamentarier - die gemeinsam über eine Stimmenmehrheit gegenüber der CDU/CSU verfügen - aus Anlass der angekündigten Bundestagsdebatte über Vietnam aufgefordert, als Demonstration gegen den Krieg der USA in Vietnam für Karfreitag die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik zu fünf Minuten Verkehrs- und Arbeiterruhe aufzurufen. Bei unseren diversen Aktionen am Ostersonntag werden wir versuchen, diese Verkehrsruhe durchzuführen.

ATTRAKTION: FLOHMARKT

Am Ostersonntag findet hinter der Katharinenkirche von 10 - 14 Uhr ein sogenannter "Flohmarkt" statt. Der Erlös des Flohmarktes wird der Hilfsaktion Vietnam überwiesen. Es werden z.B. verkauft: Bücher, Schallplatten, Spielsachen, Graphiken, kunstgewerbliche Gegenstände, Bilder, Vasen, Lampen, Schmuck, Nippes, Kleinstmöbel, Sportartikel, Musikinstrumente, Kleidungsstücke, Schuhe ect. Falls Sie für den Flohmarkt Gegenstände zur Verfügung stellen können, senden Sie diese bitte an: Inge Druschal, p.A. Weltkreis-Verlag, 6 Ffm., Robert-Mayer Str. 50.

WERBEMATERIAL

Für die Werbung zum Ostermarsch bieten wir Ihnen folgendes Material an: 1. Flugblatt "Die Gentleman bitten zur Kasse" (ist dem Rundschreiben beigelegt). 2. "Warnung vor dem Ostermarsch" in diesem Flugblatt sind die letzten Einzelheiten über den diesjährigen Ostermarsch in Hessen enthalten. 3. Extrablatt Vietnam. Auf der ersten und letzten Seite wird für den Ostermarsch in Hessen geworben, die beiden mittleren Seiten stehen unter dem Motto Vietnam. Auch die beiliegenden Briefaufkleber können von unserer Geschäftsstelle bezogen werden. All dieses Material eignet sich ausgezeichnet zur Werbung für den Ostermarsch. Helfen Sie mit den Ostermarsch bekannt zu machen, verbreiten Sie unsere Flugblätter! Bestellungen, wie gesagt, bei der Geschäftsstelle.

Noch eine Bitte: Melden Sie sich jetzt zum Ostermarsch an. Sie ersparen uns damit sehr viel Arbeit.

Offenbach, den 28.3.1968

Mit freundlichen Grüßen

H.G. Lang

Rudi Schindler

Sigi Wenzel

Inge Druschal

Ostermarsch '68 Großkundgebung



Ostermontag, 15. 4. 1968
15.00 Uhr, Frankfurt, Römerberg

ED 718-25-60

5

Minuten
Verkehrsruhe
für Vietnam
am Karsamstag,
13. April 1968,
12 Uhr

Aufgabenbeispiel



Das Postschickchen endet diesen Abschnitt dem Empfänger

DM Pfg. für Konto Nr. **576 48**
Absender:

Zum Ankleben
der Freimarke
durch den
Absender
(Gebührensätze
umseltig)

Zahlkarte

DM Pfg.
für Konto
Nr. **576 48**

auf DM Pfg. wörtlich
D- Mark | Pfg. wie oben

PSchA Ffm.
Eingezahlt am
Absender
(Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebäudeteil, Stockwerk):

für
Kampagne für Demokratie
und Abrüstung
RA Hessen / Rheinland
Konto-Nr. **576 48**
Postscheckamt
Ffm.
in **605 Offenbach**

Betrifft:

Postvermerk
Nr.
Eingetragen durch:
am

EO 745-25-6A

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez. PSchA
auf Konto-Nr. **576 78** Ffm.

Einlieferungsschein
— sorgfältig aufbewahren —

(in Ziffern) D-Mark Pfg.

für
Kampagne für Demokratie
und Abrüstung
RA Hessen / Rheinland

in **605 Offenbach**

Postvermerk
Eingangs-Nr.
Einlieferungsnummer
Postannahme





Einlieferungsschein

(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Die Gebühr für die Zahlkarte
wird bei der Einlieferung bar
erhoben

Bedienen Sie sich der Vorteile
eines eigenen Postscheckkontos!

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld
für
postdienstliche
Zwecke

Für Mitteilungen an den Empfänger

Institut für Zeitgeschichte-Archiv

An die Kampagne für Demokratie und Abrüstung - Ostermarsch -
Regionaler Ausschuss Hessen-Rheinland - 605 Offenbach, Postfach 6

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Be-
zahlung nach Erhalt folgendes Material:

- Klebezettel "5Minuten Verkehrsruhe", 1000 Stck. DM -----
DM 3.50
- Klebezettel für die Abschlusskundgebung auf dem
Römerberg, 1000 Stck. DM 3.50 DM -----
- Flugblätter für junge Leute zur Werbung für den
Ostermarsch, 1000 Stck. 30,-- DM DM -----
- Aktuelles Flugblatt zur Werbung für den Hessischen
Ostermarsch, 1000 Stck, DM 15,-- DM -----
- Vietnam-Zeitungsflugblatt, neue aktualisierte Aus-
gabe mit OM Werbung, 1000 Stck. DM 25,-- DM -----
- Vietnam-Flugblatt zur Verteilung vor Kasernen und
in US-Wohnsiedlungen, 1000 Stck DM 15,-- -----
- Notstandsflugblatt "Verpflichtungsbescheid",
1000 Stck. DM 25,-- DM -----
- Flugblatt "Bekanntmachung" zum Schüler- und Stu-
dentenprotest, 1000 Stck. DM 20,-- DM -----
- Plakat "Bekanntmachung" zum Schüler- und Studenten-
protest, Stck. DM 0.05 DM -----
- 15 Slogans und Bildplakate für den Ostermarsch '68
Satz DM 4,-- DM -----
- Informationen über die Kampagne für Demokratie und
Abrüstung, Stck. DM 0.50 DM -----
- Mini-Flugblatt "Besser Springer jetzt enteignen!"
1000 Stck. DM 10,-- DM -----
- "extrablatt" über Springer, 100 Stck. DM 10,-- DM -----
- Abzeichen BILD macht dumm, 1 Stck. DM 1,-- DM -----
- Abzeichen: Bildung macht frei - BILD macht dumm
1 Stck. DM 1,-- DM -----
- Autoplakette: BILD macht dumm, Stck. 1,-- DM DM -----
- Plakat "Vietnam - Helft Ihnen", DIN A 2, Stck.
DM 0.40 DM -----
- Plakat "Vietnam - Helft Ihnen", DIN A 1, Stck.
DM 0.70 DM -----
- Vietnam Informationsausstellung, DM 25,-- DM -----
- Vietnam Slogans, Satz 8 Plakate, DM 3,-- DM -----
- Außerparlamentarische Opposition, Sonderdruck über
Vietnam, 100 Stck. DM 35,-- DM -----
- Abzeichen Stop the war in Vietnam, Stck. DM 1,--DM -----
- Abzeichen Stop US-Aggression in Vietnam,
Stck. DM 1,-- DM -----

- Abzeichen: Frieden für Vietnam, Stck. DM 1,-- DM -----
- Autokleber: Schluss mit dem Krieg in Vietnam,
Format 30 x 10 cm, Stck. DM 1,-- DM -----
- Flugblatt "Notstand droht durch Notstandsgesetze
1000 Stck. DM 15,-- DM -----
- Notstands-Slogans, Satz 6 Plakate DM 2,-- DM -----
- Notstands-Informationsausstellung DM 25,-- DM -----
- Karikaturenbuch von Arno Ploog "Notstand unser.."
Stck. DM 3,-- DM -----
- Paperback-Buch mit den Referaten des Kongresses
NOTSTAND DER DEMOKRATIE, Stck. DM 6.50 DM -----
- Notstands-Report, Stck. DM 5,-- DM -----
- Broschüre "Der totale Notstandsstaat", Sonderpreis
DM 2.20. DM -----
- Wandzeitung über die Notstandsgesetze, DIN A 1.
Querformat, Stck. o.60 DM DM -----
- Karikaturen Postkarten zur Notstandsgesetzgebung
Satz 6 Karten DM 1,-- DM -----
- Abzeichen: Gegen Notstandsgesetze, Stck. DM 1,-- DM -----
- Kleine Klebezettel "Vorsicht Grundrechte in Gefahr
Bogen DIN A 4 enthält 8 Klebezettel, 5 Bogen 1,-- DM -----
- Plakat DIN A 2 Hochformat, schwarzes quadr. Emblem
auf gelbem Grund, Stck. DM 0.40 DM -----
- Plakat DIN A 1 Hochformat mit rundem OM Emblem
Stck. DM 0.70 DM -----
- OM Abzeichen Gross/ Mittel/ Klein Stck. 1,-- DM -----
- Abzeichen: Make love not war, Stck. DM 1,-- DM -----
- Autokleber OM Emblem, Stck. DM 1,-- DM -----
- Kugelschreiber mit OM Emblem Stck. DM 1,-- DM -----
- Skatspiel mit OM Emblem, Stck. DM 4.50 DM -----

Name: -----

Anschrift: -----

(unterschrift)

Hannes Stütz
Dietrich Kittner
Käthe Reichel
Reiner Rowald
Dieter Süverkrupp

Hanns Dieter Hüsch
Perry Friedmann
Const. Papanastasiu
Manolo Lohnes
Free-Group

**PROTEST
CHANSON
SOUL
TEXTE**



16. 3. 68

21. März 1968
20 Uhr

Stadhalle Offenbach,
Waldstraße 312

Karten
zu DM 3,- und DM 1,50

Vorverkaufsstellen:
Ostermarsch-Geschäftsstelle
Buchrainweg 161, Tel.: 88 60 51
Elfriede Wirbelauer
Senefelderstr. 163
Margot Neubauer,
Langen, Magdeburger Str. 3
Reinhard Schmid,
6052 Mühlheim/M.,
Lämmerspieler Weg 101B

An den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse

Veranstalter:
Kampagne für Demokratie
und Abrüstung
Örtlicher Ausschuß Offenbach

Verantwortlich: Manfred Geiss,
605 Offenbach, Buchrainweg 161
Druck: Alfred W. Dunker, 6 Frankfurt

An den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse
Veranstalter:
Kampagne für Demokratie
und Abrüstung
Örtlicher Ausschuß Offenbach
Verantwortlich: Manfred Geiss,
605 Offenbach, Buchrainweg 161
Druck: Alfred W. Dunker, 6 Frankfurt

Vorverkaufsstellen:
Ostermarsch-Geschäftsstelle
Buchrainweg 161, Tel.: 88 60 51
Elfriede Wirbelauer
Senefelderstr. 163
Margot Neubauer,
Langen, Magdeburger Str. 3
Reinhard Schmid,
6052 Mühlheim/M.,
Lämmerspieler Weg 101B

Karten
zu DM 3,- und DM 1,50

Stadhalle Offenbach,
Waldstraße 312

20 Uhr

21. März 1968



**PROTEST
CHANSON
SOUL
TEXTE**

Hanns Dieter Hüsch
Perry Friedmann
Const. Papanastasiu
Manolo Lohnes
Free-Group

Hannes Stütz
Dietrich Kittner
Käthe Reichel
Reiner Rowald
Dieter Süverkrupp

Kampagne für Demokratie
und Abrüstung - Ostermarsch
- Örtlicher Ausschuß Offenbach -

605 Offenbach, 8. März 1968
Merianstr. 67

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Am 21. März 1968, 20 Uhr hat unser Örtlicher Ausschuß Offenbach der Kampagne in der Stadthalle Offenbach eine Veranstaltung "Protest - Chanson - Soul - Texte". Sie finden beigelegt ein Prospekt über diese Veranstaltung, und wir glauben, daß es uns wirklich gelungen ist, gute und gleichermaßen politisch engagierte Künstler für diese Veranstaltung zu gewinnen. Wir haben auch sehr soziale Preise und zwar DM 1.50 für die Tribüne und DM 3.-- für das Parkett.

Die Stadthalle faßt immerhin über 1500 Personen und es wird kein Leichtes sein, diese Halle einigermaßen voll zu bekommen. Deshalb hoffen wir auch auf Unterstützung aus den benachbarten Städten und Gemeinden, zumal es sich sicher für jeden lohnen wird, diese Veranstaltung zu besuchen. Vielleicht können Sie sogar noch einige Freunde und Bekannte mitbringen. Der Weg zur Stadthalle, die zentral gelegen ist, ist von fast allen Einfahrten nach Offenbach durch Hinweisschilder gekennzeichnet; wer von Frankfurt mit der Straßenbahn kommt benutzt die Linie 16, steigt am Offenbacher Marktplatz in den Bus Nr. 1 um, der direkt zur Stadthalle fährt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Vack

Kampagne für Demokratie
und Abrüstung - Ostermarsch
605 Offenbach, Merianstr. 67
Telefon 0611 - 886051/52

Für die Veranstaltung "Protest - Chanson - Soul - Texte" am
21. März 1968 in der Stadthalle bestelle ich

----- Karten a DM 3.--
(Parkett)

----- Karten a DM 1.50
(Tribüne)

Name: -----

Anschrift: -----

Unterschrift

Die Karten können nur ausgeliefert werden, wenn der Gegenwert in Briefmarken oder in Bargeld beigelegt ist.

ED 748-25-65

kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch



Geschäftsführer: Rudi Schindler, 605 Offenbach/Main 4, Merianstr. 13, Postfach 648

Regionaler Ausschuß
Hessen / Rheinland

Telefon (06 11) 88 60 61/62

Postcheckkonto
Frankfurt/Main 57648

Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 740294

EINIGE WICHTIGE MITTEILUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

7.3.68

Die Kundgebung gegen den Krieg in Vietnam am 29.2.68 (mit ca. 6.000 bis 8.000 Teilnehmern), die Demonstration nach Bornheim und die anschließende Protestaktion gegen die Verhaftung von Rudi Dutschke zeigte eindeutig das Anwachsen der ausserparlamentarischen Opposition. Wir glauben, dass diese Aktionen ein guter Auftakt für den OM 68 waren.

Es sind nun noch 6 Wochen bis Ostern. Jetzt gilt es, durch weitere Aktionen, aber insbesondere auch durch individuelle und private Gespräche neue "Mitstreiter" für Ostern zu gewinnen. Die Ostermarsch-Schlußkundgebung am Ostermontag, 15 Uhr auf dem Römerberg muß zur größten Demonstration in Frankfurt seit Jahren werden.

Im einzelnen haben wir heute folgendes mitzuteilen:

1. Wir sind mit unseren Finanzen ziemlich am Ende. Für die Vietnamaktion hatten wir über DM 12.000.-- Ausgaben und bis jetzt DM 6.000.-- Einnahmen. Dazu kommen Ausgaben für die weiteren Aktionen, für Flugblätter, Annoncen ect. Wir legen Ihnen drei Spendenschecks über insgesamt DM 10.-- bei mit der Bitte, diese Schecks recht bald weiterzuverkaufen und uns das Geld zu überweisen. Zahlkarte liegt bei; unser Girokonto 740 294 bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach; bitte vermerken Sie auf dem Empfängerabschnitt: Spenden.
2. Wer sich jetzt schon entschliessen kann am Ostermarsch teilzunehmen, sollte sich mit beiliegender Postkarte jetzt anmelden. Eine rechtzeitige Anmeldung vereinfacht die leider notwendigen und nicht ganz unerheblichen organisatorischen Vorbereitungen.
3. Wir fügen eine Einladung für eine offene Diskussion über den Ostermarsch 68 bei. Zu dieser Diskussion, die bereits am kommenden Dienstag, 12. März 1968 stattfindet, erwarten wir eine gute Beteiligung, denn wir brauchen jetzt mehr denn je die gemeinsame Diskussion über unsere Aktionsformen und mehr denn je die Unterstützung bei der praktischen organisatorischen Vorbereitung.

Kuratorium: Wolfgang Abendroth, Frank Alloun, Ernst Bloch, Hewig Born, Margherita v. Brantano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geiseler, Helmut Gojwitzer, Werner G. Haverback, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Mäler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katherine Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröder, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

4. Aus Anlass des SPD-Parteitages in Nürnberg wird vom örtlichen Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE eine Kundgebung veranstaltet unter dem Motto "Notstandsstaat oder soziale Demokratie"
Die Kundgebung findet am 17. März 1968 um 14.30 Uhr auf dem Platz der Opfer des Faschismus, gegenüber der Meistersingerhalle, in Nürnberg statt.
Voraussichtlich werden das Hauptvorstandsmitglied der IG-Metall Georg Benz, Prof. Dr. Helmut Ridder sowie ein Sprecher aus der Studentenschaft reden. Von Frankfurt, Offenbach und Darmstadt fahren Busse zu dieser Veranstaltung. Die Teilnehmergebühren betragen DM 5,-- und für Hausfrauen, Schüler, Studenten, Lehrlinge, Arbeitslose etc. DM 3,--.
Vorherige Anmeldung auf dem beigefügten Vordruck ist erforderlich, damit wir genügend Busplätze organisieren können. Um Gelegenheit zu haben, in Nürnberg vor der Kundgebung noch ein bißchen zu bummeln, fahren die Busse in Frankfurt bereits um 8 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus und in Offenbach um 8.30 Uhr am Wilhelmsplatz, Ecke Bleichstr. ab. Für den Bus für Darmstadt liegt die Abfahrtszeit noch nicht fest. Alle Interessenten melden sich bitte bei Heinz Günther Lang im Darmstädter Gewerkschaftshaus (IG Chemie), Tel. 70063 oder priv. 67797.
Wir werden am Tag der Kundgebung gegen 21 Uhr aus Nürnberg zurück sein.
5. Am Samstag den 16. März 68 von 10 bis 14 Uhr werden wir einen Informationsstand gegen die Notstandsgesetze in Frankfurt
Hinter der Katharinenkirche errichten.
Wer Zeit hat, sollte zum Flugblattverteilen, diskutieren usw. kommen.
6. Für Samstag, 30. März 1968 ist ein allgemeiner Aktionstag der Kampagne "Gegen den Krieg der USA in Vietnam" vorgesehen. Hier ist an Demonstrationen und legale Aktionen vor allem vor Gebäuden der US-Armee und in US-Wohnvierteln usw. gedacht. Vorbild dieser Aktionen soll das Vorgehen der amerikanischen Opposition gegen den Vietnam-Krieg sein, die mit Schildern und Transparenten vor die Kasernen ziehen und Flugblätter verteilen. Ein Flugblatt in englisch und deutsch wird hierzu zur Verfügung stehen. Daneben sind natürlich auch Informationsstände, Foren, Demonstrationen in den Innenstädten und Flugblattverteilungen nützlich. (Bei dieser Gelegenheit soll nicht unerwähnt bleiben, dass jetzt auch in Kassel eine Kundgebung gegen den Vietnam-Krieg mit mehr als 1.000 Personen stattfand. Also auch in anderen Städten wie Frankfurt besteht durchaus die Chance, grössere demonstrative Veranstaltungen zustande zu bringen).
Weitere Informationen zu diesem Aktionstag erhalten Sie zu einem späteren Zeitpunkt. Wer jetzt schon aktiv in die Vorbereitungen mit eingreifen möchte, setze sich bitte mit den örtlichen Ausschüssen in Verbindung.

Mit freundlichen Grüßen

Kampagne für Demokratie und Abrüstung - Ostermarsch -
Regionalausschuss Hessen/ Rheinland

Offenbach, den 6.3.1968

gez. H.G. Lang - R. Schindler - I. Druschel - S. Wenzel

ED 748-25-66

An die
Kampagne für Demokratie
und Abrüstung
605 Offenbach
Merianstr. 67, Postfach 648
Tel.: 0611/ 88 60 51/ 52

nder

Heinz Günther Lang
61 Darmstadt
Landskronstr. 29
Tel.: 061 51 - 7 00 53

Ich nehme an der Busfahrt zur Kundgebung "Notstandsstaat oder soziale Demokratie" am 17. März 68 in Nürnberg teil.

Ich fahre mit dem Bus von (Abfahrten von Frankfurt, Offenbach und Darmstadt).

Die Teilnehmergebühr bitte nicht vorher überweisen sondern erst am Bus zahlen.

Name: Telefon:
Adresse:

.....
(Unterschrift)

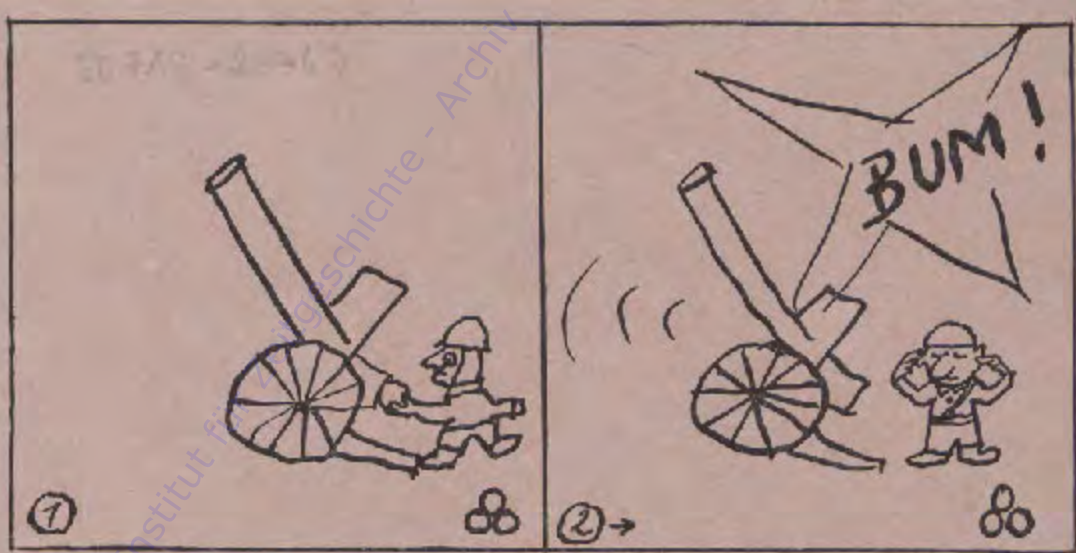
Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Spendenscheck

2

DM ZWEI

zur Unterstützung der
Kampagne für Abrüstung



3



4



5



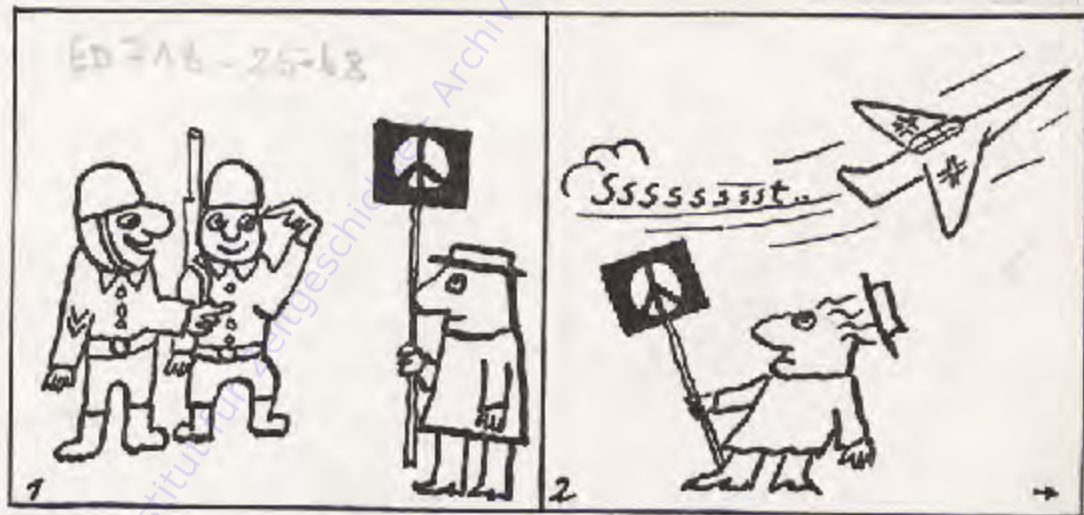
Zugzeit

Spendenscheck

3

DM DREI

zur Unterstützung der
Kampagne für Abrüstung





Spendenscheck

5

DM FÜNF

zur Unterstützung der
Kampagne für Abrüstung



Ziegel



②

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung, bei sofortiger Zahlung, folgendes Aufklärungsmaterial gegen die Notstandsgesetze:

- Karikaturen-Buch von Arno Ploog „Notstand unser ...“ **Sonderpreis** Stück DM 3.—
- Paperback-Buch mit Referaten des Kongresses NOTSTAND DER DEMOKRATIE, Stück DM 6.50
- Broschüre „Der totale Notstandsstaat“, Sonderpreis DM 2.20
- Notstands-Report, Stück DM 5.—
- Flugblatt „Notstand dreht durch Notstandsgesetze“, 100 Stück DM 5.—
- Wandzeitung über die Notstandsgesetze, DIN A 1 Querformat, Stück DM 0.50
- Kleine Klebezettel: „Vorsicht! Grundrechte in Gefahr“, Bogen DIN A 4 enthält 8 Klebezettel, 5 Bogen DM 1.—
- Autokleber „Ich bin gegen die Notstandsgesetze“, Format 30 x 10 cm, Stück DM 1.—
- Abzeichen „Gegen Notstandsgesetze“, Stück DM 1.—
- Informationssendung über die Kampagne und den Ostermarsch '88, DM 3.—

Porto
— 20

An die

Kampagne für Demokratie
und Abrüstung — Ostermarsch
Regionalausschuß Hessen/Rheinland

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ostersonntag: Großer Aktionstag in Frankfurt
Samstagsabend: Ostermarsch-Revue in der Kongreßhalle
Ostersonntag: Marsch von Hanau nach Offenbach
Ostermontag: Märtsche von Offenbach und von Frankfurt-Höchst zum Römerberg
Sonntag, 15 Uhr: Schlusskundgebung auf dem Römerberg

Verantwortlich und Informationen: Kampagne für Demokratie
und Abrüstung — Ostermarsch, Regionalausschuß Hessen/
Rheinland, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

ED 7 18 - 25 + 70

Name:

Adresse:

Macht mit beim Ostermarsch '68

- Für sozialen Fortschritt — gegen den Rüstungsstaat
- Für Demokratie — gegen Notstandsgesetze
- Für Sicherheit in Europa — für Abrüstung in allen Ländern
- Gegen den Krieg der USA in Vietnam — gegen Völkermord

Ich nehme teil am Ostermarsch '68. Die Teilnehmergebühr von DM 20,— wird auf Anforderung überwiesen.

Samstag

Sonntag

Montag

Ich kann lediglich am Ostermontag teilnehmen und überweise DM
Teilnehmergebühr.

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____

Alter: _____

Tel.: _____

Anschrift: _____

Bitte gut leserlich schreiben!

Wenn Sie sich noch nicht zur Teilnahme entschließen können, weil noch Information fehlt, dann bestellen Sie eine Informationssendung (Bestellung umsonst)!

Aufgabestempel



Dieser Postwertbrief wird durch diesen Aufschnitt dem Empfänger

Absender: **DM** Pfg. für Konto Nr. **576 48**

60 748 - 25 - 71

Zum Aufkleben der Trainmarke durch den Absender (Gebührensätze einseitig)

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez. auf Konto-Nr. **PSchA 576 48 Ffm.**

Zahlkarte

DM Pfg. für Konto

Nr. **576 48**

PSchA Ffm.

Eingezahlt am

Absender
(Name, Wohnort, Straße, Haus-Nr., Gebäudeteil, Stockwerk)

auf **DM** Pfg., wörtlich

für
**Kampagne für Abrüstung
RA Hessen / Rheinland**

in **605 Offenbach**

D-Mark | **Pfg. wie oben**

Konto - Nr. **576 48**

Postscheckamt **Ffm.**

Einlieferungsschein

— sorgfältig aufbewahren —

D-Mark Pfg.
(in Ziffern)

für
**Kampagne für Abrüstung
RA Hessen / Rheinland**

in **605 Offenbach**

Betrifft:

Postvermerk

Nr. _____

Eingetragen durch:

Eingangs-Nr.

am _____

Postvermerk

Einlieferungsnummer

Postannahme



Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Einlieferungsschein

(nicht zu Mittellungen an den Empfänger benutzen!)

Die Gebühr für die Zahlkarte
wird bei der Einlieferung bar
erhoben

Bedienen Sie sich der Vorteile
eines eigenen Postscheckkontos!

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld
für
postdienstliche
Zwecke

Für Mitteilungen an den Empfänger

Institut für Zeitgeschichte

Kampagne für Demokratie und Abrüstung



Aufruf zum Ostermarsch '68

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung wird Ostern 1968 demonstrieren

- Für sozialen Fortschritt — gegen den Rüstungsstaat
- Für Demokratie — gegen Notstandsgesetze
- Für Sicherheit in Europa — für Abrüstung in allen Ländern
- Gegen den Krieg der USA in Vietnam — gegen Völkermord

Weltbilanz: Jährlich 600 Milliarden DM Rüstungskosten — 40 Millionen Hungertote. Und weiter steigert sich das Tempo des gigantischen Rüstungswettlaufs. Schon arbeiten die USA und die Sowjetunion an Weltraumwaffen, und der Aufbau von Anti-Raketensystemen durch beide Großmächte treibt die riesigen Rüstungsausgaben weiter in die Höhe. Der Krieg in Vietnam fordert stündlich neue Todesopfer, jeder Schritt der militärischen Eskalation rückt die Gefahr eines Weltkrieges näher. Der Nahost-Konflikt besteht noch immer in voller Schärfe, dennoch werden wieder Waffen in das Spannungsgebiet geliefert. Eine das Lebensrecht der arabischen Staaten und des israelischen Volkes sichernde Friedensregelung ist bisher noch nicht gefunden. In Griechenland hat sich eine faschistische Militärdiktatur gebildet. An der europäischen Nahtstelle zwischen Ost und West ist noch immer keine dauerhafte Friedensregelung gefunden. Die friedliche Zukunft der Menschheit ist weniger gesichert denn je.

Wer den Krieg aus der Welt schaffen will, wer einer Welt ohne Hunger und Unterdrückung, einer Welt der Gleichberechtigung und der Lebensmöglichkeiten für alle Völker näherkommen will, der muß, zuerst im eigenen Lande, alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse angreifen, die Krieg und Rüstungswettlauf verursachen. Dies ist die vordringliche Forderung des Ostermarsches '68.

Seit einem Jahr regiert in der Bundesrepublik die Große Koalition. Diese Regierung kündigte eine Politik der Entspannung und Verständigung an. Was wurde hiervon verwirklicht? Die Regierung der Bundesrepublik tritt weiterhin für eine Stärkung der NATO ein und zementiert damit die Spaltung Europas in feindliche Militärblöcke. Sie hat den von führenden Politikern aus West und Ost vorgetragenen Plan einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz nicht aufgegriffen, nachdem an die Stelle der Militärblöcke ein Sicherheitssystem treten soll, das alle europäischen Staaten umfaßt. Die Bundesregierung hält immer noch den Alleinvertretungsanspruch aufrecht und lehnt die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze ab. Damit beharrt sie auf einer Politik der ständigen Existenzbedrohung gegenüber der DDR und Polen. Die Bundesregierung arbeitet daran, den Staat zum Instrument einer militärischen Machtpolitik zu machen. Dabei setzt sie sich über die wirtschaftlichen und sozialen Gesamtinteressen unseres Volkes hinweg. Die öffentliche Verschuldung in der Bundesrepublik wird immer größer, die steuerlichen Belastungen des Bürgers werden immer drückender. Die Preise steigen weiter, die Arbeitnehmer leben in zunehmender sozialer Unsicherheit. Im Staatshaushalt fehlen mehr und mehr die Mittel, um dringende zivile Aufgaben zu bewältigen. Trotzdem werden die Rüstungsausgaben erhöht! Allein schon durch den Verzicht auf Trägersysteme für Atomwaffen und durch eine radikale Senkung der Rüstungskosten würden Milliardenbeträge frei werden. Tatsächlich aber geraten Forschung und technische Entwicklung in den Sog der Rüstungspolitik, und rüstungswirtschaftliche Interessen bewirken weitere Ausdehnung der Rüstungsproduktion.

Zugleich werden die im Grundgesetz verbrieften demokratischen Bürgerrechte immer mehr ausgehöhlt. Unter der großen Koalition wird immer deutlicher, daß das Parlament seiner Rolle als Volksvertretung nicht mehr gerecht wird. Unter Berufung auf die Existenz der NPD, der die fal-

Fortsetzung nächste Seite

Bitte deutlich schreiben!

An die Kampagne für Demokratie und Abrüstung
605 Offenbach 4, Postfach 648

Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch '68:

Name

Tel.:

Beruf, Titel, Funktion o. Ä.:

Postleitzahl:

Ort:

Straße:

Datum:

Unterschrift:

Ich erbitte weitere Exemplare des „Aufruf zum Ostermarsch '68“ (20 Stück DM 1,50, 50 Stück DM 3,50); den Gegenwert lege ich in Briefmarken bei.

Ich erbitte Informationssendungen mit Material über die Kampagne (Unkosten für eine Informationssendung DM 3,-); den Gegenwert lege ich in Briefmarken bei.

Wenn Sie aktiv am Ostermarsch teilnehmen bzw. an den Vorbereitungen mitwirken wollen und deshalb unsere örtliche bzw. regionale Adresse wünschen, hier bitte ankreuzen

Bitte auch die Rückseite lesen

sche Politik der herrschenden Parteien den Boden bereitet, wollen die Apparate der beiden großen Parteien ihre Herrschaft durch die Manipulation des Wahlrechts verewigen und damit demokratische Alternativen endgültig aus dem parlamentarischen System ausschließen. Weitere Notstandsgesetze sollen den Übergang zum autoritären Staat gesetzlich verankern. Diffamierung der Opposition, Polizeistaatspraktiken, Meinungssteuerungen, insbesondere durch den herrschenden Pressekonzern, dessen führende Journalisten schon längst eine Politik „rechts vom Grundgesetz“ vertreten, und die Neuformierung rechteradikaler Bewegungen, – das alles zeigt, wie weit die Umwandlung unserer im Grundgesetz gemelten Demokratie zum autoritären, for-
mierten Rüstungsstaat bereits vorangeschritten ist.

Es paßt zu diesem Bild, daß die Bundesregierung gute Beziehungen zur griechischen Militärdiktatur und zu anderen Regimes dieses Typs pflegt. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten bejaht es die Bundesregierung vorbehaltlos, daß in Vietnam der mächtigste Militärapparat der Welt mit rücksichtsloser Grausamkeit gegen ein kleines Volk eingesetzt wird, das für seine nationale Unabhängigkeit und seinen sozialen Fortschritt kämpft. Sie unterstützt einen Krieg, mit dem die Regierung der USA einen Modellfall der Unterdrückung rechtmäßiger Unabhängigkeitsbewegungen vorerzählt und der durch Ausweitung der Kämpfe auf andere Länder die Völker mit einem dritten Weltkrieg bedroht.

In der Bundesrepublik wächst das Unbehagen über diese Politik. Opposition entzündet sich an der Verschärfung der sozialen Konflikte, am Abbau von Sozialleistungen, an Preissteigerungen und an der Krise im Ruhrgebiet. Opposition entwickelt sich aus der Kritik an der unzureichenden Bildungspolitik, an autoritären Zuständen und reaktionären Strömungen an Schulen und Hochschulen. Opposition entsteht aus der Einsicht, daß dem Verfall demokratischer Einrichtungen entgegengearbeitet werden muß, sie entsteht aus der Kritik an einer Außenpolitik, die die Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen will.

Wachsender Widerstand richtet sich gegen die Notstandspolitik und gegen die Unterstützung des Krieges in Vietnam. Diese breite und vielfältige Opposition muß, wenn sie wirksam werden will, ihre Kritik in eine politische Alternative ummünzen und, wo immer möglich, ihre Aktionen aufeinander abstimmen.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung fordert:

1. Ausbau realer Demokratie unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Grundgesetzes. Ablehnung jeder zusätzlichen Notstandsgesetzgebung. Aufhebung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze. Maßnahmen zur Beseitigung und Verhinderung von Monopolstellungen in der Presse. Formierung des demokratischen Kampfes gegen jeden Neofaschismus.
2. Kürzung der Rüstungsausgaben, Verminderung der Truppenstärke, Aufhebung der Wehrpflicht, – Verwendung der frei werdenden Mittel für Friedensplanung und für Sozial- und Bildungseinrichtungen. Wirksame Hilfe für die Hungergebiete der Erde als unerläßlicher Beitrag zur Sicherung des Friedens.
3. Verzicht der Bundesrepublik auf Trägersysteme für Atomwaffen und auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen. Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag. Mitarbeit an einem internationalen Atomwaffenverbot. Unterstützung für die Abrüstungsbemühungen der UNO.
4. Einrichtung einer europäischen Sicherheitskonferenz. Statt Verlängerung der NATO-Verträge 1969 Auflösung von NATO und Warschauer Pakt zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems. Rüstungsverdünnte, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.
5. Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in Europa. Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, Anerkennung der DDR als Voraussetzung einer Regelung der deutschen Verhältnisse und einer Annäherung an spätere gesamtdeutsche Lösungen. Anerkennung der selbständigen Rolle West-Berlins im Rahmen einer Entspannungs- und Verständigungspolitik.
6. Abbruch der Beziehungen zur Militärdiktatur in Griechenland. Einstellung jeder Waffenlieferung und wirtschaftlichen Hilfe für das griechische Militärregime. Beitritt zur Klage der skandinavischen Staaten und der Niederlande bei der Menschenrechtskommission des Europarates gegen die griechische Diktatur. Unterstützung des demokratischen Widerstands.
7. Schluß mit jeder Unterstützung des Krieges der USA in Vietnam durch die Bundesregierung. Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam. Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner. Frieden in Vietnam auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen. Abzug aller ausländischen Truppen aus Vietnam. Unterstützung der inneramerikanischen Opposition gegen den Vietnam-Krieg.

Der Druck der außerparlamentarischen, demokratischen Opposition kann die Demokratie in der Bundesrepublik aus ihrer Erstarrung befreien und den Anstoß für eine neue fortschrittliche Außen- und Innenpolitik geben. Der Ostermarsch '68 wird diese Opposition und diese Alternative zur Rüstungs- und Notstandspolitik zum Ausdruck bringen. Wir rufen auf zur Teilnahme am Ostermarsch '68.

Kampagne für Demokratie und Abrüstung
605 Offenbach, 4, Postf. 648, Merianstr. 13

AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION — INFORMATIONEN FÜR DEMOKRATIE UND ABRÜSTUNG

publiziert Nachrichten, Dokumente und Meinungen u. a. zu den Themen Entspannung — Abrüstung
Demokratie — Notstandsgesetzgebung — Pressekonzentration — Vietnam und unterrichtet über
die Aktionen der Kampagne. (Bisher: INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG).

AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION wird von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung herausgegeben und erscheint monatlich. Bitte fordern Sie ein Probeexemplar an, oder bestellen Sie sofort.

Senden Sie mir bitte ein Probeheft AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION — INFORMATIONEN FÜR DEMOKRATIE UND ABRÜSTUNG.

Senden Sie mir bitte ab 1. Januar 1968 regelmäßig Exemplare der AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION — INFORMATIONEN FÜR DEMOKRATIE UND ABRÜSTUNG. Den Abonnementspreis von 10,— DM für 1968 überweise ich auf Anforderung sofort.

Vorname

Zuname

Postleitzahl und Wohnort

Straße und Hausnummer

kampagne für demokratie und abrüstung - ostermarsch



Geschäftsführer: Rudi Schindler, 605 Offenbach/Main 4, Merianstr. 13, Postfach 648

Regionaler Ausschuß
Hessen / Rheinland

Telefon (06 11) 83 60 51/52

Postcheckkonto
Frankfurt/Main 57648

Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 740294

Betr.: Vietnam-Demonstration am
29. Februar 1968 in Frankfurt

22. Febr. 1968

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Beigefügt geben wir Ihnen die Flugblätter "Aufruf zur Kundgebung und Demonstration gegen den Krieg der USA in Vietnam".

Die Größe der Veranstaltung und damit die Verstärkung und Verbreitung der aktiven Opposition gegen den Krieg der USA in Vietnam hängt jetzt vor allem von der Propagierung ab. Neben Plakatwerbung und Zeitungsanzeigen sollen insgesamt 200 000 Flugblätter verteilt werden. Alle Gruppen, jeder einzelne muß jetzt mithelfen beim Flugblatt-Verteilen, damit wir weite Bevölkerungskreise erreichen. Unsere ganze Kraft müssen wir in den wenigen Tagen bis zum 29. Februar auf diese Vietnam-Demonstration konzentrieren.

Für Frankfurt ist ab sofort bis zum 29. Februar 1968 das ständige Informations- und Aktionsbüro der

Club Voltaire, Frankfurt, Kleine Hochstr. 7
Telefon 29 24 08

und zwar täglich von 15 - 19 Uhr.

Im Club Voltaire wird der Verteiler-Plan für die Flugblatt-Verteilung geführt, werden die Verteilergruppen zusammengestellt und die Flugblätter abgeholt bzw. angefordert. Im einzelnen sind Flugblatt-Verteilungen vorgesehen

- * vor ca. 40 Großbetrieben und Verwaltungsbüros am Mittwoch- und Donnerstagmorgen,
- * vor den Berufs- und Oberschulen ab sofort,
- * in den Universitäten ab sofort,
- * im Stadtteil Bornheim ab sofort,
- * in der Frankfurter Innenstadt bei Informationsständen am Mittwoch und bei Sandwich-Aktionen am Donnerstag,
- * eventuell abends vor geeigneten Kino- und Theaterveranstaltungen.

Hierzu

- * "melden" sich alle, die bei Betriebs-, Schulen, Uni-, Kino- und Theater-Verteilung helfen werden, telefonisch oder persönlich im Club Voltaire,
- * treffen sich Helfer, Mitarbeiter und Diskutanten für die Informationsstände am Mittwoch, 28. Februar 1968, 15 Uhr in der Innenstadt, Hinter der Katharinenkirche und in Bornheim, Berger-

Kuratorium:

Frank A. Leon, Howig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Osalp K. Flachthelm, Christian Geissler, Helmut Gofwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hipert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Menstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bernd Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Heiga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

- * straÙe/Ecke Arnsburger StraÙe, am Uhrtürmchen, treffen sich die Verteiler für die Sandwich-Aktion am Donnerstag, 29. Februar 1968, ab 14 Uhr im Club Voltaire,
- * können für die Verteilung im Stadtteil Bornheim ab sofort Flugblätter in Empfang genommen werden bei Hans Harnischfeger, Frankfurt, Bergerstr. 122, Telefon über Fritz Griese, 433169.

Außerdem findet zur Werbung ein Autokorso statt. Treffpunkt für alle Pkw-Fahrer, die mitmachen können: Mittwoch, 28. Februar 1968, 15,45 Uhr, Frankfurt, ADAC-Verkehrsübungsplatz an der Wiesbadener StraÙe.

Besonders wichtig ist eine intensive Information innerhalb der Verbände, Clubs, Zirkel, Ausschüsse etc. und bei Freunden, Bekannten, Mitschülern, Kollegen, Kommilitonen und Freundinnen.

Der Widerstand gegen den Krieg in Vietnam muß wachsen. Die steigende ablehnende Haltung in der Bevölkerung zu diesem Krieg muß ihren Ausdruck in großen demokratischen Aktionen finden. Atombomben gegen Vietnam dürfen nicht eingesetzt werden. Frieden und Unabhängigkeit für das vietnamesische Volk. Helfen Sie, die Kundgebung und Demonstration am 29. Februar 1968 zu einer machtvollen Aktion zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Odina Bott - Inge Druschel - Heinz Günter Lang - Klaus Vack

Aufruf zur Kundgebung und Demonstration gegen den Krieg der USA in Vietnam

Schon einmal haben die USA den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam in Betracht gezogen. Das war 1954 während der Schlacht der Franzosen um Dien Bien Phu. Der Protest gerade in den westlichen Ländern war es damals, der dies verhinderte.

Nun ist es wieder soweit. Der Außenminister der USA und der Stabschef der amerikanischen Armee haben auf Fragen amerikanischer Senatoren den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam nicht ausgeschlossen und dies, obwohl Hanoi wie auch schon früher vor aller Welt seine Bereitschaft zu Friedensgesprächen erklärt hat. Johnson weigert sich noch immer, den Luftkrieg gegen Nord-Vietnam abzubrechen und Friedensverhandlungen zu beginnen. Er strafft so nicht nur seine sogenannten Friedensoffensiven Lügen, sondern macht damit deutlich, daß er den Vietnam-Krieg nur durch militärische Unterwerfung der Bevölkerung Süd-Vietnams lösen will. Dazu

- **setzt Johnson Kampfgase und Napalm ein. Das ist ein Kriegsverbrechen!**
- **läßt er umkämpfte südvietnamesische Städte ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung bombardieren und verbrennen. Das ist Terror gegen die Zivilbevölkerung!**
- **planen amerikanische Militärs, den Einsatz von Atombomben in Vietnam. Das ist Vorbereitung zum Völkermord!**

Der Einsatz atomarer Waffen in Vietnam bedroht das vietnamesische Volk mit Ausrottung und würde den globalen Atomkrieg provozieren. Der Einsatz von Atomwaffen in Vietnam wäre der katastrophalste Anschlag auf die Menschlichkeit und den Frieden seit dem Zweiten Weltkrieg.

Damit bedroht uns der amerikanische Krieg in Vietnam auch direkt in Deutschland. Atomwaffen in Vietnam sind ein direkter Schritt zum Weltkrieg, der zweifellos Deutschland als Brennpunkt zwischen Ost und West auslöschen würde.

Da der Bundestag selbst in dieser gefährlichen Situation nicht der Regierung der USA seine moralische Unterstützung entzieht, und stattdessen die Bundesregierung Washington Devisenhilfe gewährt, die letztlich der Fortführung des Vietnam-Krieges dient, deshalb muß die Bevölkerung selbst zeigen, daß sie gelernt hat, was Völkermord und Weltkrieg bedeuten, denn

- **Vietnam entscheidet darüber, ob die Menschen zusammenarbeiten oder sich vernichten;**
- **Vietnam entscheidet darüber, ob die Dritte Welt sich frei entwickeln wird oder ob weitere grauenhafte Kriege aus der Machtpolitik der USA erwachsen.**

Der Krieg in Vietnam tritt in eine tödliche Phase. Dem muß unser Kampf Rechnung tragen. Deshalb sind jetzt alle geeigneten demokratischen Mittel der Demonstration und Aktion gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam einzusetzen. Deshalb kann es heute nur noch eine Forderung an die Regierung der USA geben:

- **sofortige bedingungslose Einstellung der Bombardierung Nord-Vietnams;**
- **Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner;**
- **Verhandlungen auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen von 1954, die eine militärische Neutralität des Landes, das Verbot der Stationierung fremder Truppen auf dem Gebiet Vietnams und die Selbstbestimmung durch Wahlen vorsehen.**

In diesem Sinne rufen wir alle Bürger, den Arbeiter wie den Beamten, den Schüler wie den Professor, den Atheisten wie den Geistlichen zu einer Kundgebung und Demonstration für den Frieden in Vietnam.

Kundgebung auf dem Römerberg

Donnerstag, 29. Februar 1968, 17.30 Uhr

Es sprechen: **D. Martin Niemöller**
Prof. Johann Harder, Wuppertal
Lothar Rothenstein (Bezirks-Jugendsekr. IG Chemie)
Dr. Ekkehard Krippendorff (Republikanischer Club, Berlin)
Wolfgang Streeck (ASIA Frankfurt)

Demonstration vom Römerberg nach Bornheim

Donnerstag, 29. Februar 1968, 18.30 Uhr

angemeldete Demonstrationsstrecke:

Römerberg — Neue Kräme — Berliner Straße — Hasengasse — Zeil — Sandweg — Kantstraße — Bergerstraße bis Endstation der Linie 10 Ecke Kronauer Straße — Brunnenplatz

Die Kundgebung und die Demonstration gegen den Krieg der USA in Vietnam der KAMPAGNE FÜR DEMOKRATIE UND ABRÜSTUNG – OSTERMARSCH wird von folgenden Organisationen, Gruppen, Clubs und Personen mitveranstaltet, bzw. unterstützt.

Deutsche Jungdemokraten, Landesverband Hessen
ASTA der Johann Wolfgang Goethe-Universität
Naturfreundejugend Landesverband Hessen
Jungsozialisten des Unterbezirks Frankfurt am Main
Evangelische Studentengemeinde Frankfurt
Sozialdemokratischer Hochschulbund, Frankfurt am Main
Humanistische Studenten Union, Bundesvorstand
Sozialistische Opposition, Frankfurt am Main
Liberaler Studentenbund Deutschlands, Frankfurt am Main
August-Bebel-Gesellschaft, Frankfurt am Main
Unabhängige Sozialistische Schülergemeinschaft, Frankfurt am Main
Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, Landesverband Hessen
Solidaritätsjugend Frankfurt am Main
Verband der Kriegsdienstverweigerer, Frankfurt am Main
Landesfriedenausschüsse Hessen
Internationaler Versöhnungsbund Frankfurt
Club Voltaire, Frankfurt am Main
club egalité, Frankfurt am Main
Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Gruppe Marburg
Arbeitsgemeinschaft für gewerksch. Fragen an der Philippe-Universität, Marburg
Sozialdemokratischer Hochschulbund, Gruppe Marburg
Frankfurter Residenztheater „Die Maininger“
Satirisches Theater DIE SCHMIERE
Prof. Walter Ackermann, Wiesbaden
Odina Bott, Hausfrau, Frankfurt
Heinz Brandt, Metall-Redakteur, Frankfurt am Main
Willi Brune, Bezirkssekretär IG Chemie Hessen
Walter Buckesch, Stadtrat, Offenbach am Main
Jürgen Buscher, 1. ASTA-Vorsitzender der Universität Mainz
Christoph Ehmann, Vorsitzender der Studentenschaft des Landes Hessen,
ASTA-Vorsitzender, Marburg
Günter Eidmann, Gewerkschaftssekretär, Wiesbaden
Fritz Eitel, Landesjugendpfarrer Hessen-Nassau
Hans Frick, Schriftsteller, Frankfurt am Main
Heinrich Gallen, Stadtrat, Offenbach am Main
Prof. Graffmann, Herborn
Dr. Paul Haag, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Prof. Friedrich Hahn, Gießen
Kurt Halbritter, Karikaturist, Frankfurt am Main
Werner Hoeg, Gewerkschaftssekretär, Offenbach am Main
Prof. Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt am Main
Prof. Werner Hofmann, Marburg
Prof. Gerd Kadelbach, Frankfurt am Main
Prof. Reinhard W. Kaplan, Frankfurt am Main
Walter Katzer, Landesbezirksvorsitzender der Gewerkschaft HBV, Hessen
Ernst Kersting, Gewerkschaftssekretär IG Druck und Papier, Kassel
Hans-Christian Kirsch, Schriftsteller, Wiesbaden
Prof. Dr. Kluge, Nervenarzt, Mainz
Dr. Knud Knudsen, Bildhauer, Bad Nauheim
Ernst Kreuder, Schriftsteller, P.E.N.-Mitglied, Darmstadt
Horst Krüger, Schriftsteller, Frankfurt am Main
Horst Kynast, Sekretär der Gewerkschaft Holz Nordhessen
Walter Lachenmayer, Gewerkschaftsangehöriger, Frankfurt am Main
Heinz-Günter Lang, Gewerkschaftssekretär IG Chemie, Darmstadt
Fritz Libuda, Gewerkschaftssekretär, Frankfurt am Main
Horst Limberger, ÖTV-Bezirksjugendsekretär, Frankfurt am Main
Prof. theol. Karl Linke, Friedberg
Gerolf Mayer, Vorsitzender der Jungsozialisten, Offenbach am Main
Prof. Ferdinand Merz, Marburg
Hans Michel, DGB-Jugendsekretär und 1. Vorsitz. des Frankfurter Jugendringes
Pastor Dr. h.c. Herbert Mochalski, Frankfurt am Main
Prof. Dr. med. H. Mommsen, Frankfurt am Main
Alwin Nachtweg, Gewerkschaftssekretär, Hanau am Main
Arno Ploog, Karikaturist, Frankfurt am Main
Jochen Richert, DGB-Landesjugendsekretär und 1. Vorsitzender
des Hessischen Jugendringes
Lothar Rothenstein, Gewerkschaftssekretär IG Chemie Bezirk Hessen
Uraula Rütt, Schriftstellerin, Darmstadt
Jürgen Seltert, Akademischer Rat, Frankfurt am Main
Werner Schepcke, Gewerkschaftssekretär IG Chemie, Kassel
Renate Scheunemann, Betriebsratsvorsitzende, Frankfurt am Main
Heinrich Schrimbeck, Schriftsteller, P.E.N.-Mitglied, Darmstadt
Prof. Karl Schlichte, Technische Hochschule Darmstadt, Darmstadt
Günter Schwarz, Gewerkschaftssekretär IG Metall, Frankfurt am Main
Rudolf Segall, Bezirkssekretär IG Chemie, Frankfurt am Main
Wolfgang Stöckl, ASTA-Referent der Universität Marburg
Prof. Fritz Straßmann, Mainz
Horst Trapp, Geschäftsführer, Frankfurt am Main
Norbert Trautwein, 2. ASTA-Vorsitzender der Universität Marburg
Prof. Eckhart Vogt, Marburg
Prof. Erich Wiese, Darmstadt
ABRISS, Jugendeigene Zeitung, Offenbach am Main
Erwin Broschinski, Chefredakteur der Schulzeitung „Bumerang“, Bad Hersfeld
„Der Trichter“, Schülerzeitung, Hünfeld
ELAN, Magazin für junge Leute, Frankfurt am Main
Horizont, Schülerzeitung des Goethe-Gymnasiums, Frankfurt am Main
Homburger schulecho, Unabhängige Schülerzeitung, Homburg
Wolf Halberstadt, Kreischaftspracher, Chefredakteur der Schülerzeitung „Relais“
Josef Heibel und 32 (von insgesamt 49) Studierenden von dem 33. Studiengang
der Akademie der Arbeit, Frankfurt am Main

An die
Kampagne für Demokratie und
Abrüstung - Ostermarsch

605 Offenbach 4
Postfach 648

ED 748-25-75

22.2.68
22.2.68

Ich bestelle zur sofortigen Lieferung folgendes Material und lege
den Gegenwert in Briefmarken bei *):

----- Flugblatt für die Vietnam-Demonstration am 29.
Februar 1968 in Frankfurt, 20 Stück DM 1.--,
50 Stück DM 2.--, 100 Stück DM 3.-- DM -----

----- Flugblatt "Arbeiter solidarisieren sich mit der
demokratischen Studenten- und Schülerbewegung"
20 Stück DM 1.--, 50 Stück DM 2.--, 100 Stück
DM 3.-- DM -----

Name: -----

Anschrift: -----

*) Wenn der Gegenwert nicht in Briefmarken und auch nicht ander-
weitig beigelegt ist, wird das bestellte Material gegen Rechnung
geliefert.

Arbeiter solidarisieren sich mit der demokratischen Studenten- und Schülerbewegung

Appell an die Schüler und Studenten!

Die Hochschulen in unserem Land sind ein Feudalsystem. Sie sind darauf eingestellt, die Herrschaft einer sozialen Schicht zu verewigen, die Bildung und Besitz für sich monopolisieren konnte. Der Staat will die Hochschulen reformieren, aber die angebliche „Reform“ zielt nur darauf ab, die Hochschulen als Instrument der Herrschaft noch leistungsfähiger zu machen. Gegen diese Zustände tritt die demokratische Bewegung der Studenten auf. Die Schulen in unserem Land sind autoritär organisiert. Sie sind fast überall darauf eingestellt, zum Gehorsam gegenüber dem Obrigkeitsstaat und gegenüber einer selbsternannten Herrschaftsschicht zu erziehen. Gegen diese Zustände tritt die demokratische Bewegung unter den Schülern auf.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung fördert die „Vermögensbildung“ in Unternehmerhand, — auf Kosten der Majorität der Bevölkerung. Der Abbau sozialer Leistungen trifft auch die Schüler, die Lehrlinge und die Jungarbeiter. Gegen diese Politik, so etwa gegen die Heraufsetzung der öffentlichen Verkehrstarife, richtet sich der Protest junger Leute.

Diese demokratische Bewegung unter den Studenten und Schülern vertritt eine Sache, die auch unsere Sache ist. In den Betrieben, in Lohn- und Arbeitskämpfen stoßen wir als Arbeiter auf denselben Gegner, nämlich auf den Macht- und Profitanspruch einer kleinen Schicht und den Geltungsanspruch autoritärer Besitz- und Befehlsverhältnisse in der Wirtschaft.

Schärfer als die Studenten und Schüler haben wir uns mit dem Versuch auseinanderzusetzen, die sozialen Lasten einer falschen Politik auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen. Unser Ziel ist die demokratische Kontrolle der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik.

Wir sind dafür, aus der Solidarität der Interessen eine Solidarität in der politischen und sozialen Bewegung von Studenten, Schülern und Arbeitern zu machen. Wir sagen ganz offen: Es wäre schlecht für unsere gemeinsame Sache, wenn der berechtigte Protest von Studenten und Schülern sich von der allgemeinen demokratischen Opposition isoliert hielte und in der Öffentlichkeit als bloße Generationsrevolte oder als jugendliche Lust an der Provokation mißverstanden würde. Gerade deshalb darf die politische Auseinandersetzung nicht bei der Kritik an Symptomen der gegenwärtigen Politik stehen bleiben. Es ist kein Zufall, daß die Verkehrstarife hochgeschraubt und daß zugleich die Preise, die Steuern für den Verbraucher, die Mieten usw. hochgetrieben und unsere Löhne gedrückt werden. Es ist kein Zufall, daß der Staat den Schulen und Hochschulen die notwendige Finanzausstattung verweigert und daß er zugleich die nötigen Mittel für wirtschaftliche Strukturverbesserungen, für die Neuschaffung von Arbeitsplätzen, die Hebung der Kaufkraft usw. nicht aufbringt.

Wir sehen die Ursache für dieses Versagen in folgendem:

Eine Schicht, die unser Land schon zweimal in diesem Jahrhundert in den Bankrott geführt hat, gibt immer noch den politischen Ton an. Das Macht- und Profitinteresse dieser Schicht realisiert sich in erster Linie in der Rüstungs- und Notstandspolitik. Weitere Aufrüstung, Notstandsmanipulierung der Bevölkerung und die Demonstration militärischer Macht soll dann unter „günstigen“ internationalen Umständen dazu dienen, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, — zugunsten der westdeutschen Konzerne. Deshalb die ständige Steigerung des Rüstungsetats. Deshalb das Beharren auf atomaren Trägerwaffen und der Drang nach weiterer Beteiligung an atomaren Waffensystemen. Deshalb auch der Versuch, durch Notstandsgesetze den Widerstand der demokratischen Gegenkräfte zu lähmen. Wir müssen jede aktuelle Äußerung dieser Politik bekämpfen. Aber wir sollten dabei immer den politischen Kern der Sache offenlegen. Und wir wollen und können die Majorität unserer Mitbürger, vor allem die Arbeiterschaft, für den Kampf gegen die Rüstungs- und Notstandspolitik und ihre Urheber gewinnen.

Wir sehen in den kommenden Monaten zwei Möglichkeiten, um die Träger der vielfältigen oppositionellen Aktionen als gemeinsame Kraft sichtbar zu machen und dabei auch die zahlenmäßige Stärke der demokratischen Opposition zu demonstrieren:

- beim Ostermarsch '68
- beim Sternmarsch auf Bonn, sofern sich der Bundestag entgegen allen Protesten doch zur zweiten Lesung der verfassungswidrigen Notstandsgesetze entschließen sollte.

Beim Ostermarsch '68 und dem später folgenden Sternmarsch auf Bonn, die jetzt durch Aktionen vorbereitet werden müssen, werden wir für

- sozialen Fortschritt — gegen den Rüstungsetat
- für Demokratie — gegen die Notstandsgesetze

demonstrieren.

Der Ostermarsch wird zugleich gegen den Krieg der USA in Vietnam auftreten. Hier wird der gesamte Zusammenhang jener Politik kenntlich gemacht, die wir angreifen.

Lassen Sie uns diese Aktionen gemeinsam mittragen — Studenten, Schüler und Arbeiter.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Schlagartig hat sich die Kriegssituation in Vietnam verschärft, die Härte und Grausamkeit, die auch die Zivilbevölkerung erleidet, ins Unermessliche gesteigert.

Schon werfen die Amerikaner und die Truppen des südvietnamesischen Regimes Bomben und Napalm auf Saigon und andere Städte des "eigenen" Machtbereichs, - die Befreiungsfront steigert die Härte ihrer Kriegsführung.

Schon kalkuliert man in Washington, weitere militärische Niederlagen mit taktischen Atomwaffen zu beantworten. Unmittelbar und schlagartig droht damit die Gefahr eines Weltkrieges.

Es hat in jüngster Zeit in Frankfurt wiederholt Demonstrationen und andere Aktionen gegen den Krieg in Vietnam gegeben. Obgleich sich diese Aktionen entsprechend den jeweiligen Veranstaltern in ihrer politischen Aussage graduell unterschieden, gab es eine grundsätzliche Übereinstimmung: Daß die USA in Vietnam keine Rechte haben und daß dieser Krieg nur ein Ende findet, wenn Vietnam der völligen Selbstbestimmung der Vietnamesen überlassen wird. Es gab auch Einigkeit, daß das Genfer Indochina-Abkommen von 1954, das eine militärische Neutralität des Landes, das Verbot der Stationierung fremder Truppen auf dem Gebiet Vietnams und die Selbstbestimmung durch Wahlen vorsieht, die Grundlage von jedweden Verhandlungen sein muß.

Wir meinen, daß trotz der vergangenen Aktionen heute eine Situation eingetreten ist, in der sich alle Kräfte, die das amerikanische Vorgehen in Vietnam ablehnen, zu einer machtvollen Kundgebung und Demonstration in Frankfurt zusammenfinden müssen.

Wir haben für Donnerstag, 29. Febr. 1968, 17.30 Uhr eine Kundgebung auf dem Römerberg mit anschließender Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt angemeldet. Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung wird in weiteren Städten in der Bundesrepublik ebenfalls Kundgebungen und Demonstrationen vorbereiten.

Wir möchten diese Kundgebung und Demonstration im Sinne etwa der beigefügten Erklärung "Arbeiter solidarisieren sich mit der demokratischen Schüler- und Studentenbewegung" zu einer breiten, gemeinsamen Aktion der Arbeiter, Studenten und Schüler machen, und wir glauben, daß viele Gewerkschaftsfunktionäre, die Gewerkschaftsjugend, sozialdemokratische Kreise und viele kirchliche, pazifistische und sozialistische Gruppen sowie Jugend-, Schüler- und Studentenverbände diese Kundgebung und Demonstration unterstützen bzw. als verantwortliche Träger auch mit übernehmen werden.

Wir bitten Sie um zwei Dinge:

- * Die Aktion am 29. Februar 1968 überall zu propagieren, Teilnehmer zu gewinnen und selbst teilzunehmen und, soweit es in Ihren Kräften und Möglichkeiten steht, von außerhalb Frankfurts aus ganz Hessen gemeinsame Anreisen mit Pkw's und Bussen zu organisieren.
- * Durch eine großzügige, zweckgebundene Spende zur Finanzierung der Aktion beizutragen. Wir haben nur dann die Chance, alle Möglichkeiten der Agitation für die Aktion auszuschöpfen, wenn jeder, der nicht anderweitig (z.B. durch die Anreise) persönliche Kosten für diese Aktion hat, eine Mindestspende von DM 5.-- überweist!

Wir rechnen fest mit der Mobilisierung aller Kräfte!

gez.: Rudi Schindler
- Geschäftsführer -

gez.: Sigi Wenzel
- Kassierer -

kampagne für abrüstung ostermarsch der atomwaffengegner



Regionaler Ausschuß Hessen/Rheinland - 605 Offenbach Main 4 - Merianstraße 13 - Postfach 648

Telefon (06 11) 86 60 51/52

Postcheckkonto
Frankfurt (M) 57 648

Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 749 294

22.1.68

Offenbach, den 17.1.1968

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Im Jahre 1968 wird die außerparlamentarische demokratische Opposition in der Bundesrepublik vor vielen schweren Aufgaben stehen und es war richtig, daß die Kampagne mit dem diesjährigen Ostermarchaufzug ihre Zielsetzung ausgeweitet und ihre Argumentation differenziert hat. Wir wollen dem auch mit der Auftaktkundgebung zum Ostermarsch 1968 gerecht werden, die, verbunden mit einem INTERNATIONALEN-FORUM am 28. Januar 1968 für den Regionalausschuß Hessen/Rheinland in Frankfurt stattfinden wird.

Wir hoffen, daß Sie alle von nah und fern zur Teilnahme an beiden Veranstaltungen (Auftaktkundgebung und INTERNATIONALES-FORUM) nach Frankfurt kommen und weitere Interessenten und Freunde mitbringen. Alle Freunde, die nicht in Frankfurt und näherer Umgebung wohnen, werden sehr dringend gebeten, an ihrem Heimatort gemeinsame Anreisen mit Pkw's und eventuell auch Bussen zu organisieren.

Wir fügen diesem Rundschreiben einige Einladungsschreiben bei und bitten Sie alle (auch gerade unsere Frankfurter Freunde) um Weitergabe und gleichzeitige Werbung für die beiden Veranstaltungen. (Weitere Auftaktkundgebungen finden ebenfalls am 28. Januar in Mannheim, Wuppertal, Oberhausen, Dortmund und etwas später in München, Nürnberg, Stuttgart, Hamburg und Bremen statt.)

Besonders attraktiv und interessant dürfte auch das INTERNATIONALE-FORUM über Fragen der europäischen Sicherheit werden (Sonntag, 28. Januar 1968, 10 - 12 Uhr im Gesellschaftshaus im Frankfurter Zoo) an dem teilnehmen werden:

Claude Bourdet, Frankreich

Egon Busch, Chefredakteur der Zeitschrift "Internationale Politik",
CSSR

Leszek Cyrzyk, Institut für auswärtige Angelegenheiten, Polen

Prof. Dr. Stefan Doernberg, Direktor des Deutschen Instituts für
Zeitgeschichte, DDK

Dr. Wsewolod Eshow, Institut für Geschichte, Sowjetunion

-2-

Kvorum: Frank Alton, Hewig Barr, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Foller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geisler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Hackmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hüperl, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Klöppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Malar, Bodo Monstein, Maria Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Maria Schröter, Helga Tempel-Stalle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD, Bundesrepublik
John Mendelson, Labourabgeordneter im Unterhaus, Großbritannien

Die Diskussionsleitung hat der Sprecher der Kampagne, Dr. Andreas
Buro.

Die Auftaktkundgebung findet ebenfalls am Sonntag, 28. Januar 1968,
beginnt 14,30 Uhr im Gesellschaftshaus im Frankfurter Zoo statt.

Nähere Informationen siehe beigegefügtes Flugblatt.

Zum Schluß müssen wir auch wieder sehr dringend auf unsere schwierige
finanziellen Angelegenheiten hinweisen. Allein die Auftaktveranstal-
tung kostet für Saalmiete, Werbung und Referentenkosten über DM
4.000.--. Durch die Eintrittsgelder für das INTERNATIONALE-FORUM (bei
der Auftaktkundgebung ist der Eintritt frei) können wir höchstens
DM 800.-- finanzieren. Wir müssen also wieder einmal an Ihre Spenden-
bereitschaft appellieren und hoffen mit Erfolg. (Zahlkarte liegt bei,
wir haben auch ein Girokonto: Bank für Gemeinwirtschaft, 605 Offen-
bach, Konto Nr. 740 094)

Werte Freunde, helfen Sie, daß die Auftaktveranstaltungen und unsere
weiteren Aktionen erfolgreich verlaufen und eine Demonstration für
die zunehmende Stärke der gesamten außerparlamentarischen Opposition
werden.

Wir danken Ihnen und grüßen freundlich

gez: Heinz Günter Lang
(Sprecher)

gez: Rudi Schindler
(Geschäftsführer)

22.1.68

Auftaktveranstaltung zum Ostermarsch 1968

am 28. Januar 1968 in Frankfurt/M., Zoo-Gesellschaftshaus



- für sozialen Fortschritt —
gegen den Rüstungsstaat
- für Demokratie —
gegen Notstandsgesetze
- für Sicherheit in Europa —
für Abrüstung in allen Ländern
- gegen den Krieg der USA
in Vietnam — gegen Völkermord

10 Uhr Podiumsdiskussion zum Thema

„Europäische Sicherheit“

mit Diskutanten aus den Ländern: BRD, CSSR, DDR, England, Frankreich,
Polen, UdSSR. Eintritt DM 2.— und 1.—

14.30 Uhr KUNDGEBUNG

es sprechen: **Claude Bourdet**, Frankreich, „Vietnam“
Egon Busch, CSSR, „Europäische Sicherheit“
Dr. H. Kloppenburg, BRD, „Krise der Demokratie“
Heinz Günter Lang, BRD, „Sozialer Fortschritt“

Weiter wirken mit: Hans Dieter Hüsich, Lerryn, u. a.

Die Kampagne für Abrüstung fordert in ihrem Ostermarschauftuf 1968 folgende Punkte:

1. Ausbau realer Demokratie unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Grundgesetzes, Ablehnung jeder zusätzlichen Notstandsgesetzgebung, Aufhebung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze. Maßnahmen zur Beseitigung und Verhinderung von Monopolstellungen in der Presse, Formierung des demokratischen Kampfes gegen jeden Neofaschismus.
2. Kürzung der Rüstungsausgaben, Verminderung der Truppenstärke, Aufhebung der Wehrpflicht, Verwendung der freilwerdenden Mittel für Friedensplanung, Sozial- und Bildungseinrichtungen, Wirksame Hilfe für die Hungergebiete der Erde als unerläßlicher Beitrag zur Sicherung des Friedens.
3. Verzicht der Bundesrepublik auf Träger Systeme für Atomwaffen und auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen, Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag, Mitarbeit an einem Internationalen Atomwaffenverbot, Unterstützung für die Abrüstungsbemühungen der UNO.
4. Einrichtung einer europäischen Sicherheitskonferenz statt Verlängerung der NATO-Verträge, 1969 Auflösung von NATO und Warschauer Pakt zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems.
5. Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in Europa, Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, Anerkennung der DDR als Voraussetzung einer Regelung der deutschen Verhältnisse und einer Annäherung an spätere gesamtdeutsche Lösungen, Anerkennung der selbständigen Rolle Westberlins im Rahmen einer Entspannungs- und Verständigungspolitik.
6. Abbruch der Beziehungen zur Militärdiktatur in Griechenland, Einstellung jeder Waffenlieferung und wirtschaftlichen Hilfe für das griechische Militärregime, Beitritt zur Klage der skandinavischen Staaten und der Niederlande bei der Menschenrechtskommission des Europarates gegen die griechische Diktatur, Unterstützung des demokratischen Widerstandes.
7. Schluß mit jeder Unterstützung des Krieges der USA in Vietnam durch die Bundesregierung, Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam, Anerkennung der FNL als Verhandlungspartner, Frieden in Vietnam auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen, Abzug aller ausländischen Truppen aus Vietnam, Unterstützung der inneramerikanischen Opposition gegen den Vietnamkrieg.



Kampagne für Abrüstung, RA-Hessen Rheinland, 605 Offenbach 4, Merianstraße 13, Telefon 88 60 51 / 52; verantwortlich: Rudi Schindler; Druck: Druckerei Alfred W. Dunker, 6 Frankfurt/Main, Lange Str. 31.

Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengeegner



Geschäftsführer: Klaus Vack, 636 Offenbach am Main 4, Duchrainweg 191, Postfach 943

Zentraler Ausschuss
Geschäftsführung

Telefon (0611) 88 80 61/62

Postcheckkonto
Frankfurt (M) 62 66

Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 740 633

Nov./Dez. 1967

Bitte sofort lesen und bald erledigen!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der außerparlamentarischen, demokratischen Opposition in der Bundesrepublik sind, so meinen wir, in den letzten Monaten neue Aufgaben und neue Möglichkeiten zugewachsen. Der Ostermarsch 1968 soll, was Vorbereitung, Argumentation, Unterstützung und Teilnahme angeht, diesen neuen Umständen unserer politischen Arbeit entsprechen.

Heute legen wir Ihnen eine Erklärung der Kampagne für Abrüstung vor, die unsere Zielsetzung für den Ostermarsch 1968 umreißt. In den kommenden Wochen werden die Ausschüsse der Kampagne Mitarbeiter, Unterzeichner der früheren Ostermarschaufrufe, Repräsentanten anderer außerparlamentarischer Gruppierungen und interessierte einzelne zu Veranstaltungen und Aussprachen einladen, bei denen das politische Konzept und die Aktionen der Kampagne, insbesondere der Ostermarsch 1968, diskutiert werden. Auf Bundesebene wird dem gleichen Zweck eine Aktionskonferenz im Januar 1968 dienen.

Wir bitten Sie, sich nach Möglichkeit in diese Diskussionen einzuschalten und die vorbereitenden Aktionen mitzutragen. Insbesondere bitten wir Sie, an die zentrale Geschäftsstelle der Kampagne für Abrüstung Ihre Meinung zu dem umseitigen Text bis Ende dieses Jahres mitzuteilen.

Der Ausbreitung der außerparlamentarischen Opposition würde es dienen, wenn Sie die „Zielsetzung für den Ostermarsch '68“ auch bei Ihren Freunden und Bekannten oder in Ihrem Wirkungskreis zur Debatte stellen und um Unterstützung werben würden. (Weitere Exemplare der „Zielsetzung“ können bei der Geschäftsstelle angefordert werden; 20 Stück 1,50 DM, 50 Stück 3,50 DM, den Gegenwert für die Bestellung bitte in Briefmarken beilegen.)

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Andreas Buro)
Sprecher

(Klaus Vack)
Geschäftsführer

Kuratorium: Frank Allaun, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Falter, Oasio K. Floerhelm, Christian Gaßler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Meier, Bodo Mursalein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schroter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzstraße 20.

Kampagne für Abrüstung:

Zielsetzung für den Ostermarsch '68

Aufforderung zu Diskussion und Aktion

Die Kampagne für Abrüstung schlägt vor, Ostern 1968 zu demonstrieren

- für Demokratie und Abrüstung
- gegen Notstandsgesetze, gegen den Rüstungsstaat
- für Sicherheit in Europa
- gegen den Krieg in Vietnam.

Seit einem Jahr regiert in der Bundesrepublik die Große Koalition. Diese Regierung kündigte eine Politik der Entspannung und Verständigung und innenpolitisch ein konstruktives Konzept an. Die politische Wirklichkeit widerlegt diese Beteuerungen.

Die Regierung der Bundesrepublik tritt für eine Stärkung der NATO und damit für eine Zementierung der Spaltung Europas in feindliche Militärblöcke ein. Sie sperrt sich gegen den von führenden Politikern aus West und Ost vorgetragenen Plan einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz und damit gegen eine Überwindung der Militärblöcke durch ein System gesamteuropäischer Sicherheit. Auch die Regierung der Großen Koalition erhält den Alleinvertretungsanspruch aufrecht, sie lehnt es ab, die Anerkennung der DDR und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auch nur in Erwägung zu ziehen. In der Absicht, der Bundesrepublik die Voraussetzungen für eine militärische Machtstaatspolitik zu verschaffen, setzt sich die Regierung über alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme und Notwendigkeiten hinweg. Obwohl die öffentliche Verschuldung in der Bundesrepublik immer größere Ausmaße annimmt, obwohl die steuerlichen Belastungen des Bürgers immer größer werden und steigende Preise und soziale Unsicherheit die Arbeitnehmer treffen, obwohl im Staatshaushalt die Mittel fehlen, um die dringlichen zivilen Gemeinschaftsaufgaben zu bewältigen, wird der Rüstungsetat weiter aufgebläht, wird die Umstellung der Bundeswehr auf eine kostensparende Defensivkonzeption und der Verzicht auf atomare Trägerwaffen verweigert.

Forschung und technische Entwicklung geraten in der Bundesrepublik in den Sog der Rüstungspolitik, und rüstungswirtschaftliche Interessen bewirken weitere Ausdehnung der Rüstungsproduktion.

Zugleich gerät die demokratische Grundstruktur in Gefahr. Unter der Großen Koalition wird der Funktionsverlust des Parlaments immer größer; durch ein neues Wahlrecht soll die restliche parlamentarische Opposition beseitigt werden. Weitere Notstandsgesetze sollen den Übergang zum autoritären Staat legalisieren. Diffamierung jeder Opposition, Vorwegnahme von PolizeiStaatspraktiken, Meinungssteuerung, insbesondere durch den dominierenden Pressekonzern, dessen führende Autoren schon längst eine Politik „rechts vom Grundgesetz“ propagieren – das sind Erscheinungen, die den Prozeß der Umwandlung der grundgesetzlichen Demokratie in den formierten Rüstungsstaat signalisieren.

In ihrer internationalen Politik pflegt die Bundesregierung gute Beziehungen zur griechischen Militärdiktatur und zu anderen Staaten dieses Typs. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten stellt sie sich vorbehaltlos hinter die amerikanische Politik in Vietnam, wo der mächtigste Militärapparat der Welt gegen ein kleines Volk eingesetzt wird, das für nationale Unabhängigkeit und soziale Emanzipation kämpft; wo die Regierung der USA den Modellfall einer Unterdrückung legitimer Unabhängigkeitsbewegungen praktiziert; wo militärische Eskalation und Pläne zur Invasion Nordvietnams in den globalen Krieg hineinzuführen drohen.

In der Bundesrepublik wächst die Opposition gegen diese Politik. Opposition ist das Ergebnis der Verschärfung sozialer Konflikte, der Preissteigerungen und der verschärften Leistungsansprüche,

des Abbaus von Sozialleistungen, der Strukturkrise im Ruhrgebiet. Opposition entwickelt sich aus der Kritik an den Unzulänglichkeiten der Bildungspolitik, an der reaktionären Struktur der Schulen und Hochschulen. Opposition entsteht aus der Einsicht in den Verfall demokratischer Institutionen, aus der Kritik an einer Außenpolitik, die die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nehmen will. Widerstand erwächst gegen die Notstandspolitik, gegen die Unterstützung des Krieges in Vietnam. Diese Opposition muß, wenn sie wirksam werden will, ihre Kritik zu einer politischen Alternative artikulieren und, wo immer möglich, ihre Aktionen koordinieren.

Die Kampagne für Abrüstung hält folgende Forderungen für vordringlich:

- Wahrung der demokratischen Positionen des Grundgesetzes, Ablehnung jeder Notstandsgesetzgebung, Aufhebung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze, Aufhebung der publizistischen Monopolstellung des Springer-Konzerns;
- Kürzung des Rüstungsetats, Verwendung der freiwerdenden Mittel für Sozial- und Bildungsinvestitionen, Beseitigung der offensiven Struktur der Bundeswehr als Schritt zu einer europäischen Friedensordnung, öffentliche Diskussion über die Aufhebung der Wehrpflicht;
- Initiative der Bundesrepublik für ein internationales Atomwaffenverbot, Verzicht auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen, Verzicht auf atomare Trägerwaffen, Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag;
- Initiative für eine europäische Sicherheitskonferenz, statt Verlängerung der NATO-Verträge 1969 Auflösung der Militärblöcke zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa;

Fortsetzung nächste Seite

Hier abtrennen

An die Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschuß
605 Offenbach 4, Postfach 648

Meine Stellungnahme zur „Zielsetzung für den Ostermarsch '68“:

Name: _____ Beruf, Funktion, Titel o. ä.: _____
Postleitzahl: _____ Ort: _____ Straße: _____

Ich erbitte _____ weitere Exemplare der „Zielsetzung“ (20 Stück 1,50 DM, 50 Stück 3,50 DM); den Gegenwert lege ich in Briefmarken bei.

Ich erbitte _____ Informationssendungen mit Material über die Kampagne für Abrüstung (Unkosten für eine Informationssendung 2,20 DM); den Gegenwert lege ich in Briefmarken bei.

Datum: _____ (Unterschrift)

- Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen, Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, Anerkennung der DDR als Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den deutschen Teilstaaten und zur Annäherung an spätere gesamtdeutsche Lösungen;
- Distanzierung von der Militärdiktatur in Griechenland, Beitritt zur Klage der skandinavischen Staaten und der Niederlande gegen die griechische Diktatur bei der Menschenrechtskommission des Europarates;
- Schluß mit jeder Unterstützung des Krieges der USA in Vietnam durch die Bundesregierung, Eintreten für die Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam und für Frieden in Vietnam auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen.

Die Kampagne für Abrüstung als Veranstalter des Ostermarsches 1968 fordert dazu auf, dieses Konzept zu diskutieren und zu unterstützen.

Nur der Druck der außerparlamentarischen demokratischen Opposition kann die Demokratie in der Bundesrepublik aus ihrer Erstarrung befreien und den Anstoß für eine neue, konstruktive Außen- und Innenpolitik geben.

Der Ostermarsch 1968 kann diese Opposition und die Alternative zur Rüstungs- und Notstandspolitik zum Ausdruck bringen.

Hier abtrennen

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zu den Themen Entspannung – Abrüstung – Demokratie – Pressekonzentration – Notstandsgesetzgebung – Vietnam und unterrichten über die Aktionen der Kampagne.

Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG werden von der Kampagne für Abrüstung herausgegeben – sie erscheinen monatlich. Bitte fordern Sie ein Probeexemplar an, oder bestellen Sie sofort.

Senden Sie mir bitte ein Probeheft der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG.

Senden Sie mir bitte ab 1. Januar 1968 regelmäßig Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementspreis von 8,- DM für 1968 überweise ich auf Anforderung sofort.

Vorname

Zuname

Postleitzahl und Wohnort

Straße und Hausnummer

Notstand der Demokratie

Parlament ausgeschaltet – Demokratische Politiker verhaftet – Verfassung außer Kraft – Gewerkschaften verboten – Alle Zeitungen unter Zensur – Internierungslager – Streikverbot – Militär gegen Bevölkerung eingesetzt

Das sind Schlagzeilen von der „Notstands“-Diktatur in Griechenland. Dort hat sich neben Portugal und Spanien der dritte faschistische Staat in Europa etabliert. Die Demokratie in Europa ist in Gefahr.

In der Bundesrepublik werden Notstandsgesetze vorbereitet, Gesetze, die drohen unsere Demokratie vollkommen außer Kraft zu setzen und damit den endgültigen **Notstand der Demokratie** herbeiführen.

Gewiß, wir leben nicht in Griechenland. Aber die Notstandspläne der Bundesregierung enthalten u. a.

1. Entmündigung des Bundestages durch Schaffung eines „Gemeinsamen Ausschusses“
2. Der Streik wird durch Dienstverpflichtungen und Zwangsarbeitsverhältnisse unmöglich
3. Einsetzen von Militär als „Polizeikraft“ durch Verfügung der Bundesregierung bei „Inneren Unruhen“
4. Post- und Telefonkontrolle

Wenn diese Pläne Gesetzeskraft erlangen, wird den Notstandsplanern die Herbeiführung tatsächlicher Notstände in unserem Lande möglich. Damit droht uns eine ähnliche Entwicklung wie in Griechenland.

Noch ist es Zeit, sich über diese Notstandspläne der Regierung zu informieren, Stellung zu nehmen und die Annahme der Gesetze zu verhindern. Schon hat der Druck der außerparlamentarischen Opposition dazu geführt, daß die FDP und eine Gruppe von SPD-Abgeordneten im Bundestag Teile der Regierungsentwürfe ablehnen. Jetzt gilt es,

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Regionaler Ausschuß Hessen/Rheinland -
605 Offenbach 4
Postfach 648

Hiermit melde ich mich zum Treffen der Ostermarsch-Teilnehmer
am 11.11.1967 an.

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift

ED 719-25-84



kampagne für abrüstung ostermarsch der atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4 Buchsbaum 161, Postfach 648, Telefon (0611) 98 80 51/52
Offenbach, den 31.10.1967

15. 11. 67

Sehr verehrte Damen!
Sehr geehrte Herren!
Liebe Freunde!

In einem halben Jahr findet wieder der Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung, der Ostermarsch 1968, statt. Wir sind der Meinung, wenn der Ostermarsch 1968 zu einem politischen Erfolg werden soll, muß man sich jetzt bereits Gedanken machen, wie und in welchem Rahmen die größte Aktion der Kampagne verlaufen soll. Die Entscheidung darüber möchten wir mit möglichst vielen Freunden und Mitarbeitern der Kampagne treffen.

Wir laden Sie deshalb zu einem Treffen der Ostermarsch-Teilnehmer

am Samstag, den 11.11.1967 um 14 Uhr
ins Käthe Kollwitz Haus, 6 Ffm.-Hausen,
Lötzener Straße 31

ein. Bei diesem Treffen wollen wir über den Ostermarsch-Aufruf 1968, über den Verlauf des Ostermarsches 1968 und über die Vorbereitung des Ostermarsches 1968 diskutieren und beschließen.

Das Käthe Kollwitz Haus ist zu erreichen: von der Autobahnabfahrt Frankfurt West, Wiesbadener Straße in Richtung Frankfurt (knapp 2 km), dann links in die Ludwig Landmann Straße fahren, nach etwa einem km rechts in die Lötzener Straße einbiegen. Vom Hauptbahnhof ist das Käthe Kollwitz Haus mit der Straßenbahnlinie 18 zu erreichen.

Wenn Sie an dem Treffen am 11.11.1967 teilnehmen möchten, so können Sie sich mit dem auf der Rückseite befindlichem Verdruck anmelden.

Diesem Schreiben fügen wir ein Materialienliste bei, über die Gegenstände, die z. Zt. über uns zu beziehen sind.

Die Arbeit der Kampagne wird - wie Ihnen bekannt ist - im wesentlichen durch den Verkauf von Material und durch Spenden von Freunden und Mitarbeitern finanziert. Bitte überlegen Sie, ob es Ihnen möglich ist, in Ihrem Bekannten- und Freundeskreis unser Material weiterzuverkaufen. Sie fördern damit die Diskussion über die Kampagne und über ihre politischen Ziele. Gleichzeitig wirken Sie der einseitigen Beeinflussung der offiziellen politischen Meinung entgegen und helfen damit, die so notwendige geistige Auseinandersetzung in unserer Bevölkerung in Gang zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez: Rudi Schindler
(Geschäftsführer)

Verantwortlich: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
(Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach am Main 4 Buchsbaum 161, Postfach 648)
Postcheckkonto: Ffm. 57 648, Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach am Main, Konto Nr. 740294

-----	Autokleber "Schluß mit dem Krieg in Vietnam", Format 30 x 10 cm, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Vietnam-Extrablatt, 100 Stück DM 5.--	DM	-----
-----	Flugblatt "Wer steht hinter diesem Zeichen?", 100 Stück DM 5.--	DM	-----
-----	Sonderdruck "Informationen über die Kampagne", Stück DM 0,50	DM	-----
-----	"Informationen zur Abrüstung", Ausgabe Juli/August 1967 über den Nahost-Konflikt, Stück DM 1.50, ab 10 Stück DM 0,70 je Stück	DM	-----
-----	"Informationen zur Abrüstung", Ausgabe September 1967 mit Artikel "Enteignet Springer", Stück DM 1.50, ab 10 Stück 0,70 je Stück	DM	-----
-----	"Informationen zur Abrüstung", Ausgabe Oktober 1967 Springer-Sonder-Nummer, Stück DM 1.50 ab 10 Stück 0,70 je Stück	DM	-----
-----	Broschüre "Presseübersicht zum Ostermarsch 1967 - Der Ostermarsch im Spiegel der öffentlichen Meinung", Stück DM 3.50	DM	-----
-----	Flugblatt über Griechenland, 100 Stück DM 5.--	DM	-----
-----	Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne, Stück DM 2.--	DM	-----
-----	Broschüre "Was steckt hinter dem Atomwaffensperrvertrag?" von Rudolf Schultz, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Broschüre mit der Sozialenzyklika, Ostern 67, Stück DM 2.--	DM	-----
-----	Buch "Schluß mit Deutschland?" von J.W. Klefisch, Sonderpreis DM 3.--	DM	-----
-----	Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz" von Bedo Manstein, Stück DM 5.80	DM	-----
-----	Buch "Der neue Nahe Osten" von Hans Henle, 392 S., Leinen, DM 22.80	DM	-----
-----	Broschüre "Der 2. Juni 1967" - Dokumente zu den Ereignissen anläßlich des Schah-Besuchs", Stück DM 3.50		-----
-----	Sonderabzeichen "Bildung macht frei! BILD macht dumm", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Sonderabzeichen "BILD macht dumm", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Sonderabzeichen "Make Love not War", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Ostermarschabzeichen, klein, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Ostermarschabzeichen, mittel, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Ostermarschabzeichen, groß, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Kugelschreiber mit Kampagne-Emblem, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Autokleber, selbstklebend, mit Kampagne-Embl. 1.--	DM	-----
-----	5 Bogen Briefaufklebermarken mit Kampagne-Emblem, DM 1.50	DM	-----
-----	Skatenspiel mit Kampagne-Emblem, Stück DM 4.50	DM	-----

Name: -----

Anschrift: -----

Unterschrift

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermersch der Atomwaffengegner
- Regionaler Ausschuß Hessen/Rheinland -

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

-----	Flugblatt gegen die Notstandsgesetze, 100 Stück DM 5.--	DM	-----
-----	Flugblatt "Beschlagnahmt", 100 Stück 3.-- DM	DM	-----
-----	Redner- und Diskutanten-Disposition zur Notstands- gesetzgebung, Stück DM 2.--	DM	-----
-----	Broschüre des Kuratoriums NOTSTAND DER DEMOKRATIE zum "neuen" Regierungsentwurf, kostenlos Plakat NOTSTAND DROHT DURCH NOTSTANDSGESETZE, kostenlos		
-----	"Informationen zur Abrüstung", Ausgabe Juni 1967 mit Informationen zu den Notstandsgesetzen, Stück DM 1.--, ab 10 Stück DM 0,35 je Stück	DM	-----
-----	Karikaturen-Postkarten zur Notstandsgesetzgebung, Satz 6 Karten DM 1.--	DM	-----
-----	Kleine Klebezettel: "Vorsicht! Grundrechte in Ge- fahr", Bogen DIN A 4 enthält 8 Klebezettel, 5 Bogen DM 1.--	DM	-----
-----	Autokleber "Ich bin gegen die Notstandsgesetze", Format 30 x 10 cm, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Abzeichen "Gegen Notstandsgesetze", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Notstandsreport, Stück DM 5.--	DM	-----
-----	Wandzeitung über die Notstandsgesetze, DIN A 1 Querformat, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Broschüre "Der totale Notstandesstaat", Sonderpreis DM 2.20 je Stück	DM	-----
-----	je 6 Stück Notstandeslogos, DIN A 2 Hochformat Satz DM 2.--	DM	-----
-----	Paperback-Buch mit den Referaten des Kongresses Notstand der Demokratie, Stück DM 6.50	DM	-----
-----	Karikaturen-Buch von Arno-Ploog "Notstand unser ..." Stück DM 5.--	DM	-----
-----	Redner- und Diskutanten-Disposition zum Krieg in Vietnam, Stück DM 2.--	DM	-----
-----	Abzeichen "Stop the War in Vietnam", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Abzeichen "Frieden für Vietnam", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Abzeichen "Stop US-Aggression in Vietnam", Stück DM 1.--	DM	-----

-----	Autokleber "Schluß mit dem Krieg in Vietnam", Format 30 x 10 cm, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Vietnam-Extrablatt, 100 Stück DM 5.--	DM	-----
-----	Flugblatt "Wer steht hinter diesem Zeichen?", 100 Stück DM 5.--	DM	-----
-----	Sonderdruck "Informationen über die Kampagne", Stück DM 0,50	DM	-----
-----	"Informationen zur Abrüstung", Ausgabe Juli/August 1967 über den Nahost-Konflikt, Stück DM 1.50, ab 10 Stück DM 0,70 je Stück	DM	-----
-----	"Informationen zur Abrüstung", Ausgabe September 1967 mit Artikel "Enteignet Springer", Stück DM 1.50, ab 10 Stück 0,70 je Stück	DM	-----
-----	"Informationen zur Abrüstung", Ausgabe Oktober 1967 Springer-Sonder-Nummer, Stück DM 1.50 ab 10 Stück 0,70 je Stück	DM	-----
-----	Broschüre "Presseübersicht zum Ostermarsch 1967 - Der Ostermarsch im Spiegel der öffentlichen Meinung", Stück DM 3.50	DM	-----
-----	Flugblatt über Griechenland, 100 Stück DM 5.--	DM	-----
-----	Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne, Stück DM 2.--	DM	-----
-----	Broschüre "Was steckt hinter dem Atomwaffensperrvertrag?" von Rudolf Schultz, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Broschüre mit der Sozialenzyklika, Ostern 67, Stück DM 2.--	DM	-----
-----	Buch "Schluß mit Deutschland?" von J.W.Klefisch, Sonderpreis DM 3.--	DM	-----
-----	Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz" von Bodo Manstein, Stück DM 5.80	DM	-----
-----	Buch "Der neue Nahe Osten" von Hans Henle, 392 S., Leinen, DM 22.80	DM	-----
-----	Broschüre "Der 2. Juni 1967" - Dokumente zu den Ereignissen anläßlich des Schah-Besuchs", Stück DM 3.50		-----
-----	Sonderabzeichen "Bildung macht frei! BILD macht dumm", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Sonderabzeichen "BILD macht dumm", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Sonderabzeichen "Make Love not War", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Ostermarschabzeichen, klein, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Ostermarschabzeichen, mittel, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Ostermarschabzeichen, groß, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Kugelschreiber mit Kampagne-Emblem, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Autokleber, selbstklebend, mit Kampagne-Embl. 1.--	DM	-----
-----	5 Bogen Briefaufklebermarken mit Kampagne-Emblem, DM 1.50	DM	-----
-----	Skatenspiel mit Kampagne-Emblem, Stück DM 4.50	DM	-----

Name: -----

Anschrift: -----

 Unterschrift

WAS GEHT UNS VIETNAM AN?

Tag um Tag sterben wehrlose, unschuldige Menschen in den Dörfern und Städten Vietnams. Kinder und Frauen werden durch Bomben getötet, durch Napalm und Phosphor in lebende Flammensäulen verwandelt, verstümmelt und verbrannt.

Die USA führen einen Luftkrieg gegen Nord-Vietnam, in dem bereits mehr Bomben abgeworfen wurden als während des zweiten Weltkrieges über Deutschland. Diese Bombardierungen richten sich längst nicht mehr nur gegen militärische Anlagen. Sie sind vielmehr ein Instrument des Terrors gegen die nordvietnamesische Bevölkerung geworden. Die amerikanischen Flugzeuge werfen ihre Bombenlast wenige Flugsekunden vor der Volksrepublik China auf Nordvietnam ab. Behauptungen, daß eine Invasion Nordvietnams vorgesehen sei, wurden zwar vom Pentagon (dem amerikanischen Kriegsministerium) dementiert. Aber auch jeder früheren Eskalation gingen Dementis voraus. Wir sollten die Warnungen des bestimmt gut informierten UN-Generalsekretärs U Thant ernst nehmen, der immer wieder darauf hinweist, daß die Gefahr eines dritten Weltkrieges ständig wächst.

WAS GEHT UNS VIETNAM AN?

Vietnam geht uns an, weil dort Unrecht geschieht. Auch die Kinder, die in Indien und überall in der Welt verhungern, gehen uns an. In Vietnam aber verbrennen Kinder in Napalm, weil Ihre Eltern für die Abschaffung von Hunger, Analphabetismus und Ausbeutung kämpfen, gegen ein System, in dem nur die Kinder der Armen hungern und die Kinder der Reichen zur Schule gehen. Vietnam geht uns an, weil es unmenschlich ist, wenn wir uns nicht über Unrecht empören und es so zulassen. Unabhängig davon, wo Unrecht geschieht.

Vietnam geht uns auch an, weil die Bundesregierung den Krieg der amerikanischen Regierung gegen das vietnamesische Volk unterstützt. Vietnam geht uns an, weil schon Pläne gemacht werden, Nordvietnam und China anzugreifen. Damit ist die Gefahr eines dritten Weltkrieges in unmittelbare Nähe gerückt.

Am 21. Oktober demonstrieren hundertausende Amerikaner in Washington für eine sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-

Vietnam und für den sofortigen Abzug der USA-Truppen aus Vietnam. Die amerikanischen Friedensorganisationen haben dazu aufgerufen, diesen Tag zu einem internationalen Kampftag gegen den Krieg in Vietnam zu machen. Es zeichnet sich ab, daß an diesem Tag überall in der Welt die bisher mächtigste Demonstration der Empörung und der Forderung nach Frieden erfolgen wird.

Die Kampagne für Abrüstung führt durch:

**Informationsstände in Frankfurt am Main
am 19. und 20. 10. 1967 von 10 — 19 Uhr**

1. Am Goetheplatz
2. An der Konstabler Wache

am 21. 10. 1967 — Aktionstag

1. Opernplatz
 2. Katharinenkirche
- von 10 — 17 Uhr

im Anschluß daran findet eine

Kundgebung gegen den Krieg in Vietnam

mit
Martin Walser
und
Erich Fried

um 17.30 Uhr im Großen Saal des Volksbildungs-
heimes (Eschersheimer Turm)

statt.

Kommen Sie, um mit uns zu diskutieren oder uns beim diskutieren zu helfen. Kommen Sie zu den Veranstaltungen. Verteilen Sie unsere Flugblätter.

Demonstrieren Sie Ihre Verbundenheit mit allen, die an diesem Tag in aller Welt für Frieden und die Beendigung des Unrechts auf die Straße gehen.



Kampagne für Abrüstung — Heesischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main, Merianstraße 13, Telefon 88 60 51/52; Verantwortlich: Rudi Schindler; Druck: Druckerei Alfred W. Dunker, 6 Frankfurt a. M., Lange Straße 31, Tel. 28 25 64



kampagne für abrüstung ostermarsch der atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Telefon: (0611) 88 69 51/52

Offenbach, 20. Sept. 1967

Sehr verehrte Damen!
Sehr geehrte Herren!
Liebe Freunde!

2.10.67

Am 9.9.1967 wurden in Frankfurt/M. von der Vollversammlung des Hessischen Ausschusses die politischen und organisatorischen Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit der Kampagne für Abrüstung festgelegt. Durch die Versammlung erfolgte die Umbenennung von Hessischer Ausschuß in REGIONAL AUSSCHUSS HESSEN/RHEINLAND. Die ca. 30 örtlichen Ausschüsse sind zukünftig durch ständige Delegationen mit Sitz und Stimme im Regionalen Ausschuß vertreten. Der Regionale Ausschuß wählte einen Arbeitsausschuß mit Heinz Günter Lang (Sprecher), Rudi Schindler (Geschäftsführer), Sigi Wenzel (Kassierer), Dieter Bott, Inge Druschel, Heiner Halberstadt, Dr. Holger Haide, Rolf Knecht und Horst Limberger.

KRIEG IN VIETNAM

Am 21. Oktober 1967 werden in Washington und New York von der amerikanischen Vietnamopposition große Kundgebungen veranstaltet, bei denen jeweils über 100 000 Demonstranten erwartet werden. Von der amerikanischen Vietnamopposition ist dieser Tag zum "Internationalen Aktionstag für Frieden in Vietnam" erklärt worden. In vielen Ländern wie z.B. England, Japan, Neuseeland, Frankreich, Dänemark, Schweden, werden große Kundgebungen gegen die US-Aggression in Vietnam stattfinden. Auch die Kampagne für Abrüstung wird an diesem Aktionstag gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam demonstrieren.

In Hessen sind folgende Aktionen geplant:

1. Am Donnerstag und Freitag vor dem 21. Oktober werden in der Frankfurter Innenstadt mehrere Informationsstände aufgebaut, bei denen mit Flugblättern, Bildern, Plakaten und Straßendiskussionen aufgeklärt und gleichzeitig humanistische Sammlungen für Vietnam durchgeführt werden sollen.
2. Am 21. Oktober soll auf einem Platz eine Lautsprecheranlage installiert werden, durch die den ganzen Tag über verschiedene Programme mit Künstlern, Bürgerbefragungen und einer Dia-Serie ablaufen.
3. Am Abend des 21. Oktobers findet eine Kundgebung gegen den Krieg in Vietnam mit Martin Walser statt.

- 2 -

Um die Aktionen wirkungsvoll zu gestalten, brauchen wir viele Mitarbeiter. Diesem Schreiben liegt ein Zettel bei, auf dem Sie sich für die Aktionen anmelden können.

GEGEN NOTSTANDSGESETZE

Der DGB-Landesbezirk hat für den 17.11.1967 eine öffentliche Großkundgebung gegen die Notstandsgesetze geplant, die in Frankfurt/M. stattfinden soll. Während der Tage davor, wird die Kampagne eine Notstandswoche organisieren und für die Veranstaltung des DGB werben. Die Notstandswoche der Kampagne soll in mehreren Städten, z.B. in Kassel, Marburg, Gießen, Frankfurt, Wiesbaden, Offenbach, Rüsselsheim, Hanau, Darmstadt, und Langen stattfinden.

DRINGENDER SPENDENAPPELL

Wir können in der Auseinandersetzung mit dem Vietnam-Krieg und den Notstandsgesetzen nur dann einen Schritt vorwärts kommen, wenn die geplanten Aktionen in den nächsten drei Monaten die verstärkte Kraft und Aktionsbereitschaft der außerparlamentarischen Opposition zum Ausdruck bringen. Für jede Aktion brauchen wir aber Geld. Zur Zeit haben wir noch 2.967,52 DM Schulden; für die Aktionen der nächsten drei Monate brauchen wir etwa weitere 5.000 DM. Wir sind bei diesen Aktionen auf Ihre tatkräftige Mithilfe aber insbesondere auch auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen. Deshalb unsere herzliche Bitte: Prüfen Sie wiedereinander, wie Sie mit einer Spende zum Gelingen der geplanten Aktionen beitragen können.

TREFFEN DER OSTERMARSCH-TEILNEHMER

Der Regionale Ausschuß veranstaltet am 11. November 67 ein Treffen für die Ostermarsch-Teilnehmer. Bei diesem Treffen sollen der Ostermarsch-Aufruf 1968, die hessischen Osteraktionen 1968 und weitere Aktionen von Januar bis Ostern 1968 diskutiert und geplant werden. (Nähere Einzelheiten teilen wir noch rechtzeitig mit.)

Mit freundlichen Grüßen

gez.: H. G. Lang
- Sprecher -

gez.: Rudi Schindler
- Geschäftsf.-

gez.: S. Wenzel
- Kassierer -

ED 748-25-68

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Regionalausschuß Hessen/Rheinland

Ich bin bereit an folgenden Tagen bei der Aktion gegen den Krieg
in Vietnam aktiv mitzuarbeiten:

Donnerstag, den 19. Oktober von..... bis..... Uhr
Freitag, den 20. Oktober von..... bis..... Uhr
Samstag, den 21. Oktober von..... bis..... Uhr

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Die genauen Einzelheiten teilen wir Ihnen rechtzeitig mit.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Für Vermerk des Absenders

DM Pf. E. Kto. Nr. 576 48

Absenders:

Eingez. auf
Kto. Nr. 576 48 PSchA Ffm

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

Einlieferungsschein

- Bitte sorgfältig aufbewahren -

DM Pf

auf DM Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Deutsche
Mark

(in Ziffern)

Pf

für Konto

Nr. 576 48

Deutsche
Mark

für

PSchA Frankfurt am Main
Eingezahlt am
Absender (mit Postleitzahl):

für Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

Konto Nr.

576 48

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

in 605 Offenbach

Postcheckamt
Frankfurt am Main

In 605 Offenbach

Postvermerk

Eingangs-Nr.

Postvermerk

betrifft

Best.-Nr./Lissenz.-Nr./Bd.-Nr.

2. 25
210 X 165, 85, 111

Titel-, Nr., Namens- u. Annahmest., Tag u. Monat

8 1/11, 11
PSchA Art. 2

(Eind.-Nr., Annahmest.)

Das Postkontor sendet diesen Absender dem Entschickungsamt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Horst MAURER

6 Frankfurt-Schwanheim, 5. 9. 1967

Am Ruhestein 43
Telefon 35 03 33

Frau

WILHELM-WREDE

6 Frankfurt 70

Oppenheimer Ldstr. 19 III

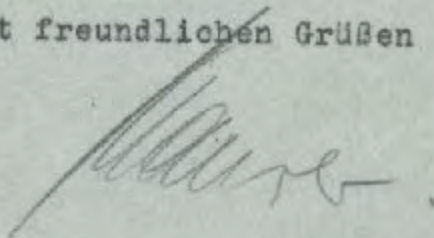
Werte Frau Wilhelm-Wrede,

ich komme zurück auf meinen Besuch bei Ihnen, bei dem Sie mir die alten SPIEGEL-Hefte übergaben, und nenne Ihnen wunschgemäß nachstehende Anschriften:

- 1) Herrn Klaus VACK, 605 Offenbach, Lehrweg 15,
geboren am 17. 5. 1935 -
zur treuhänderischen Verwendung
für die Kampagne für Abrüstung/Ostermarsch der
Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß,
605 Offenbach, Merianstr. 13
- 2) Herrn Norbert WINKLER, 6083 Walldorf
Emil-von-Behring-Str. 18
geboren am 24. 2. 1927 -
zur treuhänderischen Verwendung
für Verband der Kriegsdienstverweigerer in der WRI eV
Gruppe Frankfurt, 6 Frankfurt 1, Moselstr. 25

Ich wünsche Ihnen alles Gute und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



ED 716-25-91



kampagne für abrüstung ostermarsch der atomwaffengegner

Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach/Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon (0611) 88 6051/52

Postfach Frankfurt
Konto Nr. 6255

Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach, Kto. 740 638

Herrn
Horst Maurer

6 F - Schwanheim
Am Ruhestein 46

29. April 1966
va/ha

30. 4. 66

29. 1. 67

Lieber Horst,

ich komme erst heute dazu, Dir und Deiner ganzen Familie zu eurem Nachwuchs recht herzlich zu gratulieren. Du kannst Dir denken, daß die Arbeit vor Ostern so umfangreich war, daß selbst solche Selbstverständlichkeiten bei mir zu kurz kamen.

Ich komme zurück auf Deinen Brief vom 14.3.1966 und glaube, daß es das einfachste ist, wenn Du gegenüber der älteren Dame, die uns etwas vermachen möchte, meinen Namen angibst. Man sollte in dem Testament so verfahren, daß der Betrag bzw. die Werte, die Sie uns vermachen wird, vererbt werden an Klaus Vack, 605 Offenbach, Lohrweg 15, geboren am 17.5.1935 zur treuhänderischen Verwendung für die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach, Buchrainweg 161.

Herzliche Grüße

Kuratorium: Frank Allaut, Stefan Andres, Hewig Barn, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Feller, Ossip K. Fischheim, Christian Geissler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverback, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klöns, Heinz Klöppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Mäler, Bodo Marstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolla, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzlstraße 20

Datum

8 8 67

15.8.67

Sehr verehrter Förderer unserer
Kampagne! Für Ihre Spende über
DM 10.- danken wir Ihnen
herzlich.

Wir werden bemüht sein, unsere
Arbeit auch in Zukunft so zu ge-
stalten, daß die Kampagne für Ab-
rüstung in Deutschland und so weit
dies in unseren Kräften steht, in
allen Teilen der Welt immer wirk-
samer wird.

Wir bitten Sie, uns hierbei auch
weiterhin zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen!



Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner

EINE MESSE



für die
ganze
Welt

INTERNATIONALE
HÄNDERWARENMESSÉ

26.-30.



H. Manner

G F-Schwamheim

Am Ruhestein 43

ED 714-25-92



erz
esser
als
exister

VON DER BRÜCKE
ZWISCHEN
OST UND WEST
IST FREIHEIT

Mittel-
Europa
Brücke
zwischen
Ost u. West

No-Existenz
ist besser
als
No-Existenz



Institut für Sozialforschung Archiv



kampagne für abrüstung ostermarsch der atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Budrainweg 161, Postfach 648, Telefon: (0611) 886051/52

17. Juni 1967

Liebe Freunde,

es steht nun endgültig fest, daß die neuen Entwürfe für ein verfassungsänderndes Notstandsgesetz am 28. Juni 1967 im Bundestag beraten werden. Überall in der Bundesrepublik fanden und finden in diesem Monat Veranstaltungen und Aktionen über bzw. gegen die Notstandsgesetze statt. Für uns im Frankfurter Raum sind folgende Veranstaltungen bzw. Aktionen besonders wichtig:

1. Notstandswoche des ASTA

Der Allgemeine Studentenausschuß (ASTA) der Johann Wolfgang Goethe Universität veranstaltet vom 19. - 23. Juni 1967 eine Notstandswoche.

Montag, 19. Juni, 20 Uhr, Hörsaal VI der UNI: "Gegenwärtiger Stand der Notstandsgesetze", Referenten: RA Heinrich Hannover, Wolfram Dorn MdB, Hans Matthöfer MdB.

Dienstag, 20. Juni, ab 18 Uhr, Hörsaal VI der UNI: Filmabend zum Thema Selbstschutz; 20 Uhr, Festsaal des Studentenhauses: Reichskabarett aus Berlin mit dem Programm "Wir kennen keine Parteien mehr"

Mittwoch, 21. Juni, 20 Uhr, Hörsaal VI der UNI: "Die gesellschaftlichen Hintergründe und der militärpolitische Rahmen der Notstandsgesetzgebung", Referenten: Prof. Wolfgang Abendroth und Dipl. Soz. Wido Mosen (letzterer Autor von "Eine Militärsoziologie")

Donnerstag, 22. Juni, 20 Uhr, Hörsaal I der UNI: "Außerparlamentarische und parlamentarische Opposition gegen die Notstandsgesetze", Referenten: Helmut Schauer (Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE), Egon Becker (Kampagne für Abrüstung), Theo Schiller (FDP)

Freitag, 23. Juni, 20 Uhr, Hörsaal VI der UNI: "Notstandsgesetze für die Bundesrepublik?", Podiumsdiskussion mit: Georg Benz (IG Metall), Gerhard von Loewenich (Bundesministerium des Innern), Jürgen Seifert, Günter Wallraff, Dr. H. Wilhelmi (CDU-MdB), K.H. Roth (SDS), U. Witt (Junge Union)

Wir hoffen, daß recht viele unserer Freunde die Gelegenheit nutzen werden, um mindestens jeweils einige dieser Veranstaltungen zu besuchen.

- 2 -

2. Informationsstände der Kampagne in Frankfurt

Es ist immer wieder wichtig, daß wir auch auf der Straße die Diskussion mit dem "einfachen, kleinen" Mann suchen und dazu sind wohl unsere Informationsstände bestens geeignet. Wir werden am Freitag, 23. Juni von 10 - 19 Uhr und am Samstag, 24. 6. von 9,30 bis 13 Uhr Informationsstände über die Notstandsgesetzgebung errichten und zwar am Opernplatz und Hinter der Katharinenkirche. Wir bitten jeden, ein paar Stunden bei diesen Informationsständen dabei zu sein, zu helfen Flugblätter zu verteilen, Unterschriften zu sammeln für einen Brief an die Wahlkreisabgeordneten und zu diskutieren mit interessierten Passanten. Außerdem werden am Samstag, 24.6. von den zuständigen Stadtteilausschüssen Informationsstände in Bornheim und Höchst errichtet.

3. Demonstration und Kundgebung in Frankfurt

Am Vorabend der 1. Lesung im Bundestag wird von mehreren Verbänden eine gemeinsame Demonstration und Kundgebung in Frankfurt veranstaltet, bei der mit großer Wahrscheinlichkeit Prof. Ridder sprechen wird. Genauere Informationen zu dieser Veranstaltung können wir Ihnen erst in den nächsten Tagen geben.

4. Demonstration in Bonn

Am 28. Juni, dem Abend des 1. Tages der 1. Lesung (die Debatte wird voraussichtlich mindestens 2 Tage dauern) veranstaltet die Kampagne in Bonn eine Demonstration mit anschließender Kundgebung. Wir wollen versuchen, aus dem Frankfurter Gebiet mit einigen Bussen nach Bonn zu fahren. Die Abreise dürfte etwa gegen 15 Uhr sein und die Rückkunft noch in derselben Nacht. Auch hierzu genauere Informationen in den nächsten Tagen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Örtlichen Ausschuß
Frankfurt der Kampagne für Abrüstung

gez.: Inge Druschel



kampagne für abrüstung ostermarsch der atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4 Buchrainweg 161, Postfach 648; Telefon: (0611) 88 60 51/52

ED 718-25-94
Merianstr 13
Offenbach, 20. Juni 1967

Sehr verehrte Damen!
Sehr geehrte Herren!
Liebe Freunde!

1] Wir brauchen von den 5 000 Empfängern dieses Briefes noch etwa DM 15.000.--, um unsere Aktionen, Materialien, Anzeigen etc. gegen die Notstandsgesetze zu finanzieren. Unser Postscheckkonto lautet Frankfurt 57 648; unser Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach hat die Nummer 740 294.

2] Am Vorabend der 1. Lesung im Bundestag über die Notstandsgesetze wird von mehreren Verbänden (darunter die Kampagne für Abrüstung) eine gemeinsame Demonstration in Frankfurt veranstaltet, bei der u.a. der Staatsrechtler und Experte in Sachen Notstandsgesetze, Prof. Dr. Helmut Ridder, sprechen wird. Diese Demonstration am 27. Juni beginnt um 18 Uhr am Opernplatz, führt durch die Frankfurter Innenstadt zum Römerberg, wo gegen 19 Uhr die Kundgebung stattfinden wird.

3] Am 28. Juni, dem ersten Tag der 1. Lesung (die Debatte wird voraussichtlich mindestens zwei Tage dauern) veranstaltet die Kampagne in Bonn eine Demonstration mit anschließender Kundgebung. Für den Raum Frankfurt fahren Busse: Abfahrt Mittwoch, 28. Juni, 15 Uhr ab Frankfurter Gewerkschaftshaus. Die Teilnehmergebühr beträgt DM 5.--, für Schüler und Studenten DM 3.--. Eine Anmeldung vorher ist erforderlich (Anmeldezettel liegt bei). Die Teilnehmergebühr wird bei der Abreise gezahlt. Falls genügend Teilnehmer zusammenkommen, wird außerdem bereits am Vormittag um 7 Uhr ein Bus abfahren; die Teilnehmer dieser Gruppe werden versuchen, im Bundestag Gespräche mit ihren Wahlkreisabgeordneten zu führen.

Liebe Freunde! Mit den Notstandsgesetzen wird es nun ernst. Trotz wachsendem Widerstand gegen diese Gesetze muß damit gerechnet werden, daß sich die überwiegende Mehrheit der Parlamentarier über alle Kritik, über jeden Widerspruch hinwegsetzen und auch den verfassungsändernden Notstandsgesetzen zustimmen wird.

Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hatte alle Ausschüsse und Mitarbeiter aufgerufen, den Juni zum Monat intensiver Aufklärung und Aktivität gegen die Notstandsgesetze zu machen. Ein grober Überblick zeigt uns, daß mit den Studentendemonstrationen, mit den Aktionen der Kampagne und mit den Veranstaltungen örtlicher Gewerkschaften und Notstandsausschüsse eine verbreiterte allgemeine Stimmung gegen die Notstandsgesetze erzielt werden konnte. Immer stärker werden die Stimmen in den Gewerkschaften, die ein hartes und entschlossenes Auftreten der Gewerkschaftsführung gegen die Notstandsgesetze fordern.

Das Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE hat beschlossen, gemeinsam mit Gewerkschaften im Herbst 1967 in etwa 10 Großstädten machtvolle Demonstrationen gegen jegliche Notstandsgesetze zu veranstalten. Tatsächlich, der Widerstand gegen die Notstandsgesetze ist gewachsen und vergessen wir nicht, daß bereits zwei Entwürfe für ein verfassungsänderndes Notstandsgesetz in den Papierkorb geworfen werden mußten, weil sich das Parlament nicht geschlossen über den Widerstand der Gewerkschaften und weiterer Gruppen und Persönlichkeiten der Notstandsopposition hinwegsetzen konnte. "Persistence, persistence, persistence!", empfahl der britische Unterhausabgeordnete Frank Allaun anlässlich unserer Ostermarsch-Eröffnungskundgebung in Hanau und brachte das historische Beispiel eines Abgeordneten, der vierzehnmal den Antrag auf Abschaffung der Sklaverei wiederholt hatte, bis ihm endlich beim fünfzehnten Male stattgegeben wurde. Eben diese Hartnäckigkeit beweist die Bundesregierung in der Verfolgung ihrer Notstandspläne. Auch der dritte Entwurf der Bundesregierung vom 10. März 1967 für ein "Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes" unterscheidet sich von seiner Grundkonzeption von seinen Vorgängern so wenig, daß man nicht ernstlich von einem "neuen" Entwurf sprechen kann.

Liebe Freunde! Wir wollen mit diesem Schreiben weder falschen Optimismus noch lähmende Angst verbreiten. Wir wollen nicht den Anschein erwecken, als ginge es um die "letzte Schlacht" und nachher sei alles verloren, aber wir wollen nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß es um eine entscheidende "Schlacht" geht und daß wir mit unseren begrenzten Kräften beeinflussen können, wie groß oder klein der "Sieg" oder die "Niederlage" der Notstandsplaner sein wird.

Deshalb haben in diesen Wochen die Ausschüsse der Kampagne und viele einzelne "Mitglieder" der Ostermarsch-Bewegung u.a.

- in rund 200 Städten mit Informationsständen Aufklärung betrieben,
- ca. 500 (oft kleine, aber dafür informative und wirkungsvolle) Veranstaltungen durchgeführt,
- mehr als 2000 veröffentlichte Leserbriefe (das ist noch viel zu wenig) gegen die Notstandsgesetze publiziert,
- an zahllosen Veranstaltungen in anderen Gruppen, bei Gewerkschaften und Parteien oft als Redner und Diskutanten teilgenommen,
- Gespäche und Diskussionen (teils öffentlich, teils in kleinem Rahmen) mit Bundestagsabgeordneten geführt,
- die Gemeindebehörden von mehr als 300 Städten und Gemeinden mit den Kosten bei einer Verwirklichung der Notstandspläne konfrontiert,
- ca. 12 000 Bücher, Broschüren, Redner-Dispositionen zur Notstandsgesetzgebung vertrieben,
- über zwei Millionen Flugblätter gegen die Notstandsgesetze verteilt.

In Vorbereitung ist eine Anzeigenserie mit einem APPEL AN ALLE BUNDESTAGSABGEORDNETEN, der in ca. 10 überregionalen Tageszeitungen veröffentlicht wird.

Freunde! Informieren Sie sich eindeutig und intensiv über die Notstandsgesetze. Unterstützen Sie unsere Aktionen gegen die Notstandsgesetze. Sprechen Sie selbst mit den Bundestagsabgeordneten Ihres Wahlkreises. Bestellen Sie bei uns Flugblätter und Schriften, die Sie weiterverteilen. Diskutieren Sie mit Ihren Freunden und Arbeitskollegen. Helfen Sie uns durch Ihre großzügige Spende bei der Finanzierung all dessen, was die Kampagne bereits gegen die Notstandsgesetze getan hat und noch tun wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Heiner Halberstadt
- Sprecher -

gez.: Inge Druschel
- Geschäftsführerin -

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

- Flugblatt "Notstand droht durch Notstandsgesetze" 100 Stück DM 5.-- DM -----
- Flugblatt "Beschlagnahmt", 100 Stück DM 3.-- DM -----
- Redner- und Diskutanten-Disposition zur Notstandsgesetzgebung, Stück DM 2.-- DM -----
- Broschüre des Kuratoriums NOTSTAND DER DEMOKRATIE zum neuen Regierungsentwurf, kostenlos
- Plakat NOTSTAND DROHT DURCH NOTSTANDSGESETZE, kostenlos
- "Informationen zur Abrüstung", Ausgabe Juni 1967 mit Informationen zu den Notstandsgesetzen, Stück DM 1.--, ab 10 Stück DM 0,35 je Stück DM -----
- Karikaturen-Postkarten zur Notstandsgesetzgebung, Satz 6 Karten, DM 1.-- DM -----
- Autokleber "Ich bin gegen die Notstandsgesetze", Format 30 x 10 cm, Stück DM 1.-- DM -----
- Notstands-Report, Stück DM 5.-- DM -----
- Wandzeitung über die Notstandsgesetze, DIN A 1 Querformat, Stück DM 1.-- DM -----
- Broschüre "Der totale Notstandsstaat", Sonderpreis DM 2.20.-- je Stück DM -----
- Paperback-Buch mit den Referaten des Kongresses NOTSTAND DER DEMOKRATIE, Stück DM 6.50 DM -----
- Karikaturen-Buch von Arno Ploog "Notstand unser ..." Stück DM 5.-- DM -----
- Flugblatt APPELL FÜR FRIEDEN IN VIETNAM, 10 Stück DM 2.--, 50 Stück DM 6.-- DM -----
- Vietnam-Wandzeitung, DIN A 2 Querformat, APPELL FÜR FRIEDEN IN VIETNAM und Bilddokumentation, Stück DM 0,60 DM -----
- Redner- und Diskutanten-Disposition zum Krieg in Vietnam, Stück DM 2.-- DM -----
- Abzeichen "Stop the War in Vietnam", DM 1.-- DM -----
- Autokleber "Schluß mit dem Krieg in Vietnam", Format 30 x 10 cm, Stück DM 1.-- DM -----
- Vietnam-Report, Stück DM 3.50 DM -----
- IZA-Sonderdruck "Berichte über Vietnam" von Egon Iutz u.a., Stück DM 1.--, ab 10 Stück DM 0,35 DM -----
- Flugblatt "Wer steht hinter diesem Zeichen?" 100 Stück DM 5.-- DM -----

-----	Sonderdruck "Informationen über die Kampagne"		
	Stück DM 0,50	DM	-----
-----	Sonderdruck der IZA mit Informationen über den		
	Atomwaffensperrvertrag, 50 Stück DM 4.--, 5 Stück		
	DM 1.--	DM	-----
-----	Sonderdruck der IZA mit dem Sofortprogramm der		
	Kampagne, 100 Stück DM 4.--, 10 Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne		
	Stück DM 2.--	DM	-----
-----	Broschüre "Was steckt hinter dem Atomwaffensperr-		
	vertrag?" von Rudolf Schultz, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Broschüre mit der Sozialenzyklika, Ostern 1967,		
	Stück DM 2.--	DM	-----
-----	Buch "Schluß mit Deutschland?" von J.W. Klefisch,		
	Sonderpreis DM 3.--	DM	-----
-----	Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz"		
	von Dr. Bodo Manstein, Stück DM 5.80	DM	-----
-----	Buch "Der neue Nahe Osten" von Hans Henle, 392 S.,		
	Leinen DM 22.80	DM	-----
-----	Ostermarschabzeichen, klein, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Ostermarschabzeichen, mittel, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Ostermarschabzeichen, groß, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	OM-Sonderabzeichen "Ostern 1967", Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Sonderabzeichen "Make Love not War", Stück DM 1.--		-----
-----	Broschüre "Presseübersicht zum Ostermarsch 1967 -		
	Der Ostermarsch im Spiegel der öffentlichen		
	Meinung", Stück DM 3.50	DM	-----
-----	Flugblatt mit der Erklärung der Kampagne zum		
	Militärputsch in Griechenland, 100 Stück DM 5.--	DM	-----
-----	Kugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.--	DM	-----
-----	Autokleber, selbstklebend, mit OM-Emblem, Stück		
	DM 1.--	DM	-----
-----	5 Bogen Briefaufklebemarken, 150 Marken, DM 1.50	DM	-----
-----	Skatenspiel mit OM-Emblem, Stück DM 4.50	DM	-----
-----	OM-Schallplatte "Wir wollen dazu was sagen" mit		
	8 Songs und einem Textheft, Stück DM 8.50	DM	-----

Name: -----

Anschrift: -----

Unterschrift

An die Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

ED 718-25-96

605 Offenbach 4
Postfach 648

- () Ich nehme an der Busfahrt nach Bonn am 28. Juni 1967
(Abfahrt 15 Uhr Gewerkschaftshaus Frankfurt) teil.
- () Ich nehme (falls eine Busfahrt zustandekommt) an der Fahrt
nach Bonn am 28. Juni 1967 (Abfahrt 7 Uhr Gewerkschaftshaus
Frankfurt) teil und bitte um zu- oder absagende Mitteilung.
- () Ich werde selbständig (mit eigenem Pkw, Bahn etc.) nach Bonn
fahren und bitte um genaue Information über die Demonstra-
tion und Kundgebung in Bonn.

Name: -----

Anschrift: -----

Unterschrift

Vorsicht! Grundrechte in Gefahr!

- NOTSTAND: Das Parlament wird entmündigt
- NOTSTAND: Die Opposition wird ausgeschaltet
- NOTSTAND: Kein Post- und Telefongehheimnis mehr
- NOTSTAND: Männer und Frauen dienstverpflichtet
- NOTSTAND: Gewerkschaften lahmgelegt
- NOTSTAND: Keine freie Wahl des Arbeitsplatzes
- NOTSTAND: Luftschutzbunker werden Pflicht
- NOTSTAND: Lebensmittelkarten gedruckt
- NOTSTAND: Autos werden beschlagnahmt
- NOTSTAND: Verhaftungen ohne Haftbefehl
- NOTSTAND: Bundeswehr gegen Bevölkerung
- NOTSTAND: Keine freie Wahl des Wohnortes

Mitbürger verteidigt Eure Rechte!

Gewerkschaften schützt die Verfassung!

Abgeordnete sagt Nein zu Notstandsgesetzen!



Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch
605 Offenbach, Merianstr. 13
Verantwortl.: Klaus Vack, 605 Offenbach

Notstand droht durch Notstandsgesetz!

Wir fordern: Entspannungspolitik statt Notstandspolitik!

Vorsicht! Grundrechte in Gefahr!

- NOTSTAND: Das Parlament wird entmündigt
- NOTSTAND: Die Opposition wird ausgeschaltet
- NOTSTAND: Kein Post- und Telefongehheimnis mehr
- NOTSTAND: Männer und Frauen dienstverpflichtet
- NOTSTAND: Gewerkschaften lahmgelegt
- NOTSTAND: Keine freie Wahl des Arbeitsplatzes
- NOTSTAND: Luftschutzbunker werden Pflicht
- NOTSTAND: Lebensmittelkarten gedruckt
- NOTSTAND: Autos werden beschlagnahmt
- NOTSTAND: Verhaftungen ohne Haftbefehl
- NOTSTAND: Bundeswehr gegen Bevölkerung
- NOTSTAND: Keine freie Wahl des Wohnortes

Mitbürger verteidigt Eure Rechte!

Gewerkschaften schützt die Verfassung!

Abgeordnete sagt Nein zu Notstandsgesetzen!



Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch
605 Offenbach, Merianstr. 13
Verantwortl.: Klaus Vack, 605 Offenbach

Notstand droht durch Notstandsgesetz!

Wir fordern: Entspannungspolitik statt Notstandspolitik!

Vorsicht! Grundrechte in Gefahr!

- NOTSTAND: Das Parlament wird entmündigt
- NOTSTAND: Die Opposition wird ausgeschaltet
- NOTSTAND: Kein Post- und Telefongehheimnis mehr
- NOTSTAND: Männer und Frauen dienstverpflichtet
- NOTSTAND: Gewerkschaften lahmgelegt
- NOTSTAND: Keine freie Wahl des Arbeitsplatzes
- NOTSTAND: Luftschutzbunker werden Pflicht
- NOTSTAND: Lebensmittelkarten gedruckt
- NOTSTAND: Autos werden beschlagnahmt
- NOTSTAND: Verhaftungen ohne Haftbefehl
- NOTSTAND: Bundeswehr gegen Bevölkerung
- NOTSTAND: Keine freie Wahl des Wohnortes

Mitbürger verteidigt Eure Rechte!

Gewerkschaften schützt die Verfassung!

Abgeordnete sagt Nein zu Notstandsgesetzen!



Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch
605 Offenbach, Merianstr. 13
Verantwortl.: Klaus Vack, 605 Offenbach

Notstand droht durch Notstandsgesetz!

Wir fordern: Entspannungspolitik statt Notstandspolitik!

Vorsicht! Grundrechte in Gefahr!

- NOTSTAND: Das Parlament wird entmündigt
- NOTSTAND: Die Opposition wird ausgeschaltet
- NOTSTAND: Kein Post- und Telefongehheimnis mehr
- NOTSTAND: Männer und Frauen dienstverpflichtet
- NOTSTAND: Gewerkschaften lahmgelegt
- NOTSTAND: Keine freie Wahl des Arbeitsplatzes
- NOTSTAND: Luftschutzbunker werden Pflicht
- NOTSTAND: Lebensmittelkarten gedruckt
- NOTSTAND: Autos werden beschlagnahmt
- NOTSTAND: Verhaftungen ohne Haftbefehl
- NOTSTAND: Bundeswehr gegen Bevölkerung
- NOTSTAND: Keine freie Wahl des Wohnortes

Mitbürger verteidigt Eure Rechte!

Gewerkschaften schützt die Verfassung!

Abgeordnete sagt Nein zu Notstandsgesetzen!



Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch
605 Offenbach, Merianstr. 13
Verantwortl.: Klaus Vack, 605 Offenbach

Notstand droht durch Notstandsgesetz!

Wir fordern: Entspannungspolitik statt Notstandspolitik!

DM Pf f. Kto.Nr. **576 48**

für Vermerke des Absenders

Absender:

ED 718 - 25 - 98

Eingez. auf
Kto.Nr. **576 48** P Sch.A. Pfm

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

Einführungsschein

- Bitte sorgfältig aufbewahren -

DM Pf

auf DM Pf

(Manchenang in Buchstaben wiederholen)

Deutsche
Mark

Pf

(in Ziffern)

für

(Ihr Konto

576 48

Frankfurt am Main

Angabe (mit Postleitzahl)

für **Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -**

Konto Nr.

576 48

Postscheckamt

Frankfurt am Main

**Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -**

in **605 Offenbach**

in **605 Offenbach**

Postvermerk

Eingangs-Nr.

Postvermerk

2. 60

VIERTEL 1954

(Eing.-Nr., Name, J. d. Annahmestelle, Tag u. Monat)

1954

PostSt. 2

(Eing.-Nr., Annahmestelle)

Die Postleitzahl des Absenders ist in diesem Feld zu vermerken

Institut für Zeitgeschichte Archiv

10718-25-93

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
— Zentraler Ausschuß —

605 Offenbach 4
Buchrainweg 161
Postfach 648

Sonderprogramm „Eingreifen in die Diskussion“

Es zeigt sich immer wieder, daß die Kampagne für Abrüstung bei vielen Gelegenheiten das Wort ergreifen könnte und auch willige Zuhörer fände, wenn sie über genügend geeignete Referenten und Diskussionsredner verfügte. Das Sonderprogramm „Eingreifen in die Diskussion“ soll dazu dienen, Mitarbeiter, Teilnehmer an den Aktionen der Kampagne und Unterzeichner des Petitionarschaulufes zur Übernahme dieser Aufgabe zu bewegen.

Das Sonderprogramm soll u. a. die Vorstellung durchbrochen werden, daß nur durch Einsatz prominenter Redner eine Wirkung erzielt werden kann. Die Erfahrung zeigt vielmehr, daß gerade auch dem örtlich bekanntesten oder am besten geeigneten Redner eine sehr große Bedeutung im Rahmen der gegenwärtigen Arbeit der Kampagne zukommt.

In der ersten Phase des Sonderprogramms „Eingreifen in die Diskussion“ sollen die Kampagne „Bausteine“ für Redner- und Diskutanten-Dispositionen zur Verfügung gestellt werden. Bisher sind „Bausteine“ zum Krieg in Vietnam und zu den Grundgesetzen vorhanden. In Vorbereitung sind „Bausteine“ zu Problemen der europäischen Sicherheit. In der zweiten Jahreshälfte 1967 werden außerdem „Bausteine“ zu etwa folgenden Themen zur Verfügung stehen: Zur Bedeutung der Außen- und Militärpolitik der Bundesrepublik; die Bedeutung der Abrüstung für die wirtschaftliche Entwicklung der Welt; die Geschichte der Abrüstungsmaßnahmen seit Hiroshima; Grenzen und Möglichkeiten der Vereinigten Nationen als Bewahrer des Weltfriedens; Sozial- oder Rüstungsstaat.

Das gebotene Material ist so vollständig, daß es wohl für fast alle Fälle die erforderlichen „Bausteine“ für Referate, Diskussionen oder auch schriftliche Beiträge für Zeitungen, Leserbriefe etc. liefern kann.

Die „Bausteine“ können mit dieser Bestellkarte von der Geschäftsstelle des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung bezogen werden für einen Unkostenbeitrag von 2,- DM je Exemplar. Auf der Bestellkarte sind auch Vorbestellungen für „Bausteine“ zu Themen, die noch in Vorbereitung sind, möglich.

gez.: Dr. Andreas Buro
— Sprecher —

gez.: Klaus Veck
— Geschäftsführer —

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Zahlung folgende „Bausteine“ des Sonderprogramms „Eingreifen in die Diskussion“ (vorhandene „Bausteine“ sofort, soweit noch nicht vorhanden nach Fertigstellung):

- Die politischen Ursachen des Vietnam-Krieges
- Die Notlandgesetzgebung und ihre Innen- und außenpolitischen Konsequenzen
- Zur Geschichte der Außen- und Militärpolitik der Bundesrepublik
- Bedeutung der Abrüstung für die wirtschaftliche Entwicklung der Welt
- Die Geschichte der Abrüstungsabemühungen seit Hiroshima
- Grenzen und Möglichkeiten der Vereinten Nationen als Bewahrer des Weltfriedens
- Sozial- oder Rüstungsstaat

Ich schlage vor, daß noch für folgende Themen „Bausteine“ ausgearbeitet und zur Verfügung gestellt werden:

Name:

Adresse:

Porto

20 Pf

**An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß**

605 Offenbach 4

Postfach 648

IMMEDIATEN ANGANG FÜR BESCHLAGE

Zu widerhandlungen werden bestraft



BEZIRKSAMT FÜR VERKEHRSSICHERSTELLUNG — ABT. PERSONENKRAFTWAGEN —



IHR AUTO IN SICHERER HAND

An alle Besitzer von Personenkraftwagen

Mit Bezug auf das „Gesetz zur Sicherstellung des Verkehrs“, verkündet am 24. August 1965 (Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 42, herausgegeben zu Bonn am 27. August 1965) wird hiermit die Beschlagnahme Ihres Personenkraftwagens verfügt und angeordnet:

1. Sie haben Ihren Personenkraftwagen am kommenden Montag auf der Kraftfahrzeugsammelstelle Ihres Heimatortes (sofern nicht anders angeordnet am Rathaus) dem Kraftfahrzeug-Sammelplatz-Unterführer zu übergeben. Der Kraftfahrzeugschein und der Kraftfahrzeugbrief sind vorzulegen. Sollten Sie den Kraftfahrzeugbrief nicht besitzen, weil Ihr Personenkraftwagen auf Kredit-Finanzierung läuft, ist eine entsprechende Bescheinigung Ihres Kreditinstitutes beizubringen.
2. Sie haben dafür Sorge zu tragen, daß Ihr Personenkraftwagen bei der Abgabe gereinigt und in technisch einwandfreiem Zustand ist. Er muß mit Notapothek, Reserverad und 50 l Reservebenzin versehen sein.
3. Ihre Pflicht zur vollen Bezahlung des Personenkraftwagens (sofern noch nicht erfolgt) bleibt davon unberührt. Die Zahlung der künftigen Kfz-Steuer wird Ihnen dagegen erlassen.
4. Die von dem Kraftfahrzeug-Sammelplatz-Unterführer ausgestellte Übergabequittung ist sicher aufzubewahren und den Kontrollbeamten des Amtes für Verkehrssicherstellung auf Wunsch vorzuweisen.

Die Personenkraftwagen-Beschlagnahme ist bei der gegenwärtigen Lage und zur Erfüllung der großen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes zwingend notwendig. Die Glaubhaftigkeit unserer Politik der militärischen Stärke erfordert nicht nur von der Bundesregierung, sondern von der gesamten Zivilbevölkerung ein hohes Maß an Einsicht und völkischer Hilfsbereitschaft. Persönliche Opfer lassen sich bei der Herstellung der vollen Verteidigungsbereitschaft nicht vermeiden.

i. A.

F. J. Klesewehner v. d. Lücke

Franz-Josef Klesewehner von der Lücke
(VSB-Verkehrssicherstellungsbeauftragter)

Parlament ausgeschaltet · Demokratische
Politiker verhaftet · Verfassung außer Kraft ·
Gewerkschaften verboten · Alle Zeitungen
unter Zensur · Internierungslager · Streik-
verbot · Militär gegen Bevölkerung einge-
setzt · Wahlen verhindert

Das sind Schlagzeilen von der „Notstands“-
Diktatur in Griechenland. Dort hat sich neben
Portugal und Spanien der dritte faschistische
Staat in Europa etabliert. Die Demokratie in

Europa ist in Gefahr. Die Fünfte Republik
Frankreichs hat starke autoritäre Züge. Und in
der Bundesrepublik werden Notstandsgesetze
vorbereitet.

Gewiß – wir leben nicht in Griechenland. Aber
auch die Notstandsgesetze in unserem Lande,
die bereits beschlossenen und die weiter vor-
gesehenen, werden die politische Landschaft

der Bundesrepublik völlig verwandeln, wenn
sie ausgeführt oder angenommen werden. Sie
werden Grundrechte außer Kraft setzen und
den Notstand der Demokratie herbeiführen.

Noch ist es Zeit, sich über diese Notstandspläne
der Regierung zu informieren, Stellung zu neh-
men und die Annahme der Gesetze zu verhin-
dern. Noch kann die freiheitliche Verfassung
der Bundesrepublik gerettet werden.

**Notstand
droht-
durch Not
stands
gesetze**

Im Deutschen Bundestag kommen jetzt Entwürfe der Bundesregierung für ein verfassungsänderndes Notstandsgesetz und für ein Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Telefongeheimnisses zur Beratung. Das verfassungsändernde Notstandsgesetz soll zugleich die sieben sogenannten „einfachen“ Notstandsgesetze legalisieren, die schon 1965 beschlos-

sen, bisher aber weitgehend noch nicht ausgeführt wurden.

Notstandsgesetze, wie die Bundesregierung sie vorlegt, sind ein Akt der Aufrüstung. Sie stehen deshalb im Widerspruch zu den Beteuerungen der Regierung, sie strebe in ihrer Außenpolitik Entspannung und Verständigung an. Die Annahme dieser Gesetze würde inter-

1. Entmündigung des Bundestages!

Kernstück des verfassungsändernden Gesetzes ist der sogenannte „Gemeinsame Ausschuß“, der aus einigen wenigen Bundestagsabgeordneten und Vertretern des Bundesrates bestehen soll. Der Gemeinsame Ausschuß soll im „Notstandsfall“ anstelle des Bundestages Gesetze erlassen, den Bundeskanzler wählen usw. Nur er soll über die Planungen und Geheiminformationen der Regierung für den Notstandsfall unterrichtet werden. Diesen Ausschuß als „Notparlament“ zu bezeichnen, ist eine grobe Irreführung. Durch die Bildung dieses Ausschusses würde das Parlament in zwei Klassen aufgeteilt, nämlich in solche Abgeordnete, die geheime Informationen „würdig“, und solche, die derselben nicht würdig sind. Der Gemeinsame Ausschuß soll nach einem Verfahren gebildet werden, das es ermöglicht, die Opposition aus dem Ausschuß fernzuhalten. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Gemeinsamen Ausschuß um eine Erweiterung des Kreises von Mitwissern der Exekutive. Der Ausschuß soll schon tätig werden, während die Funktionsfähigkeit von Bundestag und Bundesrat voll besteht.

Falls „die Lage sofortiges Handeln erfordert“ (worüber die Regierung selbst befindet), sollen Bundesregierung und Ausschuß unter Umgehung des Parlaments den „Zustand äußerer Gefahr“ erklären. **Dieses Kernstück der Notstandsverfassung setzt den Kern unserer parlamentarischen Demokratie außer Kraft. Der Bundestag wird so entmündigt, die Opposition ausgeschaltet.**

Die diktatorische Ermächtigung von Bundesregierung und Gemeinsamen Ausschuß soll nicht erst im Kriegsfall, sondern bereits dann geschehen, wenn der „Zustand äußerer Gefahr“ erklärt ist. Regierung und Gemeinsamer Ausschuß erhalten dadurch praktisch unbeschränkte Vollmachten. Wann droht äußere Gefahr? Etwa in einer Situation wie der Kuba-Krise? Oder bei Geheimdienstmeldungen über mögliche Absichten eines möglichen Gegners? Die Feststellung der „äußeren Gefahr“ kann jederzeit manipuliert werden. **Dem legalen Staatsstreich ist damit wie jüngst in Griechenland Tür und Tor geöffnet.** Diese Regelung schützt nicht vor dem Notstand, sie führt den Notstand der Demokratie herbei.

2. Post- und Telefonkontrolle!

Das Post- und Fernmeldegeheimnis soll durchbrochen, Briefschnüffelei und Abhören von Telefonen sollen legalisiert werden, ohne daß den Betroffenen ein Rechtsmittel dagegen zur Verfügung gestellt wird. Hier wird gegen den Willen unserer Verfassung ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet, **hier wird der Weg zum Polizeistaat eröffnet.**

3. Militarisierung von Arbeit und Wirtschaft!

Bundesregierung und Gemeinsamer Ausschuß sollen das Recht erhalten, mitten im Frieden und ohne Befragen von Bundestag und Bundesrat die bestehenden freien Arbeitsverhältnisse in Zwangsarbeitsverhältnisse umzuwandeln. Wehrpflichtige Männer will man für praktisch jeden Zweck dienstverpflichten, d. h. ihren Arbeitsplatz, ihre Arbeitszeit und ihr Arbeitsentgelt zwangsweise zu bestimmen. Nachdem schon die einfachen Notstandsgesetze geeignet sind, die gewerkschaftliche Tätigkeit lahmzulegen, würden so die **Gewerkschaften endgültig entmachtet.** Wo Zwangsarbeitsverhältnisse bestehen, da gibt es trotz aller Deklarationen **kein Streikrecht mehr.**

Welch ungeheure Machtfülle die Exekutive sich auf diese Weise bereits in Friedenszeiten aneignen will, wird noch deutlicher, wenn man die Auswirkungen der bereits beschlossenen, sogenannten „einfachen Notstandsgesetze“ hinzurechnet. Diese Gesetze sind nach Meinung führender Verfassungsrechtler und der Hessischen Landesregierung verfassungswidrig. Sie sollen durch das Notstandsverfassungsgesetz nachträglich legalisiert werden.

Das Selbstschutzgesetz und das Zivilschutzkorpsgesetz gestatten es, **die gesamte Bevölkerung zu erfassen, zu organisieren und zu manipulieren.** Schon heute bemühen sich im Rahmen dieser Gesetze Organe der Bundesregierung, die Gefahren eines zukünftigen Krieges zu verniedlichen und so die Bevölkerung auf den Krieg einzustimmen.

nationale Spannungen verschärfen und die außenpolitische Isolierung der Bundesrepublik aufs neue versteifen.

Notstandsgesetze spiegeln eine trügerische Sicherheit vor. Ein Krieg in Mitteleuropa würde ein unvorstellbares Chaos hervorrufen. Von Notstandsregelungen und Luftschutzmaßnahmen

wäre dann keine Rede mehr. Es geht also vielmehr um die Frage, wie sich diese Gesetze in Friedenszeiten auswirken würden. Was würde nach Annahme dieser Gesetze aus der Demokratie und den Grundrechten in unserem Lande? Brauchen wir diese Gesetze überhaupt? Lesen Sie dazu die folgenden Informationen.



4. Militär als „Polizeikraft“!

Im „Zustand der Äußerer Gefahr“ oder auch schon „bei Gefahr für den Bestand der Bundesrepublik“, bei „inneren Unruhen“ (soweit sie nicht Lohnauseinandersetzungen sind) will die Bundesregierung künftig ohne Zustimmung von Bundestag oder Bundesrat das Militär als „Polizeikraft“ einsetzen. Nach dieser Bestimmung könnte ein demokratischer Streik, wie z. B. seinerzeit der Streik der Gewerkschaften gegen den rechtsradikalen Kapp-Putsch, ohne Einschaltung der Volksvertretung durch den **Einsatz von Militär niedergeschlagen werden**. Eine wesentliche **Sicherung** der demokratischen Ordnung in unserem Lande wäre damit **ausgeschaltet**.

Muß das Grundgesetz geändert werden?

Die Schöpfer des Grundgesetzes kannten sehr wohl die besonderen Probleme des Notstandes. Deshalb befassen sich nicht weniger als sieben Artikel des Grundgesetzes damit, wie Notständen zu begegnen ist. Hinzukommen Bundes- und Ländergesetze. Es gibt also keine „Lücken“ im Grundgesetz, die durch Ermächtigungsgesetze ausgefüllt werden müßten. Das Grundgesetz bewährte sich vorzüglich in vergangenen Krisenjahren, es würde sich erst recht im Rahmen einer Entspannungspolitik bewähren.

Werden die Rechte der Alliierten abgelöst?

Die Bundesregierung behauptet, die Bundesrepublik sei nicht souverän, solange nicht die Vorbehaltsrechte der Alliierten aus dem Deutschland-Vertrag durch Notstandsgesetze abgelöst würden. Diese Behauptung ist unglaubwürdig. Der heutige Nato-Botschafter der BRD, Prof. Grewe, erklärte 1954 im Bulletin der Bundesregierung, daß die alliierten Rechte durch die Änderungen des Deutschlandvertrages bereits beseitigt seien. Führende Staats-

rechtler sind der Auffassung, daß Einschränkungen der Souveränität der Bundesrepublik rechtens nicht mehr bestehen, wohl aber faktisch gegeben sind, — was auch durch Notstandsgesetze nicht geändert würde. Weshalb richtet die Bundesregierung an die Alliierten nicht die öffentliche Anfrage, ob die Vorbehaltsrechte noch bestehen und, falls dies bejaht wird, ob sie durch die Notstandsgesetze abgelöst würden? Der berechtigte Wunsch nach Souveränität für die Bundesrepublik soll offenbar dazu herhalten, die Notstandsgesetze propagandistisch durchzusetzen.

Was kosten die Notstandsgesetze?

Kommen die Notstandsgesetze zur Ausführung, so belaufen sich die Kosten dafür in den nächsten 10 Jahren auf 83 Milliarden DM. Pro Jahr sollen also für die Bundesrepublik 8,3 Milliarden DM Notstandskosten (Das macht pro Jahr für den deutschen Durchschnittshaushalt von 4 Personen rund DM 600,—) zu den bereits vergebenen 20 Milliarden DM direkter Rüstungskosten kommen. Es liegt auf der Hand, daß darüber die zivilen und sozialen Aufgaben des Staates zu kurz kommen, daß die Mittel fehlen, um Wohnungen, Straßen, Schulen und Krankenhäuser zu bauen, um die wirtschaftliche Struktur zu verbessern, um die Arbeitsplätze zu sichern. Im Falle eines Krieges aber hilft heute kein Zivilschutz mehr, — der einzig sichere Zivilschutz ist die Verhinderung des Krieges, die konsequente Friedenspolitik.

Für Demokratie gegen Notstandsgesetze

Die Annahme der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Notstandsverfassung und die Praktizierung der verabschiedeten Notstandsgesetze würden die totale Militarisierung des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik bedeuten, totale Rechtsunsicherheit mit sich bringen und die Beseitigung der Demokratie in der Bundesrepublik oder den legalen Staatsstreich ermöglichen. Diese Gesetze verhindern nicht den Spannungsfall, sie schützen nicht vor seinen Folgen, sie führen ihn herbei! Die Notstandsgesetze sind unvereinbar mit einer glaubwürdigen Entspannungspolitik.

In Übereinstimmung mit dem Kuratorium „Notstand der Demokratie“, mit den Gewerkschaften, mit Wissenschaftlern und Hochschullehrern, kirchlichen Kreisen und anderen politischen und gesellschaftlichen Gruppen fordert die Kampagne für Abrüstung die Verhinderung der geplanten Notstandsgesetzgebung und die Aufhebung der bereits beschlossenen „einfachen“ Notstandsgesetze. Die Abgeordneten des Bundestages fordern wir auf, den Regierungsentwürfen ihre Zustimmung zu versagen und dem Schutz des Grundgesetzes den Vorrang zu geben. Die Demokratie und die Rechte des Staatsbürgers sind in Gefahr. Der Staatsbürger ist aufgerufen, diese Gefahr zu bannen.

Mit dieser Flugschrift haben wir Ihnen gesagt, welche Gefahren die Notstandsgesetze für jeden einzelnen und für die Demokratie bedeuten. Doch was können wir tun? Die Kampagne für Abrüstung arbeitet mit allen demokratischen Mitteln gegen die Notstandsplanungen der Bundesregierung. Die Kampagne gibt auf Anforderung geme Informationsmaterial und auch Vorschläge, wie der einzelne Bürger gegen die Notstandsgesetze tätig werden kann. Nehmen Sie Kontakt auf: Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Merianstr. 13, Postcheckkonto 6255 PSA Firm. — Die in dieser Flugschrift abgedruckte Karikatur ist der DGB-Broschüre „Notstand“ entnommen; Verantwortlich, Verleger und Herausgeber: Klaus Vask, 605 Offenbach am Main, Merianstraße 13, Telefon (06 11) 88 80 51/88 80 52; Druck: Grawo-Druck Offenbach.



ED 346-25-104
Lastschriftzettel B1074

Konto **Frankfurt am Main**

Nr. **2137 35**

10 Deutsche Mark *1* Pf

für

Kamp. f. Abrüstung
Offenbach *1/2A*

in

Spende



(Für Vermerk oder Auftragsbuch
S. B. Karte u. P.Sch.)

Bitte bei Verwendung an das Postfachamt jeden Lastschriftzettel hier einreichen und hieran vorlegen

Das Postfachamt sendet diesen Abrechnungsbogen an den Auftraggeber

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß

ED 743-15-106
Offenbach 4, 12. April 1967
Buchrainweg 161 Postfach 648

15. 4. 67

Anti-Atom-Demonstration in Brüssel

Liebe Freunde,

am 23. April 1967 findet in Brüssel wieder der belgische Anti-Atommarsch statt. Wir sind vom belgischen Nationalkomitee zur Teilnahme an dieser Demonstration eingeladen worden. In der Einleitung heißt es u.a.: "Die Anwesenheit bedeutender ausländischer Delegationen hat zum Erfolg in den vorausgegangenen Jahren beigetragen. Sie ist in der belgischen öffentlichen Meinung Zeugnis für eine internationale Solidarität der Jugend."

Die Träger des belgischen Anti-Atommarsches sind vorwiegend eine breite Auswahl belgischer Jugend- und Studentenverbände. Die Hauptparaden der Demonstration richten sich gegen den Krieg in Vietnam, fordern die Einstellung der Herstellung, der Versuche und der Weiterverbreitung von Atomwaffen, sowie danach Einschränkung und Zerstörung der Atomwaffenbestände und schließlich totale, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung. Die belgische Regierung wird aufgefordert, eine autonome und aktive Friedenspolitik zu verfolgen.

Da für eine Teilnahme an dem belgischen Anti-Atommarsch immer Interesse bestand, haben wir beschlossen, daß wir wieder mit einer Gruppe von etwa 50 Personen an dieser Demonstration teilnehmen. Damit die Interessenten gleichzeitig die Gelegenheit wahrnehmen können, sich Brüssel ein bißchen anzuschauen, ist die Abfahrt bereits am Freitag, 21. April 1967, 19 Uhr ab Frankfurt, Treffpunkt vor dem Gewerkschaftshaus in der Wilhelm Leuschner Str. Wir kommen dann am Samstag früh in Brüssel an und haben den ganzen Tag zur persönlichen freien Verfügung. Die Demonstration am Sonntag beginnt gegen 14 Uhr und anschließend fahren wir zurück nach Frankfurt, wo wir am Montag, 24. April 1967 morgens gegen 4 Uhr eintreffen.

Die Teilnehmergebühren betragen einschließlich Fahrt, Übernachtung und Frühstück DM 30.--, wobei jeder die Kosten für Mittag- und Abendessen sowie weitere Extras selber tragen muß. Verantwortlich vom Hessischen Ausschuß für diese Reise und Teilnahme an der Demonstration in Brüssel ist Sigi Wenzel, der in unserer Geschäftsstelle unter 88 60 51 auch telefonisch zu erreichen ist.

Wir haben leider erst recht spät von dem Termin des Anti-Atommarsches in Brüssel erfahren und konnten unsere Fahrt nach Brüssel wegen organisatorischer Probleme erst jetzt ausschreiben. Wir bitten deshalb jeden, der teilnehmen möchte, sich sofort anzumelden und den untenstehenden Anmeldezettel möglichst per Telex an unsere Geschäftsstelle zu senden. Wir müßten spätestens am Mittwoch, 19. April 1967 alle Anmeldungen hier vorliegen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Hessischen Ausschuß
gez.: Siegfried Wenzel

An die
Kampagne für Abrüstung
-Ostermarsch der Atomwaffengegner-

605 OFFENBACH/M.

Postfach 648

Anmeldung zur Busfahrt nach Brüssel

vom 21. - 24. April 1967

Ich/Wir melden uns hiermit zur Busfahrt nach Brüssel an:

1.

2.
(Name) (Vorname)

1.

2.
(Postl.) (Ort) (Straße)

.....
(Unterschrift)

Bitte deutlich schreiben!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 717-25-107
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

10. 6. 67
605 Offenbach 4
Buchrainweg 161
Postfach 648

Sonderprogramm „Eingreifen in die Diskussion“

Es zeigt sich immer wieder, daß die Kampagne für Abrüstung bei vielen Gelegenheiten das Wort ergreifen könnte und auch willige Zuhörer fände, wenn sie nur über genügend geeignete Referenten und Diskussionsredner verfügte. Das Sonderprogramm „Eingreifen in die Diskussion“ soll dazu dienen, Mitarbeiter, Teilnehmer an den Aktionen der Kampagne und Unterzeichner des Ostermarschauftrages zur Übernahme dieser Aufgabe zu bewegen.

Mit dem Sonderprogramm soll u. a. die Vorstellung durchbrochen werden, daß nur durch Einsatz prominenter Redner eine Wirkung erzielt werden kann. Die Erfahrung zeigt vielmehr, daß gerade auch dem örtlich bekannten oder bekannt werdenden Redner eine sehr große Bedeutung im Rahmen der gesamten Arbeit der Kampagne zukommt.

In der ersten Phase des Sonderprogramms „Eingreifen in die Diskussion“ stellt die Kampagne „Bausteine“ für Redner- und Diskutanten-Dispositionen zur Verfügung. Bisher sind „Bausteine“ zum Krieg in Vietnam und zu den Notstandsgesetzen vorhanden. In Vorbereitung sind „Bausteine“ zu Problemen der europäischen Sicherheit. In der zweiten Jahreshälfte 1967 werden außerdem „Bausteine“ zu etwa folgenden Themen zur Verfügung stehen: Zur Geschichte der Außen- und Militärpolitik der Bundesrepublik; die Bedeutung der Abrüstung für die wirtschaftliche Entwicklung der Welt; die Geschichte der Abrüstungsbemühungen seit Hiroshima; Grenzen und Möglichkeiten der Vereinten Nationen als Bewahrer des Weltfriedens; Sozial- oder Rüstungsstaat.

Das gebotene Material ist so vollständig, daß es wohl für fast alle Fälle die erforderlichen „Bausteine“ für Referate, Diskussionen oder auch schriftliche Beiträge für Zeitungen, Leserbriefe etc. liefern kann.

Die „Bausteine“ können mit dieser Bestellkarte von der Geschäftsstelle des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung bezogen werden für einen Urkostenbeitrag von 2,- DM je Exemplar. Auf der Bestellkarte sind auch Vorbestellungen für „Bausteine“ zu Themen, die noch in Vorbereitung sind, möglich.

gez.: Dr. Andreas Buro
- Sprecher -

gez.: Klaus Vack
- Geschäftsführer -

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Zahlung folgende „Bausteine“ des Sonderprogramms „Eingreifen in die Diskussion“ (vorhandene „Bausteine“ sofort, soweit noch nicht vorhanden nach Fertigstellung):

- Die politischen Ursachen des Vietnam-Krieges
- Die Notstandsgesetzgebung und ihre innen- und außenpolitischen Konsequenzen
- Zur Geschichte der Außen- und Militärpolitik der Bundesrepublik
- Bedeutung der Abrüstung für die wirtschaftliche Entwicklung der Welt
- Die Geschichte der Abrüstungs Bemühungen seit Hiroshima
- Grenzen und Möglichkeiten der Vereinten Nationen als Bewahrer des Weltfriedens
- Sozial- oder Rüstungsstaat

Ich schlage vor, daß noch für folgende Themen „Bausteine“ ausgearbeitet und zur Verfügung gestellt werden:

.....
.....
Name:

Adresse:

Porto
20 Pf

**An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß**

605 Offenbach 4

Postfach 648



ED 741-25-109

Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

Offenbach, 10. Mai 1967 16. 5. 67

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Wir haben lange nichts von uns hören lassen, was darauf zurückzuführen ist, daß die mit der überörtlichen Organisationsarbeit in Hessen betrauten Mitarbeiter der Kampagne nach dem Ostermarsch ziemlich erschöpft waren und eine Ruhepause einlegen mußten.

Stellungnahme zu den Ostermärschen 1967

Heute geben wir Ihnen beigelegt einiges Material über den Ostermarsch 1967. Sie finden einen Bericht von Andreas Buro "Ostermarsch 1967 - neuer Stil, neue Perspektiven" und die nachösterliche Ausgabe der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Besonders empfehlen wir eine recht umfassende Zusammenstellung mit Presseinformationen über den Ostermarsch 1967, eine Broschüre mit dem Titel "Der Ostermarsch im Spiegel der öffentlichen Meinung", Stückpreis DM 3.50, Bestellungen an die Geschäftsstelle.

Notstand droht durch Notstandsgesetze

Mit den Notstandsgesetzen wird es nun ernst. Die Bundesregierung der Großen Koalition will jetzt die erneuerten Entwürfe (von der Regierung am 10. März 1967 beschlossen) für ein verfassungsänderndes Notstandsgesetz und ein Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses im Bundestag und Bundesrat durchsetzen. Vor der ersten Beratung im Bundesrat am 28. April 1967 wurden die derzeitigen Entwürfe mit 22 Abänderungsvorschlägen bejaht. Als einziges Bundesland meldete Hessen gegen mehrere der vorgeschlagenen Regelungen, die im wesentlichen die Freiheits-sphäre des Bürgers berühren, erhebliche Bedenken an. Die erste Lesung im Bundestag ist nunmehr für Ende Mai/ Anfang Juni vorgesehen.

Gerade jetzt darf die Diskussion über die Notstandsgesetze nicht auf Parlament, Bundesrat und Regierung beschränkt bleiben. Die Parlamentarier müssen beim Wort genommen werden, wenn sie immer wieder sagen, sie seien zu Hearings und anderen Diskussionen mit Bürgern und Vereinigungen, die die Notstandsplanungen kritisieren, bereit. Darüber hinaus müssen wir mit Informationen und Aktionen verstärkte breite Aufklärung über den wahren Charakter der Notstandsgesetze betreiben.

In den INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG finden Sie auf Seiten 18 und 19 einige Informationen über die erneuerten Entwürfe der Bundesregierung. Der beigelegten Bestellliste können Sie entnehmen, welches Material die Kampagne zur Zeit für Aktionen und Aufklärung gegen die Notstandsgesetze zur Verfügung stellt. Alle Ausschüsse der Kampagne sind von dem Zentralen Ausschuß aufgerufen worden,

den Juni zum Monat intensiver Aktivität und breiter Aufklärung gegen die Notstandsgesetze zu machen. Wir bitten darum, daß alle Mitarbeiter und Mitstreiter der Kampagne, die Bemühungen der Örtlichen Ausschüsse tatkräftig unterstützen; eine Anleitung zum Handeln gibt der Rundbrief "Was tun?", welchen wir Ihnen auf Anforderung gerne zusenden.

Eingreifen in die Diskussion

Es zeigt sich immer wieder deutlich, daß die Kampagne bei vielen Gelegenheiten das Wort ergreifen könnte und auch willige Zuhörer fände, wenn sie nur über genügend geeignete Referenten und Diskussionsredner verfügte. Ein Sonderprogramm "Eingreifen in die Diskussion" soll dazu dienen, Mitarbeiter und Unterzeichner zur Übernahme dieser Aufgaben zu bewegen. Sie sollen durch das Sonderprogramm angeregt und ermutigt werden. Gleichzeitig soll mit dem Sonderprogramm die Vorstellung durchbrochen werden, daß nur durch Einsatz prominenter Redner eine Wirkung erzielt werden kann. Die Erfahrung zeigt vielmehr, daß gerade auch dem örtlich bekannten oder bekannt werdenden Redner eine sehr große Bedeutung im Rahmen der gesamten Arbeit der Kampagne zukommt. Der Zentrale Ausschuß stellt deshalb Redner- und Diskutanten-Dispositionen zur Verfügung. Fertiggestellt ist das Material zum Krieg in Vietnam. In Vorbereitung sind Dispositionen zur Notstandsgesetzgebung und zu Fragen der europäischen Sicherheit. Die Dispositionen bestehen aus "Bausteinen" für Reden und Diskussionen und sind so vollständig, daß sie für fast alle Fälle das erforderliche Material für ein Referat oder einen anderen Beitrag liefern.

Die Örtlichen Ausschüsse der Kampagne werden sich jetzt bemühen, das Sonderprogramm "Eingreifen in die Diskussion" energisch anzukurbeln. Dabei geht es vor allem darum, Möglichkeiten zu vermitteln, wo die Redner und Diskutanten auftreten können, also im kleinen Kreis von Jugend-, Vereins- und Gewerkschaftsgruppen etc. oder bei größeren Veranstaltungen und Forumsdiskussionen. Auch in Schulen, bei den Volkshochschulen, in den Gemeindeabenden der Kirchen sowie bei anderen Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung ist es oftmals möglich, Referenten zu vermitteln. Nach den bisherigen Beobachtungen besteht überall ein großer Mangel an Referenten und an Ideen für die Gruppenarbeit.

Weiterhin ist vorgesehen, alle an dem Sonderprogramm interessierten Mitarbeiter und Unterzeichner zu einem zentralen Treffen am 10./11. Juni 1967 in Frankfurt (Main) einzuladen. Wer eine Einladung zu dieser Zusammenkunft wünscht, teile sein Interesse bitte recht bald der Geschäftsstelle mit.

Seminar für junge Leute

Der Hessische Ausschuß plant in der ersten Woche der Sommerferien ein Seminar für junge Leute zu veranstalten, zu welchem 15- bis 18jährige Jugendliche eingeladen werden sollen. Bei dem Seminar werden die politischen Ziele der Kampagne für Abrüstung diskutiert werden. Eine Einladung mit genauen Informationen über die Diskussions-themen, Veranstaltungsort, Termin und Teilnehmergebühr wird in den nächsten 14 Tagen verschickt werden.

Das wär's für heute.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Heiner Halberstadt
- Sprecher -

gez.: Inge Druschel
-Geschäftsführerin-

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Deutscher Ausschuss

609 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

- Arbeits Rundbrief "Was tun" zu den Notstandsgesetzen, kostenlos DM -----
- Flugblatt "Notstand droht durch Notstandsgesetze" 100 Stck. DM 5,-- DM -----
- Redner- und Diskutanten-Disposition zur Notstandsgesetzgebung, Stck. DM 2,-- DM -----
- Broschüre des Kuratoriums NOTSTAND DER DEMOKRATIE zu dem neuen Regierungsentwurf, kostenlos DM -----
- Plakat, Notstand droht durch Notstandsgesetze, kostenlos DM -----
- INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG, Ausgabe Juni mit Informationen zu den Notstandsgesetzen Stck. DM 1,-- DM -----
- Notstands Report, Stck. DM 5,-- DM -----
- Wandzeitung über die Notstandsgesetze, DIN A 1 Querformat, Stck. DM 0,50 DM -----
- Broschüre "Der totale Notstandsstaat", Sonderpreis DM 2,20 DM -----
- Paperback Buch mit den Referaten ect. des Herbstkongresses NOTSTAND DER DEMOKRATIE, Stck. 6,50 DM -----
- Karikaturen Buch von Arno Ploeg, "Notstand unser" Stck. DM 5,-- DM -----
- Flugblatt "Appell für den Frieden in Vietnam" 10 Stck. DM 2,--, 50 Stck. DM 6,-- DM -----
- Vietnam Wandzeitung, DIN A 2 Querformat APPELL FÜR FRIEDEN IN VIETNAM mit Bilddokumentationen Stck. DM 0,60 DM -----
- Redner und Diskutantendisposition zum Krieg in Vietnam, Stck. DM 2,-- DM -----
- Vietnam Report, Stck. DM 5,50 DM -----
- IZA Sonderdruck "Berichte über Vietnam" von Egon Lutz u.a., Stck. DM 1,--, ab 10 Stck DM 0,50 DM -----

Institut für
Archiv

- Flugblatt "Wer steht hinter diesem Zeichen?"
100 Stck DM 5,-- DM -----
- Sonderdruck INFORMATIONEN UBER DIE KAMPAGNE
Stck. DM 0.50 DM -----
- Sonderdruck der IZA mit Informationen über den
Atomwaffensperrvertrag, 50 Stck DM 4,--, 5 Stck.
DM 1,-- DM -----
- Sonderdruck der IZA mit dem Sofortprogramm der
Kampagne, 100 Stck. DM 4,--, 10 Stck DM 1,-- DM -----
- Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne
Stck. DM 2,-- DM -----
- Broschüre "Was steckt hinter dem Atomwaffensperr-
vertrag" von R. Schultz Stck. DM 1,-- DM -----
- Broschüre mit der Sozialenzyklika, Ostern 67.
Stck. DM 2,-- DM -----
- Buch "Schluss mit Deutschland?" von J.w. Klefisch
Sonderpreis DM 3,-- DM -----
- Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz"
von Dr. Bodo Manstein, Stck DM 5.80 DM -----
- Broschüre "Der OM im Spiegel der öffentlichen Meinung
mit Presseübersicht zum OM 67 Stck. DM 3.50 DM -----
- Flugblatt mit der Erklärung der Kampagne zum Militär-
putsch in Griechenland 100 Stck. DM 5,-- DM -----
- Ostermarschabzeichen, klein, Stck DM 1,-- DM -----
- Ostermarschabzeichen, mittel, dto. DM -----
- Ostermarschabzeichen, gross dto. DM -----
- OM Sonderabzeichen, "Ostern 67", Stck. DM 1,-- DM -----
- Kugelschreiber mit OM Emblem, Stck. DM 1,-- DM -----
- Autoklebeplakette, selbstklebend mit OM Emblem
Stck. DM 1,-- DM -----
- 5 Bogen Briefaufklebemarken (150 Marken) DM 1.50 DM -----
- Skatspiel mit OM Emblem, Stck. DM 4.50 DM -----
- Postkarten mit Karikaturen von Arno Ploog, Satz
5 Karten DM 1,-- DM -----
- Ostermarschschallplatte "wir wollen dazu was sagen"
mit 8 Songs und einem Textheft, Stck. DM 8.50 DM -----

Name: -----

Anschrift: -----

Unterschrift

D 7/13-75-110

Ostermarsch 1967 - neuer Stil, neue Perspektiven

von Dr. Andreas Buro
Sprecher des Zentralen Ausschusses
der Kampagne für Abrüstung

Die diesjährigen Osterdemonstrationen der Kampagne für Abrüstung werden überall dort Enttäuschung hervorgerufen haben, wo man darauf spekuliert hatte, daß die sogenannte Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung den Ostermärschen das Wasser abgraben würde. Enttäuscht wurden aber auch alle, die einen Massenansturm über die Große Koalition empörter Sozialdemokraten und Gewerkschafter erwartet hatten. Beides traf nicht ein. Trotzdem können die diesjährigen Ostermärsche als beachtlicher Schritt vorwärts bewertet werden und zwar vorwiegend aus drei Gründen.

1. Die Beteiligung von jungen Menschen nahm in einem unvorhergesehenen Ausmaß zu. Man kann geradezu von einer "Jugendwelle" sprechen, die auf die Kampagne zugerollt kommt und die anscheinend bei weitem noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat. Offensichtlich drückt sich darin die allgemeine Unzufriedenheit mit der Sterilität unseres politischen Lebens und mit den autoritativen und reaktionären Tendenzen innerhalb der Gesellschaft aus. Die starke Beteiligung Jugendlicher hat denn auch das erhebliche Anwachsen der Teilnehmerzahlen - in diesem Jahr wurde zum erstenmal die 150 000er Grenze überschritten - bewirkt. Eine weitere Zahlenangabe: vor und zu Ostern wurden in der Bundesrepublik über 1000 verschiedene Veranstaltungen der Kampagne durchgeführt.
2. Die seit langem sich andeutende Tendenz, aus den Ostermärschen eine Vielzahl, ja geradezu ein Feuerwerk verschiedener gezielter und origineller Aktionen zu machen, hat sich in diesem Jahr endgültig durchsetzen können. Die Kampagne sprach deshalb auch nicht zu unrecht von "Osterdemonstrationen in neuem Stil". So fanden Straßen- und Hausdiskussionen, Ausstellungen, Revuen, Versteigerungen, Foren, Autokorsos und Hearings statt und für Vietnam wurde in Verbindung mit Protestsong- und Straßenkonzerten Geld gesammelt. Besonders die Revue-Veranstaltungen, in denen Protestsongs und Gedichte dominierten, spielten eine entscheidende Rolle. In dieser Vielgestaltigkeit der Aktionsformen drückt sich, so meine ich, die Tendenz aus, individueller und differenzierter an die Probleme der Gegenwart heranzugehen. Anscheinend wächst die Bereitschaft, sich als einzelner aus der Gruppe herauszuwagen und sich der Diskussion mit den Andersdenkenden zu stellen.
3. Das letzte Kriterium betrifft die Verhaltensweise der Betrachter am Straßenrande und der Journalisten. Wenn auch von der Springer-Presse bis zum Münchner Merkur getreulich nachgedruckt wurde, daß die Ostermärsche bei der Bevölkerung nur wenig Beachtung gefunden hätten, stimmt dies offensichtlich nicht. Natürlich sind zu Ostern die Städte nicht so stark bevölkert wie sonst, so daß die Straßen häufig leer wirken. Anzunehmen allerdings, daß die Menschen aus Abneigung gegen den Ostermarsch die Städte verlassen und über Ostern verreisen, wie jene Journalisten es offensichtlich vermuten, wäre absurd. Die Wirklichkeit war anders. Im Gegensatz zu früheren Reaktionen konnten heuer fast durchweg positive und zumindest nachdenkliche Reaktionen bei den Zuschauern des Ostermarsches beobachtet werden. Die feindliche und bornierte

Aggression vergangener Jahre ("Demonstriert doch im Osten!") zeigte sich nur noch sehr selten. Der Sturz der Erhard-Regierung, die für den Bundesbürger anscheinend über Nacht hereingebrochene Wirtschaftskrise, die heftige Kritik des Auslandes an der Haltung bundesrepublikanischer Politiker zu dem Atomwaffen-Sperrvertrag scheinen erheblich zu Kritik und Nachdenken angeregt zu haben. Auch die Presseberichterstattung hat sich, wenn man von den professionellen Diffamierern absieht, qualitativ geändert. So wurden in diesem Jahr fast durchweg die politischen Aussagen der Kampagne dargestellt und es fehlten meistens die hämischen Randbemerkungen, die früher mit Vorliebe gebraucht wurden, um eine Abwertung des Anliegens der Ostermärsche und eine Distanzierung der Redaktion zum Ausdruck zu bringen.

Insgesamt kann aus dem diesjährigen Osterdemonstrationen eine deutliche Bestätigung der bisherigen Arbeits- und Verhaltensweise der Kampagne für Abrüstung herausgelesen werden. Sie zeigen ferner eindrucksvoll, daß eine breite Schicht der Bevölkerung durch eine hartnäckig vorgetragene, nüchterne Argumentation erreicht werden kann. Sie erweisen aber auch, daß es richtig war, eine solche Sammelbewegung auf einer nicht-ideologisch-festgelegten Basis zu betreiben, daß es richtig war, konsequent nur die Gesichtspunkte der Friedenssicherung und Abrüstung als Maßstab für die politischen Aussagen der Kampagne zu verwenden und auf ideologische Wertmaßstäbe der einen oder anderen Richtung als Beurteilungsgrundlage zu verzichten. Nur auf dieser Basis war es möglich, eine so breite Zustimmung aus den verschiedensten Richtungen zu finden und diese wiederum auf die für alle Richtungen entscheidenden Probleme der Friedenssicherung zu konzentrieren.

Schließlich bestätigen aber auch diese Ostermärsche wiederum die Eignung einer außerparlamentarischen Sammelbewegung, um im Vorfeld der Parteien politisches Engagement des Bürgers herzustellen. Dabei hat sich die lockere Struktur der Kampagne, die einerseits genügend Spielraum für die Initiative des einzelnen bietet, andererseits aber in straffer Disziplin die Einhaltung der gemeinsamen Beschlüsse durchsetzt, gut bewährt. Dies sind wohl auch die wichtigsten Gründe dafür, daß die in jüngster Zeit immer wieder an die Kampagne gerichteten Vorschläge zur Umbildung in eine Partei von dieser mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden sind. Die hierüber geführten Diskussionen ergaben immer wieder sehr deutlich, daß in Wirklichkeit die Alternative Kampagne oder Partei garnicht besteht, sondern daß eine außerparlamentarische Sammelbewegung unabhängig von allen parteipolitischen Bildungen in sich einen so erheblichen Wert besitzt, daß darauf nicht verzichtet werden kann. So wird die Kampagne auch weiterhin ihre strikte parteipolitische Neutralität wahren und versuchen, ihre politischen Vorstellungen in alle Gruppierungen hineinzutragen.

Allen Anschein nach werden die diesjährigen Osterdemonstrationen einer weiteren wichtigen Erkenntnis innerhalb der Kampagne zum Durchbruch verhelfen. Die Entspannungsbestrebungen der beiden Atomgiganten in Europa und das Bemühen europäischer Staaten, eine eigenständigere Politik zu betreiben, lassen ein vielschichtigeres, schillernderes Bild entstehen. In dieser Situation muß die Kampagne neben der Demonstration mit weiteren neuen Mitteln arbeiten, sie muß zu einer stärkeren, unmittelbaren geistigen Auseinandersetzung mit den politischen Problemen und Tendenzen kommen. Hierzu ist das Sonderprogramm "Eingreifen in die Diskussion" ein erster wichtiger Beitrag.

Wie soll es jetzt weitergehen?

Auch der diesjährige Ostermarsch der Kampagne für Abrüstung zeigt wieder, daß ein großer Teil der Bevölkerung für eine Politik der Vernunft eintritt. Immer mehr Menschen sind bereit, für eine Politik zu kämpfen, die die Interessen der arbeitenden Menschen und nicht die von Wirtschaftsführern und Parteimanagern vertritt.

Wie kann eine solche Politik durchgesetzt werden?

Von der SPD können wir heute keine Politik erwarten, die den Interessen der arbeitenden Menschen dient. Denn was hat sie eigentlich mit der großen Koalition erreicht?

Sie hat erreicht,

- daß Franz Josef Strauß wieder Minister wurde,
- daß das Haushaltsdefizit nicht durch eine Senkung der Rüstungskosten, nicht durch verstärkte Besteuerung der Groß-Einkommen und Riesenvermögen gedeckt wird
- daß die Massenvorbrauchssteuern erhöht wurden und die Sozialausgaben um 1,5 Mrd. DM gekürzt wurden,
- daß weiterhin Milliardenbeträge als Tributzahlungen an die USA-Regierung gezahlt werden,
- daß die Gewerkschaften mit Hilfe eines sozialdemokratischen Wirtschaftsministers durch „Lohnleitlinienpolitik“ unter die Kontrolle des Staates und der Unternehmerverbände gebracht werden können,
- daß die Notstandsgesetze im Kabinett verabschiedet wurden und im Bundestag eine sichere Mehrheit finden werden,
- daß die Bundesregierung den geplanten Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen zwischen den USA, der UdSSR und Großbritannien torpediert.

Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, daß diese SPD von ihren Mitgliedern noch zu einer Änderung ihrer Politik gezwungen werden kann.

Es gibt heute keine Partei,

- die konsequent die Interessen der arbeitenden Mehrheit unseres Volkes und die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der großen Industriegewerkschaften vertritt,
- die sich zum Fürsprecher der Probleme der Jugend in den Betrieben und Schulen macht,
- die sich für die Belange der Professoren, Wissenschaftler und Studenten einsetzt.

Institut für Geschichte

Die Kampagne für Abrüstung und die Bewegung der Notstandsgegner, so wichtig ihre Arbeit im Rahmen der gesamten demokratischen Opposition heute ist, können diese Aufgabe nicht erfüllen. Diese Bewegungen müssen ihre Politik organisatorisch unabhängig und offen für alle demokratischen Kräfte führen. Ihre Arbeit reicht nicht aus, wenn ein konsequenter Kampf gegen die Regierungspolitik der großen Koalition geführt werden soll.

Nur eine organisierte sozialistische Opposition kann einen wirksamen Kampf gegen die herrschende Politik führen.

Die sozialistische Opposition entsteht nicht durch Erklärungen und Proklamationen. In vielen Orten der Bundesrepublik haben sich bereits Mitglieder der Arbeiterjugendorganisationen, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter und Intellektuelle in Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen, um die Möglichkeiten, Ziele und Aufgaben einer sozialistischen Politik in der Bundesrepublik zu diskutieren und politische Aktionen durchzuführen.

Aber diese Arbeit kann nur wachsen, wenn noch mehr mitarbeiten, wenn noch mehr bereit sind, ihre Arbeitskraft einzusetzen, Geld zu spenden und die Arbeit der sozialistischen Opposition nachdrücklich und beständig zu unterstützen.

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf!

Südhessen: Irmgard Lauer, 6000 Frankfurt, Idsteiner Straße 128

Nördhessen: Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition ASO
3550 Marburg/L., Postfach 573

Konto: 1923 Kreissparkasse Marburg/L.

Erklärung zum Abschluß der Ostermärsche 1967



Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat die folgende Erklärung beschlossen, mit der die Politik der Kampagne für die Zeit nach Ostern umrissen wird:

Friedenssicherung in der Welt und in Europa, Schutz demokratischer und sozialer Rechte in der Bundesrepublik — darum geht es. Von Entspannung wurde in jüngster Zeit viel gesprochen, aber noch ist Entspannung nicht Wirklichkeit geworden. Noch immer spielen illusionäre politische und militärische Ambitionen eine gefährliche Rolle in der Haltung Bonns. Fünf Kriterien nennen wir für Vernunft oder Unvernunft der künftigen Politik unseres Landes.

Erstens: Die Bundesrepublik darf sich dem Abschluß eines Atomwaffensperrvertrages nicht länger entgegenstellen. Ein solcher Vertrag verringert die Gefahr eines atomaren Weltkrieges; er behindert keineswegs die friedliche Nutzung der Kernenergie. Ein solcher Vertrag liegt im Interesse der Bevölkerung unseres Landes. Daß ihm Abrüstungsmaßnahmen folgen müssen, wird auch von den Atommächten nicht bestritten. Wenn trotzdem maßgebende Politiker der Bundesrepublik den Abschluß eines Atomwaffensperrvertrages zu verhindern suchen, so handeln sie nicht aus Sorge um die friedliche Entwicklung unserer Wirtschaft und Wissenschaft. Es geht ihnen immer noch um die Beteiligung an einem atomaren Waffensystem, etwa auf dem Wege über eine europäische Atomstreitmacht.

Zweitens: Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise erhöht die Bundesregierung den Rüstungsatz in diesem Jahr um mehr als zwei Milliarden Mark. Statt auf diese Weise unsere Volkswirtschaft weiter zu zerrütten, sollten endlich die Rüstungsausgaben gekürzt werden zugunsten ziviler Leistungen. Nichts könnte die von der Bundesregierung angekündigte Friedenspolitik glaubwürdiger machen. Sozialstaat statt Rüstungsstaat — das ist eine reale Möglichkeit für unser Land.

Drittens: Die gesetzgeberische Vorbereitung auf den totalen Krieg, die Militarisierung der Gesellschaft durch Notstandsgesetze sind unvereinbar mit einer glaubwürdigen Entspannungs- und Friedenspolitik. Die Bundesregierung gibt vor, mit ihren neuen Entwürfen für eine Notstandsgesetzgebung der allgemeinen Kritik der Öffentlichkeit Rechnung getragen zu haben. Tatsächlich bedeuten die bereits beschlossenen und die vorgesehenen Notstandsgesetze, daß die freiheitliche Verfassungsordnung und daß Grundrechte abgebaut würden und stattdessen politische Macht bei der Regierung und bei einer kleinen Gruppe von Spitzenpolitikern konzentriert würde. Diese Gesetze sind überflüssig. Die Regelungen des Grundgesetzes reichen auch für den Krisenfall aus. Die Notstandsgesetze stellen eine Gefahr für die Demokratie und für die Abrüstung dar, sie können den Fortschritt der Entspannung in Europa nur behindern. Die Notstandsgesetze führen den Spannungsfall erst herbei, vor dessen Risiken sie uns angeblich schützen sollen. Deshalb fordern wir wie Gewerkschaften, wie viele Repräsentanten des politischen, kirchlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens und wie das Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE: Verzicht auf jede weitere Notstandsgesetzgebung; Annullierung der bereits vorhandenen Gesetze; Zurückziehung der bereits an die Verwaltungen ausgegebenen gesetzeswidrigen Schubladenverordnungen. Wir brauchen keine Steigerung der Regierungsvollmachten, sondern mehr demokratische und soziale Mitbestimmung.

Viertens: Diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten können ein Schritt zur Entspannung sein. Sie sind es aber nur dann, wenn sie eine neue europäische Sicherheitspolitik und Rüstungsbeschränkung zum Ziel haben. Militärische Entspannung in Europa erfordert Verhandlungen zwischen allen europäischen Staaten. Den wirklichen Verhältnissen entsprechend muß dabei die Regierung in Bonn die Bundesrepublik, die Regierung in Ost-Berlin die DDR vertreten. Ein Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für Gesamtdeutschland hat angesichts der Realität keine Grundlage und stellt ein Hindernis für die Entspannung dar. Im Interesse der Entspannung in Europa liegt es auch, auf Gebietsforderungen zu verzichten.

Fünftens: Die Unterstützung des Krieges der USA gegen das vietnamesische Volk durch die Bundesrepublik muß endlich aufhören. Wenn unser Bekenntnis zur Freiheit glaubwürdig sein soll, müssen wir auch für die Freiheit des vietnamesischen Volkes eintreten, das gegen die USA für seine Unabhängigkeit kämpft.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland fordert jeden Bürger auf, dem Frieden der Welt zu dienen. Die Kampagne für Abrüstung zieht hieraus die Konsequenz, sie zeigt, wie Friedenspolitik in unserem Lande aussehen muß. Für diese Politik tritt die Kampagne ein und ruft alle Bürger, gleichgültig welcher Weltanschauung und Partei, auf, mitzuhelfen, daß aus Mitteleuropa nicht nur im Wort, sondern in der Tat eine Brücke zwischen Ost und West wird.

Erklärung zum Vietnam-Krieg

Von Tag zu Tag verschärft die Regierung der USA den Krieg gegen das vietnamesische Volk. Auf brutale Weise wird der riesige Militärapparat des größten Industriestaates der Welt gegen ein kleines, um seine nackte Existenz ringendes Volk, eingesetzt. Die Amerikaner verwenden in Vietnam Gas und chemische Kampfstoffe. Sie praktizieren die Politik der verbrannten Erde, der Vernichtung von Feldern und Ernten, der zwangsweisen Umsiedlung ganzer Dorfgemeinschaften, der Ausrottung der Bevölkerung durch Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Die völkerrechtswidrige Aggression gegen Nordvietnam wird gesteigert. Bomben und Minen treffen hier längst auch die Zivilbevölkerung.

Unberührt von der Kritik und den Friedensvorschlägen U Thants, des Papstes und vieler Staatsmänner in Ost und West setzt die Regierung der USA alles auf den militärischen „Endsieg“ in Vietnam.

Was hier geschieht ist Völkermord. Politische Moral und Humanität werden zu zynischen Formeln, wenn hier nicht Widerspruch erhoben wird. Es ist bekannt, daß die Mehrheit in unserem Volk das Vorgehen der USA in Vietnam ablehnt. Die Bundesregierung aber billigt nach wie vor den Krieg der USA gegen Vietnam. Sie unterstützt weiterhin die amerikanische Politik in Vietnam und die Regierung Ky. Unsere Volksvertreter sehen dem schweigend zu. Wer hier schweigt, macht sich mitschuldig.

Entspannung in Europa und Frieden für Vietnam sind eng miteinander verbunden. Die Beendigung des Krieges in Vietnam, die Rückkehr zu den Genfer Vereinbarungen sind Bedingungen einer weltweiten Friedenspolitik. Wir verlangen daher, daß die Bundesregierung die politische und finanzielle Unterstützung des amerikanischen Krieges in Vietnam sofort einstellt. Unsere Mitbürger rufen wir auf: Unterstützt unsere Sammlung für die Opfer des Krieges in Vietnam.

Im Interesse des vietnamesischen Volkes, im Interesse aber auch des amerikanischen Volkes und des Friedens in der Welt fordern wir:

- Einstellung der Bombardierung Nord-Vietnams;
- Einstellung der Kriegsführung mit Gas und chemischen Kampfstoffen;
- Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner;
- Einstellung jeder militärischen Aktivität in Süd-Vietnam;
- Verhandlungen auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954;
- Abzug aller ausländischen Truppen, Unabhängigkeit und Neutralität für ganz Vietnam.

Ostern 1967

**Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
– Zentraler Ausschuß –**

Für eine Politik, wie sie in der Abschlusserklärung zum Ostermarsch 1967 gefordert wird, wird die Kampagne für Abrüstung auch nach Ostern eintreten. Wir geben Ihnen gerne Informationen.



Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschuß, 805 Offenbach, Merlanstr. 13.
Tel : 06 11 - 88 60 51, Postscheck Ffm. 8255; Herausgeber, Verleger und verantwortlich: Klaus Vack, 805 Offenbach; Druck: Alfred W. Dunker Frankfurt/M.

Bitte informieren Sie mich unverbindlich über die Kampagne für Abrüstung und die weitere Arbeit nach den Ostermärschen 1967:

Name: _____

Alter: _____ Beruf: _____

Genauo Anschrift: _____

Bitte ausschneiden und an obenstehende Anschrift absenden.



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

27. 3. 67

Presseinformation

Der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde erhoben und einen Antrag auf Erlaß ^{einerner} einstweiligen Anordnung gestellt, wodurch die Frankfurter Polizeibehörde gezwungen werden sollte, die Kampagne nicht zu behindern, während des Ostermarsches 1967 Lautsprecher mitzuführen und zu betreiben.

Bereits Ostern 1966 hatte der Hessische Ausschuß für den Ostermarsch 1967 die Benutzung von Lautsprechern auch während des Marsches angemeldet. Durch eine bürokratische Verzögerungstaktik konnten die Polizeibehörden, die eine Lautsprecherbenutzung nicht genehmigen wollen, eine gerichtliche Entscheidung hinauszögern.

Am 28. Februar 1967 hat die Kampagne für Abrüstung mit einer Klage Erfolg gehabt und das Verwaltungsgericht Frankfurt verpflichtete die Stadt Frankfurt, der Kampagne die Erlaubnis zu erteilen, während des Ostermarsches 1967 Lautsprecher mitzuführen und zu betreiben. In seiner Urteilsbegründung berief sich das Frankfurter Verwaltungsgericht auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit und stellte fest, daß die Kampagne für Abrüstung ebenso wie die politischen Parteien einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb von Lautsprechern habe.

Nunmehr hat die Polizeibehörde der Stadt Frankfurt gegen das Urteil Berufung eingelegt und weigert sich gleichzeitig, für den Ostermarsch 1967 dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Frankfurt zu folgen. Da die Berufung erst nach Ostern entschieden werden kann, droht dem Ostermarsch eine Grundrechtsverletzung, die nur auf dem Wege einer einstweiligen Anordnung durch das Bundesverfassungsgericht hätte abgewendet werden können. Da das Bundesverfassungsgericht wegen der Kürze der Zeit, was eindeutig auf das Verschulden und die Verzögerungstaktik der Frankfurter Polizeibehörde zurückzuführen ist, über diesen Antrag nicht mehr entscheiden konnte, ist nach Auffassung des Hessischen Ausschusses für die Teilnehmer des Ostermarsches 1967 ein Widerstandsrecht gemäß Art. 147 der Hessischen Verfassung gegeben.

ein vorschlag für ostern:

OSTERMARSCH '67

WIR PRÄSENTIEN 5 OSTEREIER

Osterei 1	Osterei 2	Osterei 3	Osterei 4	Osterei 5
<u>Samstag, 25.3.</u>	<u>Sonntag, 26.3.</u>	<u>Montag, 27.3.</u>	<u>Montag, 27.3.</u>	<u>Montag, 27.3.</u>
Treffpunkt Hanau, 10 Uhr Schloßplatz	Treffpunkt Hanau, 9,30 h Marktplatz	Treffpunkt Offenbach 9,30 Uhr Wilhelmsplatz	Große Abschluß- kundgebung Frankfurt Römerberg 15 Uhr	Ostermarsch- Revue 17 + 21 h Gesellschafts- haus im Frankfurter Zoo
Kundgebung mit Frank Allaun MP, London	Marsch über Steinheim Mühlheim nach Offenbach	Treffpunkt Ffm.-Höchst 9,30 Uhr Marktplatz	Es sprechen: D. Martin Niemöller DD Philipp Pleß, MdL Gerhard Zwerenz	u. a. wirken mit: Wolfgang Neuss Hanns Ernst Jäger Barbara Dane Albert- Mangelsdorff- Quintett Vera Oelschlegel Hans Dieter Hüsch
11 Uhr vom Schloßplatz Marsch durch Hanau	18 Uhr in der Stadthalle	Mittags- pausen 12-13,30 h von Offenbach im Ostpark von Höchst Kurfürstenpl.		
15 Uhr, Non Stop Revue Marktplatz in Hanau	Kundgebung mit RÄ Heinrich Hannover			
20 Uhr in der Stadthalle	Notstands- gesetze			
Kundgebung mit Egon Lutz Vietnam	20 Uhr in der Stadthalle Offenbach JAZZ - BEAT und TANZ			
				Eintritts- karten 5 bis 15 DM in Frankfurt im Vorver- kauf und beim Ostermarsch

AUFWIEDERSEHEN

BEIM OSTERMARSCH '67



Macht endlich Schluß mit der amerikanischen Aggression in Vietnam.

US-Präsident Lyndon B. Johnson vor dem amerikanischen Senat



Also, entweder unterschreiben wir den Atomwaffensperrvertrag oder ich trete als Minister zurück.

Minister Franz Josef Strauß bei der Ostermarsch-Auftaktveranstaltung 1967



Ich bin für Demokratie und zu den Notstandsgesetzen sage ich nein, nein und nochmals nein.

Innenminister Paul Lücke bei dem Kongreß NOTSTAND DER DEMOKRATIE



Dem Ostermarschaufruf 1967 kann ich aus vollem Herzen zustimmen.

Bundeskanzler Kiesinger unterzeichnet den Aufruf zum Ostermarsch 1967

Schön wär's. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Tag für Tag fallen amerikanische Bomben in Vietnam. Die Bundesregierung bekämpft die atomare Abrüstung und boykottiert den Atomwaffensperrvertrag. Notstandsgesetze zerstören die Demokratie. Deshalb demonstriert der Ostermarsch 1967 für folgende Forderungen:



FRIEDEN FÜR VIETNAM — Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam, Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner, Einstellung der militärischen Aktivität in Süd-Vietnam, Verhandlungen auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954, Abzug aller Truppen und Neutralisierung ganz Vietnams.

SICHERHEIT IN EUROPA — Verzicht der Bundesregierung auf jede Mitverfügung über Atomwaffen, Zustimmung zu einem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, Mitarbeit an Rüstungsbeschränkung und Rüstungsabbau in Europa, Initiative zur atomwaffenfreien Zone.

SCHUTZ DER DEMOKRATIE — Keine Verabschiedung weiterer Notstandsgesetze, Aufhebung der bereits beschlossenen Notstandsgesetze, Schutz der Verfassung vor jeder autoritären Verfälschung.

Samstag, 25. März

- 10.00 Uhr Treffpunkt Schloßplatz in **Hanau** — Anschließend Kundgebung, Demonstrationmarsch durch Hanau — Mittagspause Rehbeinschule
- 14.00 Uhr Informationsstände, Non-Stop-Revuen (Kabarett, Gesang, Musik, politische Texte, Lyrik), Hyde-Park-Diskussionen „Eroberung“ eines Hanauer Stadtteils durch „Von-Tür-zu-Tür-Aktionen“, Geldsammlungen für Vietnam
- 20.00 Uhr Abendveranstaltung in der Hanauer Stadthalle mit Egon Lutz „Bericht aus Vietnam“

Sonntag, 26. März

- 9.30 Uhr Abmarsch auf dem Marktplatz in **Hanau über Steinheim**
- 13.00 Uhr Mittagspause in **Mühlheim**
- 14.30 Uhr Abmarsch nach **Offenbach/M.**
- 18.00 Uhr Veranstaltung in der Stadthalle mit Rechtsanwalt Hannover „Die Folgen der Notstandsgesetze für den Alltag“
- 20.00 Uhr Abendveranstaltung in der Stadthalle - Beat - Jazz - Tanz

Montag, 27. März

9.30 Uhr Fortsetzung des Marsches

Von Offenbach zum Römerberg

Offenbach Wilhelmsplatz - Frankfurter Straße - Offenbacher Landstraße - Wendelsplatz - Darmstädter Landstraße - Dreieichstraße - Willemerstraße - Waserweg - Flößerbrücke - Obermainstraße - Ostandstraße - Obermainanlage - Friedberger Anlage - Berger Straße - Spessartstraße - Saalburgallee - Ratsweg Ostpark (Mittagsrast 12-13.30 Uhr) - Saalburgallee - Am Buchwald - Bornheimer Landwehr - Würzburger Straße - Scheidwaldstraße - Arnsburger Straße - Neue Kräme - Römerberg

Von Höchst zum Römerberg

9.30 Uhr Marktplatz - Schleifergasse - Albanusstraße - Bolongarostraße - Ludwig-Seriba-Straße - Zuckschwerdtstraße - Kurmainzerstraße - Alt Sossenheim - Westerbachstraße - Radilostraße - Alt Rödelheim - Auf der Insel - Rödelheimer Landstraße - Breitenbachstraße - Buddestraße - Schloßstraße - Kurfürstenplatz (Mittagspause 12-14 Uhr) - Kleine Seestraße - Adalbertstraße - Bockenheimer Warte - Bockenheimer Landstraße - Opernplatz - Goethestraße - Alte Rothofstraße - Junghofstraße - Theaterplatz - Weißfrauenstraße - Bethmannstraße - Paulsplatz

Großkundgebung

zum Abschluß des Ostermarsches 1967
Montag, den 27. März, 15 Uhr
auf dem Römerberg, Frankfurt

Es sprechen:

Philipp Pleß, MdL · D. Martin Niemöller · Gerhard Zwörnz

Große Ostermarsch-Revue

mit Wolfgang Neuß	Mangelsdorf-Quintett
Vera Oelschlegel (DDR)	Conni Reinhold
Hanns Ernst Jäger	Fasia Jansen
Dominique	Perry Friedmann (Kanada)
F. J. Degenhardt	Reymond (Spanien)
Hannes Stütz	Dieter Süverkrüp
Barbara Dane	Martin Walser

Montag, 27. März, 20.00 Uhr,
Blumengroßmarkthalle, Frankfurt (am Dominikanerplatz)

Karten über die bekannten Vorverkaufsstellen in Frankfurt und Kampagne für Abrüstung, 605 Offenbach am Main, Buchrainweg 161, Telefon 88 60 51



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Zentraler Ausschuß 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

13. 3. 67

im März 1967

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Nicht alle von Ihnen haben die **INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG** abonniert, - eine Monatszeitschrift, die die Kampagne für Abrüstung herausgibt und in welcher Meinungen zum Thema Entspannung - Abrüstung - Frieden publiziert werden und über die Aktionen unterrichtet wird.

Die **INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG** erfreuen sich einer gewissen Beliebtheit und wir können feststellen, daß wir von den Abonnenten immer wieder zu hören bekommen, daß die **INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG** geschätzt und vor allem ausgewertet werden. So konnten wir im vergangenen Jahr 700 neue Abonnenten gewinnen und auch in den ersten zwei Monaten dieses Jahres einen weiteren Zugang von rund 400 Abonnenten feststellen.

Es ist dem Hessischen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung zwar möglich, seinen Mitarbeitern und den Interessenten an der Kampagne sporadisch Informationen zu bestimmten Aktionen und zu einigen politischen Problemen zu geben, aber es fehlen bisher doch die organisatorischen Instrumente und die finanziellen Mittel, um eine ständige Information zu gewährleisten.

Deshalb möchten wir Sie, liebe Freunde bitten, soweit Sie noch nicht Bezieher der **INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG** sind, die beige-fügte Februar-Ausgabe über Vietnam aufmerksam zu lesen und sich für ein Jahresabonnement zu entscheiden. Sie überweisen für ein Dreivierteljahr DM 6.-- und erhalten das Märzheft (welches besonders auf die Probleme des Atomwaffensperrvertrages abgestimmt ist) noch kostenlos.

Bestellungen und Überweisungen geben Sie bitte an die Geschäftsstelle des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung. Das Postscheckkonto des Zentralen Ausschusses beim Postscheckamt Frankfurt hat die Nummer 6255. Wir führen auch ein Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigniederlassung Offenbach mit der Nummer 740 633.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

gez.: Dr. Andreas Buro
- Sprecher -

gez.: Klaus Vack
-Geschäftsführer-



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengeegner

Hessischer Ausschuß 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

8. März 1967

13.3.67

Liebe Freunde,

ist es Ihnen schon aufgefallen, daß wir heute noch 17 Tage haben bis zum diesjährigen Ostermarsch? Haben Sie schon bemerkt, daß Sie Ihre Teilnehmermeldung noch nicht abgeschickt haben?

Wenn doch, dann erübrigt sich eine weitere Erinnerung. Wenn nicht, dann bitte greifen Sie zur Feder und schreiben Sie uns mit der beigefügten Anmeldepostkarte Ihre Zusage für eine Teilnahme am Ostermarsch. Greifen Sie bitte auch zum Geldbeutel und überweisen Sie Ihre Teilnehmergebühr, nämlich DM 20.--. Unser Postscheckkonto Frankfurt hat die Nummer 57 648. Unser Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigniederlassung Offenbach hat die Nummer 740 294.

Ein Informationsblatt für alle Teilnehmer am Ostermarsch finden Sie beigefügt. Bitte lesen Sie es bereits jetzt einmal aufmerksam durch.

+ + + +

Die Teilnahme am Ostermarsch ist natürlich sehr wichtig, denn wir wollen ja mit der Qualität unserer vernünftigen Forderungen auch die Quantität der Menschen, die diese Forderungen unterstützen, demonstrieren. Doch es gibt hinaus über diese wichtigste Demonstration durch Teilnahme am Marsch und an den Kundgebungen weitere Möglichkeiten, die man durchaus als öffentliche Demonstration verstehen kann.

Bitte schauen Sie sich den beigefügten Sonderdruck unserer ersten Großanzeige in der Frankfurter Rundschau an. Weitere solche Anzeigen sollen (noch bis Ostern!) folgen. Auch diese Demonstration sollten Sie unterstützen. Wenn noch nicht geschehen, dann schicken Sie uns doch bitte Ihre Unterschrift zum Ostermarschauf-ruf 1967 und den Geld-Anteil zur Finanzierung der Anzeige, in welcher auch Ihr Name veröffentlicht werden soll.

+ + + +

Noch weiteres können Sie für unsere gemeinsame Sache tun. Wir haben recht viele Flugblätter hergestellt, die von den Örtlichen Ausschüssen, aber auch immer mehr von einzelnen Mitarbeitern (die aus vielerlei Gründen nicht in einem Örtlichen Ausschuß mitarbeiten wollen oder können) verteilt werden. Wie gefällt Ihnen das "extrablatt"? oder der "Blaue Brief"? Wir haben auch ein spezielles Flugblatt für Mütter. Es nennt sich "Der Tag X" und bringt eine ergreifende Geschichte, die von Marie Luise Kaschnitz geschrieben wurde. Wir haben auch ein Flugblatt besonders für junge Leute mit einer comic-strips-Karikatur von Arno Floog und einem entsprechenden Text.

In dem Zahlkartenheftchen, das wir Ihnen vor kurzem geschickt haben, finden Sie eine besondere Fünf-Mark-Zahlkarte. Wenn diese

- 2 -

Einzahlung mit Ihrem Absender bei uns eintrifft, erhalten Sie sofort eine Werbesendung mit den verschiedensten Flugblättern und sonstigen Schriften zum Weiterverteilen.

+ + + +

Nun könnten DM 20.-- Teilnehmergebühr, DM 10.-- Anteil für die Anzeige und DM 5.-- für ein Werbepaket, also zusammen DM 35.-- auf einen Schlag ein bißchen viel werden. Bitte lassen Sie sich nicht abschrecken und wählen Sie zwischen Anzeige und Werbepaket was Ihnen am wichtigsten ist, - denn die Teilnahme am Ostermarsch steht ja wohl außer Frage.

+ + + +

Nun zum Schluß möchten wir doch noch einmal nachdrücklich auf die beigefügte Einladung zur AUKTION FÜR ABRÜSTUNG und zur Veranstaltung im Rahmen der Auktion CHANSON - FOLKLORE - BEAT hinweisen. Wir haben zwar auch Werke anzubieten, deren Wert mehrere tausend Mark ausmacht, - aber es sind auch viele schöne Sachen zu sehr zivilen Preisen dabei. Also, wer ein besonderes und wertvolles Kunstwerk sucht, ist sehr, sehr gerne gesehen bei der Auktion, aber geradeso wünschen wir denjenigen, der sich so etwas wie die AUKTION FÜR ABRÜSTUNG mal ansehen oder einen kleinen Betrag für eine Grafik, ein signiertes Buch etc. anlegen will.

In diesem Sinne auf Wiedersehen bei der Auktion, auf Wiedersehen bei der Veranstaltung Chanson - Folklore - Beat, auf Wiedersehen beim Ostermarsch 1967, Beginn am Ostersonntag, 10 Uhr vormittags in Hanau.

gez.: Heiner Halberstadt
- Sprecher -

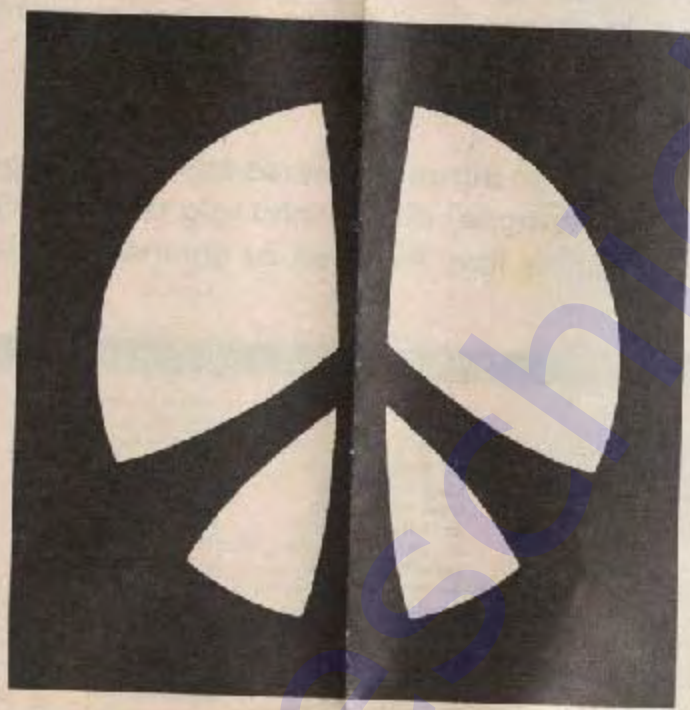
gez.: Inge Druschel
- Geschäftsführerin -

P.S. Bitte nicht vergessen: Am 18. März Informationsstände des Hessischen Ausschusses ab 10 Uhr: 1. Opernplatz, 2. Hinter der Katharinenkirche, 3. Kaisertrasse (zwischen Taunusanlage und Neue Mainzer Str.).

2. Am 16.3.67 findet in der Hanauer Stadthalle eine Veranstaltung statt unter dem Motto "Protest - Folksong - Beat". Es wirken mit: Juan & José, Spanien, Perry Friedman, Kanada, Vera Oelschlägel, DDR, Dominique, München, Fasia Jansen, Hamburg, Hannes Stütz, München, Manolo Lohnes, Flamenco Gitarrist, "The I" Beatband.
3. Autokorso durch Nordhessen. Treffpunkt: 8.30 Uhr Parkplatz vor der Mensa (Erlenring).

ED 748-25-120

AUFRUF ZUM OSTERMARSCH 1967



Sonderdruck einer Anzeige in der „FRANKFURTER RUNDSCHAU“ vom 28. Februar 1967

ED 711-15-124

Die monatliche Zeitschrift

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

publiziert Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung
- Abrüstung - Frieden und unterrichtet über die Aktionen der Kampagne.

Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG werden von der Kampagne für
Abrüstung herausgegeben. Bitte fordern Sie ein Probeexemplar an, oder
bestellen Sie sofort.

- Senden Sie mir bitte ein Probeexemplar der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG und weiteres Informationsmaterial der Kampagne.
- Senden Sie mir bitte regelmäßig Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementpreis von DM 8,- für ein Jahr überweise ich auf Anforderung sofort.

Vorname

Zuname

Postleitzahl und Wohnort

Straße und Hausnummer

Bitte schicken Sie ein Probeheft der
INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG
unverbindlich an meine folgenden
Bekannten:

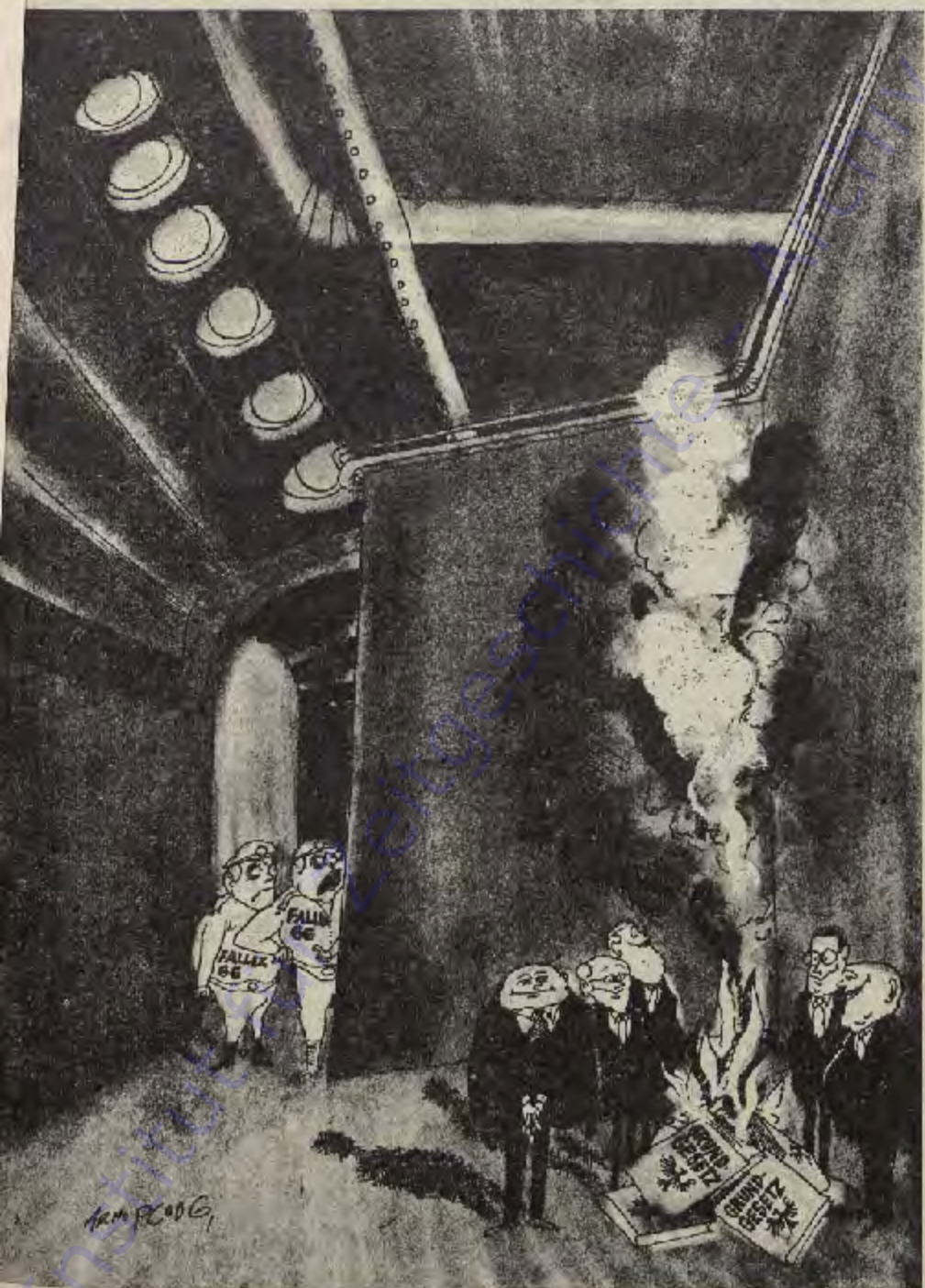
Porto
20 Pf.

An die

Informationen zur Abrüstung

605 Offenbach 4

Postfach 648



„Nun reg dich nicht auf, das sind nur die Notstandsexperten vom Bonner Innenministerium. Im Ernstfall machen wir das gleich selber.“

Was erwartet dich, Demokratie?

Notstandsgesetze. Notstand unser ...
Frech. Kritisch. Satirisch. Aggressiv.
Vorausgesehen von Arno Ploog, dem
Zeichner und Karikaturisten.

Bekannt aus:

Pardon

deutsches panorama

Simplicissimus

Deutsche Volkszeitung

und vielen ausländischen

Zeitschriften



ARNO PLOOG: NOTSTAND UNSER...

mit einem Vorwort von H. G. Wallraff

60 S. engl. Broschur,

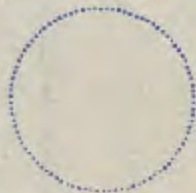
Sonderpreis der Kampagne für Abrüstung DM 5,-

(Buchhandelspreis DM 6,80)



Edition
Kampagne
für Abrüstung

605 Offenbach 4, Postfach 648



Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Empfänger

5. DM Pfg.
für Konto
Nr. 6255

PSchA Ffm.
Eingezahlt am

Absender
(Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebäudeteil, Stockwerk):

Absender umseitig

Betrifft:
Notstand unser ...

5. DM Pfg. für Konto Nr. Ffm. 6255
Absender: ED 718-75-1000

Zahlkarte

auf 5. DM Pfg., wörtlich **Fünf**
D-Mark | Pfg. wie oben

für
Kampagne für Abrüstung
Zentraler Ausschuß
605 Offenbach

Konto - Nr.
6255

Postscheckamt
Ffm.

Postvermerk

Nr.

Eingetragen durch:

Eingangs-
Nr.

am

Zum Aufkleben
der Freimark
durch den
Absender
(Gebührensätze
umseitig)

Raum für Vermerke des Absenders

Notstand unser ...
Eingez.
auf Konto-Nr. 6255 PSchA
Ffm.

Einlieferungsschein
— sorgfältig aufbewahren —

5. D-Mark Pfg.
(in Ziffern)

für
Kampagne für Abrüstung
Zentraler Ausschuß
in 605 Offenbach

Postvermerk

Einlieferungsnummer

Postnummer



CHANSON - FOLKLORE - BEAT

Mitwirkende: Juan & José, Spanien
 Perry Friedman, Kanada
 Vera Oelschlegel, Berlin - DDR
 Dominique, München
 Fasia Jansen, Hamburg
 Hannes Stütz, München
 „The I“-Beatband, München
 H. H. „Manolo“ Lohnes, Frankfurt
 Es spricht: Herbert Fallert

Während dieser Revue findet eine VORAUKTION statt, bei der vor allem auch preisgünstige Werke der bildenden Kunst (ab 5,- DM) versteigert werden. Der Eintritt zur Revue beträgt 3,- DM; dieser Eintritt ist kostenlos bei der Ersteigerung irgendwelcher Werke. Kartenvorverkauf: Reisebüro Schmidt (Kaulhof) und an der Abendkasse.

EINLADUNG ZUR IV. ÖFFENTLICHEN VERSTEIGERUNG VON WERKEN MODERNER KÜNSTLER ZUGUNSTEN DER KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG

Am Freitag, dem 17. März 1967, 20 Uhr Vorkuktion während einer Revueveranstaltung CHANSON - FOLKLORE - BEAT am Sonntag, dem 19. März 1967, 9.30-15.00 Uhr Hauptauktion
 Im Haus Dornbusch, Frankfurt, Eschersheimer Landstraße 248

Vorbesichtigung der zur Versteigerung gelangenden Werke im Rahmen einer Ausstellung vom 17. 3. bis 19. 3. 1967 im Haus Dornbusch. Geöffnet am Freitag, 17. 3. 1967 von 18.30-22 Uhr, am Samstag, 18. 3. und Sonntag, 19. 3. 1967 von 9-15 Uhr.

Schirmherren: Max Bill, Werner Egk, Christian Geissler, Heinz Hilpert, Marie-Luise Kaschnitz, Erich Kästner, Martin Walser, Fritz Winter.

Auktionatoren: Dr. Richard Hlepe, München und Yaak Karsunke, München.

Versteigert und während der Ausstellung zu Festpreisen verkauft werden: ca. 300 Gemälde, Grafiken und Plastiken u. a. von Max

Bill, Prof. Fritz Winter, Hanno Edelmann, Cuno Fischer, G. Halbritter, Bernhard Jäger, Frans Masereel, Robert Wolfgang Schnell, Bernhard Schulze, Hann Trier, Albert Ferenz, Karl Plattner, Renato Guttuso, Guido Zingerl, Carlo Schellermann, Karl Staudinger, Gedichtmanuskripte, Bücher und Schallplatten mit Widmungen von Prof. Ernst Bloch, Wolfgang Hildesheimer, Christa Wolf, Wolf Dietrich Schnurre, Erwin Strittmatter, Eugen Roth, Ulrich Sonnemann, Franz-Josef Degenhardt, Marie-Luise Kaschnitz.

Die Kunstwerke, Manuskripte, Schriften und Schallplatten sind von den Künstlern oder von Galerien für diese Auktion gestiftet. Der Reinerlös dieser Auktion, die unter notarieller Aufsicht stattfindet, kommt der Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik zugute.

Alle Anfragen an: Kampagne für Abrüstung, 605 Offenbach, Postfach 648, Telefon 88 60 51.

zur Versteigerung von Werken moderner Künstler Einladung

Um dem Kunstinteressierten einen Überblick über die Kunstwerke zu vermitteln, die zur Versteigerung kommen sollen, geben wir folgende kleine Auswahl bekannt:

Werner Schreib, Garantiert rot ist der Mörtel fremder Sterne, farbige Radierung; J. Lischke-Pfister, Gefangene, Tusche; Diether Ritzert, Stefan, Linolschnitt; Max Bill, Farbproduktion im Quadrat 1986, farbiges Litho; Verdichtung zu Weiß, Siebdruck; Feld aus sich durchdringenden Farben, farbiger Siebdruck; Albert Heinzinger, Markt in Martigues, Holzschnitt; Peter G. Güttler, Aktzeichnung, Rohrfeder; G. Halbritter, Straßburger Münster und Ulmer Münster, Original-Aquintinta; Gerd Zilm, Das Ende, Aussprengtechnik; Hans Massberger, Blick auf Capri, Litho getönt; Cuno Fischer, Ghetto, zweifarbiger Litho; Bernhard Jäger, Ein Tier wie Du und ich, farbiger Litho; Das fette Einhorn, farbiges Litho; A. Peukert, Ecce homo, Monotypie; Hans Rühl, Ende des Goldes, Öl; Hermann Koller, Bayonne, les remparts; Walter Koch, Der Mensch, Lithographien aus dem Zyklus; Frans Masereel, Déesepour, Holzschnitt; Bert Dörr, Ecce homo, farbiger Holzschnitt; Karlheinz Flau, Vertreibung aus dem Paradies, Siebdruck; Joachim Albrecht, Der goldene Tag, Serigraphie; Hanno Róuther, Quartett, Lithographie; Lutz Dittberner, Geflederte Kreatur, Mischtechnik; Heinrich Fiepmann, Spirale, Siebdruck; Fritz Winter, Öl- und Wachszeichnung; Hanno Edelmann, Ein Hauch von Freiheit, Holzschnitt; Trommler,

Holzschnitt; Bernhard Schulze, Migol-Labyrinth, Kaltnadelradierung; Albert Ferenz, Der kleine Hafen, Farbholzschnitt; Fliegende Fische, Farblitho; Eva Deneke-Gerth, Die Schülerin, Bronze-Halbfigur; Frida Christaller, Boxer, Bronzeplastik; A. Schulze-Engels, Mutter mit Kind, Bronze.

Neben dieser Auswahl stehen insgesamt etwa 300 Gemälde, Grafiken und Plastiken zur Versteigerung und darüber hinaus Gedichtmanuskripte, Bücher, Schallplatten, Briefe und Widmungen, worüber wir aus Platzmangel an dieser Stelle keine Information geben können. Die Ausstellung vor der Auktion wird dem Interessenten jedoch einen umfangreichen Einblick gewähren.

Veranstalter und verantwortlich für diese Einladung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Telefon 88 60 51 / 52, Post-scheck Ffm. 82 55, Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach Nr. 740 633.

EO 7-12-257-124

Sie haben sich entschlossen, am Ostermarsch 1967 teilzunehmen. Melden Sie sich bitte recht bald an, denn frühe Anmeldung erleichtert die Organisation.

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,- (Verpflegung, eventuell Notunterkunft für die Nächte, wenn ihrerseits erforderlich, vor allem aber auch Mitfinanzierung der Werbung für die politischen Ziele der Kampagne für Abrüstung.) Sollte Ihnen die Teilnahme nur für eine Teilstrecke möglich sein, bitten wir, wenn irgend möglich, um den gleichen finanziellen Beitrag. Interessenten für eine Teilnahme, die die Teilnehmergebühr nicht ganz bezahlen können werden gebeten, dies in einem kurzen Brief, der der Anmeldung beizufügen ist, mitzuteilen. „Finanzkräftige Nicht-Teilnehmer“ werden hierzu um finanzielle Patenschaft gebeten.

Nach der Anmeldung gehen den Teilnehmern weitere Informationen zu. Nach Zahlung der Teilnehmergebühr erhalten Sie den Teilnehmerausweis. Die Zahlung der Teilnehmergebühr mit deutlichem Vermerk „Teilnehmergebühr“ (damit wir sie von Spenden unterscheiden können) an das Postscheckkonto PSA Ffm. 576 48, Ostermarsch der Atomwaffengegner 605 Offenbach oder durch Verrechnungsscheck. Anmeldung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.



Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß
Verantwortlich: Inge Druschel, 605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Buchrainweg 181, Postscheckkonto Ffm. Nr. 576 48; Druck: Alfred W. Dunker Frankfurt am Main

zur Versteigerung von Werken moderner Künstler

Einladung

Um dem Kunstinteressierten

Werner Schreib, Garantiert rot ist die
bige Radierung; J. Lischke-Pflstner,
Ritzert, Stefan, Linolschnitt; Max Bi
1966, farbiges Litho; Verdichtung zu
sich durchdringenden Farben, farbiger
Markt in Martigues, Holzschnitt; Pei
Rohrfeder; G. Halbritter, Straßburger
Original-Aquitinta; Gerd Zilm, Das Ei
Massberger, Blick auf Capri, Litho g
zweifarbiges Litho; Bernhard Jäger, f
biger Litho; Das fette Einhorn, farbi
homo, Monotypie; Hans Rühl, Ende
Koller, Bayonne, les remparts; Walt
graphien aus dem Zyklus; Frans Mas
Bert Dörr, Ecce homo, farbiger Holz
treibung aus dem Paradies, Siebdr
goldene Tag, Serigraphie; Hanno Rei
Lutz Dittberner, Gefiederte Kreatur,
mann, Spirale, Siebdruck; Fritz Winte
Hanno Edelmann, Ein Hauch von Fre

Ich nehme teil am Ostermarsch 1967. Die Teilnahmegebühr von DM 20,- wird überwiesen.

Samstag

Sonntag

Montag

Ich kann lediglich am Ostermontag teilnehmen und überweise DM
Teilnahmegebühr.

Name:

Vorname:

Beruf:

Alter:

Tel.:

Anschrift:

Bitte gut leserlich schreiben!



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 88 60 51

ED 718-25-125

Archiv

OSTERMARSCH 1967

Hinweise für die Teilnehmer

Liebe Freunde,

In wenigen Tagen ist es soweit, und der Ostermarsch 1967 beginnt. Da auch diesmal wieder zahlreiche neue Gesichter hinzukommen werden, geben wir Ihnen hiermit die wichtigsten Hinweise für die Teilnahme am Ostermarsch bekannt. Bitte machen Sie sich die Mühe und lesen Sie diese Information bis zum Ende durch, um Mißverständnisse während des Marsches auszuschließen.

Anmeldung

Jeder, der am Ostermarsch teilnehmen möchte, und es bisher noch nicht getan hat, sollte sich unverzüglich anmelden. Das erleichtert uns die organisatorischen Vorbereitungsarbeiten und das ist im Moment besonders wichtig, da die Vorbereitung einer solch großen Demonstration über drei Tage von einem kleinen ehrenamtlichen Team bewältigt werden muß. (Bitte füllen Sie den beiliegenden Anmeldezettel aus.)

Teilnehmergebühr

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,-. Damit müssen wir nicht nur die Verpflegungs- und Übernachtungskosten decken, sondern vor allem auch die Werbung für den Ostermarsch und für unsere politischen Ziele bezahlen. **Auch wer nicht den ganzen Marsch mitmachen kann, sollte deshalb – wenn irgendwie möglich – die volle Teilnehmergebühr in Höhe von DM 20,- zahlen.** Wir wissen, daß es auch Leute gibt, die beim besten Willen nicht in der Lage sind, die vorgesehene Teilnehmergebühr aufzubringen. Sie sollten deshalb keinesfalls zu Hause bleiben; bitte schreiben Sie uns einen kurzen Brief oder informieren Sie uns bei Beginn des Marsches, wir werden dann sicherlich eine annehmbare Regelung finden.

Im übrigen bitten wir Sie, die Teilnehmergebühr im voraus auf unser Postscheckkonto „Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner – Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach, Postscheckkonto Pfm. Nr. 576 48“ mit dem deutlichen Vermerk „Teilnehmergebühr“ einzuzahlen.

Für alle Teilnehmergebühren, die bis zum 20. März 1967 hier eingegangen sind, erhalten die Gemeldeten einen Teilnehmerschein mit Eisenbons.

Wer seinen Teilnehmerschein nicht mehr erhält, weil die Teilnehmergebühr zu spät bei uns eingegangen ist, bringt den Einzahlungsabschnitt der Zahlkarte mit und erhält dafür dann während des Marsches den Schein ausgehändigt.

Es ist möglich, die Teilnehmergebühr auch noch beim Marsch selbst zu zahlen, aus Erfahrung ist es jedoch ein recht schwieriges Geschäft, wenn bei der ersten Mittagsrast von vielen Teilnehmern die Gebühr bezahlt wird und Teilnehmerscheine ausgegeben werden sollen. **Deshalb nochmals die Bitte: Überweisen Sie sofort.**

Verpflegung

Für diese nicht ganz unwichtige Sache sorgen – wie auch in den vergangenen Jahren – die Städt. Küchenbetriebe, Frankfurt. Die Verpflegung beginnt mit einem Mittagessen am Ostersamstag, für den weiteren Verlauf sind pro Tag Frühstück, Mittagessen und Abendessen vorgesehen. Dazu stehen hygienisch saubere Pappbecher und -schüsseln zur Verfügung. Eßbestecke müssen die Teilnehmer selbst mitbringen.

Erste Hilfe

Während des Marsches wird ständig ein Sanitätsdienst des Arbeiter-Samariter-Bundes dabei sein.

Marschleitung

Wenn irgendwelche Fragen und Schwierigkeiten auftreten, klären Sie diese bitte mit den Ordnern oder in besonders schwierigen Fällen mit der Marschleitung. Die Marschleitung wird sich Ihnen vor Beginn des Marsches vorstellen.

Denken Sie bitte immer an Ihre Beiträge für die Kampagne

ED 718-23-100

28.11.66



Bitte vergessen Sie auch im nächsten Jahr nicht die finanziellen Probleme der Kampagne für Abrüstung. Wir können unseren Zielen nur näherkommen, wenn jeder von uns immer wieder auch mit Geld hilft und im Bekanntenkreis für die stets leere Kasse der Kampagne bettelt. Wir haben nur wenige unter unseren politischen Freunden, die uns von Zeit zu Zeit mit größeren Beträgen helfen. Umso wichtiger sind die regelmäßigen, wenngleich kleineren Beiträge. Bitte schicken Sie uns für den Start ins neue Jahr DM 3,-. Im Februar können Sie eine Auswahl an Werbematerial für den Ostermarsch bestellen, indem Sie DM 5,- überweisen. Sie finden noch weitere fünf Zahlkarten und wir bitten Sie, von diesen das ganze Jahr über regelmäßig Gebrauch zu machen, indem Sie uns Ihre großzügige Spende zukommen lassen.

Vielen Dank!

Klaus Voth

Aufgabestempel



Das Postscheckamt sendet diesen Abdruck dem Empfänger

3. DM — Pfg. für Konto Nr. **576 48**
Absender: 60 243 31-27

Zum Aufkleben
der Freimark
durch den
Absender
(Gebührensätze
umseltig)

Zahlkarte

3. DM — Pfg.
für Konto
Nr. **576 48**

auf **3. DM** — Pfg., wörtlich

Drei

PSchA Frankfurt/Main
Eingezahlt am

Absender
(Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebäudefell, Stockwerk):

für **Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -**
605 Offenbach

Konto - Nr.
576 48

Postscheckamt
Frankfurt am Main

in

für

**Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -**

in

605 Offenbach

Betrifft:
**Für den Start
ins neue Jahr!**

Postvermerk

Nr.

eingetragen durch:

Eingangs-
Nr.

am

Postvermerk

Einfieferungsnummer

Postannahme



Raum für Vermerke des Absenders

Eingez.
auf Konto-Nr. **576 48** PSchA

Einlieferungsschein

— sorgfältig aufbewahren —

3. D-
(in Ziffern) Mark — Pfg.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Aufgabestempel



5. DM — Pfg. für Konto Nr. 576 48

Absender:

Zum Aufkleben
der Freimarke
durch den
Absender
(Gehührensätze
umseitig)

Zahlkarte

5. DM — Pfg.
für Konto
Nr. 576 48

auf 5. DM — Pfg. wörtlich **Fünf**

PSchA Frankfurt/Main
Eingezahlt am
Absender
(Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebäudeteil, Stockwerk)

für Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -
605 Offenbach

Konto - Nr.
576 48
Postscheckamt
Frankfurt am Main

Absender umseitig
Betrifft:
Ich bestelle hiermit eine
Werbesendung für den
Ostermarsch 1967

in
Nr.
Eingetragen durch
am

Postvermerk

Raum für Vermerke des Absenders
OM-Werbesendung
Eingez.
auf Konto-Nr. **576 48** PSchA

Einlieferungsschein
— sorgfältig aufbewahren —

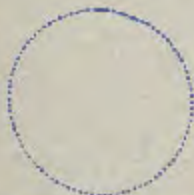
5. D-
Mark — Pfg.
(in Ziffern)

für Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -
in 605 Offenbach

Postvermerk
Einlieferungsnummer
Postannahme



Aufgabestempel



Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Empfänger

DM Pfg. für Konto Nr. **576 48**

Absender:
 EU 518 - 25 - 120

Zum Aufkleben
der Freimark
durch den
Absender

(Gebührsätze
unserlig)

Zahlkarte

DM Pfg.
für Konto
Nr. **576 48**

PSchA Frankfurt/Main

Eingezahlt am

Absender
(Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebäudetl., Stockwerk):

auf DM Pfg., wörtlich

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

in

605 Offenbach

Konto-Nr.

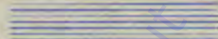
576 48

Postscheckamt
Frankfurt am Main

Betrifft:

Postvermerk

Nr.



Eingetragen durch:

Eingangs-
Nr.

Ort

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez.
auf Konto-Nr. **576 48** PSchA

Einlieferungsschein

— sorgfältig aufbewahren —

Mark Pfg.
(in Ziffern)

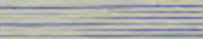
für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

in

605 Offenbach

Postvermerk



Einlieferungsnummer

Postannahme



Aufgabestempel



Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Empfänger

DM Pfg. für Konto Nr. **576 48**

Absender:
.....
.....

Zum Aufkleben der Freimarke durch den Absender
(Gebührensätze umseitig)

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez. auf Konto-Nr. **576 48** PSchA

Zahlkarte

Einlieferungsschein

— sorgfältig aufbewahren —

DM Pfg.
für Konto
Nr. **576 48**

auf DM Pfg. wörtlich

PSchA **Frankfurt/Main**

Eingezahlt am
Absender
(Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebäudeteil, Stockwerk):

..... D- Mark | Pfg. wie oben

..... D- Mark Pfg.
(in Ziffern)

für
**Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -**
in **605 Offenbach**

Konto-Nr.
576 48

für **Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -**
in **605 Offenbach**

Postscheckamt
Frankfurt am Main

Betrifft:

Postvermerk

Nr.

Eingetragen durch:

Eingangs-Nr.

am

Postvermerk

.....
Einlieferungsnummer

Postannahme





Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Empfänger

DM.....Pfg. für Konto Nr. **576 48**

Absender:

ED 7/8 25-12A

Zum Aufkleben
der Freimark
durch den
Absender(Gebührensätze
umseitig)

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez.
auf Konto-Nr. **576 48** PSchA

Zahlkarte

DM.....Pfg.

für Konto

Nr. **576 48**

PSchA Frankfurt/Main

Eingezahlt am

Absender

(Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebäudeteil, Stockwerk)

auf.....DM.....Pfg. wörtlich

D-
Mark | Pfg.
wie oben

für

**Ostermarach
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -**

Konto - Nr.

576 48

Postscheckamt

Frankfurt am Main

in

605 Offenbach

für

**Ostermarach
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -****605 Offenbach**

in

Betrifft:

Postvermerk

Nr.

Eingetragen durch:

Eingangs-
Nr.

am

Postvermerk

Einkieferungsnummer

Postanschrift

Einlieferungsschein
— sorgfältig aufbewahren —D-
Mark Pfg.

(in Ziffern)





Das Postscheckamt sendet Ihnen Abschrift dem Empfänger

DM Pfg. für Konto Nr. **576 48**

Absender:

ED 718-25-192

Zum Aufkleben
der Freimorce
durch den
Absender
(Gebührensätze
umsattig)

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez.
auf Konto-Nr. **576 48** PSchA**Zahlkarte****Einlieferungsschein**

— sorgfältig aufbewahren —

DM Pfg.
für Konto
Nr. **576 48**

auf DM Pfg. wörtlich

D-
Mark | Pfg.
wie obenD-
Mark Pfg.
(in Ziffern)

PSchA Frankfurt/Main

Eingezahlt am
Absender
(Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebäudeteil, Stockwerk):für
**Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -**
in **605 Offenbach**Konto - Nr.
576 48Postscheckamt
Frankfurt am Mainfür **Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -**
in **605 Offenbach**

Betrifft:

Postvermerk

Nr.

Eingetragen durch:

Eingangs-
Nr.

am

Postvermerk

Einlieferungsnummer

Postannahme



Aufgabestempel



Das Postscheckamt sendet diesen Abschrift dem Empfänger

DM.....Pfg. für Konto Nr. **576 48**

Absender:

.....
.....

Zum Aufkleben
der Freimärke
durch den
Absender
(Gebührenlos
umsetzbar)

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez.
auf Konto-Nr. **576 48** PSchA

Zahlkarte

Einlieferungsschein
— sorgfältig aufbewahren —

DM.....Pfg.

für Konto
Nr. **576 48**

auf.....DM.....Pfg. wörtlich

PSchA Frankfurt/Main

Eingezahlt am

Absender
(Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebäudeteil, Stockwerk):

für
**Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -**

D- | Pfg.
Mark | wie oben

Konto - Nr.

576 48

Postscheckamt
Frankfurt am Main

..... D-
..... Mark Pfg.
(In Ziffern)

für **Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -
805 Offenbach**

in **605 Offenbach**

in

Betrifft:

Postvermerk

Nr.
Eingetragen durch:

Eingangs-
Nr.

am

Postvermerk

.....
Einlieferungsnummer

Postannahme



Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

22.2.67

15. Febr. 1967

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Es sind noch knapp fünf Wochen bis Ostern (was Sie selbst wissen werden), und es wird jetzt allmählich notwendig, daß wir uns viel intensiver als bisher um neue Mitstreiter beim Ostermarsch 1967 bemühen und daß wir uns vor allem auch selbst für die Teilnahme an dieser Demonstration anmelden (was wir Ihnen noch einmal sagen wollten). Obwohl wir in den vergangenen Jahren feststellen konnten, daß die Teilnehmerzahl bei den Ostermärschen (wenngleich nicht allzu sehr) steigt, müssen wir doch auch bemerken, daß die Anmeldungen zurückgehen. Diejenigen, vor allem "erfahrene" Ostermarschteilnehmer, die sich schon gar nicht mehr anmelden und am Ostersonntag einfach da sind, haben wirklich keine Ahnung, wie sehr sie den armen, für die Organisation verantwortlichen Leuten das Leben sauer machen und welche große Erleichterung für uns eine frühzeitige Anmeldung und Bezahlung der Teilnehmergebühr ist.

Sie finden beigelegt unser neuestes Flugblatt (das Sie auch zur weiteren Werbung beziehen können, siehe Bestellzettel) und wir bitten Sie, von dem Vordruck Gebrauch zu machen und die Anmeldung noch heute abzuschicken.

Mitarbeiter für den Aktionstag in Hanau gesucht

Wir haben Ihnen mit unserem letzten Brief bekanntgegeben, daß wir für den Aktionstag am Ostersonntag viele Mitarbeiter benötigen. Das Interesse, das bisher dafür bekundet wurde, ist nicht sehr erfreulich. Deshalb möchten wir allgemein auf die erste Zusammenkunft dieser Mitarbeiter hinweisen und zur Teilnahme einladen: Freitag, 24. Februar 1967, 19 Uhr im Haus der Jugend, Frankfurt, Deutschherrnufer 12, Blauer Saal, Eingang Deutschherrnufer, falls dort nicht möglich, Große Filttergasse.

Noch einmal zu Ihrer Information: Neben der Kundgebung am Sonntagvormittag, einer Demonstration durch Hanau und der Abendveranstaltung in der Stadthalle sind Informationsstände, Vietnam-Sammlungen auf der Straße und von Haustür zu Haustür sowie Straßendiskussionen und eine Nonstop-Revue auf dem Marktplatz vorgesehen.

Damit sich alle Ostermarschteilnehmer (jeder nach seinen Wünschen und besonderen Fähigkeiten) sinnvoll an diesem Aktionstag beteiligen können, brauchen wir eine gut vorbereitete Organisationsgruppe von ca. 60 bis 80 Personen. Bitte machen Sie dabei mit und kommen Sie am nächsten Freitag zur ersten Besprechung.

Ostermarschaufruf und Aktion 2. Mann

In Hessen haben wir inzwischen über 1000 Unterschriften zum Ostermarschaufruf 1967 (in der ganzen Bundesrepublik ca. 6000 Unterschriften). Das ist schon ein gutes Ergebnis und auch die Aktion 2. Mann verläuft ganz erfolgreich.

Aber gemessen an der Tatsache, daß unsere Aufforderung, den Ostermarschaufruf zu unterschreiben, etwa 4000 Anhänger der Kampagne direkt erreicht, dürfen wir mit dem jetzigen Ergebnis nicht zufrieden sein. Wir wollen ja jede hessische Unterschrift in einer Großanzeige der FR publizieren und wenn diese Anzeige eine wirkliche Demonstration werden soll, dann brauchen wir auch I H R E Unterschrift. Jeder Unterzeichner wird übrigens gebeten, zur Finanzierung der Anzeige möglichst DM 10.-- beizutragen. (Postscheckkonto Frankfurt Nr. 57 648 oder Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft Nr. 740 294, Offenbach.)

Auktion für Abrüstung

Wir möchten Sie bereits heute davon informieren, daß in diesem Jahr wieder eine Auktion für Abrüstung stattfindet. Die Ausstellung mit den Kunstwerken, die zur Versteigerung kommen, wird am 10. März 1967 eröffnet. Am 10. März abends wird im Haus Bornbusch eine kulturelle Veranstaltung der Kampagne stattfinden. Die Ausstellung ist geöffnet bis zum 12. März. Am 12. März (Sonntag) findet von vormittags 9,30 Uhr bis nachmittags etwa gegen 16 Uhr die Auktion statt. Weitere Informationen über die Auktion für Abrüstung geben wir Ihnen mit dem nächsten Rundschreiben.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Heiner Halberstadt
Sprecher

gez.: Inge Druschel
Geschäftsführerin

Anlagen:

Bericht von Klaus Vack "Informationsfreiheit abgebaut ..."

Bestellzettel

Flugblatt mit Ostermarschmeldung

D 712-7-115

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

Informationsfreiheit abgebaut ...

Am Samstag, dem 11. Februar 1967 kam es in Frankfurt zweimal zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Am Vormittag räumte die Polizei unter Einsatz eines großen Kommandos einen Informationsstand der Kampagne für Abrüstung ab und am Nachmittag prügelte sie sich mit Demonstranten vor dem US-Generalkonsulat. Leider hält die Frankfurter Presse beide Vorkommnisse schlecht auseinander, obwohl es sich um zwei verschiedene, bei diesen Aktionen nicht miteinander kooperierende Veranstalter und auch um zwei unterschiedlich angelegte Aktionen handelte. Während sich bei der Vietnam-Aktion (Veranstalter: Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Sozialdemokratischer Hochschulbund, Liberärer Studentenbund, Naturfreunde- und Solidaritätsjugend) ein Teil der Demonstranten angesichts der großen moralischen Schuld, die die Amerikaner in Vietnam auf sich laden, bewußt und "provozierend" formal ins "Unrecht" gesetzt hat (was das rüde und brutale Vorgehen der Polizei in keiner Weise entschuldigen kann) muß bei dem Informationsstand der Kampagne gegen die Notstandsgesetze nicht nur generell, sondern auch formal die gesamte Schuld dem Polizeibehörden angelastet werden. Ich glaube, die Anhänger der Kampagne für Abrüstung haben ein recht, zu erfahren, warum es zu der Polizeiaktion wegen des Informationsstandes gegen die Notstandsgesetze kam.

Der Hessische Ausschuß hatte am 26.1.1967 eine Genehmigung beantragt für den Stand, der am 11.2.1967 Hinter der Katharinenkirche in der Frankfurter Innenstadt aufgestellt werden sollte. Am 7.2.1967 hat die Polizei- und Ordnungsbehörde der Stadt Frankfurt am Main diesen Antrag abgelehnt und somit die Aufstellung des Informationsstandes untersagt.

Nun sind die Frankfurter Polizeibehörden seit Jahren bemüht, die Kampagne für Abrüstung und deren Anhänger bei der Wahrnehmung verfassungsmäßig verbrieftter Rechte in einer Weise zu behindern, daß dies eine Mißachtung oder Beeinträchtigung des Grundgesetzes und der hessischen Verfassung darstellt. Grundgesetz und hessische Verfassung garantieren u.a. die Unantastbarkeit der Versammlungsfreiheit und das Recht der ungehinderten freien Meinungsäußerung. In Art. 147 der hessischen Verfassung heißt es außerdem: Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht.

Der Informationsstand, wie er für den 11.2.1967 beantragt wurde und wie er bis vor ca. 6 Monaten in Frankfurt und heute noch in jeder anderen Stadt der Bundesrepublik errichtet werden konnte bzw. kann ist (neben Demonstrationen, Kundgebungen oder Versammlungen) eindeutig eine Form der freien Meinungsäußerung, wie sie im Grundgesetz, Art. 5 Abs. 1 garantiert ist. Die Polizei- und Ordnungsbehörde der Stadt Frankfurt am Main gab in ihrem ablehnenden Brief keine grundsätzliche Begründung, sondern bezog sich auf einen Magistratsbeschuß Nr. 1631 vom 22.8.1966, nach dem sich der Magistrat grundsätzlich entschlossen habe, "das Aufstellen von Werbeträgern aller Art sowie von Informationsständen auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu untersagen und lediglich der Deutschen Städtereklame im Rahmen eines bestehenden Vertrages die

Möglichkeit zu geben, vor Wahlen Werbeträger für politische Parteien aufzustellen. "

Das Rechtsproblem, um das es in dieser Sache geht, besteht darin, daß die Frankfurter Polizei- und Ordnungsbehörde die politische Aktion eines Informationsstandes gegen die Notstandsgesetzgebung mit dem "Aufstellen von Werbeträgern aller Art" in einen Topf wirft und dabei der Meinung ist, der Magistratsbeschluß - der bisher wenig erläutert ist - sei über das Grundrecht der freien Meinungsäußerung zu stellen. Demgegenüber steht die Kampagne für Abrüstung auf dem Standpunkt, daß die eventuellen Gründe, die zu diesem neuartigen Magistratsbeschluß führten, gegenüber einem Grundrecht zurückzutreten haben (also einfach nicht bindend sind), was, wie das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen hat, für eine freiheitliche Demokratie schlechthin konstituierend ist. Man kann demzufolge auch unter der Hand aus einflußreichen Kreisen im Magistrat der Stadt Frankfurt munkeln hören, daß man sich darüber im klaren ist, daß dieser Magistratsbeschluß juristisch selbstverständlich nicht haltbar ist, daß es hier jedoch nicht um eine juristische, sondern um eine politische Entscheidung gehe. Für wen wohl - und gegen wen wohl?

Auf dieser administrativen Linie liegt auch das bisher erfolgreiche Bemühen der Frankfurter Polizei, die Benutzung von Lautsprechern bei den Ostermärschen durch die Innenstadt zu verhindern. Auf dieser Linie liegt der neue Magistratsbeschluß über die Vergabe der Paulskirche, der es der Kampagne verbietet, in der Paulskirche Veranstaltungen durchzuführen. Auf dieser Linie liegen die zensurierenden verfassungswidrigen Auflagen zu der Demonstration im März 1965 gegen den Krieg in Vietnam und die willkürliche Beschlagnahme von "Volkssärgen" bei einem früheren Informationsstand gegen die Notstandsgesetze. Dies alles hat Methode und veranlasste Mitarbeiter der Kampagne für Abrüstung, den Informationsstand am 11. 2. 1967 zu errichten, um im Sinne der hessischen Verfassung Recht und Pflicht gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt zu demonstrieren.

Der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat nunmehr erneut drei Informationsstände angemeldet, die am 18. März 1967 von 10 - 15 Uhr in Frankfurt aufgestellt werden. Bei diesen Ständen sollen in Schrift und Bild die politischen Forderungen des diesjährigen Ostermarsches bekanntgemacht und die Bevölkerung über die Notstandsgesetze, den Krieg in Vietnam und die Möglichkeiten einer europäischen Sicherheitspolitik durch Entspannung und Abrüstung unterrichtet werden.

Obwohl OB Willi Brundert vor der Presse erklärt hat, daß auch in Zukunft derartige Informationsstände untersagt würden, hat der Hessische Ausschuß begründete Hoffnung, daß sich in der Stadtverordnetenversammlung, in Parteien- und Behördeninstanzen genügend demokratische Kräfte befinden, die aus Verfassungstreue und zur Wahrung der liberalen Tradition Frankfurts den Oberbürgermeister zwingen werden, seine starre, undemokratische Haltung zu ändern.

Verantwortlich für diesen Bericht: Klaus Vack, 605 Offenbach.

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuss-

605 Offenbach/Main
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger
Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

- | | | | |
|-------|---|----|-------|
| ----- | wandzeitungen über Notstandsgesetze, DIN A 4 Quer- | DM | ----- |
| | format, Stck. DM 1,-- | | |
| ----- | Notstandsreport DM 5,-- | DM | ----- |
| ----- | Flugblätter "Wer steht hinter diesem Zeichen?" | DM | ----- |
| | 100 Stck. DM 5,-- | | |
| ----- | Informationen über die Kampagne, Stck. DM-.50 | DM | ----- |
| ----- | Sonderdruck der IZA mit dem Sofortprogramm der | DM | ----- |
| | Kampagne, 100 Stck., DM 4,-- | | |
| ----- | Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne | DM | ----- |
| | Stck. DM 2,-- zuzüglich Versandkosten | | |
| ----- | Broschüre "Der endlose Krieg" Bericht über Vietnam | DM | ----- |
| | von Heinz Abosch, Stck. DM 1,-- | | |
| ----- | Vietnam Report, Stck. DM 3,50 | DM | ----- |
| ----- | Buch "Schluss mit Deutschland?" von J.W.Kleifisch | DM | ----- |
| | Sonderpreis DM 3,-- | | |
| ----- | Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz" | DM | ----- |
| | von Dr. Bodo Manstein, Stck. DM 5,80 | | |
| ----- | Broschüre "Wissenschaftlich. und wirtschaftl. Aspekte | DM | ----- |
| | einer Abrüstung" von Dr.F.katz, Stck. DM 5,-- | | |
| ----- | Schallplatte mit OM Liedern, 33 1/3 upm | DM | ----- |
| | Stck. DM 8,50 | | |
| ----- | OM Abzeichen, kl. Stck. DM 1,-- | DM | ----- |
| ----- | OM Abzeichen, mittel Stck. 1,-- | DM | ----- |
| ----- | OM Abzeichen, gross, Stck. DM 1,-- | DM | ----- |
| ----- | Sonderabzeichen Vietnam, Stck. DM 1,-- | DM | ----- |
| ----- | OM Sonderabzeichen "Ostern 67", Stck. DM 1,-- | DM | ----- |
| ----- | engl. Sonderabzeichen, "Make love, not war" DM1,-- | DM | ----- |
| ----- | Engl. Sonderabzeichen "Against Conscription" | DM | ----- |
| | Stck. DM 1,-- | | |
| ----- | Engl. Sonderabzeichen "Youth CND - Easter 66" | DM | ----- |
| | Stck. DM 1,-- | | |
| ----- | Druckkugelschreiber mit OM Emblem, Stck. DM1,-- | DM | ----- |
| ----- | Autoplakette, selbstklebend, mit OM Emblem | DM | ----- |
| | Stck. DM 1,-- | | |

Sie haben sich entschlossen, am Ostermarsch 1967 teilzunehmen. Melden Sie sich bitte recht bald an, denn frühe Anmeldung erleichtert die Organisation.

ED 748-25-137

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,- (Verpflegung, eventuell Notunterkunft für die Nächte, wann ihrerseits erforderlich, vor allem aber auch Mitfinanzierung der Werbung für die politischen Ziele der Kampagne für Abrüstung.) Sollte Ihnen die Teilnahme nur für eine Teilstrecke möglich sein, bitten wir, wenn irgend möglich, um den gleichen finanziellen Beitrag. Interessenten für eine Teilnahme, die die Teilnehmergebühr nicht ganz bezahlen können, werden gebeten, dies in einem kurzen Brief, der der Anmeldung beizufügen ist, mitzuteilen. „Finanzkräftige Nicht-Teilnehmer“ werden hierzu um finanzielle Patenschaft gebeten.

Nach der Anmeldung gehen den Teilnehmern weitere Informationen zu. Nach Zahlung der Teilnehmergebühr erhalten Sie den Teilnehmerausweis. Die Zahlung der Teilnehmergebühr mit deutlichem Vermerk „Teilnehmergebühr“ (damit wir sie von Spenden unterscheiden können) an das Postscheckkonto PSA Ffm. 576 48, Ostermarsch der Atomwaffengegner 605 Offenbach oder durch Verrechnungsscheck. Anmeldung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.



Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß
Verantwortlich: Inge Druschel, 605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Buchrainweg 161, Postscheckkonto Ffm. Nr. 576 48; Druck: Alfred W. Dunker Frankfurt am Main

Hier abtrennen

Ich nehme teil am Ostermarsch 1967. Die Teilnehmergebühr von DM 20,- wird überwiesen.

Samstag Sonntag Montag

Ich kann lediglich am Ostermontag teilnehmen und überweise DM _____ Teilnehmergebühr.

Name: _____ Vorname: _____

Beruf: _____ Alter: _____ Tel.: _____

Anschrift: _____

Bitte gut leserlich schreiben!

Für saubere Luft
Für weniger Verbrechen
Für mehr

Schutz für unsere
Frauen & Kinder
Für einen Himmel

ohne Bomben
Für weniger Kriegsverbrechen
Für

Entspannung &
Verhandlungen
über Abrüstung

Für derartigen
Luftschutz, den
sichersten und

billigsten
Für
Demokratie in
den Partalen &

Betrieben
Für
die Entmachtung
der oberen Zehn

Tausend und für
ein Verbot ihrer
Notstands-Pläne

Amerika den
Amerikanern
Vietnam den
Vietnamesen

Alle Staatsgewalt
geht vom Volke aus

geh mit beim
Ostermarsch





Wir rufen auf zum Ostermarsch 1967

Zahlreiche prominente Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik, darunter insbesondere Repräsentanten des geistigen, wissenschaftlichen und kirchlichen Lebens und Gewerkschaftler haben die Bürger der Bundesrepublik aufgefordert, die Kampagne für Abrüstung als außerparlamentarische, parteipolitisch unabhängige Sammelbewegung zu unterstützen und an der Vorbereitung und den Aktionen des Ostermarsches 1967 teilzunehmen.

Im Aufruf zum Ostermarsch 1967 werden vor allem folgende Forderungen erhoben: **FRIEDEN FÜR VIETNAM** – Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam, Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner, Einstellung der militärischen Aktivität in Süd-Vietnam, Verhandlungen auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954, Abzug aller ausländischen Truppen und Neutralisierung ganz Vietnams. **SICHERHEIT IN EUROPA** – Verzicht der Bundesrepublik auf jede Mitverfügung über Atomwaffen, Zustimmung zu einem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, Mitarbeit an Rüstungsbeschränkung und Rüstungsabbau in Europa, Initiative zu einer atomwaffenfreien Zone. **SCHUTZ DER DEMOKRATIE** – Keine Verabschiedung weiterer Notstandsgesetze, Aufhebung der bereits beschlossenen Notstandsgesetze, Schutz der Verfassung vor jeder autoritären Verfälschung.

Der Aufruf kritisiert die Politik der früheren Bundesregierungen als einen „gefährlichen und aussichtslosen Versuch, die Verhältnisse in Mitteleuropa durch eine Politik der Stärke und Aufrüstung zu ändern“ und fordert die neue Bundesregierung auf, sich von dieser Politik grundsätzlich abzuwenden und stattdessen dazu beizutragen, „das zerrissene und von Waffen starrende Europa in ein System friedlicher Zusammenarbeit umzuformen.“

Ostermarsch 1967 in Hessen



Hanau

Steinheim

Mühlheim

Offenbach

Frankfurt

Ffm.-Höchst

Samstag, 25. März 1967

- 10.00 Uhr Treffpunkt Schloßplatz in Hanau – Anschließend Kundgebung, Demonstrationmarsch durch Hanau –
Mittagspause Rehbeinschule
Nachmittags: Informationsstände, Non Stop Revuen (Kabarett, Gesang, Musik, politische Texte, Lyrik), Hyde-Park-Diskussionen „Eroberung“ eines Hanauer Stadtteiles durch „von Tür zu Tür Aktionen“, Geldsammlungen für Vietnam
- 20.00 Uhr Abendveranstaltung in der Hanauer Stadthalle mit Egon Lutz „Bericht aus Vietnam“

Sonntag, 26. März 1967

- 9.30 Uhr Abmarsch auf dem Marktplatz in Hanau über Steinheim
- 13.00 Uhr Mittagspause in Mühlheim
Diskussionsveranstaltungen über aktuelle Fragen
- 15.30 Uhr Abmarsch nach Offenbach/M.
Abendveranstaltung in der Stadthalle, Übernachtung

Montag, 27. März 1967

- 9.30 Uhr Fortsetzung des Ostermarsches in Offenbach: Wilhelmplatz, Frankfurter Straße,
Frankfurt: Offenbacher Landstraße, Wendelsplatz
- 12-13.30 Uhr Mittagspause im Ostpark mit Luftballonaktion

9.30 Uhr

Fortsetzung des Ostermarsches in Ffm.-Höchst Markt-
platz, Zuckschwertstraße,
Sossenheim, Rödelheim

12-14 Uhr

Mittagspause auf dem Kur-
fürstenplatz – Luftballonaktion

15.00 Uhr Schlußkundgebung auf dem Römerberg

Es sprechen u. a.: Philipp Pleß, Mdl
D. Martin Niemöller
Jean-Paul Sartre (evtl.)

20.00 Uhr Große Ostermarsch-Revue

Sie haben sich entschlossen, am Ostermarsch 1967 teilzunehmen. Melden Sie sich bitte recht bald an, denn frühe Anmeldung erleichtert die Organisation. ED 718-25-138

Die Teilnahmegebühr beträgt DM 20,- (Verpflegung, eventuell Notunterkunft für die Nächte, wenn ihrerseits erforderlich, vor allem aber auch Mitfinanzierung der Werbung für die politischen Ziele der Kampagne für Abrüstung.) Sollte Ihnen die Teilnahme nur für eine Teilstrecke möglich sein, bitten wir, wann irgend möglich, um den gleichen finanziellen Beitrag. Interessenten für eine Teilnahme, die die Teilnahmegebühr nicht ganz bezahlen können, werden gebeten, dies in einem kurzen Brief, der der Anmeldung beizufügen ist, mitzuteilen. „Finanzkräftige Nicht-Teilnehmer“ werden hierzu um finanzielle Patenschaft gebeten.

Nach der Anmeldung gehen den Teilnehmern weitere Informationen zu. Nach Zahlung der Teilnahmegebühr erhalten Sie den Teilnehmerausweis. Die Zahlung der Teilnahmegebühr mit deutlichem Vermerk „Teilnahmegebühr“ (damit wir sie von Spenden unterscheiden können) an das Postscheckkonto PSA Ffm. 576 48, Ostermarsch der Atomwaffengegner 605 Offenbach oder durch Verrechnungsscheck. Anmeldung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 805 Offenbach 4, Postfach 848.



Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß
Verantwortlich: Inge Druschel, 805 Offenbach (Main) 4, Postfach 848, Buchrainweg 161, Postscheckkonto Ffm. Nr. 576 48; Druck: Alfred W. Dunker Frankfurt am Main

Hier abtrennen

Ich nehme teil am Ostermarsch 1967. Die Teilnahmegebühr von DM 20,- wird überwiesen.

Samstag Sonntag Montag

Ich kann lediglich am Ostermontag teilnehmen und überweise DM _____ Teilnahmegebühr.

Name: _____ Vorname: _____

Beruf: _____ Alter: _____ Tel.: _____

Anschrift: _____

Bitte gut leserlich schreiben!

Für saubere Luft
Für weniger Verbrechen
Für mehr

Schutz für unsere
Frauen & Kinder
Für einen Himmel

ohne Bomben
Für weniger Kriegsverbrechen
Für

Entspannung &
Verhandlungen
über Abrüstung

Für derartigen
Luftschutz, den
sichersten und

billigsten
Für
Demokratie in
den Parteien &

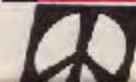
Betrieben
Für
die Entmachtung
der oberen Zehn

Tausend und für
ein Verbot ihrer
Notstands Pläne

Amerika den
Amerikanern
Vietnam den
Vietnamesen

Alle Staatsgewalt
geht vom Volke aus

geh mit beim
Ostermarsch



Wir rufen auf zum Ostermarsch 1967

Zahlreiche prominente Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik, darunter insbesondere Repräsentanten des geistigen, wissenschaftlichen und kirchlichen Lebens und Gewerkschaftler haben die Bürger der Bundesrepublik aufgefordert, die Kampagne für Abrüstung als außerparlamentarische, parteipolitisch unabhängige Sammelbewegung zu unterstützen und an der Vorbereitung und den Aktionen des Ostermarsches 1967 teilzunehmen.

Im Aufruf zum Ostermarsch 1967 werden vor allem folgende Forderungen erhoben: **FRIEDEN FÜR VIETNAM** – Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam, Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner, Einstellung der militärischen Aktivität in Süd-Vietnam, Verhandlungen auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954, Abzug aller ausländischen Truppen und Neutralisierung ganz Vietnams. **SICHERHEIT IN EUROPA** – Verzicht der Bundesrepublik auf jede Mitverfügung über Atomwaffen, Zustimmung zu einem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, Mitarbeit an Rüstungsbeschränkung und Rüstungsabbau in Europa, Initiative zu einer atomwaffenfreien Zone. **SCHUTZ DER DEMOKRATIE** – Keine Verabschiedung weiterer Notstandsgesetze, Aufhebung der bereits beschlossenen Notstandsgesetze, Schutz der Verfassung vor jeder autoritären Verfälschung.

Der Aufruf kritisiert die Politik der früheren Bundesregierungen als einen „gefährlichen und aussichtslosen Versuch, die Verhältnisse in Mitteleuropa durch eine Politik der Stärke und Aufrüstung zu ändern“ und fordert die neue Bundesregierung auf, sich von dieser Politik grundsätzlich abzuwenden und stattdessen dazu beizutragen, „das zerrissene und von Waffen starrende Europa in ein System friedlicher Zusammenarbeit umzuformen.“

Ostermarsch 1967 in Hessen



Samstag, 25. März 1967

- 10.00 Uhr Treffpunkt Schloßplatz in Hanau – Anschließend Kundgebung, Demonstrationmarsch durch Hanau – Mittagspause Rehbeinschule
Nachmittags: Informationsstände, Non Stop Revuen (Kabarett, Gesang, Musik, politische Texte, Lyrik), Hyde-Park-Diskussionen „Eroberung“ eines Hanauer Stadtteiles durch „von Tür zu Tür Aktionen“, Geldsammlungen für Vietnam
- 20.00 Uhr Abendveranstaltung in der Hanauer Stadthalle mit Egon Lutz „Bericht aus Vietnam“

Sonntag, 26. März 1967

- 9.30 Uhr Abmarsch auf dem Marktplatz in Hanau über Steinheim
- 13.00 Uhr Mittagspause in Mühlheim Diskussionsveranstaltungen über aktuelle Fragen
- 15.30 Uhr Abmarsch nach Offenbach/M. Abendveranstaltungen in der Stadthalle, Übernachtung

Montag, 27. März 1967

- 9.30 Uhr Fortsetzung des Ostermarsches in Offenbach: Wilhelmsplatz, Frankfurter Straße, Frankfurt: Offenbacher Landstraße, Wendelsplatz
- 12-13.30 Uhr Mittagspause im Ostpark mit Luftballonaktion

9.30 Uhr

Fortsetzung des Ostermarsches in Ffm.-Höchst Marktplatz, Zuckschwertstraße, Sossenheim, Rödelheim

12-14 Uhr

Mittagspause auf dem Kurfürstenplatz – Luftballonaktion

15.00 Uhr Schlußkundgebung auf dem Römerberg

Es sprechen u. a.: Philipp Pleß, Mdl
D. Martin Niemöller
Jean-Paul Sartre (evtl.)

20.00 Uhr Große Ostermarsch-Revue

Lastschriftzettel BL 058

Konto **Frankfurt am Main**

Nr. **2137 35**

8 Deutsche Mark **1** Pf

für **Q f. Atomkraft**

in **Offenbad**

ED 715-25-139

08. 1967



(Für Vermerke des Auftraggebers,
z. B. KONT. u. PSCHA)

17. 4. 67

Bitte bei Einreichung an das Postschickamt jeden Lastschriftzettel hier einzeln nach hinten umschlagen

Das Postschickamt sendet diesen Abschnitt dem Auftraggeber

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 712-25-440



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

10. 2. 67

im Januar 1967

Sehr geehrte Abonnenten der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG!

Wir geben Ihnen heute die Januar-Ausgabe der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Wir freuen uns sehr, daß wir scheinbar generell davon ausgehen können, daß die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG von den Lesern geschätzt und gut ausgewertet werden, obwohl dieses Blatt nach wie vor unter einigermaßen schwierigen finanziellen und technischen Problemen gemacht wird.

Im vergangenen Jahr konnten wir 700 neue Abonnenten gewinnen und wir danken besonders all jenen Beziehern, die die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG nicht nur selbst regelmäßig beziehen, sondern gleichzeitig neue Abonnenten werben.

Heute müssen wir Sie, wie jeweils zum Jahresanfang, auf die Zahlung der Jahresabonnentengebühren für 1967 hinweisen. Diese betragen wiederum DM 8.-- *(ev. 7,50 €)*.

Sie ersparen uns manche Mühe und evtl. Erinnerungsschreiben, wenn Sie diesen kleinen Betrag sofort überweisen. Wir fügen eine Zahlkarte für unser Postscheckkonto beim PSA Frankfurt Nr. 6255 bei und verweisen gleichzeitig auf unser Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigniederlassung Offenbach, Konto Nr. 740 633.

Indem wir Ihnen vielmals für schnelle Erledigung danken, grüßen wir Sie freundlichst

gez.: Christel Beilmann
- Redaktion -

gez.: Klaus Vack
- Vertrieb -

Aufgabestempel



Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Empfänger

DM Pfg. für Konto Nr. 6255

Absender: **[REDACTED]**

ED 743-25 AAA

Zum Aufkleben der Freimark durch den Absender (Gebührensätze umseitig)

Zahlkarte

DM Pfg. für Konto Nr. 6255

auf DM Pfg., wörtlich

PSchA Frankfurt am Main

Eingezahlt am Absender (Name, Wohnort, Straße, Haus-Nr., Gebäudeteil, Stockwerk):

für Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Zentraler Ausschuß

D-Mark Pfg. wie oben

Konto-Nr.

6255

Postscheckamt Frankfurt am Main

in 605 Offenbach 4

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez. auf Konto-Nr. 6255 PSchA

Einlieferungsschein

— sorgfältig aufbewahren —

(in Ziffern) D-Mark Pfg.

für Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Zentraler Ausschuß

in 605 Offenbach 4

Betrifft:

Postvermerk

Nr. [REDACTED]

Eingetragen durch:

Eingangs-Nr.

Postvermerk

Einfieferungsnummer

Postannahme



Institut für Zeitgeschichte



ED 746-25-142

F 3.2. 67

Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

Offenbach, den 30.1.67

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Freunde!

- I. Sie finden beigelegt ein Zeitungsflugblatt und einige Handzettel. Beide Flugblätter sind gedacht zur Werbung für die grosse Auftaktveranstaltung am 12. Februar 1967, 15 Uhr im Frankfurter Zoo Gesellschaftshaus. Bitte werben Sie für diese Veranstaltung und nehmen Sie vor allen Dingen selbst daran teil, denn gerade in der gegenwärtigen politischen Situation in der Bundesrepublik sollten wir eindeutig zum Ausdruck bringen, dass die Kampagne für Abrüstung entschlossen ist, als ausserparlamentarische, parteipolitisch unabhängige, demokratische Sammelbewegung weiter zu wirken und weiter zu kämpfen für Sicherheit in Europa, für Abrüstung und Demokratie, gegen Notstandsgesetze und gegen den Krieg in Vietnam.

Gleichzeitig mit der hessischen Kundgebung im Zoo-Gesellschaftshaus werden weitere grosse Auftaktveranstaltungen stattfinden in Hamburg, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Stuttgart. Wir rechnen damit, dass an diesen Veranstaltungen ca. 10 000 Menschen teilnehmen werden.

Besonders möchten wir noch erwähnen, dass die Auftaktkundgebung in Hessen nicht etwa eine Veranstaltung ausschliesslich für Frankfurt ist, sodass wir all unsere Freunde aus Hause und auch aus dem rheinischen Gebiet zwischen Worms und Koblenz bitten, mit Bussen oder SKwe anzureisen und teilzunehmen.

- II. Noch einmal möchten wir Sie sehr nachdrücklich darauf hinweisen, dass neben der Werbung für die Auftaktveranstaltung auch der Sammlung von Unterschriften für den Ostermarschaufruf 1967 grosse Bedeutung zukommt. Wir bitten deshalb (soweit noch nicht geschehen) den Verdruß, den wir Ihnen mit dem Ostermarschaufruf im letzten Rundschreiben zugeschickt haben, auszufüllen, zu unterschreiben und an die Geschäftsstelle zu senden. Weiterhin bitten wir, unseren Vorschlag einer "Aktion 2. März" zu verwirklichen und mindestens eine zweite Person, die sich bisher nicht für die Kampagne eingesetzt hat, als neuen Unterzeichner und möglichst auch als Ostermarschteilnehmer zu gewinnen.

Vergessen Sie auch nicht, die DM 10,- zu überweisen als Anteil für die Grossanzeigen in der Frankfurter Rundschau mit welcher wir den Ostermarschaufruf und die Namen aller Unterzeichner im Gebiet des Regionalausschusses Hessen/Rheinland publizieren möchten.

III. Am 10. Dezember 1966, dem Tag der Menschenrechte, haben etwa 20 örtliche Ausschüsse der Kampagne Strassensammlungen für Frieden und Hilfe für Vietnam gemacht. Obwohl man allgemein nicht begeistert an diese Aktion herangegangen ist und obwohl das Wetter an diesem Tag sehr schlecht war, wurden nach unserem Überblick auf Anhieb ca. 20.000,- DM gesammelt.

Wir brauchen nicht noch einmal zu betonen, wie wichtig einerseits die politische Aufklärung über die wahren Ursachen des Krieges in Vietnam und die Möglichkeiten zur Konfliktbereinigung und andererseits humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung Vietnams sind. Der Zentrale Ausschuss der Kampagne hat deshalb bei seiner letzten Sitzung beschlossen, die Aktionen für Frieden und Hilfe für Vietnam in die Vorbereitung für die Ostermärsche mit einzubeziehen. Es wurde empfohlen, dass jeder örtliche Ausschuss bis Ostern 1967 mindestens eine Vietnam Sammlung macht.

Wir bitten Sie alle, liebe Freunde, an solchen Sammlungen teilzunehmen. Beigefügt finden Sie eine Liste mit den Adressen örtlicher Ausschüsse oder örtliche Kontaktleute des Regionalausschusses Hessen/Rheinland. Dort können Sie erfahren, wann Sie sich an Sammlungen beteiligen können und selbstverständlich auch, welche weiteren Möglichkeiten bestehen, örtlich aktiver an der Arbeit der Kampagne mitzuwirken.

Wer gerne allein, auf eigene Faust sammeln möchte (dann am besten von Haustür zu Haustür) kann von der Geschäftsstelle eine Sammelkarte und Material über den Krieg in Vietnam anfordern. Die Sammelkarten sind mit dem Hessischen Ausschuss abzurechnen.

Wichtig: Die Unterrichtung und die Geldsammlung sollen sich an die breite Öffentlichkeit wenden. Sie sollen also neue Kreise ansprechen. Sie dürfen nicht die bereits vorhandenen Unterstützer der Kampagne, deren Unterstützung für die gesamte Tätigkeit der Kampagne dringend erforderlich ist, zusätzlich finanziell belasten. Der Reinerlös der Sammlung wird von uns an die HILFSAKTION VIETNAM weitergeleitet. Die HILFSAKTION VIETNAM wird den gesamten Betrag, nach ihren bisherigen Erfahrungen aufgeschlüsselt, an das Rote Kreuz Nord-Vietnam, an das Rote Kreuz der Nationalen Befreiungsfront und an die buddhistische Opposition in Süd-Vietnam weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heiner Halberstadt
- Sprecher -

gez. Inge Druschel
- Geschäftsführerin -

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuss -

605 Offenbach 4
Postfach 648
Buchrainweg 161
Tel. 0611 - 86 60 51/52

Adressen örtlicher Ausschüsse oder Kontaktleute des Regional-
ausschusses Hessen/Rheinland, Stand 1. Februar 1967

6508 Alzey, Heinrich Treblin, Ambergasse 25
875 Aschaffenburg, Friedrich Dobler, Kornelienstr. 34
635 Bad Nauheim, Jörg Jonas, Bodestr. 19
6368 Bad Vilbel, Heinz Hiller, Am Hang 72 (Heilsberg)
614 Bensheim, Hannelore Enzinger, Vogelsbergstr. 2
6 Bergen Lahnheim, Manfred Laus, Sudetenstr. 6
3561 Biedenkopf, Manfred Hanßmann, 3561 Braidenbach, Hauptstr.
3597 Borken, Joachim W. Keller, Brunnenweg 7
647 Büdingen, Wilhelm Kraus, Gymnasiumstr. 1
61 Darmstadt, Uwe Wolfgang Rückert, Schulstr. 10
611 Dieburg, Helga Heinicke, Frankfurter Str. 77
6073 Egelsbach, Dieter Schober, Mainzer Str. 47
344 Eschwege, Helfried Besser, 3444 Reichensachsen, Höhenweg 2
6 Frankfurt, Odina Pott, Kottenhofweg 83
6 Frankfurt, Inge Druschel, Johanna Kirchner Str. 103
636 Friedberg, Gerhard Herbert, 6361 Rodheim, Holzhäuserstr. 39
646 Gelnhausen, Heinz Semmel, 6461 Neuenhasslau, Bahnhofstr. 1
63 Giessen, Jan Leidel, Nahrungsberg, 49
6091 Ginsheim, Rudolf Raach, Rheinstr. 89
6348 Herborn, Fritz Müller, 6345 Bibelshausen, Attigstr. 4 a
645 Hanau, Andreas Zechmeister, Lortzingstr. 6
6238 Hofheim, Norbert Weller, 6231 Niederhofheim, Gartenstr. 8
35 Kassel, Heinz Geile, Am Ziegenberg 5
35 Kassel, Sigi Wenzel, Sommerweg 7
54 Koblenz, Olf Vetter, Hermannstr. 91 (Pfaffendorf)
6239 Kriftel, Dr. Christian Müller, Ev. Pfarramt
667 Langen, Günter Beck, Gabelsberger Str. 23
642 Lauterbach, Karlheinz Schopbach, Am Graben 80
65 Mainz, Robert Monnenmacher, Bilkildisstr. 15
6503 Mainz Kastel, Horst Symonowski, Johannes Gossner Mission
355 Marburg, Paul Gerhard Hübsch, Am Schlag 4
544 Mayen, Kurt Pell, Wittkende 37
6082 Mörfelden, Rainer Haag, Forsthausstr. 45
6078 Neu Isenburg, Günter Walze, Waldstr. 73
545 Neuwied, Helmut Winnen, 5454 Heimbach-Weis, Haugasee 2
6053 Oberlahausen, Horst Limberger, Beethovenstr. 36
637 Oberursel, Kristin Grünwald, Am Hang 29
600 Offenbach, Fritz Strass, Buchrainweg 161
6102 Pfungstadt, Herbert Zöllner, Bürgermeister Lang Str. 57
6101 Reinheim, Renate Puppert, Odenwaldstr. 20
609 Rüdesheim, Werner Welskop, Frankfurter Str. 2
59 Siegen, Max Kalteich, 591 Kreuztal, Kaiserstr. 77
6079 Spremlingen, Ingrid Löwe, Kurt Schumacher Ring 22
6452 Steinheim, Heinz Richter, Bergstr. 66
65 Trier, Albert Molitor, Schulstr. 1
6101 Übersau, Günter Wörge, Hochstr. 30
6074 Urberach, Horst, Schrod, Hammer Str. 48
648 Weckersbach, Ingrid Wörner, Schwarzgasse 13
6083 Waldorf, Norbert Winkler, I.v.-Behring Str. 18
633 Wetzlar, Reinhard Sponer, Taunusstr. 32
62 Wiesbaden, Werner Welskop, Cranienstr. 58

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 30.1.1967
Buchrainweg 361 Postfach 648

Liebe Freunde,

ED 713-25-144

Sie haben sicher schon zur Kenntnis genommen, daß wir uns nach den vielen Diskussionen um die zukünftige Form der Ostermärsche entschlossen haben, am Ostersonntag (25. März 1967) in Hanau einen "großen Aktionstag" zu veranstalten, an dem alle Teilnehmer des Ostermarsches mitwirken sollen. Vorgesehen sind u.a.: eine Kundgebung, ein Demonstrationmarsch durch die Stadt, Informationsstände zu Themen wie "Krieg in Vietnam", "Sicherheit durch Abrüstung", "Notstand der Demokratie" sowie "Wirtschaftskrise und Rüstung", Non-Stop-Revuen auf mehreren Podien (Kabarett, Gesang, Musik, politische Texte, Lyrik etc.), "Eroberung" eines Hanauer Stadtteils durch "von Tür zu Tür Aktionen" und Sammlungen für die Opfer des Vietnam-Krieges, sowie am Abend eine Veranstaltung in der Hanauer Stadthalle über Vietnam mit Egon Lutz.

Nun ist es wesentlich einfacher, in einer Demonstration zug gemeinsam über die Straßen zu ziehen, als mit vielen hundert Teilnehmern Diskussionen, Aufklärungsaktionen, Sammlungen etc. zu veranstalten. Natürlich kann und soll grundsätzlich jeder Ostermarsch-Teilnehmer in diesem Programm mitwirken, aber wir brauchen sozusagen eine Art "Kadergruppe", die sich intensiv auf die vielfältigen organisatorischen und politischen Probleme unseres Aktionstages in Hanau vorbereitet.

Wir bitten deshalb alle Ostermarsch-Teilnehmer, die dazu bereit sind, den untenstehenden Abriß auszufüllen und möglichst umgehend an die Geschäftsstelle zu geben. Es wird im wesentlichen darauf ankommen, daß sich diese Mitarbeiter vor Ostern zwei- bis dreimal in Frankfurt treffen und soweit möglich darüber hinaus auch kleinere praktische Arbeiten übernehmen.

Das Gelingen des Aktionstages am Ostersonntag in Hanau hängt wesentlich von Ihrer Mitwirkung ab. Wir bitten Sie, an den Vorbereitungen teilzunehmen und danken Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Inge Druschel
- Geschäftsführerin -

An die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß - 605 Offenbach 4 - Postfach 648 - Buchrainweg

Ich bin bereit, an den Vorbereitungstreffen für den Aktionstag am Ostersonntag in Hanau (etwa zwei- bis dreimal vor Ostern) teilzunehmen und bitte, mich zur ersten Besprechung in Frankfurt einzuladen:

Name: _____

Telefon _____

Adresse: _____

Unterschrift

**FÜR SICHERHEIT IN EUROPA
FÜR ABRÜSTUNG UND DEMOKRATIE
GEGEN NOTSTANDSGESETZE
GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM**



Das sind 1967 die zentralen Forderungen der Kampagne für Abrüstung.

Doch wer und was steht dahinter?

Wer diese Forderungen sachlich und ruhig liest, wird erkennen:

dahinter steht die Vernunft.

Aber Vernunft wird erst zur wirksamen Kraft, wenn sie zum Antrieb handelnder Menschen wird.

Die Vernunft verbietet Notstandsgesetze.

Die Vernunft gebietet Abrüstung.

Die Vernunft gebietet Streichung der Rüstungsausgaben, Streichung der Ausgaben für sinnlosen Luftschutz, damit der Arbeitsplatz, die soziale Sicherheit nicht länger bedroht sind.

Nur durch Abrüstung erreichen wir Sicherheit.

Notstandsgesetze zerstören die Demokratie.

Hinter den Forderungen der Kampagne für Abrüstung steht Menschlichkeit. Es ist unmenschlich, unbeteiligt zuzusehen, wie durch den Krieg der USA gegen Vietnam tagtäglich Menschen erschossen und verbrannt werden.

Die Menschlichkeit gebietet: Schluß mit dem US-Krieg gegen Vietnam.

Im Namen der Vernunft und der Menschlichkeit rufen wir Sie deshalb auf zur Teilnahme an der

GROSSKUNDGEBUNG

Sonntag, 12. Februar 1967, 15.00 Uhr

Zoo-Gesellschaftshaus im Frankfurter Zoo.

Themen und Redner:

Sicherheit durch Abrüstung

Konny Ziliacus, Parlamentsabgeordneter, London

Was geht uns Vietnam an?

Pastor Dr. Friedrich Wilhelm Marquardt, Berlin

Notstand der Demokratie

Fritz Libuda, Gewerkschaftsekretär, Frankfurt

Aufgaben der außerparlamentarischen Opposition

Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt

Weiterhin wirken mit:

Christopher & Michael

The Whirlwind-Skiffle-Group

extra blatt

Wir laden ein zur

Großkundgebung

der Kampagne für Abrüstung

Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr,

Frankfurt am Main,

Zoogesellschaftshaus (im Zoo)

Es sprechen:

Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt

Fritz Libuda, Gewerkschaftssekretär, Frankfurt

Pastor Dr. Friedrich Wilhelm Marquardt, Berlin

Canny Ziliacus, Parlamentsabgeordneter, London

Für Sicherheit in Europa Für Abrüstung und Demokratie Gegen Notstandsgesetze Gegen den Krieg in Vietnam



Joan Baez
beim Ostermarsch 1966 in der Bundesrepublik

Prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik, Wissenschaftler, Schriftsteller, Männer der Kirche, Gewerkschafter und Künstler haben den Aufruf zum Ostermarsch 1967 unterzeichnet und die Bürger der Bundesrepublik aufgefordert, die Kampagne für Abrüstung zu unterstützen. Darunter sind: Heinrich Böll, Hans Magnus Enzensberger, Prof. Helmut Gollwitzer, Erich Kästner, Martin Walser, Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg, Martin Niemöller, Hinrich Oetjen, Philip Pleß MdL, Gösta von Uexküll, Dr. Werner Otto von Hentig, Herbert Fallert, Prof. Wolfgang Abendroth, Carl Amery, Bernt Engelmann, Prof. Hans-Jochen Gamm, Prof. Johannes Harder, Prof. Heinz Joachim Heydorn, Hanns Ernst Jäger, Helmut Kentler, Hardy Krüger, Hans A. Nickel, Prof. Ernst Niekisch, Fritz J. Raddatz, Alexander Spoerl, Dieter Süverkrüp, Franz Josef Degenhardt, Gerhard Schoenberger, Rolf Ulrich, Gerhard Weber, Willy Zinnkann MdL, Prof. Walter Fabian, Prof. Werner Hofmann, Prof. Wolfgang C. Müller, Horst Krüger, Heinz Brandt, Nina Raven-Kindler, Erich Jordan MdL, Max Bill, Hans Dohrenbusch, Emil Wegmann MdL, Lothar Pleithner.

Die Kampagne für Abrüstung hat zum Ostermarsch 1967 aufgerufen. Sie wirbt mit Aufklärungsaktionen, mit Kundgebungen und Diskussionen für eine neue Politik. Brauchen wir solche Demonstrationen? Hat nicht unsere neue Regierung eine Politik der Friedenssicherung gutgeheißen? Die Kampagne für Abrüstung ist eine parteipolitisch unabhängige, außerparlamentarische Bewegung. Es ist nicht ihre Sache, diese oder jene Partei, diese oder jene Koalition für gut oder schlecht zu erklären. Aber die Kampagne sagt, um welche Politik es geht — und sie stellt klar, welchen Kurs unser Land steuern müßte, wenn es Sicherheit und Stabilität erreichen will, von denen wir weit entfernt sind. Der Krieg in Vietnam weitet sich immer mehr aus. Aus diesem Krieg kann leicht ein globaler Konflikt entstehen. Die Regierung unseres Landes zeigt sich bisher nicht bereit, bei den USA auf die Beendigung des Vietnamkrieges hinzuwirken. Auch Mitteleuropa gleicht immer noch einem Pulvertaß. In der Bundesrepublik sind Atomraketen und Atombomber stationiert, deren Zerstörungskraft mehr als das Tausendfache der Hiroshima-Bomben ausmacht. Die Bundesregierung muß veranlaßt werden, eine stufenweise und beiderseitige Abrüstung in Mittel-

europa einzuleiten. Vor allem: sie muß endlich darauf verzichten, über die NATO oder über eine westeuropäische gemeinsame Atommacht in den Mitbesitz von Atomwaffen gelangen zu wollen. Noch ist dieser Verzicht nicht ausgesprochen. Nur in einer grundsätzlichen Abkehr von der bisherigen Militärpolitik, der explosiven „Vorwärtsstrategie“, liegt aber der Ausweg aus der wirtschaftlichen und sozialen Krise. Steigende Preise, höhere Steuern, Abbau der Sozialleistungen, Sorge um den Arbeitsplatz — das sind die Folgen einer maßlosen Rüstungspolitik. Zu alledem hat die Bundesregierung noch angekündigt, daß Notstandsgesetze und zahlreiche Veränderungen des Grundgesetzes kommen sollen. Damit kann man die Entspannung in Europa nicht fördern. Statt der Planung des „Ernstfalls“ brauchen wir die Verhütung des Ernstfalls. Die bisherige Außen- und Militärpolitik der Bundesrepublik ist gescheitert. Eine bessere Politik für unser Land wird nicht durch kleine Schönheitsreparaturen und große Worte zu erreichen sein, sondern nur, indem man sich von den alten und gefährlichen Illusionen entschlossen trennt und politisches Handeln an neuen Grundsätzen orientiert. Dafür arbeitet und demonstriert die Kampagne für Abrüstung.

Kampagne für Abrüstung,
 Ostermarsch der Atomwaffengegner
 - Hessischer Ausschuß -
 - Zentraler Ausschuß -

605 Eberbach 4, 4. Jan. 1967
 Buchrainweg 161 Postfach 648

5. 1. 67

Liebe Freunde,

Sie finden beigelegt mehrere Einladungen für eine Vietnam-Veranstaltung am kommenden Mittwoch, 11. Jan. 1967 in Frankfurt. Sehr kurzfristig hat sich ergeben, daß die HILFSAKTION VIETNAM in Zusammenarbeit mit der KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG diese Veranstaltung durchführt. Deshalb ist es den Veranstaltern auch nicht mehr möglich, eine breit angelegte Propaganda für diese Veranstaltung zu betreiben und der gute oder schlechte Besuch dieser Veranstaltung wird ganz davon abhängen, ob Sie, liebe Freunde, selbst dabei sein werden und darüber hinaus die beigelegten Flugblätter an weitere Interessenten weitergeben.

Uns scheint es sehr wichtig, daß in der Öffentlichkeit mit dieser Veranstaltung deutlich gemacht wird, daß die Reisegruppe Sympathie und Unterstützung in der Bevölkerung findet und es ist deshalb notwendig, daß diese Veranstaltung bestens besucht wird. Auch der Informationswert der Veranstaltung sollte Anlaß genug sein, daß jeder, der es sich einigermaßen ermöglichen kann, dabei ist.

Wir weisen noch einmal besonders auf die geplante Anzeige in der "Frankfurter Rundschau" am kommenden Mittwoch hin und danken Ihnen für Ihre Unterstützung zum guten Gelingen der Vietnam-Veranstaltung

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Inge Druschel

gez.: Klaus Vack

Berichte aus Vietnam

Seit Anfang dieser Woche weilt auf Einladung des Präsidenten des Roten Kreuzes der Demokratischen Republik Vietnam, Dr. Vu Dinh Tung, eine Delegation der HILFSAKTION VIETNAM in Hanoi, Teilnehmer der Reisegruppe sind: D. Martin Niemöller DD; einer der Präsidenten des Weltkirchenrates; Dr. Georg Hüssler, Generalsekretär der Caritas; Egon Lutz, Redakteur der „Nürnberger Nachrichten“; Diplomdolmetscher Walter Diehl.

Die Reiseteilnehmer werden am Mittwoch, 11. Januar 1967, in der Bundesrepublik zurückerwartet. Sie kommen mit einer Lufthansa-Maschine aus Rom, die planmäßig um 19.15 Uhr auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt landen wird.

Aus Anlaß der Rückkehr der Reisegruppe laden die HILFSAKTION VIETNAM in Zusammenarbeit mit der KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG zu einer Veranstaltung ein:

Mittwoch, 11. Januar 1967, 20.15 Uhr

Frankfurt, Cantalesaal, Großer Hirschgraben 17-19

Gleichzeitig ist zur Einführung in die Problematik ein Referat vorgesehen, Teilnehmer der Reisegruppen werden über ihre Eindrücke berichten. Zu dem Thema:

Was geht uns der Krieg in Vietnam an?

Sollte wider Erwarten bei der Rückkehr der Reisegruppe eine Verzögerung eintreten, so wird dies am Mittwoch, 11. Januar 1967, durch eine Anzeige in der „Frankfurter Rundschau“ publiziert.

Eintritt zu der Veranstaltung DM 2,-; der finanzielle Erlös kommt der HILFSAKTION VIETNAM zugute.

Veranstalter: HILFSAKTION VIETNAM, 4 Düsseldorf, Kirchfeldstraße 149 in Zusammenarbeit mit der KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG – OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGEGNER, 605 Offenbach, Buchrainweg 161. Verantwortlich für den Inhalt: Klaus Vack, 6050 Offenbach. Druck: Alfred W. Dunker, 6 Frankfurt a. M.

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch

ED 7/8 - 25 - 148



der Atomwaffengegner

Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung
Telefon (06 11) 88 60 51 / 52
Postcheck Frankfurt
Konto Nr. 6255
Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach, Konto 740 633

4.1.67

Sehr verehrte Damen! Sehr geehrte Herren!

Die Kampagne für Abrüstung hat in dem vergangenen Jahr ihre Tätigkeit verstärkt und ihre politische Aussage konkretisiert. Ihr Bemühen um eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung, für die Beendigung des Krieges in Vietnam und für die Erhaltung der Demokratie in der Bundesrepublik wird 1967 einen neuen Höhepunkt in den Veranstaltungen und Märschen zu Ostern finden.

In der gegenwärtigen politischen Situation in der Bundesrepublik halten wir dieses Bemühen um eine neue Politik einer an keine Partei gebundenen außerparlamentarischen Sammelbewegung wie der Kampagne für Abrüstung für notwendiger denn je. Wir unterstützen deshalb den Aufruf der Kampagne zum Ostermarsch 1967, der umseitig wiedergegeben ist. Wir bitten Sie, die politische Aussage des Aufrufes zu prüfen und sofern Sie mit ihm übereinstimmen, den Aufruf durch Ihre Unterschrift zu unterstützen. Wir halten das Engagement jedes einzelnen für erforderlich, um endlich auch in unserem Lande, eine Politik der Entspannung, der stabilen Friedenssicherung und der Zusammenarbeit der Völker durchzusetzen.

Mit freundlichem Gruß!

Wegfried Abendroth
(Prof. W. Abendroth)

Heinrich Böll
(Heinrich Böll)

Andreas Buro
(Dr. Andreas Buro)

H. M. Enzensberger
(H. M. Enzensberger)

Herbert Faller
(Herbert Faller)

H. Gollwitzer
(Prof. H. Gollwitzer DD)

W. O. von Hentig
(Dr. W.-O. von Hentig)

Erich Kästner
(Erich Kästner)

H. Kloppenburg
(Dr. H. Kloppenburg DD)

Hinrich Oetjen
(Hinrich Oetjen)

Philipp Pleß
(Philipp Pleß, MdL.)

Horst Symanowski
(Horst Symanowski)

Gösta v. Uexküll
(Gösta v. Uexküll)

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Martin Walser
(Martin Walser)

Kuratorium: Frank Allauß, Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtel, Christian Gelsler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Mauerbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klörne, Heinz Kloppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 306 Dachau, Schwarzhölzstraße 20

Aufruf zum Ostermarsch 1967

- FÜR SICHERHEIT IN EUROPA
- FÜR ABRÜSTUNG UND DEMOKRATIE
- GEGEN NOTSTANDSGESETZE
- GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM

Die Bundesrepublik befindet sich in einer politischen Krise. Eine wirtschaftliche Krise zeichnet sich ab. Diese Erscheinungen können nicht auf das Unvermögen von Personen zurückgeführt werden, sie sind Ergebnis der bisher betriebenen, verfehlten Politik. Von der zukünftigen Politik der Bundesrepublik hängt es ab, ob die Krisen im eigenen Lande überwunden oder vertieft, ob die internationalen politischen Konflikte unserer Zeit gelöst oder verschärft werden. Die Bundesrepublik befindet sich in einer Situation, in der die politischen Weichen für morgen gestellt werden. Drei Fragen stehen im Vordergrund:

- Wird auch die neue Bundesregierung die Störversuche gegen die Entspannungspolitik in Europa fortsetzen oder wird sie sich den Bemühungen um Entspannung, um ein neues System europäischer Sicherheit, um Rüstungskontrolle und Rüstungsbeschränkung anschließen?
- Wird auch die neue Bundesregierung die Politik der Notstandsgesetzgebung, der Militarisierung und „Formierung“ der Gesellschaft fortsetzen oder wird sie sich für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat entscheiden und dem Auftrag des Grundgesetzes folgen, „dem Frieden der Welt zu dienen“?
- Wird auch die neue Bundesregierung den Krieg der USA in Vietnam moralisch, finanziell und politisch unterstützen oder wird sie von diesem Krieg abrücken und bei den verbündeten Vereinigten Staaten auf seine Beendigung wirken?

Diese Alternativen sind Ausdruck einer zentralen Frage: Ist die neue Bundesregierung bereit, den gefährlichen und aussichtslosen Versuch aufzugeben, die Verhältnisse in Mitteleuropa durch eine Politik der Stärke und der Aufrüstung zu ändern?

Die Bundesrepublik muß eine neue Politik machen. Nur dann kann sie sich aus der Isolierung befreien, in die ihre Politik sie gegenüber Ost und West gebracht hat.

FRIEDEN IN VIETNAM

Die Vereinigten Staaten, der engste und mächtigste Verbündete der Bundesrepublik, führen in Vietnam einen Vernichtungskrieg. Dieser Krieg ist verursacht durch das Bestreben der herrschenden Kreise der USA, sich aus machtpolitischen Gründen in die inneren Angelegenheiten anderer Völker einzumischen. In Vietnam wollen die USA für alle asiatischen und lateinamerikanischen Völker ein Exempel statuieren: daß in ihrem Machtbereich soziale Veränderungen gegen ihren Willen nicht möglich sind.

Aus allen Teilen der Welt, vor allem aus den USA selbst, kommen leidenschaftliche Proteste gegen den Krieg in Vietnam. Diesen Stimmen schließen wir uns an. Wir unterstützen die politischen Forderungen zur Beendigung des Krieges in Vietnam, die unter anderem U Thant und de Gaulle erhoben haben:

- Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam;
- Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner;
- Einstellung der militärischen Aktivität in Süd-Vietnam;
- Verhandlungen auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954;
- Abzug aller ausländischen Truppen und Neutralisierung ganz Vietnams.

Wir fordern die Bürger der Bundesrepublik auf, dafür einzutreten,

- daß die Bundesregierung den Krieg in Vietnam nicht länger unterstützt und stattdessen bei der Regierung der USA auf eine friedliche Lösung des Konfliktes hinwirkt,
- daß humanitäre Hilfe allen Opfern des amerikanischen Krieges in Vietnam zugutekommt.

SICHERHEIT IN EUROPA

Mitteleuropa ist immer noch ein gefährlicher Krisenherd der Weltpolitik. Mehr als 20 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ist es angefüllt mit Truppen, Raketen und atomaren Waffen.

Führende europäische Politiker, im Westen wie im Osten, treten dafür ein, in Europa schrittweise Abrüstung auf beiden Seiten zu vereinbaren und das feindliche Gegenüber und die Abkapselung der Blöcke zugunsten eines friedlichen Nebeneinanders und einer offenen Zusammenarbeit zu überwinden.

Die früheren Regierungen der Bundesrepublik hingegen hatten die Mitarbeit an einer Politik der Entspannung verweigert. Sie haben den Vorschlägen zur regionalen Rüstungsbeschränkung widersprochen, sie wollten die NATO weiterhin als Instrument der Stärke-Politik einsetzen und stellten für eine europäische Sicherheitskonferenz Vorbedingungen, die eine solche Konferenz unmöglich machen mußten. Die früheren Bundesregierungen erhoben weiterhin Anspruch auf Mitverfügung über Atomwaffen und verhinderten damit den Abschluß eines Vertrages gegen ihre Weiterverbreitung. Sie vertraten die Alternative: Erfüllung ihrer politischen Forderungen — oder Fortsetzung der Politik der militärischen Stärke. Das aber bedeutet militär-politische Pression.

Fortschritte in und für Deutschland sind aber nur zu erhoffen, wenn Ost und West Vertrauen in eine friedliche Politik Deutschlands setzen können; Schritte zur deutschen Wiedervereinigung sind nur denkbar als Folge der Entspannungspolitik, nicht aber als Voraussetzung der Entspannung oder gar als Ergebnis der Politik der Stärke. Aktiv und ohne Vorbehalte muß sich die Bundesrepublik an der Entspannungspolitik beteiligen und dazu beitragen, das zerrissene und von Waffen starrende Europa zu einem System friedlicher Zusammenarbeit umzuformen. Das ist der einzige Ausweg aus der Krise und Sterilität unserer Außen- und Deutschland-Politik.

Die dringenden Schritte für eine vernünftige Politik unseres Landes sind deshalb:

- Verzicht der Bundesrepublik auf jede Mitverfügung über Atomwaffen;
- Zustimmung zu einem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen;
- Mitarbeit an einer Sicherheitskonferenz aller europäischen Staaten unter Einbeziehung der USA — ohne Vorbedingungen;
- Mitarbeit an Rüstungsbeschränkung und Rüstungsabbau in Europa;
- Initiative zu einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

SCHUTZ DER DEMOKRATIE

Als Konsequenz der Rüstungspolitik droht die Gefahr, daß die gesamte Bevölkerung schon in Friedenszeiten durch Notstands- und Zivildienstgesetze für die Zwecke einer verfehlten Politik erfäßbar und manipulierbar gemacht wird. Die Regierung soll die Möglichkeit erhalten, notfalls auch gegen den Willen der Bevölkerung militärische Drohung bis an den „ Ernstfall “ heranzutreiben. Mit den Not-

Fortsetzung auf der Rückseite

Bitte unterzeichnen und recht bald einsenden

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß
605 Offenbach 4
Postfach 648

Bitte, deutlich schreiben!

Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1967!

Name: _____ Telefon: _____

Postleitzahl: _____ Ort: _____ Straße: _____

Wichtig! Bitte, Berufsgruppe ankreuzen!

- | | | |
|---|---|---|
| <input type="checkbox"/> 1 Abgeordnete und Wahlbeamte, Funktionäre politischer Parteien und Vereinigungen | <input type="checkbox"/> 6 Schauspieler, Sänger, Musiker, Mitarbeiter bei Theater, Film, Funk und Fernsehen | <input type="checkbox"/> 11 Ärzte, Heilberufe |
| <input type="checkbox"/> 2 Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte, Betriebsjugendsprecher | <input type="checkbox"/> 7 Architekten, Bildhauer, Maler | <input type="checkbox"/> 12 Ingenieure, Chemiker, Techniker |
| <input type="checkbox"/> 3 Leitende Personen aus Industrie und Wirtschaft, Selbständige | <input type="checkbox"/> 8 Pädagogen, Sozialpädagogen | <input type="checkbox"/> 13 Juristen |
| <input type="checkbox"/> 4 Geistliche, Theologen, Vertreter des kirchlichen Lebens | <input type="checkbox"/> 9 Hochschullehrer, Wissenschaftler | <input type="checkbox"/> 14 Angestellte, Arbeiter, Beamte |
| <input type="checkbox"/> 5 Schriftsteller, Publizisten, Journalisten, Verleger | <input type="checkbox"/> 10 Vertreter aus Jugend- und Studentenorganisationen | <input type="checkbox"/> 15 Weitere Berufe und Hausfrauen |

Ich erbitte _____ weitere Exemplare des Ostermarschaufrufs 1967 mit Vordruck (50 Stück DM 6,—).

Datum: _____ Unterschrift

E

standsgesetzen sollen freiheitliches Bewußtsein und gesicherte Rechtsstaatlichkeit in unserem Lande ausgelöscht werden. Auf Kosten des Sozialstaates, auf Kosten der Länder und Gemeinden, auf Kosten produktiver öffentlicher Aufgaben und nicht zuletzt auf Kosten jedes einzelnen Bürgers soll der zentralisierte Rüstungsstaat durchgesetzt werden. Das Volksvermögen würde dann noch mehr als bisher für eine illusionäre Machtpolitik vergeudet.

Jeder Bürger muß sich gegen dieses Attentat auf elementare Freiheitsrechte, gegen die Militarisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens zur Wehr setzen und fordern:

- Keine Verabschiedung weiterer Notstandsgesetze;
- Aufhebung der bereits beschlossenen Notstandsgesetze;
- Schutz der Verfassung vor jeder autoritären Verfälschung.

Die Alternative zur Notstands- und Rüstungspolitik heißt:

- Statt „Vorbereitung auf den Ernstfall“ Verhütung des Ernstfalls durch eine deutsche Entspannungspolitik;
- Aktive Mitarbeit unseres Landes an der Strategie des Friedens für eine Welt ohne Hunger und Krieg.

WIR APPELLIEREN AN ALLE

Diese politische Alternative muß von den Bürgern unseres Landes durchgesetzt werden. Für eine solche Politik der Sicherheit durch Entspannung und Abrüstung tritt die Kampagne, die unabhängig und parteipolitisch neutral ist, ein. Wir fordern dazu auf, die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung zu prüfen, ihre Aktionen zu unterstützen und teilzunehmen am Ostermarsch 1967.

**Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß**

Hier abtrennen

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung – Abrüstung – Vietnam – Notstandsgesetzgebung und unterrichten über die Aktionen der Kampagne.

Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG werden von der Kampagne für Abrüstung herausgegeben – sie erscheinen monatlich. Bitte fordern Sie ein Probeexemplar an, oder bestellen Sie sofort.

- Senden Sie mir bitte ein Probeheft der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG.
- Senden Sie mir bitte regelmäßig Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementpreis von DM 8,- für ein Jahr überweise ich auf Anforderung sofort.

Vorname

Zuname

Postleitzahl und Wohnort

Straße und Hausnummer

BERICHTE AUS VIETNAM

Louis Postal, Sekretär der Metall-Arbeitergewerkschaft,
Paris (L. Postal besuchte mit einer französischen Gewerkschafts-
delegation Vietnam)

FILMDOKUMENTATIONEN

Filme aus Nord- und Südvietnam

Am 7. Dezember 1966, 20 Uhr

Volksbildungshelm, Großer Saal
Frankfurt am Main, Am Eschenheimer Turm

Veranstalter: KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
in Zusammenarbeit mit
CLUB VOLTAIRE



Eintritt: DM 2,-

Kampagne für Abrüstung
Hessischer Ausschuß

Frankfurt/M., 24.11.66

28.11.66

Aktion gegen den Krieg in Vietnam

Der 10. Dezember wurde von den Vereinten Nationen als "Tag der Menschenrechte" ausgerufen. Eine Sache wird aber nur konkret, wenn man sie an konkreten Tatbeständen mißt und sie darauf bezieht.

In Vietnam werden tagtäglich die Menschenrechte des vietnamesischen Volkes, die Rechte auf politische und soziale Selbständigkeit mißachtet; in Nord- und Südvietnam werden tagtäglich durch den Einsatz einer gigantischen amerikanischen Militärmaschine Menschen jeglichen Alters und jeglichen Geschlechts mit Napalm und Bomben getötet.

Die Internationale Föderation gegen Atomrüstung und an ihrer Spitze die amerikanische Bewegung gegen den Krieg in Vietnam haben deshalb dazu aufgerufen, am 10. Dezember, am "Tag der Menschenrechte" in aller Welt für die Beendigung des Krieges in Vietnam zu demonstrieren. Die deutsche Kampagne für Abrüstung hat sich diesem Aufruf zu eigen gemacht.

Am 10. Dezember werden in vielen Städten vieler Länder Aktionen gegen den Vietnam-Krieg stattfinden. Alle Anhänger der KfA sind aufgerufen, mit praktischer Tat diesen Appell für Humanität und Menschenrecht zu unterstützen.

Unsere örtlichen Ausschüsse werden sich in den nächsten Tagen an Sie wenden. Außerdem bitten wir Sie, sich auch unmittelbar selbst mit Ihrem örtlichen Ausschuß in Verbindung zu setzen. Es ist vorgesehen, in möglichst vielen Ortschaften und Städten Informationsstände aufzustellen und aufklärende Flugschriften zu verteilen.

Mittelpunkt dieser Aktion ist eine Goldsammlung, die am 10. Dezember beginnen und bis Ostern 1967 fortgesetzt werden soll. Der Erlös dieser Sammlung wird dem Komitee "Helft ihnen", dessen Kuratorium u.a. Oberkirchenrat Kloppenburg, Präsident Niemöller und Prof. Fabian angehören, zur Verfügung gestellt. Das Kuratorium

leitet das Geld weiter an das Rote Kreuz Nordvietnams und der Südvinamesischen Befreiungsfront an die buddhistische Bewegung Vietnams und an die demokratische Opposition in Südvietsam. Diese Mittel werden von den genannten Kräften ausschließlich für soziale und medizinische Hilfen für die Betroffenen des unmenschlichen Krieges verwendet.

Wir wollen in aller Öffentlichkeit keinen Hehl daraus machen, auf welcher Seite wir stehen. Wir wollen zeigen, daß wir auf der Seite eines Volkes stehen, das für Frieden und soziale Selbstbestimmung kämpft. Helfen Sie bitte deshalb mit ganzen Kräften mit, daß diese Aktion erfolgreich wird. Die Aktion hat durchaus politischen Charakter: Die Bundesrepublik darf den Krieg der US-Regierung gegen Vietnam, darf den Krieg der Regierung Ky gegen das eigene Volk nicht mehr länger unterstützen.

Die örtlichen Ausschüsse haben für die Aktion vom Hessischen Ausschuß alle erforderlichen Materialien erhalten.

Auftaktveranstaltungen am 7. Dezember 20 Uhr im Frankfurter Volksbildungsheim. Der französische Gewerkschaftssekretär Louis Postal (Paris) wird bei dieser Veranstaltung von seiner Reise nach Nord- und Südvietsam, von seinen Feststellungen und Wertungen berichten. Außerdem werden bei dieser Gelegenheit einige Dokumentationsfilme über den Krieg in Vietnam vorgeführt.

Die Filme stehen anschließend den örtlichen Ausschüssen für ihre Aufklärungsarbeit zur Verfügung.

Wir laden alle Anhänger der KfA aus dem Frankfurter Raum und aus der Frankfurter Umgebung zu dieser wichtigen Auftaktveranstaltung ein.

Ostermarsch Aufruf 1967

Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hatte inzwischen den Aufruf zum Ostermarsch 1967 verabschiedet. Der Aufruf steht ab 1.10.66 als Drucksache zur Verfügung. Von diesem Zeitpunkt an soll die Unterschriftensammlung beginnen.

Die Präambel des Aufrufs lautet:

FÜR SICHERHEIT IN EUROPA

FÜR ABRÜSTUNG UND DEMOKRATIE

GEGEN NOTSTANDSGESETZE

GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM

- 3 -

In diesem Aufruf sind entscheidende Fragen der zukünftigen Politik der Bundesrepublik angesprochen.

Jetzt, wo die Politik in der Bundesrepublik in Bewegung geraten ist und sich neue Kräftekonstellationen und neue Orientierungen abzeichnen, muß die KfA ein gewichtiges Wort mitsprechen.

Aufruf und Vorbereitung des OM 67 müssen so etwas wie eine Eskalation einer Politik der Vernunft werden.

Helfen Sie mit, daß dieses Vorhaben gelingt und gehen Sie dabei davon aus, daß die Stimme und die Argumentation der KfA heute wirkungsvoller sein können und gefragter sind als je zuvor.

Ob das so sein wird, hängt ebenfalls von Ihnen, von Ihrer tatkräftigen Unterstützung ab.

Ostermarsch 1967

Der Ostermarsch 1967 beginnt mit einer Tagesaktion am Ostersonntag in Hanau. Am Ostersonntag Abend ist eine Großveranstaltung in der Hanauer Stadthalle vorgesehen. Am Ostermontag startet der Marsch von Hanau nach Offenbach und am Ostersonntag geht es von Offenbach zum Frankfurter Römerberg.

Der Hessische Ausschuß hat eine Reihe von neuen Veranstaltungen während des Marsches und zum Abschluß des Marsches konzipiert. In diesem Gesamtkonzept sind die zahlreichen Vorschläge und kritischen Anregungen der Anhänger der Kampagne für Abrüstung, die in den zurückliegenden Monaten vorgetragen wurden, einbezogen.

Sobald die notwendigen Verhandlungen und organisatorischen Prüfungen abgeschlossen sind, werden wir Ihnen ausführlich weiteres berichten.

Mit freundlichem Gruß

gez. Heiner Halberstadt
(Sprecher)

gez. Inge Druschel
(Geschäftsführerin)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner
 Frankfurter Ausschuss - p.A. Inge Druschel, 6 Ffm. Johanna-
 Kirchner Str. 103, Tel. 88 60 51 ca. 78 79 52

Ffm., 24.11.66

28.11.66

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Freunde,

wie Sie ja dem Kurzschreiben des Hessischen Ausschusses ent-
 nehmen, findet am 10. Dez. 66, dem Tag der Menschenrechte,
 in der ganzen Welt grosse Protestaktionen gegen den Krieg in
 Vietnam statt.

Die Kampagne für Abrüstung beginnt am 10. Dez. mit einer grossen
 Sammlung für die Opfer des amerikanischen Krieges in Vietnam,
 die bis Ostern 66 fortgeführt werden soll. Gleichzeitig dazu
 soll eine breite Aufklärungs- und Informationskampagne statt-
 finden.

Der Frankfurter Ausschuss möchte folgende Aktionen durchführen:

- Informationsstände: 1. Hinter der Katharinenkirche
 2. Opernplatz
 3. Kaiserstr. (in der Höhe Taunusanlage)

In ganzen Stadtgebiet soll eine Sammelaktion stattfinden.

Wir treffen uns dazu am

10. Dez. 66 um 9,30 Uhr

in Club Voltaire, Ffm., Kl. Hochstr. 5

Unsere herzliche Bitte: Helfen Sie mit, dass an diesem Tag
 Ffm. im Zeichen der Kampagne für Abrüstung steht! Beteiligen Sie
 sich an unseren Aktionen!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Inge Druschel

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER
NATURFREUNDLICHE JUGEND DEUTSCHLANDS
SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND
VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

Auf einer Pressekonferenz am 16. September 1966 hat ein Kreis bekannter Wissenschaftler, Schriftsteller, Kirchenvertreter und Gewerkschafter zu dem Treffen NOTSTAND DER DEMOKRATIE aufgerufen, das am 30. Oktober 1966 in Frankfurt (Main) stattfinden wird. Die Veranstaltung soll die Zusammenarbeit zwischen den Gegnern der Notstandsgesetzgebung unter der Intelligenz und den Gewerkschaften intensivieren und den Widerstand gegen die Notstandsgesetze auf die Auseinandersetzungen vorbereiten, die nach der Vorlage neuer Gesetzesentwürfe durch den Bundesinnenminister erwartet werden. Der Kongress findet bisher die Unterstützung der Industriegewerkschaft Metall, der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, der Gewerkschaft Holz und der Gewerkschaft Leder. Die oben genannten Organisationen stellen hierzu fest:

W I R - R U F E N A U F

Unterstützt mit uns das Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE und seinen Aufruf zu dem großen Treffen der Gegner der Notstandsgesetze am 30. Oktober 1966 in Frankfurt. Heute gilt es, alle Kraft dafür einzusetzen, daß aus diesem Treffen eine wirksame Demonstration für Demokratie und gegen die autoritären Tendenzen in der Bundesrepublik wird.

Die Bundesregierung hat mit den bereits verabschiedeten Notstandsgesetzen, den "Schubladenverordnungen" und der geplanten Verfassungsänderung gezeigt, daß sie nicht willens ist, die Demokratie in unserem Lande zu achten. Wir widersetzen uns dieser Drohung. Wir fordern, daß die bereits verabschiedeten Notstandsgesetze wieder aufgehoben werden, daß die grundgesetzwidrigen geheimen "Schubladenverordnungen" der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden und daß das Grundgesetz unangetastet bleibt.

Während die Bundesregierung als Folge der Auswirkungen ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik mit den "Stabilisierungsgesetzen" diktatorische Eingriffe in Wirtschaft und Selbstverwaltungsorgane vorbereitet, plant sie zugleich die "Durchführung" der von ihr im Sommer 1965 durchgepeitschten Notstandsgesetze. Mit Luftschutzdienst, Luftschutzbau, Zwangsverpflichtung und ähnlichen Maßnahmen soll die gesamte Bevölkerung schon im Frieden militärischer Befehlsgewalt unterworfen und ihrer elementaren

Freiheitsrechte beraubt werden. Diese Pläne enthüllen, was die Bundesregierung unter der von ihr propagierten "Formierten Gesellschaft" versteht. Die Notstandsgesetze sind das sichtbarste Zeichen für die sich anbahnende große Gefahr: Das Ende der Demokratie in der Bundesrepublik.

Das Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE festigt die politische Zusammenarbeit zwischen der oppositionellen Intelligenz und den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. So wie das Kuratorium die gesamte Bevölkerung zum Widerstand gegen das drohende Unheil aufruft, so wenden wir uns besonders an die Jugendlichen und Studenten und fordern sie auf zur Teilnahme an der großen Demonstration gegen die Notstandsgesetze am 30. Oktober 1965 in Frankfurt (Main).

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648;
Naturfreundejugend Deutschlands, Bundesjugendleitung
7 Stuttgart-Untertürkheim, Großglocknerstr. 28;
Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Bundesvorstand
6 Frankfurt, Wilhelm Hauff Str. 5;
Verband der Kriegsdienstverweigerer, Bundesvorstand
605 Offenbach, Buchrainweg 161.

Dieses Material steht zum freien Abdruck zur Verfügung, um Zusendung eines Belegexemplares wird gebeten. Verantwortlich und Informationen: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Telefon 0611 - 88 60 51/52

ED 718-25-152



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

25. Okt. 1966
27. 10. 66

Liebe Freunde,

die Lesebühne des club voltaire und der Humanistischen Union veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Kampagne für Abrüstung am Sonnabend, 29. 10. 1966, 22,30 Uhr im Cantate-Saal, Frankfurt, Großer Hirschgraben 17 - 19 (neben dem Goethe-Haus) die szenische Lesung eines Notstands-Reports, vorgetragen von Schauspielern des TAT (Theater am Turm).

Der Report, der inzwischen auch in der edition der Kampagne gedruckt zum Preis von DM 5.-- vorliegt (Bestellungen an die Geschäftsstelle) beruht auf gravierenden Dokumenten, die speziell zum Zweck einer szenischen Lesung montiert wurden. Wir möchten Sie zu dieser Veranstaltung, die am Vorabend des Kongresses NOTSTAND DER DEMOKRATIE stattfindet, herzlich einladen. Eintritt DM 2.--.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Heiner Halberstadt
- Sprecher -

gez.: Inge Druschel
- Geschäftsführerin -

Institut für
Geschichte

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

Treffen NOTSTAND DER DEMOKRATIE am 30. Oktober 1966

76. 10. 66

Auf einer Pressekonferenz am 16. September 1966 in Frankfurt hat ein Kreis bekannter Wissenschaftler, Schriftsteller, Kirchenvertreter und Gewerkschafter zu dem Treffen NOTSTAND DER DEMOKRATIE aufgerufen, das am 30. Oktober 1966 in Frankfurt am Main stattfinden wird. Das Treffen soll die Zusammenarbeit der Gegner der Notstandsgesetzgebung intensivieren und den gemeinsamen Widerstand gegen die Notstandsgesetze auf die Auseinandersetzung vorbereiten, die nach der Vorlage neuer Gesetzesentwürfe durch den Bundesinnenminister erwartet werden müssen.

Selbstverständlich unterstützt die Kampagne für Abrüstung das Treffen und setzt alle Kräfte ein, um daraus eine wirksame Demonstration der Demokraten gegen die autoritären Tendenzen in der Bundesrepublik zu machen. Jeder von uns sollte an dem Treffen teilnehmen und möglichst viele Gleichgesinnte und noch Abschießende mitbringen. Besonders konzentriert müssen wir für eine starke Beteiligung an der Schlußkundgebung auf dem Römerberg arbeiten, die am Sonntag nachmittag gegen 15 Uhr stattfinden wird.

Die Kampagne für Abrüstung wird (wahrscheinlich mit weiteren Verbänden) ein Zeitungsflugblatt herausbringen, das sich aufklärend mit der Notstandsgesetzgebung auseinandersetzt und gleichzeitig ausführliche Informationen über das Treffen NOTSTAND DER DEMOKRATIE gibt. Jeder von uns kann zur Unterstützung des Treffens und damit des Kampfes gegen die Notstandsgesetze beitragen, indem er 100 dieser Zeitungsflugblätter zum Preis von DM 3.50 kauft und diese gezielt an Bekannte und Interessenten verteilt. Ebenso kann ein Sondersabzeichen SCHUTZ DER DEMOKRATIE zum Stückpreis von DM 1.-- je Stück bezogen werden.

Das Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE

Träger des Treffens NOTSTAND DER DEMOKRATIE ist ein Kuratorium, dem u.a. als Vertreter ihrer Organisation folgende Gewerkschafter angehören: Alois Wöhrle (stellvertretender Vorsitzender der IG Metall), Heinz Dürrbeck und Georg Benz (Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall), Karl Küpper (stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie - Papier - Keramik), Werner Vitt (Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Chemie), Kurt Georgi (stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Holz) und Peter Riemer (Chefredakteur der "Holzarbeiterzeitung"). Außerdem sind die Gewerkschafter Otto Scheuempflug (Vorsitzender des Landesbezirks Hessen des DGB), Julius Lehlbach (Vorsitzender des Landesbezirks Rheinland-Pfalz des DGB) und Leo Moser (Vorsitzender des Landesbezirks Saar des DGB) Mitglieder des Kuratoriums geworden. Eine nicht geringe Zahl der Kuratoren zählt seit langem zu den aktiven Mitarbeitern bzw. Förderern der Kampagne für Abrüstung wie Carl Anery, Fritz Baade, Ernst Bloch, Hans Magnus Enzensberger, Herbert Fallert, Helmut Gollwitzer, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Fritz J. Raddatz, Horst Symanowski, Martin Walser und Ernst Wolf.

Weiterhin finden wir im dem Kuratorium Namen wie Prof. Dr. Karl Otmar Freiherr von Aretin, Prof. Dr. Hans Paul Bahrdt, Heinrich Böll, William Born MdB, Prof. Dr. Max Born, Prof. Dr. Walter Fabian, Dr. Oswald A. Kohut, Prof. Dr. Heinz Maus, Robert Neumann, Dr. Harry Pross, Prof. Dr. Helmut Ridder und Prof. Dr. Karl A. Wolf.

Der Aufruf des Kuratoriums NOTSTAND DER DEMOKRATIE

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Die Bundesregierung strebt eine Notstandsregelung an, die der Parlamentarische Rat bei der Abfassung des Grundgesetzes bewußt ausgeschlossen hat. Das Grundgesetz soll ein Bollwerk gegen jede Form der Diktatur sein. Heute aber sollen diese der Staatsmacht durch die Verfassung gezogenen Grenzen so verrückt werden, daß sie sich sowohl für den äußeren wie für den inneren Notstand aufheben lassen. Die Freiheitssphäre des einzelnen und die Garantien zum Schutze politischer und sozialer Gruppen sollen beschnitten werden.

Bereits im Sommer 1965 wurden sieben Notstandsgesetze im Schnellverfahren verabschiedet, die dann - aus Kostengründen - vorerst teilweise zurückgestellt werden mußten. Schon nach diesen Gesetzen könnte die Bundesregierung jederzeit, also auch in ganz normalen Friedenszeiten Millionen Menschen in Zwangsorganisationen erfassen, Eigentum und Leistungen aller Staatsbürger in Anspruch nehmen, ganze Industriezweige unschichten und die Freiheit des Arbeitsmarktes aushöhlen. Die hessische Landesregierung sagte zu diesen Gesetzen im Bundesrat, sie seien "mit unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie unvereinbar". Sie erklärte: "Die Sicherstellungsgesetze halten wir für verfassungswidrig."

Die volle Wucht dieser Gesetze wird uns treffen, wenn man nach Verabschiedung der geplanten neuen Serie von Verfassungsänderungen auf die Stimmung der Wähler keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen glaubt.

In diesem Sommer hat die Bundesregierung zugegeben, daß geheime Gesetzestexte als "Verschlußsachen" existieren. In den Panzerschränken der Länder- und Gemeindebehörden liegen bereits "Schubladengesetze". Mitglieder der Bundesregierung drohen, mit diesen Gesetzen außerhalb oder gegen die Verfassung tätig zu werden, wenn die von der Bundesregierung geforderten Notstandsvollmachten nicht auf parlamentarischem Wege geschaffen werden sollten. Bundesinnenminister Paul Lücke hat über die in seinem Ministerium ausgearbeiteten Texte gesagt: "Diejenigen, die sie gesehen haben, waren etwas bleich." Diese unter Bruch der Verfassung entstandenen Schubladengesetze sollen nicht abgeschafft, sondern sie sollen durch die geplante Notstandsgesetzgebung legalisiert werden. Nur ein geheimgedogener Ausschuß, in dem die CDU/CSU zur Zeit über eine sichere absolute Mehrheit verfügt, soll danach die geheimen Gesetztexte, die bis heute verfassungswidrig sind, "billigen" dürfen. Die Verordnungen, die "bleich werden" lassen, sollen bestehen bleiben!

Seit Jahren kritisiert man in der Öffentlichkeit die geheimen Beratungen der Notstandsvorlagen. Auch unter Bundesinnenminister Lücke hat sich daran nichts geändert. Seine Öffentlichkeitsarbeit unterrichtet nicht über den Inhalt der Gesetze. Sie ist nichts als reine Propaganda für die Zustimmung zu einer Notstandsgesetzgebung.

Der Bruch unserer Verfassung durch die Schubladengesetze, die Verfassungswidrigkeit der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze und die bisherige Praxis eines Dunkelkammerverfahrens sind eine Herausforderung.

Sie bedeuten den Notstand unserer Verfassung, den NOTSTAND DER DEMOKRATIE. Es droht Gefahr, daß die rechtsstaatliche und freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staatswesens zum zweitenmal in diesem Jahrhundert aufgehoben wird.

Wir rufen deshalb zur Teilnahme an dem Kongreß NOTSTAND DER DEMOKRATIE auf, der am 30. Oktober 1966 in Frankfurt am Main stattfinden wird.

Das Programm für das Treffen NOTSTAND DER DEMOKRATIE

Mit dem Treffen NOTSTAND DER DEMOKRATIE wird die Opposition gegen die Notstandsgesetze ihre Argumente gegen die Absichten der Bundesregierung und die in ihnen sich ausdrückenden antidemokratischen und aggressiven Tendenzen vortragen. Auf sechs Arbeitstagungen (Foren) werden die Einzelaspekte der Notstandsproblematik behandelt. Das Treffen schließt mit einer großen Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg. Die Foren werden jeweils mit der gründlichen Stellungnahme eines Sachkenners eingeleitet, außerdem werden prominente Vertreter sozialer und politischer Gruppen kurz ihre Auffassung darlegen und gemeinsam mit dem Hauptreferenten Fragen der Teilnehmer beantworten und diskutieren.

Im Forum I - Historische und politische Belastungen der Ausnahme-gesetzgebung wird die Frage behandelt, ob die gegenwärtige außenpolitische Lage Notstandsgesetze erfordert und welche Auswirkungen diese auf die internationale Situation haben müßten.

Im Forum II - Die Presse- und Meinungsfreiheit in der Notstands-gesetzgebung wird beispielhaft die Einschränkung und Beseitigung von Grundrechten erörtert und die von der Bundesregierung angeführte Begründung für die Aufhebung demokratischer Normen untersucht.

Im Forum III - Die Folgen der Notstandsgesetze für den Alltag werden die Auswirkungen der schon verabschiedeten einfachen Notstandsgesetze auf das private Leben der einzelnen Bürger dargestellt. Es wird diskutiert, ob die vorgesehenen Maßnahmen und damit verbundenen Kosten die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung in einem modernen Krieg gewährleisten können.

Im Forum IV wird das Thema Notstandsplanung - Wirtschaft - Arbeit-nehmerschaft behandelt.

Im Forum V - Die Schubladenverordnungen und die Verfassungswidrig-keit von Notstandsregelungen wird am Beispiel der von der Bundes-regierung bereits bei den Länder- und Gemeindebehörden deponierten "Schubladengesetze" sowie am Beispiel der Sicherstellungsgesetze und der von der Bundesregierung behaupteten alliierten Vorbehaltsrechte sowohl die qualitative Veränderung der politischen Struktur der Bundesrepublik durch die Notstandsgesetze als auch die undemokrati-sche Behandlung derselben dargestellt.

Im Forum VI - Notstandszwang, Gewissensfreiheit und Widerstandsrecht werden die religiösen und Gewissensfragen erörtert, welche die Not-standsgesetzgebung aufwirft.

MITARBEITER- UND INTERESSENTEN- TREFFEN

Samstag, 15. Oktober 1966,
14.30 Uhr, Volksbildungsheim,
Kleiner Saal, I. Stock,
Frankfurt (M), Oederweg 1

OSTERMARSCH 1967

Gibt es neue, wirkungsvolle Aktionen für Ostern?

Wie wird unsere politische Arbeit in den Monaten davor aussehen?

Welche Bedeutung kommt dem Ostermarsch im „Notstandsjahr 1967“ zu?

Die Diskussion über diese und andere Fragen ist notwendig und wichtig. Deshalb kommen auch Sie.



Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der
Atomwaffengegner — Hessischer Ausschuß
605 Offenbach am Main, Buchrainweg 161

Verantwortlich: Fritz Strass, Offenbach · Druck: W. Plauen

Aufgabestempel



DM Pfg. für Konto Nr 576 48

Absender:
 ED 718 25 112

Zum Aufkleben
der Freimarko-
durch den
Absender
(Gebührenätze
umseitig)

Zahlkarte

auf DM Pfg. wörtlich

D-Mark | Pfg. wie oben

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

Konto - Nr.
576 48

Postscheckamt
Frankfurt am Main

in

605 Offenbach

Postvermerk

Nr.

Eingetragen durch

Eingang-
Nr.

am

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez. auf Konto-Nr. 576 48 PSchA

Einlieferungsschein
— sorgfältig aufbewahren —

(in Ziffern) D-Mark Pfg.

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

in

605 Offenbach

Postvermerk

Einlieferungsnummer

Postannahme



DM Pfg.
für Konto
Nr. 576 48
PSchA Frankfurt am Main
angezahlt am
Absender
Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebädetell, Stockwerk)

Schrift:

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Empfänger

Institut für Zeitgeschichte



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde!

7.10.66

Seit geraumer Zeit versuchen wir, durch diese Korrespondenz einen unmittelbaren Kontakt mit Ihnen zu halten und diesen Kontakt - von der Sache her bestimmt - zu vertiefen. Die Kampagne für Abrüstung bedarf Ihres persönlichen Mitdenkens und Mithandelns. Wir möchten Sie deshalb heute bitten, von Ihren Rechten noch mehr Gebrauch zu machen als zuvor, denn einiges hat sich hierzulande verändert. Vor noch gar nicht langer Zeit war es fast ausschließlich die Kampagne, die beharrlich und mutig und keine Tabus respektierend als außerparlamentarische Opposition sich drei große Themen zu eigen machte: Vietnamkrieg, Notstandsgesetze und Abrüstung als Sicherheitspolitik.

Das heißt: Die Kampagne für Abrüstung war dabei immer die Summe der vereinten Bemühungen unterschiedlicher politischer Gruppen und vieler einzelner, keiner politischen und weitanschaulichen Gruppierung angehöriger Bürgerrinnen und Bürger unseres Landes. Unsere gemeinsame Maxime war und ist die Vernunft und unsere moralische Instanz war und ist die Menschlichkeit.

Es zeigt sich heute: Der Ring der Isolierung, den man von der Gegenseite um die Kampagne für Abrüstung legen wollte, ist aufgebrochen, die Forderungen, die wir gemeinsam immer wieder in die Öffentlichkeit getragen haben, werden heute offener diskutiert und von neu hinzugekommenen Kräften übernommen. Das ist ein bedeutsamer, der Sache dienlicher Fortschritt und damit zugleich eine neue Qualität. Wir verweisen dabei vor allem auf unsere Mitteilung über die Veranstaltung NOTSTAND DER DEMOKRATIE.

Wir glauben aber auch, daß es unerläßlich ist, jetzt die Arbeit der Kampagne für Abrüstung noch weiter zu verstärken und zu vertiefen. Denn weiterhin bedürfen diese Entwicklung und die in ihr hervortretenden Kräfte der Motorik, des Selbstbewußtseins und der Entschiedenheit der Kampagne für Abrüstung, die keine parteilichen Rücksichten zu nehmen braucht. Sie stärken den Kampf gegen Notstandsgesetze und gegen den Krieg in Vietnam, Sie fördern die Vorschläge einer Sicherheitspolitik durch Abrüstung, indem Sie die Kampagne für Abrüstung stärken.

Hessischer Ausschuß intern

Klaus Vack, der Sprecher des Hessischen Ausschusses seit dem ersten Ostermarsch von Miltenberg nach Frankfurt und Fritz Strass, der seit herige Geschäftsführer, kandidierten für diese Funktion bei der Jahresversammlung des Hessischen Ausschusses am 26. Sept. 1966 nicht mehr. Klaus Vack ist durch seine Tätigkeit als hauptamtlicher Geschäftsführer des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung überlastet und Fritz Strass muß als Kriegsdienstverweigerer in Kürze mit der Einberufung zum zivilen Ersatzdienst rechnen. Als neuer Sprecher des Hessischen Ausschusses wurde Heiner Halberstadt und als neue Geschäftsführerin Inge Druschel, beide aus Frankfurt (Main) gewählt. Klaus Vack übernahm die Kassenführung. (Wir bitten, seinen beigegeführten Spendenappell besonders zu beachten!)

Weiterhin arbeiten in dem neuen, insgesamt neunköpfigen Arbeitsausschuß mit: Dieter Bott (Borken), Karlheinz Goll (Hanau), Heinz Günter Lang (Darmstadt), Alfred Riedel (Mühlheim), Fritz Strass (Wiesbaden), Werner Welskop (Rüsselsheim).

Was geschieht Ostern 1967?

Im Hessischen Ausschuß, aber auch bei vielen Gesprächen in den örtlichen Ausschüssen und bei Diskussionsveranstaltungen wurde schon oftmals die Frage erörtert, wie die Arbeit der Kampagne weitergehen und wie der Ostermarsch 1967 aussehen soll. Wir wollen deshalb über unsere Vorstellungen und Möglichkeiten für Ostern 1967 bei einem Mitarbeiter- und Interessententreffen diskutieren. Wir laden Sie dazu ein für 15. Oktober 1966, 14,30 Uhr, Volkshaus, Kleiner Saal, 1. Stock, Frankfurt (Main), Oederweg 1. Wir bitten, den beigegefügtten Handzettel zu beachten und weitere Interessenten mitzubringen.

Internationaler Vietnamtag

Die Internationale Konföderation für Abrüstung und Frieden hat als nächsten internationalen Vietnamtag den 10. Dezember, den Tag der Menschenrechte, vorgeschlagen. Die Kampagne greift diesen Vorschlag auf. Wir planen, an diesem Tag mit mehreren Aktionen und Veranstaltungen öffentlich in Erscheinung zu treten. Detaillierte Vorschläge werden zur Zeit noch ausgearbeitet.

Außerdem bereitet der Hessische Ausschuß einen Tonbildvortrag über Vietnam vor, der nach dem 10. November 1966 zur Vorführung in Gruppen, Vereinsabenden, Schulen etc. zur Verfügung steht. Bei Veranstaltungen ab 20 Teilnehmer ist es möglich, einen Redner und die technischen Geräte (Tonbandgerät und Projektor) mit zur Verfügung zu stellen.

Die Internationale Konföderation hat ein Vietnam-Abzeichen herausgebracht, das eine geografische Skizze von Vietnam und das Wort PAX zeigt. Das Abzeichen kann zum Preis von DM 1.-- von der Geschäftsstelle bezogen werden.

Weitere Planungen

Zum Schluß möchten wir Ihnen noch ankündigen, daß geplant ist, in der zweiten Januarhälfte die Vorbereitungsarbeiten für den Ostermarsch 1967 mit einer großen repräsentativen Auftaktveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche aufzunehmen. Weiterhin möchten wir Ihnen ankündigen, daß zur Zeit einige Wochenendseminare vorbereitet werden, wozu wir Sie mit unserem nächsten Rundschreiben einladen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Heiner Halberstadt
- Sprecher -

gez.: Inge Druschel
- Geschäftsführerin -

00710-25-464

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

S O S - S P E N D E N A U F R U F A N A L L E

7.6.10.66

Sehr vereehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Heute komme ich für den Hessischen Ausschuß mit der leider schon üblichen Bitte um weitere Spenden. Es ist nicht leicht, immer und immer wieder zu "betteln", doch die gute Resonanz auf unsere seitherigen Finanzierungsappelle bestärkt uns, daß allgemein anerkannt wird, daß der Hessische Ausschuß das zur Verfügung gestellte Geld politisch richtig anlegt.

Heute muß ich Ihnen gestehen, daß wir wieder einmal Schulden haben. Sie wissen, daß wir auch nach Ostern aktiv waren und ich möchte in diesem Zusammenhang besonders an die BALD-Zeitung gegen die Notstandsgesetze erinnern. Aber gerade in den Monaten nach Ostern und auch während der Ferienzeit gehen die Fördererbeiträge bei uns doch recht spärlich ein und so sieht es heute so aus, daß uns etwa DM 2.800.-- an Schulden drücken und daß wir darüber hinaus DM 5.000.-- für eine allgemeine propagandistische Unterstützung des Treffens NOTSTAND DER DEMOKRATIE brauchen.

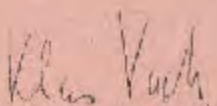
Es ist wohl kaum notwendig, noch mehr gute Worte zu schreiben, denn die meisten unserer Anhänger und Mitarbeiter wissen selbst, wie wichtig gerade unsere finanzielle Selbständigkeit und auch Schlagkraft ist. Bitte helfen Sie also auch dieses Mal wieder und schicken Sie dem Hessischen Ausschuß recht bald eine großzügig bemessene Spende.

Vielleicht haben Sie auch die Fördererbons über DM 10.--, die wir vor Ostern verschickt haben, noch nicht bezahlt. Das könnten Sie gleich noch mit erledigen.

Unsere Konten: Postscheckkonto Frankfurt Nr. 57 648, Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach, Konto Nr. 740 294.

Vielen Dank und herzliche Grüße

Ihr


(Klaus Vack)

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED 7 13-25-465

6. 10. 66

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

- | | | | |
|-------|---|----|-------|
| ----- | Zeitungsflugblätter zur Notstandsgesetzgebung und zum Treffen NOTSTAND DER DEMOKRATIE, 100 Stück
DM 3.50 | DM | ----- |
| ----- | Wandzeitungen über Notstandsgesetze, DIN A 1 Querformat, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Notstandsflugblätter "Wie man schnell untergeht"
100 Stück DM 3.-- | DM | ----- |
| ----- | Flugblätter "Wer steht hinter diesen Zeichen?"
100 Stück DM 5.-- | DM | ----- |
| ----- | "Informationen über die Kampagne", Stück DM 0,50 | DM | ----- |
| ----- | Sonderdruck der IZA mit dem Sofortprogramm der Kampagne, 100 Stück DM 4.-- | DM | ----- |
| ----- | Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne
Stück DM 2.-- zuzüglich Versandkosten | DM | ----- |
| ----- | Broschüre "Der endlose Krieg" Bericht über Vietnam von Heinz Aboesch, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Buch "Schluß mit Deutschland?" von J.W.Klefisch, Sonderpreis DM 3.-- | DM | ----- |
| ----- | Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz" von Dr. Bodo Manstein, Stück DM 5.80 | DM | ----- |
| ----- | Broschüre "Wissenschaftliche und wirtschaftliche Aspekte einer Abrüstung" von Dr. Fritz Katz, Stück DM 0,50 | DM | ----- |
| ----- | Schallplatte mit OM-Liedern, 33 1/3 upm, Stück DM 8,50 | DM | ----- |
| ----- | Sonderabzeichen "SCHUTZ DER DEMOKRATIE", Stück 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Abzeichen, klein, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Abzeichen, mittel, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Abzeichen, groß, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Sonderabzeichen für Vietnam (Zeigt eine geogr. Skizze Vietnams und das Wort PAX, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Sonderabzeichen "Ostern 1966", Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Engl. Sonderabzeichen "Make Love not War", DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Engl. Sonderabzeichen "Against Conscription", Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Engl. Sonderabzeichen "Youth CND - Easter 66"
Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.-- | DM | ----- |

- Autoplakette, selbstklebend, mit OM-Emblem,
Stück DM 1.-- DM -----
- Bogen Briefaufklebemarken, 5 Bogen (150 Marken)
DM 1.50 DM -----
- Skatspiele mit OM-Emblem, Stück DM 4.50 DM -----
- Postkarten mit Karikaturen von dem PARDON-Karika-
turisten Arno Floog, Satz 5 Karten, DM 1.-- DM -----

Name: -----

Anschrift: -----

Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Was

Der Krieg in Vietnam beeinflusst immer stärker die politische Landschaft der Welt. Er wirft seine Schatten auch auf Europa, das heute noch in Frieden leben, aber morgen schon in einen Weltkrieg verstrickt werden kann. Überall mehren sich die Stimmen, die für eine vernünftige Lösung des Konfliktes in Südvietnam eintreten und von den Amerikanern fordern: Schluß mit der Intervention in Vietnam und Rückkehr zu den Genfer Vereinbarungen, die 1954 von West und Ost ausgehandelt wurden.

nicht

In Amerika selbst wird in allen Schichten, bis hinauf zum Senat, eine heftige Auseinandersetzung darüber geführt, ob nicht Amerika seine Intervention aus politischen und moralischen Gründen beenden und dem vietnamesischen Volk die Selbstbestimmung einräumen muß. Zur Unterstützung derjenigen, die in Amerika für eine Beendigung des Vietnam-Konfliktes eintreten, werden am 4. Juli, dem Tag der Unabhängigkeit der USA, in allen Ländern der Welt

anggeht,

geht

Demonstrationen, Mahnwachen und Kundgebungen stattfinden. Die folgende Erklärung ist von der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden in London, die sich um die Koordinierung dieser weltweiten Bestrebungen bemüht, herausgegeben worden:

alle

Frieden
für
Vietnam

Am 4. Juli 1766 erklärten die 13 britischen Kolonien in Nordamerika ihre Unabhängigkeit von Großbritannien. Damit hatte das amerikanische Volk einen langen und schweren Kampf gewonnen und den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker in die Geschichte eingeführt.

an.



Am diesjährigen 4. Juli rufen wir alle diejenigen auf, die an dieses Recht eines Volkes glauben, seine eigene Regierungsform zu bestimmen, daß sie sich gegen die militärische Intervention der Vereinigten Staaten oder jeder anderen fremden Macht in Vietnam wenden.

Frieden für Vietnam

Wir tun dies nicht als Parteigänger irgendeiner politischen Bewegung, sondern als Freunde der Vereinigten Staaten und jener Freiheit, für die sie in der amerikanischen Revolution von 1776 eingetreten sind.

Als Thomas Jefferson in der Unabhängigkeitserklärung das Recht des Volkes verkündete, eine Tyrannenherrschaft zu stürzen und sein Schicksal selbst zu bestimmen, sprach er für die Unterdrückten aller Erdteile und aller Zeiten.

Aber heute leidet das amerikanische Ansehen und die Sache der Freiheit bei jeder Bombe, die in Nordvietnam abgeworfen wird und bei jedem Schuß, Napalm-Bombensplitter und Gasschwaden, der einen Menschen in Südvietnam trifft.

Es geht uns jedoch um mehr als um den guten Ruf einer Nation, die in der Vergangenheit für die Freiheit eingetreten ist. Es geht uns um die geängstigten, hungernden Vietnamesen, von denen viele verwundet sind und zugrunde gehen, während Menschen in anderen Ländern ungestört ihren Geschäften nachgehen.

Es geht uns auch um die Freiheitsbeschränkung in China und anderen Ländern, die das amerikanische Vorgehen in Vietnam als Bedrohung aller derer ansehen, die nicht dem amerikanischen Kurs folgen. Das militärische Vorgehen der USA in Vietnam liefert dort Begründung und Entschuldigung

zugleich dafür, jede »Abweichung« zu unterdrücken, um Einmütigkeit angesichts wachsender Befürchtungen zu erzielen.

Es geht uns um die schreckliche Ausweitung des Krieges in Vietnam in den vergangenen Jahren. Eine weitere militärische Eskalation könnte absichtlich oder unabsichtlich zum Krieg mit China und einem atomaren dritten Weltkrieg führen.

Vor allem geht es uns um den erschreckenden Tiefstand menschlicher Sittlichkeit und den Mangel an Mitgefühl, der in der unmenschlichen Behandlung von Mitmenschen in Vietnam zum Vorschein kommt.

Darum rufen wir unsere Mitbürger in Europa auf, ihrer moralischen Entrüstung Ausdruck zu geben. Das Gewissen Europas soll an das Gewissen Amerikas appellieren. Das Gewissen der Europäer soll sich an ihre eigenen Regierungen wenden. In beiden Fällen sagen wir das Gleiche: Hört auf mit den Bombardierungen, hört auf zu töten. Macht Schluß mit dem Krieg in Vietnam. Zieht alle fremden Truppen aus Vietnam ab. Kehrt zu dem Genfer Abkommen zurück! Die beste Sicherung für den Frieden in diesem Gebiet wird nur erreicht, wenn die dortigen Völker ungestört und in eigener Verantwortung sich um ihre Freiheit und nationale Entwicklung bemühen. Diesem konstruktiven Nationalismus muß in Südostasien eine Möglichkeit gegeben werden.

Wir warten auf die Offensive

Die Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik stellt sich hinter diese Gedanken der Internationalen Konföderation. Für eine ernsthafte amerikanische Friedensoffensive zur Beendigung des Krieges in Vietnam schlägt die Kampagne konkret vor:

- Stop des Ausbaues und des verstärkten Einsatzes der amerikanischen Interventionsarmee in Südvietnam und der Bombardierung Nordvietnams;
- Eine Erklärung der USA, daß sie die Nationale Befreiungsfront als Verhandlungspartner akzeptiert;
- Eine verbindliche Bestätigung der wesentlichen Bestandteile des Genfer Abkommens

von 1954 durch die USA, d.h. Gewährung der Selbstbestimmung für Vietnam und verbindliche Zusicherung des Abzuges der amerikanischen Truppen nach entsprechenden Übergangsregelungen.

Solange diese Forderungen von der amerikanischen Regierung nicht erfüllt werden, besteht wenig Hoffnung dafür, daß in Vietnam die Waffen schweigen. Das baldige Ende dieses Krieges liegt aber auch im Interesse des amerikanischen Volkes. Wer in ihm einen Freund sieht, sollte der Regierung der USA sagen:

SCHLUSS MIT DEM KRIEG IN VIETNAM!



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648
Postscheckkonto Frankfurt 6255, ☎ 0611-886051

Herausgeber, Verleger und verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 24.6.1966
Buchrainweg 161, Postfach 648

25. 6. 66

Liebe Freunde,

wir möchten Sie heute um Aufmerksamkeit und Unterstützung für drei Dinge bitten. Es geht um die nächste Aufklärungsaktion gegen die Notstandsgesetzgebung, um den Krieg in Vietnam und um die Frage, wie wir durch eine verstärkte Mitarbeit unserer Anhänger die Arbeit auf örtlicher Ebene intensivieren können.

1. Aufklärungsflugblatt gegen die Notstandsgesetze

Nach den jüngsten Erklärungen von Innenminister Lücke, die Probleme der "Notstandsgesetze" offen und öffentlich zu diskutieren", und nach der DGB-Entscheidung gegen die Notstandsgesetze ist eine breite Aufmerksamkeit und auch eine Verschärfung der Auseinandersetzungen in der Notstandsfrage zu erwarten. Mit der beigelegten Aufklärungsschrift "BALD-Zeitung" wird die Kampagne in diese Auseinandersetzung eingreifen. Es mag vielleicht nicht jedem von uns völlig gerecht werden, daß wir die Satire benutzen, um ein solch ernstes Problem wie die Notstandsgesetzgebung möglichst verständlich darzustellen, aber leider müssen wir ja davon ausgehen, daß diese Satire bald der Ernstfall sein kann und daß dann vieles von dem, was diese "BALD-Zeitung" heute berichtet, das tägliche Leben der Bürger in diesem Land bestimmen würde.

Deshalb bitten wir Sie, liebe Freunde, mitzuhelfen, daß die "BALD-Zeitung" eine große Verbreitung findet. Bestellen Sie bitte mindestens 100 Exemplare (Preis DM 5.--) und verteilen Sie diese weiter. Wenn Sie nicht selbst an der Verteilung mitwirken können, dann benötigen wir dringend Ihren finanziellen Unterstützungsbeitrag zu diesem Projekt.

2. Aktionen gegen den Krieg in Vietnam zum amerikanischen Unabhängigkeitstag am 4. Juli 1966

Wir hatten in jüngster Zeit mehrmals Gespräche mit Freunden der amerikanischen Friedensbewegung. Diese Freunde sind als Vertreter der amerikanischen Opposition zu Johnsons Vietnam-Politik in Europa gewesen und haben um Unterstützung für ihren Kampf gebeten. Die amerikanischen Freunde sind bei ihren Überlegungen davon ausgegangen, daß die Kräfte und Möglichkeiten ihrer Opposition in der Vietnam-Frage nicht mehr ausreichen, um Johnsons derzeitige Vietnam-Politik zu ändern. Nach ihrer Ansicht ist es deshalb notwendig, daß sie in ihren Bemühungen von Europa aus Unterstützung erhalten.

Aus Anlaß des amerikanischen Unabhängigkeitstages am 4. Juli werden deshalb in Amerika und in vielen europäischen Ländern Aktionen stattfinden, die dafür eintreten, daß die amerikanische Regierung dem vietnamesischen Volk die Unabhängigkeit nicht länger vorenthält und die Intervention stoppt.

Die Kampagne hat zusammen mit anderen Friedensorganisationen ihre Unterstützung zugesagt. Wir haben dabei auf Ihre Mithilfe und Mitarbeit vertraut. In Frankfurt werden folgende Aktionen durchgeführt, die nur dann wirkungsvoll sein können, wenn möglichst viele unserer Anhänger sich daran beteiligen.

Samstag, 2. Juli 1966

Es werden zwei Informationsstände mit großen Holztafeln, Vietnam-Bildern etc. in Frankfurt am Opernplatz und in der Kaiserstraße

9-18.00h

gegenüber dem Schauspielhaus aufgestellt. An beiden Informationsständen werden Flugblätter verteilt, Diskussionen geführt und Unterschriften für ein Telegramm an Präsident Johnson gesammelt. In der Frankfurter Innenstadt werden gleichzeitig während des ganzen Tages Sandwich-Aktionen durchgeführt, Flugblätter verteilt, wobei wir vor allem mit der Bevölkerung in Diskussionen kommen wollen. Wir brauchen dazu viele, die mit-helfen und bitten Sie, ab 9,30 Uhr dabei zu sein. Wir treffen uns bei den beiden Informationsständen. Transparente, Slogans, Flugblätter und dergleichen sind vorhanden.

27.6.66

BOTT:

Frl. DRUSCHEL

773803

Mahnwache am Montag, 4. Juli 1966

Vor dem amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt, Siesmayerstraße werden wir eine 24-stündige Mahnwache machen. Auch hier werden große Transparente (auch in englischer Sprache), Vietnam-Bilder etc. aufgestellt. Die Mahnwache beginnt um Null Uhr, 4. Juli und endet um 24 Uhr 4. Juli. Für die Mahnwache benötigen wir ständig ca. 30 Leute. Wir bitten diejenigen, die sich bei der Mahnwache beteiligen können, direkt mit uns - möglichst telefonisch - in Verbindung zu treten. Verantwortlich für beide Aktionen ist Alfred Riedel, Telefon 88 60 51.

Weitere Aktionen am 4. Juli finden statt: in Hanau, verantwortlich Karlheinz Goll, Hanau, Schwedenstr. 2; in Wiesbaden, verantwortlich Gerhard Dobra, Wiesbaden, Wilhelmstr. 8; in Kassel, verantwortlich Sigi Wenzel, Kassel, Brüderstr. 5.

3. Mitarbeiter gesucht

Für unsere Bürogemeinschaft, an der auch die Geschäftsstelle des Zentralen Ausschusses beteiligt ist, suchen wir zum baldigen Eintritt:

eine Bürogehilfin, etwa im Alter von 18 - 22 Jahren, möglichst mit Büroerfahrung und abgeschlossener Lehre in einem Beruf mit bürotechnischen Anforderungen

einen Assistenten bzw. Sekretär etwa im Alter 18 - 25 Jahren zur Mitarbeit in der ZA-Geschäftsführung mit Büro- bzw. Organisationserfahrung.

Man findet bei uns ein sehr turbulentes, mit unbezahlter Mehrarbeit ausgestattetes, aber dafür auch interessantes und wichtiges Arbeitsverhältnis. Die finanziellen Möglichkeiten sind begrenzt. Über Einzelheiten, d.h. besondere Wünsche und Ansprüche der Interessenten und auch unsererseits wird man sich unterhalten müssen. Wir bitten um schriftliche oder mündliche Bewerbungen.

Zur Zeit sind wir bemüht, unsere Arbeit auf örtlicher Ebene zu intensivieren. Es ist erforderlich, daß sich der Kreis unserer Mitarbeiter ständig erweitert und gegebenenfalls auch erneuert. Wir möchten deshalb heute einmal ganz allgemein dazu auffordern, daß Anhänger, die daran interessiert sind, über das bisherige Maß hinaus intensiver an der Arbeit in ihrem Ort teilzunehmen, an die Geschäftsstelle des Hessischen Ausschusses eine kurze Mitteilung geben, damit wir den Kontakt zu den jeweiligen örtlichen Ausschüssen herstellen können.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Vack
- Sprecher -

gez.: Fritz Strass
- Geschäftsführer -



DM Pfg. für Konto Nr. 576 48

Absender:

Zum Aufkleben
 der Freimarke
 durch den
 Absender
 (Gebührensätze
 umseitig)

Zahlkarte

auf DM Pfg., wörtlich

..... D-Mark | Pfg. wie oben

für Konto - Nr.

Ostermarsch
 der Atomwaffengegner
 - Hessischer Ausschuß -

576 48

Postscheckamt

in 605 Offenbach Frankfurt am Main

Postvermerk Nr.
 Eingetragen durch:
 auf:

Eingangsnr.

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez. auf Konto-Nr. 576 48 PSchA

Einlieferungsschein
 — sorgfältig aufbewahren —

..... D-Mark Pfg.
 (in Ziffern)

für Ostermarsch
 der Atomwaffengegner
 - Hessischer Ausschuß -

in 605 Offenbach

Postvermerk
 Einlieferungsnummer
 Postanschrift



DM Pfg.
 für Konto
 Nr. 576 48
 PSchA Frankfurt am Main
 eingezahlt am
 Absender
 Name, Wohnort, Straße, Haus-
 Nr., Gebädeteil, Stockwerk)

Betrifft:

Das Postscheckamt sendet diesen Auschnitt dem Empfänger

Institut für Zeitgeschichte

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -
605 Offenbach 4
Postfach 648

EM 743-25-A40

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

- Zeitungsflugblatt "BALD-Zeitung", 100 Stück DM 5.-- DM -----
- Notstandsflugblatt "Wie man schnell untergeht" 100 Stück DM 3.-- DM -----
- Flugblatt "Wer steht hinter diesem Zeichen?" 100 Stück DM 5.-- DM -----
- "Informationen über die Kampagne", Stück DM 0,50 DM -----
- Sonderdruck der IZA mit dem Sofortprogramm der Kampagne, 100 Stück DM 4.-- DM -----
- Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne Stück DM 2.-- zuzüglich Versandkosten DM -----
- Broschüre "Der endlose Krieg", Bericht über Vietnam von Heinz Aboesch, Stück DM 1.-- DM -----
- Buch "Schluß mit Deutschland?" von J.W.Klefisch Sonderpreis DM 3.-- DM -----
- Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz" von Dr. Bodo Manstein, Stück DM 5.80 DM -----
- Broschüre "Wissenschaftliche und wirtschaftliche Aspekte einer Abrüstung" von Dr. Fritz Katz, Stück DM 0,50 DM -----
- Schallplatte mit OM-Liedern, 33 1/3 upm, Stück DM 8.50 DM -----
- Ostermarschabzeichen, klein, Stück DM 1.-- DM -----
- Ostermarschabzeichen, mittel, Stück DM 1.-- DM -----
- Ostermarschabzeichen, groß, Stück DM 1.-- DM -----
- OM-Sonderabzeichen "Ostern 1966", Stück DM 1.-- DM -----
- Engl. Sonderabzeichen "Against Conscription" Stück DM 1.-- DM -----
- Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.-- DM -----
- Autoplakette, selbstklebend, mit OM-Emblem, Stück DM 1.-- DM -----
- Bogen Briefaufklebemarken, 5 Bogen (150 Marken) DM 1.50 DM -----
- Skatspiele mit OM-Emblem, Stück DM 4.50 DM -----
- Postkarten mit Karikaturen von dem PARDON-Karikaturisten Arno Ploeg, Satz 5 Karten, DM 1.-- DM -----

Name: -----

Anschrift: -----

Unterschrift



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

14. 6. 66

Sehr geehrte Damen und Herren!
Werter Abonnent der "Informationen zur Abrüstung"!

Sie sind nach unseren Unterlagen Abonnent der "Informationen zur Abrüstung". Der Januar-Ausgabe dieser Zeitschrift hatten wir ein Schreiben beigelegt, in dem wir darauf hinwiesen, daß wir die Zahlung der jährlichen Abonnementgebühr von DM 8.-- seit 1.1.1966 auf das jeweilige Kalenderjahr umgestellt haben. Wir hatten weiterhin die Bitte angeschlossen, daß alle Abonnenten gebeten werden, möglichst DM 8.-- für das Kalenderjahr 1966 zu zahlen, auch dann, wenn noch ein Teilbetrag an Abonnementgebühren durch eine frühere Zahlung gutstünde. Wo dies nicht möglich sei, haben wir darum gebeten, daß die Abonnenten jeweils für ein noch offenstehendes Vierteljahr in 1966 DM 2.-- zahlen sollten, also bei einer erfolgten Vorauszahlung bis 31.3. DM 6.--, bis 30.6. DM 4.-- oder bis 30.9. DM 2.--.

Wir haben kurz nach Ostern 1966 diese unsere lebenswürdig gehaltene Aufforderung zur Zahlung der Abonnementgebühren noch einmal wiederholt und wir konnten feststellen, daß die meisten unserer Abonnenten spätestens nach diesem zweiten Schreiben die offenen Beträge bezahlt haben.

Leider konnten wir eine solche Überweisung von Ihnen noch nicht feststellen. Wir möchten Sie deshalb recht herzlich bitten, die noch offenen Gebühren für Ihr IZA-Abonnement bis einschließlich zum 31.12.1966 in den nächsten Wochen zu überweisen. Sollte diese Erinnerung zu unrecht geschrieben sein, bitten wir Sie um eine kurze Mitteilung, wann und mit welcher Zahlungsweise Sie die Jahresabonnementgebühren 1966 überwiesen haben.

Zur Zahlung können Sie die beigelegte Zahlkarte für unser Postscheckkonto Frankfurt Nr. 6255 verwenden; außerdem ist eine Überweisung auf unser Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Konto Nr. 740 633 möglich. Vermerken Sie bitte bei Ihrer Überweisung für die Abonnementgebühren auf dem Empfängerabschnitt den Hinweis: IZA.

Wir danken Ihnen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Vack
- Geschäftsführer -

Für Vermerke des Absenders

DM Pf f. Kto.Nr. 62 55

Absender:

ED 217-25-132

Eingez. auf

Kto.Nr. 62 55 PSchA Ffm

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf DM Pf

(Markbetrag in Ziffern wiederholen)

Deutsche
Mark

für — Ostermarsch
der Atomwaffengegner —
Zentraler Ausschuß

Konto Nr.

62 55

Postscheckamt

Frankfurt am Main

in 605 Offenbach 4

Eingangs-Nr.

Postvermerk

Postvermerk

Einlieferungsschein

- Bitte sorgfältig aufbewahren -

Deutsche
Mark

Pf

(in Ziffern)

für

— Ostermarsch
der Atomwaffengegner —
Zentraler Ausschuß

in

605 Offenbach 4

Das Poststück kann sendet dieses Abschnitte dem Geschäftsverwalter

Freihandzeitung
1947

26.5.66

INFORMATIONEN

Liebe Freunde,

daß der DGB-Beschluß von Berlin, der das Nein der Gewerkschaften zur Notstandsgesetzgebung von Hannover bekräftigte, große positive Bedeutung hat, zeigen nicht zuletzt die scharfen teils unqualifizierten Angriffe seitens der Bundesregierung und aus weiten Teilen der Presse. Daß sich die Auseinandersetzungen um eine sogenannte Notstandsregelung durch die bereits verabschiedeten sieben "einfachen" Notstandsgesetze und durch die Bestrebungen von Bundesinnenminister Lücke, die von dem demokratiefeindlichen Charakter der weiterhin geplanten Notstandsgesetze keinen Deut abrücken, nach diesem neuen DGB-Beschluß verdeutlicht und verschärft haben, liegt auf der Hand, und es liegt auch im Aufgabenbereich der Kampagne für Abrüstung, ihre Aufklärungsarbeit über diese Frage zu intensivieren.

Wir bitten unsere Anhänger, von dem beigefügten Flugblatt "Wie man schnell untergeht" möglichst viele Exemplare zu kaufen und diese weiterzuverteilen. Sicher ist es auch sinnvoll, wenn recht viele von uns in eigener Verantwortung Briefe schreiben an die örtlichen und überörtlichen Gewerkschaftsstellen, an die zuständigen Landtags- und Bundestagsabgeordneten, an kommunale Organe (z.B. Oberbürgermeister, Bürgermeister, Ortsparlament) und an die örtliche Presse, wobei man den DGB-Beschluß von Berlin rechtfertigen und unterstützen und zur allgemeinen Information das Flugblatt "Wie man schnell untergeht" beilegen sollte.

Mitte Juni werden wir dann ein weiteres Flugblatt (im Zeitungsformat) herausbringen, mit welchem wir die "Tradition" der Aktion Volkssang fortführen wollen, wovon wir uns eine besondere Resonanz versprechen, weil wir den überwiegenden Teil der Bevölkerung bei ihren unmittelbaren Interessen ansprechen werden.

* * * * *

Die amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam wird den Unabhängigkeitstag der Vereinigten Staaten am 4. Juli zum Anlaß nehmen für Aktionen gegen den Krieg in Vietnam, ausgehend von der Position, daß es nunmehr die US-Regierung ist, die dem vietnamesischen Volk die Unabhängigkeit vorenthält. An die Kampagne und an weitere europäische Friedensbewegungen hat man einen Appell gerichtet, nach dem wir nicht spektakuläre Solidaritätsaktionen (z.B. Mahnwachen vor Konsulaten, Amerikahäusern, Militärzentren etc.) veranstalten sollen. Der Hessische Ausschuß nimmt diesen Appell auf und wird durch die örtlichen Ausschüsse solche Veranstaltungen u.a. in Frankfurt, Kassel, Gießen, Wiesbaden, Mainz, Darmstadt und Hanau durchführen.

* * * * *

Zur Finanzierung unserer zukünftigen Arbeit sind wir weiterhin auf Ihre Fördererbeiträge angewiesen. Bitte, machen Sie von der beigefügten Zahlkarte Gebrauch oder überweisen Sie Ihre Spende auf unser Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach, Konto 740 294. Wir möchten auch daran erinnern, daß einige Freunde die Fördererbons im Gesamtwert von DM 10.-- (5 mal DM 2.--) noch nicht bezahlt haben.

Bei dem Arbeitertreffen am Himmelfahrtstag wurde eine kritische Bewertung der Ostermärsche 1966 vorgenommen. Da die Ostermärsche von Jahr zu Jahr größer wurden, eine nennenswerte Steigerung der Teilnehmerzahlen in den ersten beiden Tagen jedoch allgemein nicht mehr erwartet wird, wurde die Frage aufgeworfen, ob die Kampagne in Zukunft ihre Kraft auf eine Eintagesdemonstration an Ostern konzentrieren sollte und an den übrigen Ostertagen die Werbung für diese Osterdemonstrationen mit Autokorsen, Informationsaktionen auf möglichst viele Städte und Gemeinden in Hessen ausdehnen sollte. Es wurde argumentiert, daß bei einem dreitägigen Ostermarsch wie in diesem Jahr von Gelnhausen nach Frankfurt nur ein geringer Teil der hessischen Bevölkerung direkt mit dem Ostermarsch und den Zielen der Kampagne für Abrüstung konfrontiert wird. Demgegenüber wurde sehr intensiv die Auffassung vertreten, daß man es bei einem dreitägigen Ostermarsch belassen sollte, denn die Werbung in ganz Hessen könnte wie in den vergangenen Jahren vor Ostern geschehen. Bevor man daran ginge, grundsätzliche organisatorische Änderungen am Ostermarsch selbst vorzunehmen, sollte sich die Kampagne für Abrüstung stärker als bisher bemühen, das ganze Jahr über ihre politischen Ziele bekanntzumachen.

Zwei Stellungnahmen (eine für die Fortführung der Ostermärsche ähnlich wie bisher, die andere für eine Konzentrierung auf eine Eintagesdemonstration) werden wir mit unserem nächsten Rundschreiben zur Diskussion stellen.

* * * * *

Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung veranstaltet am 18./19. 6. 1966 ein Arbeitertreffen für die aktiven Mitarbeiter aus allen Ausschüssen in der Bundesrepublik. Dem Hessischen Ausschuß stehen 50 Teilnehmer zu. Ausgehend von einem grundsätzlichen Referat von Herbert Paller mit dem Thema "Nachbetrachtungen zum Ostermarsch - Möglichkeiten für die weitere Arbeit" soll in Arbeitsgemeinschaften über folgende Themen diskutiert werden: Der Krieg in Vietnam - Die Notstandsgesetze - Fragen der europäischen Sicherheit - Methodische Fragen der örtlichen Arbeit - Jugend im Ostermarsch - Bedeutung der Gewerkschaften und der Arbeitnehmerschaft. Interessenten für dieses zentrale Arbeitertreffen wenden sich bitte an die Geschäftsstelle und erhalten von dort eine Einladung mit Programm.

* * * * *

Auszüge aus dem Beschluß des 7. ordentlichen DGB-Bundeskongress zur Frage einer Notstandsgesetzgebung:

Der 7. ordentliche Bundeskongreß bekräftigt die 1962 auf dem DGB-Kongreß in Hannover gefaßten Beschlüsse zur Notstands- und Notdienstgesetzgebung. Er stellt mit Befriedigung fest, daß die Bundesregierung mit ihrer seit Jahren verfolgten verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung und der Einführung einer allgemeinen Dienstverpflichtung bisher nicht zum Ziele gekommen ist, und sieht darin nicht zuletzt einen Erfolg der gewerkschaftlichen Haltung.

Die Gewerkschaften lehnen auch weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht. Die Bundesregierung wendet schon jetzt mit den sogenannten Schubladenverordnungen ein Verfahren an, das sich außerhalb der Verfassung bewegt...

Der 7. Bundeskongreß des DGB bekräftigt die Entschlossenheit der Gewerkschaften, die Grundrechte und die Prinzipien des Grundgesetzes gegen jeden Angriff zu verteidigen...

gez.: Klaus Vack
- Sprecher -

gez.: Fritz Strass
- Geschäftsführer -



SEMINAR

4./5. JUNI

ED 745-25.174

WIRTSCHAFTLICHE FRAGEN VON RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG

Mit diesem Themenkreis wollen wir uns an dem ersten Wochenendseminar der Kampagne für Abrüstung in diesem Jahr beschäftigen. Bei vielen Diskussionen bemerken wir immer wieder, daß gerade die wirtschaftlichen Aspekte für eine Abrüstung von großer Bedeutung sind. Es wäre deshalb sehr wichtig, daß möglichst viele unserer Anhänger an diesem Seminar teilnehmen.

Als Referent hat Fritz Vilmar, Frankfurt zugesagt, der vor einiger Zeit ein Buch unter dem Titel "Rüstung und Abrüstung in Spätkapitalismus" (Europäische Verlagsanstalt) herausgegeben hat. Zur Vorbereitung auf das Seminar wäre es vorteilhaft, wenn nach Möglichkeit alle Teilnehmer bereits dieses Buch gelesen hätten.

Auf der Rückseite dieses Rundschreibens ist ein Themenplan und der zeitliche Ablauf des Seminars angegeben.

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 10.-- (Lehrlinge, Studenten und Schüler DM 7.--); Fahrtkosten, die DM 5.-- übersteigen, werden zurückerstattet. Das Seminar findet voraussichtlich im Evangl. Jugendzentrum Höchst (Odenw) statt. Die angemeldeten Teilnehmer erhalten hoch einmal nähere Informationen, insbesondere zur Anreise.

Unsere Bitte, sich so schnell wie möglich bei uns anzumelden, so daß wir die voraussichtliche Teilnehmerzahl übersehen können.

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4
Buchrainweg 161

Ich bestelle Flugblätter "Wie man schnell untergeht" zum Preis von DM 3.-- je 100 Stück zuzüglich Porto.

Ich nehme an dem OM-Seminar am 4./5. Juni 1966 "Wirtschaftliche Fragen der Rüstung und Abrüstung" teil.

() Ja () Nein

Ich interessiere mich für das zentrale Mitarbeitertreffen am 18./19. Juni 1966 und erbitte eine Einladung.

() Ja () Nein

Name: -----

Anschrift: -----

Unterschrift

Seminar "Wirtschaftliche Fragen von Rüstung und Abrüstung" am
4./5. Juni 1966

Samstag, 4. Juni: Anreise bis 15 Uhr
Referat "Rüstung und Wirtschaftssysteme"
(mit einem kurzen historischen Abriss -
Bedeutung der Rüstungswirtschaft in verschiedenen
Gesellschaften - Rüstungswirtschaftliche
Interessen politischer und wirtschaftlicher Macht-
eliten in der Bundesrepublik)
Nach dem Abendessen Bildung von verschiedenen
Arbeitskreisen

Sonntag, 5. Juni: Berichte der Arbeitskreise
und Diskussion
Referat "Chancen und Voraussetzungen einer
Abrüstung"
(Möglichkeiten zur Umstellung der Rüstungs-
wirtschaft in verschiedenen Gesellschafts-
systemen - Gesellschaftliche Widerstände)
Abschluß des Seminars gegen 15 Uhr

In der Teilnehmergebühr sind Verpflegung und Übernachtung mit ein-
begriffen.

Aufgabebestempel



Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Empfänger

DM.....Pfg. für Konto Nr. 576 48

Absender:
 (D) 712-25-174

Zum Aufkleben
der Freimarke
durch den
Absender
(Gebührensätze
umseitig)

Zahlkarte

DM.....Pfg.
für Konto
Nr. 576 48

auf.....DM.....Pfg., wörtlich

D-
Mark | Pfg.
wie oben

PSchA Frankfurt am Main

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

Konto - Nr.
576 48

Absender
(Name, Wohnort, Straße, Haus-
Nr., Gebäudeteil, Stockwerk):

in

605 Offenbach

Postscheckamt
Frankfurt am Main

Betrifft:

Postvermerk

Nr. _____

Eingetragen durch

Eingangs-
Nr.

DM.....

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez. 576 48 PSchA
auf Konto-Nr.

Einlieferungsschein

— sorgfältig beobachten —

_____ D- _____ Pfg.
Mark (in Ziffern)

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

in

605 Offenbach

Postvermerk

_____ Einlieferungsnummer

Postannahme



Wie

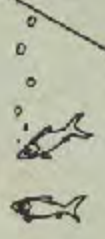
man

Schneell unter geht

Neue Sturmflut- katastrophe in Hamburg

Weite Teile Hamburgs in wenigen Stunden überschwemmt - Tausende in Lebensgefahr - Auf Grund der Notstandsgesetze wurden von der Polizei alle Personen zu Rettungsmaßnahmen eingesetzt. - Ein Arbeiter, der sich weigerte, weil er zu Frau und Kindern wollte, die ebenfalls durch die Flut bedroht waren, wurde durch einen erregten Polizisten niedergeschossen. - Der Polizist wäre fast von empörten Kollegen des Getöteten gelyncht worden. - Proteststreiks gegen die Erschießung des Arbeiters - Demonstrationzug bei der Beerdigung von der Polizei unter Berufung auf politische Gefahren aufgelöst. - Es wird vermutet, daß sich an der Demonstration auch einige Kommunisten beteiligten. - DDR-Sender berichten laufend über die Ereignisse. - Entscheidung der Bundesregierung: „Zustand der inneren Gefahr eingetreten.“ - Bonn ernannt einen Bundeskommissar für das Land Hamburg. - Die Bundeswehr wird eingesetzt. - Empörung unter Hamburgs Bevölkerung. - Auch die Presse wendet sich gegen Bonn. - Bundesregierung berät Notverordnungen und Verbot von Zeitungen. - Der Bundeskommissar für Hamburg verpflichtet alle Streikenden nach dem Notstands-Zivildienstgesetz zur Arbeit und hebt damit das Streikrecht auf. - DDR-Sendungen mit scharfen Angriffen auf die Bundesregierung werden verstärkt, aber völlige Ruhe an der Grenze. - Abrüstungsgespräche in Genf werden fortgesetzt. - Keine besonderen internationalen Spannungen. - Trotzdem stellt die Bundesregierung den „Zustand der äußeren Gefahr“ fest. - Die Bundesregierung und ein „Gemeinsamer Ausschuß“ erhalten fast unbeschränkte Vollmachten. - Dieses Flugblatt wird sofort verboten!

ED 748-25-176



An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
605 Offenbach 4
Postfach 648

11. 5. 66

EO 748-25-178

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

- | | | | |
|-------------------------------------|-------|---|----------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | ----- | Sonderdruck der IZA mit dem Sofortprogramm der Kampagne, 100 Stück DM 4.-- | DM ----- |
| <input checked="" type="checkbox"/> | ----- | Flugblatt "Wer steht hinter diesen Zeichen?" 100 Stück DM 5.-- | DM ----- |
| <input checked="" type="checkbox"/> | ----- | Flugblatt gegen die Notstandsgesetze "Wie man schnell untergeht", 100 Stück DM 3.-- | DM ----- |
| | ----- | "Informationen über die Kampagne", Stück DM 0,50 | DM ----- |
| | ----- | Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne Stück DM 2.-- zuzüglich Versandkosten | DM ----- |
| | ----- | Broschüre "Der endlose Krieg", Bericht über Vietnam von Heinz Aboesch, Stück DM 1.-- | DM ----- |
| <input checked="" type="checkbox"/> | ----- | Buch "Schluß mit Deutschland?" von J.W.Klefisch Sonderpreis DM 3.-- | DM ----- |
| <input checked="" type="checkbox"/> | ----- | Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz" von Dr. Bodo Manstein, Stück DM 5.80 | DM ----- |
| <input checked="" type="checkbox"/> | ----- | Broschüre "Wissenschaftliche und wirtschaftliche Aspekte einer Abrüstung" von Dr. Fritz Katz, Stück DM 0,50 | DM ----- |
| | ----- | Schallplatte mit OM-Liedern, 33 1/3 upm Stück DM 8.50 | DM ----- |
| | ----- | Ostermarschabzeichen, klein, Stück DM 1.-- | DM ----- |
| <input checked="" type="checkbox"/> | ----- | Ostermarschabzeichen, mittel, Stück DM 1.-- | DM ----- |
| | ----- | Ostermarschabzeichen, groß, Stück DM 1.-- | DM ----- |
| <input checked="" type="checkbox"/> | ----- | OM-Sonderabzeichen "Ostern 1966", Stück DM 1.-- | DM ----- |
| <input checked="" type="checkbox"/> | ----- | Englisches Sonderabzeichen "Against Conscription", Stück DM 1.-- | DM ----- |
| <input checked="" type="checkbox"/> | ----- | Englisches Sonderabzeichen "Make Love not War" Stück DM 1.-- | DM ----- |
| | ----- | Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.-- | DM ----- |
| | ----- | Autoplakette, selbstklebend, mit OM-Emblem Stück DM 1.-- | DM ----- |
| | ----- | Bogen Briefaufklebemarken, 5 Bogen (150 Marken) DM 1.50 | DM ----- |
| | ----- | Skatspiele mit OM-Emblem, Stück DM 4.50 | DM ----- |
| | ----- | Postkarten mit Karikaturen von dem PARDON-Karikaturisten Arno Ploog, Satz 5 Karten DM 1.-- | DM ----- |

Name: -----

Anschrift: -----

Unterschrift

FD713-25-100

F 4. 4. 66

Anti - Om - Broschüre 1966

„ Ostermarsch 1966 -
ja oder nein?“

Nein ---



Herrn
Anzeigenleiter Horst Maurer

6 Frankfurt/M.-Schwanheim
am Ruhstein 45/II

Peter C. Marbach
31 CELLE
Schloßplatz 13



Absender:.....

Horst Maurer

8000 Frankfurt-Schwanheim...

**Am Ruhestein 43 II
(Goldsteinsiedlung)**

ab 11.4.66

-20

An das Mitglied

des Deutschen Bundestages

ED 715-25-184

53

BONN

Bundeshaus

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Sehr geehrtes Mitglied des Deutschen Bundestages!

Vom Ostermarsch 1966 sende ich Ihnen beste Grüße und bitte Sie, sich im V. Deutschen Bundestag mit Nachdruck dafür einzusetzen,

- daß die Bundesrepublik Deutschland sich unter keinen Umständen in irgendeiner direkten oder indirekten Form am Krieg in Vietnam beteiligt;
- daß Bundestag und Bundesregierung ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an der Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa unter internationaler Kontrolle erklären, um — wie von der Bundesregierung verkündet — zum Abbau der Spannungen in Europa beizutragen;
- daß die Bundesregierung ihre Zustimmung gibt zu einem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen und einen Verzicht erklärt, auf jegliche Verfügung oder Mitverfügung an atomaren Waffen;
- daß der Bundestag angesichts der völlig ausreichenden Bestimmungen des Grundgesetzes und der Länderverfassungen die Annahme des Notstandsverfassungsgesetzes und damit verbundener Einzelgesetze ablehnt, sowie die erforderlichen Schritte einleitet, um die vom IV. Deutschen Bundestag beschlossenen sieben „einfachen“ Notstandsgesetze wieder rückgängig zu machen.

Für diese Forderungen habe ich am Ostermarsch 1966 teilgenommen und ich freue mich ganz besonders, wenn Sie mir mitteilen könnten, daß Sie im Sinne meiner Bitte im Bundestag tätig werden.

Mit freundlichen Grüßen!



Absender:.....

.....

.....

ED 748-25-182

**An das Mitglied
des Deutschen Bundestages**

53 BONN

Bundeshaus

Institut für Zeitgeschichte Archiv


Sehr geehrtes Mitglied des Deutschen Bundestages!

Vom Ostermarsch 1966 sende ich Ihnen beste Grüße und bitte Sie, sich im V. Deutschen Bundestag mit Nachdruck dafür einzusetzen,

- daß die Bundesrepublik Deutschland sich unter keinen Umständen in irgendeiner direkten oder indirekten Form am Krieg in Vietnam betolligt;
- daß Bundestag und Bundesregierung ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an der Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa unter internationaler Kontrolle erklären, um — wie von der Bundesregierung verkündet — zum Abbau der Spannungen in Europa beizutragen;
- daß die Bundesregierung ihre Zustimmung gibt zu einem Vertrag gegen die Weltverbreitung von Atomwaffen und einen Verzicht erklärt, auf jegliche Verfügung oder Mitverfügung an atomaren Waffen;
- daß der Bundestag angesichts der völlig ausreichenden Bestimmungen des Grundgesetzes und der Länderverfassungen die Annahme des Notstandsverfassungsgesetzes und damit verbundener Einzelgesetze ablehnt, sowie die erforderlichen Schritte einleitet, um die vom IV. Deutschen Bundestag beschlossenen sieben „einfachen“ Notstandsgesetze wieder rückgängig zu machen.

Für diese Forderungen habe ich am Ostermarsch 1966 teilgenommen und ich freue mich ganz besonders, wenn Sie mir mitteilen könnten, daß Sie im Sinne meiner Bitte im Bundestag tätig werden.

Mit freundlichen Grüßen!



PROTEST FOLKSONG JAZZ

Joan Baez
Wolfgang Neuss

Albert
Mangelsdorff
Quintett
Hanns Ernst Jäger
Dieter Süverkrüp
Franz-Josef
Degenhardt
Konrad Reinhold
Barrel-House-
Jazzband
Gerhard Zwerenz

PROTEST OSTER MARSCH 1966

ED 718-25-183



OSTER MARSCH

1966

Gegen die Politik mit der Bombe
Gegen den Krieg in Vietnam
Gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen
Für Entspannung, für Rüstungsstopp
Für atomwaffenfreie Zone
Für Sicherheit durch Abrüstung

Der Marsch am Ostermontag in Frankfurt

Von Offenbach: Landesgrenze (gegen 10 Uhr) –
Offenbacher Landstraße – Wendelsplatz –
Darmstädter Landstraße – Dreieichstraße – Wil-
lernerstraße – Wasserweg – Flößerbrücke –
Obermainstraße – Ostendstraße – Obermain-
anlage – Friedberger Anlage – Berger Straße –
Spessartstraße – Saalburgallee – Ratsweg –
Ostpark (Mittagsrast von 12 bis 14 Uhr) – Saal-
burgallee – Am Buchwald – Bornheimer Land-
wehr – Würzburger Straße – Scheidswald-
straße – Arnsburger Straße – Sandweg – Uhr-
türmchen – Zeil – Fahrgasse – Berliner
Straße – Neue Kräme – **Römerberg.**

Von Frankfurt-Höchst: Höchster Marktplatz (ge-
gen 9.30 Uhr) – Schleifergasse – Albanus-
straße – Bolongarostraße – Ludwig-Scriba-
straße – Zuckschwerdtstraße – Kurmainzer
Straße – Alt-Sossenheim – Westerbachstraße –
Radilostraße – Alt-Rödelheim – Auf der Insel –
Rödelheimer Landstraße – Breitenbachstraße –
Buddestraße – Schloßstraße – **Kurfürstenplatz**
(Mittagsrast von 12 bis 14 Uhr) – Kurfürsten-
straße – Leipziger Straße – Bockenheimer
Warte – Bockenheimer Landstraße – Opern-
platz – Goethestraße – Alte Rothofstraße –
Junghofstraße – Roßmarkt – Große Gallus-
straße – Neue Mainzer Straße – Theaterplatz –
Weißfrauenstraße – Bethmannstraße – Pauls-
platz – **Römerberg.**

Zur Teilnahme rufen u. a. auf:
Carl Amery, Professor Wolfgang Abendroth,
Professor Fritz Baade, Professor Ernst Bloch,
Walter Dirks, Hans Magnus Enzensberger, Her-
bert Faller, Professor Helmut Gollwitzer, Pro-
fessor Friedrich Heer, Erich Kästner, James
Krüss, Richard Münch, Martin Niemöller, Hin-
rich Oetjen, Philipp Pleß, Olaf Raßke, Martin Walsen,
Gerhard Weber.

Die Teilnahme empfehlen ferner u. a.:
Die Bundesjugendkonferenz des Deutschen Ge-
werkschaftsbundes, der Sozialistische Studen-
tenbund, der Sozialdemokratische Hochschul-
bund, die Naturfreundejugend.
Der hessische Ostermarsch 1966 geht von Oster-
samstag bis Ostermontag von Gelnhausen nach
Frankfurt und endet mit einer

Grosskundgebung

Ostermontag, 11. April 1966, 15.00 Uhr
Römerberg in Frankfurt.

Beim Ostermarsch 1966 sprechen u. a.:
Philipp Pleß, MdL, Frank Allaun, Fritz Lamm,
H. G. Lang, Oberkirchenrat Helmut Rößler,
Dr. Helga Einsele, Dr. Andreas Buro.

Die Veranstaltung

Protest Folksong Jazz

bei der u. a. mitwirken

Joan Baez Wolfgang Neuss

findet statt am Ostermontag, 11. April 1966,
19.30 Uhr, Blumengroßmarkthalle,
Dominikanerplatz.

Eintrittskarten von DM 3,- bis DM 15,- an den
bekanntesten Vorverkaufsstellen in Frankfurt und
über Kampagne für Abrüstung, 605 Offenbach,
Buchrainweg 161.

Veranstalter und verantwortlich: Kampagne für Abrüstung –
Ostermarsch der Atomwaffengegner – Helga Weber, 905 Offenbach,
Buchrainweg 161. Druck: Grawo-Druck, Offenbach



ED 718-25-184



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 805 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 866051

5. 4. 66

OSTERMARSCH 1966

Hinweise für die Teilnehmer

Liebe Freunde,

In wenigen Tagen ist es soweit, und der Ostermarsch 1966 beginnt. Da auch diesmal wieder zahlreiche neue Gesichter hinzukommen werden, geben wir Ihnen hiermit die wichtigsten Hinweise für die Teilnahme am Ostermarsch bekannt. Bitte machen Sie sich die Mühe und lesen Sie diese Information bis zum Ende durch, um Mißverständnisse während des Marsches auszuschließen.

Anmeldung

Jeder, der am Ostermarsch teilnehmen möchte, und es bisher noch nicht getan hat, sollte sich unverzüglich anmelden. Das erleichtert uns die organisatorischen Vorbereitungsarbeiten und das ist im Moment besonders wichtig, da die Vorbereitung einer solch großen Demonstration über drei Tage von einem kleinen ehrenamtlichen Team bewältigt werden muß. (Anmeldezettel sind Ihnen bereits mit früheren Rundschreiben zugegangen.)

Teilnehmergebühr

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,-. Damit müssen wir nicht nur die Verpflegungs- und Übernachtungskosten decken, sondern vor allen Dingen auch die Werbung für den Ostermarsch und für unsere politischen Ziele bezahlen. **Auch wer nicht den ganzen Marsch mitmachen kann, sollte deshalb – wenn irgend- wie möglich – die volle Teilnehmergebühr in Höhe von DM 20,- zahlen.** Wir wissen, daß es auch Leute gibt, die beim besten Willen nicht in der Lage sind, die vorgesehene Teilnehmergebühr aufzubringen. Sie sollten deshalb keinesfalls zu Hause bleiben; bitte schreiben Sie uns einen kurzen Brief oder Intorbieren Sie uns bei Beginn des Marsches, wir werden dann sicherlich eine annehmbare Regelung finden.

Im übrigen bitten wir Sie, die Teilnehmergebühr im voraus auf unser Postscheckkonto „Ostermarsch der Atomwaffengegner – Hessischer Ausschuß, 805 Offenbach, Postscheckkonto Flm Nr. 576 48“ mit dem deutlichen Vermerk „Teilnehmergebühr“ einzuzahlen.

Für alle Teilnehmergebühren, die bis zum 5. April 1966 hier eingegangen sind, erhalten die Gemeldeten einen Teilnehmerschein mit Essenbons. Den Teilnehmerschein führen Sie am besten immer bei sich, damit Sie sich bei irgendwelchen Fragen, die auftreten können, den Ordnern gegenüber leicht als Marschteilnehmer ausweisen können.

Wer seinen Teilnehmerschein nicht mehr erhält, weil die Teilnehmergebühr zu spät bei uns eingegangen ist, bringt den Einzahlungsabschnitt der Zahlkarte mit und erhält dafür dann während des Marsches den Schein ausgehändigt.

Es ist möglich, die Teilnehmergebühr auch noch beim Marsch selbst zu zahlen, aus Erfahrung ist es jedoch ein recht schwieriges Geschäft, wenn bei der ersten Mittagsrast von vielen Teilnehmern die Gebühr bezahlt wird und Teilnehmerscheine ausgegeben werden sollen. **Deshalb nochmals die Bitte: Überweisen Sie sofort.**

Verpflegung

Für diese nicht ganz unwichtige Sache sorgen – wie auch in den vergangenen Jahren – die Städt. Küchenbetriebe, Frankfurt. Die Verpflegung beginnt mit einem Mittagessen am Ostersonntag, für den weiteren Verlauf sind pro Tag Frühstück, Mittagessen und Abendessen vorgesehen. Dazu stehen hygienisch saubere Pappbecher und -schüsseln zur Verfügung. Eßbestecke müssen die Teilnehmer selbst mitbringen.

Erste Hilfe

Während des Marsches wird ständig ein Sanitätsdienst des Arbeiter-Samariter-Bundes dabei sein.

Marschleitung

Wenn irgendwelche Fragen und Schwierigkeiten auftreten, klären Sie diese bitte mit den Ordnern oder in besonders schwierigen Fällen mit der Marschleitung. Die Marschleitung wird sich Ihnen vor Beginn des Marsches vorstellen.



OSTERMARSCH '66

Informationen der Kampagne für Abrüstung
Örtlicher Ausschuß Köln

5. 4. 66

Friedensinitiative

Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende setzen, sonst setzt der Krieg der Menschheit ein Ende.

Die Vernunft gebietet gerade uns Deutschen eine Politik der friedlichen Lösungen, des Verhandeln, der Sicherheit durch Abrüstung. Vierzehn Tage vor Ostern hat die Bundesregierung der Weltöffentlichkeit ein Sieben-Punkte-Programm zur Abrüstung vorgelegt. Sein Wert wird mit der Elle der politischen Praxis dieser Regierung zu messen sein. Tatsache ist: In der Bundesrepublik wird eine Politik betrieben, die auf die Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinzielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut.

Wir können uns mit dieser Entwicklung nicht abfinden. Die Kampagne für Abrüstung hat in ihrem "Sofortprogramm für Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa" beschrieben, wie die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik den verhängnisvollen Weg des Rüstungswettlaufs verlassen könnten.

Die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung lauten:

- *Die Bundesrepublik soll alle politischen Initiativen unterstützen, die auf die Erweiterung des atomaren Teststop-Abkommens, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und andere Schritte zur allgemeinen, kontrollierten Abrüstung hinzielen.
- *Die Bundesrepublik soll den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht länger durch ihre Forderung nach Mitverfügung über Atomwaffen blockieren.
- *Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den endgültigen Verzicht auf Atomwaffen und auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen erklären und die Rüstungsetats nicht weiter steigern; sie sollen ferner die Bildung einer international kontrollierten, atomwaffenfreien und rüstungsverdünnten Zone einleiten.

Um diesen Vorschlägen Nachdruck zu verleihen, haben viele hundert angesehene Bürger unseres Landes und prominente Persönlichkeiten auch in diesem Jahre zu Ostermärschen aufgerufen.

Die Kölner Freunde der Kampagne für Abrüstung nehmen, wie in den vergangenen Jahren, wieder in großer Zahl am Ostermarsch Duisburg-Dortmund teil.

Bleiben auch Sie nicht untätig! Machen Sie mit! Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, damit der Ostermarsch 1966 zu einem Höhepunkt unserer Kampagne wird.

Alles Wissenswerte über den Ostermarsch finden Sie
auf den nächsten Seiten



Ostermarsch der Atomwaffengegner

1966

Die wichtigsten Informationen für alle Kölner Marschteilnehmer

1. Marschverlauf

Karsamstag: Duisburg - 8.45 Uhr Eröffnung auf dem Dellplatz und Abmarsch nach Oberhausen; Mittagspause 11.30 bis 13.15 Uhr in Oberhausen, Grenzstraße; Schlußkundgebung um 18.00 Uhr auf dem Kennedyplatz in Essen.

Samstagabend in Essen: Große Ostermarsch-Revue
mit Wolfgang Neuss, Gisela May
Joan Baez, Dieter Süverkrüp u. a. m.

Ostersonntag: Essen - 10.00 Uhr Gottesdienst auf dem Altenessener Markt; Abmarsch 11.00 Uhr nach Bochum; Mittagspause 13.30 bis 15.00 Uhr in Gelsenkirchen, Ueckendorfer Straße (Spielplatz); Schlußkundgebung um 18.00 Uhr auf dem Buddenbergplatz in Bochum

Ostermontag: Bochum - 10.00 Uhr Gottesdienst auf dem Buddenbergplatz; Abmarsch 11.00 Uhr nach Dortmund; Mittagspause 13.00 bis 14.00 Uhr auf dem Werner Marktplatz;

Abschlußkundgebung: Ostermontag 17.30 Uhr Dortmund, Marktplatz

2. An- und Abfahrt mit der Bahn von Köln, Hauptbahnhof

Karsamstag: Treffpunkt 7.00 Uhr Hbf., Haupteingang; Abfahrt mit E 217 ab Köln 7.32 Uhr; an Duisburg Hbf. 8.27 Uhr.

Ostersonntag: Treffpunkt 7.45 Uhr Hbf., Haupteingang, Abfahrt mit E 219 ab Köln 8.17 Uhr; an Essen-Altenessen 9.33 Uhr.

Ostermontag: Treffpunkt 8.15 Uhr Hbf., Haupteingang; Abfahrt mit E 793 ab Köln 8.43 Uhr; an Düsseldorf 9.17 Uhr; Umsteigen in N 2835 ab Dssdf. 9.44 Uhr; an Bochum Hbf. 10.55 Uhr. (Es kann auch der D 109 ab Köln 8.37 Uhr an Bochum Hbf. 10.03 Uhr benutzt werden)

Sonderbus zur Abschlußkundgebung am Ostermontag in Dortmund:

Abfahrt 14.30 Uhr vom Breslauer Platz (hinter dem Hauptbahnhof); Fahrpreis: DM 7.50; Wir bitten um rechtzeitige.- möglichst sofortige - Anmeldung !

3. Pkw-Fahrer, die am Abreisetag noch über freie Plätze verfügen, bitten wir, zur Treffzeit zum Hauptbahnhof zu kommen, damit sie noch andere Teilnehmer mitnehmen können. Beim Marsch fahren die die Kraftfahrzeuge im Troß mit und übernehmen den Gepäcktransport und die Beförderung der Hilfebedürftigen und vorübergehend Fußlahmen. Auch innerhalb der Kfz-Kolonnen sind die Verkehrsregeln zu beachten.

4. Übernachtung, Kleidung und Verpflegung

Die Unterbringung an den Übernachtungstagen in Essen und Bochum erfolgt in Jugendherbergen, Gemeindegärten und Privatquartieren. Wir bitten für den Bedarfsfall Wolldecken und Luftmatratzen mitzubringen.

Eine Marschverpflegung wird vom Ostermarsch nicht geboten. Die Rastplätze sind so gewählt, daß ein warmer Imbiß und teilweise auch ein Mittagessen in Gaststätten eingenommen werden kann. Für alle Fälle sollte jedoch ausreichende Verpflegung - evtl. auch Getränke - mitgenommen werden.

Das Wetter kann sich in dieser Jahreszeit immer plötzlich ändern. Deshalb empfehlen wir allen Teilnehmer Kleidung für jede Witterung mitzunehmen. Selbstverständlich soll die Kleidung so beschaffen sein, daß der Ostermarsch überall einen guten Eindruck macht.

5. Verhalten beim Marsch

Marschleiter ist Herr Pfarrer Gerhard Melzer. Er und der Regionalausschuß tragen den Behörden gegenüber die Verantwortung für den Marsch. Die Marschleitung hat die Aufgabe den Marsch überzeugend durchzuführen und die demokratischen Rechte freier Staatsbürger gegenüber den Behörden zu vertreten. Den Entscheidungen der Marschleitung ist in jedem Falle zu folgen. Die Ordner - erkennbar an weißen Armbinden - unterstehen den Weisungen der Marschleitung. Sie haben das Recht, jeden vom Marsch auszuschließen, der die Marschordnung bricht.

Auch den Anordnungen der Polizei ist Folge zu leisten. Die uniformierten Polizisten sind dem Ostermarsch durchweg freundlich gesonnen. Da viele von ihnen für den Ostermarsch Überstunden machen müssen, sollten sich alle Teilnehmer ihnen gegenüber besonders freundlich und höflich verhalten.

abtrennen und einsenden - am Besten noch heute !

An die Kampagne für Abrüstung Örtlicher Ausschuß Köln		Anmeldung zum Ostermarsch	
5000 K ö l n Rosenstraße 18 - 22		Ich nehme am Ostermarsch 1966 wie folgt teil:	
Karsamstag <input type="radio"/>	Ostersonntag <input type="radio"/>	Ostermontag <input type="radio"/>	
Duisburg-Essen	Essen-Bochum	Bochum-Dortmund	
Ich benötige Nachtquartier in Essen <input type="radio"/> in Bochum <input type="radio"/>		Ich melde mich für die Busfahrt zur Abschluß- <input type="radio"/>	
Personen:		Kundgebung i. Dortmund an	
Vor- und Zuname			
Beruf:		Alter:	
Anschrift:		Telefon:	

Wer steht hinter dem Ostermarsch ?

Angeregt durch das englische Beispiel, riefen die Hamburger Lehrer Hans Konrad Tempel und Helga Stolle zum ersten Male im Jahre 1960 zum Ostermarsch gegen die Atomrüstung in West und Ost auf. Mehrere hundert Personen folgten ihrem Aufruf.

Der Gedanke fand ein großes Echo: 1961 fanden bereits in vielen Teilen der Bundesrepublik Ostermärsche statt. 25.000 Personen nahmen daran teil. Der Ostermarsch hat seitdem immer mehr Zustimmung und Ansehen gewonnen. 1965 zählten die Märsche und Kundgebungen weit über 100.000 Teilnehmer.

Die Kampagne für Abrüstung, die für die Durchführung der Ostermärsche verantwortlich ist, kennt keine Mitgliedschaft. Unabhängige Persönlichkeiten wirken in örtlichen und regionalen Ausschüssen und im zentralen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung und Entspannung überall in der Welt.

Die Kampagne für Abrüstung ist parteipolitisch nicht gebunden. Sie kennt keine einseitige Stellungnahme im kalten Krieg.

Zu den Bürgern unseres Landes, die den Aufruf zum Ostermarsch 1966 unterzeichnet haben, gehören u.a.

die Schriftsteller Carl Amery, Günter Anders, Stefan Andres, Karlheinz Deschner, Walter Dirks, Günter Eich, Hans Magnus Enzensberger, Christian Geissler, Max von der Grün, Robert Jungk, Erich Kästner, Ernst Kreuder, James Krüss, Hans Erich Nossack, Paul Schallück, Gösta von Uexküll, Martin Walser, Günter Weisenborn,

die Professoren Wolfgang Abendroth, Fritz Baade, Max Bense, Ernst Bloch, Ossip K. Flechtheim, Helmut Gollwitzer, Johannes Harder, Friedrich Heer, Heinz Joachim Heydorn, Walter Jens, Heinz Maus, Ernst Niekisch, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf,

die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Eitel Höhne, Nora Platiel, Philipp Pless, Olaf Radke, Wilhelm Rehbein, Heinrich Weiß, Ludwig Wedel, Willy Wild, Liesel Winkelsträter, Willi Zinnkann,

ferner: Inge Aicher-Scholl, Georg Benz, Heinz Brandt, Herbert Faller, Lucy Haubrich-Millowitsch, Trude Hesterberg, Dr. Heinz Kloppenburg DD, Adolph Kummernuss, Dr. Bodo Manstein, Frans Masereel, D. Martin Niemöller, Prof. Otto Pankok, Heinz Raspini, Ernst Streng (Goldmedaille Tokio), Dieter Süverkrüp, Pfarrer Horst Symanowski, Gerhard Weber (CVJM-Sekretär) .

Wer finanziert den Ostermarsch ?

Die Kampagne für Abrüstung erhält keine Zuwendungen vom Staat oder von einseitigen Interessengruppen. Ihre Arbeit wird ermöglicht durch die Spenden und nicht zuletzt dem ehrenamtlichen Mitwirken vieler einzelner.

Der Örtliche Ausschuß Köln arbeitet in eigener Verantwortung. Er muß alle Werbemittel, auch die, welche er vom zentralen Ausschuß anfordert, bezahlen.

Unser Postscheckkonto lautet:

Dieter Hoffmann (Sonderkonto 0) 5 Köln-Milheim 669 85 Köln

Bitte, unterstützen Sie unsere Sache !

Kampagne für Abrüstung 605 Offenbach 4, 4. April 1966
 Ostermarsch der Atomwaffengegner Buchrainweg 161 Postfach 648
 - Hessischer Ausschuß -

5. 4. 66

Beitr.: Veranstaltung PROTEST - FOLKSONG - JAZZ

Liebe Freunde aus Frankfurt und Offenbach!

Die Nachfrage nach Eintrittskarten für die Veranstaltung am Ostermontag in der Blumengroßmarkthalle mit Joan Baez, Wolfgang Neuss und anderen ist so groß, daß wir bereits heute absehen können, daß wir den Kartenbedarf keinesfalls voll befriedigen können. Durch die allgemeinen Vorbereitungen für den Ostermarsch 1966 sind wir überdies derartig überlastet, daß wir den Kartenverkauf nicht selbst abwickeln können. Wir haben deshalb den größten Teil der Karten in die Vorverkaufsstellen Schmidt (im Kaufhof), Nanda Stock (im Haus der FAZ) und Verkehrsverein (im Hauptbahnhof) gegeben. Außerdem sind Karten zu haben in der Geschäftsstelle in Offenbach, Buchrainweg 161. Wir möchten bitten, daß sich alle Frankfurter und Offenbacher, die die Veranstaltung besuchen wollen, auf diesem Weg ihre Karten besorgen. Wir werden zwar einen kleinen Rest beim Ostermarsch zum Verkauf anbieten, hierbei jedoch Interessenten bevorzugen, die außerhalb Frankfurts und Offenbachs wohnen und deshalb nur schwerlich über die Vorverkaufsstellen zu Karten kommen können. Soweit Sie Karten über die Geschäftsstelle beziehen, bitten wir darum, diese ausschließlich persönlich gegen sofortige Zahlung abzuholen. Telefonische Bestellungen würden unseren sowieso schon überstrapazierten Telefonanschluß völlig lahmlegen und damit die Arbeit und Vorbereitung für den Ostermarsch 1966 blockieren. Auch von Überweisungen für Karten auf unser Postscheckkonto bitten wir Abstand zu nehmen, da wir nicht garantieren können, daß dann, wenn das Geld eintrifft, überhaupt noch Karten zu haben sind.

Wir hoffen, Sie haben hierfür Verständnis und berücksichtigen die Tatsache, daß beim Hessischen Ausschuß ausschließlich ehrenamtliche Helfer tätig sind.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Vack gez.: Fritz Strass

PROTEST FOLKSONG JAZZ

Joan Baez
Wolfgang Neuss

PROTEST OSTER MARSCH 1966

5. 4. 66

ED 718-25-187

Albert
Mangelsdorff
Quintett
Hanns Ernst Jäger
Dieter Süverkrüp
Franz-Josef
Begenhardt
Konrad Reinhold
Barrel-House-
Jazzband
Gerhard Zwerenz



OSTER MARSCH

1966

Gegen die Politik mit der Bombe
Gegen den Krieg in Vietnam
Gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen
Für Entspannung, für Rüstungsstopp
Für atomwaffenfreie Zone
Für Sicherheit durch Abrüstung

Der Marsch am Ostermontag in Frankfurt

Von Offenbach: Landesgrenze (gegen 10 Uhr) –
Offenbacher Landstraße – Wendelsplatz –
Darmstädter Landstraße – Dreieichstraße – Wil-
limerstraße – Wasserweg – Flößerbrücke –
Obermainstraße – Ostendstraße – Obermain-
anlage – Friedberger Anlage – Berger Straße –
Spessartstraße – Saalburgallee – Ratsweg –
Ostpark (Mittagsrast von 12 bis 14 Uhr) – Saal-
burgallee – Am Buchwald – Bornheimer Land-
wehr – Würzburger Straße – Scheidswald-
straße – Arnsburger Straße – Sandweg – Uhr-
türmchen – Zeil – Fahrgasse – Berliner
Straße – Neue Kräme – **Römerberg.**

Von Frankfurt-Höchst: Höchster Markt (gegen
9.30 Uhr) – Schleifergasse – Albanus-
straße – Bolongarostraße – Ludwig-Scriba-
straße – Zuckschwerdtstraße – Kurmainzer
Straße – Alt-Sossenheim – Westerbachstraße –
Radilostraße – Alt-Rödelheim – Auf der Insel –
Rödelheimer Landstraße – Breitenbachstraße –
Buddestraße – Schloßstraße – **Kurfürstenplatz
(Mittagsrast von 12 bis 14 Uhr)** – Kurfürsten-
straße – Leipziger Straße – Bockenheimer
Warte – Bockenheimer Landstraße – Opern-
platz – Goethestraße – Alte Rothofstraße –
Jung Hofstraße – Roßmarkt – Große Gallus-
straße – Neue Mainzer Straße – Theaterplatz –
Weißfrauenstraße – Bethmannstraße – Pauls-
platz – **Römerberg.**

Zur Teilnahme rufen u. a. auf:
Carl Amery, Professor Wolfgang Abendroth,
Professor Fritz Baade, Professor Ernst Bloch,
Walter Dirks, Hans Magnus Enzensberger, Her-
bert Fallers, Professor Helmut Gollwitzer, Pro-
fessor Friedrich Heer, Erich Kästner, James
Krüss, Richard Münch, Martin Niemöller, Hinrich
Oetjen, Philipp Pleß, Olaf Radke, Martin Wal-
gerhard Weber.

Die Teilnahme empfehlen ferner u. a.:
Die Bundesjugendkonferenz des Deutschen Ge-
werkschaftsbundes, der Sozialistische Studen-
tenbund, der Sozialdemokratische Hochschul-
bund, die Naturfreundejugend.
Der hessische Ostermarsch 1966 geht von Oster-
samstag bis Ostermontag von Gelnhausen nach
Frankfurt und endet mit einer

Grosskundgebung

Ostermontag, 11. April 1966, 15.00 Uhr
Römerberg in Frankfurt.

Beim Ostermarsch 1966 sprechen u. a.:
Philipp Pleß, MdL, Frank Allaun, Fritz Lamm,
H. G. Lang, Oberkirchenrat Helmut Rößler,
Dr. Helga Einsele, Dr. Andreas Buro.

Die Veranstaltung

Protest Folksong Jazz

bei der u. a. mitwirken

Joan Baez Wolfgang Neuss

findet statt am Ostermontag, 11. April 1966,
19.30 Uhr, Blumengroßmarkthalle,
Dominikanerplatz.

Eintrittskarten von DM 3,- bis DM 15,- an den
bekanntesten Vorverkaufsstellen in Frankfurt und
über Kampagne für Abrüstung, 605 Offenbach,
Buchrainweg 161.

Veranstalter und verantwortlich: Kampagne für Abrüstung –
Ostermarsch der Atomwaffengegner – Helga Weber, 605 Offenbach,
Buchrainweg 161. Druck: Grawo-Druck, Offenbach



In die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atombombengeegner
- Russischer Ausschuss - 605 Offenbach 4, Postfach 648

Bestelliste

ED 218-25-129

1. 4. 66

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

- | | | | |
|-------|--|----|-------|
| ----- | Flugblatt "Ostermarsch 1966" mit Anmeldezettel und Marschskizze zum Ostermarsch von Gelnhausen nach Frankfurt, 100 Stück DM 3.-- | DM | ----- |
| ----- | Flugblatt zur Werbung für die Veranstaltung mit Joan Baez, 100 Stück DM 2.-- | DM | ----- |
| ----- | Flugblatt für junge Leute "Ostern auf der Straße?" 100 Stück DM 2.-- | DM | ----- |
| ----- | Flugblatt für Studenten "Sind Ostermarschierer rot? ... oder blau?", 100 Stück DM 2.-- | DM | ----- |
| ----- | Flugblatt für Arbeiter "Hätten wir lieber das Geld vergraben", 100 Stück DM 2.-- | DM | ----- |
| ----- | Flugblatt gegen die Notstandsgesetze, 100 Stück DM 2.-- | DM | ----- |
| ----- | Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne Stück DM 2.-- | DM | ----- |
| ----- | Broschüre "Der endlose Krieg", Bericht über Vietnam von Heinz Abosch, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Schallplatte mit Ostermarschliedern (33 1/3 upr) Stück DM 8,50 | DM | ----- |
| ----- | OM-Sonderabzeichen "Ostern 1966", Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Sonderabzeichen aus England "Easter 1966" Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Abzeichen aus England der Jugend in der GND Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Sonderabzeichen aus England der Christen in der GND, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Abzeichen klein, 8 mm Ø, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Abzeichen mittel, 11 mm Ø, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Abzeichen groß, 22 mm Ø, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Skatspiele mit OM-Emblem, Stück DM 4,50 | DM | ----- |
| ----- | Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Autoplakette, selbstklebend, mit OM-Emblem, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Briefverschlusmarken, 5 Bogen = 150 Marken DM 1,50 | DM | ----- |

Name: -----

Anschrift: -----

Unterschrift

11. 4. 66

ED 712-25-190

Sehr geehrtes Mitglied des Deutschen Bundestages!

Vom Ostermarsch 1966 sende ich Ihnen beste Grüße und bitte Sie, sich im V. Deutschen Bundestag mit Nachdruck dafür einzusetzen,

- daß die Bundesrepublik Deutschland sich unter keinen Umständen in irgendeiner direkten oder indirekten Form am Krieg in Vietnam beteiligt;
- daß Bundestag und Bundesregierung ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an der Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa unter internationaler Kontrolle erklären, um — wie von der Bundesregierung verkündet — zum Abbau der Spannungen in Europa beizutragen;
- daß die Bundesregierung ihre Zustimmung gibt zu einem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen und einen Verzicht erklärt, auf jegliche Verfügung oder Mitverfügung an atomaren Waffen;
- daß der Bundestag angesichts der völlig ausreichenden Bestimmungen des Grundgesetzes und der Länderverfassungen die Annahme des Notstandsverfassungsgesetzes und damit verbundener Einzelgesetze ablehnt, sowie die erforderlichen Schritte einleitet, um die vom IV. Deutschen Bundestag beschlossenen sieben „einfachen“ Notstandsgesetze wieder rückgängig zu machen.

Für diese Forderungen habe ich am Ostermarsch 1966 teilgenommen und ich freue mich ganz besonders, wenn Sie mir mitteilen könnten, daß Sie im Sinne meiner Bitte im Bundestag tätig werden.

Mit freundlichen Grüßen!



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

27.3.66

11.4.66

Erklärung des Sprechers des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, Dr. Andreas Buro, zu der "Friedensnote" der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat endlich die Notwendigkeit erkannt, sich zu den entscheidenden Fragen der Gegenwart, - der Friedenspolitik und der Abrüstung zu äußern. Hiermit gibt sie den längst fälligen offiziellen Startschuß für eine Diskussion dieser Frage auf allen Ebenen. Die klare Feststellung der Bundesregierung, daß Wett-rüsten mit atomaren Vernichtungswaffen die Sicherheit in Europa und in der Welt nicht erhöht, ist als Anzeichen für eine Versachlichung der Diskussion über die heutigen Möglichkeiten der Friedenssicherung mit militärischen Mitteln zu werten. Die logische Schlußfolgerung hieraus ist das Bekenntnis der Bundesregierung zu einer weltweiten, allgemeinen und kontrollierten Abrüstung. Von diesem Ansatz her ist der tatsächliche Inhalt der Note zu prüfen.

Die Note, die nach Angabe der Bundesregierung ihre Friedenspolitik zusammenhängend darstellen soll und in der sie den Anspruch erhebt, konsequente Friedenspolitik zu betreiben, enthält jedoch nur wenige von diesem Ansatz aus positiv zu beurteilenden Äußerungen. Es sind dies:

- * Wiedervereinigung nur mit friedlichen Mitteln;
- * Bereitschaft zu Gewaltverzichtserklärungen;
- * Keine territorialen Ansprüche an die CSSR aus dem Münchner Abkommen;
- * Kontrollen bei der Lieferung von spaltbarem Material;
- * Austausch von Militärbeobachtern mit Ostblockstaaten bei Manövern.

Neben diesen kaum über den bekannten Rahmen hinausgehenden Vorschlägen stehen jedoch schwerwiegende negative Äußerungen. Die Bundesregierung erteilt den Genfer Bemühungen um einen Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen de facto eine Absage, indem sie erneut ihren Anspruch auf Mitverfügung über Atomwaffen im Rahmen der NATO bekräftigt, an dem bisher schon die Verhandlungen in Genf scheiterten, - die Bereitschaft zu nationalem Verzicht ändert hieran nichts.

Auch der Vorschlag der Bundesregierung, die Atomwaffen in Europa zu verringern, ist kein konstruktiver Beitrag zur Abrüstung, da mit ihm die Forderung nach "entscheidenden Fortschritten bei der

Lösung der politischen Probleme in Mitteleuropa", das heißt, Tausch von Wiedervereinigungsschritten gegen Verringerung atomarer Bewaffnung in Europa, verbunden wird. Dieser Vorschlag ist nicht nur in hohem Maße unrealistisch, er verstößt auch gegen das anerkannte Prinzip, Abrüstungsschritte nicht mit politischen Forderungen zu verknüpfen, denn Tauschvorschläge dieser Art haben immer den fatalen Beigeschmack militärpolitischer Fression. Gerade die Bundesregierung hat in der Roll-Back-Ära von John Forster alles lange auf militärpolitischen Druck gesetzt. Sie muß sich hiervon deutlich distanzieren, wenn sie glaubhaft Friedenspolitik betreiben will.

Entmutigend geradezu aber ist die Tatsache, daß sich in dieser "Darstellung der deutschen Friedenspolitik" kein zukunftssträchtiger Ansatz findet. Weder atmet der Stil der Note Geist der Versöhnung, noch sagt der Inhalt etwas über die wirklich brennenden Fragen, wie sie durch den Begriff "Disengagement in Mitteleuropa" und "europäisches Sicherheitssystem" im militärischen und durch eine Beendigung der Hallstein-Doktrin im politischen Bereich gekennzeichnet sind.

Will die Bundesregierung wirkliche Bereitschaft zu Friedenspolitik glaubhaft machen, so muß sie folgende Fragen zufriedenstellend beantworten:

1. Ist die Bundesregierung endlich bereit, eine leistungsfähige Abrüstungsbehörde wirksam in Gang zu setzen und wissenschaftliche Forschungsarbeit und Unterrichtung zu Fragen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und der internationalen Zusammenarbeit mit Nachdruck zu fördern?
2. Ist die Bundesregierung bereit, auf Mitverfügung über Atomwaffen im Rahmen einer Militärallianz zu verzichten und damit den Weg für einen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen freizugeben?
3. Ist die Bundesregierung zu ersten Abrüstungsschritten bereit, ohne sie von Tauschgeschäften mit politischen Forderungen abhängig zu machen?
4. Wenn in Europa Entspannung vorangetrieben werden soll, die allein Schritte zur Lösung der deutschen Probleme ermöglicht, kann der Weg hierzu nicht auf einer Weltabrüstungskonferenz, sondern nur zwischen den europäischen Staaten unter Hinzuziehung der USA festgelegt werden. Ist die Bundesregierung daher bereit, sich an einer solchen europäischen Sicherheitskonferenz zu beteiligen und eine aktive Friedenspolitik zu ihrer Einberufung zu betreiben?

Die Haltung der Bundesregierung zu diesen Fragen wird entscheiden, ob die Friedensnote der Bundesregierung nur ein Entlastungsmanöver gegen wachsende Isolation in Ost und West, oder eine echte Wende in der deutschen Politik zugunsten einer Versöhnung in Mitteleuropa darstellt.

München, 27. März 1966

1. 4. 66

INFORMATIONEN

Liebe Freunde,

noch wenige Tage sind es bis Ostern und deshalb unsere Bitte an alle, die teilnehmen wollen am Ostermarsch 1966, schicken Sie uns bitte sofort Ihre Teilnehmeranmeldung und die Teilnehmergebühr.

Die Informationen für alle gemeldeten Teilnehmer, d.h. die Abfahrtstellen der Busse, organisatorische und andere Hinweise, genaue Informationen über den Verlauf der Marschstrecke verschicken wir am Sonntag, 3. April 1966, so daß sie am darauffolgenden Montag oder Dienstag bei Ihnen eintreffen.

Wir müssen leider eine Verstärkung der Tendenz feststellen, daß trotz steigender Teilnehmerzahlen bei den Ostermärschen die Zahl der vorher eintreffenden Anmeldungen zurückgeht, was uns von Jahr zu Jahr größere organisatorische Probleme stellt. Deshalb noch einmal sehr dringend: benutzen Sie den Anmeldezettel des beige-fügten Flugblattes, damit wir noch rechtzeitig Ihre Teilnahme beim Ostermarsch 1966 erfahren.

Joan Baez kommt zum Ostermarsch

Joan Baez, Amerikas Folksängerin Nr. 1 wird die prominenteste ausländische Teilnehmerin an den diesjährigen Ostermärschen der Atomwaffengegner sein. Die Sängerin (Zitat: Ich werde mich an allem beteiligen, was den Krieg in Vietnam beendet) wird zwei Tage lang beim Ostermarsch West und am Ostermontag in Frankfurt mitmarschieren.

Joan Baez, eine leidenschaftliche Gegnerin der Vietnam-Politik US-Präsident Johnsons, wird vor den Teilnehmern ihre Protest- und Antikriegssongs singen, die in den amerikanischen Hitparaden erste Plätze belegen. Sie wird außerdem bei einer Veranstaltung "Protest Folksong - Jazz" mitwirken, die der Hessische Ausschuß am Ostermontag abend (Frankfurt, Blumengroßmarkthalle, Dominikanerplatz) durchführt. Zu den bekanntesten deutschen Mitwirkenden dieser Veranstaltung gehören Wolfgang Neuss, Dieter Süverkrüp, Hans Ernst Jäger, Franz Josef Degenhardt, Konrad Reinhold, sowie das Albert-Mangelsdorff-Quintett und die barrel-house-jazzband.

Eintrittskarten zu Preisen zwischen DM 3.-- bis DM 15.-- sind erhältlich an den bekannten Frankfurter Vorverkaufsstellen und beim Ostermarsch 1966 von Gelhausen nach Frankfurt.

Auktion für Abrüstung: 15 000.-- DM

Wir können mit dem Ergebnis der Auktion für Abrüstung zufrieden sein, sie brachte uns DM 15.000.--.

Bei der Auktion waren 300 Interessenten anwesend, die etwa 200 Stücke ersteigerten, darunter eine Lithografie von Pablo Picasso mit dem Titel "Friedens clown", die mit DM 1.600.-- abging. Alle

Werke, die zur Versteigerung gekommen sind, wurden von den Künstlern für diese Auktion gestiftet. Der Reinerlös der Auktion, die unter notarieller Aufsicht stattfand, kommt der Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik zugute.

Nach Schätzung des Auktionators Dr. Richard Hiepe sind Kunstwerke für rd. DM 5.000.-- nicht versteigert. Diese Werke werden wir kurz nach Ostern unseren Anhängern zu Festpreisen anbieten.

Wir brauchen trotzdem Geld!!!

Trotz des guten Ergebnisses der Auktion für Abrüstung und der umfangreichen Spenden, die uns gerade in den letzten 14 Tagen erreichten, möchten wir noch einmal alle, die uns in der letzten kürzeren Zeit nichts gespendet haben und die auch nicht am Ostermarsch 1966 teilnehmen können (so daß die Teilnehmergebühr von DM 20.-- hier entfällt) bitten, jetzt vor Ostern dem Hessischen Ausschuß für seine Arbeit noch eine kräftige "finanzielle Spritze" zu geben. Alle unsere Unternehmungen, mit denen wir in den vergangenen Monaten den Ostermarsch 1966 vorbereitet haben, waren eine große finanzielle Belastung und falls uns das von unseren Anhängern erhoffte Geld nicht erreicht, werden wir nach Ostern vor der schrecklichen Situation einer größeren Schuldenlast stehen. Also der Worte genug: Helfen Sie uns! --.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Vack gez.: Fritz Strass
- Sprecher - - Geschäftsführer -

Nehmen Sie teil am Ostermarsch 1966, von Gelnhausen zum Frankfurter Römerberg!

Sie haben sich entschlossen, am Ostermarsch 1966 teilzunehmen. Melden Sie sich bitte recht bald an, denn frühe Anmeldung erleichtert die Organisation. Der Marsch beginnt mit einer Eröffnungskundgebung am Ostersonntagvormittag in Gelnhausen und führt während der drei Ostertage über Langenselbold, Hanau, Mühlheim, Offenbach durch die Frankfurter Innenstadt zum Römerberg.

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,- (Verpflegung, eventuell Notunterkunft für die Nächte, wenn ihrerseits erforderlich, Busfahrt von Frankfurt nach Gelnhausen, vor allem aber auch Mitfinanzierung der Werbung für die politischen Ziele der Kampagne für Abrüstung.) Sollte Ihnen die Teilnahme nur für eine Teilstrecke möglich sein, bitten wir, wenn irgend möglich, um den gleichen finanziellen Beitrag. Interessenten für eine Teilnahme, die die Teilnehmergebühr nicht ganz bezahlen können, werden gebeten, dies in einem kurzen Brief, der der Anmeldung beizufügen ist, mitzuteilen. „Finanzkräftige Nicht-Teilnehmer“ werden hierzu um finanzielle Patenschaft gebeten.

Nach der Anmeldung gehen den Teilnehmern weitere Informationen zu. Nach Zahlung der Teilnehmergebühr erhalten Sie den Teilnehmerausweis. Die Zahlung der Teilnehmergebühr mit deutlichem Vermerk „Teilnehmergebühr“ (damit wir sie von Spenden unterscheiden können) an das Postscheckkonto PSA Ffm. 576 48, Ostermarsch der Atomwaffengegner, 605 Offenbach oder durch Verrechnungsscheck. Anmeldung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

..... Hier abtrennen

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West. Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1966.

Ich erkläre mich bereit zur Teilnahme am Ostermarsch 1966 von Gelnhausen zum Frankfurter Römerberg. Die Teilnehmergebühr von DM 20,- wird überwiesen.

Samstag Sonntag Montag

Ich kann lediglich am Ostermontag und überweise DM..... Teilnehmergebühr.

Name: _____ Vorname: _____

Beruf: _____ Alter: _____ Tel.: _____

Anschrift: _____

Bitte gut leserlich schreiben!



Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Ausschuß
Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Buchrainweg 161
Postscheckkonto: Ffm. Nr. 576 48 · Druck: Grawo-Druck, Offenbach



Entspannung, Rüstungsstopp, Sicherheit durch Abrüstung.

ED 711-25-193 1. 4. 66

**OSTER-
MARSCH
1966**



Gegen Atomwaffen jeder Nation
Unser Nein zur Bombe
ist ein Ja zur Demokratie
Statt Atomwaffen
Brot für die Welt
Mit der UND für Abrüstung
Keine Atomwaffen
auf deutschem Boden
Mitteleuropa - atomwaffenfrei
Notstand droht
durch Notstandsgesetze
Nur Friede ist Luftschutz
Schluß mit dem Krieg in Vietnam

Ostermarsch der Atomwaffengeegner

Gegen die Politik mit der Bombe
 Gegen den Krieg in Vietnam
 Gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen
 Für Entspannung, für Rüstungsstopp
 Für atomwaffenfreie Zone
 Für Sicherheit durch Abrüstung

Zur Teilnahme rufen u. a. auf:

Carl Amery, Professor Wolfgang Abendroth, Professor Fritz Baade, Professor Ernst Bloch, Walter Dirks, Hans Magnus Enzensberger, Herbert Fallert, Professor Helmut Gollwitzer, Professor Friedrich Heer, Erich Kästner, James Krüss, Richard Münch, Martin Niemöller, Hinrich Oetjen, Philipp Pleß, Olaf Radke, Martin Walser, Gerhard Weber.
 Die Teilnahme empfehlen ferner u. a.:
 Die Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Sozialistische Studentenbund, der Sozialdemokratische Hochschulbund, die Naturfreundejugend.

Am Ostermontag nimmt am Ostermarsch teil:
Joan Baez, Amerikas Folk-Sängerin Nr. 1

Die Demonstrationen am Ostermontag in Frankfurt 14 Ostermärsche in der Bundesrepublik

Von Offenbach: Landesgrenze – Offenbacher Landstraße – Wendelsplatz – Darmstädter Landstraße – Dreieckstraße – Willmerstraße – Wasserweg – Flößerbrücke – Obermainstraße – Ostendstraße – Obermainanlage – Friedberger Anlage – Berger Straße – Spessartstraße – Saalburgallee – Ratsweg – **Ostpark (Mittagsrast)** – Saalburgallee – Am Buchwald – Bornheimer Landwehr – Würzburger Straße – Scheldewaldstraße – Arnburger Straße – Sandweg – Uhrtürmchen – Zell – Fahrgasse – Berliner Straße – Neue Kräme – **Römerberg.**

Von Frankfurt-Höchst: Höchster Markt – Schleiergasse – Albanusstraße – Bolongarostraße – Ludwig-Scribe-Straße – Zuckschwerdtstraße – Kurmainzer Straße – Alt-Gossenheim – Westerbachstraße – Radlitzstraße – Alt-Rödelheim – Auf der Insel – Rödelheimer Landstraße – Breitenbachstraße – Buddestraße – Schloßstraße – **Kurfürstenplatz (Mittagsrast)** – **Kurfürstenstraße** – Leipziger Straße – Bockenheimer Warte – Bockenheimer Landstraße – Opernplatz – Goethestraße – Alte Rothofstraße – Junghofstraße – Roßmarkt – Große Gallusstraße – **Neue Mainzer Straße** – Theaterplatz – Weißfrauenstraße – Bethmannstraße – Pauleplatz – **Römerberg.**

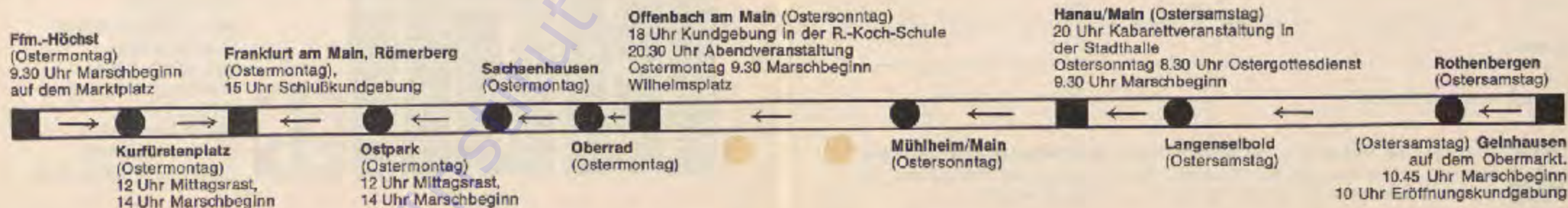


Großkundgebung

Ostermontag, 11. April 1966,
 15.00 Uhr
 Römerberg in Frankfurt

Beim Ostermarsch 1966 sprechen u. a.:
 Philipp Pleß, MdL, Frank Allaun, Fritz Lamm, H. G. Lang,
 Oberkirchenrat Helmut Röbler, Dr. Helga Einsele.

Der Hessische Ostermarsch 1966 von Gelnhausen nach Frankfurt



The Details

Nono Breitenstein

Beat +

Folklore

Samstag, 2. 4. 1966, 20.00 Uhr
Frankfurt/Main, Rathauskasino
(Eintritt DM 3,—, Karten an der Abendkasse)



Kampagne für Abrüstung

Verantwortl.: Odina Bott, Ffm. - Druck: HOSCH GmbH, Ffm.

ED 718-25-194

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner
Frankfurter Ausschuss

p.A. Inge Druschel, 6 Bfm., Johanna-Kirchner Str. 103

Ffm. 24.3.66

30.3.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die Kampagne für Abrüstung - Frankfurter Ausschuss - ver-
anstaltet am

2.4.1966, 20 Uhr im
Frankfurter Rathauskasino

einen Beat-Folkore Abend.

Die bekannte Frankfurter Beat-Band "The Details" hat sich
bereit erklärt, zugunsten der Kampagne zu spielen. Ausserdem
wird Nono Breitenstein einige Folk-Songs vortragen.

Wir haben uns zu dieser Veranstaltung entschlossen, weil wir
glauben, damit viele junge Leute zu erreichen, die wir sonst
nur sehr schwer ansprechen können.

Nun unsere Bitte an Sie: Helfen Sie mit, dass diese Veranstaltung
zu einem Erfolg wird. In der Anlage finden Sie einige Einladungs-
karten. Es wäre sehr schön, wenn Sie diese in Ihrem Bekannten-
kreis weitergeben würden.

Natürlich laden wir Sie auch recht herzlich ein.

In der Hoffnung, Sie und Ihre Freunde am Samstag begrüßen zu
können, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Kampagne für Abrüstung
Frankfurter Ausschuss
i.A. Inge Druschel



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

23.3.66

25.3.66

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Ausstellung im Haus Dornbusch eröffnet

Für den Zentralen Ausschuß und den Hessischen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung eröffnete heute Herbert Faller eine Ausstellung, bei der Gemälde, Grafiken und Plastiken sowie Partituren, Schriften, Schallplatten, Gedichtsmanuskripte, Bücher und Autogramme gezeigt werden, die am Sonntag, 27. März 1966, 9,30 bis 15 Uhr in einer Auktion für Abrüstung zugunsten der Kampagne für Abrüstung versteigert werden. Ausstellung und Auktion stehen unter der Schirmherrschaft von Stefan Andres, Max Bill, Werner Egk, Christian Geissler, Heinz Hilpert, Erich Kästner, Otto Pankok und Martin Walser. Die Ausstellung ist vom 24. - 26. März 1966 täglich von 10 - 19 Uhr geöffnet. Herbert Faller konnte darauf hinweisen, daß u.a. bedeutende Künstler wie HAP Grieshaber, Prof. Willi Geiger, Prof. Fritz Winter, Otto Pankok, Bayerle & Jäger, Pablo Picasso, Max Bill, André Verlon und Frans Masereel durch Spenden aus ihrem Schaffen auf diese Weise zur Finanzierung der Arbeit der Kampagne für Abrüstung beigetragen haben.

Kundgebung gegen den Krieg in Vietnam

Am 25. März 1966, 20 Uhr veranstaltet der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung im Haus Dornbusch, Frankfurt, eine Kundgebung gegen den Krieg in Vietnam. Es sprechen Dr. Carlton Goodlett, USA, Kandidat um den Gouverneursposten in Kalifornien für die Demokratische Partei, Heiner Halberstadt, Frankfurt und Fritz Libuda, Frankfurt. Geoff Illiff aus London singt Protestsongs und Folksongs. Außerdem wird ein Vietnam-Report vorgelesen. Von 18 - 20 Uhr findet im Haus Dornbusch eine Vorversteigerung im Rahmen der Auktion für Abrüstung statt.

Joan Baez beim Ostermarsch

Am hessischen Ostermarsch 1966 von Gelnhausen zum Frankfurter Römerberg (und an dem Ostermarsch in Nordrhein-Westfalen) wird die weltberühmte amerikanische Protestsong-Interpretin Joan Baez teilnehmen. In Frankfurt (am Ostermontagabend) und in Essen werden mit Joan Baez, Wolfgang Neuss, Albert Mangelsdorff, Dieter Süverkrüp, Franz Josef Degenhardt und weiteren Künstlern große Revue-Veranstaltungen stattfinden.

Redner beim Ostermarsch 1966

Beim hessischen Ostermarsch 1966 werden u.a. der SPD-Landtagsabgeordnete Philipp Pleß, der britische Labour-Abgeordnete Frank Allaun und Oberkirchenrat Helmut Rößler als Redner mitwirken. Am Ostersamstag wird im Rahmen einer Ostermarsch-Veranstaltung in Hanau das Münchener Rational Theater auftreten. Die bekannte Beat-Band "The Details" macht in der letzten Woche vor Ostern eine Werbetournee für die Kampagne für Abrüstung und spielt dabei zugunsten der Kampagne für Abrüstung in mehreren hessischen Städten

Offenbach, 23. März 1966 - Vack

25.3.

Institut für Zeitgeschichte

Archiv

1

KUNDGEBUNG

GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM



am 25. März 1966, 20 Uhr

Haus Dornbusch, Frankfurt, Eschersheimer Landstr. 248

Es sprechen: Dr. Carlton Goodlett, USA
 Kandidat um den Gouverneursposten in Kalifornien
 für die Demokratische Partei
Heiner Halberstadt, Frankfurt

Es singt Protest-Songs und Folk-Songs:
Geoff Iliff, London

Außerdem wird ein VIETNAM - REPORT vorgetragen.

Von 18 - 20 Uhr werden zugunsten der Kampagne für Abrüstung
 Kunstwerke moderner Künstler versteigert.

Eintritt frei! Bitte diese Einladung weitergeben und Bekannte und
 Freunde mitbringen.

Veranstalter, verantwortlich für Inhalt und Druck dieser Einladung:
 Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer
 Ausschuß, 605 Offenbach, Buchrainweg 161, Klaus Vack, Offenbach.

KUNDGEBUNG



GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM

am 25. März 1966, 20 Uhr

Haus Dornbusch, Frankfurt, Eschersheimer Landstr. 248

Es sprechen: Dr. Carlton Goodlett, USA

Kandidat um den Gouverneursposten in Kalifornien
für die Demokratische Partei

Heiner Halberstadt, Frankfurt

Es singt Protest-Songs und Folk-Songs:

Geoff Iliff, London

Außerdem wird ein VIETNAM - REPORT vorgetragen.

Von 18 - 20 Uhr werden zugunsten der Kampagne für Abrüstung
Kunstwerke moderner Künstler versteigert.

Eintritt frei! Bitte diese Einladung weitergeben und Bekannte und
Freunde mitbringen.

Veranstalter, verantwortlich für Inhalt und Druck dieser Einladung:
Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer
Ausschuß, 605 Offenbach, Buchrainweg 161, Klaus Vack, Offenbach.
Zweigstelle des Bundesverteidigungsministeriums und des Parteivorstandes der CDU-Deutschld.

ED 7/2 - 25-207

kampagne für abrüstung ostermarsch der atomwaffengegner



pressediens

dieses material steht zu freiem abdruck zur verfügung, um zusendung eines belegexemplars und um quellenangabe wird gebeten.

AUKTION FÜR ABRÜSTUNG

Mit einer AUKTION FÜR ABRÜSTUNG in Frankfurt (Main) will die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner zur Finanzierung ihrer Arbeit beitragen. Die Auktion steht unter der Schirmherrschaft von Stefan Andres, Max Bill, Werner Egk, Christian Geissler, Heinz Hilpert, Erich Kästner, Otto Pankok, Martin Walser. Zur Versteigerung kommen Werke der bildenden Kunst, Originalpartituren, Gedichtmanuskripte, Bücher und Schallplatten mit Widmungen sowie Autogramme im Werte von etwa 30.000.-- DM. Auktionatoren sind Dr. Richard Hiepe, Direktor der Neuen Münchener Galerie und Yeak Karsunke, Chefredakteur der Literaturzeitschrift "Kürbiskern".

An Werken der bildenden Kunst werden etwa 300 Gemälde, Grafiken und Plastiken angeboten u.a. von HAP Grieshaber, Prof. Willi Geiger, Prof. Fritz Winter, Carlo Schelleman, Rudolf Weissauer, Otto Pankok, Bayrl & Jäger, Pablo Picasso, Max Bill, Prof. Friedrich Heckel, André Verlon und Frans Masereel. Außerdem stehen Originalpartituren von Paul Dessau und Hans Werner Henze, Gedichtmanuskripte, Bücher und Schallplatten mit Widmungen von Wolfgang Neuss, Wolf Biermann, Marie Luise Kaschnitz, Prof. Ernst Bloch, Prof. Fritz Baade, Autogramme von J.P. Sartre, Emil Zatopek, Artur Lundquist und anderen zur Versteigerung.

Die Kunstwerke, Partituren, Schriften und Schallplatten sind von den Künstlern oder von den Galerien für diese Auktion gestiftet. Der Reinerlös dieser Auktion, die unter notarieller Aufsicht stattfindet, kommt der Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik zugute.

Wir laden die Damen und Herren der Presse zu der Eröffnung der Ausstellung (im kleinen Rahmen) am Mittwoch, 23. März 1966, 17.30 Uhr und zu der Hauptauktion am Sonntag, 27. 3. 1966, 9.30 - 15 Uhr in das Haus Dornbusch, Frankfurt, Eschersheimer Landstr. 248 recht herzlich ein.

21. 3. 66

herausgegeben von der kampagne für abrüstung - ostermarsch der atomwaffengegner - zentraler aussch. ostermarsch bochum, 20. März 1966
geschäftsstelle: 605 Offenbach main 4, postfach 648, telefon 886051/52, postscheckkonto frankfurt main nr. 6255.
redaktion: christel beilmann und dr. arno klönne, 463 bochum, kettelerstraße 14, telefon 35210.

21. 3. 66

EINLADUNG ZUR VERSTEIGERUNG

ED 718-25-20A

Am Freitag, den 25. April 1958

Abends 8 Uhr im Saal des
Königlichen Hoftheaters
in Bonn

zur Versteigerung von Werken
moderner Künstler

aus dem Nachlass des
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

aus dem Nachlass des
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

aus dem Nachlass des
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Einladung

zur Versteigerung von Werken moderner Künstler

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 719-25-2019

EINLADUNG ZUR III. ÖFFENTLICHEN VERSTEIGERUNG VON WERKEN MODERNER KÜNSTLER ZUGUNSTEN DER KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG

Am Freitag, dem 25. 3. 1966, 18 Uhr (Vorausktion) und am Sonntag, dem 27. 3. 1966, 9.30 - 15 Uhr (Hauptauktion)
im Haus Dornbusch, Frankfurt, Eschersheimer Landstraße 248

Vorbesichtigung der zur Versteigerung gelangenden Werke im Rahmen einer Ausstellung vom 24. 3. - 26. 3. 1966 im Haus Dornbusch; geöffnet von 10 Uhr bis 19 Uhr. Eröffnung der Ausstellung am 23. 3. 1966, 17.30 Uhr.

Schirmherren: Stefan Andres, Max Bill, Werner Egk, Christian Geissler, Heinz Hilpert, Erich Kästner, Otto Pankok, Martin Walsar.

Auktionatoren: Dr. Richard Hiepe, München und Yaak Karsunke, München.

Versteigert und während der Ausstellung zu Festpreisen verkauft werden: 300 Gemälde, Grafiken und Plastiken u. a. von

HAP Grieshaber, Professor Willi Gelger, Professor Fritz Winter, Carlo Schellemann, Rudolf Weissauer, Otto Pankok, Bayrl & Jäger, Pablo Picasso, Max Bill, Professor Erich Heckel, André Verlon, Frans Masereel, Originalpartituren von Paul Dessau und Hans Werner Henze, Gedichtmanuskripte, Bücher und Schallplatten mit Widmungen von Wolfgang Neuss, Wolf Biermann, Marie-Luise Kaschnitz, Professor Ernst Bloch, Professor Fritz Baade, Autogramme von J. P. Sartre, Emil Zatopek, Artur Lundquist und anderen.

Die Kunstwerke, Partituren, Schriften und Schallplatten sind von den Künstlern oder von Galerien für diese Auktion gestiftet. Der Reinerlös dieser Auktion, die unter notarieller Aufsicht stattfindet, kommt der Kampagne für Abrüstung in der BRD zugute.

Alle Anfragen an Kampagne für Abrüstung, 605 Offenbach, Postfach 648, Telefon 88 60 51

21. 3. 66

Bestellliste

EO 748-25-207

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

- | | | | |
|-------|--|----|-------|
| ----- | Extrablatt "Hallo Nachbarn" mit Anmeldezettel zum Ostermarsch von Gelnhausen nach Frankfurt
100 Stück DM 3.-- | DM | ----- |
| ----- | Flugblatt für junge Leute "Ostern auf der Straße?"
100 Stück DM 2.-- | DM | ----- |
| ----- | Flugblatt für Studenten "Sind Ostermarschierer rot? ... oder blau?", 100 Stück DM 2.-- | DM | ----- |
| ----- | Flugblatt für Arbeiter "Hätten wir lieber das Geld vergraben", 100 Stück DM 2.-- | DM | ----- |
| ----- | Flugblatt gegen den Krieg in Vietnam, 100 Stück DM 3.-- | DM | ----- |
| ----- | Buch "Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus" von Fritz Vilmar, DM 9.80 | DM | ----- |
| ----- | Buch "Schluß mit Deutschland" von J.W.Kleifisch DM 3.-- | DM | ----- |
| ----- | Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne Stück DM 2.-- | DM | ----- |
| ----- | Broschüre "Der endlose Krieg", Bericht über Vietnam von Heinz Aboesch, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Broschüre "Wissenschaftliche und wirtschaftliche Aspekte einer Abrüstung" von Dr. Fritz Katz DM 0,50 je Stück | DM | ----- |
| ----- | Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz" von Dr. Božo Manstein, Stück DM 5.80 | DM | ----- |
| ----- | Schallplatte mit Ostermarschliedern (33 1/3 umr) Stück DM 8,50 | DM | ----- |
| ----- | OM-Sonderabzeichen "Ostern 1966", Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Sonderabzeichen aus England "Eastern 1966" Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Abzeichen klein, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | OM-Abzeichen groß, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Skatspiel mit OM-Emblem, Stück DM 4,50 | DM | ----- |
| ----- | Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Autoplakette, selbstklebend, mit OM-Emblem, DM 1.-- | DM | ----- |
| ----- | Briefverschlusssmarken, 5 Bogen = 150 Marken, DM 150 | DM | ----- |

Name: _____

Anschrift: _____

extrablatt

hallo nachbarn

Sie sitzen auf einem Pulverfaß. Wie wir alle. Wüßten Sie das? Mitteleuropa, besonders Deutschland, ist bis zum Rand gefüllt mit modernen Waffen, mit Atomraketen, Atomminen, Atombomben für Starfighter. Man sagt uns, es handele sich nur um kleine, „taktische“ Atomwaffen, sozusagen um eine Weiterentwicklung der Artillerie. Aber das ist Schönfärberei. Schon taktische Atomwaffen haben heute eine größere Sprengwirkung als die Hiroshima-Bombe. Nach einer Mitteilung des US-Verteidigungsministers ist die Explosionskraft der in Europa stationierten Atomwaffen 10.000mal stärker als die der beiden Bomben die 1945 abgeworfen wurden. Wie fühlen Sie sich — inmitten dieses Arsenal?

Unsicher ist unsicher

Unsere Regierung, unsere Parteien sprechen so viel von Sicherheit. Wer möchte nicht Sicherheit? Die Frage ist nur: was ist denn eigentlich sicher? Sicher ist, daß es in einem Atomkrieg keine Sicherheit gibt. Sicher ist, daß der Rüstungswettlauf nur zu leicht in einem atomaren Weltkrieg enden kann. Sicher ist, daß Atombevölkerung, Atomminen und Atomraketen an den Nahtstellen der Machtblöcke die Kriegsführung steigern. Wer nicht über Atomwaffen verfügt, hat gewiß noch keine Garantie gegen atomare Vernichtung im Kriegsfall. Aber sicher ist: Atomar bewaffnetes Gebiet wird im Kriegsfall auch atomar verwüstet. Sicher ist schließlich: Der jährliche Rüstungsausatz der Bundesrepublik ist auf 20 Milliarden DM angewachsen, die geplanten Notstandsgesetze und die geplante atomare Beteiligung würden noch viel mehr Milliarden verschlingen — und dieses Geld fehlt in der Bildungspolitik, beim Straßenbau, bei anderen notwendigen Sozialinvestitionen.

Zum dritten Male isoliert?

Unsere Regierung hat atomaren Ehrgeiz. Sie will, nach eigener Aussage, physischen Mitspracherecht an Atomwaffen. Sie zeigt keine Neigung, einem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen zuzustimmen, wie man ihn jetzt in Genf berät. Manche Regierungspolitiker drohen sogar damit, daß die Bundesrepublik ihren Verzicht auf eigene Produktion von Atomwaffen rückgängig machen könne. Die technischen Voraussetzungen für eine westdeutsche Eigenproduktion von Atomwaffen sind schon gegeben. Was bringt uns diese Politik ein? Mehr Sympathien anderer Länder, — mehr Sicherheit, — bessere Aussichten für die Wiedervereinigung? Nichts von alledem, im Gegenteil: Längst sind auch unsere westlichen Verbündeten höchst mißtrauisch gegenüber den atomaren Machtambitionen der Bundesregierung. Die Bundesrepublik gerät immer mehr in politische Isolation gegenüber Ost und West. Wie vor 1914, wie vor 1939.

Sicherheit in Europa - durch Abrüstung!

Es gibt eine Alternative zu dieser explosiven Mischung von unangebrachten Angebotsgefühlen und illusionären Stärkegefühlen: Politik der Sicherheit durch Abrüstung — auf beiden Seiten und unter internationaler Kontrolle und Garantie. Lesen Sie bitte auf der Rückseite dieses Blattes die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung. Sicherheit in Mitteleuropa und günstige Bedingungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands sind nur denkbar in einem Klima internationaler Entspannung, im Einvernehmen mit West und Ost, bei sicherem Vertrauen



in ein friedfertiges Deutschland. Für eine solche Politik demonstriert der Ostermarsch der Atomwaffengegner. Der Ostermarsch ist parteipolitisch unabhängig, er ist nicht engagiert im Kalten Krieg. Der amerikanische Präsident Kennedy hat einmal gesagt, die Strategie des Friedens habe nur dann Erfolgsaussichten, wenn der fordernde und förderliche Druck der breiten Öffentlichkeit die Politiker zu einer Politik der Vernunft hindränge. Darum geht's beim Ostermarsch. Hallo Nachbarn — Sie können mitmachen!

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
Immer mehr Bürger
sind dabei,
ihr Ziel:
Entspannung,
Rüstungsstopp,
Mitteleuropa
atomwaffenfrei!

Kommen Sie zu den Kundgebungen, prüfen Sie die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung, machen Sie mit beim Ostermarsch 1966

Der hessische Ostermarsch 1966 von Gelnhausen nach Frankfurt

Ffm.-Höchst (Ostermontag) 9.30 Uhr Marschbeginn auf dem Marktplatz	Frankfurt am Main, Römerberg (Ostermontag) 15 Uhr Schlußkundgebung	Sachsenhausen (Ostermontag)	Offenbach am Main (Ostersonntag) 18 Uhr Kundgebung in der R.-Koch-Schule. 20.30 Abendveranst. (Ostermontag) 9.30 Marschbeginn Wilhelmsplatz	Hanau/Main (Ostersamstag) 20 Uhr Kabarettveranstaltung in der Stadthalle (Ostersonntag) 8.30 Ostergottendienst 9.30 Marschbeginn	Rothenbergen (Ostersamstag)
Kurfürstenplatz (Ostermontag) 12 Uhr Mittagsrast, 14 Uhr Marschbeginn	Ostpark (Ostermontag) 12 Uhr Mittagsrast, 14 Uhr Marschbeginn	Oberrad (Ostermontag)	Mühlheim/Main (Ostersonntag)	Langenselbold (Ostersamstag)	Gelnhausen (Ostersamstag) auf dem Obermarkt. 10.45 Uhr Marschbeginn 10 Uhr Eröffnungskundgebung

Sie haben sich entschlossen, am Ostermarsch 1966 teilzunehmen. Melden Sie sich bitte recht bald an, denn frühe Anmeldung erleichtert die Organisation. Der Marsch beginnt mit einer Eröffnungskundgebung am Ostersamstagvormittag in Gelnhausen und führt während der drei Ostersamstage über Langenselbold, Hanau, Mühlheim, Offenbach, durch die Frankfurter Innenstadt zum Römer.

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,— (Verpflegung, eventuell Notunterkunft für die Nächte, wenn ihrerseits erforderlich, Busfahrt von Frankfurt nach Gelnhausen, vor allem aber auch Mitfinanzierung der Werbung für die politischen Ziele der Kampagne für Abrüstung). Sollte Ihnen die Teilnahme nur für eine Teilstrecke möglich sein, bitten wir, wenn irgend möglich, um den gleichen finanziellen Beitrag. Interessenten für eine Teilnahme, die die Teilnehmergebühr nicht ganz bezahlen können, werden gebeten, dies in einem kurzen Brief, der der Anmeldung beizufügen ist, mitzuteilen. „Finanzkräftige Nicht-Teilnehmer“ werden hierzu um finanzielle Patenschaft gebeten.

Nach der Anmeldung gehen den Teilnehmern weitere Informationen zu. Nach Zahlung der Teilnehmergebühr erhalten Sie den Teilnehmerausweis. Die Zahlung der Teilnehmergebühr mit deutlichem Vermerk „Teilnehmergebühr“ (damit wir sie von Spenden unterscheiden können) an das Postscheckkonto PSA Ffm. 576 48, Ostermarsch der Atomwaffengegner, 605 Offenbach oder durch Verrechnungsscheck. Anmeldung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

Wenn Sie sich noch nicht entschließen können, am Ostermarsch teilzunehmen, aber laufend Material über die Kampagne für Abrüstung wünschen, benutzen Sie bitte ebenfalls nebenstehenden Abschnitt.

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West. Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1966.

Ich erkläre mich bereit zur Teilnahme am Ostermarsch 1966 von Gelnhausen zum Frankfurter Römer. Die Teilnehmergebühr von DM 20,— wird überwiesen.

Samstag Sonntag Montag

Ich kann 1966 nicht teilnehmen, bitte aber um ständige Zusendung von Material.

Name: _____ Vorname: _____

Beruf: _____ Alter: _____ Tel: _____

Anschrift: _____

Bitte gut leserlich schreiben!



Aufruf zum Ostermarsch 1966 Gegen Atomwaffen · für Abrüstung

Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende setzen, sonst setzt der Krieg der Menschheit ein Ende.

Quer durch die politischen Systeme wird heute anerkannt, daß Abrüstung erreicht werden muß, wenn die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit ausgeschaltet werden soll. Wissenschaftler und Politiker, die Versammlung der Vereinten Nationen, der Weltkirchenrat und die internationale Gewerkschaftsbewegung mahnen zu einer Haltung, die auch Papst Paul VI. vor der UNO ausgesprochen hat: „Niemals mehr Krieg! Es ist der Friede, der das Schicksal der Völker und der Menschheit bestimmen muß!“

Für eine solche Politik tritt die Kampagne mit den Ostermärschen 1966 ein. Die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung lauten:

VERTRAG GEGEN DIE WEITERVERBREITUNG VON ATOMWAFFEN

- Die Bundesrepublik soll den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht länger durch ihre Forderung nach atomarer Verfügungsgewalt blockieren.

STOPP DER RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN

- Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen erklären.

- Die Kernwaffenbestände im Gebiet dieser Länder sollen nicht weiter vermehrt werden.
- Die Rüstungsetats dieser Länder sollen nicht weiter gesteigert werden.

HERABSETZUNG DER RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN — ATOMWAFFENFREIE ZONE

- Die Rüstungsetats in den vier Ländern sollen stufenweise verringert werden.
- Die Bundesrepublik Deutschland, Polen, die CSSR und die DDR sollen den Verzicht auf die Lagerung fremder Atomwaffen erklären und die Bildung einer international kontrollierten atomwaffenfreien Zone einleiten.
- Eine europäische Sicherheitskonferenz soll einberufen werden.

MITARBEIT AN DER STRATEGIE DES FRIEDENS — FORSCHUNG UND ERZIEHUNG FÜR ABRÜSTUNG

- Die Bundesrepublik soll die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ausbauen, um die Entspannung in Europa voranzutreiben.
- Die Bundesrepublik soll alle Vorschläge unterstützen, die auf die Erweiterung des atomaren Teststopp-Abkommens, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinzielen.
- Die Bundesrepublik soll das Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung Instandsetzen, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich vorzubereiten. Der Deutsche Bundestag soll einen Ausschuß für Abrüstungsfragen bilden.
- Die Bundesrepublik soll Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit fördern und solche Themen zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung machen.

Wer es gut meint mit Deutschland, tritt für eine Politik der Entspannung und Abrüstung ein. Wer der Sache der Abrüstung zustimmt, sollte die Kampagne für Abrüstung zu seiner Sache machen. Wir bitten unsere Mitbürger ● Prüfen Sie die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung ● Sorgen Sie für eine Diskussion über einen Beitrag der Bundesrepublik zur Abrüstung ● Arbeiten Sie mit in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist ● Nehmen Sie teil an den Ostermärschen 1966.

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Ostermarsch der Atomwaffengegner

Sie rufen auf

Schriftsteller und Künstler, Wissenschaftler und Theologen haben die Bürger der Bundesrepublik zur Teilnahme an den Ostermärschen der Atomwaffengegner 1966 aufgerufen.

Zu den Unterzeichnern des Aufrufes zum Ostermarsch 1966 gehören u. a.: Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Prof. Dr. h. c. Fritz Baade, Prof. Dr. Ernst Bloch, Hedwig Born, Walter Dirks, Dr. Hans Magnus Enzensberger, Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Dr. Dr. h. c. Werner-Otto von Henflig, Prof. Dr. Walter Jens, Dr. Erich Kästner, Dr. Heinz Kloppeburg DD, James Krüss, Richard Münch, D. Martin Niemöller DD., Hans A. Nikol, Dr. Fritz J. Raddatz, Dr. Martin Walsar, Prof. D. Ernst Friedrich Wolf, Gerhard Weber, Inge Aichers-Scholl, Carl Amery, Prof. Dr. Max Bense, Günter Eich, Herbert Faller, Prof. Johannes Harder, Prof. Dr. Friedrich Heer, Prof. Ernst Niekisch, Gösta von Uexküll.

Dem Aufruf zum Ostermarsch 1966 haben sich die folgenden sozialdemokratischen Abgeordneten des Hessischen Landtages angeschlossen: Nora Platiel, Philipp Pleß, Olaf Radke, Heinrich Weiß, Liesel Winkelsträter, Willi Zinnkann, Wilhelm Rehbein, Ludwig Wedel, Willy Wild, Eitel Höhne.

Zu den Unterzeichnern des Aufrufes zum Ostermarsch 1966 gehören bekannte Gewerkschafter, darunter: Georg Benz, Max Melzer, Wilhelm Drechsler, Heinz Brandt, Oskar Herzog, Lothar Ploihner, Arno Schwarting, Oskar Rudolf, Rudi Müller, Heinz Raspini, Hinrich Oetjen, Jochen Riechert, Borthold Kiekbusch (Gewerkschaftssekretär), Jochen Müller, Adolph Kummers, Leonhard Mahlein.

Worum es geht

In der Friedenszyklika *Pacem in terris* vom Papst Johannes XXIII.:

„... Deshalb fordern Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Rücklicht auf die Menschenvorbedingung, daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört; daß ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vernichtet werden; daß Atomwaffen verboten werden, und daß endlich alle auf Grund von Vereinbarungen zu einer entsprechenden Abrüstung mit wirksamer Kontrolle gelangen.“

Aus dem Godesberger Grundsatzprogramm der SPD:

„... Die Sozialdemokratische Partei fordert die völkerrechtliche Achtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt. Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch verwenden. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen.“

Philipp Pleß, MdL (SPD):

„Die stufenweise Verminderung der Rüstungsausgaben in allen Ländern ist die dringende und rationale Forderung unserer Zeit. Noch vielmehr friedliebende Menschen müssen sich für dieses Programm einsetzen, das die in unserer Weltlage einzige Basis der Verständigung darstellt.“

6. Bundesjugendkonferenz des DGB (München, November 1965)

„... begrüßt jede demokratische Initiative, welche die Öffentlichkeit auf die bedrohliche weltpolitische Lage aufmerksam macht.“

Darüber hinaus glauben wir weiter, daß es Zeit ist, daß sich jeder Bundesbürger an Aktionen demokratischer Bewegungen beteiligt. Die Delegierten sehen in der „Ostermarsch — Kampagne für Abrüstung“ eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes.“

8. Gewerkschaftstag der IG Metall, Bremen 1965

„Der Plan, an der Zonengrenze oder anderswo Sperrgürtel aus Atomminen zu errichten, darf nicht verwirklicht werden.“

Die militärische Vorbereitung auf einen Atomkrieg ist kein Mittel zur Verhinderung des Krieges und zum Überleben, sondern ist Vorbereitung zum Selbstmord. Die Ereignisse der letzten Jahre, die Kuba-Krise ebenso wie der Krieg in Vietnam, haben immer wieder die Gefahr einer allgemeinen Katastrophe heraufbeschworen. Der Frieden der Welt kann nur erhalten und die Gefahr atomarer Zerstörung nur dann gebannt werden, wenn alle Kräfte- und Spannungsherde beseitigt und keine Atomwaffen mehr hergestellt, weitergegeben und benutzt werden.“

Bundeskongreß des DGB, Hannover 1963

„Die Bundesregierung und der Bundestag haben die Verantwortung und die Verpflichtung, mit größter Aktivität und durch geeignete Maßnahmen für die Erhaltung des Friedens und für die Einstellung des Wettlaufens in der Welt einzutreten. Der Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Der Bundeskongreß wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Fortsetzung des Wettlaufens in Ost und West der zersplitterten Welt...“

14 Ostermärsche in der Bundesrepublik



21.3.66

RUNDBRIEF

ED 748-25-204

Liebe Freunde,

die Vorbereitungen zum Ostermarsch 1966 erreichen nun ihren Höhepunkt. An vielen Orten in Hessen fanden bereits Demonstrationen, Veranstaltungen, Straßenausstellungen und Flugblattaktionen statt. Die Zustimmung zu den politischen Forderungen der Kampagne und dem Ostermarsch 1966 wächst ständig.

Inzwischen unterstützen mit ihrem Namen etwa 5 000 Männer und Frauen, die bedeutende und einflußreiche Funktionen im politischen, kulturellen, sozialen, religiösen und geistigen Leben der Bundesrepublik ausüben, den Aufruf zum Ostermarsch 1966, darunter 439 Pfarrer und prominente Vertreter der evangelischen Kirche, 767 Gewerkschaftssekretäre, Betriebsräte, gewerkschaftliche Vertrauensleute, 101 Politiker auf Bundes- und Landesebene sowie aus den Kommunen, 161 Schriftsteller, Verleger und Publizisten, 176 Professoren und wissenschaftliche Assistenten, 443 Pädagogen, 179 Mediziner, 72 Juristen, 117 Fabrikanten, Industrielle und Selbständige sowie 217 Schauspieler, Komponisten, Kabarettisten und bildende Künstler. In Hessen haben u.a. auch elf SPD-Landtagsabgeordnete den Aufruf zum Ostermarsch 1966 unterschrieben.

KUNDGEBUNG GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM

Unsere südhessischen Freunde möchten wir besonders auf die Kundgebung gegen den Krieg in Vietnam am Freitag, 25. März 1966 hinweisen. Die Einladungen sind beigelegt. Wir meinen, daß es außerordentlich wichtig ist, daß die letzte größere Kundgebung vor Ostern gut besucht ist. Bitte nehmen Sie teil und gewinnen Sie weitere Teilnehmer.

AUKTION FÜR ABRÜSTUNG

Die Einladung für die "Auktion für Abrüstung" und für die Ausstellung hierzu finden Sie beigelegt. Diese Auktion ist eine einmalige wichtige finanzielle Einnahmequelle für den Hessischen Ausschuß und jeder muß zum Gelingen beitragen. Nicht nur teure Werke werden versteigert, sondern auch viele Grafiken, Lithografien, Bücher und Schallplatten zu zivilen Preisen, für jeden erschwinglich. Bitte werben Sie für diese Auktion unter politisch Gleichgesinnten, aber auch bei Kunst-, Musik- und Literaturinteressenten.

WIR BRAUCHEN GELD!

Sehr viel Geld sogar! Wir bitten deshalb wieder einmal dringend: Überweisen Sie uns Ihre Spende. Ob der Ostermarsch mit seinen Veranstaltungen noch mehr als im letzten Jahr in das Bewußtsein vieler Menschen kommt, hängt entscheidend von der Werbung ab, die wir betreiben. Gerade diese Werbung ist das teuerste. Bezahlen Sie auch die früher zugeschickten Fördererbons, - wenn noch nicht geschehen. Vielen herzlichen Dank.

21. 3. 66

KUNDGEBUNG

GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM



am 25. März 1966, 20 Uhr

Haus Lornbusch, Frankfurt, Eschersheimer Landstr. 248

Es sprechen: Dr. Carlton Goodlett, USA

Kandidat um den Gouverneursposten in Kalifornien
für die Demokratische Partei

Heiner Halberstadt, Frankfurt

Es singt Protest-Songs und Folk-Songs:

Geoff Iliff, London

Außerdem wird ein VIETNAM - REPORT vorgetragen.

Von 18 - 20 Uhr werden zugunsten der Kampagne für Abrüstung
Kunstwerke moderner Künstler versteigert.

Eintritt frei! Bitte diese Einladung weitergeben und Bekannte und
Freunde mitbringen.

Veranstalter, verantwortlich für Inhalt und Druck dieser Einladung:
Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer
Ausschuß, 605 Offenbach, Buchrainweg 161, Klaus Vack, Offenbach.

21. 3. 66

EINLADUNG ZUR III. ÖFFENTLICHEN VERSTEIGERUNG VON WERKEN MODERNER KÜNSTLER
ZUGUNSTEN DER KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG ED 718-25-206

Am Freitag, dem 25. 3. 1966, 18 Uhr (Vorauktion) und am Sonntag, dem 27. 3. 1966, 9.30 - 15 Uhr (Hauptauktion)
im Haus Dornbusch, Frankfurt, Eschersheimer Landstraße 248

Vorbesichtigung der zur Versteigerung gelangenden Werke im Rahmen einer Ausstellung vom 24. 3. - 26. 3. 1966 im Haus Dornbusch; geöffnet von 10 Uhr bis 19 Uhr. Eröffnung der Ausstellung am 23. 3. 1966, 17.30 Uhr.

Schirmherren: Stefan Andres, Max Bill, Werner Egk, Christian Geissler, Heinz Hilpert, Erich Kästner, Otto Pankok, Martin Walser.

Auktionatoren: Dr. Richard Hiepe, München und Yaak Karsunke, München.

Versteigert und während der Ausstellung zu Festpreisen verkauft werden: 300 Gemälde, Grafiken und Plastiken u. a. von

HAP Grieshaber, Professor Willi Geiger, Professor Fritz Winter, Carlo Schellemann, Rudolf Weissauer, Otto Pankok, Bayrl & Jäger, Pablo Picasso, Max Bill, Professor Erich Heckel, André Verlon, Frans Masereel, Originalpartituren von Paul Dessau und Hans Werner Henze, Gedichtmanuskripte, Bücher und Schallplatten mit Widmungen von Wolfgang Neuss, Wolf Biermann, Marlo-Luise Kaschnitz, Professor Ernst Bloch, Professor Fritz Baade, Autogramme von J. P. Sartre, Emil Zatopek, Artur Lundquist und anderen.

Die Kunstwerke, Partituren, Schriften und Schallplatten sind von den Künstlern oder von Galerien für diese Auktion gestiftet. Der Reinerlös dieser Auktion, die unter notarieller Aufsicht stattfindet, kommt der Kampagne für Abrüstung in der BRD zugute.

Alle Anfragen an Kampagne für Abrüstung, 805 Offenbach, Postfach 648, Telefon 88 60 51

zur Versteigerung von Werken moderner Künstler

Einladung

Um dem Kunstinteressenten einen Überblick zu vermitteln über die Kunstwerke, die zur Versteigerung kommen sollen, geben wir folgende kleine Auswahl bekannt:

Walter Arnold, Mädchen mit Blumen, Farblitho; Heinrich Baudisch, Abstrakter Handdruck, Bayrl & Jäger, Castor und Pollux, Farblitho, Liberté, Egalité, Fraternité, Farblitho; Max Bill, Farblitho; Eva Deneke-Görth, Stehende, Bronze; Otto Dix, Der Fischer und das Kind, Farblitho, handsigniert; Hanno Edelmann, Freundinnen, Litho, An der Alster, Litho; Otto Gefers, Björnefeld, Aquarell; HAP Grieshaber, Das Rad, Farbholzschnitt; Volkmar Gross, Narrenschiff, Radierung; Alexander Harder-Kasahn, Zu Dostojewski, Aquarell; Otto Herbig, Das rote Äffchen, Farblitho; Wilhelm Hüsgen, 2 Knieende, Bronze-Relief; Fritz Lang, 2 rote Aras, Farblitho; Doro Meyer-Vax, Mutter Courage, Holzschnitt; Frans Masereel, L'enfant, Holzschnitt; Otto Niemeyer-Holstein, Rügener Landschaft, Farblitho; Otto Pankok, Engel in Angst, Holzschnitt auf Büttchen, handsigniert, Probedruck; Karl Plattner, Johannes XXIII. auf dem Totenbett, Farblitho; Karl Reidel, Gruppe, Bronze; Herbert Sandberg, Brecht-Mappe mit 6 handsignierten Original-Radierungen; Willi Sitte, Zwei Harlekine, Aquarell; Carlo Schellemann, Wolf Biermann singt das Lied vom Friedensclown, Litho; Eberhard Schlotter, Stilleben, Radierung; Robert Wolfgang Schnell, Hier wird hoher Zoll erhoben, Ölbild; Christa Schnitzler, Figur, Bronze; Knut Schnurer, Pieta, Farblitho; Peter Stefan,

Griechischer Hafen, Litho; Hans-Peter Sturm, Abstraktes Ölbild; André Verlon, L'habitation, Farblitho; Manfred Vosz, Alter Turm, Farbradierung; Rudolf Weissauer, Pflanzliche Komposition, Litho; Fritz Winter, Öl- und Wachszeichnung; Fritz Wotruba, Abstrakte Formen, Radierung.

Neben dieser Auswahl stehen insgesamt über 300 Gemälde, Grafiken und Plastiken zur Versteigerung und darüber hinaus Originalpartituren, Gedichtsmanuskripte, Bücher und Schallplatten mit Widmungen sowie Autogramme, worüber wir aus Platzmangel an dieser Stelle keine Information geben können. Die Ausstellung vor der Auktion wird dem Interessenten jedoch einen umfangreichen Einblick gewähren.

Veranstalter und verantwortlich für diese Einladung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Telefon 88 60 51, Post-scheck-Ffm. 62 55, Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach Nr. 740 833.

Druck: Druckerei Alfred W. Dunker, 6 Frankfurt am Main, Lange Straße 31, Telefon 28 25 64

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

einladung

D I S K U S S I O N S - M E E T I N G

3. 3. 66

am Samstag, 5. März 1966, 15,30 - 18 Uhr
Rudolf Koch Schule, 605 Offenbach, Schloßstr. 50.

3. 3. 66

Themen und Referenten:

Der endlose Krieg - Bericht über Vietnam
Heinz Aboesch, Köln

Zum Stand der Genfer Abrüstungskonferenz
Dr. Rolf Hinder, Bellnhausen

Die politische Funktion der Ostermärsche 1966
Heiner Halberstadt, Frankfurt.

Anschließend werden die Referate im Beisein der Referenten in drei
Arbeitsgemeinschaften diskutiert.

Wir bitten alle Interessenten um Teilnahme und hoffen, daß Sie
weitere Freunde mitbringen.

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach, Buchrainweg 161



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

21.2.66

25.2.66

Liebe Freunde,

am kommenden Donnerstag (24. Febr. 1966) veranstalten sechs Frankfurter Studentenverbände eine Demonstration gegen den Krieg in Vietnam. Es sind dies folgende Verbände: Humanistische Studentenunion (HSU), Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB), Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft (GAG), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Liberaler Studentenbund (LSB) und Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS).

Die Kampagne für Abrüstung ist an dieser Demonstration nicht beteiligt; wir möchten jedoch unsere Anhänger in Frankfurt und Umgebung auf diese zum gegenwärtigen Zeitpunkt wichtige Aktion aufmerksam machen.

Die Demonstration beginnt um 17,30 Uhr mit einer Kundgebung am Opernplatz und führt durch folgende Straßen: Große Bockenheimer Straße - Kallbächer Gasse - Rathenau Platz - Goethe Platz - Große Gallusstraße - Neue Mainzer Straße - Weißfrauenstraße - Bethmannstraße - Paulsplatz.

Der Demonstration schließt sich eine Kundgebung auf dem Platz vor der Paulskirche gegen 18,45 Uhr an, bei der Kurt Steinhaus, wissenschaftl. Assistent aus Marburg sprechen wird.

Die Demonstration wendet sich - im Rahmen der Verfassung - gegen den Krieg in Vietnam und insbesondere gegen eine mögliche deutsche Beteiligung. Zum Abschluß wird eine Resolution der sechs Frankfurter Studentenverbände verlesen. Die genannten Verbände werden sich dabei der Intellektuellen-Resolution "Erklärung über den Krieg in Vietnam" anschließen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des SDS wird bei der Kundgebung zu den jüngsten Vorgängen im Zusammenhang mit der amerikanischen Vietnampolitik Stellung nehmen, insbesondere zu den Demonstrationen der Berliner Studenten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Vack gez.: Fritz Strass

4. 2. 66

INFORMATIONEN

ED 318-25-209

Liebe Freunde,

mit Auftaktveranstaltungen in Mannheim (2000 Teilnehmer) und Oberhausen (2500 Teilnehmer) hat die Kampagne für Abrüstung am 23. Januar die Vorbereitungen für die Ostermärsche 1966 begonnen. Bei den Kundgebungen sprachen u.a.: Philipp Pleß, Mitglied des hessischen Landtags, Prof. Johannes Harder, Helmut Schauer (Bundesvorsitzender des SDS), Prof. Heinz-Joachim Heydorn und die britischen Labourabgeordneten Stanley Orme und Konny Ziliacus. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen stand die Forderung, die Bundesregierung dürfe den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht länger durch ihr Bestreben nach atomarer Mitverfügung blockieren. Von den Veranstaltungen aus wurden in diesem Sinne Briefe an die 18 Delegationen der Genfer Abrüstungskonferenz gerichtet und u.a. angekündigt, daß eine fachkundige Delegation der Kampagne bei der Genfer Abrüstungskonferenz vorsprechen wird.

Von Gelnhausen zum Frankfurter Römer

In diesem Jahr werden in der Bundesrepublik 10 Ostermärsche der Kampagne für Abrüstung stattfinden. Es muß unser Ziel sein, diese Märsche und vor allem die großen Abschlußkundgebungen "größer, besser und politischer" zu machen.

Der hessische Ostermarsch beginnt am Ostersamstag in Gelnhausen und führt über Hanau (Samstag/Sonntag) und Offenbach (Sonntag/Montag) zum Frankfurter Römerberg, wo am Ostermontag um 15 Uhr die Abschlußkundgebung stattfindet. Am Montag ist neben dem Marsch von Offenbach ein weiterer Marsch von Ffm.-Höchst zum Römerberg geplant.

Ausführliche organisatorische und sonstige Informationen über den hessischen Ostermarsch erhalten Sie, wenn uns Ihre Teilnehmeranmeldung vorliegt oder - falls Sie Ihre Teilnahme von der Beantwortung besonderer Fragen abhängig machen - auf Ihre Anfrage. In den letzten Wochen erreichen uns sehr viele Anfragen von politischen Anhängern, die sich bisher nicht an den Ostermärschen beteiligt haben und in diesem Jahr das erste Mal dabei sein wollen. Es sind in der Regel Schüler (der Höheren Schulen) sowie junge Arbeiter und Angestellte, die sich durch die für viele von uns schon fast traditionelle Demonstrationsform der Ostermärsche angesprochen fühlen.

Man kann vorausschauend feststellen: Wenn die "alten Ostermärsche" des "Marschierens" noch nicht müde sind und dem Ostermarsch 1966 die "Treue" halten, ist eine Steigerung der Teilnehmerzahl auch in diesem Jahr zu erwarten.

Natüergemäß wird es auch bei dem diesjährigen Ostermarsch wieder sehr viele politische Anhänger der Abrüstung geben, die aus vielen Gründen nicht den ganzen Ostermarsch mitmachen können. Deshalb muß neben der Werbung für eine Teilnahme am Ostermarsch der zweite Schwerpunkt unserer Anstrengungen auf den letzten Tag, wo wir durch Frankfurt demonstrieren, und auf die Schlußkundgebung auf dem Römerberg konzentriert werden.

Unsere Finanzverhältnisse

Wir können nicht dringend genug zum Ausdruck bringen, wie sehr uns Geld fehlt. Jetzt vor Ostern, wo wir mit unseren Veranstaltungen Flugblättern, Plakaten, Zeitungsanzeigen etc. eine große Zahl Menschen erreichen wollen, - jetzt wo wir durch die politische Entwicklung in Deutschland zu verstärkter Aktivität gefordert sind, - jetzt brauchen wir (vielleicht zum xten-Mal) auch wieder Ihre finanzielle Unterstützung.

Wir bitten Sie alle, die beigefügten Fördererbons (Gesamtwert DM 10.--) zu übernehmen, an Bekannte, Verwandte etc. weiterzuverkaufen und recht bald an die Kasse des Hessischen Ausschusses zu bezahlen.

Bitte glauben Sie uns, - immer dann, wenn wir dringende Spendaufrufe von uns geben, stolpern die Tasten der Schreibmaschine durcheinander, weil wir bereits Komplexe darüber bekommen, daß uns nichts besseres einfällt als das alte Bettellied. Vielleicht jedoch können die folgenden Angaben dieses "alte Bettellied" nachdrücklich unterstützen:

- Um dieses heutige (bestimmt notwendige) Informations-Rundschreiben zu finanzieren, müßten wir erwarten, daß jeder von Ihnen DM 0,30 spendet;
- Um allein die Saalmiete für eine große Veranstaltung zu finanzieren, müßten wir erwarten, daß jeder von Ihnen DM 0,50 spendet;
- Um lediglich entlang der Ostermarschstrecke 1966 eine Woche mit Plakaten zu werben, müßten wir erwarten, daß jeder von Ihnen DM 0,80 spendet;
- Um unsere politischen Forderungen durch eine Großanzeige - wie vor 14 Tagen in einer überregionalen hessischen Zeitung geschehen - bekannt zu machen, müßten wir erwarten, daß jeder von Ihnen DM 1,00 spendet;
- Um 100 000 Flugblätter - nur ein Bruchteil dessen, was wir brauchen - drucken zu können, müßten wir erwarten, daß jeder von Ihnen DM 1,40 spendet.

Um also lediglich das eben Aufgezählte zu verwirklichen, müßten wir erwarten, daß jeder von Ihnen DM 4.00 spendet, - und nun müßten wir berücksichtigen, daß das oben Geschilderte ja lediglich ein Teil dessen ist, was an politischen und damit auch finanziellen Anforderungen auf uns zukommt.

Wir bitten deshalb, die beigefügten Fördererbons nur dann zurückzuschicken, wenn sich beim besten Willen niemand finden läßt, an den Sie diese Bons weiterverkaufen können und wenn sich auch in Ihrem Geldbeutel keine entsprechende Spende für unsere Kasse ermitteln läßt.

Um Verzeihung bitten wir dafür, daß wir auch in den kommenden Monaten nicht Ruhe geben werden, auf unsere finanziellen Probleme hinzuweisen, so wie wir nicht Ruhe geben dürfen, unsere wichtige politische Arbeit zu verbessern und zu intensivieren.

Trotz anliegender Zahlkarte verweisen wir auf unser Postscheckkonto FSA Ffm. Nr. 57648 und auf unser Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Otterbach, Nr. 740 294.

Erste Vorankündigung

Wir sind zur Zeit dabei, Unterschriften für den Aufruf zum Ostermarsch 1966 zu sammeln. Es scheint zu gelingen, vor allem örtlich und in hessischen Bereich, die Zahl bekannter und bedeutender Unterzeichner zu steigern. Wir werden in einem späteren Rundschreiben

ausführlich über die Ergebnisse informieren. Wenn Sie beim Sammeln wichtiger Unterschriften mithelfen wollen, dann lassen Sie es bitte den Hessischen Ausschuss wissen.

Der Örtliche Ausschuss Wiesbaden weist auf eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung hin, am 8.2.1966, 20 Uhr im Evangelischen Jugendzentrum Wiesbaden, Fritz-Kalle-Str. 40, bei der Horst Symanowski (Vietnam und das Problem der Abrüstung) und Jochen Müller (Gewerkschaften und Notstandsgesetze) sprechen.

Der Örtliche Ausschuss Mainz lädt zu einem Informationsabend über den Krieg in Vietnam ein am 9.2.1966, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus Mainz, Kaiserstr. 26 - 30.

Am 5. März 1966 (nachmittags) veranstaltet der Hessische Ausschuss in Frankfurt oder Offenbach ein Diskussions-Meeting über verschiedene Themen unseres politischen Programms und über den Ostermarsch 1966.

Am 6. März 1966 findet in Frankfurt eine "Auktion für Abrüstung" statt; bei der zugunsten der Kampagne Bilder, Plastiken, signierte Bücher, Notenblätter oder Schallplatten etc. versteigert werden. Eine Ausstellung vor allem der Bilder und Plastiken wird von 4. - 6. März gezeigt.

Am 19. März 1966 wird in Frankfurt eine Großkundgebung sein, die der Hessische Ausschuss veranstaltet und zu der wir die Teilnahme unserer Anhänger nicht nur aus Frankfurt, sondern aus der näheren und weiteren Umgebung erwarten.

Nähere Informationen, die die heutigen Vorankündigungen ergänzen, geben wir Ihnen Mitte Februar.

Wichtig für die Teilnehmer der Vietnam-Demonstration im März 1965

Im Anschluß an die Demonstration der Kampagne für Abrüstung gegen den Krieg in Vietnam am 27. März 1965 in Frankfurt wurde Herr Klaus Arons in der Goethestraße (kurz vor Opernplatz und Große Bockenheimer Straße) von der Polizei festgenommen und im Mannschaftswagen abtransportiert; anderen Personen wurden lediglich Plakate abgenommen. Gegen Klaus Arons wurde Strafantrag wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung erhoben. Die erste Verhandlung gegen Klaus Arons am 6.1.1966 wurde vertagt, da die Staatsanwaltschaft noch weitere Zeugen berufen will. Der Prozess wurde nun auf den 7. Februar 1966 verlegt und findet um 10.30 Uhr im Amtsgericht (Schöffengericht) Frankfurt, Heiligkreuzgasse 34 (Nähe Konstablerwache) Bau A, 1. Geschöß, Saal 164 statt. Klaus Arons bemüht sich bereits seit längerer Zeit um Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben bzw. zu der entsprechenden Zeit in der Goethestraße anwesend waren. Bisher hatte er damit wenig Erfolg; so daß seine Position vor Gericht unsicher ist. Es ist deshalb außerordentlich wichtig, daß sich Zeugen sofort bei Klaus Arons, 6 Frankfurt, Beethovenplatz 4 melden. Klaus Arons ist 1,75 cm groß, schlank, braunhaarig und Brillenträger. An diesem Tag trug er einen hellbraunen Mantel mit Kapuze. Er spricht deutsch mit amerikanischem Akzent.

Stellungnahme des Zentralen Ausschusses

Der Zentrale Ausschuss der Kampagne entschied sich in seiner Sitzung am 29./30.1.1966 einmütig für gleichlautende Briefe an das Zentralkomitee der SED und an die Redaktion "Neues Deutschland", in denen es heißt:

Zwei Vorfälle veranlassen uns, Ihnen zu schreiben:

1. Im Zusammenhang mit der Diskussion über Kulturpolitik in der DDR ist von Vertretern der Regierungspolitik der DDR behauptet worden, der Schriftsteller Wolf Biermann sei "den humanistischen und friedliebenden Kräften in der Bundesrepublik in den Rücken gefallen."

2. Im gleichen Zusammenhang ist vom "Neues Deutschland" behauptet worden, der "antifaschistische Schutzwall der DDR" sei "Voraussetzung dafür, daß in der Bundesrepublik noch Ostermärsche stattfinden können."

Beide Behauptungen sind unzutreffend:

1. Wolf Biermann ist Ostern 1965 als Mitwirkender bei einer Veranstaltung der Kampagne für Abrüstung aufgetreten. Die Kampagne ist ein Bündnis von Bürgern unterschiedlicher politischer Orientierung, die sich auf ein gemeinsames Konzept der Abrüstungs- und Entspannungspolitik geeinigt haben. Biermann bekannte sich bei seinem Auftreten in der Bundesrepublik als Kommunist; er bekannte sich zugleich - und das ist der Maßstab der Kampagne - als Anhänger einer friedlichen, auf Entspannung und Abrüstung gerichteten Politik. Es kann kein Zweifel daran sein, daß Biermann an keiner Stelle und zu keinem Zeitpunkt einen anderen Standpunkt in dieser Sache eingenommen hat. Es ist deshalb falsch und diffamierend, wenn behauptet wird, Biermann falle den friedliebenden Kräften in der Bundesrepublik "in den Rücken." Eine derartige Argumentation kann objektiv nur dahin führen, Ansätze zu einem sachlichen Verhältnis zur DDR gerade in der jüngeren Generation der Bundesrepublik zu stören und damit zugleich Chancen der Entspannungspolitik zu blockieren.

2. Wir halten es für grotesk, ein Ergebnis des kalten Krieges und unterlassener Entspannungspolitik zur Voraussetzung der Arbeitsmöglichkeit der Kampagne für Abrüstung zu erklären. In Wahrheit stützt sich die Tätigkeit der Kampagne für Abrüstung auf die bestehende Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und auf die Inanspruchnahme demokratischer Rechte durch Bürger der Bundesrepublik.

Der Krieg in Vietnam

Der Zentrale Ausschuss legte fest, daß in der nächsten Ausgabe der "Informationen zur Abrüstung" das 14-Punkte-Programm der US-Regierung zum Krieg in Vietnam kritisch untersucht wird. Zum Krieg in Vietnam gab der Zentrale Ausschuss folgende Erklärung ab:

Es mehren sich die Anzeichen, daß die deutsche Bundesregierung, teils den Forderungen der US-Regierung, teils offenbar eigenen Ambitionen folgend, sich an der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam beteiligen will. Wenn auch zunächst nur von "zivilen Bautrupps" und einem "Lazarettsschiff" die Rede ist, so geht es doch laut Aussage des Regierungssprechers vom 12.1.1966 darum, "den Abwehrkampf gegen die kommunistische Aggression in Asien zu unterstützen." Damit bekundet die Bundesregierung erneut ihre Übereinstimmung mit der Politik und Kriegsführung der US-Regierung in Vietnam.

Die Kampagne für Abrüstung sieht darin die Gefahr einer Ausweitung dieses Krieges und fordert im Gegensatz zu dieser Politik: Verhandlungen mit allen beteiligten Mächten - einschließlich der südvietnamesischen Befreiungsfront - auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954, um ein schnelles Ende des Krieges zu erreichen.

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

ED 718-25-211
Bestellliste

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

- Aufruf zum Ostermarsch 1966 mit Anmeldezettel zum Ostermarsch von Gelnhausen nach Frankfurt, 100 Stück DM 5.-- DM
- Aufruf zum Ostermarsch 1966 mit Vordruck zum Unterzeichnen, 100 Stück DM 6.-- DM
- allgemeines Informationsflugblatt "Wer steht hinter diesem Zeichen?", 100 Stück DM 5.-- DM
- Aufklärungszeitschrift "Informationen über die Kampagne" Stück DM 0,50 DM
- Buch "Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus" von Fritz Vilmar, DM 9,80 DM
- Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne Stück DM 2.-- DM
- Broschüre "Der endlose Krieg", Bericht über Vietnam von Heinz Abesch, Stück DM 1.-- DM
- Buch "Schluß mit Deutschland?" von J.W.Klefisch, Sonderpreis DM 3.-- DM
- Broschüre "Wissenschaftliche und wirtschaftliche Aspekte einer Abrüstung" von Dr. Fritz Katz Stück DM 0,50 DM
- Taschenbuch "Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz" von Dr. Bodo Manstein, Stück DM 4,80 DM
- Schallplatte mit Ostermarschliedern (33 1/3 upm) Stück DM 8,50 DM
- OM-Abzeichen klein, Stück DM 1.-- DM
- OM-Abzeichen groß, Stück DM 1.-- DM
- Skatenspiel mit OM-Emblem, Stück DM 4,50 DM
- Dr. eckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.-- DM
- Autoplakette (selbstklebend) mit OM-Emblem Stück DM 1.-- DM
- Briefverschlußmarken, 5 Bogen 3 150 Marken, DM 1,50 DM
- Fördererbons zur Unterstützung der Kampagne mit Fördererbeiträgen in Höhe von DM 2.-- (für 6 Wochen in Kommission) DM

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift

Nehmen Sie teil am Ostermarsch 1966, von Gelnhausen zum Frankfurter Römer!

Sie haben sich entschlossen, am Ostermarsch 1966 teilzunehmen. Melden Sie sich bitte recht bald an, denn frühe Anmeldung erleichtert die Organisation. Der Marsch beginnt mit einer Eröffnungskundgebung am Ostersonntagvormittag in Gelnhausen und führt während der drei Ostertage über Langenselbold, Hanau, Mülheim, Offenbach, durch die Frankfurter Innenstadt zum Römer.

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,— (Verpflegung, eventuell Notunterkunft für die Nächte, wenn ihrerseits erforderlich, Busfahrt von Frankfurt nach Gelnhausen, vor allem aber auch Mitfinanzierung der Werbung für die politischen Ziele der Kampagne für Abrüstung). Sollte Ihnen die Teilnahme nur für eine Teilstrecke möglich sein, bitten wir, wenn irgend möglich, um den gleichen finanziellen Beitrag. Interessenten für eine Teilnahme, die die Teilnehmergebühr nicht ganz bezahlen können, werden gebeten, dies in einem kurzen Brief, der der Anmeldung beizufügen ist, mitzutellen. „Finanzkräftige Nicht-Teilnehmer“ werden hierzu um finanzielle Patenschaft gebeten.

Nach der Anmeldung gehen den Teilnehmern weitere Informationen zu. Nach Zahlung der Teilnehmergebühr erhalten Sie den Teilnehmerausweis. Die Zahlung der Teilnehmergebühr mit deutlichem Vermerk „Teilnehmergebühr“ (damit wir sie von Spenden unterscheiden können) an das Postscheckkonto PSA Ffm. 57648, Ostermarsch der Atomwaffengegner, 605 Offenbach oder durch Verrachungsscheck. Anmeldung: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

Wenn Sie sich noch nicht entschließen können, am Ostermarsch teilzunehmen, aber laufend Material über die Kampagne für Abrüstung wünschen, benutzen Sie bitte ebenfalls untenstehenden Abschnitt.

Hier abtrennen

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West. Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1966.

Ich erkläre mich bereit zur Teilnahme am Ostermarsch 1966 von Gelnhausen zum Frankfurter Römer. Die Teilnehmergebühr von DM 20,— wird überwiesen.

Samstag Sonntag Montag

Ich kann 1966 nicht teilnehmen, bitte aber um ständige Zusendung von Material.

Name: _____ Vorname: _____

Beruf: _____ Alter: _____ Tel: _____

Anschrift: _____

Bitte gut leserlich schreiben!



Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hess. Aussch.
Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Buchrainweg 16
Postscheckkonto: Ffm. Nr. 57648 · Druck: Hosch GmbH, Frankfurt am Main

Aufruf zum Ostermarsch 1966

Ostermarsch 1966



Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende setzen, sonst setzt der Krieg der Menschheit ein Ende. Krieg in Vietnam, Krieg um Kaschmir, Kriegsgefahren in anderen Teilen der Welt erinnern an die Wahrheit dieses Satzes.

Quer durch die politischen Systeme wird heute anerkannt, daß Abrüstung erreicht werden muß, wenn die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit ausgeschaltet werden soll. Wissenschaftler und Politiker, die Versammlung der Vereinten Nationen, der Weltkirchenrat und die internationale Gewerkschaftsbewegung mahnen zu einer Haltung, die auch Papst Paul VI. vor der UNO ausgesprochen hat: „Niemals mehr Krieg! Es ist der Friede, der das Schicksal der Völker und der Menschheit bestimmen muß!“

Dennoch geht der Rüstungswettlauf weiter. Neue Mächte streben nach Besitz oder Verfügungsgewalt über atomare Vernichtungswaffen. In allen industrialisierten Nationen wird ein hoher An-

teil der Volkseinkommen für den Rüstungssektor verbraucht und damit sozialen und kulturellen Aufgaben entzogen.

Die Steigerung der Rüstung und die Einbeziehung in atomare Waffensysteme schaffen gerade in jenen Gebieten erhöhte Kriegsgefahr, die an den Nahtstellen unterschiedlicher politischer Systeme, an den Berührungspunkten der Machtblöcke liegen. Der Krieg in Vietnam zeigt, welche Folgen eine Politik militärischer Stärke in Gebieten politischer Spannungen hat.

Angesichts dessen wird heute, wiederum quer durch die politischen Systeme, immer dringlicher die Forderung gestellt, in begrenzten Räumen Sicherheit durch Rüstungsbeschränkung und Rüstungsabbau zu schaffen. Regionale Rüstungsbeschränkung kann Wege zur politischen Lösung bestehender Konflikte ebnen und Möglichkeiten einer allgemeinen und weltweiten Abrüstung eröffnen, ohne dieser oder jener Seite einseitige Vorteile zu verschaffen.

Dies trifft insbesondere für Mitteleuropa und für Deutschland zu. Hier liegt einer der Krisenherde der Weltpolitik, in denen der Rüstungswettlauf zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Ein Krieg in Mitteleuropa wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Die Vernunft gebietet gerade uns Deutschen eine Politik der friedlichen Lösungen, des Verhandels, der Sicherheit durch Abrüstung. Die Regierung der Bundesrepublik hingegen hat bisher weder eigene Initiativen zur Abrüstung entwickelt, noch Abrüstungsvorschläge, die von Politikern aus Ost und West für Mitteleuropa vorgelegt wurden, auch nur zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht. In unverantwortlicher Weise wurde von den führenden Politikern der Bundesrepublik jede ernsthafte Bemühung um eine europäische Sicherheitspolitik unterlassen. Stattdessen wurde in der Bundesrepublik eine Politik betrieben, die auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut. Führende Politiker der Regierungspartei haben damit gedroht, daß die Bundesrepublik ihren Verzicht auf eigene Produktion von Atomwaffen wieder rückgängig machen könnte. Diese Politik hat Fortschritte der internationalen Rüstungsbeschränkung blockiert, so etwa ein Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen; sie hat zugleich die Kriegsgefahr in Mitteleuropa gesteigert. Wir können uns mit dieser Entwicklung nicht abfinden. Wir stimmen dem Deutschen Gewerkschaftsbund, kirchlichen, anderen gesellschaftlichen Gruppen und jenen deutschen Politikern zu, die fordern, daß die Bundesregierung eigene Schritte für eine Politik der Abrüstung unternimmt. Die Kampagne für Abrüstung hat mit ihrem Sofortprogramm für Sicherheit durch Abrüstung "Mitteleuropa" beschrieben, wie die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik den verhängnisvollen Weg des Rüstungswettlaufs verlassen könnten. Für eine solche Politik tritt die Kampagne mit den Ostermärschen 1966 ein.

Die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung lauten:

Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen

- Die Bundesrepublik soll den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht länger durch ihre Forderung nach atomarer Verfügungsgewalt blockieren.

Stopp der Rüstung auf beiden Seiten

- Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen erklären.
- Die Kernwaffenbestände im Gebiet dieser Länder sollen nicht weiter vermehrt werden.
- Die Rüstungsetats dieser Länder sollen nicht weiter gesteigert werden.

Herabsetzung der Rüstung auf beiden Seiten — Atomwaffenfreie Zone

- Die Rüstungsetats in den vier Ländern sollen stufenweise verringert werden.
- Die Bundesrepublik Deutschland, Polen, die CSSR und die DDR sollen den Verzicht auf die Lagerung fremder Atomwaffen erklären und die Bildung einer international kontrollierten atomwaffenfreien Zone einleiten.
- Eine europäische Sicherheitskonferenz soll einberufen werden.

Mitarbeit an der Strategie des Friedens — Forschung und Erziehung für Abrüstung

- Die Bundesrepublik soll die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ausbauen, um die Entspannung in Europa voranzutreiben.

- Die Bundesrepublik soll alle Vorschläge unterstützen, die auf die Erweiterung des Atomaren Teststopp-Abkommens, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinielen.
- Die Bundesrepublik soll das Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung inandersetzen, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich vorbereiten. Der Deutsche Bundestag soll einen Ausschuß für Abrüstungsfragen bilden.
- Die Bundesrepublik soll Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit fördern und solche Themen zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung machen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich international für die Einstellung der Kampfhandlungen in Vietnam auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954 einzusetzen und keine Hilfe für den Krieg in Vietnam zu gewähren.

Mit diesen Vorschlägen der Kampagne für Abrüstung ist eine realistische Alternative zur bisherigen Politik der Bundesregierung beschrieben. Diese Politik der Sicherheit durch Abrüstung ist zugleich ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie und eine Alternative zu jener Militarisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in den Notstandsgesetzen Ausdruck findet. Es liegt im Interesse der Demokratie, zusätzliche Notstandsgesetze zu vermeiden und die bereits beschlossenen Notstandsgesetze wieder rückgängig zu machen.

Wer es gut meint mit Deutschland, tritt für eine Politik der Entspannung und Abrüstung ein. Wer der Sache der Abrüstung zustimmt, sollte die Kampagne für Abrüstung zu seiner Sache machen. Wir bitten unsere Mitbürger:

- Prüfen Sie die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung.
- Sorgen Sie für eine Diskussion über einen Beitrag der Bundesrepublik zur Abrüstung.
- Arbeiten Sie mit in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist.
- Nehmen Sie teil an den Ostermärschen 1966.

Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner —

Dem Aufruf zum Ostermarsch 1966 haben sich bisher u. a. folgende Persönlichkeiten angeschlossen: Prof. Fritz Baede (SPD-Bundestagsabgeordneter von 1949—1965), Prof. Ernst Bloch, Hedwig Born, Walter Dirks, Hans Magnus Enzensberger, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Walter Jens, Alma Kettig (SPD-Bundestagsabgeordnete von 1953—1965), James Krüss, Chefarzt Dr. Bodo Manstein, Richard Münch, D. Martin Niemöller, Dr. Martin Walser; die Schriftsteller und Journalisten Inge Aicher-Scholl, Ilse Aichinger, Carl Amery, Dr. Günter Anders, Siegfried Einstein, Günter Eich, Christian Geissler, Max von der Grün, Wolfgang Hildesheimer, Walter Kolbenhoff, Hans Erich Nossack, Stefan Reiser, Ursula Rütt, Alexander Spoerl, Paul Schallück, Gösta von Uexküll, Günther Weisenborn; die Gewerkschafter und Sozialdemokraten Georg Benz, Walter Buckpesch, Prof. Theodor Glass, Max Melzer, Jochen Müller, Rudi Müller, Hinrich Oetjen, Philipp Pleß (Landtagsabgeordneter), Heinz Raspini, Hans Peter Vogt, Liesel Winkelsträter (Landtagsabgeordnete); die Professoren Wolfgang Abendroth, Ossip K. Flechtheim, Johannes Harder, Gustav Heckmann, Friedrich Heer, Heinz-Joachim Heydorn, Alfred von Martin, Heinz Maus, Anton Neuhäusler, Ernst Niekisch, Renate Rlameck, Hans Rhojfelder, Hans Joachim Zeuner; die Künstler Elisabeth Bergner (Schauspielerin), Heinz von Cramer (Regisseur), Prof. Gerhard Gollwitzer (Maler), Henry Hermann Gowa (Maler), Trude Hesterberg (Schauspielerin und Sängerin), Prof. der Musik Johannes Kaän, Prof. Wilhelm Kempff (Konzertpianist), Frans Masereel (Maler), Prof. Carsten Colpe, Prof. Hans Conzelmann, Prof. Martin Fischer, Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg, Prof. Walter Kreck, Pfarrer Horst Symanowski, Prof. Ernst Friedrich Wolf; ferner Landesjugendpfarrer Eitel; Gerhard Gebauer (Präsident des Landessozialgerichts Niedersachsen); Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig; Pardon-Verleger Hans A. Nickel; Verlagsleiter Dr. Fritz J. Raddatz; Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Kurt Sprenger; Helmut Schauer, Bundesvorsitzender des SDS; CVJM-Sekretär Gerhard Weber.

el“

hickt

dieser „Dreh- und Wende“ dieser Wunden, wie Funkentelefonate, sind allzu deutlich. Denn den Jugendlichen, die über die freie Zeit im Lande sich zu haben, sind im vergangenen Jahr Bundes-

überbeschäftigt, diese potentiellen Fachkräfte einleuchten. In den Ländern, in denen die Jugend ist, sind aber in der Regel gesund und über die Arbeit beherrscht, hat

Tropica

ein 78-jähriger Mann, der schon zum ersten Mal nach Tropicland

mit Hilfe seiner Mitarbeiter Sachverständigenarbeiten mit den Institutionen, die die „richtigen Mann“ sind, durchgeführt. Die Beobachter der

er von Frankmann bei der anderen europäischen Posten der Hohen Versammlung und ihm, dem derzeit verabschiedeten, an der Straße 38-40, Repräsentanten New York, die sich auf den Entscheidungs- und Abschluss des Vertragsangebot annehmlich nach dem Pass der Vernehmlich-dich“.

den Wirkungsbereich einer Flugmaschine den sehnlich auch hochbetragten Blumen besichtigen Experten im Bundesamt. Es wird, daß der heimatischen Experten für die Entwicklung verfügbar. GOT FELSCH



DIE ANNA-SCHMIDT-SCHULE konnte zu ihrem achtzigjährigen Bestehen am Mittwoch den neuen Verbindungstrakt zwischen den Schulgebäuden am Gärtnerweg und in der Fellnerstraße seiner Bestimmung übergeben. Er beherbergt die sehr gelungene Kombination von Bibliothek und Gemeinschaftsraum, einerseits und im Erdgeschoß die Räume für die naturwissenschaftlichen Fächer (unser Bild). Geplant ist außerdem, hier die Räume für „Programmiertes Lernen“ einzurichten. Oberschulrat Dr. Szymichowski als Vertreter der Schulaufsichtsbehörde sprach seine Anerkennung

darüber aus, daß in diesem neuen Schultrakt die notwendigen Räume für Physik und Chemie endlich den richtigen Platz gefunden haben, und zum anderen weise die großzügige Ausgestaltung des Bibliotheksrums aus, daß in dieser Schule das Musische nicht zu kurz komme. Zuvor hatte Direktor Dr. Paul Scheid die Gäste begrüßt und die Aufbauarbeit dieser Privatschule, die seit einem Jahr auch Jungen bis zum Abitur führt, als pädagogische Pionierleistung gewürdigt. Die Festrede über „lern- und verhaltenspsychologische Aspekte des Unterrichts“ hielt Professor Dr. Werner Corell. (18/Fr-Bild: Winsler)

27.1.66

Wieder drei Tage Ostermarsch

„Es gibt in der SPD zu wenig Sozialisten“

Der diesjährige Ostermarsch findet wieder über drei Tage (von Ostersonntag, dem 9. April, bis Ostermontag, den 11. April) statt. Der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengeegner — hat festgelegt, daß der traditionelle Marsch in Gelnhausen beginnt und von dort über Hanau und Offenbach nach Frankfurt führt, wo auch diesmal wieder die Schlußkundgebung stattfindet.

Die Veranstalter propagieren ein Alternativenprogramm gegenüber der Politik der Bundesregierung. Es hat beiderseitigen Rüstungsstopp und Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zum Inhalt. Im Februar und März wollen die örtlichen Ausschüsse und der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung mit verschiedenen

Demonstrationen und Kundgebungen in mehreren hessischen Städten für ihre Sache werben. So ist für Frankfurt eine öffentliche Großkundgebung etwa drei Wochen vor Ostern geplant.

Der Hessische Ausschuß, der Klaus Vack als Sprecher und Fritz Straas als Geschäftsführer bestellte, hatte eine halbe Woche den britischen Unterhausabgeordneten Stanley Orme zu Gast. Orme, der dem äußersten linken Flügel der Labour Party angehört, erklärte in Frankfurt, die deutschen Sozialdemokraten würden von ihrer Parteiführung verraten. Im „Club Voltaire“ kritisierte der Abgeordnete: „Es gibt in der SPD zu wenig Sozialisten. Die Parteiführung ist bürgerlich. Die Mitglieder werden verraten.“ FRUPI

Betrüger verhaftet

Kriminalbeamte nahmen am Dienstag in Frankfurt einen 29 Jahre alten Schweizer fest, den die Staatsanwaltschaft Zürich eines Betruges in Höhe von 850 000 Schweizer Franken beschuldigt. Einen Fluchtversuch des Beschuldigten konnten die Polizisten vereiteln.

bedürfen die einheimischen „Kriminalitätsbelastungsziffer“ herunterdrückt, sind unter den Gastrarbeitern sehr rar.

namen auf dem letzten Zeit angenommen haben. Das alles sind Dinge, die Mannheims Polizeipräsident bedacht hat. Sein Plan sieht je-

Schäufenschein des Politikers für so geheim, daß die Fans erst eine halbe Stunde vor der Trauung davon erfahren,

Schäufenschein des Politikers für so geheim, daß die Fans erst eine halbe Stunde vor der Trauung davon erfahren,

Nachrichten. ANZEIGE!

Gerät die Bundesrepublik durch atomaren Statusehrgeiz in Isolierung gegenüber Ost und West? Was bedeutet Erhards Satz vom „Ende der Nachkriegszeit“ — eine westdeutsche Atomwaffenzeit, Notstandszeit, neue Vorkriegszeit? Die Kampagne für Abrüstung schlägt eine andere Politik vor:

AUFRUF ZUM OSTERMARSCH 1966

Veröffentlicht bei den Auftaktveranstaltungen der Kampagne für Abrüstung am 23. Januar 1966 in Mannheim und Oberhausen.

Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende setzen, sonst setzt der Krieg der Menschheit ein Ende. Krieg in Vietnam, Krieg um Kaschmir, Kriegsgefahren in anderen Teilen der Welt erinnern an die Wahrheit dieses Satzes.
Quer durch die politischen Systeme wird heute anerkannt, daß Abrüstung erreicht werden muß, wenn die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit ausgeschaltet werden soll. Wissenschaftler und Politiker, die Versammlung der Vereinten Nationen, der Weltkirchenrat und die internationale Gewerkschaftsbewegung mahnen zu einer Haltung, die auch Papst Paul VI. vor der UNO ausgesprochen hat: „Niemals mehr Krieg! Es ist der Friede, der das Schicksal der Völker und der Menschheit bestimmen muß!“
Dennoch geht der Rüstungswettlauf weiter. Neue Mächte streben nach Besitz oder Verfügungsgewalt über atomare Vernichtungswaffen. In allen industrialisierten Nationen wird ein hoher Anteil der Volkseinkommen für den Rüstungsetat verbraucht und damit sozialen und kulturellen Aufgaben entzogen.
Die Steigerung der Rüstung und die Einbeziehung in atomare Waffensysteme schaffen gerade in jenen Gebieten erhöhte Kriegsgefahr, die an den Nahostteilen unterschiedlicher politischer Systeme, an den Berührungspunkten der Machtblöcke liegen. Der Krieg in Vietnam zeigt, welche Folgen eine Politik militärischer Stärke in Gebieten politischer Spannungen hat.
Angesichts dessen wird heute, wiederum quer durch die politischen Systeme, immer dringlicher die Forderung gestellt, in begrenzten Räumen Sicherheit durch Rüstungsbeschränkung und Rü-

stungsabbau zu schaffen. Regionale Rüstungsbeschränkung kann Wege zur politischen Lösung bestehender Konflikte ebnen und Möglichkeiten einer allgemeinen und weltweiten Abrüstung eröffnen, ohne dieser oder jener Seite einseitige Vorteile zu verschaffen.
Dies trifft insbesondere für Mitteleuropa und für Deutschland zu. Hier liegt einer der Krisenherde der Weltpolitik, in denen der Rüstungswettlauf zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Ein Krieg in Mitteleuropa wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Die Vernunft gebietet gerade uns Deutschen eine Politik der friedlichen Lösungen, des Verhandels, der Sicherheit durch Abrüstung. Die Regierung der Bundesrepublik hingegen hat bisher weder eigene Initiativen zur Abrüstung entwickelt, noch Abrüstungsvorschläge, die von Politikern aus Ost und West für Mitteleuropa vorgelegt wurden, auch nur zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht. In unverantwortlicher Weise wurde von den führenden Politikern der Bundesrepublik jede ernsthafte Bemühung um eine europäische Sicherheitspolitik unterlassen. Statt dessen wurde in der Bundesrepublik eine Politik betrieben, die auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut. Führende Politiker der Regierungspartei haben damit gedroht, daß die Bundesrepublik ihren Verzicht auf eigene Produktion von Atomwaffen wieder rückgängig machen könnte. Diese Politik hat Fortschritte der internationalen Rüstungsbeschränkung blockiert, so etwa ein Abkommen gegen die Weiterver-

breitung von Atomwaffen; sie hat zugleich die Kriegsgefahr in Mitteleuropa gesteigert.
Wir können uns mit dieser Entwicklung nicht abfinden. Wir stimmen dem Deutschen Gewerkschaftsbund, kirchlichen, anderen gesellschaftlichen Gruppen und jenen deutschen Politikern zu, die fordern, daß die Bundesregierung eigene Schritte für eine Politik der Abrüstung unternimmt. Die Kampagne für Abrüstung hat mit ihrem „Sofortprogramm für Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa“ beschrieben, wie die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik den verhängnisvollen Weg des Rüstungswettlaufs verlassen könnten. Für eine solche Politik tritt die Kampagne mit den Ostermärschen 1966 ein. Die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung lauten:
Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen
● Die Bundesrepublik soll den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht länger durch ihre Forderung nach atomarer Verfügungsgewalt blockieren.
Stopp der Rüstung auf beiden Seiten
● Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen erklären.
● Die Kernwaffenbestände im Gebiet dieser Länder sollen nicht weiter vermehrt werden.
● Die Rüstungsetats dieser Länder sollen nicht weiter gesteigert werden.

Herabsetzung der Rüstung auf beiden Seiten — Atomwaffenfreie Zone
● Die Rüstungsetats in den vier Ländern sollen stufenweise verringert werden.
● Die Bundesrepublik Deutschland, Polen, die CSSR und die DDR sollen den Verzicht auf die Lagerung fremder Atomwaffen erklären und die Bildung einer international kontrollierten atomwaffenfreien Zone einleiten.
● Eine europäische Sicherheitskonferenz soll einberufen werden.
Mitarbeit an der Strategie des Friedens — Forschung und Erziehung für Abrüstung
● Die Bundesrepublik soll die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ausbauen, um die Entspannung in Europa voranzutreiben.
● Die Bundesrepublik soll alle Vorschläge unterstützen, die auf die Erweiterung des atomaren Teststopp-Abkommens, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinführen.
● Die Bundesrepublik soll das Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung in den osteuropäischen Staaten ausbauen, um die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich vorzubereiten. Der Deutsche Bundestag soll einen Ausschuss für Abrüstungsfragen bilden.
● Die Bundesrepublik soll Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit fördern und solche Themen zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung machen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich international für die Einstellung der Kampfhandlungen in Vietnam auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954 einzusetzen und keine Hilfe für den Krieg in Vietnam zu gewähren.
Mit diesen Vorschlägen der Kampagne für Abrüstung ist eine realistische Alternative zur bisherigen Politik der Bundesregierung beschrieben. Diese Politik der Sicherheit durch Abrüstung ist zugleich ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie und eine Alternative zu jener Militarisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in den Notstandsgesetzen Ausdruck findet. Es liegt im Interesse der Demokratie, zusätzliche Notstandsgesetze zu vermeiden und die bereits beschlossenen Notstandsgesetze wieder rückgängig zu machen.
Wer es gut meint mit Deutschland, tritt für eine Politik der Entspannung und Abrüstung ein. Wer der Sache der Abrüstung zustimmt, sollte die Kampagne für Abrüstung zu seiner Sache machen. Wir bitten unsere Mitbürger:
● Prüfen Sie die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung.
● Sorgen Sie für eine Diskussion über einen Beitrag der Bundesrepublik zur Abrüstung.
● Arbeiten Sie mit in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist.
● Nehmen Sie teil an den Ostermärschen 1966.
Kampagne für Abrüstung
— Ostermarsch der Atomwaffengegner —
Zentraler Ausschuss
405 Offenbach 4 · Postfach 648

Dem Aufruf zum Ostermarsch 1966 haben sich bisher u. a. folgende Persönlichkeiten angeschlossen:

- Prof. Fritz Baade (SPD-Bundestagsabgeordneter von 1949-1965), Prof. Ernst Bloch, Hedwig Born, Walter Dirks, Hans Magnus Enzensberger, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Walter Jens, Alma Kettig (SPD-Bundestagsabgeordnete von 1953-1965), James Krüss, Chefarzt Dr. Bodo Manstein, Richard Münch, D. Martin Niemöller, Dr. Martin Walsby, die Schriftsteller und Journalisten Inge Aicher-Schöll, Ilse Aichinger, Carl Amery, Dr. Günter Anders, Siegfried Einstein, Günter Eich, Christian Geißler, Max von der Grün, Wolfgang Hildesheimer, Walter Kolbenhoff, Susanne Leonhard, Hans Erich Nossack, Stefan Reiser, Ursula Rütt, Alexander Spoerl, Paul Schallück, Gösta von Uexküll, Gunter Weisenborn; die Gewerkschafter oder Sozialdemokraten Georg Benz, Leonhard, Hans Erich Nossack, Stefan Reiser, Ursula Rütt, Alexander Spoerl, Paul Schallück, Gösta von Uexküll, Gunter Weisenborn; die Professoren Wolfgang Abendroth, Eduard Brenner, Georg Burckhardt, Ossip K. Flechtman, Gerhard von Frankenberg und Ludwigsdorf, Johannes Harder, Gustav Heckmann, Friedrich Heer, Heinz-Joachim Heydorn, Alfred von Martin, Heinz Maus, Anton Neuhäusler, Ernst Niekisch, Hans Plieninger, Harald Rosch, Renote Riemek, Hans Rheinfelder, Carl Saller, Hans-Joachim Zeuner; die Künstler Elisabeth Bergner (Schauspielerin), Heinz von Cramer (Regisseur), Frans Masereel (Maler), Prof. Otto Pankok (Maler), André Verlon (Maler), Prof. Gerhard Saller, Hans-Joachim Zeuner; die Theologen Prof. Corsten Colpe, Prof. Hans Conzelmann, Prof. Martin Fischer, Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg, Prof. Walter Kreck, Pfarrer Horst Symonowski, Wendland (Maler); die Theologen Prof. Corsten Colpe, Prof. Hans Conzelmann, Prof. Martin Fischer, Prof. Ernst Friedrich Wolf; ferner Landesjugendpfarrer Fritz Eitel, Gerhard Gebauer, Präsident des Landessozialgerichts Niedersachsen; Botschafter a. D. Dr. Werner-Otto von Hentig; Landesjugendpastor Theodor Immer; Dr. Armin Prinz zur Lippe; Pardon-Verleger Hans A. Nikel; Verlagsleiter Dr. Fritz J. Raddatz; Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Kurt Sprenger; Helmut Schauer, Bundesvorsitzender des SDS; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl; CVJM-Sekretär Gerhard Weber.

Schreiben Sie uns bitte, wenn Sie weitere Informationen wünschen. Schreiben Sie uns auch, wenn Sie diesen Aufruf und die Kampagne für Abrüstung unterstützen möchten.



extrablatt

23. Januar Oberhausen

Die Kampagne für
Abrüstung stellt sich
und ihre Politik vor



hallo nachbar

Anmeldung bei:

**Verband der Kriegsdienstverweigerer e.V.
Gruppe Köln, 5 Köln, Rosenstr. 19-22**

Wir sind wieder wer — sagt unsere Regierung. Da kann man ihr zustimmen. Seit 1945 ist in unserem Lande viel geleistet worden. Und was einer erreicht hat, das will er auch halten, das soll gesichert sein. Wie schnell der Ertrag aller Arbeit aufs Spiel gesetzt werden kann, wie leicht Millionen von Menschen ihre Existenz und ihr Leben verlieren können, das haben wir in Deutschland zweimal in diesem Jahrhundert erlebt. Es ging jedes Mal auf dieselbe Weise los: Rüstung, Rüstung und nochmals Rüstung. Deutschland, so hieß es zweimal, dürfe keine „Nation zweiter Klasse“ sein. Und deshalb bescherten unsere Regierungen uns eine erstklassige Rüstung. Die Kriege folgten prompt. Den Kriegen folgte die Not der Nachkriegszeit.

Und nun sagt unsere Regierung, die Nachkriegszeit sei zu Ende. Schön. Aber was weiter? Unsere Regierung fordert „militärische Gleichberechtigung“, sie will die Rolle einer militärischen Großmacht spielen, sie will Verfügung über atomare Waffen, sie bereitet weitere Notstandsgesetze vor.

Was also bedeutet der Satz, daß die Nachkriegszeit zu Ende sei? Deutsche Atomwaffenzeit? Notstandszeit? Eine neue Vorkriegszeit?

Sonntag, 23. Januar
14.30 Uhr
Stadthalle Oberhausen
Aufruf zum
Ostermarsch 1966

**Für Entspannung
Für Rüstungsstopp
Für Sicherheit durch Ab-
rüstung sprechen u. a.:**
**Heinz Kloppenburg
(Oberkirchenrat)**
**Professor
Heinz Joachim Heydorn**
**Helmut Schauer
(Bundsvors. des SDS)**

**Es singen:
Dieter Süverkrüp
Fasia Janssen**

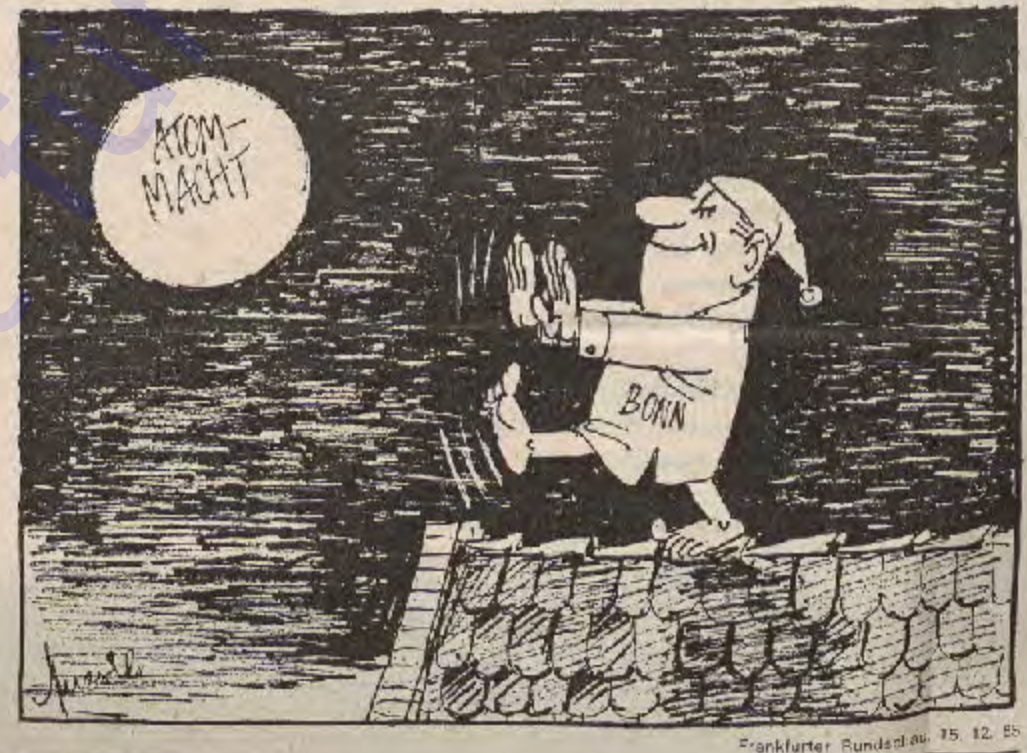
Sicher
ist sicher
sicher.
Aber was
ist sicher?

Bei den letzten Bundestagswahlen haben die Parteien sämtlich das Wort „Sicherheit“ großgeschrieben und auf ihre Plakate gesetzt. Wer möchte nicht Sicherheit? Die Frage ist, was ist denn eigentlich sicher?

Sicher ist, beispielsweise, daß es in einem Atomkrieg keine Sicherheit gibt. Sicher ist ferner, daß der Rüstungswettlauf nur zu leicht im atomaren Weltkrieg enden kann. Sicher ist auch, daß Atombewaffnung, Atomminen und Atomraketen an den Nahtstellen der Machtblöcke die Kriegsgefahr steigern. Wie sieht es in dieser Sache bei uns aus?

Ein Krieg in Mitteleuropa wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Die Vernunft gebietet gerade uns Deutschen eine Politik der friedlichen Lösungen, des Verhandels der Sicherheit durch Abrüstung. Die Regierung der Bundesrepublik hingegen hat bisher weder eigene Initiativen zur Abrüstung entwickelt, noch Abrüstungsvorschläge, die von Politikern aus Ost und West für Mitteleuropa vorgelegt wurden, auch nur zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht. In unverantwortlicher Weise wurde von den führenden Politikern der Bundesrepublik jede ernsthafte Bemühung um eine europäische Sicherheitspolitik unterlassen. Stattdessen wurde in der Bundesrepublik eine Politik betrieben, die auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen zielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut. Führende Politiker der Regierungspartei haben damit gedroht, daß die Bundesrepublik ihren Verzicht auf eigene Produktion von Atomwaffen wieder rückgängig machen konnte. Diese Politik hat Fortschritte

Lohnstopp
Preissteigerung
Wie wär's
mit Rüstungsstopp?



Die wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik gerät immer stärker ins Schwimmen. Die Preise steigen, der Geldwert sinkt. Gemessen an den Werten von 1950 hat 1 DM heute nur noch die Kaufkraft von 50 Pfennig. Mieten, Lebensmittelpreise, Preise der Bundesbahn — all das geht steil nach oben. Zugleich drängt die Regierung auf Lohnstopp und stellt Steuererhöhungen in Aussicht. Was steckt hinter dieser bedrohlichen Entwicklung?

Die Regierung selbst sagt, der Staatshaushalt in unserem Lande sei ins Untragbare gewachsen, dadurch werde die wirtschaftliche Stabilität erschüttert. Aber was ist denn in unserem öffentlichen Budget so stark angeschwollen? Geben wir zuviel Geld für Schulen, für Straßenbau, für andere Sozialinvestitionen aus? Das bau, für andere Sozialinvestitionen aus? Das doch wohl kaum. Im Gegenteil: Auf diesen Gebieten wird die Bundesrepublik mehr tun müssen, wenn sie nicht zum unterentwickelten Gebiet werden will. Der Rüstungssehnsucht ist es, der uns zu große Lasten aufbürdet. Die Bundesrepublik hat seit 1953 rund 140 Milliarden DM für direkte Rüstungskosten aufgewendet.

Der Rüstungsetat ist auf jährlich ca. 20 Milliarden angewachsen, und die bereits verabschiedeten und geplanten weiteren Notstandsgesetze würden weitere Milliarden verschlingen.

der internationalen Rüstungsbeschränkung blockiert, so etwa ein Abkommen gegen die Weltverbreitung von Atomwaffen.

Sollen wir uns mit dieser Entwicklung abfinden? Oder soll man den Deutschen Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen und jene deutschen Politiker unter

stützen, die fordern, daß die Bundesregierung endlich eigene Schritte für eine Politik der Abrüstung unternimmt?

Die Kampagne für Abrüstung, die in den letzten Jahren immer mehr Zustimmung gewonnen hat, bietet jedem Mitbürger Gelegenheit, für eine echte Sicherheitspolitik einzutreten.

Frankfurter Rundschau, 15. 12. 65

**Sicher
ist sicher
sicher.
Aber was
ist sicher?**

Bei den letzten Bundestagswahlen haben die Parteien sämtlich das Wort „Sicherheit“ großgeschrieben und auf ihre Plakate gesetzt. Wer möchte nicht Sicherheit? Die Frage ist nur: was ist denn eigentlich sicher?

Sicher ist, beispielsweise, daß es in einem Atomkrieg keine Sicherheit gibt. Sicher ist ferner, daß der Rüstungswettlauf nur zu leicht im atomaren Weltkrieg enden kann. Sicher ist auch, daß Atombewaffnung, Atomminen und Atomraketen an den Nahtstellen der Machtblöcke die Kriegsgefahr steigern. Wie sieht es in dieser Sache bei uns aus?

Ein Krieg in Mitteleuropa wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Die Vernunft gebietet gerade uns Deutschen eine Politik der friedlichen Lösungen, des Verhandels, der Sicherheit durch Abrüstung. Die Regierung der Bundesrepublik hingegen hat bisher weder eigene Initiativen zur Abrüstung entwickelt, noch Abrüstungsvorschläge, die von Politikern aus Ost und West für Mitteleuropa vorgelegt wurden, auch nur zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht. In unverantwortlicher Weise wurde von den führenden Politikern der Bundesrepublik jede ernsthafte Bemühung um eine europäische Sicherheitspolitik unterlassen. Stattdessen wurde in der Bundesrepublik eine Politik betrieben, die auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinzielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut. Führende Politiker der Regierungspartei haben damit gedroht, daß die Bundesrepublik ihren Verzicht auf eigene Produktion von Atomwaffen wieder rückgängig machen könnte. Diese Politik hat Fortschritte



Frankfurter Rundschau, 15. 12. 65

der internationalen Rüstungsbeschränkung blockiert, so etwa ein Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen.

Sollen wir uns mit dieser Entwicklung abfinden? Oder soll man den Deutschen Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen und jene deutschen Politiker unter-

stützen, die fordern, daß die Bundesregierung endlich eigene Schritte für eine Politik der Abrüstung unternimmt?

Die Kampagne für Abrüstung, die in den letzten Jahren immer mehr Zustimmung gewonnen hat, bietet jedem Mitbürger Gelegenheit, für eine echte Sicherheitspolitik einzutreten.

**Lohnstop
Preissteigerung
Wie wär's
mit Rüstungsstop?**

Die wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik gerät immer stärker ins Schwimmen. Die Preise steigen, der Geldwert sinkt. Gemessen an den Werten von 1950 hat 1 DM heute nur noch die Kaufkraft von 50 Pfennig. Mieten, Lebensmittelpreise, Preise der Bundesbahn — all das geht steil nach oben. Zugleich dringt die Regierung auf Lohnstop und stellt Steuererhöhungen in Aussicht. Was steckt hinter dieser bedrohlichen Entwicklung?

Die Regierung selbst sagt, der Staatshaushalt in unserem Lande sei ins Untragbare gewachsen, dadurch werde die wirtschaftliche Stabilität erschüttert. Aber was ist denn in unserem öffentlichen Budget so stark angeschwollen? Geben wir zuviel Geld für Schulen, für Straßenbau, für andere Sozialinvestitionen aus? Das doch wohl kaum. Im Gegenteil: Auf diesen Gebieten wird die Bundesrepublik mehr tun müssen, wenn sie nicht zum unterentwickelten Gebiet werden will. Der Rüstungsgeiz ist es, der uns zu große Lasten aufbürdet. Die Bundesrepublik hat seit 1953 rund 140 Milliarden DM für direkte Rüstungskosten aufgewendet.

Der Rüstungsetat ist auf jährlich ca. 20 Milliarden angewachsen, und die bereits verabschiedeten und geplanten weiteren Notstandsgesetze würden weitere Milliarden verschlingen.

Die Beteiligung der Bundesrepublik an der Atomrüstung, wie sie die Regierung in Bonn anstrebt, würde dem Finanzfuß den Boden aus schlagen. Soll es soweit kommen, daß illusionäre militärische Machtträume die Bundesrepublik ins soziale und wirtschaftliche Defizit treiben?

ED 718-25-216

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Frankfurter Ausschuss -

Ffm. 14.1.1966

14.1.66

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

wie Sie bereits dem Rundschreiben des Hessischen Ausschusses entnehmen konnten, finden die Auftaktveranstaltungen für den Ostermarsch 1966 am 23. Januar in Mannheim und Oberhausen statt. Für uns käme die Veranstaltung in Mannheim in Frage. In Mannheim ist die Kampagne nicht so stark wie hier in Hessen. Die Freunde sind also mit auf unsere Unterstützung angewiesen.

Bis jetzt sieht es jedoch mit dieser Unterstützung sehr schlecht aus. Auf das Rundschreiben des Hessischen Ausschusses gingen aus Hessen lediglich 6 Anmeldungen ein. Es wäre sehr schlecht wenn die Auftaktveranstaltung für den Ostermarsch 66 vor halbblauer Saale statufinden würde. Es ist die erste grössere Veranstaltung der Kampagne vor den Ostermärschen und die Öffentlichkeit wird davon entsprechend Notiz nehmen. Wir sollten uns auch von den Gedanken freimachen, dass diese Auftaktveranstaltung lediglich eine Angelegenheit der Freunde aus Mannheim sei. Sie ist unsere hessische Auftaktveranstaltung.

Deshalb noch einmal die dringende Bitte: Fahren Sie mit nach Mannheim!

Hier noch einmal die genauen Termine:

Vom Frankfurter Gewerkschaftshaus fährt am 23.1.66 um 12 Uhr ein Bus nach Mannheim (Kosten DM 6.--).

Für Autofahrer: Die Veranstaltung beginnt um 15 Uhr, Mannheim, "In Rosengarten".

Bitte Senden Sie Ihre Anmeldungen umgehend an den Hessischen Ausschuss, Offenbach, Postfach 648, Tel. 88 60 51.

Mit freundlichen Grüßen

Edina Bolt, Pfarrer Rudolf Farr, Inge Druschel, M. Laus

Wir/ ich nehme(n) an der Busfahrt zur Auftaktveranstaltung am Sonntag, 23.1.1966 in Mannheim teil und bitte, in dem Bus, der um 12 Uhr vom Frankfurter Gewerkschaftshaus aus abfährt, Plätze zu reservieren.

Name:

Adresse:

(Unterschrift)



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

11. 1. 66

Liebe Freunde,

wir hoffen, daß Sie mit Schwung in das Jahr 1966 gestartet sind, und daß Sie sich unter anderem auch vorgenommen haben, die Kampagne für Abrüstung und ihre Veranstaltungen und Aktionen auch weiterhin nach besten Kräften zu unterstützen. Unser heutiges Rundschreiben ist aktuell und sicher auch wichtig, und wir bitten Sie deshalb um Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Auftaktveranstaltung zu den Ostermärschen 1966

Von jetzt an konzentrieren wir unsere Arbeit und Kräfte wieder auf die Vorbereitungen für die Ostermärsche 1966. Zum Auftakt finden am 23. Januar 1966 zwei zentrale Großveranstaltungen in Mannheim und Oberhausen statt.

Aus Hessen wollen wir mit mehreren hundert Teilnehmern nach Mannheim fahren, damit die dortige Kundgebung, an der sich Delegationen aus ganz Süddeutschland beteiligen, möglichst eindrucksvoll wird. Wir bitten jeden, der es irgendwie ermöglichen kann, am Sonntag, 23. 1. 1966 mit nach Mannheim zu fahren. Die Kundgebung beginnt um 14 Uhr und findet im Rosengarten in Mannheim statt. Als Redner haben bisher Prof. Harder, der hessische Landtagsabgeordnete Philipp Floß und der britische Labourabgeordnete Stanley Orme zugesagt. Im Anschluß an die Kundgebung wird ein Tackelzug durch die Mannheimer Innenstadt sein.

Zur gemeinsamen Anreise haben wir folgende Busabfahrten vorgesehen:

Frankfurt: Treffpunkt vor dem Gewerkschaftshaus, Wilhelm Leuschner Str. (Nähe Hauptbahnhof), 12 Uhr;
Hanau: Treffpunkt Marktplatz vor dem Rathaus, 11 Uhr;
Offenbach: Treffpunkt auf dem Wilhelmsplatz, 11,30 Uhr;
Wörfelden: Kreuz vor der Bürgermeisterei, 12,15 Uhr;
Darmstadt: Helia-Kino, Wilhelminenstr. (am Luisenplatz), 12,30 Uhr;

An die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß - 605 Offenbach 4 - Postfach 648

Wir/ ich nehme(n) an der Busfahrt zur Auftaktveranstaltung am Sonntag, 23. 1. 1966 in Mannheim teil und bitten, in dem Bus, der um Uhr in abfährt, .. Plätze zu reservieren.

Name: _____

Adresse: _____

Datum: _____

spätester Termin: 15. 1. 1966

Unterschrift

Marburg: Treffpunkt Firmeneingang-Platz (an der Elisabethenkirche)
10 Uhr.

Die Teilnehmergebühr beträgt einheitlich DM 6.--, so daß die Teilnehmer mit einer längeren Anreise nicht mehr zahlen müssen als die Teilnehmer mit näherer Anreise.

Wir bitten also noch einmal darum, daß möglichst viele Freunde an dieser Fahrt nach Mannheim und an der Auftaktveranstaltung teilnehmen und erwarten Ihre Anmeldung sofort (spätestens bis 15.1.66). Soweit die Anmeldungen rechtzeitig eingehen, versuchen wir Ihnen noch einige Kurzinformationen über die Abreise und die Veranstaltung zukommen zu lassen. Unabhängig davon, müssen wir Sie bitten, bereits 15 Minuten vor der angegebenen Abfahrtszeit an dem für Sie vorgesehenen Treffpunkt zu sein.

Aufruf zum Ostermarsch 1966

Sie finden beigelegt den Aufruf zum Ostermarsch 1966, für den wir zur Zeit Unterschriften von unterstützenden Personen sammeln. Dabei geht es uns nicht so sehr darum, an die Unterschriften unserer Ostermarschteilnehmer zu kommen, sondern darum, möglichst viele neue Leute für die Sache der Kampagne für Abrüstung zu gewinnen. Wir möchten Sie deshalb bitten, in Ihrem Bekanntenkreis, vor allem aber unter der örtlichen Prominenz Ihres Heimatortes, Unterschriften zu dem Ostermarschaufruf 1966 zu sammeln. Die Vordrucke können Sie zum Preis von DM 6.-- je 100 Stück bei der Geschäftsstelle beziehen.

Hessischer Ostermarsch 1966

Nach sehr langen und intensiven Diskussionen hat sich der Hessische Ausschuß in Zusammenarbeit mit den Örtlichen Ausschüssen entschlossen, auch 1966 einen dreitägigen Ostermarsch zu veranstalten. Dieser Ostermarsch wird am Ostersonntag von Gelnhausen bis Hanau, am Ostermontag von Hanau bis Offenbach und am Osterdiesstag von Offenbach bis zum Frankfurter Römer führen. Am 1. Tag soll eine längere Strecke, die durch Wälder und Felder führt, durch Autofahrten überbrückt werden. Ein besonderes Vorbereitungsteam ist zur Zeit dabei, Vorschläge auszuarbeiten, wie die bisher übliche Form des Ostermarsches so verändert werden kann, daß wir zumindest in einigen Orten stärkeren Kontakt zu der Bevölkerung bekommen und eine stärkere Resonanz finden.

Über die Gründe, die zu der Entscheidung eines erneuten dreitägigen Ostermarsches führten und auch über die Gegenargumente, die im Hessischen Ausschuß diskutiert wurden, werden wir demnächst für unsere Anhänger einen Bericht veröffentlichen. Ab Ende Januar können wir Ihnen Flugblätter und Anmeldezettel für den Ostermarsch 1966 zur Verfügung stellen.

Finanzen

Durch die Auftaktveranstaltung in Mannheim und durch die Beteiligung einer größeren hessischen Delegation werden uns wieder erhebliche Kosten entstehen. Wir bitten vor allem jene Freunde, die nicht teilnehmen können, zweckgebunden für diese Veranstaltung einen Fördererbeitrag zu überweisen. Zahlkarte liegt bei. Danke!

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Klaus Vack gez.: Fritz Strass

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch

der Atomwaffengegner



ED 714 - 25 - 219

Geschäftsführer: Klaus Vack, 806 Offenbach 4, Dachsenweg 161, Postfach 648

Zentraler Ausschuss
Geschäftsführung

Telefon (0611) 886051/52

Postscheck Frankfurt
Konto Nr. 6255

Bank: Bank für
Gemeinwirtschaft, Offenbach,
Konto Nr. 740633

Betr.: Aufruf zum Ostermarsch 1966

Sehr verehrte Damen!
Sehr geehrte Herren!

Neben den vielfältigen Veranstaltungen und Aktionen dieses Jahres demonstriert die Kampagne für Abrüstung auch zu Ostern 1966 in der Bundesrepublik wieder gegen atomare Waffen sowie für Demokratie und eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung. Den Aufruf zum Ostermarsch 1966, der die politische Zielsetzung dieser Demonstration im einzelnen beschreibt, finden Sie auf der nächsten Seite. Dem Aufruf haben sich bisher unter vielen anderen durch Ihre Unterschrift angeschlossen:

Dr. Günther Anders, Lothar Beck, Elisabeth Bergner, Prof. Dr. Ernst Bloch, Hedwig Born, Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner, Walter Buckpesch, Prof. Dr. Georg Burckhardt, Prof. D. H. Conzelmann, Heinz von Cramer, Siegfried Einstein, Hans Magnus Enzensberger, Herbert Faller, Prof. Dr. von Frankenberg, Christian Geissler, Prof. Dr. Theo Gläß, Hermann Henry Gowa, Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Prof. Johannes Harder, Prof. Dr. Gustav Heckmann, Prof. Dr. H. M. Heinrichs, Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Prof. Walter Jens, Prof. der Musik Johannes Kaan, Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD, Prof. H. G. von Klöden, James Krüss, Dr. med. habil. Bodo Manstein, Prof. Dr. Alfred von Martin, Frans Masereel, Richard Münch, Prof. Ernst Niekiß, Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller DD, Hinrich Oetjen, Philipp Pleß, MdL, Prof. Rasenberger-Koch, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Kurt Sprenger, Horst Symanowski, Paul Schallück, Helmut Schauer, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Gösta von Uexküll, Martin Walser, Gerhard Weber, Prof. Dr. Wilhelm Weisedel, Prof. D. Dr. Dr. Ernst Friedrich Wolf, Ursula Rusche-Wolters.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Text prüfen und, sofern Sie mit den darin geäußerten Gedanken übereinstimmen, den Ostermarsch 1966 ebenfalls durch Ihre Unterschrift zum Aufruf unterstützen würden. Wir bitten Sie auch dann um Ihre Meinung zum Ostermarsch und zu den Zielen der Kampagne für Abrüstung, wenn Sie den Aufruf selbst nicht unterzeichnen möchten.

Wir können uns denken, daß Sie mit derartigen Aufforderungen nicht selten konfrontiert werden; wir meinen aber doch, daß der bisherige Erfolg der Ostermärsche und die Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung dieser Demonstration unsere Bitte legitimieren.

Darüber hinaus möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf unser „Sofortprogramm für Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa“ lenken. Wenn Sie dieses Programm noch nicht in seinem vollen Wortlaut kennen, empfehlen wir Ihnen, bei der Geschäftsstelle des Zentralen Ausschusses die Broschüre „Sicherheit in Europa durch Abrüstung“ zu bestellen.

Wir danken Ihnen für die Mithilfe zu unserer Sache und verbleiben mit freundlichen Grüßen

gez.: Dr. Andreas Buro
Sprecher

gez.: Klaus Vack
Geschäftsführer

Kurstorftum:

Frank Allann, Stefan Andres, Hedwig Born, Margherita v. Breatano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtelm, Christian Geissler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharine Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzlestraße 20

Aufruf zum Ostermarsch 1966

Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende setzen, sonst setzt der Krieg der Menschheit ein Ende. Krieg in Vietnam, Krieg um Kaschmir, Kriegsgefahren in anderen Teilen der Welt erinnern an die Wahrheit dieses Satzes.

Quer durch die politischen Systeme wird heute anerkannt, daß Abrüstung erreicht werden muß, wenn die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit ausgeschaltet werden soll. Wissenschaftler und Politiker, die Versammlung der Vereinten Nationen, der Weltkirchenrat und die internationale Gewerkschaftsbewegung mahnen zu einer Haltung, die auch Papst Paul VI. vor der UNO ausgesprochen hat: „Niemals mehr Krieg! Es ist der Friede, der das Schicksal der Völker und der Menschheit bestimmen muß!“

Dennoch geht der Rüstungswettlauf weiter. Neue Mächte streben nach Besitz oder Verfügungsgewalt über atomare Vernichtungswaffen. In allen industrialisierten Nationen wird ein hoher Anteil der Volkseinkommen für den Rüstungsetat verbraucht und damit sozialen und kulturellen Aufgaben entzogen.

Die Steigerung der Rüstung und die Einbeziehung in atomare Waffensysteme schaffen gerade in jenen Gebieten erhöhte Kriegsgefahr, die an den Nahtstellen unterschiedlicher politischer Systeme, an den Berührungspunkten der Machtblöcke liegen. Der Krieg in Vietnam zeigt, welche Folgen eine Politik militärischer Stärke in Gebieten politischer Spannungen hat.

Angesichts dessen wird heute, wiederum quer durch die politischen Systeme, immer dringlicher die Forderung gestellt, in begrenzten Räumen Sicherheit durch Rüstungsbeschränkung und Rüstungsabbau zu schaffen. Regionale Rüstungsbeschränkung kann Wege zur politischen Lösung bestehender Konflikte ebnen und Möglichkeiten einer allgemeinen und weltweiten Abrüstung eröffnen, ohne dieser oder jener Seite einseitige Vorteile zu verschaffen.

Dies trifft insbesondere für Mitteleuropa und für Deutschland zu. Hier liegt einer der Krisenherde der Weltpolitik, in denen der Rüstungswettlauf zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Ein Krieg in Mitteleuropa wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Die Vernunft gebietet gerade uns Deutschen eine Politik der friedlichen Lösungen, des Verhandels, der Sicherheit durch Abrüstung. Die Regierung der Bundesrepublik hingegen hat bisher weder eigene Initiativen zur Abrüstung entwickelt, noch Abrüstungsvorschläge, die von Politikern aus Ost und West für Mitteleuropa vorgelegt wurden, auch nur zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht. In unverantwortlicher Weise wurde von den führenden Politikern der Bundesrepublik jede ernsthafte Bemühung um eine europäische Sicherheitspolitik unterlassen. Stattdessen wurde in der Bundesrepublik eine Politik betrieben, die auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinzielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut. Führende Politiker der Regierungspartei haben damit gedroht, daß die Bundesrepublik ihren Verzicht auf eigene Produktion von Atomwaffen wieder rückgängig machen könnte. Diese Politik hat Fortschritte der internationalen Rüstungsbeschränkung blockiert, so etwa ein Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen; sie hat zugleich die Kriegsgefahr in Mitteleuropa gesteigert.

Wir können uns mit dieser Entwicklung nicht abfinden. Wir stimmen dem Deutschen Gewerkschaftsbund, kirchlichen, anderen gesellschaftlichen Gruppen und jenen deutschen Politikern zu, die fordern, daß die Bundesregierung eigene Schritte für eine Politik der Abrüstung unternimmt. Die Kampagne für Abrüstung hat mit ihrem „Sofortprogramm für Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa“ beschrieben, wie die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik den verhängnisvollen Weg des Rüstungswettlaufs verlassen könnten. Für eine solche Politik tritt die Kampagne mit den Ostermärschen 1966 ein.

Die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung lauten:

Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen

- Die Bundesrepublik soll den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht länger durch ihre Forderung nach atomarer Verfügungsgewalt blockieren.

Stopp der Rüstung auf beiden Seiten

- Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen erklären.
- Die Kernwaffenbestände im Gebiet dieser Länder sollen nicht weiter vermehrt werden.
- Die Rüstungsetats dieser Länder sollen nicht weiter gesteigert werden.

ED 718-25-219

Herabsetzung der Rüstung auf beiden Seiten — Atomwaffenfreie Zone

- Die Rüstungsetats in den vier Ländern sollen stufenweise verringert werden.
- Die Bundesrepublik Deutschland, Polen, die CSSR und die DDR sollen den Verzicht auf die Lagerung fremder Atomwaffen erklären und die Bildung einer international kontrollierten atomwaffenfreien Zone einleiten.
- Eine europäische Sicherheitskonferenz soll einberufen werden.

Mitarbeit an der Strategie des Friedens — Forschung und Erziehung für Abrüstung

- Die Bundesrepublik soll die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ausbauen, um die Entspannung in Europa voranzutreiben.
- Die Bundesrepublik soll alle Vorschläge unterstützen, die auf die Erweiterung des atomaren Teststopp-Abkommens, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinzielen.
- Die Bundesrepublik soll das Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung Instandsetzen, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich vorbereiten. Der Deutsche Bundestag soll einen Ausschuß für Abrüstungsfragen bilden.
- Die Bundesrepublik soll Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit fördern und solche Themen zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung machen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich international für die Einstellung der Kampfhandlungen in Vietnam auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954 einzusetzen und keine Hilfe für den Krieg in Vietnam zu gewähren.

Fortsetzung auf der Rückseite

Hier unterzeichnen und bitte recht bald einsenden

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß
605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1966:

Name:

Adresse:

Stand, Beruf, Titel, Funktion usw.:

Datum: Unterschrift

Bitte gut leserlich schreiben!

Mit diesen Vorschlägen der Kampagne für Abrüstung ist eine realistische Alternative zur bisherigen Politik der Bundesregierung beschrieben. Diese Politik der Sicherheit durch Abrüstung ist zugleich ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie und eine Alternative zu jener Militarisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in den Notstandsgesetzen Ausdruck findet. Es liegt im Interesse der Demokratie, zusätzliche Notstandsgesetze zu vermeiden und die bereits beschlossenen Notstandsgesetze wieder rückgängig zu machen.

Wer es gut meint mit Deutschland, tritt für eine Politik der Entspannung und Abrüstung ein. Wer der Sache der Abrüstung zustimmt, sollte die Kampagne für Abrüstung zu seiner Sache machen. Wir bitten unsere Mitbürger:

- Prüfen Sie die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung.
- Sorgen Sie für eine Diskussion über einen Beitrag der Bundesrepublik zur Abrüstung.
- Arbeiten Sie mit in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist.
- Nehmen Sie teil an den Ostermärschen 1966.

Kampagne für Abrüstung
— Ostermarsch der Atomwaffengegner —
Zentraler Ausschuß

..... Hier abtrennen

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung — Abrüstung — Frieden und unterrichten über die Aktionen der Kampagne.

Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG werden von der Kampagne für Abrüstung herausgegeben — sie erscheinen monatlich. Bitte fordern Sie ein Probeexemplar an, oder bestellen Sie sofort.

1. Senden Sie mir bitte Probehefte der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG
2. Senden Sie mir bitte regelmäßig Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementpreis von DM 8,— für ein Jahr überweise ich auf Anforderung sofort.

.....
Vorname

Zuname

.....
Postleitzahl und Wohnort

.....
Straße und Hausnummer

Kampagne für Abrüstung
 Osternmarsch der Atomwaffengegner
 - Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 26.11.1965
 Buchrainweg 161, Postfach 648

Liebe Freunde,

noch immer haben wir die ständigen alten finanziellen Sorgen. Da wir durch Weinverkäufe in den vergangenen Monaten gute Einnahmen hatten, möchten wir für den Fall, daß Sie gerne eine gute Flasche Wein trinken, bitten, zu prüfen, ob Sie von den in der II. Weinkarte angebotenen Weinen etwas bestellen können, denn:

wir erhalten von Herrn Hans J. Nierstheimer auf alle Weinkäufe, die wir vermitteln, eine Spende von 20 Prozent der Rechnungssumme.

Deshalb bitten wir auch, alle Bestellungen an die Geschäftsstelle des Hessischen Ausschusses zu geben; wir werden diese dann unverzüglich an das Weingut Nierstheimer weiterleiten. Die 20-Prozent-Regelung ist nicht nur für heute, sondern gilt auch in Zukunft. Wenn Sie sich also erst später für eine Bestellung entscheiden können, kommt uns dies auch noch zugute.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.: Klaus Vack gez.: Fritz Strass

 BESTELLUNG an den Hessischen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung
 605 Offenbach 4, Postfach 648

Ich bestelle folgende Weine aus dem Weingut Nierstheimer:

.....	Flaschen Wein	Nr. 1	Gau-Odernheimer Rotwein	a DM 2,40
.....	"	"	Nr. 2 Gau-Odernheimer Sonnheil	a DM 2,80
.....	"	"	Nr. 3 Niersteiner Dornal	a DM 3,20
.....	"	"	Nr. 4 Nacker Ahrenberg	a DM 4.--
.....	"	"	Nr. 5 Nacker Ahrenberg	a DM 4,30
.....	"	"	Nr. 6 Nacker Ahrenberg	a DM 4,50
.....	"	"	Nr. 7 Oppenheimer Krötenbrunnen	a DM 4,60
.....	"	"	Nr. 8 Alzeyer Grün	a DM 4,80
.....	"	"	Nr. 9 Nacker Ahrenberg	a DM 6,50
.....	"	"	Nr. 10 Gau-Odernheimer Lettenkaut	a DM 12.--
.....	"	"	Nr. 11 Gau-Odernheimer Rotwein	a DM 2,40
.....	"	"	Nr. 12 Oppenheimer Krötenbrunnen	a DM 3.--
.....	"	"	Nr. 13 Niersteiner Dornal	a DM 3,20
.....	"	"	Nr. 14 Nacker Ahrenberg	a DM 4,20
.....	"	"	Nr. 15 Nacker Ahrenberg	a DM 5,50

Name: _____

Genaue Anschrift: _____

(bitte deutlich und leserlich ausfüllen)

Sehr verehrte Dame,
sehr geehrter Herr!

Die Ihnen vorliegende Weinkarte will Ihnen bei der Auswahl eines guten Tropfens helfen. Die reinen und gepflegten Erzeugnisse, die ich Ihnen aus eigener Kellerei anbiete, finden gewiß auch Ihre Anerkennung. Ob Sie milde Lieblichkeit oder kernige Herbheit bevorzugen, mein reichhaltiges Lager wird dem verwöhntesten Geschmack gerecht.

Folgende Weine empfehle ich Ihrer Aufmerksamkeit:

Weine aus dem Sonnenjahr 1964

- | | |
|---|----------|
| 1) Gau-Odernheimer Rotwein
kräftig, voll | DM 2,40 |
| 2) Gau-Odernheimer Sonnheil
kernig, herb | DM 2,80 |
| 3) Niersteiner Dornal, Riesling
und Silvaner, Spätlese
spritzig, mild | DM 3,20 |
| 4) Nacker Ahrenberg
Scheurebe, Spätlese
fruchtig, voll | DM 4.-- |
| 5) Nacker Ahrenberg
Sämling 3963 (Huxelrebe)
Spätlese - würzig, reif | DM 4,30 |
| 6) Nacker Ahrenberg, Siegerrebe
Spätlese, blumig, elegant | DM 4,50 |
| 7) Oppenheimer Krötenbrunnen
Silvaner und Traminer, feine
Spätlese, fruchtige Süße | DM 4,60 |
| 8) Alzeier Grün, Siegerrebe Cabinet
blumig, aromatisch | DM 4,80 |
| 9) Nacker Ahrenberg, Riesling und
Gewürztraminer, Auslese
feinstes Bukett | DM 6,50 |
| 10) Gau-Odernheimer Lettenkauf,
St. Nikolauswein, Beerenauslese
(aus überreifen Beeren am 6. Dez.,
8 Wochen nach der allgemeinen
Lese geerntet) | DM 12.-- |

Weine aus älteren Jahrgängen

607-18-25-22-1

- | | |
|---|---------|
| 11) 1963er Gau-Odernheimer Rotwein
fruchtig, kräftig | DM 2,40 |
| 12) 1963er Oppenheimer Krötenbrunnen
Riesling und Silvaner
spritzig, mild | DM 3.-- |
| 13) 1963er Niersteiner Dornal, Riesling
und Silvaner, Spätlese
mild, edel | DM 3,20 |
| 14) 1963er Nacker Ahrenberg, Scheurebe
Spätlese - elegant, würzig | DM 4,20 |
| 15) 1962er Nacker Ahrenberg, Riesling
und Traminer, Spätlese | DM 5,50 |

Lieferungs- und Zahlungsbedingungen

Sämtliche Preise verstehen sich incl. Glas, A Ausstattung, Verpackung und Versand. Lieferung erfolgt in 12er und 25er Kartons frei Bahnstation des Empfängers (bitte bei Bestellung den Bestimmungsbahnhof angeben). Der Absender kann für Transportschäden keinerlei Haftung übernehmen. Die auf dem Transport zu Bruch gegangenen Flaschen sind unverzüglich der Bahn oder dem Spediteur als Schaden anzumelden. Dieselben müssen Schadenersatz leisten. Beanstandungen wollen Sie mir bitte sofort mitteilen. Bei berechtigter Forderung wird Ihnen kostenlos Ersatz geliefert. Bei der Bestellung die gewünschte Zahlungsweise (Nachnahme oder Rechnung) bitte angeben. Emballage: Bei Rücksendung des Leergutes franko Bahnhof Wendelsheim schreibe ich Ihnen für einen 12er Karton DM 4.--, für einen 25er Karton DM 6.-- gut. Es empfiehlt sich, evtl. einige Kartons zusammenkommen zu lassen, damit sich die Frachtkosten verringern. Der Betrag wird der nächsten Sendung gutgeschrieben. Erfüllungsort ist Nack. Gerichtsstand für beide Teile ist Alzey.

II. WEINKARTE

HANS J. NIERSSTHEIMER
Weingut und Naturweinversand

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss
605 Gifenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung
nach Erhalt folgendes Material:

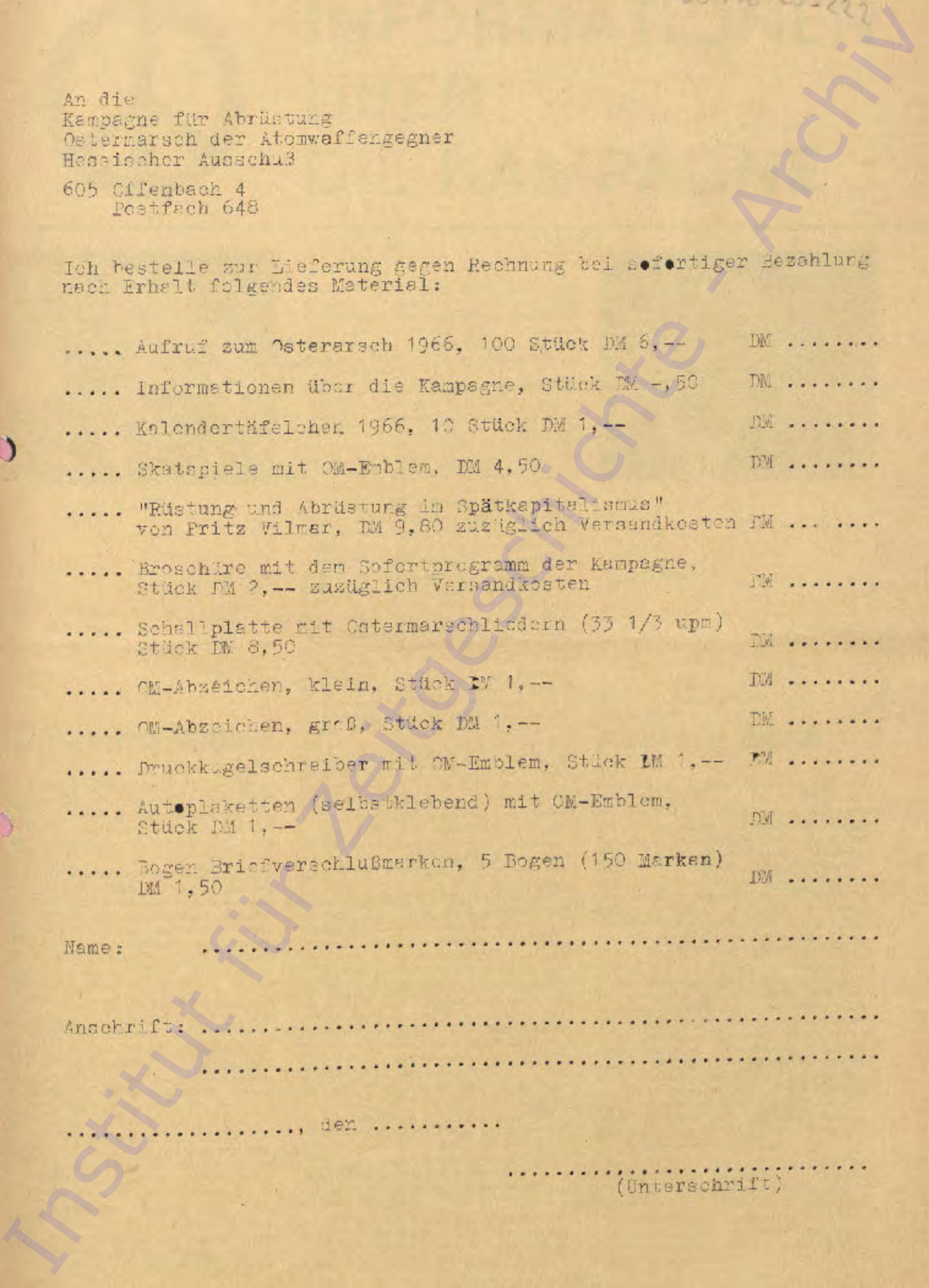
- Aufruf zum Osterarsch 1966, 100 Stück DM 6,-- DM
- Informationen über die Kampagne, Stück DM --,50 DM
- Kalendertäfelchen 1966, 10 Stück DM 1,-- DM
- Skatspiele mit OM-Emblem, DM 4,50 DM
- "Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus"
von Fritz Wilmer, DM 9,80 zuzüglich Versandkosten DM
- Broschüre mit dem Sofortprogramm der Kampagne,
Stück DM 2,-- zuzüglich Versandkosten DM
- Schellplatte mit Ostermarschliedern (33 1/3 upm)
Stück DM 8,50 DM
- OM-Abzeichen, klein, Stück DM 1,-- DM
- OM-Abzeichen, groß, Stück DM 1,-- DM
- Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1,-- DM
- Autoplaketten (selbstklebend) mit OM-Emblem,
Stück DM 1,-- DM
- Bogen Briefverschlusmarken, 5 Bogen (150 Marken)
DM 1,50 DM

Name:

Anschrift:

..... den

.....
(Unterschrift)





INFORMATIONEN ÜBER DIE KAMPAGNE

ED 718-25-223



Christian Geißler:

Vor zwanzig Jahren haben wir eine Erfahrung gemacht. Die Erfahrung hieß: Wer nicht aufpaßt, der wird betrogen. Wer nicht genau nachdenkt, der landet im Dreck. Wer den alten Machthabern die Macht läßt, bleibt ohnmächtig.

Mit dieser bitteren, aber genauen Erfahrung saßen wir alle damals zusammen im gleichen Zug. Unser Zug hatte kein Dach, keine Fenster, keinen einzigen warmen, sicheren Platz. Unser Zug war schmutzig. Wer ihn kommen sah, konnte meinen, das ist Vieh, was da fährt. Aber das war kein Vieh. Das waren wir. Betrogene Leute. Aber Leute mit einem harten, sehr einfachen Plan.

Der Plan hieß: Jetzt soll Frieden bleiben. Wir wollen leben. Wir wollen endlich in Frieden leben mit allen Menschen zusammen.

Und der Plan hieß: Wir bauen einen neuen Zug. Wir alle zusammen. Und der Zug soll ein festes Dach haben gegen den Regen, und Fenster für die Sonne. Und im Zug soll es einen sicheren Platz geben für jeden, der Frieden haben will und ein langes, vernünftiges Leben.

Wer noch einmal Krieg vorbereitet, bekommt keinen Platz bei uns. Wer noch einmal sein Geschäft, oder sein Gebet, mit dem Krieg machen will, soll verschwinden, endgültig.

Das war unser Plan. Zwanzig Jahre ist er jetzt alt. Wo ist jetzt unser Plan? Wir haben ihn uns ausreden lassen. Wir haben uns wieder den alten Unsinn aufschwätzen lassen, das Gerede von der Weltgefahr,

das Tam-Tam von den höchsten Gütern.

Wir haben uns Angst einjagen lassen von den alten Angstmachern. Von wem? Von Machthabern, die genau wissen, daß ängstliche Leute besser gehorchen als mutige. Das ist der alte Trick. Jahrausende alt: Ordnung muß sein — Gehorsam muß her — Die Fahne hoch!

Man hat schon sehr bald nach 45 diesen unalten Trick auf uns alle in Anschlag gebracht. Und es hat leider geklappt. Unser Mut, einen neuen Zug zu bauen, unsere Hoffnung auf Frieden ist jämmerlich klein geworden. Und unsere Angst vorm Schwarzen Mann ist schon wieder so groß wie bei ganz kleinen Kindern. Warum?

Wir haben nicht aufgepaßt. Warum nicht? Unsere Arbeit, Tag und Nacht, am neuen Zug, hat uns abgelenkt. Wir haben uns eine blanke, kräftige Lokomotive gebaut, das stimmt. Und feine weiche Sessel haben wir in die Waggons geschleppt, möglichst für jeden einen. Und im Speisewagen gibt es für beinahe jeden zu jeder Zeit leckere Sachen. Unsere vielen kleinen privaten Dinge sind uns ganz munter und ganz appetitlich gelungen, das stimmt.

Aber draußen? Und vorn? Wohin fährt eigentlich der Zug? Wer stellt die Weichen? Woher kriegen wir den Treibstoff? Wer sorgt für den festen Gleisbau? Wer sitzt vorn? Wir? Warum nicht? Ist das unser Zug oder nicht?

Wir von der Kampagne sind der Meinung, es ist unser Zug. Wir haben deshalb vor, darauf zu achten, daß er nicht noch einmal ausbrennt; daß er nicht noch einmal über falsch gestellte Weichen in totes Gelände abstürzt; daß der Gleisbau das Gewicht unseres Zuges und seine Geschwindigkeit aushält. So ein Vorhaben zwingt, nach Leuten zu suchen, die das gleiche Vorhaben. Wir von der Kampagne suchen Leute, die mit uns zusammen für die Verwirklichung dieses Vorhabens ihren Kopf und ihren Mut einsetzen. Also Leute, die Lust haben, sich um den Zugführer zu kümmern, also um das Kommando im Zug und das Ziel der Reise. Also Leute, die keine Angst haben vor Uniformen und sonstigen Ewigem Werten.

Wir von der Kampagne suchen Leute, die Lust haben, den technischen Apparat der Fahrt zu durchschauen. Also Leute, die Lust haben auf Demokratie, auf kritische Mitarbeit bei der vernünftigen, also friedlichen Organisation unserer gesellschaftlichen Verhältnisse.

Vor allem aber suchen wir Kärner. Also Leute, die den Mut haben, den Gleisbau, also die materiellen Grundlagen unserer gesellschaftlichen Entwicklung, zu durchschauen. Also Leute, die ohne Rückendeckung bei Vater und Großvater alles anpacken, was unten falsch und faul ist. Also Leute, die instand sind, neue Grundlagen auszudenken und einzurichten.

Prüfen Sie bitte, ob Sie zu den Leuten gehören, die wir suchen. Wenn Sie meinen, das könnte klappen, dann geben Sie uns bitte einen Tip, wo wir Sie finden.



Andreas Buro:

Viele Bürger der Bundesrepublik fragen nach neuen Wegen zu einer Politik der Sicherheit, und viele von ihnen fragen auch, welchen Beitrag hierzu eine Bewegung wie die Kampagne für Abrüstung leisten kann. Mit dieser Sondernummer unserer INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG wollen wir deshalb allen, die an der Kampagne interessiert sind, Struktur, Arbeitsweise und politische Zielsetzung unserer Kampagne darstellen. In der Kampagne haben sich Bürger unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen auf bestimmte vordringliche politische Forderungen geeinigt und zu ihrer Durchsetzung verbündet. Gemeinsam ist ihnen allen das Mißtrauen gegenüber veralteten Schemata eines militärischen Freund-Feind-Denkens und der Wunsch, unter den Bedingungen des Atomzeitalters neue Wege einer internationalen Friedensordnung zu finden. Die Kampagne arbeitet unabhängig von den Parteien, sie ergreift auch nicht Partei im Kalten Krieg. Sie beurteilt Fortschritte wie Rückschritte in Sachen Abrüstung auf allen Seiten und bei allen Staaten nach dem gleichen Maßstab. Am Beginn der Kampagne stand der Ostermarsch. Er ist ein wichtiges, aber nicht das einzige Mittel der Kampagne, die auf vielfältige Weise aufmerksam machen und unterrichten will. Zu ihren Mitteln gehören die Demonstration, der Protest und wenn notwendig der Widerstand gegen gemeingefährliche Entwicklungen, aber auch die Verbreitung von Informationen, die Diskussion

und Ausarbeitung von konkreten Vorschlägen für eine Abrüstungspolitik, die ständige Aufklärungsarbeit bei einzelnen, bei Institutionen und Organisationen. Noch immer sind keine entscheidenden Schritte zur Abrüstung getan, im Gegenteil, atomare Rüstung und Wettrüsten breiten sich weiter aus. Kennedy hat einmal gesagt, eine Strategie des Friedens habe nur dann Erfolgchancen, wenn der fordernde und förderliche Druck der breiten Öffentlichkeit die Politiker beeinflusse. Genau hier sieht die Kampagne ihre Funktion. Wir können der Entspannung, der Abrüstung und einer stabilen Friedenssicherung näherkommen, wenn alle diejenigen, die der Sache der Kampagne zustimmen, die Kampagne zu ihrer Sache machen.

Forderungen der Kampagne für Abrüstung

Im Ostermarschaufzug 1960

„Widerstand gegen atomare Kampfmittel jeder Art und jeder Nation.“

Im Ostermarschaufzug 1961

„Herstellung, Erprobung und Lagerung von Atomwaffen — gleich an welchem Ort und in welcher Hand — sind eine Bedrohung des Lebens dieser Welt. Im Namen der Vernunft und der Menschlichkeit wenden wir uns daher an alle Regierungen in Ost und West, auf jede militärische Verwendung der Atomenergie zu verzichten. Wir appellieren an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung der Welt ein Beispiel zu geben.“

Im Ostermarschaufzug 1962

„Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche.

Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen.

Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen.

Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen.

Wir fordern für Deutschland

Verzicht auf atomare Bewaffnung in ganz Deutschland.

Verzicht auf die Stationierung atomar gerüsteter Truppen auf deutschem Territorium.

Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.“

Im Ostermarschaufzug 1963

„Die Forderung nach einer Entspannungszone in Mitteleuropa werden die unabhängigen Atomwaffengegner in aller Welt im Jahre 1963 in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stellen. Der Ostermarsch 1963 steht unter dem Motto:

Mitteleuropa — atomwaffenfrei

Mitteleuropa — militärisch verdünnte Entspannungszone

Mitteleuropa — Brücke zwischen Ost und West



Ein neuer Krieg in Mitteleuropa, gleichgültig ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Es muß daher in unserem Lande alles vermieden werden, was den politischen und militärischen Konfliktstoff in Mitteleuropa verschärft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Dieser Forderung stimmen wir zu.“

Im Ostermarschaufzug 1964

„Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart und weitere Entspannungsabkommen bahnen sich an. Damit wächst die Hoffnung, daß der atomare Krieg verhindert und der Friede erhalten werden kann. Die Völker atmen auf: Der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre ist Einhalt geboten — ein erster Schritt zur umfassenden und kontrollierten Abrüstung ist getan!

Diese Abkommen sind ein Zeichen der Einsicht jener Politiker, die einen Anfang gemacht haben, sie sind ebenso sehr ein Erfolg jener Millionen von Menschen in vielen Ländern, die seit Jahren gegen die atomare Rüstungspolitik auftreten.

Der Friedensplan des Generalsekretärs der UNO zeigt den Weg, auf dem weitere Fortschritte der Abrüstungspolitik möglich sind. Dieser Plan sieht vor:

Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde

Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen im Kriege

Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen

Verträge über atomwaffenfreie Zonen.

Dieser Plan muß Wirklichkeit werden!

Wir erklären: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik: dem Frieden der Welt zu dienen. Eine Politik der Abrüstung in Mitteleuropa kann verhindern, daß der demokratische Stil unseres Landes durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen abgebaut wird.“

Im Ostermarschaufzug 1965

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen — wie die Notstandsgesetze — einzuschränken. Der Plan eines Gürtels von Atomminen quer durch Deutschland hat den selbstmörderischen Charakter jeder Atomrüstung in Deutschland offenbart. Gemacht Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen. Deshalb schlagen wir vor:

● Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen

● Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen — keine Atomwaffen auf deutschem Boden!

● Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung — Mitteleuropa atomwaffenfrei!

Im Sofortprogramm für die Bundesrepublik Deutschland und im Ostermarschaufzug 1966

Die Steigerung der Rüstung und insbesondere die Einbeziehung in atomare Waffensysteme schaffen gerade in jenen Räumen erhöhte Kriegsgefahr, die an den Nahestellen unterschiedlicher politischer Systeme liegen. Zugleich versperren militärische Spannungszustände den Weg zu politischen Lösungen bestehender Konflikte. Diese Feststellung trifft heute nicht zuletzt für Mitteleuropa zu; hier liegt einer der Krisenherde der Weltpolitik, in denen der Rüstungswettlauf zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Angesichts dieser Situation wird, wiederum durch die politischen Systeme, immer dringlicher die Forderung erhoben, zunächst in geographisch begrenzten Räumen ein System effektiver Sicherheit durch Rüstungsbeschränkung zu schaffen, das keiner Seite einseitige militärische Vorteile gibt. Regionale Rüstungsbeschränkung, die militärisches Potential auf beiden Seiten gleichermaßen herabsetzt, kann auch Wege zur allgemeinen und weltweiten Abrüstung eröffnen.

Pläne für eine Politik der regionalen Abrüstung in Mitteleuropa haben unter anderem die britischen Politiker Eden und Gaiskill, die amerikanischen Politiker Mansfield und Wrennen und die polnischen Politiker Gomulka und Ruzicki vorgelegt. Auch in der UdSSR, der DDR, der CSSR und in den Parteien der Bundesrepublik Deutschland sind wiederholt Konzepte für eine militärisch verdünnte und atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa entwickelt worden.

Nach dem Stand der internationalen Diskussion könnte über folgende Schritte Einigung erzielt werden, die die Kampagne für Abrüstung der Bundesregierung und dem Bundestag als Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit vorschlägt:

STOP DER ATOMAREN UND KONVENTIONELLEN RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN

1. Bundestag und Bundesregierung erklären den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen und fremder Kernwaffenproduktion. Die Erklärung der Bereitschaft der DDR, Polens und der CSSR zu einem gleichartigen Verzicht liegt vor.

Solche Verzichtserklärungen können in völkerrechtlich bindender Form abgegeben werden, ohne das Problem der innerdeutschen staatsrechtlichen Anerkennung zu berühren. Die Einhaltung dieses Verzichts kann durch Erklärungen der Bündnispartner, in die die

genannten Länder einbezogen sind, zusätzlich garantiert werden.

2. Die Bundesregierung schlägt dem NATO-Rat vor, auf dem Territorium der Bundesrepublik Kernwaffenbestände nicht zu vermehren, sofern durch den Rat der Warschauer-Pakt-Staaten für die DDR, Polen und die CSSR eine gleichartige Regelung erfolgt. Die Bereitschaft zu solchen Verhandlungen ist durch die genannten Staaten des Warschauer Paktes erklärt worden.

3. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft, das Rüstungsbudget der Bundesrepublik nicht mehr zu steigern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR eine gleiche Regelung erfolgt. Die genannten Staaten des Warschauer Paktes haben ihre Bereitschaft zu entsprechenden Verhandlungen erklärt.

VERRINGERUNG DER KONVENTIONELLEN RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN

4. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft, das Rüstungsbudget schrittweise zu verringern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR gleichartige Beschlüsse gefaßt werden, die auf beiden Seiten zu einer insgesamt gleichen Quote der Rüstungseinschränkung in Mitteleuropa führen.

ATOMWAFFENFREIE ZONE IN MITTEL-EUROPA

5. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft zum Verzicht auf jede Lagerung fremder Atomwaffen und zur Mitarbeit an der Bildung einer atomwaffenfreien Zone, sofern gleiche Schritte in der DDR, Polen und in der CSSR erfolgen. Die vertragliche Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa soll die Beschränkung und Verminderung konventioneller Rüstung einbeziehen. Ein wirksames System der Kontrolle und Inspektion muß Teil der Vereinbarung sein.

Die entsprechenden Verträge können in Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten, im Rahmen eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Pakt oder als Ergebnis einer europäischen Sicherheitskonferenz geschlossen werden.

EUROPÄISCHE SICHERHEITSKONFERENZ

6. Die Bundesregierung schlägt die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der USA und der UdSSR vor. Zur Vorbereitung dieser Konferenz unterbreitet sie einen eigenen Plan für ein europäisches Sicherheitssystem, dessen Beginn die Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone sein soll. Der Bestand eines europäischen Sicherheitssystems kann durch internationale Garantien zusätzlich gesichert werden.

BEZIEHUNGEN ZU OSTEUROPA

7. Die Bundesregierung baut die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten aus und fördert den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit diesen Staaten, um die militärische und politische Entspannung voranzutreiben und das Kriegeerisiko zu mindern.

MITARBEIT AN DER STRATEGIE DES FRIEDENS

8. Die Bundesregierung unterstützt in der NATO und in anderen Institutionen der Internationalen Politik alle Vorschläge, die auf eine Erweiterung des atomaren Teststopabkommens, auf ein Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinarbeiten.

EIN AMT ZUR FÖRDERUNG DER ABRÜSTUNG

9. Das vom Bundestag beschlossene Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung wird Instandgesetzt und beauftragt, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich zu bearbeiten. Das Abrüstungsamt soll die militärstrategischen Probleme der Abrüstung, die Möglichkeiten einer wirksamen Kontrolle von Abrüstungsvereinbarungen, die Möglichkeiten eines krisenfreien Übergangs von der Rüstungs- zur Friedenswirtschaft und die sozialen Bedingungen der Abrüstung prüfen bzw. prüfen lassen.

Der Bundestag richtet einen Ausschuss für Fragen der Rüstungsbeschränkung und Abrüstung ein, der mit dem Abrüstungsamt zusammenarbeitet.

FORSCHUNG UND ERZIEHUNG FÜR ABRÜSTUNG UND INTERNATIONALE VERSTÄNDIGUNG

10. Bund und Länder fördern wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit. Die Bundesländer machen Themen der Abrüstung und der Verständigung zwischen den Völkern zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung.

Dieses Programm stellt eine Alternative zur bisherigen Politik der Bundesregierung dar. Wird diese Alternative realisiert, so gewinnt Deutschland an Sicherheit. Die Politik der Sicherheit durch Abrüstung ist zugleich ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie und eine Alternative zu jener Militarisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in den Notstandsgesetzen Ausdruck findet.



Kampagne gegen Atomwaffen

Die Kampagne hat stets gegen die Politik mit der Bombe Stellung bezogen — wo auch immer diese betrieben wurde. Hier folgen einige Stellungnahmen für viele ähnliche:

... in Ost

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident
Chruschtschow!

Wir bitten Sie, unverzüglich die Atomwaffenversuche in der UdSSR einzustellen, und durch großzügige Zugeständnisse in Fragen der Versuchsstoppkontrolle zur Schaffung einer Vereinbarung über das Verbot von Kernwaffenversuchen beizutragen. Damit würden Sie der Welt ein echtes Beispiel konstruktiven Friedenswillens geben.

Wie eine große Verschwörung östlicher und westlicher Militärs mutet uns die jüngste Geschichte der atomaren Versuchsexplosionen an. Nachdem im vorigen Jahr die UdSSR das freiwillige Versuchsmoratorium gebrochen hatte, um die Stärke der UdSSR zu demonstrieren, wie ziemlich unverhüllt in Ihrer hiesigen Botschaft zum Ausdruck gebracht wurde, haben sich westliche Militärs die Chance sofort zunutze gemacht, um ihrerseits an der Vervollkommnung ihrer Kriegsmaschinerie weiterzuarbeiten. Die UdSSR hat ihnen mit Ihren Versuchen dafür die Rechtfertigung geliefert. Die US-Versuche auf den Weihnachts-Inseln haben nun offensichtlich wiederum den ostlichen Anhängern militärischer Stärke die Argumente für eine weitere Fortführung von Atombombenversuchen gegeben ...

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen können die wechselseitig abgegebenen Erklärungen der Regierungen der USA und der UdSSR über das Verbrüderliche der Atomversuche des anderen Landes nur wie ein Hohn auf den ersten Friedenswunsch der Völker dieser Welt empfunden werden ...

Reden, in denen der Friedenswille betont wird, begleiten die kriegerische Geschichte Europas nicht erst seit den Bemühungen des Völkerbundes. Wir, die Vertreter der jungen Generation, sind nicht mehr gewillt, uns mit Reden allein zufrieden zu geben. Wir verlangen von den heutigen Politikern des Ostens und des Westens nicht Reden, sondern Taten des Friedens. Nach Ihrer Rede in Moskau, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow, begannen die neuen Atomwaffenversuche der UdSSR. Die junge Generation in den westlichen Ländern will nicht mehr nationalstatischen Parolen folgen und sie ist bereit, für den Frieden Opfer auf sich zu nehmen. Sie fühlt sich aber von den Staatsmännern in Ost und

West verraten, da diese ihren Reden keine Taten des Friedens folgen lassen.

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß sich die Menschen im Westen, und zwar Arbeiter, Intellektuelle, Bauern und Unternehmer, von den östlichen Atombomben genauso bedroht fühlen, wie die Menschen im Gebiet der sozialistischen Staaten durch die westlichen Atombomben. Für die jeweilige Gegenseite gibt es keine Massenvernichtungsmittel, die dem Frieden dienen, sondern nur Waffen, die zum Töten entwickelt, gebaut und bereitgestellt wurden ...

In der Bundesrepublik Deutschland treten wir auch jetzt wieder zum Tag des Beginns des 2. Weltkrieges dafür ein, daß keine atomar bewaffneten Truppen auf deutschem Boden verbleiben, Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa getroffen werden und eine vollständige, weltweite kontrollierte Abrüstung vereinbart wird und stattfindet. Wir protestieren daher nicht nur einseitig gegen die Atomwaffenversuche der UdSSR, sondern wenden uns gegen solche tödlichen Experimente in aller Welt. Wir bezeichnen sie als Mord und Vorbereitung zu weiterem Völkermord, gleichgültig ob diese Tests von Ländern des Ost- oder Westblocks ausgeführt werden ...

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentraler Ausschuß 11. 8. 62

gez. Dr. Andreas Büro

... in West

An die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Bad Godesberg

30. 4. 1962

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Mit tiefer Trauer nehmen wir zur Kenntnis, daß nun auch Amerika die Versuche mit Atomwaffen in größerem Maße wieder aufgenommen hat. Damit wird dem Wettrüsten in West und Ost ein neuer Impuls verliehen, der nur zu einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zwischen den Atommächten führen kann. Die Wiederaufnahme der Versuche wird darüber hinaus auch der Sowjetunion als Argument dienen, um die Versuche fortzusetzen, wie es bereits von ihr angekündigt worden ist.

Wenn wir heute an Sie schreiben, verkennen wir nicht, daß das freiwillige Moratorium der Kernwaffenversuche nicht von Ihnen, sondern von der Sowjetunion zuerst verletzt worden ist, wobei festzustellen ist, daß sich im Bereich des Westens die Republik Frankreich niemals an diesen freiwilligen Verzicht gehalten hat. Wir haben damals in sehr deutlicher Form in unserem Schreiben an die Sowjetische Botschaft in Bonn, an den Parteitag der KPdSU und an den Ministerpräsidenten der UdSSR unsere Auffassung dargelegt. Trotzdem verurteilen wir die Wiederaufnahme der Tests durch Ihr Land auf das schärfste, da diese einerseits die Strahlungsschäden vergrößern — daher unser Slogan „Auch Tests sind Mord“ — und andererseits nur dazu dienen, die militärischen

Vernichtungsmittel weiter zu perfektionieren, obwohl diese bereits seit langem die Dimension des Unmenschlichen erreicht haben. Darüber hinaus werden durch die Versuche die Menschen in Ihrem Lande und den anderen westlichen Ländern nur noch mehr und ausschließlich auf die Stärke ihrer militärischen Einrichtungen bauen und nicht ihre Kräfte für die Lösung der Konflikte zwischen den Völkern mit nicht-militärischen Mitteln mobilisieren.

Wir halten es dagegen für richtig, wenn Sie ohne Rücksicht auf das Verhalten der Sowjetunion auf die Weiterführung Ihrer Atomwaffenversuche verzichten und stattdessen der Sowjetunion anbieten, Kontrollstationen in den Vereinigten Staaten zu unterhalten. Dies wird in so überzeugender Weise vor der ganzen Welt Ihre Bereitschaft zur Verständigung und zur Abrüstung beweisen, daß die Sowjets hierdurch und den moralischen Druck der Weltöffentlichkeit ebenfalls zur Einstellung der Versuche gezwungen werden. Die Atombombe jedoch wird keinen Beitrag hierzu leisten, sondern nur Ihnen, den Sowjets und uns eines Tages eine Weltkatastrophe präsentieren als bittere Rechnung dafür, daß kein Volk bereit war, den ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung zu gehen ...

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hans-Konrad Tempel, Sprecher des Zentralen Ausschusses

... in Ost und West

Erklärung der Kampagne für Abrüstung zur Cuba-Krise

Angesichts der Cuba-Krise stellen wir fest:

- daß sich die Bürger der Sowjetunion vor den amerikanischen Militärstützpunkten und Raketenbasen in aller Welt mit Recht genauso bedroht fühlen wie die Amerikaner durch den Bau von sowjetischen Raketenbasen in Cuba;
- die weitgehende Verantwortlichkeit der USA für die heutige Situation in Cuba, die durch ihr Verhalten die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten des Landes außerordentlich erhöht hat;
- daß die USA den cubanischen Vorschlag, die Insel völlig abzurüsten, wenn Amerika dafür eine Nichtangriffsgarantie übernimmt, zunächst abgelehnt haben und nach den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker das Ziel verfolgen, die derzeitige cubanische Regierung zu stürzen;
- daß der Bau von Raketenbasen auf Cuba durch die Sowjetunion nicht in Einklang steht zu ihren sonstigen Erklärungen zum Frieden, wie sie in ihren Vorschlägen für die vollständige Abrüstung und in den Verlautbarungen der Kongresse für allgemeine Abrüstung und Frieden vorliegen.

In dieser Situation unterstützen wir gemeinsam mit unseren Freunden in aller Welt die Bemühungen um die Entschärfung der Situation, wie sie von den zwischen den Fronten stehenden Kräften der UNO, den neutralen Staaten und den unabhängigen Bewe-

gungen für Abrüstung, deren hervorragendster Vertreter Nobelpreisträger Earl Warren Russell ist, ausgehen. Wir erkennen ihre Bemühungen an, eine Politik zu entwickeln, die die Einplanung und Androhung der atomaren Vernichtung ganzer Völker ausschließt. Wir erkennen aber auch die in letzter Minute gezeigte Kompromißbereitschaft des Präsidenten der USA und des sowjetischen Ministerpräsidenten. Sowohl die Nicht-Angriffsgarantie gegenüber Cuba durch die USA wie auch die Bereitschaft der UdSSR, unter dieser Voraussetzung die Raketenbasen in Cuba unter Aufsicht der UNO abzubauen, werten wir als einen Akt staatsmännisch verantwortlichen Handelns.

Zitate zur Abrüstung

8. Gewerkschaftstag der IG Metall, Hannover 1963

„Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr zu suchen.“

Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte militärische Rüstungen gesichert werden kann, sondern nur durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern.

Die Bundesregierung und der Bundestag haben die Verantwortung und die Verpflichtung mit größter Aktivität und durch geeignete Maßnahmen für die Erhaltung des Friedens und für die Einstellung des Wettrüstens in der Welt einzutreten. Der Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Der Bundeskongreß wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Fortsetzung des Wettrüstens in Ost und West der zweigeteilten Welt...“

8. Gewerkschaftstag der IG Metall, Bremen 1965

„Der 8. ordentliche Gewerkschaftstag wendet sich erneut gegen die atomare Gefahr und das atomare Wettüsten in Ost und West.“

Er fordert die Bundesregierung und die politischen Parteien auf, eigene Abrüstungsinitiativen zu entwickeln und auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr endgültig zu verzichten. Der Plan, an der Zonengrenze oder anderswo Sperrgürtel aus Atomminen zu errichten, darf nicht verwirklicht werden.

Die militärische Vorbereitung auf einen Atomkrieg ist kein Mittel zur Verhinderung des Krieges und zum Überleben, sondern ist Vorbereitung zum Selbstmord. Die Ereignisse der letzten Jahre, die Kuba-Krise ebenso wie der Krieg in Vietnam, haben immer wieder die Gefahr einer allgemeinen Katastrophe heraufbeschworen. Der Frieden der Welt kann nur erhalten und die Gefahr atomarer Zerstörung nur dann gebannt werden, wenn alle Krisen- und Spannungsherde beseitigt und keine Atomwaffen mehr hergestellt, weitergegeben und benutzt werden.

Deshalb fordert der 8. Gewerkschaftstag erneut:

Vernichtung aller Kernwaffenvorräte in Ost und West;

Verbot aller Atomwaffen; allgemeine international kontrollierte Abrüstung;

Aktivierung der Öffentlichkeit;

Verstärkte gewerkschaftliche Anstrengungen im Kampf gegen die atomare Gefahr.*

In der Friedenszyklika *Pacem in terris* von Papst Johannes XXIII.:

„... Deshalb fordern Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Rücksicht auf die Menschenwürde dringend, daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört; daß ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vermindert werden; daß Atomwaffen verboten werden; und daß endlich alle auf Grund von Vereinbarungen zu einer entsprechenden Abrüstung mit wirklicher Kontrolle gelangen...“

Aus dem Godesberger Grundsatzprogramm der SPD:

„... Die Sozialdemokratische Partei fordert die völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt. Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen...“

Für Ostermarsch

Die Aufrufe zu den Ostermärschen wurden von vielen namhaften Bürgern der Bundesrepublik unterschrieben, darunter:

Professor Dr. Wolfgang Abendroth; Professor Dr. h. c. Fritz Baade; Dr. Margherita von Brentano; Walter Dirks; Günter Eich; Herbert Fallert; Professor Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim; Professor Dr. Dietrich Goldschmidt; Professor Dr. Helmut Gollwitzer; Max von der Grün; Professor Dr. Heinz-Joachim Heydem; Rolf Hodshuth; Dr. Robert Jungk; Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg; Willy Kressmann; H. M. Ledig-Rowohl; Dr. Helmut Lindemann; Dr. Bodo Manstein; Professor Dr. Alfred von Martin; Wolfgang Neuf; Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller; Hans A. Nikol; Ursula Noack; Hinrich Oetjen; Dr. Fritz J. Raddatz; Stefan Reiser; Professor Dr. Renate Riembeck; Rudolf Rolfs; Paul Schallück; Gerhard Schenckner; Robert Scholl; Professor Dr. Heinrich Vogel; Marten Walsen; Olaf Haske; Professor Eugen Kogon; Erich Kastner; Professor Ernst Bloch; Professor Walter Jens; Hans Werner Richter; Wolfriedrich Schnurre; Christian Geißler; Siegfried Lenz; Christian Mayer-Amery; Günther Weisenborn; Walter Kolbenhoff; Gerhard Zwerenz; Hans Magnua Enzensberger; Kasimir Edschmid; Marie Luise Kaschnitz; Ilse Aichinger; Gösta von Oxküll; Wilhelm Goldmann; Heinz Hilpert; Richard Münch; Adolf Kummemoß; Gerhard Marcks; Professor Ernst Niekisch; Professor Jürgen Habermas; Bürgermeister Karl Appelmann; Gerhard Weber; Inge Aicher-Scholl; Anne Kolb; Egon Lutz; Dr. Werner Böckelmann; James Krüss.



An den Märschen, Kundgebungen und sonstigen Veranstaltungen in Verbindung mit den Osterdemonstrationen beteiligten sich

1960	etwa 1 000 Personen
1961	etwa 25 000 Personen
1962	etwa 40—50 000 Personen
1963	etwa 60—70 000 Personen
1964	etwa 100 000 Personen
1965	etwa 130 000 Personen

Stellungnahmen der Kampagne

Zur MLF

Einige führende Politiker in der Bundesrepublik erheben neuerdings unverhüllt die Forderung nach Verfügung oder Mitverfügung über Atomwaffen. Der außenpolitische Experte der CSU, Freiherr von Guttenberg, hat geäußert, die Bundesrepublik habe zwar auf die Produktion, nicht aber auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Barzel hat die Forderung keineswegs ausgeschlossen, sondern lediglich dazu geraten, doch erst einmal abzuwarten, was in der Multilateralen Atommacht „drin“ sei.

Das Projekt der Multilateralen Atommacht stellt ein schweres Hindernis auf dem kaum begonnenen Weg zur internationalen Abrüstung dar.

Nach dem Moskauer Teststoppabkommen bestand in aller Welt die begründete Hoffnung, daß es zu weiteren Vereinbarungen über Rüstungstopp und damit zur Minderung des Risikos eines atomaren Weltkrieges kommen könne. Entgegen diesen Hoffnungen bestehen zur Zeit kaum noch Aussichten, daß es — etwa im Zuge der Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz — zu einem derartigen Abkommen kommt. Das Hindernis, das sich in den Weg stellte, ist das Projekt einer multilateralen Atommacht (= MLF).

Ernsthaftes Interesse an der MLF zeigt nur die Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die USA und andere NATO-Staaten betreiben das Projekt MLF offenbar nur zögernd und nur deshalb, weil sie sonst eine nationale atomare Bewaffnung der Bundesrepublik oder eine deutsch-französische atomare Rüstungspolitik befürchten.

Kommt die MLF zustande, dann werden die Folgen sein:

Internationale Abrüstungsgespräche werden gestört,

die Forderung jede Ausweitung nuklearer Bewaffnung zu vermeiden, wird westlicherseits durchbrochen,

eine Streuung des Atomwaffenbesitzes im Ostblock über die UdSSR hinaus wird wahrscheinlich,

jeder Ansatz einer Lösung der Deutschlandfrage wird auf noch längere Sicht unmöglich gemacht.

Diese Folgen der MLF sind um so wahrscheinlicher, als führende Politiker der Bundesrepublik deutlich zu verstehen gegeben haben, das jetzt noch vorgesehene Monopol der USA bei der Verfügung über den Einsatz der MLF müsse später abgebaut und aufgegeben werden.

Die deutsche Alternative zur multilateralen wie zur nationalen Atommacht ist der endgültige Verzicht auf jede Art von atomarer Bewaffnung in Deutschland und der Anschluß an eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen. Allein diese Politik liegt im Interesse Deutschlands und des Friedens der Welt.

Zum Luftschutz

Wägt man die geringe Wirksamkeit des Luftschutzes gegen seine großen Gefahren ab, so ergibt sich eine klare prinzipielle Ablehnung des Luftschutzes, die nicht nur für den Luftschutz in der Bundesrepublik, sondern auch für die Länder des West- und Ostblocks in gleichem Maße gilt. Dagegen ist auch nicht das häufig benutzte Argument stichhaltig, daß alle Luftschutzanstrengungen gerechtfertigt seien, wenn auch nur wenige Menschenleben gerettet werden könnten. Das human erscheinende Argument ist bei näherer Betrachtung inhuman. Es geht nämlich nicht darum, wenigstens einige Menschenleben in einem modernen Kriege, sondern alle Menschen vor einem solchen Krieg zu retten.

Mit der scheinbar humanen Forderung von der Rettung wenigstens einiger soll nur das eigentliche Problem verdeckt werden, nämlich der Schutz aller Deutschen. Er kann nur durch eine stabile Friedenssicherung erreicht werden. Hier hat die Bundesregierung allerdings fast nichts getan. Sie hat weder die vielen Entspannungsvorschläge aus Ost und West durch Verhandlungen ernsthaft geprüft, noch hat sie eigene realistische Vorschläge unterbreitet und sich um die kontrollierte Abrüstung und die Beendigung des Wettlaufes intensiv bemüht. An diesen wichtigen Aufgaben, die den Schutz aller erwirken können, arbeiten in offiziellem Auftrag heute in der Bundesrepublik nicht mehr als eine Handvoll Leute, wenn überhaupt so viel. Dagegen hat der Luftschutz bereits Tausende von häuften und ehrenamtlichen Helfern. Dies macht den Luftschutz in der Bundesrepublik in besonderem Maße fragwürdig.

Wer Luftschutz betreibt, ohne den Frieden mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu sichern, kann nicht erwarten, daß seine möglichen Gegner an seine Friedensliebe glauben.

September 1964

Zu Atomminen

Außerungen von Vertretern der Bundeswehr und die nun vorliegende Wiedergabe der Rede des Verteidigungsministers von Hasse vor der Gesellschaft für Auswärtige Beziehungen in New York bestätigen, daß entgegen aller offiziellen Beruhigungstaktik das Konzept eines atomaren Minengürtels quer durch Deutschland existiert. Die „Frankfurter Rundschau“ ist leider nur zu sehr im Recht, wenn sie feststellt, daß die Selbstverstümmelungsüberlegungen der verbrannten Erde noch keineswegs beendet sind. Wenn solche Pläne verwirklicht werden, dann bedeutet das: Jede Mine eine Atombombe, jede Explosion eine Wiederholung der Katastrophe von Hiroshima, jeder Mensch im Grenzgebiet Todesopfer der ersten Stunde eines Krieges! Schon jetzt aber muß angesichts solcher Vorhaben jede Bekundung, daß es uns um die Wiedervereinigung geht, verlogen wirken. Soll die Zukunft unseres Landes dem Willen von Militärs unterworfen sein, deren Vorstellungsvermögen den realen Folgen atomarer Strategie offenbar nicht gewachsen ist? Die Alternative zur Politik der Todeszonen ist Vereinbarung einer atomarwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, garantiert durch Ost und West. Dafür wird sich der Ostermarsch 1965 einsetzen.

Dezember 1964

Zur Notstandsgesetzgebung

Während sich die USA und die UdSSR um den Abbau der zwischen den Weltblöcken bestehenden Spannungen bemühen, soll

durch die geplanten Notstandsgesetze die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland den Erfordernissen einer totalen Militarisierung schon in Friedenszeiten angepaßt werden. Solche Maßnahmen müßten sich nicht nur auf die Möglichkeiten der Entspannung in Europa ungünstig auswirken, auch die Chancen einer deutschen Wiedervereinigung würden durch sie weiter vermindert. Die Bundesrepublik würde im gegenwärtigen Zeitpunkt durch die Annahme der Notstandsgesetze ihr Ansehen in der Welt weiter herabsetzen, neues Mißtrauen gegen ihre Absichten hervorrufen und damit die politische Atmosphäre in Europa weiter vergiften.

Durch die Notstandsgesetze wären wir ständig von einer Nebenverfassung bedroht, die die rechtsstaatliche und freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staates zum zweiten Male in diesem Jahrhundert auf „legale“ Weise aufheben würde. Das Ausmaß der durch die Notstandsgesetze schon im Frieden sanktionierten Eingriffe in die Freiheitssphäre und der parlamentarisch nicht mehr kontrollierbaren Behördenvollmachten ist unübersehbar und weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben des Grundgesetzes vereinbar.

Wir warnen vor dieser Ausnahme- und Notstandsverfassung, deren militärisches und technologisches Kriegsbild überdies von den längst überholten Erfahrungen des zweiten Weltkrieges bestimmt ist und die Wirtschaftskraft unseres Volkes für die Erfüllung der vor uns liegenden großen friedlichen Aufgaben aufs schwerste beeinträchtigen müßte.

Wir halten das Grundgesetz, nachdem es sich im „Kalten Krieg“ bewährt hat, erst recht für ausreichend, die Schwierigkeiten der Entspannung zu meistern. Uns scheint gegenwärtig eine freiere Entfaltung der öffentlichen Meinung und eine stärkere Kontrolle des Parlaments über die Regierung dringlicher als die Übertragung weiterer Macht vom Parlament auf die Regierung. Wir sehen in der Erhaltung und Stärkung der vollen Funktionsfähigkeit unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung den besten Schutz vor den Anschlägen ihrer Gegner von innen und außen, nicht aber in der Aufhebung wesentlicher Grundrechte und in der Beschränkung der demokratischen Freiheiten zugunsten einer autoritären Exekutivgewalt. Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesrepublik zu Rechtsstaatlichkeit, zu Demokratie und zu einer Politik, die den Frieden sichert. Nur wenn der Geist dieses Verfassungsgabotes ungebrochen lebendig bleibt, kann unser Volk eine friedliche Zukunft haben.

Februar 1965

Zur Genfer Abrüstungskonferenz

Vor dem Wiederbeginn der Genfer Abrüstungskonferenz haben alle beteiligten Großmächte den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffenbesitz zum vorrangigen Ziel der neuen Sitzungsperiode erklärt. In der Tat schließt nach dem Moskauer Teststoppabkommen eine solche Vereinbarung der nächste mögliche Schritt auf dem Weg zur Abrüstung zu sein. Jede weitere Streuung des Besitzes von Atomwaffen oder der Verfügung über Atomwaffen erhöht entscheidend die Gefahr, daß ein atomarer Krieg — unter Umständern gegen den Willen der Großmächte — ausbrechen könnte; die Weiterverbreitung von Atomwaffen schließt übrigens die Möglichkeit von Abrüstungsvereinbarungen nahezu aus. Der Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen liegt deshalb im wohlverstandenen Interesse der Völker, insbesondere könnten Völker, die wie das deutsche — in politischen Spannungsgeländen leben, durch einen solchen

Vertrag nur an Sicherheit gewinnen. Die Zustimmung zu einem derartigen Vertrag ist daher niemals ein „Zugeständnis“, für das „Gegenzugeständnisse“ eingetauscht werden können, sondern ein Schritt zur Erhöhung der eigenen Sicherheit.

Um so ersäunlicher ist das Verhalten der deutschen Bundesregierung. Vertreter der deutschen Bundesregierung haben erklärt, die Bundesrepublik könne sich auf einen Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht einlassen, bevor nicht die Mitverfügung der Bundesrepublik über Atomwaffen durch die MLF oder auf ähnliche Weise gesichert sei und das Problem der deutschen Wiedervereinigung einer Lösung im Sinne der Bundesregierung entgegengeführt würde.

Praktisch bedeuten diese Erklärungen eine Absage der deutschen Bundesregierung an einen Vertragsabluß in Genf und zugleich eine massive Pression gegenüber den westlichen Verbündeten der Bundesrepublik. Gegenüber dem Ostblock aber hat die Argumentation der Bundesregierung nahezu den Charakter einer Kriegserklärung. Die Bundesregierung meint offensichtlich, ihre Konzeption einer Wiedervereinigung mittels Atomwaffenbesitz gegenüber der UdSSR durchsetzen zu können, anders kann die von der Bundesregierung propagierte Koppelung der Probleme von Wiedervereinigung und westdeutscher Atomwaffenverfügung nicht interpretiert werden.

Auch die Forderung nach Beteiligung der Bundesrepublik an der MLF als Vorbedingung für die Zustimmung der Bundesrepublik zu einem Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen zeigt in aller Deutlichkeit, daß es der Bundesregierung um Mitbestimmung und um eigene Verfügung über Atomwaffen geht.

Die deutsche Bundesregierung hat damit unweigerlich zum Ausdruck gebracht, daß sie die Rolle einer Atommacht zu spielen beabsichtigt und demgegenüber Fortschritte der Rüstungsbeschränkung im internationalen Maßstab für zweitrangig hält. Wenn die Bundesregierung diese Politik auf das Argument gründet, die internationale Abrüstung dürfe nicht „auf Kosten Deutschlands“ gehen, so

muß hierzu festgestellt werden: Nicht die Minderung des Kriegsrisikos, nicht eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung, wohl aber atomare Großmachtambitionen der Bundesregierung gehen auf Kosten Deutschlands, nämlich auf Kosten der Sicherheit der Deutschen gegenüber der Gefahr eines atomaren Weltkrieges.

Die deutsche Wiedervereinigung kann nicht durch deutschen Atomwaffenbesitz erzwungen werden; sie ist nur denkbar als Folge eines Prozesses der Entspannung und des Einvernehmens von Ost und West.

1. 9. 65

Zum Krieg in Vietnam

Der Krieg in Vietnam hat sich von Monat zu Monat verschärft.

Das Ausmaß des Schreckens und der Qual für das vietnamesische Volk ist unerträglich geworden.

Die Verantwortung hierfür trifft die US-Regierung. Die Vereinigten Staaten haben die Vereinbarungen des Genfer Abkommens über Vietnam gebrochen und verweigern dem vietnamesischen Volk die Selbstbestimmung aus machtpolitischen Gründen. Deshalb führen die Vietcong in Südvietnam einen nationalen Befreiungskrieg und keineswegs einen Krieg gegen die Demokratie. Vielmehr werden Freiheit und Demokratie von der Regierung Südvietnams mit Hilfe der USA unterdrückt.

Es besteht kein Zweifel, daß der Krieg in Vietnam nur durch Verhandlungen zwischen allen Beteiligten beendet werden kann. Tödliche Gefahr liegt deshalb in der Spekulation auf den militärischen Sieg der einen oder anderen Seite. So gefährlich wie es ist, mit einem Zusammenbrechen der vietnamesischen Befreiungsfront zu rechnen, so gefährlich ist es, durch die Zerstörung von militärischen Positionen der USA in Vietnam einen amerikanischen Rückzug zu erwirken zu wollen.

Die Bereitschaft zu Verhandlungen wird niemand als Zeichen der Schwäche oder der Preisgabe von Prinzipien deuten. Weder verlieren hierdurch die Vereinigten Staaten ihr

Gesicht, noch kann die Entschlossenheit des vietnamesischen Volkes zum Widerstand gegen koloniale Herrschaft, die in den letzten 20 Jahren hinreichend bewiesen wurde, angezweifelt werden. Bereitschaft zu Verhandlungen kann aber nicht durch Worte allein bewiesen werden, sondern vor allem durch die Schaffung entsprechender Voraussetzungen. Die von Präsident Johnson immer wieder verkündete Bereitschaft zu bedingungslosen Verhandlungen muß daher zumindest durch folgende Schritte der amerikanischen Politik unterbaut werden:

- Stopp des Ausbaues und des verstärkten Einsatzes der amerikanischen Interventionsarmee in Südvietnam und der Bombardierung Nordvietnams.
- Eine Erklärung der USA, daß sie die Nationale Befreiungsfront als Verhandlungspartner akzeptieren.
- Eine verbindliche Bestätigung der wesentlichen Bestandteile des Genfer Abkommens von 1954 durch die USA, d. h. Gewährung der Selbstbestimmung für Vietnam und verbindliche Zusicherung des Abzuges der amerikanischen Truppen nach entsprechenden Übergangsregelungen.

So lange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, ist jedes Reden über Bereitschaft zu bedingungslosen Verhandlungen unglaubwürdig und kann nur als Täuschungsmanöver betrachtet werden.

16. 10. 1965

Einseitige Abrüstung?

Der Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik ist gelegentlich der Vorwurf gemacht worden, die Kampagne propagiere Abrüstungsmaßnahmen „unilateral“ und offenbare dadurch, daß es ihr im Grunde um einseitige Schwächung westlicher Widerstandsfähigkeit zu tun sei.

Welchen Standpunkt nimmt in dieser Sache die Kampagne wirklich ein? In den „Grundsätzen“ der Kampagne ist der „Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost“ festgelegt und folgenderweise konkretisiert: „Wir fordern den



Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West und appellieren ... an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Abrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen."

Bei dem Versuch, aus dieser generellen Forderung nun praktische Vorschläge für eine Politik der atomaren Abrüstung abzuleiten, hat die Kampagne — so etwa in den jeweiligen „Aufrufen zum Ostermarsch“ — sehr wohl die realen derzeitigen Bedingungen internationaler Politik, unter denen Abrüstungsforderungen formuliert werden, berücksichtigt. Im „Aufruf“ findet sich keine Forderung, deren Realisierung eine einseitige Abrüstung des Westens bedeuten würde.

Gefordert werden u. a.: Verzicht auf atomare Abrüstung Deutschlands; atomarwaffenfreie Zone in Mitteleuropa; weitere internationale Vereinbarungen zum Abbau der atomaren Rüstung. Die letzte Forderung ist ohne weiteres als „zweiseitig“ erkennbar.

Die Einrichtung einer atomarwaffenfreien Zone in Mitteleuropa wird von Politikern in Ost und West gerade mit dem Argument verlängert, daß auf diese Weise praktische Schritte der Abrüstung in einem bestimmten Raum geschehen können, ohne daß im großen Gleichgewicht der Kräfte Verschiebungen zugunsten der einen oder anderen Seite eintreten. Die Forderung nach dem Verzicht auf deutsche Atombewaffnung schließlich richtet sich wiederum nicht gegen jenes „Gleichgewicht“, sondern richtet sich gegen eine Politik der Streuung von Atomwaffen, die katastrophale Extratouren möglich macht und den Abrüstungsvereinbarungen der Großmächte aufs äußerste hinderlich ist (Genau so, wie die Nuklearpolitik Frankreichs und Chinas solche Abrüstungsvereinbarungen außerordentlich erschwert.)

Wir sehen also, daß die konkreten Vorschläge für eine Abrüstungspolitik, die von der Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik kommen, nicht „einseitige Abrüstung“ verlangen, sondern von dem Konzept ausgehen, daß Abrüstung auf dem Wege mehrseitiger Vereinbarungen erreicht werden kann. Hierbei ist nicht nur an Vereinbarungen zwischen den beiden „Großen“ d. h. den USA und der UdSSR gedacht, sondern ebenso an Verträge zwischen anderen Staaten oder Staatengruppen in Ost und West und aus dem Kreis der neutralen Staaten, schließlich auch an Vereinbarungen, die — wie der Moskauer Teststoppvertrag — darauf hinzielen, möglichst alle Staaten der Erde einzubeziehen. Die Garantie solcher Abkommen durch die UNO dürfte dabei immer eine besonders positive Rolle spielen. Dieses Prinzip der Mehrseitigkeit schließt durchaus ein, daß in bestimmten Situationen der eine oder andere Staat sich zu Vorleistungen für Abrüstungsvereinbarungen entschließen sollte. Solche Vorleistungen können das Klima für Verhandlungen über Fragen die komplizierter sind, entscheidend verbessern. Abrüstungsgespräche können durch erste Schritte neu in Gang gebracht werden; das Mißtrauen der anderen Seite kann durchbrochen werden. Die wichtigste und überall auf der Welt immer stärker geforderte „Vorleistung“ ist der Verzicht all jener Staaten, die zur Zeit keine atomaren Waffen besitzen, auf den Versuch, sich in den Klub der Nuklearbewaffneten hineinzudrängen und damit die Abrüstung noch mehr zu erschweren.

Wenn die Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik auch nicht — wie etwa die britischen Atomwaffengegner — für einseitige Abrüstung eintritt, so erkennt sie doch an, daß die ähnliche Forderung nach einseitiger Abrüstung immerhin das starre Denkschema traditioneller „Sicherheitspolitik“, die ihrerseits einseitig militärisch orientiert ist, aufgebrochen hat.

Kampagne - demnächst eine Partei?

Wiederholt ist an die Kampagne für Abrüstung von verschiedenen Seiten die Frage nach ihrer Stellung zu den politischen Parteien herangetragen worden. Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat zu dieser Frage folgende Stellungnahme abgegeben:

In der Kampagne für Abrüstung haben sich Bürger unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen auf bestimmte vordringliche politische Forderungen geeinigt und zur Durchsetzung dieser Forderungen verbündet. Die Kampagne für Abrüstung hat sich zum Ziel gesetzt, die Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung Kriterium politischer Entscheidungen werden zu lassen. Die Kampagne identifiziert sich bei ihrer Tätigkeit mit keiner politischen Organisation oder politischen Partei, sie wirbt nicht für einzelne von ihnen und versucht auch nicht, ihnen Mitglieder abzuwerben oder zuzuführen. Die Kampagne sieht ihre Aufgabe darin, im vorparlamentarischen Raum an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Sie hat aber nicht die Absicht, eine politische Partei zu werden oder zu bilden; der Kampagne geht es darum, die politischen Verbände und Parteien in der Bundesrepublik möglichst umfassend zu einer Politik der konsequenten Friedenssicherung zu bewegen, die nur durch Entspannung und Abrüstung erreicht werden kann. 8. 10. 64

Ostliche Bombe weniger gefährlich?

28. 7. 63

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Grote-wohl!

Der Zentrale Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner, Kampagne für Abrüstung, dankt Ihnen für Ihr Schreiben und hat das von Ihnen erwähnte Programm des Friedens mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Der Zentrale Ausschuß begrüßt Ihre Entschlossenheit zum Verzicht auf Atomwaffen und zum Rüstungsstopp.

In Ihrem Schreiben haben Sie dem Ostermarsch Ihre Sympathie ausgesprochen und betont, daß die Politik des Ostermarsches ein fester Bestandteil der Regierungspolitik der DDR sei, und Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß unsere politische Haltung von Ihnen aktiv unterstützt würde. Nach unserer Auffassung läßt eine ideale Übereinstimmung mit den Forderungen der Kampagne noch keine Identifizierung mit Ihren Zielen zu, solange keine konkrete Verwirklichung Ihrer politischen Forderungen und kein Abbau der Militarisation des zivilen Lebens und des Kalten Krieges als erster Schritt und als Zeichen des guten Willens sichtbar wird.

Wir gestatten uns daher noch einmal, Ihnen die Position der unabhängigen Atomwaffengegner in der Bundesrepublik darzulegen, um eine klare Interpretation unserer Haltung zu ermöglichen.

1. Der Widerstand der Kampagne richtet sich mit derselben Entschiedenheit gegen die Aufrüstungs- und Atomwaffenpolitik unseres Landes, der BRD, wie gegen gleichartige politische Auffassungen und Maßnahmen in allen anderen Ländern. Wir lehnen die Lagerung, Herstellung und Erprobung von Atomwaffen jeder Nation in West und Ost ohne jede Einschränkung ab.

2. Für uns sind die sowjetischen Atomwaffen kein Mittel einer Friedenspolitik. Genauso wenig werden wir die Atomwaffen der Vereinigten Staaten als Mittel einer Friedenspolitik akzeptieren. Die Gefahr eines Atomkrieges entsteht durch die Bereitschaft, einen

Atomkrieg zu führen, gleichgültig was verteidigt werden soll und aus welchen Motiven. Wir meinen auch, daß die Bombe nicht deshalb ungefährlich wird, weil sie im Besitz einer Nation ist, in der wirtschaftliche Interessengruppen außerhalb der Regierung keinen Einfluß auf die Politik ausüben können ...

Die von uns vertretene Forderung zum Brückenschlag ist unvereinbar mit einer politischen Haltung, die der Gegenseite aggressiv gegenübertritt, die Fehler nur bei den anderen sucht und ihren Friedenswillen nicht ernst nimmt.

Wir wollen uns in der BRD darum bemühen, daß man sich kein verzerrtes Bild von der Gegenseite macht, daß unser Wille zur Abrüstung auch den anderen Völkern glaubhaft wird und daß konkrete Schritte zur Abrüstung und Entspannung unternommen werden. Wir bitten Sie, in Ihrem Lande dasselbe zu tun.

Im Auftrage des Zentralen Ausschusses
Dr. Andreas Burd

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie

Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation

Statt Atomwaffen Brot für die Welt Mit der UNO für Abrüstung

Keine Atomwaffen auf deutschem Boden

Nicht Grundgesetz ändern, Politik ändern

Keine Ausbreitung von Atomwaffen — atomarwaffenfreie Zonen!

Mitteleuropa — atomarwaffenfrei

Brücke zwischen Ost und West

Sicherheit für alle: Abrüstung

Entspannungspolitik statt Notstandsgesetzen

Keine Atomwaffen - weder national noch multilateral

Frankreich und China an den Genfer Tisch

Kürzt den Rüstungsetat in beiden Teilen Deutschlands

Keine Atomminen quer durch Deutschland

**Das Grundgesetz fordert:
„Dem Frieden der Welt zu dienen“**

Stellungnahmen zur Kampagne

6. Bundeskongreß der IG Chemie, Papier, Keramik (September 1963)

„Die Delegierten fordern ferner alle verantwortlich denkenden Menschen, insbesondere die Mitglieder und Funktionäre der IG Chemie, Papier, Keramik auf, den Kampf gegen die Atomrüstung in Ost und West wirksam zu unterstützen. Die Mitarbeit und Teilnahme an den Protestaktionen zu Ostern muß als eine Gewissensentscheidung respektiert werden und darf nicht zu irgendeiner Beeinträchtigung führen.“

6. Bundesjugendkonferenz des DGB (München, November 1965)

„Die 6. ordentliche Bundesjugendkonferenz des DGB wendet sich erneut gegen die atomare Gefahr und das atomare Wettrennen in Ost und West. Sie fordert die Bundesregierung und die politischen Parteien erneut auf, eigene Abrüstungsinitiativen zu entwickeln und auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr endgültig zu verzichten.“

Der in Erwägung gezogene Plan, entlang der Zonengrenze oder anderswo Sperrgürtel durch Atomminen zu errichten, darf nicht verwirklicht werden. Die militärische Vorbereitung auf einen Atomkrieg ist kein Mittel zur Verhinderung des Krieges und zum Überleben, sondern der Vorbereitung zum Selbstmord.

Die Ereignisse der letzten Jahre, die Kubakrise sowie der Krieg in Vietnam und zwischen Indien und Pakistan haben immer wieder die Gefahr einer allgemeinen Katastrophe heraufbeschworen. Der Frieden der Welt kann nur erhalten und die atomare Gefahr nur gebannt werden, wenn alle Krisen- und Spannungsherde beseitigt und keine Atomwaffen mehr hergestellt, weitergegeben und benutzt werden.

Deshalb fordert die 6. Bundesjugendkonferenz des DGB die

- Vernichtung aller Kernwaffenvorräte in Ost und West,
- Vernichtung und Verbot aller Atomwaffen,
- allgemeine international kontrollierte Abrüstung,
- Aktivierung der Öffentlichkeit und verstärkte gewerkschaftliche Anstrengungen im Kampf gegen die atomare Gefahr.

Sie begrüßt jede demokratische Initiative, welche die Öffentlichkeit auf die lebensbedrohliche weltpolitische Lage aufmerksam macht.

Der DGB hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten.

Darüber hinaus glauben wir weiter, daß es Zeit ist, daß sich jeder Bundesbürger an Aktionen demokratischer Bewegungen be-

teilt. Die Delegierten sehen in der „Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung“ eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes.“

Dr. Robert Jungk:

„Mehr und mehr stellt sich heraus, daß die Ostermärsche in aller Welt zum eigentlichen Motor, zum stärksten Antrieb der Friedensbewegung geworden sind. Die Ostermärsche sind Anziehungspunkt und Sammelbecken für alle Menschen geworden, die nicht resignieren wollen, sondern ihren Einfluß für eine sinnvolle, vernünftige, für eine schönere Weltordnung in die Waagschale werfen. Wir alle sind nicht nur Verteidiger des Lebens gegen die Möglichkeit milliardenfachen Atomtods, sondern sind vor allem auch Vorläufer, Pioniere eines neuen menschlicheren Denkens. Als Historiker, der sich besonders mit der Geschichte der Erneuerungsbewegung befaßt hat, wage ich voraussagen, daß die Geschichtsschreiber des dritten Jahrtausends die Ostermarschbewegung als sichtbaren Beginn eines neuen, reiferen, zukunftsbezogenen Denkens sehen werden.“

Oberkirchenrat Helmut Rößler:

„Ist es wirklich so unvernünftig, durch Protestmärsche dafür einzutreten, daß folgende Ziele zum Gegenstand der politischen und moralischen Anstrengung aller Völker gemacht werden:

Einstellung der Kernwaffenversuche, Verhinderung der Ausdehnung des Besitzes von Atomwaffen, Verträge über atomwaffenfreie Zonen, Verzicht auf Produktion von weiteren Atomwaffen. (Also nicht einseitige Vernichtung der vorhandenen Bestände!). So zu lesen im Aufruf der Kampagne für Abrüstung.“

Wir fragen: Befindet sie sich damit nicht in guter Gesellschaft? Vor acht Jahren haben 16 deutsche Kernphysiker sich öffentlich geweiht, weiterhin an der Atomforschung für Kriegszwecke teilzunehmen und stehen meines Wissens heute noch dazu. Im Dezember 1957 hat die vorletzte Synode der EKD fei-

edlich erklärt, daß „sie alle Massenvernichtungsmittel und alle Versuche, sie zu rechtefertigen“, verwerfen müßte, und vor einer Fortsetzung der selbstmörderischen atomaren Bewaffnung deutscher Armeen in Ost und West gewarnt. Ich frage: Ist es Unvernunft, für solche Ziele auf die Straße zu gehen, wenn man der Überzeugung ist, daß weder Regierung noch Parteien noch öffentliche Meinungsbildung die Bevölkerung in genügendender Weise über solche Tatbestände aufklären?“

Delegiertenkonferenz der Jungsozialisten, Bezirk Hessen Süd (März 1965 Bad Nauheim):

„Die Jungsozialisten des Bezirke Hessen Süd begrüßen den Aufruf der Kampagne für Abrüstung und fordern alle Jungsozialisten auf, sich aktiv für die Kampagne für Abrüstung und ihre Ziele einzusetzen.“

Besondere Situationen erfordern besondere Aktionen. Durch die Verbreitung eines sogenannten „Bundessargbevorratungsgesetzes“ und öffentliche Ausstellungen von „Volkssärgen für den Verteidigungsfall“ wurde auf ungewöhnliche Weise versucht, die Bevölkerung auf die Konsequenzen der Luftschutz- und Notstandsvorbereitungen der Bundesregierung hinzuweisen. Von der Bevölkerung und der Presse wurde diese Aktion besonders heftig diskutiert.



Zur Geschichte der Kampagne

Der erste Anstoß kam aus Großbritannien, wo — zeitlich parallel zur ersten deutschen Anti-Atombombenbewegung (Kampf dem Atomtod oder Paulskirchenbewegung), die damals von DBG und SPD weitgehend gestützt und finanziert wurde — die Campaign for Nuclear Disarmament (CND) vor allem unter jungen Menschen, in den Gewerkschaften und der Labour-Party rasch großen Einfluß gewann und mit dem jährlichen Aldermaston-Marsch zu einem politischen Faktor wurde.

Die Anregungen aus England führten zu dem ersten deutschen Ostermarsch im Jahre 1960. Initiatoren waren die Hamburger Lehrer Hans-Konrad Tempel und Helga Stolle. Der erste Marsch war auf Norddeutschland beschränkt und die Teilnehmerzahl noch sehr gering. Der Gedanke fand jedoch ein großes Echo. 1961 bereits fanden Märsche in fast allen Teilen der Bundesrepublik statt. 1961 waren auch erstmals diejenigen Teile der Paulskirchenbewegung beteiligt, die an der Ablehnung der atomaren Bewaffnung Deutschlands festhielten. Bedeutende Personen stellten sich dem Kuratorium des Ostermarsches zur Verfügung. Große Organisationen, wie die Kriegsdienstverweigerer-Verbände, die Naturfreunde-Jugend und die Falken unterstützten die Kampagne.

Der zahlenmäßige Erfolg des Ostermarsches 1961 und die allgemeine politische Entwicklung ließen die Kampagne für viele politische Kräfte in der BRD interessant erscheinen. Dies brachte verschiedene Probleme mit sich, da Bestrebungen einsetzten, die Kampagne verstärkt in die eine oder andere Richtung zu drängen. Daß die Kampagne all diese Probleme so zu lösen verstand, daß der Ostermarsch 1962 ohne politische Konzessionen, ohne Einbuße an Unabhängigkeit und mit erheblichem Gewinn an politischer Breite vor sich gehen konnte, spricht für die Tragfähigkeit der Zielsetzungen.

Mit der Festigung der politischen Unabhängigkeit der Kampagne wurde auch die politische Aussage konkretisiert, wobei der reine Protest in den Hintergrund trat und die Betonung sich immer mehr auf positive erste Schritte zur Lösung der gegenwärtigen Probleme verlagerte. Im Verlauf dieser Bemühungen wurde auch der Name der Bewegung erweitert und der Bezeichnung „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ der Name „Kampagne für Abrüstung“ vorangestellt.

Die politische Unabhängigkeit, die zunehmende Präzisierung der Forderungen und die Umsetzung des Protestes gegen die Bombe in positive und praktische Vorschläge für eine Abrüstungspolitik erklärten den weiteren Erfolg der Bewegung. Seit 1962 vergrößerten sich die Teilnehmerzahlen erheblich, so daß eine weitverbreitete, der CDU nahestehende Leitartikelkorrespondenz schrieb: „Die Ostermarschierer sind allem Anschein nach weit über das Sektierertum hinausgekommen — anders läßt sich das Ansteigen dieser Bewegung nicht erklären.“

Seit dieser Feststellung hat die Kampagne eine Fülle von Zustimmungserklärungen erreicht. Insbesondere die Gewerkschaftsjugend, die Naturfreundejugend und Gruppen der Jungsozialisten und der Falken haben sich in vielen Beschlüssen für ihre Unterstützung ausgesprochen.

Im Jahre 1964 unterzeichneten mehr als 100 000 Bürger und Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens eine Petition der Kampagne für Abrüstung an den Deutschen Bundestag. In der Petition wurde der Bundestag aufgefordert, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten, Pläne für die atomwaffenfreie Entspannungzone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern sowie die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten. Die letztgenannte Forderung wurde 1965 durch einen Bundestagsbeschuß realisiert.

Von Beginn an hat die Kampagne ihre internationalen Beziehungen systematisch ausgebaut. Sie hat maßgeblich bei der Gründung der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden mitgewirkt, in der sie mit gleichgesinnten Organisationen aus vielen Teilen der Welt zusammenarbeitet. Der weltweiten Bedrohung durch die Militärallianzen soll eine internationale Kampagne für Abrüstung entgegengesetzt werden.

In der Bundesrepublik aber ist aus den Ostermärschen längst eine permanente Kampagne geworden, die sich in nüchternen Arbeit und zahlreichen Aktionen darum bemüht, daß auch von Deutschland ein Beitrag zu der Lösung der deutschen und internationalen Probleme — insbesondere der Befreiung der Menschheit vom Krieg — geleistet wird.

Sie unterstützen

Fritz Baade, Kiel, seinerzeit Bundestagsabgeordneter der SPD, weltbekannter Wirtschaftswissenschaftler, Autor des Buches „Der Wettlauf zum Jahre 2000“:

„Sie wissen, wie sympathisch ich Ihren Bestrebungen gegenüberstehe. Ich würde mich freuen, wenn es diesmal mein Terminkalender erlauben wird, daß ich selbst am Ostermarsch teilnehme.“ Zu dem Argument, daß der SPD-Vorstand die Beteiligung von Kommunisten beim Ostermarsch fürchte und deshalb den Sozialdemokraten vom Ostermarsch abrate, meinte Baade: Da sei doch die beste Lösung, daß möglichst viele prominente Sozialdemokraten mitmarschieren.



Helmut Gollwitzer

„... endlich einmal muß man nicht Deckung nehmen, wenn Deutsche zu marschieren anfangen. Diesmal marschieren sie nicht, bis alles in Scherben fällt, sondern damit nicht alles — wieder und noch mehr! — in Scherben fällt. Diejenigen Deutschen marschieren, die früher als die Mehrheit gemerkt haben, worum es heute geht. Es ist die Demonstration der Vernunft, der Freiheit und der wahren Vaterlandsliebe.“

Martin Walser:

„Meine Meinung: man muß wahrscheinlich Militärfachmann sein, um noch zu glauben, ein Atomkrieg sei zu gewinnen. Wir haben nur die Wahl, im nächsten Krieg als Mitschuldige oder als Unschuldige umzukommen. Wenn da die Wahl schwerfällt, mag seine dumme Hoffnung auf Atomwaffen bauen. Für mich ist jeder, der uns mit Atomwaffen ausrüsten will, asozial; ganz gleich, ob er es als Ingenieur, Offizier, Journalist oder Wähler tut.“

Marie Luise Kaschnitz:

„Wer sich am Ostermarsch beteiligt, schämt sich nicht einzugestehen, daß er Angst hat. Angst vor dem Leid und dem Sterben seiner Kinder, Angst vor der Vernichtung alles dessen, was seinem Leben und seiner Arbeit einen Sinn gegeben hat. Er ist ein Gegner der Gewaltpolitik und der Atomwaffen; der ewige Frieden ist für ihn keine Utopie, sondern eine Hoffnung.“



Anthony Greenwood, britischer Minister und einer der Vorsitzenden der Labour-Party: „Wir haben uns zusammengefunden und wir werden an Oster marschieren, nicht als Kameraden in Waffen, sondern als Kameraden gegen die Waffen. Überall in der Welt werden Millionen für dieses Ziel marschieren. Die Bewegung ging aus von Großbritannien, hat Wurzeln geschlagen in Frankreich und ist bereits zu einer starken oppositionellen Kraft in Deutschland geworden. Die Entwicklung unserer Bewegung in diesen drei Ländern wird die Weltlage revolutionieren.“



Bertrand Russell:

„Ich begrüße die Ostermärsche in der Bundesrepublik Deutschland. Sie demonstrieren den Wunsch eines großen Teiles des deutschen Volkes nach Beendigung des kalten Krieges in Mitteleuropa. Es ist bewegend, zu erfahren, daß Menschen in Deutschland den Mut haben, sich öffentlich der Militärpolitik und der sterilen Politik ihrer politischen Führer zu widersetzen. Wenn die Regierung in Bonn wirklich an ihre Parolen von Frieden und Freiheit glauben würde, würde jedes Mitglied dieser Regierung die Ostermärsche begrüßen.“

Zur Struktur der Kampagne

Die Ostermärsche sind in der Bundesrepublik entstanden auf Grund der freien Initiative einzelner, die spontan, privat und ohne den Beschluß irgendeiner Organisation zu dieser Form einer Kampagne für Abrüstung auftraten. Die Initiatoren sind darum bemüht, diesen Charakter der freien Initiative einzeln auch in der Struktur der Arbeit der Kampagne sichtbar werden zu lassen. Im Unterschied zu allen anderen Organisationen ist daher die Kampagne keine Mitgliederbewegung. Mitarbeiten kann grundsätzlich jeder, der die Grundsätze des Ostermarsches bejaht, d. h. vor allem, der keinen Zweifel läßt an der unterschiedslosen Ablehnung der Politik mit der Bombe im Osten und im Westen.

Die Kampagne gliedert sich in folgende Gremien:

1. Bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bilden zum Zwecke der Repräsentation das Kuratorium und bürgen mit ihrem Namen für die politische Unabhängigkeit der Kampagne für Abrüstung.

2. Das Führungsgremium auf Bundesebene ist der Zentrale Ausschuß (ZA), der die politische Aussage des Marsches und der gesamten Kampagne festlegt und die Richtlinien für die organisatorische Planung ausarbeitet. Zwischen den ZA-Sitzungen nimmt ein vom ZA aus seinen Reihen gewählter Arbeitsausschuß die Aufgaben des ZA wahr. Dem ZA gehören an:

- a) der Sprecher und der Geschäftsführer, die den ZA leiten und ihn nach außen vertreten; Sprecher ist Dr. Andreas Büro, 806 Dachau, Schwarzholzstr. 20; Geschäftsführer ist Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Postfach 648.
- b) je drei Vertreter der 11 Regionalen Ausschüsse.

Hamburg/Schleswig-Holstein: H. J. Willenberg, 24 Lübeck, Wandische Straße 61

Bremen: Detlef Dahike, 28 Bremen, Wilhelm-Wolters-Str. 50a

Niedersachsen: H. G. Friedrich, 33 Braunschweig, Schunterstraße 57

Nordrhein-Westfalen: Frank Werkmeister, 463 Bochum, Wittener Str. 183

Ostwestfalen/Lippe: Peter Rodkey, 48 Bielefeld, Siebenbürgerstr. 50

Hessen/Rheinland: Fritz Strass, 605 Offenbach 4, Postfach 648 Geschäftsstelle, Buchrainweg 161

Baden/Pfalz/Saar: Dr. Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen bei Heidelberg, Sitzbuchweg 14

Württemberg-Bodensee: W. Killguß, 7 Stuttgart-Bad Cannstatt, Daimlerstr. 65

Bayern-Nord: Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58

Bayern-Süd: Gerhard Schmid, 88 Augsburg, Branderstr. 28

Berlin: Klaus E. Diedrich, 1 Berlin 42, Postfach 364 Geschäftsstelle, 1 Berlin 12 Schlöterstr. 48

- c) Je ein Vertreter der unterstützenden Organisationen. Diese sind zur Zeit: Deutsche Friedensgesellschaft, Internationaler Versöhnungsbund, Verband der Kriegsdienstverweigerer, Internationale der Kriegsdienstgegner, Naturfreundejugend, Kirchliche Bruderschaften, Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Kampfband gegen Atomschäden, Komitee gegen Atomrüstung, Quäker.
- d) Die Kuratoren haben Zugang zu jeder Sitzung des ZA.

3. Örtliche Ausschüsse sind die Arbeitsgruppen der Mitarbeiter der Kampagne, die die organisatorische Arbeit leisten und die



Martin Niemöller

„Wir rüsten uns jetzt wieder für die Ostermärsche, und wir dürfen und sollen das mit großer Zuversicht tun... Wir wollen Menschen und Völker davon überzeugen, daß die Anwendung von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Menschlichkeit ist, dem sich alle Menschen entgegenstellen müssen.“



Sonderausgabe der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

Herausgeber: Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner.
Verantwortlich: Dr. Andreas Büro, 806 Dachau, Schwarzholzstraße 20, Telefon 56 86, Redaktion: Christel Eickmann, 463 Bochum, Kortelesstraße 14, Telefon 3 52 10.
Vertrieb und Bestellungen: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Tel. 38 09 57, Bezugspreis: jährlich DM 8,— einzuzahlen auf: Kampagne für Abrüstung, Zentrale: Ausschuß, Offenbach, Postfach-Konto 62 55, PSA Frankfurt/M. Erscheinungsweise: 12mal jährlich. —

Druck: Schömann & Klages, Bochum.

Kampagne ausbreiten helfen. Örtliche Ausschüsse bestehen in allen Großstädten der Bundesrepublik.

4. Die zehn Regionalen Ausschüsse koordinieren die Arbeit in den jeweiligen Regionen. Sie setzen sich in der Regel zusammen aus je zwei Vertretern der in der Region arbeitenden Örtlichen Ausschüsse. Die Regionalen Ausschüsse können Örtliche Ausschüsse, die gegen die Grundsätze des Ostermarsches verstoßen, auflösen.

Die Arbeit des Ostermarsches wird unter dem Zeichen der Internationalen Atomwaffengegner und der Internationalen Kampagne für Abrüstung durchgeführt. Das Zeichen stellt die beiden Buchstaben N D (Nuclear Disarmament = Atomare Abrüstung) des Flaggenelphabets dar.

Die Finanzierung der Kampagne erfolgt durch freiwillige Spenden von Förderern der Kampagne, die an keine politischen Bedingungen geknüpft sein dürfen.

Kuratorium der Kampagne

Frank Allain, House of Commons, London; Stefan Andres, Rom; Hedwig Born, Bad Pyrmont; Dr. Margherita von Brontano, Berlin-Dahlem; Benjamin Britten, Aldburgh/Suffolk/England; L. John Collins, Domherr, London; Herbert Fallert, Frankfurt/M.; Professor Dr. Ossip K. Fleckheim, Berlin; Christian Geißler, München; Prof. D. Helmut Gollwitzer, Berlin; Dr. Werner G. Haverbeck,

Valdorf; Prof. Dr. Gustav Heckmann, Hannover; Prof. Dr. Hans-Joachim Heydorn, Frankfurt; Heinz Hilpert, Intendant, Göttingen; Dr. Robert Jungk, Wien; Dr. Erich Kästner, München; Dr. Arno Klönne, Bochum; Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg DD, Dortmund; Christel Küpper, München; Dr. Armin Prinz zur Lippe, Detmold; Prof. Wilhelm Maler, Hamburg; Doz. Dr. med. Bodo Manstein, Detmold; Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden; Professor Katharina Petersen, Hannover; Earl Bertrand Russell O. M., F. R. S., London; Prof. Dr. L. Ruzicka, Zürich; Oberbürgermeister L. R. Robert Scholl, München; Martin Schröter, Studentenpfarrer, Heidelberg; Konrad Tempel, Ahrensburg/Holst.; Helga Tempel-Stolle, Ahrensburg/Holst.; Prof. Dr. Heinrich Vogel, Berlin; Prof. Dr. E. Wolf, Göttingen.

Broschüre zum Sofortprogramm der Kampagne

Das von der Kampagne für Abrüstung herausgebrachte Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa ist jetzt als 48seitige Broschüre erschienen mit Erläuterungen, grundsätzlichen Artikeln und Stellungnahmen prominenter Bürger zu diesem Programm. Die Broschüre enthält Beiträge von Egon Becker, Prof. Dr. Dr. Ossip K. Fleckheim, Hans Heinz Holz,

J. W. Klefsch, Dr. Arno Klönne und Fritz Vilmar.

Wir möchten diese Broschüre in der Hand eines jeden Interessierten wissen und bitten auch Sie um Ihre Bestellung. Die Bestellung kann u. a. mit einer Überweisung per Zahlkarte von DM 2,22 (Schutzgebühr DM 2,—, Porto DM —,20, Verpackung DM —,02) auf unser Postscheckkonto Frankfurt 6255 Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschluß erfolgen.

Bitte um Geld

Zum Schluß — wie konnte es anders sein: „Die Finanzierung der Kampagne für Abrüstung erfolgt durch freiwillige Spenden von Förderern der Kampagne.“ Für die Abrüstung werden Milliarden ausgegeben. In der Bundesrepublik Deutschland 1964 allein etwa 20 Milliarden DM. Diese Beträge werden bezahlt aus den Steuern, die Sie, die alle Bürger aufbringen. Die Kampagne für Abrüstung verfügt über keine finanziellen Mittel. Situation: David — Goliath!

Dürfen wir mit Ihrer Unterstützung rechnen? Unsere Konten: Postscheckkonto 6255, PS, Frankfurt; Bankkonto 740633, Bank für Gemeinwirtschaft, 605 Offenbach



Die Anhänger der Kampagne stellen ihre Auffassungen überall zur Diskussion, wo sich Gelegenheit bietet: im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz, in Parteiversammlungen, auf Tagungen von Verbänden. Gerne würden sie auch den Zeitungsleser mit ihren Vorstellungen bekannt machen; doch die bezahlten Zeitungsanzeigen kosten Geld, viel Geld — und nur selten kann es aufgebracht werden.

Die Ostermärsche sind die größten Aktionen der Kampagne für Abrüstung. Darüber hinaus unternehmen ihre Anhänger noch manch anderes Ungewöhnliche. Zu besonderen Anlässen werden Flugblätter und Sonder-Zeitungen gedruckt und an die Be-

völkerung verteilt. In den Zentren vieler Städte klären Mitglieder der Kampagne an Informationsständen die Passanten über Sachfragen auf, die mit der Abrüstung zusammenhängen. Es werden Podiumsdiskussionen organisiert, um den Bürgern Gelegenheit zu geben, unterschiedliche Standpunkte kennenzulernen.

Die Informationen über den Krieg in Vietnam sind bei den Bürgern der Bundesrepublik recht gering — die Gefahren, die dieser Krieg auch für uns mit sich bringt, sind den meisten Menschen nicht bewußt. Die Kampagne für Abrüstung versuchte — und wird weiter versuchen — diese Informationslücke zu schließen. In mehreren

Städten wurden „Vietnam-Wochen“ veranstaltet. Öffentliche Podiumsdiskussionen, Bilder- und Dokumentationsausstellungen, Straßendiskussionen, Flugblätter, Filme klärten über den Vietnam-Krieg auf. Durch Demonstrationen wurde gegen die amerikanische Vietnampolitik protestiert.

Die Aufzählung läßt sich verlängern. Die Kampagne für Abrüstung wird alles in ihrer Kraft stehende unternehmen, um sich selbst überflüssig zu machen. Wenn der Gedanke des friedlichen Zusammenlebens und der Abrüstung zum herrschenden Gedanken geworden ist, wird sich die Kampagne keine Gedanken mehr über die Möglichkeiten der Aufklärung machen müssen.

Übersetzung von MAURER vom 14. 1. 66.

ED 718-25-229

INTERNATIONAL CONFEDERATION ..., London, vom-

an KAMPAGNE FÜR ABHÜTUNG, Offenbach

vom 30. 11. 65

Wörtliche Übersetzung

Lieber Freund,

die IKAP ist sich der sehr großen Wichtigkeit Ihrer Arbeit voll bewusst.

Die Politik der westdeutschen Regierung ist seit länger Zeit von zentralem Interesse für all die, die ein Abschlassen der Spannung in Europa zu sehen wünschen.

Als die Haupt-Oppositions-Gruppe in der Bundesrepublik Deutschland ist Ihre Arbeit wesentlich für uns Alle.

Wir wünschen Ihnen Mut und Erfolg bei Ihren Treffen am 23. 1. 66.

+ + + + +

Besseres Deutsch

Die IKAP ist sich der großen Bedeutung Ihrer Arbeit voll bewusst.

Die Politik der deutschen Bundesregierung steht seit langen im Mittelpunkt des Interesses derer, die an einer Entspannung der Lage in Europa interessiert sind.

Sie sind die stärkste oppositionelle Gruppe in der Bundesrepublik Deutschland; Ihre Arbeit ist wesentlich für uns Alle.

Wir wünschen Ihnen Mut und Erfolg bei Ihren Treffen am 23. 1. 66.

ges. KENNETH LEE, Präsident

ges. GERRY HURMIUS, Generalsekretär

TELEGRAMM von JUGOSLAWISCHE LIGA ..., Belgrad

an KAMPAGNE ..., Offenbach

vom 6. 1. 66

Wörtliche Übersetzung

Anlässlich der Abhaltung von traditionellen Treffen zum Beginn der von Ihrer Bewegung und anderen fortschrittlichen Kräften im Kampf für Frieden und Abrüstung organisierten Osterreichischen Anti-nuklear-Märsche wünschen wir Ihnen und allen Teilnehmern an Treffen und Märschen unsere herzlichsten Grüße und Wünsche für Erfolg in diesen und zukünftigen Aktionen von Verteidigern des Friedens in Ihrem Lande übermitteln.

+ + + + +

Besseres Deutsch

Zum Beginn der schon traditionell gewordenen Treffen und der von Ihnen organisierten Ostermärsche gegen Atomwaffen übermitteln wir Ihnen und allen Teilnehmern unsere herzlichsten Grüße. Ihrer Bewegung und allen anderen fortschrittlichen Kräften, die in Ihrem Land im Kampf für Frieden und Abrüstung stehen, wünschen wir bei diesen und allen zukünftigen Aktionen viel Erfolg.

Jugoslawische Liga für Frieden,
Unabhängigkeit und Gleichheit ^{der} ~~aller~~ Völker

kampagne für abrüstung ostermarsch der atomwaffengegner



Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon (0611) 886051/52

Postcheck Frankfurt
Konto Nr. 6255

Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach, Kto. 740 633

8. Jan. 1966
va/ha

10.1.

2x 14.1. ab

Herrn
Horst Maurer

6 F - Schwanheim
Am Ruhestein 43

Lieber Horst,

ich möchte Dich wieder einmal als Übersetzungsbüro in Anspruch nehmen. Sei doch so gut und übersetze mir den beigegeführten Brief von ICDP und das beigegeführte Telegramm der jugoslawischen Friedensbewegung in möglichst gutes Deutsch. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du mir diese Arbeit bis spätestens 15.1.1966 zurückgeben könntest.

Herzlichen Dank und viele Grüße

Kls

IKAF London
Jugoslawien-Hilfe

Kuratorium: Frank Alloun, Stefan Andres, Hewig Bort, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossi K. Fleckheim, Christian Geissler, Helmut Gallwitzer, Werner G. Haverback, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilbert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönn, Heinz Kloppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Monstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Kuzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzstraße 20

... und
...schlagen,
...ren. Nach
...daher auch
...am Ober-

...ee

...auflocke-
...stärker
...s zu Re-
...00 Meter
...e Tages-
...derungen
...n. In den
...elgebirge
...emperaturen
...iten. Bei
...geringen
...s nachts
...Dr. H.

er gefesselt. Als die von Nachbarn alarmierten
Polizisten in die Wohnung eindringen, ging
Beltendorf mit Messern auf sie los. Er mußte
daraufhin den Polizeidienst — er gehörte zeit-
weise auch einem Sonderkommando an —
quittieren und verbrachte auch ein halbes
Jahr in einer Nervenheilanstalt. o-k

Mit Fackeln gegen den Krieg

Rund 500 Mitglieder der Kampagne für Ab-
rüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner
— protestierten am Freitagabend mit einem
Fackelzug durch die Innenstadt gegen die Un-
menschlichkeiten des Krieges in Vietnam. Die
Demonstranten errichteten vor dem amerika-
nischen Generalkonsulat ein Holzkreuz und
legten einen Kranz für die Opfer des Krieges
nieder. Auf dem Gelände des Hauses Dornbusch
in Eschersheim erklärte Professor Bartsch,
diese Aktion richte sich nicht gegen das ameri-
kanische Volk, sondern vielmehr gegen das
Blutvergießen und die Unmenschlichkeiten, gr.

rektor Reinhold Auel unter Zustimmung des
Elternbeirats beantragt.

27. 11

Von ihrer Gründung im Jahre 1804 an bis
1878 wurde die Musterschule als Gymnasium
für Jungen und Mädchen geführt. Wegen
Ueberfüllung (1200 Schüler) wurde die Mäd-
chenabteilung in die Elisabethenschule über-
wiesen. 90 Jahre nach dieser Trennung wird
sie wieder aufgehoben.

Bis Mitte der zwanziger Jahre machte sich
die Musterschule durch Reformbestrebungen
im neusprachlichen Unterricht einen Namen.
Nach dem Krieg entwickelte sie Methoden für
die Einführung des Faches Gemeinschafts-
kunde, das ab 1963 obligatorisch für alle Ober-
stufen an hessischen Gymnasien wurde.

Ab Ostern 1966 wird es in der Schule, wo
zur Zeit 650 Jugendliche unterrichtet werden,
auch keine Wanderklassen mehr geben. Pa-
villonbauten auf dem Pausenhof sollen auch
den Zustrom der neuen Sechster und Sexta-
nerinnen auffangen. Ferner wird 1966 auch
mit dem Erweiterungsbau der Schule be-
gonnen. lk



Finnlands neue Wasserrohre — und Hoechst

ED 241 - 25 - 272

Eine mit Betonringen beschwerte
Frischwasserleitung aus Hostalen
wird durch den Saimaa-See verlegt.

Wasser hat Finnland genug. Aber nicht überall gibt es
ausreichend Frischwasser. Hoechst hilft mit, die Trink-
wasserversorgung in Finnland zu verbessern. Neue
Rohrleitungen wurden gelegt. Die Rohre sind aus ®Ho-
stalen GM 5010. Dieser Kunststoff von Hoechst ist frost-
sicher und korrosionsbeständig. Das ist vor allem bei
aggressiven, sumpfigen Böden wichtig.

Neben Wohngebieten müssen auch Industrieanlagen
ausreichend mit Frischwasser versorgt werden. Zwei
Cellulosefabriken an den Ufern des Saimaa-Sees wurden
kürzlich mit einer 4,8 km langen Leitung aus Hostalen
verbunden. Die Rohre haben einen Außendurchmesser
von 355 mm. Die Wanddicke beträgt 22 mm. Für solche
Rohrleitungen wurden in den vergangenen drei Jahren
allein in Europa viele 1000 t Hostalen verwendet.

Ob im „nassen“ Norden oder im „trockenen“ Süden: Wo
es um Wasserrohre geht, hilft Hoechst mit einem moder-
nen Kunststoff, der hohen Anforderungen gerecht wird:
HOSTALEN



Ein
Jahrhundert
Chemie

Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt (M)-Hoechst

11



ED 749-25-233

SCHLUSS MIT DEM KRIEG IN VIETNAM END VIETNAM WAR NOW

Wir rufen aus Anlaß des „Marsches auf Washington“ in Solidarität mit der großen amerikanischen Opposition gegen die US-Regierungspolitik zu einer

Protest-Demonstration Gegen den Krieg in Vietnam

am Freitag, 26. 11. 65, 19.00 Uhr in Frankfurt a. M.

Treffpunkt: Paulsplatz (vor der Paulskirche) 18.45 Uhr

Demonstrationsstrecke: Paulsplatz, Neue Kräme, Liebfrauenstraße, Hauptwache, Große Bockenheimer Straße, Opernplatz, Bockenheimer Landstraße, Siesmayerstraße, Grüneburgweg, Fürstenberger Straße, Bremer Straße, Hansaallee, Am Dornbusch.

Kundgebung

gegen 20.30 Uhr vor dem Haus Dornbusch
Ecke Eschersheimer Landstraße / Am Dornbusch

Die Demonstration wird vor dem US-Generalkonsulat in der Siesmayerstraße für eine Gedenkminute für die Toten des Vietnam-Krieges stillstehen.

Bitte weitersagen und Freunde mitbringen!

Wünschen Sie genauere Auskunft, was Sie unternehmen können, um unsere Bemühungen für den Weltfrieden und für Sicherheit durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung zu unterstützen, dann wenden Sie sich an: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Postcheckkonto Ffm. 57648.

Verantwortlich für den Inhalt und Herausgabe: Klaus Yack, Offenbach;
Druck: Druckerei Alfred W. Dunker, 6 Frankfurt am Main.



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Demonstration zum Internationalen Vietnam-Tag

Rund fünfhundert Anhänger der Kampagne für Abrüstung demonstrierten am 26.11.1965, dem Vorabend des Internationalen Vietnam-Tages, gegen den Krieg in Vietnam. Mit dieser Veranstaltung solidarisierte sich die Kampagne für Abrüstung mit dem Marsch auf Washington, der von der amerikanischen Opposition gegen die Politik der USA in Vietnam getragen wird.

Die Demonstration führte durch die Frankfurter Innenstadt, am Generalkonsulat der Vereinigten Staaten vorbei durch amerikanische Wohnsiedlungen. Während einer Gedenkminute vor dem Generalkonsulat wurde ein Kreuz errichtet und ein Kranz niedergelegt mit der Aufschrift:

"Wir gedenken der zahllosen Toten des Vietnamkrieges und fordern: Schluß mit dem Krieg in Vietnam."

Bei der abschließenden Kundgebung sagte Prof. Dr. theol. Bertsch, diese Demonstration richte sich nicht gegen das amerikanische Volk, sondern gegen eine unmenschliche Politik, die von amerikanischer Seite in Vietnam praktiziert wird. In scharfer Form wandte er sich gegen die Stellungnahme des Bundespräsidenten Lübke, der keinesfalls im Namen aller bundesrepublikanischer Bürger sprechen könne.

Ebenfalls während der Kundgebung wurden Auszüge aus der Erklärung verlesen, mit der sich zahlreiche Schriftsteller, Professoren und Wissenschaftler für Frieden und Selbstbestimmung in Vietnam ausgesprochen haben. (Die Erklärung ist diesem Pressediens in vollem Wortlaut beigelegt.)

Offenbach, den 26. 11. 1965 - Straass -

27. 11. 65

ED 349-75-33

Anlage zum Pressedienst der Kampagne für Abrüstung

ERKLÄRUNG DEUTSCHSPRACHIGER SCHRIFTSTELLER UND INTELLEKTUELLER
ÜBER DEN KRIEG IN VIETNAM

Bundeskanzler Erhard hat der amerikanischen Regierung wiederholt versichert, daß deutsche Volk stehe hinter der Vietnam-Politik der USA. In den Vereinigten Staaten selbst wächst der Widerstand gegen diese Politik. Immer mehr Amerikaner zweifeln an den Erklärungen, mit denen die Regierung der USA ihre Intervention in Vietnam zu rechtfertigen sucht.

Falsche Benennung des Konflikts:

Die amerikanische Regierung bezeichnet den Krieg in Vietnam als einen Konflikt zwischen beiden Teilen des Landes, entstanden durch eine Aggression des Nordens gegen den Süden. In Vietnam habe der Kommunismus die Freie Welt angegriffen. Die amerikanische Regierung behauptet, der Krieg verteidige die Freiheit des südvietnamesischen Volkes gegen eine kleine Minderheit ausländischer oder von Ausland gesteuerter Partisanen. Die Vietcongs seien der verlängerte Arm Nordvietnams und damit Chinas. Die amerikanische Regierung erklärt, die Bombardierung Nordvietnams solle dem Expansionsstreben Chinas Einhalt gebieten. Der Krieg diene der Erhaltung des Weltfriedens.

Richtige Benennung des Konflikts:

Tatsächlich ist der Krieg in Südvietnam ein Bürgerkrieg, der bis zum Eingreifen der Vereinigten Staaten fast ausschließlich ein Kampf zwischen südvietnamesischen Revolutionären und der Regierung in Saigon war. Die USA haben das Genfer Abkommen von 1954, das freie Wahlen innerhalb von zwei Jahren vorsah, bewußt negiert und die Regierung Diem und deren Nachfolger gegen den Willen der Bevölkerung an der Macht gehalten.

Nach amerikanischen Schätzungen stehen über 3/4 der Bevölkerung auf Seiten der Aufständigen. Selbst heute, nach Ausdehnung des Krieges über beide Teile des Landes, wird die Unterstützung der Vietcong durch Nordvietnam auf maximal 25 Prozent geschätzt. Die Saigoner Regierung kann sich nur noch in den Städten und unter direktem Schutz der amerikanischen Truppen behaupten. Der Konflikt entwickelt sich immer mehr zu einem Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk. Dabei geht es nach Aussagen führender amerikanischer Militärs nicht nur um die Vernichtung der Vietcong, sondern gleichzeitig um die Erprobung neuer Waffen und Techniken zur Niederschlagung von Volksaufständen in anderen Teilen der Welt.

Die Vietcongs sind eine nationale und soziale Befreiungsbewegung Südvietnams, die vor allem von der Landbevölkerung und der städtischen Intelligenz getragen wird. Sie sind politisch organisiert in einer "Nationalen Befreiungsfront", in der es neben den (in der Führung) dominierenden Kommunisten auch starke bürgerliche und nationale Gruppierungen gibt. Erst die Tatsache, daß die USA mit der ganzen Übermacht ihres technischen Potentials in den Krieg eingegriffen und ihn auf Nordvietnam ausgedehnt haben, droht die Vietnamesen unter den traditionell gefürchteten Einfluß Chinas

zu zwingen. Die amerikanische Intervention erhöht die Gefahr eines großen Krieges in Asien, der leicht zum dritten Weltkrieg führen kann. Zugleich werden hier die Grundlagen für einen Rassenkonflikt gelegt, dessen Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind.

Die bisherige Bilanz des Krieges:

- * Eine halbe Million Menschenleben hat der zweite Vietnamkrieg nach vorsichtigen Schätzungen bereits gefordert.
- * 160 000 Zivilisten sind allein zwischen 1961 und 1964 umgekommen.
- * Folterungen und Gefangenemord sind seit Jahren an der Tagesordnung.
- * Tausende von Siedlungen wurden vernichtet, ihre Einwohner getötet oder in sogenannte Wehrdörfer deportiert; die praktisch Konzentrationslager sind.
- * Napalmbomben, Giftchemikalien und neuartige Vernichtungswaffen treffen in wachsendem Ausmaße die Zivilbevölkerung.
- * Durch diese moderne Strategie der verbrannten Erde, droht sich hier der Tatbestand des Völkermordes zu erfüllen.

Frieden und Selbstbestimmung für Vietnam!

Angesichts dieser Tatsachen distanzieren wir uns von der moralischen Unterstützung des Vietnamkrieges durch die Bundesregierung. Wir begrüßen die Forderungen Frankreichs und der blockfreien Länder nach Einstellung der Luftangriffe und Regelung des Konflikts auf der Basis der Genfer Vereinbarungen.

Wir schließen uns den 5 000 amerikanischen Professoren und Dozenten an, die für die sofortige Beendigung des Krieges und für die Neutralisierung ganz Vietnams eintreten.

Wir solidarisieren uns mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, deren Sprecher, Nobelpreisträger Martin Luther King, zu Demonstrationen für den Frieden in Vietnam aufgerufen hat.

Wir appellieren an alle Demokraten in der Bundesrepublik, diese Erklärung und ihre politischen Forderungen zu unterstützen und in die Öffentlichkeit zu tragen.

Diese Erklärung, die am 26.11.1965 (am Vorabend des internationalen Vietnam-Tages) veröffentlicht wurde, findet u.a. die Unterstützung folgender Persönlichkeiten:

Carl Amery, Dr. Günther Anders, Prof. Dr. Ernst Bloch, Heinrich Böll, Heinz von Cramer, Hans Magnus Enzensberger, Erich Fried, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer DD, Prof. Dr. Jürgen Habermas, Prof. Dr. Walter Jens, Uwe Johnson, Dr. Robert Jungk, Dr. Erich Kästner, Horst Krüger, Wolfgang Neuss, Dr. Harry Pross, Fritz J. Raddatz, Paul Schallück, Gerhard Schoenberner, Wolfdietrich Schnurre, Martin Walser, Peter Weiss, Wolfgang Weyrauch.



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Buchrainweg 161, Postfach 648, Ruf 886051

Liebe Freunde,

unsere heutigen Mitteilungen sind in einigen Punkten außerordentlich wichtig. Wir bitten Sie deshalb um Ihr Interesse und Ihre Unterstützung.

Internationaler Vietnam-Tag

Ende November veranstaltet die amerikanische Friedensbewegung den Marsch auf Washington aus Protest gegen das US-Engagement in Vietnam. In der Bundesrepublik werden etwa 30 Solidaritätsveranstaltungen sein. Für Hessen (wo wir bereits die Vietnam-Woche und Vietnam-Veranstaltungen in vielen örtlichen Ausschüssen hatten) ist folgendes vorgesehen:

1. Am Vorabend zum internationalen Vietnam-Tag, am Freitag, 26.11.65 findet eine Fackeldemonstration mit anschließender Kundgebung in Frankfurt statt. Wir demonstrieren durch die Frankfurter Innenstadt, dann vorbei am US-Generalkonsulat in der Siesmayerstraße und weiter durch die amerikanischen Wohnsiedlungen in der Carl-Schurz-Siedlung. Wir bitten Sie, das beigegefügte Flugblatt, das nähere Informationen gibt, zur Kenntnis zu nehmen. Wir bitten Sie, an der Demonstration teilzunehmen. Wir bitten Sie, weitere Mitbürger auf die Veranstaltung aufmerksam zu machen und mitzubringen.
2. Erstmals wollen wir, über die Frankfurter Demonstration hinaus, versuchen, außerhalb Frankfurts eine Aktion durchzuführen, die aus der gesamten Umgebung unterstützt wird. Wir haben Hanau ausgewählt, weil dort sehr viele amerikanische Einheiten stationiert sind und weil wir dort einen aktiven und aktionsfähigen Ausschuß haben. Auch in Hanau findet eine Fackeldemonstration statt am Samstag, 27.11.1965, Beginn 16,45 Uhr in der Lamboystraße / Ecke Feuerbachstraße. Die Demonstration führt entlang an Kasernen und amerikanischen Wohnungen, später durch die Innenstadt auf folgenden Straßen: Lamboystraße, Wilhelmstraße, Nordstraße, Sandeldamm, Mühlstraße, Am Freiheitsplatz, Marktstraße zum Deutschen Goldschmiedehaus. Auf dem Platz vor dem Deutschen Goldschmiedehaus findet gegen 18 Uhr eine öffentliche Kundgebung statt. Wir bitten, von überall im südhessischen Gebiet an dieser Aktion in Hanau teilzunehmen. Vom Frankfurter Gewerkschaftshaus in der Wilhelm Leuschner Straße wird am 27.11., 16 Uhr (pünktlich!) ein Bus zu der Demonstration nach Hanau starten. Der Bus macht Zwischenstation um 16,20 Uhr an der Südseite des Wilhelmsplatzes an der Bleichstraße in Offenbach. Der Bus fährt nach der Veranstaltung wieder nach Offenbach und Frankfurt zurück.

Weihnachtskarten

Wir bieten Ihnen zu Weihnachten oder zum Jahreswechsel einen Kartensatz an. Für DM 3.-- liefern wir 18 (teils mehrfarbige) Weihnachts- und Neujahrskarten mit Umschlägen, hergestellt von der britischen Kampagne und deshalb eine Reihe mit OM-Motiven. Der durchschnitt-

liche Stückpreis beläuft sich somit auf DM 0,20 - also nicht teurer als derartige Karten üblicherweise sind und Sie unterstützen damit unsere Arbeit. Außerdem gehören zu der Lieferung 10 Kalendertäfelchen 1966, die Sie bei den größeren Karten und Umschlägen Ihrem Kartengruß beifügen können.

Informationen zur Abrüstung

Wir haben Sie mehrfach mit den "Informationen zur Abrüstung" bekannt gemacht, indem wir unseren Sendungen Probestücke beigelegt haben. Heute möchten wir Sie noch einmal recht herzlich bitten, unsere Arbeit durch ein Jahresabonnement der "Informationen zur Abrüstung" zu unterstützen. Falls Sie die IZA bereits abonniert haben oder bereits zu viele Zeitungen lesen "müssen", daß für Sie ein Jahresabonnement nicht mehr in Frage kommt, bitten wir Sie, noch einmal besonders zu prüfen, ob Sie von unserem beigelegten Angebot für Geschenkabonnements Gebrauch machen können. Bitte entschließen Sie sich schnell, denn ab 20. Dez. 1965 ist in unserer Geschäftsstelle bis 3.1.1966 niemand mehr zu erreichen.

Kalendertäfelchen und Skatkarten

Manche werden schimpfen, manche werden es für eine ausgezeichnete Idee halten und viele werden sich einfach freuen und bestellen. Wir bieten Ihnen komplette Skatkarten (und auch Kalendertäfelchen 1966) an, die auf der Rückseite mit dem OM-Emblem bedruckt sind und außerdem unsere Anschrift und den Text "Ohne kleine Leute keine großen Kriege" bekanntmachen. Vielleicht können Sie dies bei Ihren Geschenken, die Sie in den nächsten Wochen verteilen werden, berücksichtigen. Für jedes Kartenspiel, das Sie gegen eine Schutzgebühr von DM 4,50 übernehmen, lassen Sie uns einen erheblichen Fördererbeitrag zukommen. Und damit sind wir zum Schluß bei unserem alten Problem, den

Finanzen

Durch die gesteigerte Aktivität, die uns in diesem Jahr besonders durch die Notstandsplanungen und durch den Krieg in Vietnam aufgezungen wurde, sind wir in außergewöhnlichem Maße mit finanziellen Problemen konfrontiert worden, wie sie der Hessische Ausschuß bisher nicht kannte. Wir wissen, daß die meisten Mitarbeiter und Förderer in der Kampagne für Abrüstung nicht aus der oberen Einkommensklasse kommen und daß es für manche schon schwierig ist, neben einer Ostermarsch-Teilnehmergebühr von DM 20.--, monatlich DM 3.-- oder gar DM 5.-- an die Ostermarschkasse zu stiften. Alle Freunde, die an Fördererbeiträgen in diesem Jahr schon ihr Möglichstes getan haben, möchten wir deshalb noch einmal besonders auf die beigelegte Bestelliste hinweisen. Manche Materialien, die wir Ihnen anbieten, können auch gute Geschenke sein und werden bei den Beschenkten die gleiche Freude auslösen wie ein anderes Geschenk. Denken Sie bitte nicht, daß es in der Geschäftsstelle des Hessischen Ausschusses Leute gibt, die gerne handeln und Geschäfte machen. Dazu wäre in der sogenannten freien Wirtschaft genügend Möglichkeit. Uns geht es einzig darum, unsere wichtige Arbeit zu steigern und dazu braucht man neben gutem Willen, Arbeitseifer etc. auch Geld.

In diesem Sinne hoffen wir, auch weiterhin Ihre Unterstützung zu finden. Wir hoffen, daß dies für 1965 unser letztes Rundschreiben sein konnte und möchten Ihnen deshalb einen guten Start für ein hoffentlich friedlicheres neues Jahr wünschen.

gez.: Klaus Vack
.. Sprecher -

gez.: Fritz Strass
-Geschäftsführer-



Ich hörte schon so vieles
sagen
Von Kampf und Lärm
und Kriegsgeschrei,
wenn hinten weit in der
Türkei
Die Völker aufeinander-
schlagen.

Was

kümmert

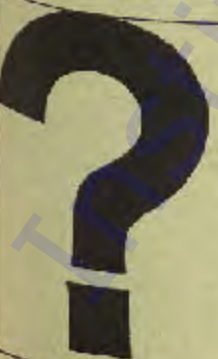
Meiner



der

Allmählich gewöhnt man sich daran. Neue Angriffe amerikanischer Bomberverbände gegen nordvietnamesische Brücken, Elektrizitätswerke, Staudämme und Industrieanlagen. Neue Überfälle von Vietcongverbänden gegen Stützpunkte der Regierungstruppen.

Mekong



Obwohl sich der Krieg in Vietnam von Monat zu Monat verschärft, liefert er kaum mehr Schlagzeilen für die Tagespresse. Er ist alltäglich geworden. Wer denkt bei uns schon daran, daß in Vietnam eine verzweifelte Bevölkerung seit über 20 Jahren unterdrückt wird, unter Krieg und Fremdherrschaft leidet? Ein langer, grausamer Krieg beendete 1954 die französische Kolonialherrschaft; die Viet-Minh-Bewegung zwang die Franzosen zum Abzug aus Vietnam.

Am Ende des Kolonialkrieges standen die Genfer Vereinbarungen, mit denen die Großmächte dem vietnamesischen Volk die nationale Selbstbestimmung durch freie Wahlen garantierten. Doch die Regierung der Vereinigten Staaten verhinderte die Wahlen, weil sie

bedürftete, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für den derzeitigen Staatspräsidenten von Nordvietnam, Ho Tschü Minh, stimmen würde.

Statt freier Wahlen bescherte die US-Regierung dem vietnamesischen Volk eine Marionettenregierung von Washingtons Gnaden. Amerika unterstützte das korrupte Saigoner Regime mit allen Mitteln. Doch die Gelder flossen in die Taschen der Regierungspolitiker. Den freien Bauern wurde das Land genommen. Wer Widerstand leistete, kam ins Gefängnis oder ins Konzentrationslager. Es wurde gefoltert und gemordet. Ganze Dörfer wurden umgesiedelt — „um das Land zu befrieden“ erklärt man in Saigon.

DER AUFSTAND IST LÄNGST ZUM KRIEG GEWORDEN

Es kam zu immer stärkeren Aufständen der Bevölkerung. Überall bildeten sich Partisanengruppen. Die Vietnamesen hatten nicht gegen die französische Kolonialmacht gekämpft, um sich anschließend von einer korrupten Satellitenregierung unterdrücken zu lassen. Die zunächst primitiv bewaffneten Partisanengruppen waren von den gut ausgerüsteten Regierungstruppen rasch vernichtet worden, wenn die Bevölkerung die Aufständischen nicht ständig unterstützt hätte.

Die Amerikaner schickten immer mehr Waffen. Die meisten fielen den „Rebellen“ in die Hände. Dann kamen amerikanische Soldaten und übernahmen den Krieg. Heute befinden sich über 130 000 Amerikaner in Vietnam im Einsatz. Je länger der Krieg dauert, umso brutaler wurde die Unterdrückung. Bis Mitte 1963 gab es über 160 000 Tote. 700 000 Menschen wurden gefoltert und verstümmelt. 3 000 wurde der Bauch aufgeschlitzt. 80 Prozent der Landbevölkerung wurde in sogenannten Wehrdörfern zusammengetrieben, die nichts anderes als Zwangsarbeitslager sind.

HITLER IST SEIN VORBILD

Der derzeitige Ministerpräsident von Südvietnam, Cao Ky, erklärte, daß Adolf Hitler sein politisches Vorbild sei. Er hält die Situation in Südvietnam inzwischen für so verzweifelt, daß ein Hitler nicht mehr genüge; er kennt auch nur eine Lösung des Vietnamproblems: die völlige Vernichtung der Rebellen. Doch: 80 Prozent der Bevölkerung unterstützen die „Vietcong“. Wirklich: eine verzweifelte Situation für Herrn Ky.

DIE US-REGIERUNG IST VERANTWORTLICH

Doch Herr Ky ist nur eine Marionettenfigur. Entscheidend und damit verantwortlich ist die Regierung der Vereinigten Staaten. Amerika kämpft aus strategisch-machtpolitischen Gründen um seinen Einfluß in Südostasien. Zur Zeit glaubt die US-Regierung offensichtlich, ihr Prestige zu verlieren; wenn sie sich gegen die Bevölkerung eines kleinen Landes nicht durchsetzen kann.

Bei der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams — der „Vietcong“-Bewegung — glaubt man anscheinend, daß der Kampf gegen die stärkste Militärmacht der Welt militärisch zu gewinnen sei. Doch eines ist sicher: Bei einer Fortsetzung des schmutzigen Krieges wird die vietnamesische Bevölkerung weiterhin der Leidtragende bleiben.

Die Vereinigten Staaten werden dann vor der Weltöffentlichkeit endgültig zu dem werden, was sie in Vietnam bereits sind: Eine Großmacht, welche vor keinem Mittel zurückschreckt, im Namen der westlichen Freiheit die Freiheit und Selbstbestimmung fremder Völker immer dann zu unterdrücken, wenn amerikanische Machtinteressen es ihnen nötig erscheinen lassen. Darum sollte sich auch Herr Meier kümmern. Die Vereinigten Staaten sind schließlich die Verbündeten der Bundesrepublik.

VERHANDLUNGEN UND SCHLUSS MIT DEM KRIEG IN VIETNAM

Die Kampagne für Abrüstung hat immer wieder aufgezeigt, daß Gewalt keine Probleme löst. Damit Freiheit und Selbstbestimmung nicht endgültig zur hohlen Phrase werden und damit der kleine Vietnamkrieg nicht in die allgemeine Weltvernichtung umschlägt, fordern wir:

- **Sofortige Beendigung der Kriegsausweitung durch die Regierung der Vereinigten Staaten, d. h. die Einstellung der Bombardierungen Nordvietnams;**
- **Einhaltung der Genfer Konventionen, d. h. die Beendigung des Einsatzes von Giftgas und chemischen Kampfmitteln;**
- **Anerkennung der „Vietcong“-Bewegung als Verhandlungspartner und Aufnahme von Verhandlungen;**
- **Waffenstillstand und anschließende militärische Neutralisierung Vietnams, garantiert von den Großmächten.**

WELTWEITER PROTEST GEGEN DIE US-POLITIK

Seit Monaten finden in allen Teilen der Welt, insbesondere in den Vereinigten Staaten Massendemonstrationen gegen die Politik der US-Regierung statt. Am 27. November werden Zehntausende durch einen Marsch auf Washington die Regierung Johnson zur Beendigung des Krieges zu bewegen versuchen. Die Kampagne für Abrüstung unterstützt diese Bewegung und veranstaltet vielerorts in der Bundesrepublik Solidaritätsaktionen.

Die Bundesregierung hat sich mit dem amerikanischen Vorgehen in Vietnam uneingeschränkt solidarisch erklärt. Gleichzeitig spricht sie ständig von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht für Deutschland. Diese Doppelzüngigkeit ist eine Verhöhnung des vietnamesischen und des deutschen Volkes.

Wir fordern darum die Bürger der Bundesrepublik — und ganz besonders die Bundesregierung — auf: **Keine Unterstützung für die US-Politik in Vietnam, sondern Druck auf Washington, den schmutzigen Krieg zu beenden.**

Wünschen Sie genauere Auskunft, was Sie unternehmen können, um die Bemühungen der Kampagne für Abrüstung um den Weltfrieden und für Sicherheit durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung zu unterstützen, dann wenden Sie sich an:

**Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner
605 Offenbach 4 - Postfach 648**





ED 312-15-237

SCHLUSS MIT DEM KRIEG IN VIETNAM END VIETNAM WAR NOW

Wir rufen aus Anlaß des „Marsches auf Washington“ in Solidarität mit der großen amerikanischen Opposition gegen die US-Regierungspolitik zu einer

Protest-Demonstration Gegen den Krieg in Vietnam

am Freitag, 26. 11. 65, 19.00 Uhr in Frankfurt a. M.

Treffpunkt: Paulsplatz (vor der Paulskirche) 18.45 Uhr

Demonstrationsstrecke: Paulsplatz, Neue Kräme, Liebfrauenstraße, Hauptwache, Große Bockenheimer Straße, Opernplatz, Bockenheimer Landstraße, Siesmayerstraße, Grüneburgweg, Fürstenberger Straße, Bremer Straße, Hansaallee, Am Dornbusch.

Kundgebung

gegen 20.30 Uhr vor dem Haus Dornbusch
Ecke Eschersheimer Landstraße / Am Dornbusch

Die Demonstration wird vor dem US-Generalkonsulat in der Siesmayerstraße für eine Gedenkminute für die Toten des Vietnam-Krieges stillstehen.

Bitte weitersagen und Freunde mitbringen!

Wünschen Sie genauere Auskunft, was Sie unternehmen können, um unsere Bemühungen für den Weltfrieden und für Sicherheit durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung zu unterstützen, dann wenden Sie sich an: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Postscheckkonto Ffm. 57648.

LD 374-24-539

An die
KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
 Ostermarsch der Atomwaffengegner
 Zentraler Ausschuß
605 OFFENBACH (MAIN) 4
 Postfach 648

Bitte, mit der Schreibmaschine oder gut lesbar
 in Blockschrift ausfüllen!

Absender:
 Name
 Postleitzahl Wohnort
 Straße

Ich bestelle Geschenkabonnement(s)
 der Zeitschrift „Informationen zur Abrüstung“
 für das Jahr 1966 (12 Ausgaben).
 Das / die Geschenkabonnement(s) ist / sind für
 folgende(n) Empfänger bestimmt?

*)
 Name
 Postleitzahl Wohnort

Straße
 *)

2. Name
 Postleitzahl Wohnort

Straße
 *)

3. Name
 Postleitzahl Wohnort

Straße

Diese Kästchen sind bestimmt um zu vermerken, ob Sie das
 Geschenkabonnement dem Empfänger überreichen möchten oder
 ob es direkt von uns dem Empfänger zugeschickt werden soll.
 Falls die Zusendung durch uns erfolgen soll, vermerken Sie dies
 bitte durch ein Kreuz in dem Kästchen; wo nichts angekreuzt
 ist, werden wir Ihnen das Geschenkabonnement zuzenden, zur
 Weitergabe an den Empfänger.

Liebe Leser der „Informationen zur Abrüstung“!
 Liebe Freunde der Kampagne für Abrüstung!

Auch Sie werden sich bald den Kopf darüber zerbrechen, was
 Sie Ihrem Vater, Ihrem Bruder, Ihrem Arbeitskollegen, Ihrem
 Freund oder sogar Ihrem Bundestagsabgeordneten zu Weih-
 nachten als Geschenk überreichen wollen. Grübeln Sie nicht
 weiter darüber nach, machen Sie lieber von unserem Ange-
 bot eines Geschenkabonnements der „Informationen zur Ab-
 rüstung“ für das Jahr 1966 Gebrauch. Kostenpunkt: DM 8.—,
 das entspricht (wir gestehen es ein ohne Schamrot zu werden)
 53 1/2 Bildzeitungen gegen 96 Seiten „Informationen zur Ab-
 rüstung“.

Wenn auch Sie glauben, daß es sich lohnt, zu außergewöhn-
 lichen Anlässen außergewöhnliche Geschenke zu geben, dann
 verschenken Sie diesmal auch die „Informationen zur Ab-
 rüstung“.

Nebenstehend finden Sie einen Bestellzettel, den Sie bitte
 gut lesbar in Blockschrift ausfüllen, damit Ihr Geschenkabon-
 nement immer richtig und pünktlich ankommt. Benutzen Sie
 außerdem gleichzeitig unsere Zahlkarte und überweisen Sie
 DM 8.—, DM 16.— oder DM 24.— (je nach der Zahl der
 Geschenkabonnements), damit wir gleichzeitig mit dem Ein-
 gang des Bestellzettels den Eingang der Abonnementgeb-
 ühren vorliegen haben und damit Sie sichergehen können,
 daß Ihr(e) Geschenkabonnement(e) rechtzeitig zu Weihnach-
 ten in den Händen haben.

Sicher haben Sie Verständnis dafür, daß wir keine großartig
 aufgemachten Abonnements-Gutscheine aushändigen werden,
 sondern daß wir Ihnen an die Adresse des Empfängers eines
 jeden Geschenkabonnements einen freundlichen und hoffent-
 lich auch überzeugenden Brief zur Verfügung stellen, auf das
 der neue Leser der „Informationen zur Abrüstung“ diese von
 der äußeren Aufmachung her (wegen der begrenzten finanziel-
 len Möglichkeiten) einfache und nicht allzu anspruchsvolle
 Zeitung gerne in die Hand nimmt.

Mit freundlichen Grüßen
 Redaktion und Vertrieb
 der „Informationen zur Abrüstung“

Raum für Vermerke des Absenders
 Geschenkabonnummer (6)
 Eingez.,
 auf Konto-Nr. **6255** PSchA Frankfurt
 Einlieferungsschein
 — sorgfältig aufbewahren —
 (in Ziffern) D-Mark Pfg.
 für
 Kampagne für Abrüstung
 — Ostermarsch
 der Atomwaffengegner —
 Zentraler Ausschuß
 in **605 Offenbach 4**

Zum Ankleben
 der Kamkarte
 durch den
 Absender
 (Gebührensätze
 einseitig)

DM 6255 Pfg. für Konto Nr. **6255**
 für
 Kampagne für Abrüstung
 — Ostermarsch
 der Atomwaffengegner —
 Zentraler Ausschuß
 in **605 Offenbach 4**

Konto - Nr. **6255**
 Poststeckamt
 Frankfurt

Eingangsstempel

Zahlkarte

Absender: **DM 6255** Pfg. für Konto Nr. **6255**
 auf DM Pfg., wörtlich
 für
 Kampagne für Abrüstung
 — Ostermarsch
 der Atomwaffengegner —
 Zentraler Ausschuß
 in **605 Offenbach 4**

Eingangs-Nr.
 eingetragen durch
 am

Aufgabestempel

DM 6255 Pfg.
 für Konto
 PSchA **Frankfurt**

Eingezahlt am

Absender
 (Name, Wohnort, Straße, Haus
 Nr., Gebührensatz, Staatswert):

Betrifft:
 Geschenkabonnummer (6)

Postwertmarken
 Postleitzahl
 Postzustellung
 Postzustellung

Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Befriht:
Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus
von Fritz Vilmar

Ist das „weatliche“ Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in der Lage, eine Abrüstung wirtschaftlich ohne weitreichende Krisenerechnungen zu realisieren?

Dieses Problem unterzieht Fritz Vilmar in seinem Buch „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“ einer ökonomisch-soziologischen Analyse. Die Schrift hat darum besondere Bedeutung, weil im Gegensatz zu anderen weatlichen Ländern, in der Bundesrepublik so gut wie keine zusammenhängenden Untersuchungen über die mit einer Abrüstung verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme vorliegt.

Der Autor zeigt zunächst, welche Bedeutung Rüstungs- und Kriegswirtschaft im Kapitalismus des 20. Jahrhunderts bisher gehabt haben; es folgt eine Bestandaufnahme über den Rüstungssektor in den weatlichen Volkswirtschaften der Gegenwart. Anschließend wird die realpolitische Notwendigkeit einer Abrüstung für den Fortbestand des Lebens der Menschheit dargelegt. Möglichkeiten der Abrüstung und des Disengagemente sowie erste Erfolge der internationalen Verhandlungen werden aufgezeigt.

In einem der wichtigsten Abschnitte des Buches werden theoretische Modelle einer Umstellung der rüstungswirtschaftlichen Potentials auf zivile Produktion wiedergegeben. Die deutsche Öffentlichkeit mit diesen englischen und amerikanischen Planungen bekanntzumachen, ist gerade deshalb so wichtig, weil es hierzulande noch so gut wie keine vorbeugenden Überlegungen in dieser Richtung gibt.

Abschließend gibt der Autor eine außerordentlich kritische Darstellung der politischen und wirtschaftlichen „Machteliten“ und Interessengruppen, die sich einer Abrüstungspolitik entgegenstellen, nicht zuletzt wegen der damit verbundenen wirtschaftlichen Umstellungen und Risiken.

Die Kampagne hat von dem Buch „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“ eine begrenzte Sonderauflage herstellen lassen. Das Buch (Paperback, über 300 Seiten, erschienen bei der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt) kostet im Buchhandel DM 14,80. Die begrenzte Sonderauflage der Kampagne für Abrüstung wird zum Preis von DM 9,90 das Stück, zuzüglich DM 1,20 für Porto und Verpackung abgegeben. DM Betrag von DM 11 — überweisen Sie bitte mit der anhängenden Zahlkarte; Sie erhalten dann das Buch sofort, ohne daß weitere Unkosten entstehen, zugestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr.: Klaus Vack
Geschäftsführer

Raum für Vermerke des Absenders:
Vilmar „Rüstung und Abrüstung im
Spätkapitalismus“
auf Konto-Nr. **62 55** PSchA
Frankfurt

Einlieferungsschein
— sorgfältig aufbewahren —

11. D-
Mark — Pfg.
(in Ziffern)

für
Kampagne für Abrüstung
— Ostermarsch
der Atomwaffengegner —
Zentraler Ausschub
in: 805 Offenbach 4

Postvermerk
Einlieferungsnummer
Postamtbezeichnung

11. DM — Pfg. für Konto Nr. **62 55**

Zum Aufkleben
der Freimarke
durch den
Absender
(Gebührensätze
umseitig)

Zahlkarte

D-
Mark wie oben
Konto - Nr.
62 55
Postcheckamt
Frankfurt

für
Kampagne für Abrüstung
— Ostermarsch
der Atomwaffengegner —
Zentraler Ausschub
in: 805 Offenbach 4

Eingetragen durch
Nr.
Postvermerk
Eingang-Nr.

Aufgabestempel

11. DM — Pfg.
für Konto
62 55
Nr. PSchA, Frankfurt
Eingezahlt am
Absender
(Name, Wohnort, Str. u. Haus-
Nr., Gebüdetel), Stock

Absender
Vilmar „Rüstung und Abrüstung
im Spätkapitalismus“

Betrefft:



1966

	Januar	Februar	März
S	2 8 16 23 29	5 12 20 27	6 13 20 27
M	3 10 17 24 31	7 14 21 28	7 14 21 28
D	4 11 18 25	1 8 15 22	8 15 22 29
M	5 12 19 26	2 9 16 23	9 16 23 30
D	6 13 20 27	3 10 17 24	10 17 24 31
F	7 14 21 28	4 11 18 25	11 18 25
S	1 8 15 22 29	5 12 19 26	6 12 19 26
	April	Mai	Juni
S	3 10 17 24 31	1 8 15 22 29	5 12 19 26
M	4 11 18 25	2 9 16 23 30	6 13 20 27
D	5 12 19 26	3 10 17 24 31	7 14 21 28
M	6 13 20 27	4 11 18 25	1 8 15 22 29
D	7 14 21 28	5 12 19 26	2 9 16 23 30
F	1 8 15 22 29	6 13 20 27	3 10 17 24
S	2 9 16 23 30	7 14 21 28	4 11 18 25
	Juli	August	September
S	3 10 17 24 31	7 14 21 28	4 11 18 25
M	4 11 18 25	1 8 15 22 29	5 12 19 26
D	5 12 19 26	2 9 16 23 30	6 13 20 27
M	6 13 20 27	3 10 17 24 31	7 14 21 28
D	7 14 21 28	4 11 18 25	1 8 15 22 29
F	1 8 15 22 29	5 12 19 26	2 9 16 23 30
S	2 9 16 23 30	6 13 20 27	3 10 17 24
	Oktober	November	Dezember
S	2 9 16 23 30	6 13 20 27	4 11 18 25
M	3 10 17 24 31	7 14 21 28	5 12 19 26
D	4 11 18 25	1 8 15 22 29	6 13 20 27
M	5 12 19 26	2 9 16 23 30	7 14 21 28
D	6 13 20 27	3 10 17 24	1 8 15 22 29
F	7 14 21 28	4 11 18 25	2 9 16 23 30
S	1 8 15 22 29	5 12 19 26	3 10 17 24 31

Karfreitag 5. April, Ostern 10. und 11. April, Christi Himmelfahrt 19. Mai, Pfingsten 29. und 30. Mai, Fronleichnam 8. Juni, Buß- und Bettag 16. November

Ohne
kleine
Leute

keine
großen
Kriege

Kampagne
für Ab-
rüstung
1950-1952
Zusatz 148

Kampagne
für Ab-
rüstung
1950-1952
Zusatz 148

keine
großen
Kriege

Ohne
kleine
Leute

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

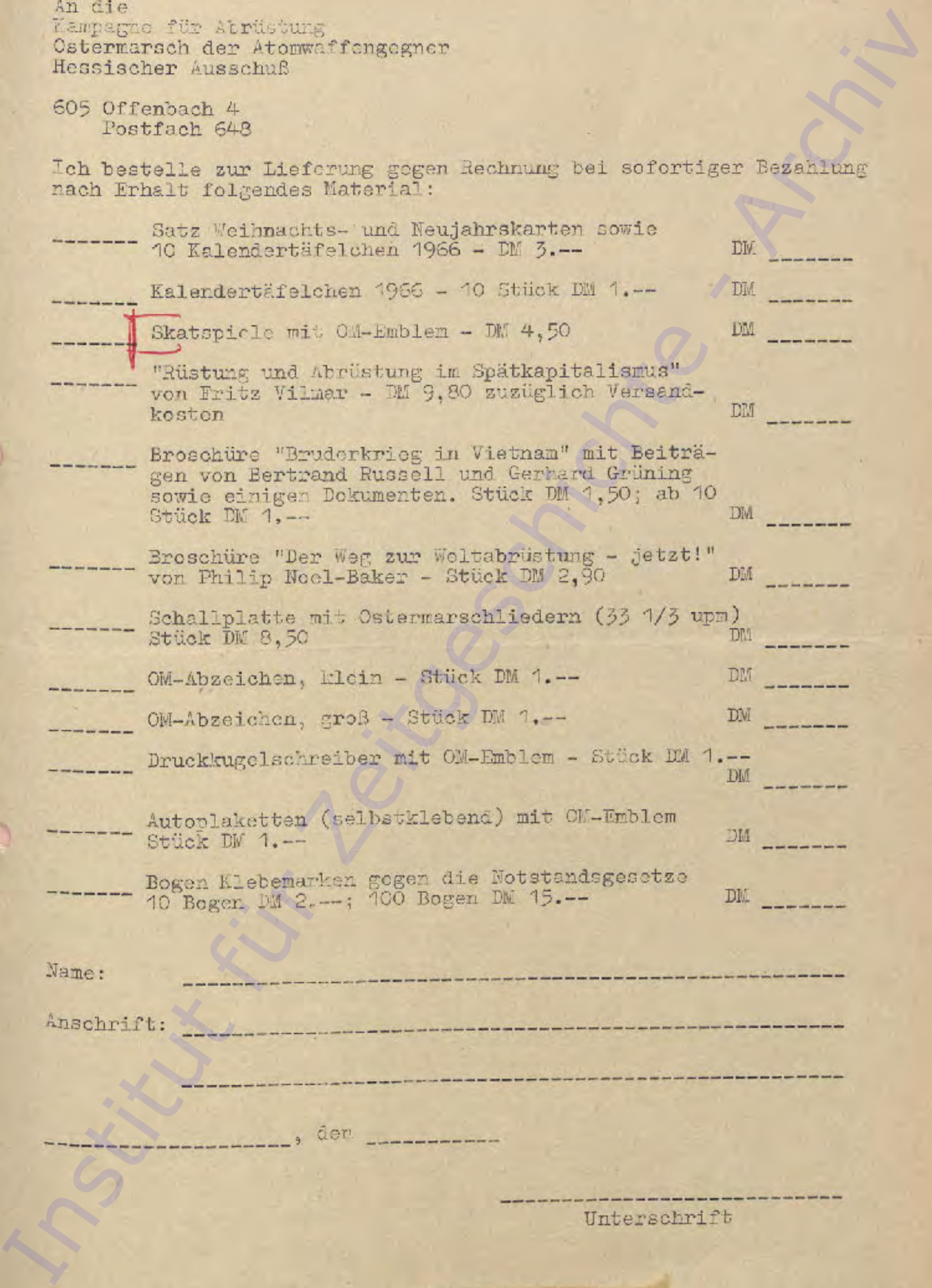
- Satz Weihnachts- und Neujahrskarten sowie
10 Kalendertäfelchen 1966 - DM 3.-- DM -----
- Kalendertäfelchen 1966 - 10 Stück DM 1.-- DM -----
- Skatspiele mit OM-Emblem - DM 4,50 DM -----
- "Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus"
von Fritz Vilmer - DM 9,80 zuzüglich Versand-
kosten DM -----
- Broschüre "Bruderkrieg in Vietnam" mit Beiträ-
gen von Bertrand Russell und Gerhard Grüning
sowie einigen Dokumenten. Stück DM 1,50; ab 10
Stück DM 1.-- DM -----
- Broschüre "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt!"
von Philip Noel-Baker - Stück DM 2,90 DM -----
- Schallplatte mit Ostermarschliedern (33 1/3 upm)
Stück DM 8,50 DM -----
- OM-Abzeichen, klein - Stück DM 1.-- DM -----
- OM-Abzeichen, groß - Stück DM 1.-- DM -----
- Druckkugelschreiber mit OM-Emblem - Stück DM 1.-- DM -----
- Autoplaketten (selbstklebend) mit OM-Emblem
Stück DM 1.-- DM -----
- Bogen Klebemarken gegen die Notstandsgesetze
10 Bogen DM 2.--; 100 Bogen DM 15.-- DM -----

Name: -----

Anschrift: -----

-----, den -----

Unterschrift



2.11.65

RUNDBRIEF

Liebe Freunde,

wir haben Ihnen heute einige sehr wichtige Mitteilungen zu machen und wünschen, daß jeder die Möglichkeit findet, diesen Rundbrief durchzuarbeiten.

1. Vietnam-Woche

Die Veranstaltungswoche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung", die vom 28.9. - 3.10.1965 in Frankfurt stattfand, hat einigen Wirbel gemacht und weit über die Grenzen Frankfurts hinaus Aufsehen erregt. Wir sind in besonders starkem Maße in einen direkten Kontakt zu vielen tausend Frankfurter Bürgern gekommen und wir konnten der Öffentlichkeit beweisen, daß die Kampagne für Abrüstung zu einer Kraft geworden ist, die man zur Kenntnis nehmen muß. Da nicht alle unsere Anhänger die Möglichkeit hatten, an allen Veranstaltungen teilzunehmen, fügen wir einen recht ausführlichen Bericht über die Veranstaltungswoche bei.

Weitere Veranstaltungen fanden bereits in Hanau und Dieburg statt. Der Terminplan für weitere Ausstellungen bzw. Veranstaltungen zu dem Krieg in Vietnam sieht wie folgt aus: Hofheim 4.11.1965; Gießen 5. - 7.11.1965; Wetzlar 6.11.1965; Offenbach 13.11.1965; Darmstadt 13.11.1965; Mörfelden 20.11.1965; Wiesbaden - Termin steht noch nicht fest.

2. Veranstaltung des Sozialistischen Bundes und des SDS

Am 6./7. November 1965 veranstalten der Sozialistische Bund und der SDS im Großen Saal des Gewerkschaftshauses Frankfurt, Wilhelm Leuschner Str. 69-77 eine INTERNATIONALE DISKUSSION. Wir sehen uns veranlasst, auf diese Veranstaltung hinzuweisen, da u.a. ein Experte zu Fragen der Rüstung, Dr. Th. Prager, Arbeitskammer Wien, zu dem Thema sprechen wird: DIE BESONDERE SOZIALÖKONOMISCHE FUNKTION DER RÜSTUNGSWIRTSCHAFT.

Leider konnte uns ein genauer Zeitplan über den Verlauf der Veranstaltung bisher nicht mitgeteilt werden; es steht jedoch fest, daß das Referat von Dr. Th. Prager am Samstag, 6.11.1965 gehalten wird. Die Tagung beginnt um 14 Uhr.

Weitere Referenten der INTERNATIONALEN DISKUSSION sind Prof. Dr. E. März, Arbeitskammer Wien, E. Mandel, Chefredakteur von "La Gauche" Brüssel, Prof. Dr. Wolfgang Abendroth und Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtner.

3. Unsere finanzielle Situation

In fast jedem Rundschreiben kommen wir mit dem leidlichen Lied, daß wir Geld brauchen. Wir haben Angst, daß bei manchem von uns der Eindruck entstehen könnte, das Peteln sei bei uns zu einer mehr oder weniger stereotypen Ledewendung geworden. Dem ist nicht so.

Als wir vor etwa fünf Jahren mit unserer Arbeit begannen, haben wir uns konzentriert auf den jährlich stattfindenden Ostermarsch. Zwischen den Ostermärschen geschah relativ wenig. Heute ist es so, daß wir uns

als eine außerparlamentarische Bewegung verstehen, die nicht nur die einmal begonnenen Ostermärsche traditionell fortführt, sondern darüber hinaus das ganze Jahr über aktiv ist. Hinzu kommt, daß es gerade in diesem Jahr mancherlei unangenehme Vorkommnisse in der großen Politik gab, die uns veranlassten, stärker als bisher tätig zu sein; denken wir nur an die permanente "Krise" in Vietnam und an die drohenden Notstandsgesetze, die uns zum Teil schon beschert wurden. Der steigenden Arbeit und damit den steigenden finanziellen Ausgaben steht nicht in gleichem Maße eine Zunahme der Spenden und Fördererbeiträge gegenüber. Leider (vielleicht auch glücklicherweise!) sind wir nach wie vor finanziell völlig abhängig von dem, was die Anhänger der Kampagne für Abrüstung freiwillig zahlen. Leider brachten unsere Spendenaufrufe, vor allen zur Finanzierung der Vietnam-Woche nicht so viel Geld, wie unbedingt gebraucht wurde, um dieses sehr wichtige Projekt in der geplanten Weise durchführen zu können.

Wir müssen deshalb heute noch einmal (vor allem jene, die uns für die Vietnam-Woche bisher nicht unterstützen konnten) bitten, uns in den nächsten Tagen eine nach den eigenen finanziellen Möglichkeiten bemessene Spende zukommen zu lassen. Jetzt, vier Wochen nach der Vietnam-Woche, werden einige Rechnungen fällig, die wir ohne Ihre Unterstützung nicht bezahlen können. Unser Postscheckkonto beim PSA Frankfurt hat die Nummer 57 648. Außerdem führen wir bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 605 Offenbach ein Girokonto unter der Nummer 740 294. Für Ihre erneute finanzielle Unterstützung sagen wir Ihnen ein verbindliches Dankeschön.

4. Sofortprogramm

Das Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa ist jetzt als Broschüre erschienen und zwar mit Erläuterungen, grundsätzlichen Artikeln und Stellungnahmen prominenter Bürger unseres Landes. Wir möchten diese Broschüre in der Hand eines jeden Interessierten wissen und bitten auch Sie, von der beigefügten Zahlkarte Gebrauch zu machen und damit die Broschüre zu bestellen. (Schutzgebühr DM 2.--, Porto DM 0,20, Verpackung DM 0,02; schreiben Sie Ihre Adresse bitte genau und gut leserlich auf die Rückseite des Empfängerabschnittes, da wir diesen Abschnitt als Adressatenaufkleber benutzen.)

5. Umfrage zum Ostermarsch 1966

Sie finden beigefügt einen Fragebogen, der sich im wesentlichen mit der Arbeit der Kampagne in den nächsten Monaten und mit dem Ostermarsch 1966 beschäftigt. Wir möchten gerne in Erfahrung bringen, wie man außerhalb des Hessischen Ausschusses und außerhalb der örtlichen Ausschüsse über diese Fragen denkt.

Ob der Ostermarsch 1966 in der gleichen oder in einer wenig geänderten Form wie in den früheren Jahren stattfinden soll, hat den Hessischen Ausschuss bereits in mehreren Sitzungen beschäftigt. Es gibt die verschiedensten Argumente, wobei die Diskussion in den letzten Monaten dadurch entschärft wurde, daß wir über den Ostermarsch 1965 hinaus sehr viele Veranstaltungen und Aktionen durchführten und dadurch die Form der Ostermärsche mehreren Freunden nicht mehr so problematisch erschien, da der Ostermarsch zu einer (wenn auch großen) Veranstaltung unter vielen wurde. Vielfach wurde die Vietnam-Woche in ihrer Auswirkung dem Ostermarsch gleichgesetzt.

Wir bitten allen Freunde, die den Ostermarsch kritisch betrachten, bevor sie sich daran machen, den Fragebogen auszufüllen, einmal darüber nachzudenken, ob der Ostermarsch in seitheriger Form gerade wieder dadurch an Bedeutung erlangt hat, daß wir zwischen Ostern 1965 und 1966 sehr vielfältige und unterschiedliche Demonstrationsformen entwickelt haben, die auch nach Ostern 1966 weiter entwickelt werden. Auf alle Fälle sind wir daran interessiert, recht viele Antworten auf unsere Umfrage zu bekommen.

6. Notstandsgesetze

Folgende Notstandsgesetze wurden noch vom alten Bundestag in der Zeit vom 24. - 30. Juni verabschiedet und inzwischen verkündet:

1. Das Verkehrssicherstellungsgesetz (das u.a. die Zulassung von Privatfahrzeugen außer Kraft setzen kann);
2. Das Ernährungssicherstellungsgesetz (das u.a. die Ausgabe von Lebensmittelkarten und die Zwangsbewirtschaftung regelt);
3. Das Wirtschaftssicherstellungsgesetz (das u.a. der Exekutive Eingriffe in die gewerbliche Wirtschaft und in die Produktion ermöglicht, d.h. die Zwangswirtschaft einführt);
4. Das Wassersicherstellungsgesetz (das die Zuteilung von Wasser im Kriegsfall vorsieht);
5. Das Zivilschutzkorpsgesetz (das u.a. die Aufstellung einer beweglichen Truppe von 200 000 Mann vorsieht);
6. Das Schutzbaugesetz (das u.a. zum Bau von "Schutzräumen" mit Notausgang und Gasschleuse verpflichtet);
7. Das Selbstschutzgesetz (das u.a. jede Familie verpflichtet, auf eigene Kosten Verdunklungseinrichtungen, Lebensmittelvorräte, Gasmasken, Luftschutzgeräte anzuschaffen; jeden Bürger zwischen 16 und 65 Jahren zu Luftschutzübungen zwingt und den "Selbstschutzwart" einführt).

Der volle Text ist im Bundesgesetzblatt, und zwar in den Ausgaben 38, 42 und 50 des Jahres 1965 abgedruckt. Diese drei Ausgaben des Bundesgesetzblattes kosten, einschließlich Verpackung und Porto, DM 3.-- und können bestellt werden, indem Sie an Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postscheckkonto Köln 399 den Betrag von DM 3.-- überweisen und auf dem Empfängerabschnitt vermerken: Für Bundesgesetzblatt 38/65, 42/65, 50/65.

Bei dem Verlag "Neue Kritik" können Sie außerdem die Broschüre "Demokratie vor dem Notstand" (ein Protokoll des Bonner Studentenkongresses gegen die Notstandsgesetze am 30. Mai 1965) zum Preis von DM 3.-- bestellen. Die Anschrift: 6 Frankfurt W 13, Kurfürstenstr. 8.

So, das wär's für heute. Wir danken Ihnen, daß Sie diesen wichtigen und sicher informativen Rundbrief durchgelesen haben und wünschen nun nur noch, daß Sie dem beigegeführten Material ebenfalls Ihre Aufmerksamkeit widmen.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.: Klaus Vack
- Sprecher -

gez.: Fritz Strass
- Geschäftsführer -

INFORMATIONEN

über die Veranstaltungswoche: GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM - FÜR WELTWEITE
ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG.

Vorbemerkungen

Um gegen den Krieg in Vietnam und insbesondere gegen die unrechtmäßige Position der Vereinigten Staaten in diesem Krieg zu protestieren und um über die unsäglichen Leiden, die das vietnamesische Volk erdulden muß, sowie über die Gefahren, die der Krieg in Vietnam für den Weltfrieden bedeutet, möglichst viele Menschen zu informieren, veranstaltete der Hessische Ausschuß vom 28.9. - 4.10.1965 in Frankfurt eine Vietnam-Woche, die unter dem Motto stand: GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM - FÜR WELTWEITE ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG. Diese Veranstaltungswoche brachte uns manche neue Erfahrungen und war erfolgreich, wenn man sie nicht an der Weiterführung des Krieges in Vietnam, sondern an der bitter notwendigen Aufklärung unserer Mitmenschen über das Geschehen in Vietnam mißt.

Es sei vorausgeschickt, daß man die Vietnam-Woche den seitherigen "Großveranstaltungen" der Kampagne, nämlich den Ostermärschen, gleichsetzen kann und daß die organisatorischen Schwierigkeiten gleichermaßen erheblich waren. Ein engeres Mitarbeiterteam von etwa 10 Personen und ein erweitertes Mitarbeiterteam von ungefähr 30 Personen waren bereits 4 Wochen vor der Veranstaltungswoche ständig tätig und es gelang trotz der großen Zahl der Mitarbeiter nicht, alle Ziele zu erreichen, die wir uns gesteckt hatten.

Die Unkosten für die Woche betragen DM 7.500,--; bisher konnten wir DM 5.000,-- als zweckgebundene Fördererbeiträge und während der Veranstaltungswoche als Spenden einnehmen, sodaß ein Betrag von DM 2.500,-- bisher ungedeckt ist.

Das Programm der Vietnam-Woche bestand aus einer Eröffnungskundgebung, einer Filmveranstaltung, einer Podiumsdiskussion, einem 32-Stunden-Protest vor dem amerikanischen Generalkonsulat, einem großen Informationsstand und verschiedenen Lobbyaktionen in der Frankfurter Innenstadt, einer Matinee-Veranstaltung und einer Abschlußkundgebung auf dem Römerberg mit anschließender Fackeldemonstration. Alle Veranstaltungen waren gut (jedoch nicht übermäßig gut) besucht und man konnte bei fast jeder Veranstaltung einen hohen Prozentsatz neuen Publikums antreffen.

Die Geschichte von der Paulskirche

Für die Eröffnungskundgebung, die am 28.9. stattfand, war die Paulskirche als Veranstaltungsort vorgesehen. Da früher einmal geplant war, die Vietnam-Woche Anfang September zu veranstalten, hatte Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert in einem Brief an den Hessischen Ausschuß die Paulskirche bereits zur Verfügung gestellt. Für die auf den 28.9.1965 verschobene Kundgebung versagte der Magistrat nun die Paulskirche, mit der Begründung, die geplante Veranstaltung sei "keine Kundgebung mit einem allgemein politischen Charakter", sondern "offensichtlich eine konkrete Demonstration zu einem sehr aktuellen Thema." Am 6.9.1965 hat sich der Hessische Ausschuß in einem Brief an Prof. Brundert gegen diese neuerliche Repressalie gegen die Kampagne für Abrüstung verwahrt und unter Bezug auf die Veranstaltung am 1.9.1965 darauf hingewiesen, daß damals bereits eindeutig bekundet wurde, "daß wir mit der Kundgebung in der Paulskirche den Antikriegstag begehen und gleichzeitig eine Vietnam-Woche eröffnen wollen."

Dennoch blieb der Magistrat unter Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert bei seiner ablehnenden Haltung, wobei seitens des Rathauses u.a. argumentiert wurde, daß die liberale Tradition der Paulskirche belastet würde, wenn über Kundgebungen mit einem allgemein politischen

Charakter hinaus auch Veranstaltungen durchgeführt würden, die als eine "konkrete Demonstration zu einem sehr aktuellen Thema" verstanden werden müßten. Hierzu konnte der Hessische Ausschuß nur feststellen, daß gerade mit der Verweigerung der Paulskirche gegenüber der Kampagne für Abrüstung und durch die verschiedenen Behinderungen im vergangenen Jahr die liberale Tradition der Stadt Frankfurt - die unter anderem in der liberalen Tradition der Paulskirche begründet liegt -, größter Schaden zugefügt wird. Die fortgesetzte Behinderung einer oppositionellen Minderheit ist mit der liberalen Tradition Frankfurts ebenso wenig zu vereinbaren wie mit dem Geist unserer demokratischen Verfassung.

In dieser Auffassung wurden wir auch durch einen Brief der Humanistischen Union, Ortsverband Frankfurt bestätigt, in dem es u.a. heißt: "Nun also wird Ihnen die Paulskirche verweigert. Diese Entscheidung dürfte zwar formal noch innerhalb der Legalität liegen, vom Geist unserer Verfassung läßt sie freilich nichts verspüren, ganz zu schweigen vom Geist der Paulskirche selbst."

Eröffnungsveranstaltung

Da die Paulskirche nicht zur Verfügung stand, wurde die Vietnam-Woche am 28.9.1965 im Rathaus-Kasino eröffnet. Etwa 600 Leute nahmen an der Veranstaltung teil. Als erster sprach der Leiter des Frankfurter Kabarets "Die Schmiere", Rudolf Rolfs zu dem Thema "Liberales Frankfurt - eine Phrase?". Rudolf Rolfs sagte u.a.: "Diese Schikanen sind letztlich Meinungsmaße. Die Verwaltung ist bemüht, der bequemlichkeitsstüchtigen Bevölkerung uns als die Unbequemen darzustellen. Was müssen das denn für welche sein, die auf Verbrechen in Vietnam aufmerksam machen wollen und den Bürger hierzuland veranlassen, möglicherweise wegen einer durch so eine Demonstration bedingten Verzögerung 10 Minuten zu spät zum Mittagessen zu kommen? Steter Polizeieinsatz soll es schaffen, daß es weniger Demonstranten werden."

Zu den Themen der Vietnam-Woche sprachen der Publizist Hans Heinz Holz, der Ordentliche Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim und der Sprecher der schweizerischen Kampagne für Abrüstung, der Publizist Heinrich Buchbinder. Zu der westlichen Behauptung, daß die Freiheit in Vietnam verteidigt würde, sagte Buchbinder: "Die Freiheit kann nur zu Hause verteidigt werden. Was als Beispiel auf die Welt ausstrahlen soll, daß muß erst im eigenen Hause Wirklichkeit sein. Die Bedrohung kommt nicht von den eingeborenen Völkern. Die westliche Welt hatte 100 Jahre Zeit, sich zu bewähren. Es ist deshalb eine Notwendigkeit, daß von der westlichen Welt und insbesondere von Europa eine Entspannung ausgeht, die alle Völker zusammenbringt."

Filme über Vietnam

Bei der Filmveranstaltung, die am zweiten Abend der Vietnam-Woche stattfand, konnte neben dem Spielfilm "Wege zum Ruhm" lediglich der nordvietnamesische Film "Der Zaunkönig" gezeigt werden.

Es gab bei der Filmbeschaffung große Schwierigkeiten. Bereits über einen Monat vor der Veranstaltungswoche hat sich der Hessische Ausschuß an die Botschaften der Vereinigten Staaten und Südvietnams in Bonn gewandt sowie an das Frankfurter Amerikahaus und an die Botschaften Nordvietnams, Chinas, sowie an die Defa-Filmstelle in Ostberlin. Von südvietnamesischer Seite ist nicht einmal eine Antwort eingetroffen und das Amerikahaus in Frankfurt hat mitgeteilt, die amerikanische Botschaft in Bonn besitze einen Film über das Vietnamproblem, der auf dem amerikanischen Weißbruch zu dieser Frage basiert, aber leider nicht verfügbar sei. Wir haben daraufhin dem Amerikahaus noch einmal mitgeteilt, daß man beim Hessischen Ausschuß zu der Filmveranstaltung großen Wert darauf legt, die verschiedenen Standpunkte aller Seiten bekanntzumachen. Das Amerikahaus ist jedoch bei seiner ablehnenden Haltung geblieben. Auch die Versuche, einen französischen Film zu bekommen, sind gescheitert.

Bei den Bemühungen, von östlicher Seite Filme zu bekommen, sind wir auf andere Schwierigkei-

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, im Oktober 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

INFORMATIONEN

über die Veranstaltungswoche: GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM - FÜR WELTWEITE
ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG.

Vorbemerkungen

Um gegen den Krieg in Vietnam und insbesondere gegen die unrechtmäßige Position der Vereinigten Staaten in diesem Krieg zu protestieren und um über die unsäglichen Leiden, die das vietnamesische Volk erdulden muß, sowie über die Gefahren, die der Krieg in Vietnam für den Weltfrieden bedeutet, möglichst viele Menschen zu informieren, veranstaltete der Hessische Ausschuß vom 28.9. - 4.10.1965 in Frankfurt eine Vietnam-Woche, die unter dem Motto stand: GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM - FÜR WELTWEITE ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG. Diese Veranstaltungswoche brachte uns manche neue Erfahrungen und war erfolgreich, wenn man sie nicht an der Weiterführung des Krieges in Vietnam, sondern an der bitter notwendigen Aufklärung unserer Mitmenschen über das Geschehen in Vietnam mißt.

Es sei vorausgeschickt, daß man die Vietnam-Woche den seitherigen "Großveranstaltungen" der Kampagne, nämlich den Ostermärschen, gleichsetzen kann und daß die organisatorischen Schwierigkeiten gleichermaßen erheblich waren. Ein engeres Mitarbeiterteam von etwa 10 Personen und ein erweitertes Mitarbeiterteam von ungefähr 30 Personen waren bereits 4 Wochen vor der Veranstaltungswoche ständig tätig und es gelang trotz der großen Zahl der Mitarbeiter nicht, alle Ziele zu erreichen, die wir uns gesteckt hatten.

Die Unkosten für die Woche betragen DM 7.500, --; bisher konnten wir DM 5.000, -- als zweckgebundene Fördererbeiträge und während der Veranstaltungswoche als Spenden einnehmen, sodaß ein Betrag von DM 2.500, -- bisher ungedeckt ist.

Das Programm der Vietnam-Woche bestand aus einer Eröffnungskundgebung, einer Filmveranstaltung, einer Podiumsdiskussion, einem 32-Stunden-Protest vor dem amerikanischen Generalkonsulat, einem großen Informationsstand und verschiedenen Lobbyaktionen in der Frankfurter Innenstadt, einer Matinee-Veranstaltung und einer Abschlußkundgebung auf dem Römerberg mit anschließender Fackeldemonstration. Alle Veranstaltungen waren gut (jedoch nicht übermäßig gut) besucht und man konnte bei fast jeder Veranstaltung einen hohen Prozentsatz neuen Publikums antreffen.

Die Geschichte von der Paulskirche

Für die Eröffnungskundgebung, die am 28.9. stattfand, war die Paulskirche als Veranstaltungsort vorgesehen. Da früher einmal geplant war, die Vietnam-Woche Anfang September zu veranstalten, hatte Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert in einem Brief an den Hessischen Ausschuß die Paulskirche bereits zur Verfügung gestellt. Für die auf den 28.9.1965 verschobene Kundgebung versagte der Magistrat nun die Paulskirche, mit der Begründung, die geplante Veranstaltung sei "keine Kundgebung mit einem allgemein politischen Charakter", sondern "offensichtlich eine konkrete Demonstration zu einem sehr aktuellen Thema." Am 6.9.1965 hat sich der Hessische Ausschuß in einem Brief an Prof. Brundert gegen diese neuerliche Repressalie gegen die Kampagne für Abrüstung verwahrt und unter Bezug auf die Veranstaltung am 1.9.1965 darauf hingewiesen, daß damals bereits eindeutig bekundet wurde, "daß wir mit der Kundgebung in der Paulskirche den Antikriegstag begehen und gleichzeitig eine Vietnam-Woche eröffnen wollen."

Dennoch blieb der Magistrat unter Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert bei seiner ablehnenden Haltung, wobei seitens des Rathauses u.a. argumentiert wurde, daß die liberale Tradition der Paulskirche belastet würde, wenn über Kundgebungen mit einem allgemein politischen

Charakter hinaus auch Veranstaltungen durchgeführt würden, die als eine "konkrete Demonstration zu einem sehr aktuellen Thema" verstanden werden müßten. Hierzu konnte der Hessische Ausschuß nur feststellen, daß gerade mit der Verweigerung der Paulskirche gegenüber der Kampagne für Abrüstung und durch die verschiedenen Behinderungen im vergangenen Jahr die liberale Tradition der Stadt Frankfurt - die unter anderem in der liberalen Tradition der Paulskirche begründet liegt -, größter Schaden zugefügt wird. Die fortgesetzte Behinderung einer oppositionellen Minderheit ist mit der liberalen Tradition Frankfurts ebenso wenig zu vereinbaren wie mit dem Geist unserer demokratischen Verfassung.

In dieser Auffassung wurden wir auch durch einen Brief der Humanistischen Union, Ortsverband Frankfurt bestätigt, in dem es u.a. heißt: "Nun also wird Ihnen die Paulskirche verweigert. Diese Entscheidung dürfte zwar formal noch innerhalb der Legalität liegen, vom Geist unserer Verfassung läßt sie freilich nichts verspüren, ganz zu schweigen vom Geist der Paulskirche selbst."

Eröffnungsveranstaltung

Da die Paulskirche nicht zur Verfügung stand, wurde die Vietnam-Woche am 28.9.1965 im Rathaus-Kasino eröffnet. Etwa 600 Leute nahmen an der Veranstaltung teil. Als erster sprach der Leiter des Frankfurter Kabarets "Die Schmiere", Rudolf Rolfs zu dem Thema "Liberales Frankfurt - eine Phrase?". Rudolf Rolfs sagte u.a.: "Diese Schikanen sind letztlich Meinungsmache. Die Verwaltung ist bemüht, der bequemlichkeitsstüchtigen Bevölkerung uns als die Unbequemen darzustellen. Was müssen das denn für welche sein, die auf Verbrechen in Vietnam aufmerksam machen wollen und den Bürger hierzuland veranlassen, möglicherweise wegen einer durch so eine Demonstration bedingten Verzögerung 10 Minuten zu spät zum Mittagessen zu kommen? Steter Polizeieinsatz soll es schaffen, daß es weniger Demonstranten werden."

Zu den Themen der Vietnam-Woche sprachen der Publizist Hans Heinz Holz, der Ordentliche Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim und der Sprecher der schweizerischen Kampagne für Abrüstung, der Publizist Heinrich Buchbinder. Zu der westlichen Behauptung, daß die Freiheit in Vietnam verteidigt würde, sagte Buchbinder: "Die Freiheit kann nur zu Hause verteidigt werden. Was als Beispiel auf die Welt ausstrahlen soll, daß muß erst im eigenen Hause Wirklichkeit sein. Die Bedrohung kommt nicht von den eingeborenen Völkern. Die westliche Welt hatte 100 Jahre Zeit, sich zu bewähren. Es ist deshalb eine Notwendigkeit, daß von der westlichen Welt und insbesondere von Europa eine Entspannung ausgeht, die alle Völker zusammenbringt."

Filme über Vietnam

Bei der Filmveranstaltung, die am zweiten Abend der Vietnam-Woche stattfand, konnte neben dem Spielfilm "Wege zum Ruhm" lediglich der nordvietnamesische Film "Der Zaunkönig" gezeigt werden.

Es gab bei der Filmbeschaffung große Schwierigkeiten. Bereits über einen Monat vor der Veranstaltungswoche hat sich der Hessische Ausschuß an die Botschaften der Vereinigten Staaten und Südvietnams in Bonn gewandt sowie an das Frankfurter Amerikahaus und an die Botschaften Nordvietnams, Chinas, sowie an die Defa-Filmstelle in Ostberlin. Von südvietnamesischer Seite ist nicht einmal eine Antwort eingetroffen und das Amerikahaus in Frankfurt hat mitgeteilt, die amerikanische Botschaft in Bonn besitze einen Film über das Vietnamproblem, der auf dem amerikanischen Weißbruch zu dieser Frage basiert, aber leider nicht verfügbar sei. Wir haben daraufhin dem Amerikahaus noch einmal mitgeteilt, daß man beim Hessischen Ausschuß zu der Filmveranstaltung großen Wert darauf legt, die verschiedenen Standpunkte aller Seiten bekanntzumachen. Das Amerikahaus ist jedoch bei seiner ablehnenden Haltung geblieben. Auch die Versuche, einen französischen Film zu bekommen, sind gescheitert.

Bei den Bemühungen, von östlicher Seite Filme zu bekommen, sind wir auf andere Schwierigkei-

Der Vietnam-Report wurde von den Journalisten Peter Milka, Bernd Schütze und Wolfgang Vogel zusammengestellt. Die Unterlagen für den Report wurden fast ausschließlich westlichen Quellen, vorwiegend amerikanischen Zeitungen, entnommen. Der Report wurde von Laienschauspielern verlesen. Es ist geplant, die Texte in Kürze mit einem ausführlichen Quellenachweis gedruckt herzustellen. Leider war diese Veranstaltung, die im Kleinen Resistenz-Theater "Die Maininger" stattfand, nur sehr schlecht besucht, was besonders schade ist wegen des qualifizierten Materials, das geboten wurde.

Abschlußveranstaltung

Die Abschlußveranstaltung der Vietnam-Woche fand dann am Montagabend auf dem Frankfurter Römerberg statt. An der Kundgebung nahmen nicht mehr als 1 000 Menschen teil. An dem Fackelzug anschließend, durch die Frankfurter Innenstadt, beteiligten sich etwa 800 Menschen. Die für Ostermarsch-Verhältnisse schwache Beteiligung an der Abschlußkundgebung steht in einem sehr schlechten Verhältnis zu der Bedeutung der Vietnam-Woche und es muß hierzu bedauernd angemerkt werden, daß sehr viele unserer Anhänger das Problem Vietnam scheinbar nicht richtig einzuschätzen wissen.

Schlußbemerkungen

Bei einer Auswertung der Vietnam-Woche kam es im großen und ganzen zu einer sehr positiven Bewertung. Auch die Stimmen verschiedener unserer Anhänger, die nicht im Hessischen Ausschuß sind, und die uns bis heute vorliegen, enthalten im wesentlichen eine positive Kritik. Man kann sagen, daß die Kampagne für Abrüstung während der Vietnam-Woche das Geschehen in Frankfurt entscheidend mitbestimmt hat und daß wir noch nie in so großem Maße in persönlichen Kontakt zu tausenden Bürgern dieser Stadt gekommen sind. Wenn man berücksichtigt, daß es zu keinerlei Schwierigkeiten und Zusammenstößen mit der Polizei kam, daß also der von uns niemals gewünschte Skandal fehlte, auf den jedoch die Presse überlicherweise reflektiert, dann können wir auch mit der Presseresonanz zufrieden sein. Wir konnten insgesamt 62 Presseauschnitte aus 36 Zeitungen zählen und müssen dabei davon ausgehen, daß uns bestimmt nicht alle Presseauschnitte vorliegen. Auch Fernsehen und Rundfunk berichteten über die Woche.

Im folgenden geben wir noch eine Erklärung des Zentralen Ausschusses der Kampagne zum "Internationalen Vietnam-Tag" (der am 15./16. 10. 1965 mit Demonstrationen und Protesten in vielen Ländern stattfand) sowie eine Presseveröffentlichung aus der Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit" vom 1. 10. 1965 bekannt.

+++++

Erklärung des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung zum "Internationalen Vietnam-Tag"

Der Krieg in Vietnam hat sich von Monat zu Monat verschärft. Durch pausenlose Luftangriffe amerikanischer Flugzeuge mit Bomben und chemischen Mitteln wird mehr denn je die Zivilbevölkerung des Landes betroffen. Das Ausmaß des Schreckens und der Qual für das vietnamesische Volk sind unerträglich geworden.

Die Verantwortung hierfür trifft die US-Regierung. Die Vereinigten Staaten haben die Vereinbarungen des Genfer Abkommens über Vietnam gebrochen und verweigern dem vietnamesischen Volk die Selbstbestimmung aus machtpolitischen Gründen. Deshalb führen die Vietcong in Südvietnam einen nationalen Befreiungskrieg und keineswegs einen Krieg gegen die Demokratie. Vielmehr werden Freiheit und Demokratie von der Regierung Südvietnams mit Hilfe der USA unterdrückt. So unterstützen die USA in Südvietnam einen Regierungschef, der Hitler öffentlich als sein Vorbild bezeichnet und Personen, die gegen seine Politik demonstrieren kurzerhand hinrichten läßt.

Es besteht kein Zweifel, daß der Krieg in Vietnam nur durch Verhandlungen zwischen allen Beteiligten beendet werden kann. Tödliche Gefahr liegt deshalb in der Spekulation auf den militärischen Sieg der einen oder anderen Seite. So gefährlich wie es ist, mit einem Zusammenbrechen der vietnamesischen Befreiungsfront zu rechnen, so gefährlich ist es, durch die Zerstörung von militärischen Positionen der USA in Vietnam einen amerikanischen Rückzug erwirken zu wollen. Im Gegenteil; die Amerikaner werden, unbekümmert um ihr moralisches Ansehen in der Welt, ihre technische Überlegenheit noch rücksichtsloser gegen das vietnamesische Volk einsetzen.

Die Bereitschaft zu Verhandlungen wird niemand als Zeichen der Schwäche oder der Preisgabe von Prinzipien deuten. Weder verlieren hierdurch die Vereinigten Staaten ihr Gesicht, noch kann die Entschlossenheit des vietnamesischen Volkes zu Widerstand gegen koloniale Herrschaft, die in den letzten 20 Jahren hinreichend bewiesen wurde, angezweifelt werden. Bereitschaft zu Verhandlungen kann aber nicht durch Worte allein bewiesen werden, sondern vor allem durch die Schaffung entsprechender Voraussetzungen. Die von Präsident Johnson immer wieder verkündete Bereitschaft zu bedingungslosen Verhandlungen muß daher zumindest durch folgende Schritte der amerikanischen Politik unterbaut werden:

- + Stopp des Ausbaues und des verstärkten Einsatzes der amerikanischen Interventionsarmee in Südvietnam und der Bombardierung Nordvietnams;
- + Eine Erklärung der USA, daß sie die Nationale Befreiungsfront als Verhandlungspartner akzeptiert;
- + Eine verbindliche Bestätigung der wesentlichen Bestandteile des Genfer Abkommens von 1954 durch die USA, d.h. Gewährung der Selbstbestimmung für Vietnam und verbindliche Zusicherung des Abzuges der amerikanischen Truppen nach entsprechenden Übergangsregelungen.

Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, ist jedes Reden über Bereitschaft zu bedingungslosen Verhandlungen unglaubwürdig und kann nur als Täuschungsmanöver betrachtet werden.

Der Krieg in Vietnam befindet sich in einem Stadium, in dem eine Verhandlungslösung offensichtlich nur durch Vermittlung und Hilfe Dritter möglich ist. Alle Staaten müssen daher zu Lösung dieses Konfliktes, der leicht in einen Weltkrieg umschlagen kann, mit allen ihnen zugänglichen Mitteln beitragen. Die Kampagne fordert deshalb die Bundesregierung auf

- + öffentlich zu erklären, daß sie den USA keine Unterstützung wie auch immer für deren Kriegsführung in Vietnam gewähren wird;
- + dem gesamten vietnamesischen Volk, einschließlich der Menschen, die im Bereich der Nationalen Befreiungsfront leben, umfassende humanitäre Hilfe zu gewähren.

Die Kampagne für Abrüstung schlägt allen Bürgern vor, in diesem Sinne bei der Bundesregierung vorstellig zu werden.

Die Kampagne für Abrüstung wird auch zukünftig in Zusammenarbeit mit der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden alle geeigneten Mittel einsetzen, um auf die Dringlichkeit einer gerechten Lösung des Vietnamkonfliktes hinzuweisen und um Fortschritte auf diesem Weg zu ermöglichen. Bei diesem Bestreben empfindet die Kampagne die eindeutige Haltung des Papstes in seiner Ansprache vor den Vereinten Nationen als große Ermutigung und Bestätigung ihrer Bemühungen.

"Die Zeit" vom 1. 10. 1965

Paulskirche - Eintritt verboten

Warum eine Ostermarsch-Kundgebung nicht stattfinden durfte

G. Z., Frankfurt

Sind die Zeiten einer liberalen Frankfurter Magistratsverwaltung seit dem Amtsantritt von Professor Brundert vorbei? Der Sprecher des „Ausschusses der Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Klaus Vack, meint, dieser Eindruck müsse sich nun endgültig durchsetzen. Anlaß dieser bitteren Worte war die Absage an Hessens Atomwaffengegner, die ihre Woche „Gegen den Krieg in Vietnam — für weltweite Abrüstung und Entspannung“ mit einer Kundgebung in der traditionsreichen Frankfurter Paulskirche eröffnen wollten. Brundert begründete seine Ablehnung: Nach einem Magistratsbeschluß solle die Paulskirche, im Hinblick auf die sich häufenden Anträge, künftig nur noch für Festakte, Feierstunden oder „politische Kundgebung allgemeinen Charakters“ zur Verfügung stehen. Hier ginge es jedoch um „keine Kundgebung mit einem allgemeinen politischen Charakter, sondern offensichtlich um eine konkrete Demonstration zu einem aktuellen Thema.“

Das läßt sich allerdings nicht bestreiten. Der Krieg in Vietnam, Abrüstung und Entspannung sind aktuelle Themen. Um „konkrete Demonstrationen zu einem sehr aktuellen Thema“ lag es in der Frankfurter Paulskirche während der letzten 100 Jahre oft gegangen, angefangen vom Einzug der Deutschen Nationalversammlung am 18. Mai 1848. Ungezählte Friedensappelle wurden seitdem in der Paulskirche vorgetragen. Hier werden heute die Friedenspreise des Deutschen Buchhandels verliehen; hier rief der amerikanische Präsident Kennedy in seiner historischen Rede „zur Zusammenarbeit und zum Frieden“ auf.

Selbst weniger prominenten Friedensfreunden stand bisher die Paulskirche offen, auch den Atomwaffengegnern, die mit Kundgebungen für ihren Ostermarsch warben. Das hatte freilich schon im vergangenen Jahr der FDP-Fraktion im Frankfurter Rathaus nicht gefallen. Doch damals antwortete der Magistrat noch, die Benutzung der Paulskirche könne nur dann versagt werden, wenn die Würde und das Ansehen des Hauses verletzt werde oder wenn eine verbotene Organisation als Veranstalter aufträte. Heute denkt man offensichtlich anders darüber. Der Magistrats-Beschluß über die neue „Paulskirchen-Politik“ soll Anfang des Jahres im Römer gefaßt worden sein. Gemessen an diesen Bedingun-

gen hätte hier jedoch auch nicht der „Aktionsausstoß gegen die Notstandsgesetze“ am 24. Mai eine öffentliche Kundgebung abhalten dürfen. Auch hier handelte es sich um eine „konkrete Demonstration zu einem sehr aktuellen Thema“. Aber vielleicht lag es weniger an der Thematik als an den Personen: Hauptredner bei der Anti-Notstandskundgebung war der Frankfurter SPD-Landtagsabgeordnete Philipp Pleß.

Kenner der Frankfurter Verhältnisse konnte Brunderts Absage an die Oster-Marschierer indessen nicht überraschen. Immer wenn die Atomwaffengegner in Aktion treten, reagiert die Frankfurter Exekutive „knallhart“. Vom Fenster des Rathauses aus konnte der Verfassungsschutz die Teilnehmer des diesjährigen Ostermarsches photographieren. Der Polizeipräsident dekretierte: „Durch die Demonstrationen dürfen die außenpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere ihre sich aus internationalen Verträgen ergebenden Verpflichtungen nicht gefährdet werden. Eine solche Gefährdung würde eintreten, wenn die Demonstranten durch Wort oder Schrift gegen eine am Vietnam-Konflikt beteiligte Partei Stellung nehmen würden“. Sogar die Pappsärge, mit denen die Ostermarschierer auf dem Frankfurter Opernplatz gegen die Notstandsgesetze demonstrierten, mißfielen der Polizei — obwohl es hier wohl kaum um außenpolitische Belange oder um eine Rücksichtnahme auf Bündnispartner ging. Die „Volksstärke“ wurden beschlagnahmt. Jetzt haben die hessischen Ostermarschierer, die für ihre Eröffnungskundgebung mit amtlicher Genehmigung in das Rathauskassino in der Alten Mainzer Gasse ausgewichen sind, ein neues Thema: Liberales Frankfurt — eine Phrase? Sie werden vermutlich sehr sorgsam darüber wachen, wen Oberbürgermeister Bundert künftig für würdig befindet, in der Frankfurter Paulskirche zu demonstrieren, sehr „konkret“ selbstverständlich und bei „aktuellem Anlaß“.

Politisch interessierte Bürger in der Metropole erklären sich die allergische Reaktion des SPD-Oberbürgermeisters auf alles, was mit Atomwaffen-Gegnerschaft im Zusammenhang steht, mit der Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie in der Frankfurter Paulskirche damals ihre „Anti-Atomtod-Kampagne“ begann. An sie möchte die SPD heute nicht mehr erinnert werden.

2. DM 22 Pf l. Kto Nr. 576 48

Absender:

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf 2. DM 22 Pf **Zwei**

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Deutsche
Mark

für Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

Konto Nr.

57648

Postcheckamt

Frankfurt

an 605 Offenbach

Eingangs-Nr.

Postvermerk

Brochure-Sofortprogramm

Eingangs-Nr.
Kto Nr. **576 48** PSchA Frankfurt

Einführungsschein

- Sorgfältig aufbewahren -

2. Deutsche Mark **22** Pf
(In Ziffern)

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

an 605 Offenbach

Postvermerk

(Einkl.-Nr., Annahmestempel)

Das Postcheckamt sendet diesen Abschluß dem Empfänger zu

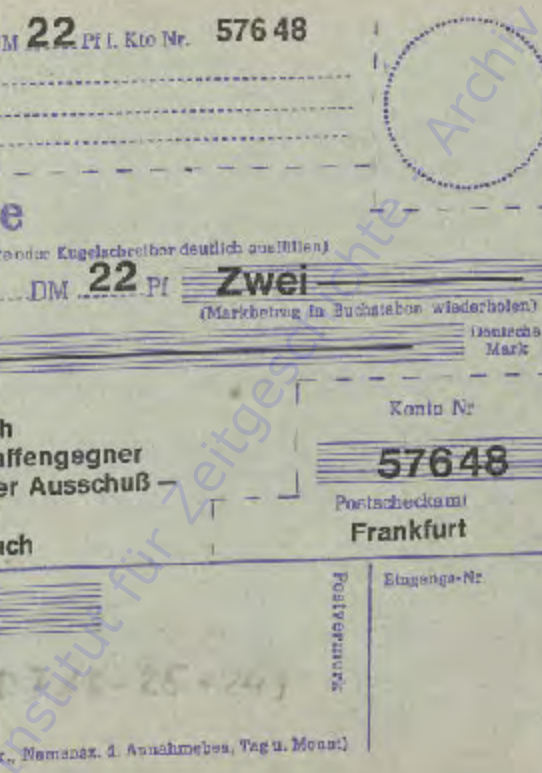
2. DM 22 Pf
für Konto
576 48

Frankfurt

Absender (mit Postleitzahl)

Absender umseitig

Brochure-Sofortprogramm



An die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss, 605 Offenbach 4, Postfach 648

Meinungsumfrage zum Ostermarsch 1966

1. Haben Sie bereits an früheren Ostermärschen teilgenommen?

(-) Ja () Nein

2. An welchen Tagen haben Sie teilgenommen?

(-) Samstag () Sonntag () Montag

3. Haben Sie sich an den verschiedenen Aktionen im Laufe
Jahres 1965 beteiligt, oder an einigen?

4. Wie beurteilen Sie die politische Wirkung bzw. die Erfolge
der vergangenen Ostermärsche?

5. Glauben Sie, daß diese Wirkung durch einen Ostermarsch
(in seitheriger Form) noch zu steigern ist?

6. Glauben Sie, daß die Publicity und die Ausstrahlungskraft
der Kampagne erheblich zurückgeht, wenn die Ostermärsche
z.B. wie unter Punkt 7 b - d verkürzt würden?

7. Was würden Sie für Ostern 1966 vorschlagen?

a) dreitägiger Ostermarsch von _____ nach _____

b) zweitägiger Ostermarsch von _____ nach _____

(Was soll evtl. am Samstag geschehen?) _____

c) Eintagesdemonstration am Ostermontag. Was soll evtl
Samstag bzw. Sonntag geschehen? _____

d) Lediglich eine Kundgebung auf dem Römerberg? _____

e) evtl. Zentralisierung der verschiedenen Ostermärsche und
schlußkundgebungen auf eine Stadt. Welche Stadt sollte das
sein? Welchen Ablauf stellen Sie sich vor? _____

f) Weitere Vorschläge _____

8. Welche Vorschläge können Sie für die Aktionen bis Ostern 1966 machen, sowohl örtlich als auch zentral?

9. Auf welche politischen Fragen sollten sich die Aktionen der nächsten Monate und des Ostermarsches 1966 konzentrieren?

10. welche neuen Slogans (Parolen) für Plakate und Transparent schlagen Sie für den Ostermarsch 1966 und die Vorveranstaltungen vor?

- a) -----
- b) -----
- c) -----
- d) -----
- e) -----
- f) -----

11. Weitere Anregungen für unsere zukünftige Arbeit

12. Ihr Name und Ihre Adresse:

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

Kampagne für Abrüstung
Osternmarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

50 748 - 25 - 254

605 Offenbach - 4, 28. Okt. 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

Liebe Freunde,

an anderer Stelle berichten wir von unseren finanziellen Sorgen. Für den Fall, daß Sie gerne eine gute Flasche Wein trinken, bitten wir Sie, zu prüfen, ob Sie von den in beigefügter Weinkarte angebotenen Weinen etwas bestellen können, denn:

wir erhalten von Herrn Hans J. Nierstheimer auf alle Weinkäufe, die wir vermitteln eine Spende von 20 % der Rechnungssumme.

Deshalb bitten wir auch, alle Bestellungen an die Geschäftsstelle des Hessischen Ausschusses zu geben; wir werden diese dann unverzüglich an das Weingut Nierstheimer weiterleiten. Die 20 %-Regelung ist nicht nur für heute, sondern gilt auch in Zukunft. Wenn Sie sich also erst später (zu Weihnachten, zum Jahreswechsel oder zu einer Hausfeier) für eine Bestellung entscheiden können, kommt uns dies auch noch zugute.

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Klaus Vack
Sprecher

gez.: Fritz Strass
Geschäftsführer

Bestellung an den Hessischen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung
605 Offenbach 4, Postfach 648

Ich bestelle folgende Weine aus dem Weingut Nierstheimer:

- Flaschen Wein Nr. 1 Gau - Odernheimer Rotwein à DM 2,40
- " Wein Nr. 2 Gau - Odernheimer Sonnheil à DM 2,80
- " Wein Nr. 3 Oppenheimer Krötenbrunnach à DM 3,00
- " Wein Nr. 4 Niersteiner Dotal à DM 3,20
- " Wein Nr. 5 Nacker Ahrenberg à DM 4,--
- " Wein Nr. 6 Nacker Ahrenberg à DM 4,20
- " Wein Nr. 7 Nacker Ahrenberg à DM 4,50
- " Wein Nr. 8 Nacker Ahrenberg à DM 5,50
- " Wein Nr. 9 Nacker Ahrenberg à DM 7,00
- " Wein Nr. 10 Gau - Odernheimer Lettenkaut à DM 12,--

Name _____

genaue Anschrift: _____

(Bitte deutlich und leserlich ausfüllen!)

Sehr verehrte Dame,
sehr geehrter Herr,

die Ihnen vorliegende Weinkarte will Ihnen
bei der Auswahl eines guten Tropfens helfen.

Die reinen und gepflegten Kreszensen, die ich
Ihnen aus eigener Kellerei anbiete, finden ge-
wiß auch Ihre Anerkennung. Ob Sie milde Lieb-
lichkeit oder kernige Herbheit bevorzugen, mein
reichhaltiges Lager wird dem verwöhntesten Ge-
schmack gerecht.

Folgende Weine empfehle ich Ihrer Aufmerksam-
keit:

1. 1963er Gau-Odernheimer Rotwein
fruchtig, kräftig DM 2,40
2. 1964er Gau-Odernheimer Sonnheil
Silvaner (körnig, herb) DM 2,80
3. 1963er Oppenheimer Krötenbrunnen
Riesling und Silvaner
(spritzig, mild) DM 3,00
4. 1963er Niersteiner Dornal
Riesling und Silvaner, Spät-
lese (mild, edel) DM 3,20
5. 1963er Nacker Ahrenberg
Scheurebe, Spätlese
(elegant, würzig) DM 4,--
6. 1962er Nacker Ahrenberg
Scheurebe, Spätlese
(Kräftig, harmonisch) DM 4,20
7. 1962er Nacker Ahrenberg
Sieggarbe, Spätlese
(aromatisch, voll) DM 4,50

8. 1962er Nacker Ahrenberg
Riesling und Traminer,
hochfeine Spätlese
(wuchtig, edel) DM 5,50
9. 1962er Nacker Ahrenberg
Riesling und Traminer
Auslese (Sonne im Glas) DM 7,00
10. 1964er Gau-Odernheimer Lettenkaut
St. Nikolauswein
Beerenauslese (aus überreifen
Beeren am 6. Dez., 8 Wochen
nach der allgem. Lese, ge-
erntet) DM 12,00

ED 718-25-252

Sämtliche Weine sind Originalab-
füllungen, d.h. naturreine, im
eigenen Betrieb erzeugte und abgeklärte
Qualitätsweine.

Es würde mich freuen, wenn Sie mir Ihr Ur-
teil über die eine oder andere Sorte mitteilen
würden, damit ich u.U. noch mehr Ihren Win-
schen entsprechen kann.

Sämtliche Preise verstehen sich incl. Glas,
Verpackung und Versand frei Bahnstation des
Bestellers.

Der Versand erfolgt per Nachnahme in 12er
und 25er Kartons.
Bei Rückgabe des Leergutes schreibe ich für
die 12er Kartons DM 4,-- für die 25er Kar-
tons DM 5,-- gut. Der Betrag wird bei der
nächsten Sendung angerechnet.

WEINKARTE

HANS J. NIERSTHEIMER

Weingut und Naturweinversand.

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

- Bogen Klebemarken gegen die Notstandsgesetze
10 Bogen DM 2.--; 100 Bogen DM 15.-- DM
- Briefverschlusmarken, 5 Bogen (=150 Stück) DM 1,50 DM
- Broschüre "Bruderkrieg in Vietnam" mit Beiträgen von Bertrand Russell und Gerhard Grüning, sowie einigen Dokumenten. Stück DM 1,50; ab 10 St. DM 1.-- DM
- Broschüre "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt!"
Stück DM 2,90 DM
- Sonderdruck aus "gestern und heute" - IHR KAMPF GEGEN DEN OSTERMARSCH - Stück DM 4,50 DM
- Schallplatte mit Ostermarschliedern (33 1/3 upm)
Stück DM 8,50 DM
- OM-Abzeichen, klein, Stück DM 1.-- DM
- OM-Abzeichen, groß, Stück DM 1.-- DM
- Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.-- DM
- Autoplaketten (selbstklebend) mit OM-Emblem
Stück DM 1.-- DM
- rote Autoaufkleber "END VIETNAM WAR NOW", mit OM-Emblem, Größe 9,5 x 41 cm. Stück DM -,30 DM
- Stück "Antikriegstag 1965" 10 Stück DM 1,50
Reden von Christian Geißler und Egon Becker DM

Name -----

Anschrift -----

-----, den -----

(Unterschrift)

21.10.65

DM - Fördererbons

- Abrechnung -

am	von/an	Stück +	%	Bestand	DM hier	DM/am an Off'b.
12.3.64	Off'b.	5		5	-	-
24.3.	"	30		35	-	-
26.8.64	flöchter		3	32	6,-	22.9.64/6,-
11.11.64	Off'b.			- Mahnung	!	(54,-)
23.12.64	"			"	!	(54,-) - zur. "fä!"
65	Off'b.	5 (neue)		37		
3.65	Lehmann	10		27	20,-	} 14.5.65/40,-
4.65	Reuscher I	10		17	20,-	
6.65	Steinland	5		12	10,-	6.6.65/10,-
7.65	Reuscher II	10		2	20,-	} 21.10.65/24,-
9.6.65	Bachmann + ? je 1x	2		-	4,-	

evl.

Institut für Zeitgeschichte

ED 748-21-255



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 606 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

Telefon (08 11) 88 80 51/52

Postscheck Frankfurt
Konto Nr. 576 48

Bank: Bank für
Gemeinwirtschaft, Offenbach,
Konto Nr. 740 294

P R E S S E D I E N S T

6. 10. 65

Der Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, Klaus Vack, und der Geschäftsführer des Ausschusses, Fritz Strass, haben sich zum Abschluß der Veranstaltungswoche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" in einem Schreiben an das frankfurter Polizeipräsidium gewandt und ihre Zufriedenheit zum Ausdruck gebracht, daß es bei der Veranstaltungswoche "zu einer guten, harmonischen Zusammenarbeit mit der frankfurter Polizei" gekommen sei, indem die Kampagne die Rechte unserer demokratischen Verfassung in dem von ihr gewünschten Maße in Anspruch nehmen konnte und die Polizei als "Freund und Helfer in Erscheinung getreten" sei, ohne sich damit gleichzeitig mit dem politischen Anliegen der Kampagne zu identifizieren, was auch nicht Aufgabe der Polizei sei.

Der Hessische Ausschuß brachte in dem Brief den Wunsch zum Ausdruck, daß die "jetzt begonnene loyale Zusammenarbeit zwischen Polizeipräsidium und Kampagne für Abrüstung auch für die Zukunft aufrecht erhalten wird" und stellte fest, daß die Kampagne ihrerseits dazu beitragen würde, daß "die guten Erfahrungen der Veranstaltungswoche weiterhin fruchtbar sein werden."

Offenbach, 5. Okt. 1965 - Vack

6. 10. 65

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Falter, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner C. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klöpper, Heinz Kloppenburg, Christof Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Malor, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helge Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Johannes Uda, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

5.10.65

Zusammenfassender Bericht über die Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung".

Die Veranstaltungswoche des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" fand vom 28.9. bis 4.10.1965 statt und ging heute zu Ende. Insgesamt brachte der Hessische Ausschuß fünf Veranstaltungen; hinzu kommen der 32-Stunden-Protest vor dem US-Generalkonsulat, der große Informationsstand am Marshallbrunnen gegenüber dem Opernplatz und die Flugblattaktionen und Straßendiskussionen am vergangenen Samstag in der frankfurter Innenstadt.

Nachdem der Magistrat der Stadt Frankfurt unter Oberbürgermeister Prof.Dr.Willi Brundert den Hessischen Ausschuß für die Auftaktkundgebung der Veranstaltungswoche, die am 28.9. im Rathaus-Kasino stattfinden mußte, die Paulskirche verweigert hatte, mußte vor Eröffnung der Woche mit weiteren Repressalien gerechnet werden. Umso erfreulicher ist es, festzustellen, daß es bei allen Veranstaltungen zu keinerlei Schwierigkeiten mit der Polizei oder anderen Behörden der Stadt Frankfurt kam und der Hessische Ausschuß sieht sich deshalb ermutigt, noch einmal an Oberbürgermeister Prof.Dr.Willi Brundert heranzutreten und in einem ausführlich begründeten Antrag darum zu bitten, daß die Entscheidung, die Paulskirche für die Auftaktkundgebung nicht zur Verfügung zu stellen, nachträglich rückgängig gemacht wird. Durch eine solche Entscheidung könnte ein gutes liberales Klima geschaffen werden, das den Traditionen Frankfurts entspricht.

Bei den verschiedenen Veranstaltungen im Verlauf der Woche traten neben den Sprechern der Kampagne für Abrüstung folgende Redner auf: die Gewerkschaftsfunktionäre Heinz Brandt, Rudolf Segall und Rudi Müller, Pastor Herbert Mochalski, der ordentliche Professor an der Freien Universität Berlin Dr.Dr.Ossip K. Flechtner, die Journalisten Hans Heinz Holz und Herbert Mayer, der Dozent vom Seminar für Politik in Frankfurt, Gerhard Grüning, der Schriftsteller und Leiter des frankfurter Kabarets "Die Schmiere" Rudolf Rolfs, der Vorsitzende der schweizerischen Kampagne für Abrüstung, Heinrich Bucheinder aus Zürich und der Bundesvorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, Herbert Stubenrauch.

Die Veranstaltungen waren in der Regel gut besucht und mit den verschiedenen Veranstaltungsarten, wie Kundgebungen, Filmabend, Podiumsdiskussion und Matinee-Veranstaltung konnte ein jeweils anderes Publikum mit unterschiedlichen Orientierungs- bzw. Informationswünschen angesprochen werden. Es muß sehr bedauert werden, daß man seitens des US-Generalkonsulates und des Amerikanerhauses in Frankfurt nicht bereit war, an der Podiumsdiskussion teilzunehmen und dort den Standpunkt der US-Regierung zu vertreten bzw. durch einen amerikanischen Film zu dem Vietnamproblem die amerikanische Meinung bekannt zu machen.

Die in diesem Verhalten zum Ausdruck gekommene Distanzierung der amerikanischen Stellen in Frankfurt rechtfertigt umso mehr den 32-Stunden-Protest vor dem US-Generalkonsulat. Dieser Protest, den man offiziell im Konsulat mit der Bemerkung abtun wollte, "es handele sich ja nur um ein paar Leute", dürfte seine Wirkung

nicht verfehlt haben und obwohl er nur symbolischen Charakter hatte, darf angenommen werden, daß man im US-Generalkonsulat und damit auch bei der US-Botschaft in Bad Godesberg und im amerikanischen Außenministerium zur Kenntnis genommen hat, daß in der Bundesrepublik Deutschland in Sachen Vietnamkonflikt nicht nur die offizielle Meinung der Bundesregierung vertreten wird.

Der offene Brief an US-Präsident L.B. Johnson, der in den nächsten Tagen mit einer 15 Meter langen Unterschriftenrolle der US-Botschaft in Bad Godesberg zugesandt wird, bringt die nicht mit der offiziellen bonner Regierungspolitik übereinstimmende kritische und oppositionelle Haltung vieler frankfurter Bürger zum Engagemant der US-Regierung in Vietnam nachdrücklich und überzeugend zum Ausdruck. In diesem Brief heißt es u.a.:

Wir protestieren energisch gegen die völkerrechtswidrigen Bombardierungen Nordvietnams; gegen die brutale Kriegsführung der amerikanischen und südvietnamesischen Truppen; gegen die Unterdrückung von Freiheit und Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes; gegen die Verhinderung freier Wahlen in ganz Vietnam; gegen die Unterstützung einer korrupten und verbrecherischen Regierung, deren Präsident als sein Vorbild Adolf Hitler ansieht.

Wir halten es für dringend erforderlich, daß der schmutzige Krieg in Vietnam beendet wird und fordern die Bombardierung Nordvietnams einzustellen; mit allen am Krieg Beteiligten - also auch mit der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams - in Verhandlungen einzutreten; den vietnamesischen Volk Freiheit und Selbstbestimmung zu gewähren.

Für eine Information und Aufklärung der Bürger waren der Informationsstand am Marshallbrunnen und Diskussionen, die dort und an vielen anderen Stellen in der frankfurter Innenstadt stattfanden, von großer Bedeutung. Diese - teils hitzigen aber für ein demokratisches Leben dringend erforderlichen - Diskussionen, um die sich oft bis zu hundertköpfige interessierte Zuhörergruppen bildeten, lassen die liberale Tradition Frankfurts und das Interesse demokratisch gesinnter Bürger - das in vielen offiziellen Reden oft geschmäht wird - in einem neuen Licht erscheinen. Der Hessische Ausschuß schätzt, daß sich neben den Anhängern der Kampagne für Abrüstung etwa 2 000 frankfurter Bürger als interessierte Zuhörer oder Gesprächsteilnehmer an den Diskussionen beteiligten. Die Bilderausstellung und die großen Aufklärungstafeln bei den Informationsstand am Marshallbrunnen fanden die Aufmerksamkeit von etwa 5 - 7 000 Interessenten. Vielleicht sollte man die Ergebnisse dieses Informationsstandes und der Straßendiskussionen, die sicher von der Polizei gleichermaßen bemerkt worden sind, in der frankfurter Magistratsverwaltung zum Anstoß nehmen, um zu überprüfen, ob das Beispiel des Hyde Parks in London, wo jeder Bürger unter freiem Himmel frei diskutieren und seine Meinung vertreten kann (ohne vorherige gesetzliche Anmeldung und Genehmigung) ein nachahmenswertes Beispiel für Frankfurt sein könnte.

Die politische Position zum Vietnamkonflikt hat der Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, Klaus Vack, bei der Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg noch einmal klar umrissen. Neben der Feststellung der Kampagne für Abrüstung, daß die Position der US-Regierung in Vietnam, die u.a. die Genfer Vereinbarungen von 1954 mißachtet und sowohl mit völkerrechtlichen

- 3 -

als mit allgemein moralischen Maßstäben abgelehnt werden muß, legt die Kampagne den Schwerpunkt ihrer Forderungen auf Verhandlungen mit allen Beteiligten - also auch der südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront -, denn die Weltmeinung zu dem Vietnam-Konflikt ist inzwischen soweit fortgeschritten, daß heute niemand eine solche Bereitschaft zu Verhandlungen als ein Symptom der Schwäche oder des Verrates von Prinzipien wertet.

Angeregt durch den nicht in diesem Maße erwarteten Erfolg, durch das große Interesse und die vielen Gespräche und Diskussionen, auch angeregt durch eine erfreuliche Welle der Zustimmung - neben den kritischen und ablehnenden Äußerungen mancher Bürger, die nicht unterschlagen werden sollen -, sieht sich der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung veranlasst, mit den Erfahrungen der frankfurter Veranstaltungswoche in weiteren hessischen Städten Wochen "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" durchzuführen. Die nächsten Veranstaltungsorte werden sein Darmstadt, Offenbach, Oberursel, Hofheim, Wiesbaden, Gießen, Marburg und Kassel.

Eine politische Erklärung, in der die grundsätzliche Position der Kampagne für Abrüstung noch einmal ausführlich dargestellt wird, wird der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung in der nächsten Woche der Presse übergeben und allen am Vietnamkonflikt beteiligten Parteien sowie der deutschen Bundesregierung übermitteln. Nach einem Motto des ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy, in dem es sinngemäß heißt, daß die Regierungen für eine Entspannung- und Friedenspolitik des förderlichen Druckes der Öffentlichkeit bedürfen, wird die Kampagne für Abrüstung nach den Erfahrungen und relativen Erfolgen der Veranstaltungswoche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" weiterhin alle Kräfte einsetzen und damit einer Forderung des Grundgesetzes entsprechen "dem Frieden der Welt zu dienen."

Offenbach, 4. Oktober 1965 - Vack

vor Totentrompete

beratung im Lebensmitteluntersuchungsamt

auf den Taunuswegen trifft, sind vom Jagdfieber erfaßt. Man hört sie auch, wenn sie durch das Unterholz knistern; denn sie. Dem Münnlein im Walde gilt die harmlose Jagd; denn wenn er beim Kaufmann nebenan erntet, so haben doch viele Mahlzeit zu sammeln.

sche Tage zu einer ren Wälen-protein unge-Sammler auf einen über nicht hman sich Wald, um u vergleich-schlechten ist keine

den Sach- l. Im Le- r Georg- n Montag- Wolfart zeitig mit ist in r mit Be- sene eine

Labortisch Pfifferlinge. Ich wahr- Pilzsamm- haben. Jen Pilztest in die Ge- beim Ein- schlagen, so ar. Ebenso nen Knol- er Zwiebel dit braun,

noch lange 3. So darf pete ohne and diesen : von der mit Last- zsammier- Jahr viele mach der en B i- fhte müs- arlationen ritterling,

der oft nach Waschrüche duftet, aber zu- weilen auch einen dumpfen Kellergeruch ver- breitet. Man lehrte uns, zwischen den ocker- farbenen und den gallen gelben Täublingen zu unterscheiden. Und nicht zu verkennen war der widerliche Geruch des schwachgiftigen Schwefelritterlings.

Übrigens ahnen die meisten der Auskunft- suchenden schon, wenn sie einen Ungenieß- baren oder einen Giftpilz erwischt haben. Sie wollen sich dann nur noch einmal die Bestä- tigung geben lassen. Von ihren Funden brin- gen sie jeweils eine Probe mit, um ganz sicher zu gehen. Übrigens werden die Giftpilze vom Institut für organische Chemie abgeholt, das sie auf ihre Zusammensetzung untersucht.

In vielen Frankfurter Haushalten muß es am Montag lecker nach Pilzen geduftet haben; denn nach dem Gang zur Pilzberatung gab es für die vielen Sammler keinen Grund mehr, mit dem Zubereiten der leckeren Mahlzeit noch zu zaudern. Cz

Ernte des Vorjahres übertroffen

Die deutsche Konservenindustrie ist gegenwärtig dabei, die in diesem Jahr beson- ders reiche Pilzernte einbringen zu lassen. Die Ernte des Vorjahres wird, wie ein Spre- cher dieses Industriezweiges am Montag in Düsseldorf mitteilte, mühelos überboten werden. Im vergangenen Jahr waren nach den Feststellungen der Konservenindustrie 2 223 000 kg Pilze gesammelt worden. Der Löwenanteil entfiel mit 1 234 000 kg auf die Pfifferlinge. Dazu kamen 226 000 kg Cham- pignons, 10 000 kg Steinpilze und 763 000 kg Mischpilze.

Den Amateursammlern fehlt es nicht selten an Vorkenntnissen, teilt die Konser- venindustrie mit, ohne die man sich nicht auf das „Glücksspiel“ einlassen sollte, un- ter den etwa 80 000 in der Bundesrepublik vorkommenden Pilzarten, die ungefähr 40 herauszufinden, die essbar sind. In jedem Jahr sterben 40 bis 80 Menschen allein in der Bundesrepublik an Pilzvergiftung. UPI

sind Menschen, die auch mal die Hände in die Taschen stecken. Es kann eine Coste augenblick- licher Hilflosigkeit sein, ein Moment des Zeratreu- seins. Darin eine Provokation zu sehen, das kommt mir gesucht vor. Das heißt, die Konvention zu wei- treiben. Hätte Brandert denn vor der Kamera po- sieren sollen, vielleicht mit Schutzhelm und Schlauch zum Löschen in der Hand?

Die Hände an der Hosemaut scheinen halt immer noch vielen Zeitgenossen lieber zu sein als die Hände in der Hosentasche ... Cz

5. 10. 65

Fackelzug zum Abschluß

Mit einer Kundgebung auf dem Römer- berg und einem abschließenden Fackelzug durch die Innenstadt ist am Montagabend die von der Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner ver- anstaltete Woche „Gegen den Krieg in Vietnam — für weltweite Abrüstung und Entspannung“ zu Ende gegangen.

Die Aktionen und Veranstaltungen dieser Woche hätten das Geschehen in Frankfurt ent- scheidend mitbestimmt, erklärte der Sprecher der Kampagne für Hessen, Klaus Vack: Noch nie sei man in so großem Maße in direkten Kontakt mit Tausenden von Bürgern gekom- men. „Wir sind nicht antim Amerikanisch — das überlassen wir den rechtsextremen Gruppen“, betonte Vack. Man wisse sich aber solidarisch mit der großen amerikanischen Opposition gegen die Vietnampolitik Johnsons, die bereits Millionen umfasse.

Sehr scharfe Kritik an der amerikanischen Vietnampolitik, die bei einigen Zuhörern Pro- teste auslöste, übte der IG Metall-Sekretär Rudi Müller aus Frankfurt. Vietnam sei kein militärisches, sondern ein politisches Problem, sagte der Sprecher. Wir seien nicht die Leute, die ein Recht hätten, mit Fingern auf die Amerikaner zu zeigen, wir könnten sie nur bitten: „Tretet nicht in die blutigen Spuren Hitlers“, sagte Pastor Herbert Mochalski, Redakteur der Zeitschrift „Stimme der Ge- meinde“. Mochalski warf besonders den Kir- chen vor, zu den Vorgängen in Vietnam zu schweigen. c-k

Berufungen an Universitäten

Professor Dr. Eberhard Fries übernimmt nach Mitteilung des hessischen Kultusministe- riums den ordentlichen Lehrstuhl für Didaktik der Chemie der Hochschule für Erziehung an der Frankfurter Universität. Zum außeror- dentlichen Professor für Musikerziehung wurde dort Oberstudienrat Dr. Friedrich Schöneich ernannt. Dr. Walter Mallmann, bis- her an der Frankfurter Universität, wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl für öffentliches Recht II in der Rechts- und Wirtschaftswis- senschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig- Universität in Gießen berufen. lh

eil sie anders schmeckt.”



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

4.10.65

5.10.65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Abschlußkundgebung der Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung"

Weitere Vietnam-Wochen, vorerst in Kassel, Marburg, Gießen, Wiesbaden, Offenbach, Hofheim und Oberursel kündigte der Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, Klaus Vack, heute abend bei der Abschlußkundgebung zu der frankfurter Veranstaltungswochen "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" auf dem Römerberg an. Vack stellte fest, daß sich der Einsatz und die Arbeit für die frankfurter Vietnam-Wochen gelohnt haben, den die Aktionen und Veranstaltungen der Kampagne für Abrüstung hätten in dieser Woche das Geschehen in Frankfurt entscheidend mitbestimmt und noch nie sei man in so großen Maße in persönlichen Kontakt zu tausenden Bürgern dieser Stadt gekommen.

Zu dem Vorwurf der Einseitigkeit und dem Vorwurf, die Kampagne für Abrüstung würde von einer anti-amerikanischen Position aus argumentieren, stellte Vack fest, "daß die Kampagne für Abrüstung in der Vergangenheit immer wieder bewiesen hat, daß sie unabhängig ist von den machtpolitischen Interessen der verschiedenen Richtungen, Ideologien und Regierungen. Wir verurteilen das amerikanische Engagement in Vietnam, nicht weil es ein amerikanisches Engagement ist, sondern weil es ein unrechtes Engagement ist, das die völkerrechtlichen Grundsätze und das Genfer Vietnamabkommen von 1954 mißachtet. Wir sind nicht anti-amerikanisch - das überlassen wir rechtsextremen Gruppen. Wir wissen uns vielmehr solidarisch mit der großen amerikanischen Opposition, die bereits Millionen Menschen umfaßt und die die Politik der Johnson-Regierung bekämpft und die, wie wir, Verhandlungen, Frieden und Selbstbestimmung für Vietnam fordert. Obwohl wir gemeinsam mit unseren amerikanischen Freunden und vielen Gleichgesinnten in der westlichen Welt die amerikanische Position in Vietnam verurteilen, bringen wir hiermit noch einmal eindeutig zum Ausdruck, daß es eine militärische Lösung des Vietnamkonfliktes kaum geben wird und daß sich alle Beteiligten, also auch die südvietnamesische Befreiungsfront und auch die Vereinigten Staaten an den Verhandlungstisch setzen müssen."

Zum Schluß seiner Ausführungen sagte Vack: "Verhandeln statt Bombardieren, Verhandeln auch mit der südvietnamesischen Befreiungsfront, Freiheit und Selbstbestimmung für das vietnamesische Volk, freie Wahlen in ganz Vietnam, - das sind unsere Forderungen am Ende

dieser Vietnam-Woche. Unsere Forderungen sind nicht einseitig, sie sind nicht antiamerikanisch, sie sind aber ein Appell, der besonders an die amerikanische Regierung gerichtet ist und eines ist klar bei allen Zweifeln, die man über Recht und Unrecht zu einzelnen Vorgängen in Vietnam haben kann, es ist klar, daß die Position der US-Regierung keine rechtmäßige Position ist."

Der Gewerkschaftssekretär Rudi Müller, der als zweiter Redner auftrat, setzte sich mit der jüngsten Geschichte des vietnamesischen Volkes und dem bereits mehrere Jahrzehnte dauernden Krieg in Vietnam auseinander, den zuerst Japan, dann Frankreich und nun die Vereinigten Staaten führen. Auch heute wüßte das Volk nicht genau, was in Vietnam passiert, weil es schlecht aufgeklärt wird und kaum Möglichkeiten zur objektiven Information hat. Die US-Regierung habe lange Jahre behauptet, sie führe keinen Krieg in Vietnam und die amerikanischen Soldaten seien nur Militärberater. Rudi Müller stellte fest, daß das Unternehmen Vietnam für viele amerikanische Trusts und Konzerne ein sehr lukratives Geschäft sei. Dabei käme es jenen Herren auf ihre Verdienstmöglichkeiten an und sie würden wenig danach fragen, wieviel Menschen getötet oder verstümmelt würden.

Der nächste Redner, Pastor Herbert Mochalski, verantwortlicher Redakteur der evangelischen Zeitschrift "Stimme der Gemeinde" sagte u.a.: "Noch nie ist mir eine Rede so schwer gefallen wie diese. Noch nie habe ich an einer Kundgebung und an einem Protestmarsch so schweren Herzens teilgenommen wie heute. Wir protestieren gegen den barbarischen Krieg, den die USA gegen das Volk in Vietnam - im Süden wie im Norden - führen. Können und dürfen wir bei diesem Protest auch nur einen Augenblick vergessen, daß wir Deutsche den Amerikanern vorgemacht haben, was sie jetzt in Vietnam nachmachen? Wir sind nicht die Leute, die ein Recht dazu hätten, mit Fingern auf die Amerikaner zu zeigen. Wir können die Amerikaner nur bitten: Tretet nicht in die blutigen Spuren Hitlers! Erzieht eure Jungen nicht zu SS-Mördern! Erlaubt euren Generalen nicht, was wir unseren Generalen erlaubt haben! Laßt euch durch die Parole 'Kampf dem Kommunismus' nicht mißbrauchen wie wir uns mißbrauchen ließen."

Mochalski setzte sich im weiteren Verlauf seiner Rede mit den Stellungnahmen der Bundesregierung und deutscher Parteiführer zu dem Krieg in Vietnam auseinander und sagte: "Ich klage unsere Regierung und unsere Parteien und unsere Abgeordneten an, daß sie den Amerikanern zum Munde reden statt zu widersprechen, - daß sie die Amerikaner in ihrem barbarischen Krieg gegen Vietnam unterstützen. Ich klage unsere Kirche, unsere Bischöfe, Kirchenpräsidenten, Pfarrer und Gemeinden an, daß sie zu dem Greuel und dazu dem Mord an dem Volk von Vietnam schweigen. Ich klage über uns Deutsche, daß wir - 20 Jahre nach Hitler - eine solche Regierung, solche Politiker, solche Kirchen haben. Ich klage über unser Volk, das Freiheit und Selbstbestimmung für sich fordert - und tatenlos mit ansieht, wie die Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung für das Volk von Vietnam unter Bombenteppichen begraben und mit Napalm verbrannt werden."

Im Anschluß an die Kundgebung fand eine einstündige Fackeldemonstration durch die frankfurter Innenstadt statt, an der sich mehr als 700 Demonstranten beteiligten. Die von der Kampagne für Abrüstung beantragte Demonstrationsstrecke war ohne Änderungen vom frankfurter Polizeipräsidium genehmigt worden und verlief wie folgt: Römerberg - Neue Kräne - Liebfrauenstraße - Hauptwache - Große Bockenheimer

Straße - Opernplatz - Taunusanlage - Gallusanlage - Kaiserstraße - Kaiserplatz - Bethmannstraße - Paulsplatz - Römerberg.

Die Demonstranten führten Plakate und Transparente mit, auf denen stand: Schluß mit dem Krieg in Vietnam; Verhandeln statt bombardieren; Frieden und Neutralität für Vietnam; Vietnam den Vietnamesen; Beginnt in Vietnam der dritte Weltkrieg?; Wir fordern: Abzug der US-Truppen aus Vietnam.

Die Kundgebung und die Demonstration verliefen wie alle Veranstaltungen im Rahmen der Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" ohne Zwischenfälle. Einen Überblick über die gesamte Veranstaltungswoche gibt der beigefügte zusammenfassende Bericht.

Offenbach, 4. Okt. 1965, 21 Uhr - Vack

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 118-25-262



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 806 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 549

Telefon (06 11) 88 69 51/52
Postcheck Frankfurt
Konto Nr. 576 48
Bank: Bank für
Gemeinwirtschaft, Offenbach,
Konto Nr. 740 294

INFORMATION FÜR DIE PRESSE =====

Im Rahmen der Veranstaltungswoche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" führte der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung am heutigen Sonntagvormittag im Kleinen Resistenz-Theater "Die Maininger" eine Matinee-Veranstaltung durch. Die Veranstalter brachten einen Vietnam-Report, - eine Montage von Texten, Untersuchungen, Meinungen zum Krieg in Vietnam.

Der Vietnam-Report wurde von den Journalisten Peter Milka, Bernd Schütze und Wolfgang Vogel zusammengestellt. Die Unterlagen für den Report wurden fast ausschließlich westlichen Quellen, vorwiegend amerikanischen Zeitschriften, entnommen. Der Report, in dem objektiv über das Vietnam-Problem informiert wurde, zeigte deutlich auf, wie stark die amerikanische Position in Vietnam, die u.a. die Genfer Vereinbarungen von 1954 mißachtet, sowohl mit völkerrechtlichen als auch mit allgemein moralischen Maßstäben abgelehnt werden muß.

Der Vietnam-Report wird in Kürze mit einem ausführlichen Quellen-nachweis publiziert werden.

Offenbach, 3. Oktober 1965, 13 Uhr - Halberstadt

5. 10. 65

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Howig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britton, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flecht-heim, Christian Geldier, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maier, Bodo Manstein, Mar-tin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Schöll, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

ED 748-351263



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 548

1.10.65

4.10.65

Telefon (0611) 68 60 51/52

Postcheck Frankfurt
Konto Nr. 576 48

Bank: Bank für
Gemeinwirtschaft, Offenbach,
Konto Nr. 740 294

PresseDienst

32 - STUNDEN - PROTEST VOR DEM US-GENERALKONSULAT UND INFOR-
MATIONSSTAND AM OPERNPLATZ IN FRANKFURT ERÖFFNET.

Heute vormittag gegen 10.00 Uhr hat der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung im weiteren Verlauf der Veranstaltungswoche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" vor dem US-Generalkonsulat in Frankfurt/Main, Siesmayerstraße einen 32-Stunden-Protest gegen den Krieg in Vietnam eröffnet. Gleichzeitig wurde gegenüber dem Opernhaus in der Nähe des Marschallbrunnens ein großer Informationsstand errichtet. An beiden Stellen ist umfangreiches Informationsmaterial über den Krieg in Vietnam ausgestellt. Am Opernplatz werden etwa 50 großformatige Bilder gezeigt und seit Eröffnung des Informationsstandes findet dieser eine große Aufmerksamkeit unter der Bevölkerung. Diskussionsgruppen, an denen sich teilweise bis zu 50 Personen beteiligten, konnte man seit Beginn des Informationsstandes dort antreffen. Bei dem Informationsstand und vor dem amerikanischen Generalkonsulat ist ein Offener Brief an US-Präsident Johnson ausgelegt, in dem die sofortige Beendigung des Vietnam-Krieges gefordert wird. Dieser Brief ist auf 150 cm lange Papierstreifen gedruckt, und die Kampagne für Abrüstung hat sich vorgenommen, "einige Meter Unterschriften" zu sammeln, die dann als Pergamentrolle dem US-Präsidenten über die Amerikanische Botschaft in Bad Godesberg zugelaist werden.

Bei dem 32-Stunden-Protest vor dem amerikanischen Generalkonsulat ist eine große Tafel errichtet, auf der die seitherigen Opfer des Vietnam-Krieges bekanntgegeben werden. [etwa 30 schwarze Holzkreuze, die aufgestellt wurden, sollen symbolisieren, daß der schmutzige Krieg in Vietnam nur Tod und Vernichtung über die vietnamesische Bevölkerung bringt. Der Bürgersteig gegenüber dem US-Generalkonsulat ist mit Plakaten dekoriert, die Parolen tragen wie: Schluß mit dem Krieg in Vietnam; Verhandeln statt bombardieren; Friede und Neutralität für Vietnam; Vietnam den Vietnamesen; Beginnt in Vietnam der dritte Weltkrieg?; Wir fordern: Abzug der US-Truppen aus Vietnam.

Heute gegen Abend erklärte der Verantwortliche für den 32-Stunden-Protest, Alfred Riedel, in einer kurzen Ansprache an die Teilnehmer und an Passanten: obwohl man bewußt auf aggressive und

Kuratorium: Frank Allau, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Goltwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Hackmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

anti-amerikanische Parolen verzichtet hätte, könnte man bereits jetzt feststellen, daß der 32-Stunden-Protest auf die Damen und Herren in dem US-Generalkonsulat einen starken Eindruck machen würde. Seit Anbeginn würde aus dem Konsulat und den amerikanischen Häusern des Konsulates fotografiert und gefilmt und man könne nur hoffen, daß dieses Bildmaterial US-Präsident Johnson und der amerikanischen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht würde.

Der 32-Stunden-Protest wird auch in der Nacht fortgesetzt, und zwar werden jeweils etwa 5 Teilnehmer des Protestes die ganze Nacht hindurch eine Fackelmahnwache halten. Ein kleiner, vielleicht "unbedeutender Zwischenfall" ereignete sich am Rande des 32-Stunden-Protestes, als eine junge Frau, die ihre Jacke an einen Zaun gehängt hatte, der zu einem amerikanischen Gebäude gehört, von einem Bediensteten des Konsulates sehr deutlich aufgefordert wurde, dieses amerikanische Eigentum nicht in dieser Form in Anspruch zu nehmen.

Der 32-Stunden-Protest und auch der Informationsstand beim Opernhaus bleiben am Samstag bis 18.00 Uhr errichtet. Am Samstag finden außerdem in der Frankfurter Innenstadt Aufklärungsaktionen statt, bei denen kleine Gruppen, die Plakate mitführen, Flugblätter verteilen und Gespräche mit Interessierten aus der Bevölkerung führen wollen.

Offenbach, den 1. Oktober 1965 - 18.00 Uhr - Strass -

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengeegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach/Main 4
Postfach 648
Buchrainweg 161
Tel. 886051/52

Presseinformation

Wir möchten noch einmal darauf aufmerksam machen, daß im Verlauf der Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung", die der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung vom 28.9. - 4.10.1965 in Frankfurt veranstaltet, am Sonntag, dem 3.10.1965, 10.30 Uhr, eine Matinee-Veranstaltung stattfindet im Resistenz-Theater "Die Maininger", Neue Rothofstraße 26 a. Es werden Briefe, Aufsätze, Lyrik, Prosa, sowie aus in- und ausländischen Flugblättern und Aufklärungsschriften aus und über Vietnam gelesen.

Über die Schlußveranstaltung der Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" informieren Sie sich bitte aus dem beigefügten Flugblatt.

Offenbach, den 1. Oktober 1965 - Veck -

ED 748-25-268



**Woche
gegen den Krieg in Vietnam
für weltweite
Abrüstung und Entspannung**

Wir rufen zur

**Abschlußkundgebung
auf dem Römerberg
am Montag, 4. 10., 18.00 Uhr**

Es sprechen:

**Rudi Müller, Gewerkschaftssekretär
Pastor Herbert Mochalski**

**Anschließend Fackeldemonstration durch die
frankfurter Innenstadt**

**Demonstrationsstrecke: Römerberg — Neue Kräme — Liebfrauenstraße — Hauptwache
Große Bockenheimer Straße — Opernplatz — Taunusanlage — Gallusanlage — Kaiser-
straße — Kaiserplatz — Bethmannstraße — Paulsplatz — Römerberg**

Bitte weitersagen und Freunde mitbringen!

**Wünschen Sie genauere Auskunft, was Sie unternehmen können, um unsere Bemühungen für
den Weltfrieden und für Sicherheit durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung zu unter-
stützen, dann wenden Sie sich an: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffen-
gegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 658, Postscheckkonto Ffm. 576 48.**

**Verantwortlich für den Inhalt und Herausgabe: Klaus Vack, Offenbach;
Druck: Druckerei Alfred W. Dunker, 6 Frankfurt/Main.**

ED 748-25-246

Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner



Hessischer Ausschuß, 805 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

2.10.65
4.10.65

Telefon (0611) 88 60 51/52

Postscheck Frankfurt
Konto Nr. 676 48

Bank: Bank für
Gemeinwirtschaft, Offenbach,
Konto Nr. 740 294

P R E S S E D I E N S T =====

Der 32-Stunden-Protest vor dem US-Generalkonsulat und der große Informationsstand in der frankfurter Innenstadt in der Nähe des Marshall-Brunnens wurden am heutigen Samstag fortgeführt. Außerdem traten kleine Diskussionsgruppen in der frankfurter Innenstadt auf (z.B. am Hauptbahnhof, an der Hauptwache, auf der Zeil und am Paulsplatz), die Transparente gegen den Krieg in Vietnam mit sich führten und das (der Presse bereits zugestellte) Flugblatt "Was kümmert Meiner der Mekong?" in einer Zahl von etwa 30 000 Stück zur Verteilung brachten. Überall, also vor dem US-Generalkonsulat, an dem Informationsstand und dort wo die Aufklärungsgruppen der Kampagne für Abrüstung auftraten, gab es intensive Diskussionen über den Krieg in Vietnam und vor allem über das Engagement der Vereinigten Staaten in Vietnam.

Überall wurden auch Unterschriften zu dem offenen Brief an US-Präsident Johnson gesammelt und die Pergamentrolle mit den Unterschriften war am Samstag gegen 16 Uhr bereits länger als 10 Meter. Die Unterschriftenrolle wird US-Präsident über die amerikanische Botschaft in Bad Godesberg zugeleitet.

Es war beabsichtigt, im Verlauf des 32-Stunden-Protestes am heutigen Samstag um 17 Uhr vor dem US-Generalkonsulat eine blutbefleckte US-Flagge zu zeigen. Auf diese Art sehr massiver Demonstration gegen das amerikanische Engagement in Vietnam wurde verzichtet und stattdessen ein Flugblatt verteilt und eine Erklärung abgegeben, deren Wortlaut diesen Pressedienst beigelegt ist.

Im Verlauf der verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen und auch im Verlauf der Protestaktion vor dem amerikanischen Generalkonsulat kam es bisher zu keinen unerfreulichen Zwischenfällen und auch nicht zu Zusammenstößen mit der frankfurter Polizei. Der Hessische Ansehluß der Kampagne für Abrüstung stellt hierzu fest, daß ein solch ruhiger und sachlicher Verlauf auch bereits bei früheren Veranstaltungen oder Aktionen möglich gewesen wäre. Wenn man im Frankfurter Polizeipräsidium darauf verzichtet (wie beim bisherigen Verlauf der Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung") die demokratischen Rechte der Kampagne für Abrüstung einzuschränken, dann werden auch Widerstandsaktionen aus den Reihen der Kampagne für Abrüstung unterbleiben. Der Ess-

Kuratorium: Frank Allau, Stefan Andrés, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Brittan, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Fichtheim, Christian Geißler, Helmut Golwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Küster, Arno Körner, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maier, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröler, Helga Tempel-Stolla, Hans Konrad Tempel, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

sische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung wünscht deshalb, daß man in frankfurter Polizeipräsidium aus dem bisherigen Verlauf der Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" auch für die Zukunft Konsequenzen zieht.

Offenbach, 2. Oktober 1965, 16 Uhr - Vack

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
 Ostermarsch der Atomwaffengegner
 - Hessischer Ausschuß -

Interessante Presseinformation

lt. FAZ vom 2.10.1965 erklärte man seitens des amerikanischen Generalkonsulates zu dem 32-Stunden-Protest der Kampagne für Abrüstung am Freitagabend: "Wir erwarten keine Schwierigkeiten. Da stehen ja nur eine Hand voll Leute."

Der Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, Klaus Vack, erklärte hierzu am Samstagmorgen gegenüber Presse- und Fernsehvertretern, die sich bei dem 32-Stunden-Protest eingefunden hatten, der von 1. Oktober 1965, 10 Uhr bis 2. Oktober 1965, 18 Uhr vor dem amerikanischen Generalkonsulat in der Siesmayerstraße stattfindet, dieser Protest sei von Anfang an als eine symbolische Aktion geplant und seitens der Kampagne habe man bei der Polizei eine Teilnahme von nicht mehr als 30 Demonstranten angemeldet. Gleichzeitig würden jedoch in der Innenstadt mehrere Aktionen stattfinden und sei der stark beachtete Informationsstand gegenüber dem Opernplatz beim Marshall-Brunnen errichtet.

Vack erklärte weiterhin wörtlich: "Wir lassen uns von den US-Generalkonsulat nicht provozieren und werden auch nach dieser Äußerung darauf verzichten, mit Tintenfassern oder Steinen das Generalkonsulat zu bewerfen. Die Kampagne für Abrüstung wird sich nach dieser Äußerung allerdings vorbehalten, zu gegebener Zeit mit tausend oder mehr Leuten vor dem US-Generalkonsulat zu demonstrieren. In übrigen scheint die Erklärung in US-Generalkonsulat nur die dortige Nervosität vertuschen zu wollen, denn jeder Vorgang bei dem 32-Stunden-Protest wird aufmerksam registriert und gefilmt. Darüber hinaus notiert man jede Autonummer."

Offenbach, 2. Oktober 1965, 11 Uhr - Vack

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4
Buchrainweg 461, Tel.: 886051

Text der Erklärung, die der Verantwortliche für den 32-Stunden-Protest vor dem US-Generalkonsulat in Frankfurt, Alfred Riedel, am Samstag, 2. Oktober 1965, im Auftrag des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung gegenüber der Öffentlichkeit bekanntgab.

Heute um 11 Uhr wollten die Teilnehmer am 32-Stunden-Protest der Kampagne für Abrüstung vor dem frankfurter US-Generalkonsulat eine blutbefleckte amerikanische Flagge hissen - denn: Amerikas Flagge, weithin als Symbol für Freiheit und Recht geachtet, Amerikas Flagge, unter der Deutschland vom Faschismus befreit wurde, diese Flagge ist nicht mehr unbefleckt.

Die amerikanische Regierung versagt dem vietnamesischen Volk, seine Regierungs- und Gesellschaftsform selbst zu bestimmen. Dagegen unterstützt sie die Marionettenregierungen in Südvietnam, die bisher alle vom Volk abgelehnt wurden und deren derzeitiger Präsident Cao Ky sich Adolf Hitler zum Leitbild auserkoren hat. Unter Duldung der amerikanischen Regierung werden in Vietnam Menschen aller politischen und religiösen Richtungen grausam verfolgt, sobald sie nur im Verdacht stehen, Gegner des Saigoner Regimes zu sein.

Folgende Zahlen, die aus dem Jahre 1953 stammen, sprechen eigene Worte: 160 000 Tote; 700 000 Gefangene; 3 000 wurde der Bauch aufgeschlitzt; 4 000 wurden lebendig verbrannt; von Januar bis März 1964 wurden 46 Dörfer mit Giftgas angegriffen.

Amerika führt in Vietnam unter Mißachtung der Genfer Vereinbarungen von 1954 Krieg gegen das vietnamesische Volk, gegen die Bestrebungen des vietnamesischen Volkes nach Selbstbestimmung und Freiheit.

Heute um 11 Uhr wollten wir deshalb eine blutbefleckte amerikanische Flagge hissen. Es lag uns dabei fern, die amerikanische Nation zu beleidigen. Wir wollten vor der Öffentlichkeit - auch der amerikanischen - nachdrücklich gegen den grausamen Krieg in Vietnam protestieren. Wir wissen uns solidarisch mit der großen amerikanischen Opposition, die die Politik der US-Regierung bekämpft und Verhandlungen, Frieden und Selbstbestimmungsrecht für Vietnam fordert. Wir verzichten deshalb darauf, eine blutbefleckte Flagge zu zeigen. Wir hoffen, daß das amerikanische Volk sich geschlossen zu den Idealen der Freiheit und der Selbstbestimmung auch für das vietnamesische Volk bekennt und seine Regierung zwingt, den Krieg in Vietnam zu beenden. Auch in Erwartung, daß sich diese Hoffnung erfüllt, verzichten wir darauf, eine blutbefleckte Flagge zu zeigen. Wir haben uns für dieses Flugblatt entschieden.

(Der Text dieser Erklärung wurde ab Samstag, 11 Uhr, als Flugblatt bei dem 32-Stunden-Protest vor dem amerikanischen Generalkonsulat verteilt.)



70 788-25-263
2.10.65

**Woche
gegen den Krieg in Vietnam
für weltweite
Abrüstung und Entspannung**

Wir rufen zur

**Abschlußkundgebung
auf dem Römerberg
am Montag, 4. 10., 18.00 Uhr**

sprechen:

**Rudi Müller, Gewerkschaftssekretär
Pastor Herbert Mochalski**

**Anschließend Fackeldemonstration durch die
frankfurter Innenstadt**

Demonstrationsstrecke: Römerberg — Neue Kräme — Liebfrauenstraße — Hauptwache
Große Bockenheimer Straße — Opernplatz — Taunusanlage — Gallusanlage — Kaiser-
straße — Kaiserplatz — Bethmannstraße — Paulsplatz — Römerberg

Bitte weitersagen und Freunde mitbringen!

Wünschen Sie genauere Auskunft, was Sie unternehmen können, um unsere Bemühungen für
den Weltfrieden und für Sicherheit durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung zu unter-
stützen, dann wenden Sie sich an: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffen-
gegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 658, Postscheckkonto Ffm. 57648.

Verantwortlich für den Inhalt und Herausgabe: Klaus Vack, Offenbach;
Druck: Druckerei Alfred W. Dunker, 6 Frankfurt/Main.

INS NICHTS führt der Eiserne Steg, aber das ist eine Lüge des Nebels, der den Morgen in eine unwirkliche Stimmung hüllt. Mit Blättertreiben und diesigen Dämmerungen hat sich der Oktober eingeführt. Aber um die Mittagstunde siegt oft noch einmal die Sonne und schenkt uns im milden Licht die vorher verschwommenen Konturen zurück. Dann führt auch der Eiserne Steg wieder deutlich sichtbar von Ufer zu Ufer.

(Cz/FR-611a: Bohnacker)

4. 10. 65

Protest ohne Zwischenfälle

32-Stunden-Demonstration vor US-Generalkonsulat / Vorgang gefilmt

Ruhig und ohne nennenswerte Zwischenfälle verlief der 32-Stunden-Protest vor dem amerikanischen Generalkonsulat, der von der „Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner“ an diesem Wochenende im Rahmen der Protestwoche „Gegen den Krieg in Vietnam“ veranstaltet wurde.

Der „Hessische Ausschuss der Kampagne für Abrüstung“ stellt hierzu fest, daß ein solch ruhiger und sachlicher Verlauf auch bereits bei früheren Veranstaltungen und Aktionen im möglich gewesen wäre. Wenn man auch in Zukunft im Frankfurter Polizeipräsidium darauf verzichten, die demokratischen Rechte der „Kampagne für Abrüstung“ einzuschränken, so heißt es in einer Erklärung, dann würden auch die Widerstandsaktionen aus den Reihen der „Kampagne für Abrüstung“ unterbleiben.

Wie aus einer Stellungnahme des Sprechers der „Hessischen Kampagne für Abrüstung“, Klaus Vack, zu einer Erklärung des amerikanischen Generalkonsulats, zu der bedeutet worden war, daß das Konsulat keine Schwierigkeiten erwarte, da es sich bei den Demonstranten „ja nur um eine Handvoll Leute handle“, hervorgeht, verrate diese Äußerung die Nervosität des Konsulates. Allerdings will sich die „Kampagne für Abrüstung“, so heißt es, vorbehalten, mit tausend oder mehr Teilnehmern vor dem US-Generalkonsulat zu demonstrieren. Man habe sich allerdings nicht provozieren lassen wollen. Dieser Protest sei von Anfang an als eine symbolische Aktion geplant gewesen, und seitens der Kampagne habe man bei der Polizei nicht mehr als 30 Demonstrationsteilnehmer angemeldet. Im übrigen habe das amerikanische Generalkonsulat jeden Vorgang während der Demonstration aufmerksam registriert und gefilmt.

Darüber hinaus sei jede Autonummer notiert worden.

Wie es weiter heißt, habe die Kampagne in keiner Weise Zwischenfälle provozieren wollen. Aus diesem Grund habe man auch darauf verzichtet, wie ursprünglich vorgesehen war, am Samstag um 11 Uhr eine blutbefleckte amerikanische Flagge zu hissen und statt dessen ein Flugblatt mit den Gründen für diese Zurückhaltung an die Passanten verteilt. Wie es darin heißt, sei Amerikas Flagge, weithin bekannt als Symbol für Recht und Freiheit, nicht mehr unbefleckt. Denn Amerika führe in Vietnam unter Mißachtung der Genfer Vereinbarungen von 1954 Krieg gegen das vietnamesische Volk. Die Kampagne für Abrüstung wisse sich solidarisch mit der großen amerikanischen Opposition, die die Politik der US-Regierung bekämpfe und Verhandlungen, Frieden und Selbstbestimmungsrecht für Vietnam fordere.

Neben dem 32-Stunden-Protest vor dem amerikanischen Generalkonsulat wurden zu gleicher Zeit an einem Informationsstand in der Nähe des Marshallbrunnens Flugblätter und Informationsmaterial verteilt. Außerdem traten kleine Diskussionsgruppen in der Frankfurter Innenstadt, an der Hauptwache, auf der Zeil und am Paulsplatz auf, die Transparente gegen den Krieg in Vietnam mit sich führten. Überall gab es intensive Diskussionen mit Passanten über den Krieg in Vietnam und das dortige Engagement der Amerikaner. Überall wurden auch Unterschriften zu dem offenen Brief an Präsident Johnson gesammelt. Die Pergamentrolle mit den Unterschriften war nach Abschluß der Aktion über 15 Meter lang. Die Unterschriftenrolle soll dem amerikanischen Präsidenten über die amerikanische Botschaft in Bad Godesberg zugeleitet werden.

Platz der S
Schlüssel des
von Frankfurt

Zahlreiche pr
feierlichen Akt
Prälät Eckert in
Namen: Propst K
lischen Kirche u
Ignatius von der
mit denen er seit
freundschaftliche
heit stehe.

Prälät Eckert
jüdischen Kultus
schaft zur Vergel
ihnen beigestand

Bischof Kempf
der von den bish
lebens nahezu 44
hat, in den bitter
in den Schrecken
und Todesbedroh
durchgeleit hat
ihrem Stadtpfarr
sen, daß er als da
hard im Sommer
monatelang im C
totalitären Regim
habe.

Für den Frank
drei Namen stell
teristische Epoche
heit, sagte der
Weber für die Ze
Paulskirchenparla
kirchliche Bewußt
rer Ernst Franz
des „Kulturkampf
schließlich Stadtp
Wachen und Wei
Selbstgeföhls.

Es möge Präla
beglückendste Ge
nerste Anliegen
und die Anliegen
Konzils in vollk
den. Schöneres kö
sorger doch wohl
die Richtung sei
eindeutig von ein
bestätigt werde.

Zu dem neuen
sagte der Bischof
gekommen, seine
Aufgaben in de

Was halten Sie für



2. 10. 65

Ich hörte schon so vieles
sagen
Von Kampf und Lärm
und Kriegsgeschrei,
wenn hinten weit in der
Türkei
Die Völker aufeinander-
schlagen.

Was

kümmert

Meier

der

Mekong

?



Allmählich gewöhnt man sich daran. Neue Angriffe amerikanischer Bomberverbände gegen nordvietnamesische Brücken, Elektrizitätswerke, Staudämme und Industrieanlagen. Neue Überfälle von Vietcongverbänden gegen Stützpunkte der Regierungstruppen.

Der Krieg in Vietnam liefert kaum mehr Schlagzeilen für die Tagespresse. Er ist „alltäglich“ geworden. Neue Schlagzeilen liefert ein neuer Krieg. Der Krieg zwischen Indien und Pakistan. Aber auch mit dieser neuen Situation findet man sich ab in Deutschland. Jener kriegerische Alltag in Südostasien ist nicht der unsere. Was kümmert Meier der Mekong? Reden wir von Vietnam, denn hierzu liegen unantastbare Fakten von neutraler Seite vor. In Vietnam leidet eine verzweifelte Bevölkerung seit über 20 Jahren unter Krieg, Unterdrückung und Fremdherrschaft. Zuerst waren die Japaner die Fremden. Sie wurden von der vietnamesischen Befreiungsbewegung zur Kapitulation und zum Rückzug gezwungen. 1946 erkannten



die Großmächte die Republik Vietnam als freien Staat an. Präsident des neuen Staates wurde Ho Tschì Minh. In ganz Vietnam wurden damals freie Wahlen abgehalten. Es sollten die einzigen bleiben, doch die von Ho Tschì Minh geführte Viet-Minh-Bewegung erhielt 90 Prozent der Stimmen.

Die neue Regierung versuchte mit der nationalen Unabhängigkeit ernst zu machen. Das Volk von Vietnam hatte nicht gegen die japanische Fremdherrschaft gekämpft, um sich dafür eine französische einzuhandeln. Frankreich sah seine Kolonialinteressen gefährdet. Es setzte eine Gegenregierung ein. Die Viet-Minh-Bewegung leistete erbitterten Widerstand. In einem 8jährigen grausamen Krieg zwangen die Viet-Minh Frankreich zur Kapitulation. 92 000 Franzosen kamen dabei um. Darunter viele deutsche Fremdenlegionäre. Damals distanzierte sich die amerikanische Regierung noch von der Art der französischen Kriegsführung.

Die US-Regierung sabotiert das Genfer Abkommen

Am Ende dieses Kolonialkrieges standen die Genfer Vereinbarungen, in denen die nationale Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes garantiert wurde. Vietnam wurde geteilt, aber innerhalb von 2 Jahren, sollte das Land durch freie Wahlen wiedervereinigt werden. Der damalige amerikanische Präsident Eisenhower protestierte. Er schätzte, daß bei einer freien Wahl in Gesamt-Vietnam 80 Prozent für Ho Tschì Minh, den derzeitigen Staatschef von Nord-Vietnam, stimmen würden. Deshalb wurden die freien Wahlen, die das Genfer Abkommen garantierte, von der damaligen US-Regierung verhindert.

Dafür setzte der amerikanische Geheimdienst im Süden des Landes eine amerikafreundliche Regierung ein. Und setzte sie wieder ab. Je nach Bedarf. Einem Volk von 14 Millionen wurde ein korruptes Satellitenregime aufgezwungen. Amerika unterstützte es mit allen Mitteln. Baute Armee und Polizei auf. Organisierte eine vietnamesische Geheimpolizei von 300 000 Mann. Man gab viel Geld aus. Doppelt so viel wie die Bundesrepublik nach dem Krieg durch den Marshall-Plan erhielt. Das Geld kam nicht dem Aufbau des Landes zu Gute und floß in die Taschen einer kleinen Clique. Auf ihre schweizer Bankkonten. Den freien Bauern wurde das Land genommen. Wer sich wehrte, kam ins Gefängnis oder ins Konzentrationslager. Es wurde gefoltert und gemordet. Ganze Dörfer wurden umgesiedelt – „um das Land zu befrüchten“ –, erklärte man in Saigon.

Der „Aufstand“ ist ein Krieg

Es kam zu immer stärkeren Aufständen der unterdrückten Bevölkerung. Überall bildeten sich Partisanengruppen. Sie waren zunächst primitiv bewaffnet und wären von den gut ausgerüsteten Regierungstruppen rasch vernichtet worden, wenn die Bevölkerung die Aufständischen nicht unterstützt hätte. Am Anfang kämpften wenige Partisanen gegen die Truppen des Saigoner Regimes. Heute sind es 40 000 „reguläre“ und über 100 000 „Gelegenheits-Partisanen“ – Bauern, welche immer wieder den Pflug mit dem Gewehr vertauschen. Die Regierungstruppen kämpften nicht, sie desertierten zu Zehntausenden.

Die Amerikaner schickten immer mehr Waffen. Die meisten fielen den Aufständischen in die Hände. Dann kamen amerikanische Soldaten und übernahmen den Krieg. Vor 10 Jahren waren es noch 685 „Militärberater“. Heute befinden sich über 120 000 amerikanische Soldaten in Vietnam. Je länger der Krieg andauerte, desto brutaler wurde die Unterdrückung. Bis Mitte 1963 gab es über 160 000 Tote. 700 000 Menschen wurden gefoltert und verstümmelt. 3000 wurde der Bauch aufgeschlitzt. 4000 wurden lebendig verbrannt. 60 Prozent der Landbevölkerung wurde in sogenannten Wehrdörfern zusammengetrieben, die nichts anderes als Zwangsarbeitslager sind.

Gao Ky und Adolf Hitler

Der derzeitige Ministerpräsident von Südvietnam, Cao Ky, äußerte, daß Adolf Hitler sein politisches Vorbild sei. Er meinte, daß die Situation in Südvietnam inzwischen so verzweifelt wäre, daß ein Hitler nicht mehr genüge. „Wir brauchen 4 oder 5 Hitler in Vietnam“, sagte Herr Ky. Er sieht auch nur eine Lösung für das Vietnamproblem: die völlige Ver-

50 418-25-222

nichtung der Rebellen. Doch: 80 Prozent der Bevölkerung unterstützen die Vietcong. Wirklich eine verzweifelte Situation für Herrn Ky.

Doch inzwischen spielt Herr Ky nicht mehr die entscheidende Rolle. Entscheidend, und damit verantwortlich, ist die US-Regierung. Amerika kämpft in Vietnam aus strategisch-machtpolitischen Gründen um seinen Einflußbereich in Südostasien. Dabei wird deutlich, wie militärische Machtpolitik und freie Selbstbestimmung eines Volkes einander ausschließen. Dies gilt nicht nur in Vietnam, sondern auch für Deutschland, wo ebenfalls die Militärpolitik einer Normalisierung der Verhältnisse entgegensteht.

Bonn und das Selbstbestimmungsrecht

Wer soll da die deutsche Bundesregierung verstehen, die sich mit dem amerikanischen Vorgehen in Vietnam uneingeschränkt solidarisch erklärte und gleichzeitig ständig von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht für Deutschland spricht? Nun, wenn Herr Meier der Mekong schon wenig kümmert, dann sollte man ihn doch fragen, ob er auch so „beschützt“ werden möchte wie die Vietnamesen.

Verhandlungen und Schluß mit dem Krieg in Vietnam

Zur Zeit glaubt die Regierung der Vereinigten Staaten offensichtlich, ihr Prestige als stärkste Militärmacht der Welt zu verlieren, wenn sie sich gegen die Bevölkerung eines kleinen Landes nicht durchsetzen kann. Bei der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams – dem Vietcong – rechnet man offensichtlich damit, daß der Kampf gegen die USA und das Saigoner Regime militärisch zu gewinnen sei.

Die Kampagne für Abrüstung hat in ihren Forderungen zu Fragen des Friedens und der Verständigung immer zum Ausdruck gebracht, daß Gewalt keine Probleme löst. Damit Freiheit, Selbstbestimmung und Menschlichkeit nicht endgültig zur hohlen Phrase werden und damit der „kleine Vietnamkrieg“ nicht in die allgemeine Vernichtung umschlägt, also im Interesse des Weltfriedens, fordern wir:

- eine sofortige Beendigung der Kriegsausweitung durch die US-Regierung, d. h. die Einstellung aller Angriffe auf Nordvietnam und die Einstellung des Einsatzes von chemischen „Kampfmitteln“ und Napalmbomben;
- die Aufnahme von Verhandlungen zwischen allen Beteiligten ohne Vorbedingungen, und zwar einschließlich der Nationalen Befreiungsbewegung;
- Waffenstillstand und anschließend militärische Neutralisierung Vietnams, garantiert von den Großmächten;
- die Bildung einer internationalen Kommission zur Durchführung freier Wahlen in ganz Vietnam.

Der Krieg löst keine Probleme

Es ist möglich, daß die Vereinigten Staaten durch einen Verhandlungsfrieden etwas von dem Nimbus verlieren, mit Hilfe ihrer Militärmacht überall in der Welt ihren Willen durchsetzen zu können. Es ist möglich, daß Verhandlungen auch für die Befreiungsbewegung Südvietnams nicht unproblematisch sind. Doch es ist sicher, daß bei einer Fortsetzung des Krieges das vietnamesische Volk weiter große Leiden erdulden muß und daß die Vereinigten Staaten endgültig zu dem werden, was sie in Vietnam bereits sind: Eine Großmacht, welche vor keinem Mittel zurückschreckt, im Namen der westlichen Freiheit die Freiheit und Selbstbestimmung zu unterdrücken, wenn ihre Machtinteressen es ihnen nötig erscheinen lassen.

Darum sollte sich Herr Meier kümmern. Die Vereinigten Staaten sind schließlich die Verbündeten der Bundesrepublik. Deshalb: Keine Unterstützung der US-Politik in Vietnam, sondern Druck auf Washington, den schmutzigen Krieg zu beenden.

Mit verbundenen Augen
die Hände auf den
Rücken gefesselt, liegen
diese „Vietcongs“ zu
Füßen amerikanischer
Ledermacken.



Unschuldige Kinder,
Opfer eines brutalen
Krieges.

Gegen den Krieg in Vietnam

Für weltweite Abrüstung und Entspannung

Veranstaltungswoche in Frankfurt vom 28.9.—3.10.1965

Worum geht es in diesem Krieg in Vietnam?

Die Amerikaner, die Bundesregierung und ein Großteil unserer Presse sagen: Um die Verteidigung der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes des vietnamesischen Volkes gegen die kommunistischen Aggressoren.

Die Vietcong, General de Gaulle, viele andere ausländische Staatsmänner und die liberale Weltpresse meinen: In Vietnam kämpft ein Volk um Freiheit und Selbstbestimmung gegen ein korruptes System und die Weltmacht USA.

Bilden Sie sich ein eigenes Urteil — unabhängig von vorgefertigten Meinungen. Die Kampagne für Abrüstung leistet ihnen dabei mit mehreren Veranstaltungen Orientierungshilfen und versucht die großen Worte Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung mit dem Alltag des schmutzigen Krieges in Vietnam zu konfrontieren.

Eröffnungskundgebung

am Dienstag, 28. September, 18.15 Uhr, Rathaus-Neubau, Alte Mainzer Gasse 4

Filmveranstaltung

am Mittwoch, 29. September, 20.00 Uhr, Cantate-Saal, Großer Hirschgraben 17—19

Podiumsdiskussion

am Donnerstag, 30. September, 20.00 Uhr, Studentenhaus, Jügelstraße 1

32-Stunden-Protest

am Freitag, 1. Oktober und Samstag, 2. Oktober, vor dem amerikanischen Generalkonsulat

Lobby-Aktionen

am Freitag, 1. Oktober und Samstag, 2. Oktober, in der frankfurter Innenstadt. Treffpunkt: Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5

Matinee-Veranstaltung (Lesungen über Vietnam)

am Sonntag, 3. Oktober, 10.30 Uhr im Resistenz-Theater „Die Maininger“, Neue Rothofstraße 26 a

Wir rufen zur

Abschlußkundgebung auf dem Römerberg

am Montag, 4. 10., 18.00 Uhr, anschließend
Fackeldemonstration

Wünschen Sie genauere Auskunft, was Sie unternehmen können, um die Bemühungen der Kampagne für Abrüstung um den Weltfrieden und für Sicherheit durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung zu unterstützen, dann wenden Sie sich an: Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Postscheckkonto Ffm. 57648.



30748-25-273



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

30. 9. 65
2. 10. 65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

PODIUMSDISKUSSION IM RAHMEN DER WOCHE "GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM - FÜR WELTWEITE ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG"

Im Rahmen der Veranstaltungswoche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" fand am Donnerstagabend eine vom Hessischen Ausschuß der Kampagne veranstaltete Podiumsdiskussion statt. Die Podiumsdiskussion, in deren Mittelpunkt die Probleme standen, die der Krieg in Vietnam aufwirft, beschäftigte sich mit Fragen wie: Gefährdet der nationale Befreiungskampf den Weltfrieden? - Ist der Kolonialismus im 20. Jahrhundert noch ein Problem? - Bekämpft die "reiche Welt" die "arme Welt" in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und sozialer, kultureller und religiöser Freiheit?

Im Namen der Veranstalter eröffnete und leitete der Diplom-Physiker Egon Becker die Diskussion. Er gab zur Eröffnung bekannt, daß man sich seitens des Hessischen Ausschusses redlich bemüht habe, bei der Podiumsdiskussion auch die andere Seite zu Wort kommen zu lassen. Leider habe man aus dem amerikanischen Generalkonsulat keine Zusage bekommen und es müsse sich der Eindruck aufdrängen, daß die amerikanische Vietnampolitik in einer Diskussion mit intelligenten Partnern von intelligenten Amerikanern wohl kaum qualifiziert vertreten werden kann.

Die Diskussionsteilnehmer waren Heinz Brandt, Gewerkschaftsredakteur, Gerhard Grüning, Dozent am Seminar für Politik, Rudolf Segall, Gewerkschaftssekretär, Herbert Mayer, Journalist und Herbert Stubenrauch, Vorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich bald darüber einig, daß der Krieg in Vietnam ungeheure Leiden über die vietnamesische Bevölkerung bringt, die Gefahr eines allgemeinen Weltkonfliktes in sich birgt und deshalb im Interesse des vietnamesischen Volkes und der gesamten Menschheit beendet werden muß. Es wurde auch sehr eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß die amerikanische Position in Vietnam u.a. die Genfer Vereinbarungen von 1954 mißachtet, sowohl mit völkerrechtlichen als mit allgemein moralischen Maßstäben abgelehnt werden muß.

Herbert Stubenrauch stellte in der Diskussion u.a. fest: "Es kann nicht darum gehen, die eine oder andere Seite darin zu bestärken, daß sie einen gerechten Krieg führt. Für den einzelnen Vietnamesen

ist es gleichgültig, ob er durch eine amerikanische Bombe oder eine Gewehrkugel der Vietcong getötet wird. Es kommt jetzt darauf an, diesen mörderischen Krieg zu beenden. Dies kann nur durch Verhandlungen geschehen. Die UN ist dabei die größte Hoffnung. Eine wichtige Voraussetzung, daß die Vereinten Nationen erfolgreich in Vietnam vermitteln können, ist die Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO."

Der Gewerkschaftsredakteur Heinz Brandt stellte fest: "Der Krieg in Vietnam birgt die Gefahr der Ausrottung des vietnamesischen Volkes und des Umschlages von einem lokalen Ausrottungskrieg zur Weltkatastrophe in sich. Es steht in der Macht keiner Seite, eine militärische Entscheidung herbeizuführen. Die mörderischen Bombardierungen und die Fortsetzung des Kampfes schaden allen und nützen keiner Seite. Es muß zur Forderung der Menschheit werden, daß sich die beteiligten Mächte, also die Vietcong, die Regierung Nordvietnams und die drei Weltmächte, die dort beteiligt bzw. interessiert sind, also USA, Sowjetunion und China an den Verhandlungstisch setzen. Das erste Ziel ist die Waffenruhe auf der Grundlage eines Kompromisses, der der Sachlage nach keiner der Maximalforderungen der beteiligten Mächte entsprechen kann."

Der Gewerkschaftssekretär Rudolf Segall ging von den Voraussetzungen aus, daß die amerikanische Seite die größere Schuld und damit auch Verantwortung für den Krieg in Vietnam trüge. Er sagte u.a.: "Das westliche Wirtschaftssystem, mit seinem Hauptexponenten Amerika, hat einen unüberwindlichen Trieb zum Krieg in sich. Wenn die Erhaltung des Weltfriedens von diesem System abhängen würde, dann hätte die Menschheit keine Hoffnung auf Frieden. Bei diesem Drang, fremde Länder zu unterdrücken, werden die unterdrückten Völker zum Befreiungskampf gezwungen. Dieser Befreiungskampf kostet das vietnamesische Volk viele Opfer und selbst das nordvietnamesische Volk, das 10 Jahre Atempause und Aufbaumöglichkeiten hatte, wird durch den entsetzlichen Überfall Amerikas wieder zurückgeworfen. So bleibt den unterdrückten Völkern kein anderer Weg als der der Gewalt übrig, der ihnen von ihren Unterdrückern aufgezwungen wird. Doch die Opfer dieses Kampfes lohnen sich. Sie können die Unterstützung der bereits befreiten Völker für den neuen Aufbau ihrer Wirtschaft erhalten. Nur der Widerstand aller unterdrückten Völker und der Arbeiterbewegung, wenn sie aus ihrem Schlaf erwacht, wird in der Lage sein, die Ausdehnung des Krieges in Vietnam zu einem Weltkrieg zu verhindern."

Der Journalist Herbert Mayer stellte demgegenüber fest, daß es gerechte Kriege nicht gibt. Er sagte: "Es gibt nur den gerechten Widerstand und es ist fraglich, ob dieser mit Waffen geführt werden kann. Der gerechte Widerstand in Vietnam und überall auf der Welt, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland müsse aber davon ausgehen, daß es notwendig ist, die Politik der friedlichen Koexistenz zu unterstützen. Die herrschenden Machtblöcke, auf die es vor allem ankommt, sind trotz vieler Gegensätze an der friedlichen Koexistenz interessiert und es ist jetzt hoch an der Zeit, daß auch China als Verhandlungspartner voll berechtigt hinzugezogen wird, wo die Entscheidungen, die die friedliche Koexistenz und die Erhaltung des Friedens betreffen, entschieden werden." Herbert Mayer stellte weiterhin fest, daß der Kolonialismus ein Tabu sei, über das man in der sogenannten westlichen Welt nicht gerne reden möchte. Der Kolonialismus, der mit Schwert und Kreuz die armen Völker über Jahrhunderte unterdrückt habe, zeige nun seine gefährlichen Nachwirkungen und sei keine Erfindung der bösen Kommunisten.

Gerhard Grüning setzte sich u.a. mit der Entwicklungshilfe auseinander und der Feststellung von Rudolf Segall, daß "westliche Wirtschaftssysteme haben den Trieb zum Krieg in sich". Er sagte u.a.: "Die amerikanische Wirtschaft kann in der jetzigen Form ohne Rüstung und Kriegsführung weiter existieren, wenn sie außer Entwicklungshilfe auch in starkem Maße Weltraumforschung treibt. Dazu muß man allerdings feststellen, daß die sogenannte Entwicklungshilfe oftmals ein gutes Geschäft ist, da sie an Zinsen und Zinseszinsen mehr hereinbringt als investiert wird." Grüning sagte weiter: "Die allzu kriegerischen Äußerungen rotchinesischer Politiker sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß China militärisch schwach ist und Angst hat." Unter Bezugnahme darauf, daß es dringend erforderlich sei, den Krieg sofort zu beenden und zu Verhandlungen zu kommen, sagte Grüning: "Gewalt erzeugt immer Gegengewalt, sodaß es sinnlos ist, mit kriegerischen und ähnlichen Maßnahmen gegen irgendeine andere Gewalt erfolgreich vorzugehen. Es ist zwar richtig, daß nur Macht politisch bedeutsam ist, aber man darf nicht vergessen, daß auch die öffentliche Meinung eine Macht darstellen kann. In diesem Sinne sollten wir in unserem Land - und es geschieht bereits überall in der Welt - die öffentliche Meinung gegen den Krieg in Vietnam und für eine Beendigung des Krieges mobilisieren."

Der Diskussionsleiter, Egon Becker, stellte zum Schluß der Diskussion fest, daß die Kampagne für Abrüstung bei ihren Veranstaltungen und Demonstrationen im Rahmen der Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" einen klaren Standpunkt vertritt, der wahrscheinlich der einzig mögliche Weg sei, um den Krieg in Vietnam zu beenden. "Die Forderungen sind:

- + sofortige Beendigung der Kriegsausweitung durch die US-Regierung, d.h. die Einstellung aller Angriffe auf Nordvietnam und die Einstellung des Einsatzes von chemischen "Kampfmitteln" und Napalmbomben;
- + die Aufnahme von Verhandlungen zwischen allen Beteiligten ohne Vorbedingungen und zwar einschließlich der Nationalen Befreiungsbewegung;
- + Waffenstillstand und anschließend militärische Neutralisierung Vietnams, garantiert von den Großmächten;
- + die Bildung einer internationalen Kommission zur Durchführung freier Wahlen in ganz Vietnam.

Offenbach, 30. Sept. 1965 - 23,30 Uhr - Strass



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung – ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

Wichtig! Bitte sofort lesen

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Protest vor dem US-Generalkonsulat

Vom Freitag, 1.10.1965, 10 Uhr bis Samstag, 2.10.1965, 18 Uhr, veranstaltet der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung im Rahmen der Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" vor dem Generalkonsulat der USA in Frankfurt (Main), Siesmayerstr. einen 32-Stunden-Protest gegen den Krieg in Vietnam. Eine Gruppe von etwa 30 Demonstranten wird auf der Siesmayerstraße auf dem Bürgersteig gegenüber dem Generalkonsulat auf einer Länge von etwa 200 m Demonstrationsmaterial (Bilder, Plakate, Transparente etc.) zu dem Krieg in Vietnam und gegen den Krieg in Vietnam ausstellen. Der verantwortliche Leiter dieses Protestes, Herr Alfred Riedel, wird Presse, Funk und Fernsehen während der gesamten Zeit zur Verfügung stehen.

Zur gleichen Zeit wird vor dem Marshall.-Brunnen gegenüber dem Opernplatz ein großer Informationsstand errichtet. Am Samstag finden in der Frankfurter Innenstadt kleine Aufklärungsaktionen statt, bei denen Flugblätter verteilt werden. Der verantwortliche Leiter dieser Aktionen, Herr Fritz Strass, wird entweder bei dem Informationsstand oder im Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 zu erreichen sein. Weitere Informationen können Sie erhalten durch unsere Geschäftsstelle, Telefon (0611) 88 60 51.

Diese Veranstaltungen, die sämtlich unter das Versammlungsgesetz fallen, da sie unter freiem Himmel stattfinden, sind polizeilich angemeldet.

Offenbach, 30. Sept. 1965 - Vack

2. 10. 65

Kampagne für Abrüstung
 Ostermarsch der Atomwaffengegner
 - Hessischer Ausschuß -

Während des 32-Stunden-Protestes legt die Kampagne für Abrüstung vor dem amerikanischen Generalkonsulat und bei dem Informationsstand in der Nähe Marshall-Brunnen einen offenen Brief an US-Präsident Johnson zum Unterzeichnen aus. Dieser Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Wir beobachten mit wachsender Besorgnis das amerikanische Vorgehen in Vietnam, für das Sie, Herr Präsident, die Verantwortung tragen.

Wir protestieren energisch

- + gegen die völkerrechtswidrigen Bombardierungen Nordvietnams;
- + gegen die brutale Kriegsführung der amerikanischen und süd-vietnamesischen Truppen;
- + gegen die Unterdrückung von Freiheit und Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes;
- + gegen die Verhinderung freier Wahlen in ganz Vietnam;
- + gegen die Unterstützung einer korrupten und verbrecherischen Regierung, deren Präsident als sein Vorbild Adolf Hitler ansieht.

Wir halten es für dringend erforderlich, daß der schmutzige Krieg in Vietnam beendet wird und fordern Sie auf

- + die Bombardierung Nordvietnams einzustellen;
- + mit allen am Krieg Beteiligten - also auch mit der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams - in Verhandlungen einzutreten;
- + dem vietnamesischen Volk Freiheit und Selbstbestimmung zu gewähren.

Die Gefahr wird größer, daß der schmutzige Dschungelkrieg in die allgemeine Weltvernichtung unschlägt. Die Ideale der freien Welt - von denen Sie immer wieder sprechen -: Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung der Völker, werden bei einer Fortführung des Krieges in Vietnam endgültig in Blut und Napalmbomben erstickt werden.

Noch ist es nicht zu spät - machen Sie Schluß mit dem Krieg in Vietnam!

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
 OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER
 HESSISCHER AUSSCHUSS

ER TEIL

Pläne

Vorträge im Römer

Ang der Stadtverordneten-
zwei Gutachter, Dr.-Ing.
wie die Ergebnisse der im
sind und welche Erkennt-
1982 oder 1985, gezogen

gewünschte Stelle näher

ante der Gutachter an, daß
erwarteten
entspreche und insbe-
der Stadt, gute Lösungen

Stadtrat Walter Möller
auf die Vor-
ers ein. Er deutete an, daß
angesehen werden. al

g eingekauft

Polizei gingen am Don-
10 Anzeigen wegen Laden-
Täter kommen ausschließ-
drei Ausländerinnen, in

oben Lebens- und Genuß-
Getränke, Kaffee,
Wurst, Käse und Butter ge-
Frau aus Frankfurt
auf frischer Tat
alkoholische Getränke.
Werte von fast 20 Mark
nehmen wollte. Die Polizei
näher. Man fand bei ihr
Flaschen mit alkoholi-
Die Frau gab zu, auch diese
Geschäft gestohlen
der Diebesbeute beträgt

pe

in Mainz

Lancaster ging verloren

Horst Buchholz flog nach Madrid

Stuttgart und Frank-
tag mit 32-jährige
Lancaster verloren. Die
Stuttgart schwur hoch
Rhein-
Hier aber blieb er ver-
interessierte Journalisten
nach dem Schauspieler
Fahrgänger, Eishändler,
Wäsche... absuchten.
sich zufällig zur gleichen
aufhielt, würde um seine
Büroanmeldung gefragt.
hat sich wahrscheinlich
einer Autofirma einen
st, damit auf und davon."

in offenen Hemd ohne
aus seiner "Halbstarke"-
Frau Miriam auf dem
zur Premiere seines Films
Nach-



AN ZWEI STELLEN - vor dem amerikanischen Generalkonsulat in der Siesmayerstraße und am Opernplatz nahe des Marshall-Brunnen -, hat die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner am Freitag mit Transparenten und Bildern gegen den Krieg in Vietnam protestiert. Mehrere hundert Frankfurter hatten bis zum Freitag einen an beiden dort ausgebauten Informationsständen ausliegenden Offenen Brief an Präsident Johnson unterzeichnet, in dem unter anderem gegen „die völkerrechtswidrigen Bombardierungen Nordvietnams“ protestiert und ihre Einstellung gefordert wird. Bei der Demonstration vor dem Generalkonsulat wurden auch Kreuze fluggeführt. Beide Veranstaltungen, die von der Polizei genehmigt waren, verliefen bis Redaktions- schluß ohne Zwischenfälle. Am heutigen Samstag wollen die Ostermarschierer in der Innenstadt Flugblätter verteilen. Die Woche gegen den Krieg in Vietnam endet am Montag mit einer Kund- gebung auf dem Römerberg um 18 Uhr und anschließendem Fackelzug. (o-k/FR-Bild: Wainer)

Von Passanten gestellt

Zwei Passanten beobachteten in der Nacht zum Freitag einen 36-jährigen Mann ohne festen Wohnsitz, als er die Eingangstür eines Schuhgeschäftes in der Innenstadt einschlug. Sie verständigten die Polizei, die den Täter festnehmen konnte. Bei seiner Überprüfung stellte es sich heraus, daß er bereits von der Staatsanwaltschaft in Lörrach wegen Betruges gesucht wird. Er wird dem Haftrichter vor- geführt. pl

Marika und die Sangeskunst

Frankfurts Eisprinzessin stellte ihre neueste Schallplatte vor



Um 21 Uhr brach Marika unter dem Licht der Scheinwerfer völlig zusammen. Zum Glück handelte es sich um eine Schallplatte.

„Sie hat Angst, sie muß sich erst Mut an- trinken.“
Doch Marika hatte keine Angst - um 21.30 Uhr stieg sie zu Fats and his cats, einer nicht mehr ganz modernen Frankfurter Band aufs Podium, sagte forsch „one, two“ ins Mikrofon, nickte dem Bandleader zu, schaute mit den Lippen in rosa Lack-